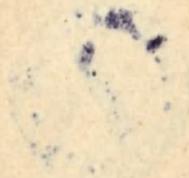
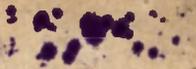


Kleines Stadtbuch

Königshütte



53950 II





Vergangenheit und Gegenwart
Länder - Menschen - Wirtschaft

**Kleines Stadtbuch
von Königshütte Oberschlesien**

Herausgegeben im Auftrage des Oberbürgermeisters
von Büchereidirektor Richard Schmidt



Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin
Paul Gaertner, Buchhandlung, Königshütte OS.

1941

106

KLEINES STADTBUCH VON KÖNIGSHÜTTE OBERSCHLESISIEN

Herausgegeben
im Auftrage des Oberbürgermeisters
von Büchereidirektor Richard Schmidt



Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin
Paul Gaertner, Buchhandlung, Königshütte OS.

1941

2027/48

Smiejkowski Chronos 12 x 48

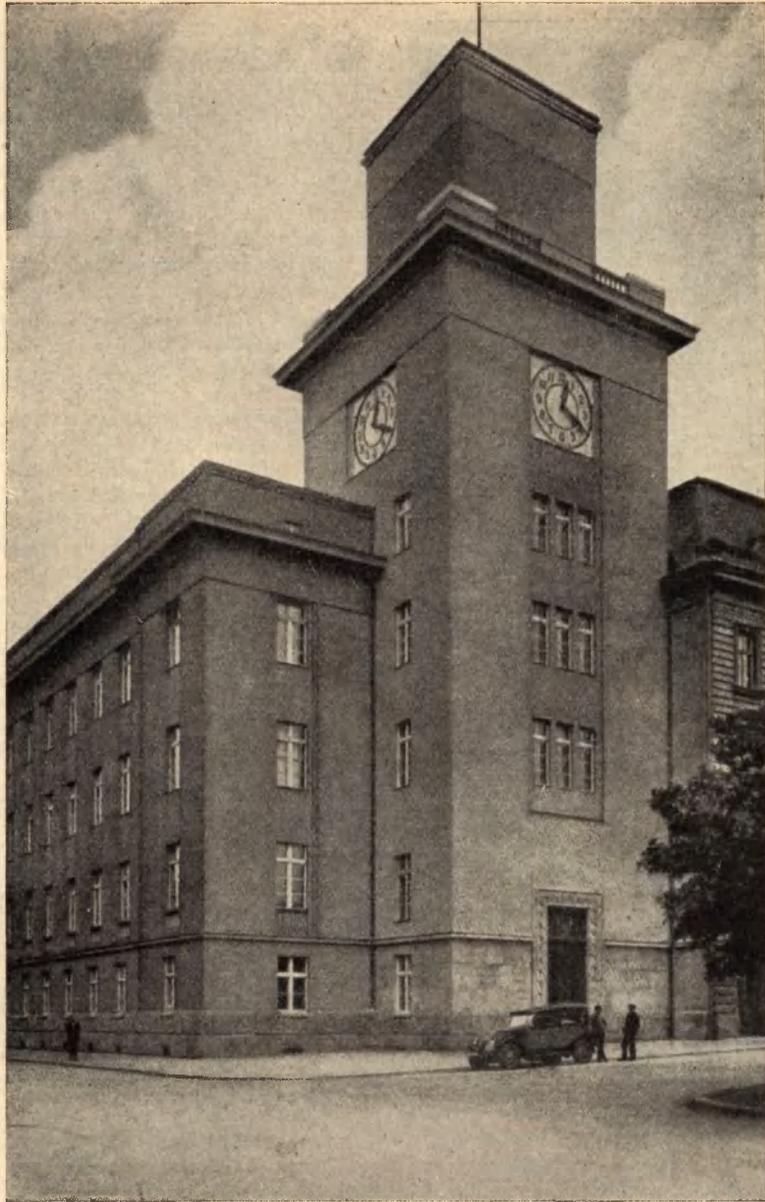
z 5. 500

53950
II



Die Herkunftsstellen der Bilder sind im einzelnen im Bilderverzeichnis aufgeführt. Die Ausstattung und Herstellung des Buches überwachte Graphiker Willy Heier-Kattowitz, der auch den Einband zeichnete.

Gedruckt wurde das Buch in der Druckerei des NS.-Gauverlages Oberschlesien G.m.b.H., Kattowitz
Die Buchbinderarbeiten besorgte C. Miarka in Nikolai O/S.



Rathaus am Adolf-Hitler-Platz



Oberbürgermeister Ernst Schroeder

Der Raum, den heute die Stadt Königshütte umfasst, ist die Wiege der oberschlesischen Industrie. Hier begannen vor 150 Jahren Friedrichs des Grossen bedeutenden Minister Heinitz und Reden den staatlichen Steinkohlenbergbau. Hier entstand die erste mit Dampfkraft betriebene Kokshochofenanlage des europäischen Festlandes. Indem damals Graf v. Reden die Verhüttung der Erze auf der Kohle begründete, schuf er die Grundlage einer industriellen Entwicklung, die erst jetzt einer neuen, umfassenden Entfaltung entgegensteht. Tag und Nacht rollen Kohlenzüge ihre schwarze Fracht ins Reich und weithin in die europäischen Lande. Roheisen quillt aus den Hochöfen der Hütten. Und Stunde um Stunde schmelzen Hunderte von Männern an gigantischen Maschinen härtesten Stahl. Hier produziert ein Stickstoffwerk einen hochbedeutsamen Wirkstoff. Hier erzeugt ein gewaltiges Kraftwerk die elektrische Energie für Tausende von Maschinen. Arbeit, rastlose Arbeit ist der Rhythmus dieser Stadt, heute Grosstadt, vor 71 Jahren noch eine „Kolonie“ der Grube und Hütte. In rasendem Tempo verlief ihre Geschichte seit ihrer Stadtwerdung. Die alten Königshütter, die schon damals „vom Norden und vom Süden zusammengeschnitten und geblasen wurden“, erhielten Jahr für Jahr neuen Zuwachs aus allen Himmelsrichtungen. Und dann kam die grosse Prüfungs- und Leidenszeit. Polnischer

Grössenwahn bemächtigte sich in der Zeit des tiefsten Niederganges Deutschlands dieser Stadt. Mit allen Mitteln sollte das deutsche Leben erdröselt und die Spuren deutscher Vergangenheit vernichtet werden. Aber es zeigte sich, dass die harte Arbeit mit Kohle und Eisen auch die Deutschen dieses Raumes hart gemacht hatte, und dass sich das deutsche Leben trotz aller Unterdrückung bis zur siegreichen Befreiung durch den Führer behauptete. So können wir auf vielen alten Grundlagen, die der Polenterror nicht vernichten konnte, weiterbauen. Seit einem Jahr kommt wieder hundertfacher Zuwachs aus allen deutschen Gauen.

Alle diese alten und neuen Königshütter Bürger werden nun zusammenwachsen müssen im Willen, diese Stadt aus ihrer Eigenart und Vergangenheit heraus zu der ihnen gemässen Heimatstadt zu machen. Dieser Wille zum Heimatwerden bedarf als seiner stärksten Stütze der Heimatkunde. Sie zu verbreiten bei den alten und neuen Bürgern ist dies „Kleine Stadtbuch“ geschaffen worden. Vom ersten Bekanntwerden unserer Absicht zur Herausgabe dieses „Stadtbuches“ zeigte sich ein so allgemeines und brennendes Interesse in weitesten Kreisen unserer Bevölkerung, dass wir zu einer über das ursprünglich beabsichtigte Mass des Werkes weit hinausgehenden Ausgestaltung ermutigt wurden. Nicht nur jene, die hier ihren Wohnsitz aufschlagen wollen, auch Handel und Gewerbe im Reiche widmen Königshütte ihre Aufmerksamkeit. Und diejenigen, die aus den

deutschen Gauen hier zur Aufbauarbeit antraten, haben das Bedürfnis, von Königshütte in ihre alte Heimat zu berichten und eine Vorstellung von der Stadt zu vermitteln, die sich ja nicht darin erschöpft, dass sie bei Kattowitz liegt und dass es hier nur Gruben und Hütten, Rauch und Russ gibt.

So soll denn dieses „Kleine Stadtbuch“ ein plastisches Bild der Stadt von ihrem wirtschaftlichen, politischen Aufbau und ihren geistigen Kräften vermitteln. Und dieses Bild soll bei der Jugend dieser Stadt erst recht an Farbe und Form gewinnen, weil doch sie es ist, für die wir jetzt den Aufbau nach langer Leidenszeit beginnen. Es wird die Aufgabe der Lehrerschaft sein, unsere Jugend heimatkundig zu machen. Um aber den vielen aus dem Reiche zu uns gekommenen Erziehern Material in die Hand zu geben, war es notwendig, die Geschichte dieser Stadt in einem breiteren Auszug darzustellen; auch vom Grafen v. Reden, von Kalide und anderen bedeutenden Männern der Heimatstadt musste etwas Näheres gesagt werden. Mancherlei „Wissenswertes“ und vielerlei „Nachweise“ dürfen in solch einem „Stadtbuche“ nicht fehlen.

So möge denn dieses „Stadtbuch“ Kunde von unserer Industrieheimat in die Welt hinaus tragen und die Bürger mit stolzem Heimatsinn erfüllen. Es soll in ihnen die Verpflichtung erwecken, aus den Naturschätzen der Heimat, aus Kohle und Eisen, aus dem Segen der schweren Arbeit ein stolzes Gemeinwesen aufzubauen, eine deutsche Stadt Königshütte zu gestalten, die in Treue zum Führer und im Einsatz für das herrliche Grossdeutsche Vaterland hinter keiner Stadt des Altreiches zurücksteht.



Kreisleiter Wilhelm Schneider

des Altreiches zurücksteht.

Heil Hitler!

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Kunze' or similar, written in a cursive style.

Kreisleiter (M. d. R.)

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Schneider', written in a cursive style.

Oberbürgermeister

Bergmannslied

Von Rudolf Fitzek

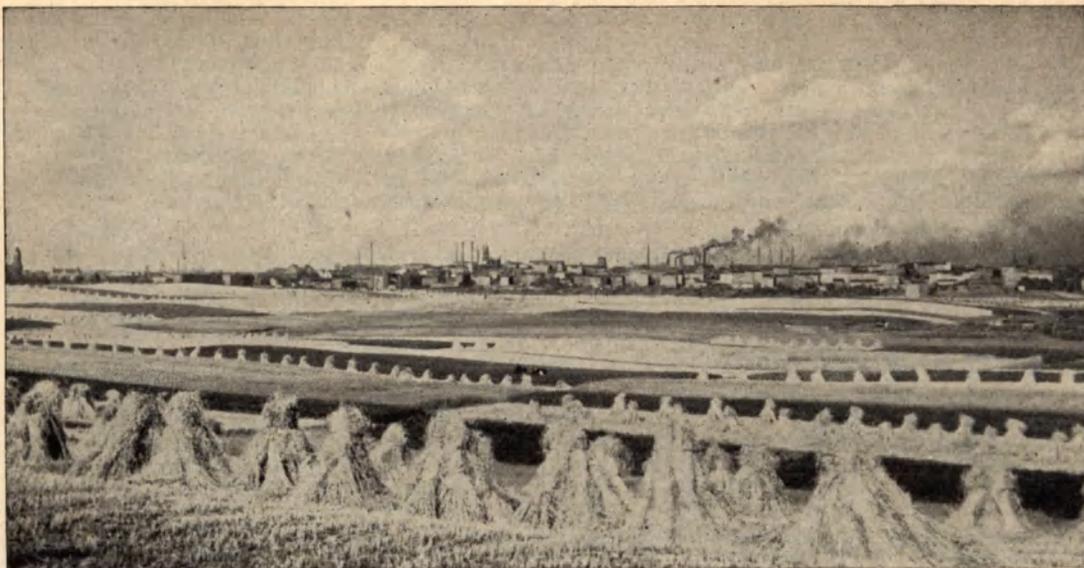
Unser Land hat Lärm und Rauch,
aber stille Wälder auch.
In des Schachtes dumpfe Gruft
muss ich, wenn der Kuckuck ruft.

Vogelsang tönt in mir fort,
wenn ich einsam knie' vor Ort.
Immer Last und Müh' und Hast,
manchmal möcht ich sterben fast.

Sterben, wär' mein Blut nicht frisch
und mein Sinn ein flinker Fisch,
der durchs Wasser lustig fährt!
O, mir ist das Leben wert!

Leben, wenn der Hammer stampft,
wenn das Eisen zischt und dampft,
unser Land, an Not so reich,
gibt uns Kraft und Stolz zugleich!

Land der dunklen Wälderpracht,
Land der funkensprüh'nden Nacht,
Heimat du! Umfange mich,
wie du bist, so lieb ich dich!



Aus der Geschichte der Stadt Königshütte Oberschlesien

Bearbeitet von Büchereidirektor Richard Schmidt.

I.

Die am 5. September 1939 ins Reich heimgekehrte Stadt Königshütte ist mit ihren rund 132000 Einwohnern die an Bewohnerzahl grösste der oberschlesischen Industriestädte. Ihre Geschichte ist eng verknüpft mit dem preussischen Bergbau in Oberschlesien. Ihre Geschichte ist die Geschichte der „Königsgrube“, vor allem aber der „Königshütte“, die der Stadt den Namen gab und eines der grössten Industrierwerke Oberschlesiens ist.

Als Stadtgemeinde ist Königshütte, verglichen mit anderen Städten Oberschlesiens, eine ganz neue Gründung. Es sind gerade 71 Jahre her, seitdem unserer Stadt Stadtrechte verliehen wurden. **Königshütte** ist also noch ein paar Jahre jünger als die Nachbarstadt **Kattowitz**, die im Jahre 1940 ihr 75-jähriges Bestehen feierte. Aber trotz der fast gleichen Zeit der Entstehung dieser beiden Städte besteht ein wichtiger **Unterschied in der Art ihrer Entstehung**. Kattowitz war vor seiner Erklärung zur Stadt eine seit fast 300 Jahren bestehende selbständige Landgemeinde, die sich seit den 30-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts allerdings sehr rasch entwickelte, dabei in ihrer äusseren Gestaltung städtischen Charakter annahm, wobei dann die Stadterklärung nur eine Formsache war. Der Umfang der neuen Stadt deckte sich dort im allgemeinen mit den Grenzen des ehemaligen Dorfes Kattowitz. Die alte Dorfbevölkerung ging mit ihrem Grundbesitz in der Stadtbevölkerung auf.

Anders war es bei Königshütte: Hier bildete den Siedlungskern eine einzelne Industrieniederlassung und ein Bergwerk: die „Königshütte“ und die „Königsgrube“. Durch ihr Bestehen seit dem letzten Jahrzehnt des ausgehenden 18. Jahrhunderts und durch ihre Entwicklung gaben sie den unmittelbaren Anlass zur Gründung von Arbeiter- und Beamtsiedlungen. Diese Arbeitersiedlungen entstanden — wie die beiden Hütten- und Bergwerksunternehmungen — auf den Wald- und Feldmarken alter Landgemeinden, deren Grenzen gerade in unmittelbarer Nachbarschaft dieser Siedlungen zusammenstießen. Es gab also vor Begründung des königlichen Hüttenwerks gar keine Siedlung auf dem Gebiete, die die im Jahre 1868 zur „Stadt Königshütte“ erklärte, aus den mannigfachsten einzelnen Neusiedlungen bestehende Siedlungsfläche umfasste.

Die Hüttenkolonien standen mit dem Schicksal der Altgemeinden, auf deren Grunde sie erbaut wurden, in keinem ursächlichen Zusammenhang; sie hatten ihre Entstehung den königlichen Unternehmungen der Königshütte und Königsgrube zu verdanken. Man kann daher hier nicht von Mutter- und Tochtergemeinden reden. Die Koloniegründungen waren höchstens Adoptivkinder, und zwar solche, die den Altgemeinden (ihren Pflegeeltern) geradezu aufgezwungen wurden, wie die Gründungsgeschichte der Stadt erweist. Die Besiedlung dieser Kolonien erfolgte nicht von der Altgemeinde aus; die Siedler wurden ihnen von der Hüttenverwaltung überwiesen und sind oft von weither, „vom Süden und vom Norden zusammengeschneit und geblasen worden“.

Wer die Geschichte dieser Stadt verstehen will, wird darum über die Zeit der Entstehung des Kgl. Hüttenwerkes hinaus die Vergangenheit der Siedlungslandschaft, in die das Hüttenwerk hineingesetzt worden war, in die Betrachtung einbeziehen. Denn das Gelände, auf dem die Königshütte entstand, war kein Niemandsland und die älteren Besitzverhältnisse des späteren Stadtbezirks sind keineswegs geschichtlich unbedeutend. Auch hat das ständige Anwachsen der Stadt die ihr bei der Stadterklärung gegebenen Grenzen durchbrochen und die nächstliegenden älteren Nachbargemeinden in sich aufgenommen. Und diese Gemeinden haben eine viel ältere Geschichte, die man nicht übergehen kann. Uebrigens stammt ein nicht geringer Teil der alteingesessenen Stadtbevölkerung aus den eingemeindeten Altgemeinden. Zur Beurteilung und Erklärung des Menschentums der heutigen Stadt ist die Kenntnis älterer Entwicklungsvorgänge, die auf den späteren Zustand oft bestimmend einwirkten, von nicht geringer Wichtigkeit.

II.

Die **Kohle** ist es, die das Landschaftsbild Oberschlesiens bestimmte. Eisenerze, Zink- und Bleierze haben an der Gestaltung dieses Raumes auch ihren Anteil, aber, „soweit bis jetzt geologische Forschungen reichen, treten an keiner zweiten Stelle der Erde Steinkohlenflöze von solcher Mächtigkeit, Güte und Reinheit in so grosser Regelmässigkeit und Ausdehnung auf. Flöze von weniger als 2 m Mächtigkeit, die in anderen Kohlenrevieren bereits als sehr starke gelten, werden in Oberschlesien kaum nutzbar gemacht. Die durchschnittliche Mächtigkeit der in Oberschlesien gebauten Kohlenflöze beträgt 4—6 m reine Kohle, nicht selten aber kommen Flöze von 9—12 m Mächtigkeit vor“ (Gothein).

Der Beginn des Bergbaues ist in Dunkel gehüllt. Und im hohen Mittelalter, gar noch um 1700 muss das heutige Stadtgebiet ein wald- und wiesenreiches, welliges Hügelland gewesen sein, dessen lieblichen Täler keine grössere Siedlung aufwies.

Die Geschichte des Beuthener Landes, zu dem unser heutiges Stadtgebiet einstmals gehörte, erzählt, dass es das metallglänzende, silberhaltige Bleierz gewesen ist, das man bei der landwirtschaftlichen Bearbeitung des Bodens fand, das die erste Ansiedlung von Bergleuten veranlasste. Zum ersten Male werden oberschlesische Silbererzbergleute auf Königshütter Boden bei Chorzow (jetzt: Königshütte-Ost) in einer Urkunde des Papstes Innozenz II. vom Jahre 1136 erwähnt. (Siehe Seite 67). Höchstwahrscheinlich haben die schlesischen Fürsten und Bischöfe den durch die deutschen Lande reitenden und für Schlesien werbenden Vögten auch den Auftrag gegeben, für den Silbererzbergbau tüchtige und erfahrene Bergleute anzuwerben und mitzubringen, um die schon bekannten Silberschätze des Landes besser nutzen zu können.

Bereits zu Beginn des 13. Jahrhunderts muss im Beuthener Lande eine verhältnismässig dichte Besiedlung vorhanden gewesen sein, denn damals (1230) erhielt Beuthen eine Stadtmauer, 1254 deutsches Recht und seit 1247 durften die Bewohner das Bleierz frei gewinnen. Diese Rechtsverleihungen sprechen für den verhältnismässig grossen Umfang des Silber- und Bleierzbergbaues im damaligen Beuthener Lande. Diese Rechtsverleihungen sprechen aber auch dafür, dass die Bevölkerung freie deutsche Siedler waren, die den menschenleeren Raum mit seinen meilenweiten Wäldern rodeten und pflügten und dabei unter der Ackerkrume das glänzende Erz fanden.

Der verheissungsvolle Anfang des Erzbergbaues im Beuthener Lande hielt nicht lange vor. Mancherlei Schwierigkeiten bedrängten ihn. Vor allem wird man der Wasserzuflüsse nicht Herr geworden sein. Bis heute ist das Wasser der Feind des oberschlesischen Bergbaues geblieben. Streitigkeiten unter den Bergleuten über die gewonnenen Silber- und Bleierze und ebenso mit den Grundherren und der Ortsgeistlichkeit über den Zehnten haben den Verfall des Bergbaues beschleunigt. Und was in den späteren Jahrhunderten immer wieder charakteristisch für dieses Land ist, nämlich der Streit um den Besitz Schlesiens und Oberschlesiens zwischen den anliegenden Reichen, hat die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung immer wieder gestört und oftmals gar vernichtet. Die Urkunden der Quellensammlung zur Geschichte der Stadt Königshütte aus der hier bezeichneten Zeit sind in ihrer Sprache: deutsch, lateinisch, böhmisch und polnisch, ein getreues Spiegelbild der damaligen Herrschaftsverhältnisse.

Im 6. Jahrhundert hatten sich Fürsten polnischer Herkunft des Landes Schlesien bemächtigt, die der deutschen Bevölkerung polnische Sprache, polnische Sitten und Gebräuche aufzuzwangen. Durch Teilung des Landes unter die Söhne der Fürsten bildete sich eine grosse Reihe von Fürstentümern, deren Besitzer sich sämtlich „Herzoge in Schlesien“ nannten, aber die Oberherrlichkeit Polens anerkennen. Die Schwäche all dieser „Herzöge“ zwang zur Anlehnung an die jeweils stärkere Macht. Unter Boleslaus Chrobry war Schlesien ein Teil des polnischen Reiches. Der deutsche Einfluss ist aber niemals erloschen. Mehrere Male weilten auch deutsche Kaiser im Lande, so 1157 Friedrich Barbarossa, um ordnend in die polnischen Angelegenheiten einzugreifen. 1163 machte sich Schlesien mit der Rückkehr der Wladislaiden und ihrer Einweisung in den Besitz des Landes selbständig und löste sich von Polen. Es kam 1235 zum Trentschiner Vertrag, in dem Polen feierlich aller Rechte auf Schlesien entsagte.



Vor Ort in einer oberschlesischen Steinkohlengrube

Erst 1431 gelang Herzog Konrad von Oels durch nächtliche Ueberrumpelung die Befreiung von Gleiwitz. Rybnik wurde 1432 bei einem neuen Durchzuge der Hussiten erobert und musste 1433 ebenso wie Beuthen . . . wiedergewonnen werden. Auch in der Folgezeit des 15. Jahrhunderts hatte Oberschlesien unter den böhmischen Wirren viel zu leiden, bis schliesslich Matthias Corvinus von Ungarn Schlesien von sich abhängig machte. Die Wohlfahrt des Landes ging unter der Oberherrschaft stammesfremder Fürsten immer mehr zurück. Einige Teile des Landes wurden sogar für Jahrhunderte verloren, so das Fürstentum Severien östlich von Beuthen und das Herzogtum Auschwitz“ (Lachotta).

Unter den schlesischen Fürsten befand sich ein Markgraf Georg von Brandenburg. Er stammte aus der brandenburgischen Nebenlinie Anspach—Bayreuth und war ein Enkel des brandenburgischen Kurfürsten Albrecht Achilles. Von seinem Oheim, dem König Wladislaus von Ungarn und Böhmen, erhielt er die Anwartschaft auf Oppeln, wo der letzte Piast regierte. Auch die Anwartschaft auf Ratibor wusste er sich zu sichern und kam 1521 in den Mitbesitz des Landes. Im Jahre

Zur Ruhe aber kam das Land nicht. Der Mongoleneinfall verwüstete weithin die Gefilde und Siedlungen. Zahllose Erbfehden beunruhigten jahrzehntelang die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Der Silber- und Bleierzbergbau verkümmerte fast ganz.

Johannes, König in Böhmen, der Blinde genannt, bemühte sich indessen, das durch häufige Teilungen weiterhin geschwächte Schlesien unter seine Oberherrschaft zu bringen, was ihm auch gelang. Im Jahre 1327 trugen ihm auf seine Anregung alle Fürsten mit Ausnahme derer von Schweidnitz und Jauer ihre Lande zu Lehen an. Sie behielten aber die wichtigsten der fürstlichen Regalien, darunter auch das Bergregal, zur eigenen Verfügung. Der polnische König Kasimir bestätigte dieses Abkommen und trat alle seine Rechte an den böhmischen König Johannes ab. Dessen Sohn und Nachfolger Karl IV. erhielt durch seine Gemahlin, die Erbin von Schweidnitz und Jauer, auch diese Fürstentümer. So kam 1355 ganz Schlesien an die böhmische Krone, was durch Verzicht des Königs Ludwig von Polen auf alle bisherigen Rechte in Schlesien bekräftigt wurde.

Der erste Schlesische Herzog, der den König Wenzel von Böhmen aus dem Hause der Przemysliden als seinen Oberherrn anerkannt hatte, war Kasimir von Beuthen. Seit 1289 vollzog sich der Lehnanschluss an Böhmen und damit an Deutschland immer fester. Die Oppelner „Fehde“ brachte aber noch einmal viel Unglück über das Land. Und 1428 musste Oberschlesien den ersten grausamen Hussiteneinfall über sich ergehen lassen. „Waren die Verwüstungen schon gross, so wurden sie fast noch schlimmer beim zweiten Raubzuge im Jahre 1430. Gleiwitz, Bischofstal (Ujest), Tost, Peiskretscham und das Kloster Himmelwitz wurden geplündert und in Brand gesteckt.

1524 brachte er mit des Königs Ludwig von Böhmen und Ungarn landesherrlicher Genehmigung das Fürstentum Jägerndorf durch Kauf an sich. „1526 wurde ihm vom böhmisch-ungarischen König Ludwig die Herrschaft Beuthen ‚auf zwei Leiber‘ gemeinsam mit Herzog Johann von Oppeln, übertragen. Ferdinand von Habsburg, der Bruder Karls V., der seinem Schwager Ludwig in der Herrschaft über Böhmen und die Niederlande gefolgt war, beließ Markgraf Georg 1531 im pfandweisen Besitz von Oppeln und Ratibor auch für seine Nachkommen, während für Beuthen die Bestimmung ‚auf zwei Leiber‘ bestehen blieb.“ Markgraf Georgs Sohn und Nachfolger Georg Friedrich hatte wiederholt von den Kaisern Ferdinand I. und Maximilian II. die Belehnung des Fürstentums Jägerndorf erhalten und vererbte dieses auf den Markgrafen Joachim Friedrich, den späteren Kurfürsten von Brandenburg, der es 1603 seinem zweiten Sohne Johann Georg als abgeteiltes Erbe überliess. Er trat zwar den Besitz an, aber die kaiserliche Bestätigung blieb ihm versagt.

Die mit Jägerndorf verbundenen Herrschaften Beuthen und Oderberg wurden im Jahre 1618 durch das Urteil des höchsten schlesischen Gerichtshofes, des Ober- und Fürstenrechts, dem Markgrafen ab- und dem Kaiser zuerkannt. Er weigerte sich, die Entscheidung anzuerkennen. Da sich Johann Georg zur Partei des von den böhmischen Landständen zum König von Böhmen erwählten Kurfürsten Friedrich von der Pfalz hielt, wurde er 1623 durch Kaiser Ferdinand II. in die Acht erklärt; sein Fürstentum Jägerndorf (mit Beuthen und Oderberg) verlieh der Kaiser trotz des Widerspruchs des kurfürstlichen und markgräflichen Hauses von Brandenburg anderweitig. Die Herrschaft Beuthen mit der Stadt Beuthen und der Freien Bergstadt Tarnowitz verpfändete Kaiser Ferdinand II. im Jahre 1623 an den aus der Zips stammenden Lazarus Henckel von Donnersmarck, an den die Herrschaft, da die Pfandsumme nicht bezahlt werden konnte, 1629 endgültig fiel. Friedrich der Grosse erhob beim Tode des Kaisers Karl VI. Anspruch auf das Fürstentum Jägerndorf und dehnte seinen Anspruch zugleich auf die Fürstentümer Liegnitz, Brieg und Wohlau aus, die in Folge der zwischen dem Herzoge Friedrich zu Liegnitz und Brieg und des brandenburgischen Kurfürsten Joachim II. im Jahre 1537 geschlossenen Erbverbrüderung nach dem Tode des im Jahre 1675 verstorbenen letzten Herzogs von Liegnitz hätten an Brandenburg fallen sollen, aber vom Hause Habsburg den Brandenburgern vorenthalten wurden.

In der Zeit des Brandenburgers Georgs des Frommen beginnt die eigentliche Geschichte des oberschlesischen Bergbaues. Er nahm sich des um Tarnowitz wieder aufblühenden Bergbaues schützend und fördernd an. Von Tarnowitz, der „freien Bergstadt“ (1526), wo ein „Bergamt“ die erste „Bergordnung“ (1528) dieser Gegend überwachte, ging in der Folge die bergbauliche und industrielle Entwicklung aus, als Preussen unter Friedrich II. von Schlesien Besitz nahm.



III.

Nach dem Frieden von Hubertusburg, am 15. Februar 1763, der dem Königreich Preussen das schlesische Land endgültig, fest und seitdem unangefochten einfügte, begann Friedrich der Grosse mit dem Aufbau des neuen Landes. Wie er in allen Zweigen des öffentlichen Lebens überall die Hand anlegte, um das Wohl seiner Untertanen geistig und materiell zu heben und die Quellen regen Wirtschaftslebens zu erschliessen, so war es ihm auch nicht entgangen, dass Schlesien in seinen Bodenschätzen eine unerschöpfliche Fundgrube des Wohlstandes barg.

Durch die Zersplitterung Schlesiens in viele Fürstentümer, durch die von den Gutsherrschaften ausgeübten Rechte, durch die hin und her wechselnden landesherrlichen Obrigkeiten war eine bunte Fülle von Bergrechten entstanden. Jeder Bergherr bestellte sein eigenes Bergamt durch einen Bergmeister und die ihm nach Bedarf beigeordneten Geschworenen als verleihende, beaufsichtigende, Abgaben erhebende und richtende Behörde, die in freien Bergstädten (so auch in Tarnowitz) mit dem Magistrat verbunden war. Eine geregelte Oberaufsicht über den Bergbau, eine zielstrebige Förderung des gesamten Bergbauwesens war nicht möglich.

Friedrich II. begann den Aufbau Schlesiens mit der Errichtung der Schlesischen Kriegs- und Domänenkammer in Breslau, die auch die oberste Provinzialbehörde für den Bergbau wurde. Diese Bergbehörde hatte zunächst in Oberschlesien recht wenig Arbeit, da der Bergbau im Beuthener Lande völlig darniederlag; der Galmeibergbau, der sich inzwischen in Oberschlesien entwickelt hatte, war in den Händen der dazu vom Kaiser privilegierten von Giesche'schen Erben, die dem Staate keine Abgaben, sondern nur dem Grundherrn einen Förderzins zu zahlen hatten; der Bergbau auf Steinkohlen war der Willkür der Grundherren überlassen und so gut wie unbekannt. Zur allgemeinen Regelung der bergrechtlichen Verhältnisse in Schlesien erschien es Friedrich II. zunächst einmal geboten, die Vielfalt der bestehenden Bergrechte durch eine einheitliche Gesetzgebung zu beseitigen und die Grundlage für ein neues Aufblühen zu schaffen. Deshalb befahl Friedrich im Anfang des Jahres 1769 die Bearbeitung einer Provinzialbergordnung für Schlesien. Die Vorarbeiten leistete der Justizminister v. Carmer, der sich des Gutachtens der Breslauer Kriegs- und Domänenkammer bediente. Der preussische Finanzminister von Hagen übergab den Entwurf von Carmers einer Kommission, der die Geheimen Oberfinanzräte Reichardt und Ernst, der Kriegsrat Wloemer und der Bergrat Gerhard angehörten. Aus den Beratungen und Nachprüfungen dieser Kommission an Ort und Stelle in Schlesien entstand die „Revidierte Bergordnung für das souveräne Herzogthum Schlesien und für die Grafschaft Glatz“, die am 5. Juni 1769 durch Allerhöchste Genehmigung Gesetz wurde.

Der Zweck und das Ziel der Bergordnung ist in einer „Präambel“ ausgesprochen, die lautet:

„Wir, Friedrich, von Gottes Gnaden König in Preussen u. s. w., u. s. w., Thun kund und fügen hiermit jedermänniglich zu wissen: nachdem der allerhöchste Gott Unser souveraines Herzogthum Schlesien und Grafschaft Glatz mit allerhand Bergwerken gesegnet hat, selbige aber bisher nicht überall bergmännisch genutzt und gebraucht, und Wir allerhöchst selbst versichert sind, dass in diesen Provinzen noch viele nützliche Mineralien verborgen liegen, deren Entdeckung, Betreibung und Zugutmachung dem Lande einen wesentlichen Vortheil verschaffen wird, auch die von Unseren Vorfahren christmildesten Gedächtnisses, von weyland Herzogen Johannes zu Ratibor und Oppeln, und Marggrafen Georgen zu Brandenburg, als Herzogen von Jägerndorf Ao. 1528, für die Fürstenthümer Oppeln, Ratibor, Jägerndorf, wie auch der Herrschaft Beuthen publicirte und von Marggrafen George Friederichen zu Brandenburg, Herzogen zu Jägerndorf den 20. October 1599 erneuerte, ingleichen die auf Silberberg Ao. 1539 von Joachim Friedrich, Johann und George, Gebrüder Herzogen zu Münsterberg publicirte, und vom Kaiser Leopold Ao. 1676 confirmirte, und die für Reichenstein von Herzog Heinrichen zu Münsterberg emanirte, und vom Kaiser Leopoldo 1676 confirmirte, selbst die von Kaiser Rudolpho II. Ao. 1577 für das Herzogthum Schlesien, und von eben diesem Kaiser unterm 24. März 1578 für die Grafschaft Glatz erlassene Bergordnungen theils unhinlänglich und unbestimmt sind, theils nicht gehörig abserviret worden; so haben wir daher für gut und nöthig gefunden, sothane Bergordnungen revidiren, und eine nach den jetzigen Umständen auf alle Arten von Bergmarken, zur Beförderung derselben eingerichtete Bergordnung für das souveraine Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz verfassen zu lassen.“

Die Ueberzeugung von dem Vorhandensein vieler nutzbarer Mineralien, die Vernachlässigung ihrer Hebung und Auswertung, die Unzuträglichkeiten, die Unbestimmtheit und Nichtbeobachtung der bestehenden Berggesetze, sowie die Notwendigkeit, Erwerbsquellen für die Bevölkerung zu schaffen, haben den Erlass der neuen Bergordnung veranlasst. Sie „legte die Regalität der Steinkohle erneut fest, überliess dagegen die Eisenerze der freien Verfügung des Grundeigentümers. Die Grundbesitzer erhielten ein Vorbaurecht, das 1790 in ein Miithaurecht umgewandelt wurde. Jedermann durfte auf fremdem Grunde schürfen, muten und die Verleihung der gefundenen Materialien beantragen. Jedoch musste dem Grundbesitzer

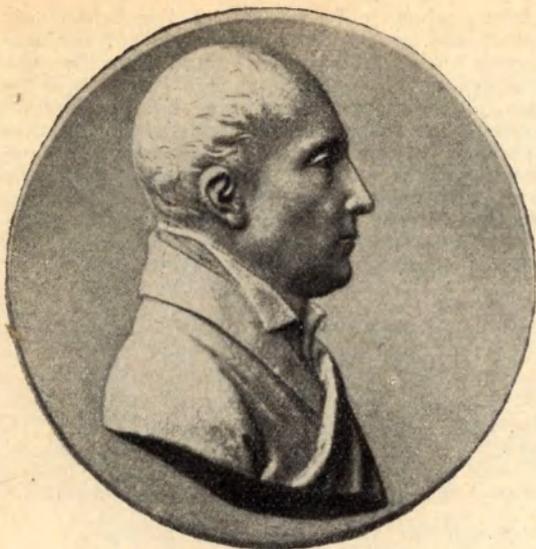
vor der Verleihung das Mitbaurecht zur Hälfte angeboten werden. Von den 128 Kuxen eines Bergwerks entfielen je 61 auf den Lehnsträger und den Mitbauberechtigten, je zwei mussten für den Grundherrn, für Kirche und Schule und für die Knappschaftskasse gebaut werden. Als Bergwerkssteuer wurde der Zehnte vom Erlöse der abgesetzten Produkte erhoben.“ Die wichtigste Bestimmung der „Revidierten Bergordnung“ war die Einführung des Direktionsprinzips. „Sobald eine Zeche verliehen und bestätigt war, übernahm die Staatsbehörde den ganzen Betrieb und die Leitung des Bergwerks. Sie regulierte den Bau, stellte die Arbeiter, Steiger und Schichtmeister an, schrieb die zur Bestreitung der Kosten erforderlichen Zubussen aus und legte den Eigentümern Rechnung. Dieses Direktionsprinzip hatte in der Anlaufzeit der oberschlesischen Bergwirtschaft seine besondere Bedeutung. Der in den Kinderschuhen steckende Bergbau wurde in einheitliche Bahnen gelenkt, man konnte Unrentabilität und Leerlauf ausschalten und grosse Betriebserfahrungen sammeln.“ Später freilich verlor das Direktionsprinzip seinen Wert und erwies sich, als der Bergbau in stürmische Entwicklung geriet und der Bergwerkseigentümer über Betrieb und Haushalt seines Eigentums nicht verfügen konnte, ohne Genehmigung der Staatsbergbeamten, als eine unerträgliche Hemmung. Das Gesetz vom 12. Mai 1851 änderte die Bevormundung durch die Bergbehörden, die in der Folge durch weitere Gesetze, Deklarationen, Verordnungen völlig beseitigt wurde. Die alte friderizianische Bergordnung von 1769 fand schliesslich im allgemeinen Berggesetz vom 24. Juni 1865 ihre Ablösung und Neusetzung. Der Bergwerksbesitzer blieb der Einwirkung der Bergbehörde auf die Gewinnung und Benutzung der Mineralien nicht weiter unterworfen, als zur Wahrung der fortschreitenden Förderung, der Sicherheit der Baue, der Oberfläche im Interesse des Privat- und öffentlichen Verkehrs, des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter notwendig ist.

Friedrich II. bedachte nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung des Bergbaues, er leitete auch eine grosszügige Sozialpolitik ein durch eine „Instruktion wegen Errichtung und Führung der Knappschaftskasse“ vom 20. November 1769 und durch ein „Generalprivilegium für die Bergleute im Herzogtum Schlesien und in der Grafschaft Glatz“ vom 3. Dezember 1769. Es bestätigte oder verlieh den Berg- und Hüttenleuten, die damals in hohem Ansehen standen, Freizügigkeit, Befreiung vom Militärdienst, von Erbuntertänigkeit und persönlichen kommunalen Lasten, ein forum privilegiatum in Bergwerkssachen beim Oberbergämte, freies Schürfrecht, Krankenlohn, freien Abzug, Zehrpfennig für die Wanderung und Aufnahme ins Knappschaftsinstitut. Erst nachdem sie vor der Bergbehörde den Treue- und Gehorsamseid abgelegt hatten, durften sie sich Berg- und Hüttenleute nennen und die verliehenen Vorrechte in Anspruch nehmen. Die Bergknappen einer Grubenbelegschaft hatten seit jeher militärähnlichen Charakter. Sie trugen eigene Uniformen mit streng überwachten Abzeichen, führten Insignien, Fahnen und Bergmusik. An ihrer Spitze standen keine Beamten, sondern „Bergoffiziere“, die bei feierlichen Aufzügen beritten waren. Wie die friderizianische Armee Militärkolonien schuf, in denen verheiratete Soldaten wohnten, so gründeten die Bergknappen ihre Kolonien. Und in diesen Kolonien hatten sie keine kommunalen Pflichten, allerdings auch keine Rechte. Der Grubenbesitzer war souverän und hatte für alle Bedürfnisse seiner Gefolgschaft zu sorgen und Fonds zur Bestreitung der Knappschaft zu schaffen. Bis weit in die Neuzeit hinein genossen die Berg- und Hüttenleute ein hohes Ansehen. Diese Wertschätzung ging leider in der Zeit des Industrialismus der Jahrzehnte um 1900 verloren. Jetzt stellt der Nationalsozialismus den Bergmann wieder auf seinen hohen Platz, auf den er kraft seiner Leistung für das Volksganze gehört.

Die staatliche Wirtschaftslenkung Friedrichs richtete sich nicht nur auf den Bergbau; sie plante neben der Erzeugung von Rohstoffen, auch Stätten der Verarbeitung zu schaffen und Nebenindustrien zu fördern.

So verdient festgehalten zu werden, dass Friedrich der Grosse die Absicht hatte, in den unerschöpflich grossen Wäldern des damaligen Oberschlesien, die auch unser Stadtgebiet noch bedeckten, eine Holzwarenindustrie ins Leben zu rufen. Friedrich wollte darüber hinaus der oberschlesischen Industrie eine recht breite Basis geben. „So sollte in Grosse-Strehlitz eine Strumpf- und Tuchfabrik, bei Werder eine Stahlfabrik, bei Brinitzka eine Glashütte angelegt werden. In Gleiwitz

wollte er eine Fabrik für Halbbaumwolle und Halbleinen sehen, in Tarnowitz eine Kunstschreinerei. Myslowitz legte er nahe, die Hutmacherei auszubauen und neue Meister heranzuziehen. Schliesslich wollte er in Oberschlesien eine Spielwarenindustrie nach Nürnberger Art begründen, die nach seiner Meinung gute Absatzgebiete gehabt hätte. Leider sind die weitschauenden Pläne Friedrichs zum grössten Teil deshalb nicht verwirklicht worden, weil sich in Oberschlesien bei der Struktur der Bevölkerung keine Fabrikanten fanden und auswärtige sich nicht zur Niederlassung in dem neu erworbenen Gebiete Preussens entschliessen konnten. Bekannt ist die Weigerung der Donauwörther Nähadelmacher, sich nach Oberschlesien zu begeben und dort eine gleichartige Industrie zu beginnen. So blieb die oberschlesische Industrie fast bis in unsere Tage hinein beklagenswert einseitig auf die Montanindustrie beschränkt und hatte bei schlechten Konjunkturen keine Ausweichmöglichkeiten“ (Lachotta).



Graf Reden



Oberberghauptmann Gerhard

IV.

Um die Verhältnisse des schlesischen Bergbaues festzustellen und zu prüfen, ob und wie er belebt und wo neue Möglichkeiten seiner Aufnahme vorhanden wären, schickte Friedrich II. im Jahre 1768 eine Immediatkommission nach Schlesien, die der Geheime Finanzrat Reichardt und der Bergrat Gerhard führten. In ihrem Berichte schilderten sie den damals umgehenden Bergbau, wiesen die Entwicklungsmöglichkeiten nach und gaben die Mittel und Wege zur Hebung des Bergbaues an. In dem Bericht der Immediatkommission war auch zum ersten Male von der Steinkohle Oberschlesiens die Rede. „Seit unvordenklichen Zeiten“ sollte Freiherr von Stechow bei Ruda nach Steinkohlen gegraben haben. Die Rudaer Grube des Freiherrn von Stechow erhielt 1770 den Namen „Brandenburg-Grube“ (nach der märkischen Heimat des Freiherrn). Sie ist wohl die älteste ober-schlesische Grube und seit 1718 bis heute im Besitz der Grafen von Ballestrem. Im Jahre 1781 finden sich Nachrichten, dass bei Hultschin Steinkohlen gegraben wurden. Vor 1768 soll schon die Emanuels-Segen-Grube der Standesherrschaft Pless bestanden haben. Im Beuthener Lande bei Chorzow bestanden zwei Gruben, die das „Hospiz zum Hl. Geist“ in Beuthen ausnutzte und von der Immediatkommission in Betrieb gefunden wurden. Von einem nennenswerten Steinkohlenbergbau konnte also damals nicht die Rede sein. Wie gering man damals den Wert der Steinkohle bemass, beweist der Preis von 2 Kreuzern für die Tonne (= 4 Breslauer Scheffel), die in jener Zeit in der Grafschaft Glatz gezahlt wurden. Der Mangel an technischen Kenntnissen hatte die Schwierigkeiten des Bergbaues noch nicht überwinden gelehrt. Der Holzreichtum Oberschlesiens zwang noch nicht zu der Notwendigkeit, ein Surrogat für das Holz als Brennmaterial zu suchen. Wo überhaupt Steinkohlen gefunden wurden, beschränkte sich der Abbau auf das Ausgehende der Flöze. Hinderlich war vor allem der Umstand, dass die Gutsherrschaft das Recht auf Steinkohlen besass. Die Herrschaft aber gestatte Bauern, die Lust zum Bergbau hatten, gegen Zins oder sonstige Dienste nicht

nur auf den ihnen zugehörigen Rusticalstellen, sondern auch auf dem Grund und Boden der Guts-herrschaft selbst Steinkohlen zu bauen, oder sie vereinigten sich mit den Bauern zu einer gemein-samen Gewinnung. Führte dies einerseits zu unwirtschaftlichem Betrieb, so hatte doch die Gemein-samkeit der Interessen für den Gutsherrn den Vorteil, dass er Zinsen und Dienste von den Bauern gewann und durch die Bauern auch den Bergbau gefördert sah, weil diese durch die Abfuhr der Kohlen den Absatz in weitere Gegenden bewirkten, die Bauern dagegen den Genuss etwaiger Ausbeute erwarben, besonders aber durch die Verfuhrung der Kohlen die Ausnutzung ihres Ge-spans erreichten.

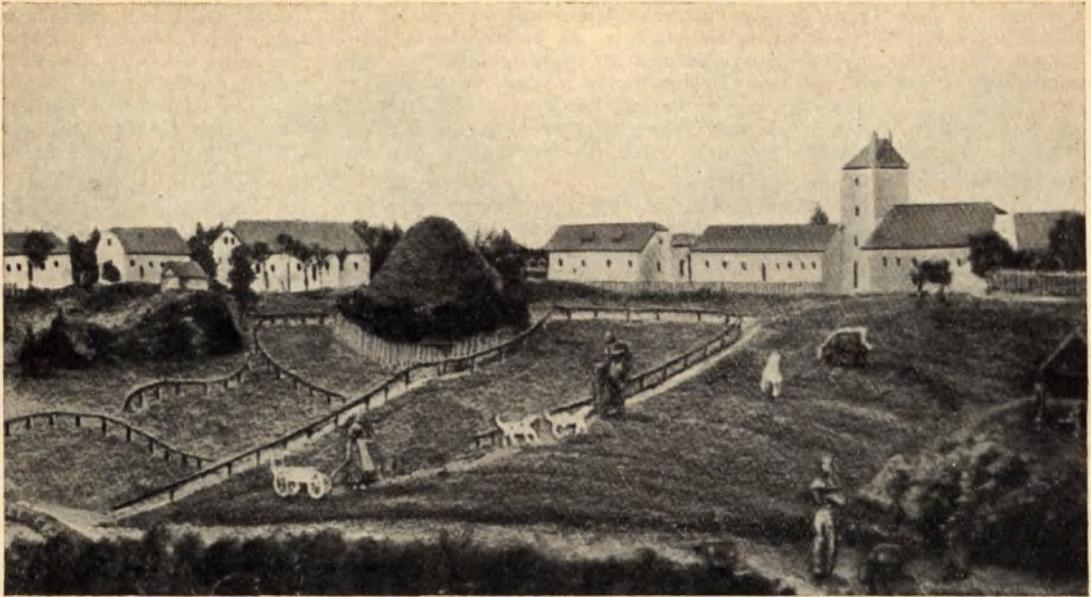
Die Ende 1770 beim Bergbau beschäftigte Mannschaft zählte einschliesslich der Tagelöhner nur 247 Mann. Den Bergleuten fehlte es an Erfahrungen und an Geschick, ja selbst Beamte mit ausreichenden Kenntnissen mangelten, eine rissliche Darstellung der Grubenbaue durch Mark-scheider fand nicht statt, ordnungsmässige Rechnungen wurden nicht gelegt, ein richtiges Mass für Steinkohlen war ebenso wenig wie eine Taxe für den Zehnt normiert. Diese Verhältnisse fand die Immediatkommission vor. Sie veranlasste die Aufnahme neuer Bergwerke und suchte das Vor-handensein abbauwürdiger Lagerstätten nachzuweisen, aber sie beschränkte sich vornehmlich auf die Aufsuchung metallischer Bodenschätze, während ihr die Bedeutung des Steinkohlenbergbaues noch verschlossen blieb.

Mit der Durchführung der neuen Bergordnung aber und der Errichtung des schlesischen Bergamtes begann ein neuer Aufschwung. Der König selber erkannte alsbald die Wichtigkeit des Bergbaues und machte die Bevölkerung in einem Publicandum vom 9. Dezember 1769 auf seine Vorkehrungen zur Förderung des Bergbaus (Bergordnung, Oberbergamt) aufmerksam. Ferner bemühte er sich, eine gründliche wissenschaftliche und technische Ausbildung bei den Bergleuten zu verbreiten. Seine ausgedehnten Privilegien (vom 3. Dezember 1769) und die Stiftung einer Knappschaft (am 20. November 1769) förderten die Bildung eines tüchtigen und zufriedenen Arbeiter-standes.

Lange Zeit blieb die Aufmerksamkeit der Bergbehörden und der Bevölkerung vorzugsweise auf den im ganzen wenig ergiebigen metallischen Bergbau gerichtet. Die Bedeutung des Stein-kohlenbergbaus wurde immer noch nicht erkannt.

Dem Grafen Friedrich Wilhelm von Reden blieb es vorbehalten, die schlesische Industrie auf die Steinkohle zu begründen. Mit bewunderungswürdiger Energie hat er fast 23 Jahre lang dem schlesischen Oberbergamt vorgestanden und den Anstoss zu den grossartigen Schöpfungen der Montanindustrie Oberschlesiens gegeben.

Ausgestattet mit einem reichen Schatz von technischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Kenntnissen, die er sich unter der Leitung seines Oheims beim Harzer Bergbau und durch sorg-same Studien auf der Universität Göttingen, wie durch Bereisung deutscher, belgischer und englischer Berg- und Hüttenwerke erworben hatte, war Friedrich Wilhelm Freiherr von Reden auf Veran-lasung seines Oheims, des Chefs des preussischen Bergwesens Freiherrn von Heinitz, durch Fried- rich II. unter Ernennung zum Oberbergamt im Jahre 1778 als Mitglied bei dem Bergwerks- und Hüttendepartement des Generaldirektoriums eingetreten. Heinitz sah in Reden die geeignete Per- sönlichkeit, die die notwendige künftige Belebung des schlesischen Bergbaues ins Werk zu setzen vermöchte. Im Jahre 1779 erfolgte eine neue Bereisung Schlesiens durch eine preussische Ministe- rialkommission, an der auch Heinitz und Reden teilnahmen. Sie haben sich beide sehr sorgfältig auch in unserem Gebiete umgesehen. Es ist bewundernswert, wie rasch Reden zu einer richtigen Würdigung der vorhandenen reichen Naturschätze kam. So sagte er z. B. über die Eisenerz-Lager- stätten in Oberschlesien: „Ich traue mir zu behaupten, dass, wenn entweder bloss der Graf Hen- kelsche **Fundus** Eisenerze enthielte, dennoch mit denen, welche er enthält, ganz Ober- und Nieder- schlesien, ja alle in Königl. Preussischen Landen belegenen Werke auf eine unabsehbliche Reihe von Jahren mit den erforderlichen Schmelzmaterialien versehen werden könnten, oder wenn der Graf Henkelsche **Fundus** auch nicht eine Spur davon hätte, dennoch der übrige Theil von Ober- schlesien diesen hinreichend ersetzen würde.“



Die Friedrichsgrube in Tarnowitz um das Jahr 1800. — Unter dem Turm im Keller stand die erste „Feuermaschine“.

„Bekanntlich“ — lautet der Bericht weiter — „haben viele Herrschaften seit langen Jahren ihr Erz, oder wenigstens einen Theil desselben auf ihrem **Fundo** gefördert. Bloss der Ungewohnheit, nach mehreren zu suchen, oder der Bequemlichkeit, solches von Tarnowitz holen zu können, dabei dem geringen Fuhrlohne, auch überhaupt dem bisherigen schläfrigen Betriebe der Werke ist es beizumessen, dass so viele und noch dazu die vorzüglichsten Erze unbenutzt geblieben sind. Jetzt aber wachen die Gutsbesitzer aus dem Schlafe auf; viele, durch das Beispiel Weniger ermuntert, suchen und finden Erz. Vorzüglich ist man hierin im Rosenbergschen, weil solches am weitesten von Tarnowitz entfernt ist, glücklich gewesen...“ „Ueberhaupt halte ich diese Art von weissen, etwas stahlartigen Eisensteinen, welche sich im Kreuzburger, Rosenberger, Lubliner und Oppelschen Kreise finden, für sehr ergiebig und von vorzüglicher Güte. Nur wird es nöthig sein, deren Verschmelzungsart und Verarbeitung noch näher zu studieren...“

Im Anschluss an seine Schlesienreise wurde Friedrich Wilhelm von Reden am 21. Oktober 1779 als Siebenundzwanzigjähriger zum Direktor des Schlesischen Oberbergamtes ernannt. Friedrich der Grosse stellte zwar erhebliche Summen zur Hebung von Gewerbe und Industrie zur Verfügung, den Bergbau aber wollte er privaten Kräften überlassen. Auch der Minister Heinitz war gegen Staatsbetriebe. Reden aber hatte klar durchschaut, dass der oberschlesische Bergbau nicht länger auf das Erwachen privaten Unternehmergeistes warten, dass die private Initiative nur durch Musterbeispiele geweckt werden könne.

Ihm schien gerade die industrielle Entwicklung dieses armen, abgelegenen Landes die dankbarste und wichtigste Aufgabe, gross und schwierig genug für seine Schaffenskraft und Arbeitslust.

Redens Lieblingsplan war die Wiederbelebung des Tarnowitzer Bergbaus, die durch eine Kabinettsorder Friedrichs des Grossen vom 7. September 1783 angeordnet worden ist.

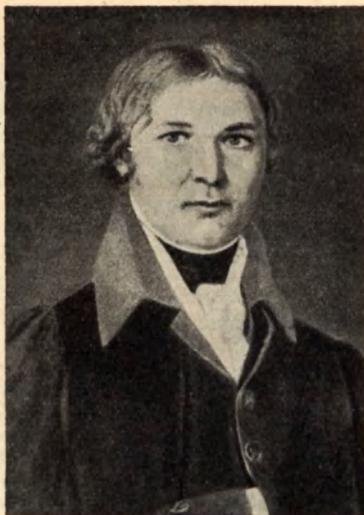
Das grösste und in seinem Erfolge sehr glückliche Unternehmen ist die **Wiederaufnahme des Bleierzbergbaues** auf der Tarnowitzer „Friedrichsgrube“ (seit 1786 so genannt) gewesen. Man hatte schon einige Schächte ohne Erfolg abgeteuft, als man am **16. Juli 1784** mit dem Rudolphinen-Schachte die Bleierzlage in sehr edler Beschaffenheit auffand. Dieser Fundschacht ist **als der Ausgangspunkt nicht nur des Tarnowitzer Bergbaues, sondern in mehrfacher Beziehung auch der ganzen oberschlesischen Bergwerksindustrie** zu betrachten. Teils in starken Wasserzuzflüssen, teils in dem schwimmenden Gebirge, das dem Absinken der Schächte unsägliche Schwierigkeiten entgegenstellte, teils auch in der grossen Unregelmässigkeit der Erzverbreitung, wodurch man viele, oft fruchtlose Versuchsarbeiten ausführen musste, ehe man für die weiteren Anlagen ein Anhalten gewann, stiess man auf ganz ausserordentliche Hindernisse. **Reden** hat hier eine Umsicht, eine Ausdauer, eine Tatkraft entwickelt, die man um so mehr bewundern muss, wenn man berücksichtigt, dass alle Hilfsmittel ganz neu zu schaffen waren; überall war es seine Persönlichkeit, welche unmittelbar eingriff.

Der neue Tarnowitzer Bergbau liess sich sehr gut an und versprach auch reiche Erträge. Immer wieder aber störten starke Wassereinbrüche das begonnene Werk.

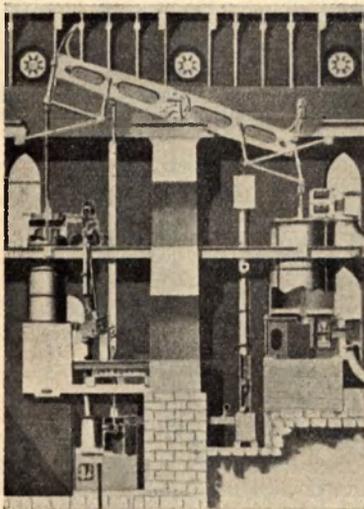
Vergebens hatte man mit grossen Kosten durch Rosskünste die Wasser zu bewältigen versucht. Reden erwog eine gründliche Abhilfe. Er schickte, nachdem der König die Mittel kurz vor dem Tode bewilligt hatte, den Bergassessor **Bückling** nach England, um dort eine **Dampfmaschine** einzukaufen. Es war dies die zweite Dampfmaschine, die von England nach Deutschland kam; die erste wurde etwas früher auf dem Königl. Kupferschieferbergbau bei Rothenburg an der Saale errichtet. Die aus England stammende Maschine ist auf dem Wasserwege nach Oppeln und von da auf dem Landwege nach Tarnowitz gebracht worden. **Am 4. April 1788 kam sie in Gang.** Sie hob bei einem 14-maligen Kolbenwechsel in der Minute 60 Kubikfuss Wasser aus 96 Fuss Schachtteufe, zeigte also eine Kraft von etwas mehr als 10 Pferden. Die **„Feuermaschine“ der Friedrichsgrube war die Sensation ihrer Zeit.** Noch vor der gleichaltrigen bei Hettstedt im Mansfeldischen arbeitenden bestellt, war sie **tatsächlich die erste des europäischen Festlandes.** Von nah und fern kamen Fachleute nach Tarnowitz, um sie in Betrieb zu sehen und ihre Wirkungskraft kennen zu lernen. Unter den Besuchern befand sich 1790 auch Goethe. Wegen der damaligen Verwicklungen in der Türkei bestand drohende Kriegsgefahr zwischen Oesterreich und Preussen, und Herzog Karl August von Weimar war nach Schlesien gekommen, wo er als preussischer General den Befehl über eine Brigade übernahm. Goethe folgte ihm nach. In Breslau lernten sich der Dichterstern und Reden kennen und fanden Gefallen aneinander. Da Goethe damals in Ilmenau in Thüringen die Wiederaufnahme des Bergbaues eingeleitet, aber ebenfalls grosse Wasserschwierigkeiten hatte, nahmen der Herzog und Goethe die Einladung gern an, in Tarnowitz die Massnahmen zur Bewältigung der Wasser mit Hilfe der Feuermaschine zu besichtigen. Am 4. September 1790 trafen die hohen Gäste in Tarnowitz ein, wo sie den Betrieb mit regem Interesse ansahen. Nach seiner Abreise schrieb Goethe das in das Fremdenbuch eingeklebte Epigramm:

Fern von gebildeten Menschen, am Ende des Reiches,
wer hilft euch Schätze zu finden und sie glücklich zu bringen ans Licht?
Nur Verstand und Redlichkeit helfen, es führen die beiden
Schlüssel zu jeglichem Schatz, welchen die Erde verwahrt.

Inzwischen hatte Reden die Wiederherstellung des **Gothelf-Stollens** in Angriff genommen, dessen Betrieb man mit einer Dampfkunst von 20 Zoll Cylinderweite beschleunigte. Der Stollen, der mit der offenen Rösche eine Länge von 1692 Lachtern hatte, wurde schon im Jahre 1803 vollendet. Eine unmittelbare Lösung der Erzlage wurde damit nicht erreicht, auch nicht beabsichtigt, sondern auf seinen Endpunkt kam eine Maschine von 60 Zoll Cylinderdurchmesser zu stehen, die die ganzen Grubenwasser (22 $\frac{3}{8}$ Fuss hoch) auf den Stollen hob. Mit diesem Punkte stand das



Maschinenbau-Direktor Holzhausen



Gebläsemaschine
für die Königshütte 1802

Dass es in Oberschlesien Steinkohlen gab, wusste man. Aber niemand dachte daran, sie für Feuerzwecke in grösserem Ausmasse zu verwenden. Es gab ja riesige Wälder, die genug Holz lieferten, das in Meilern zu Holzkohle zubereitet wurde und die Hochöfen der damaligen Zeit wurden ja mit Holzkohle betrieben.

In England hatte Graf von Reden die ersten Koksöfen kennen gelernt. Sein praktisch technischer Sinn und sein wissenschaftlicher Scharfblick erkannte durch eingehende Studien der Verhältnisse sehr bald, welche Bedeutung der ober-schlesischen Steinkohle für eine neu aufzubauende heimische Eisenindustrie haben könne. Reden brauchte die Steinkohle für seine Dampfmaschinen, die eine Unmenge von Holzkohlen verschlangen, deren Preis inzwischen ständig anstieg. Darum galt es, die Steinkohlenschätze zu heben. Er übersah klar, dass die bisher bestehenden Hochöfen- und Eisenwerke für eine Umstellung von Holzkohle auf Steinkohle kaum in Frage kamen. „In kluger Ueberlegung suchte er daher nach Möglichkeiten, die in ihrer späteren Durchführung schon so gigantisch waren, dass sie in ihrem Kern bis heute einen wesentlichen Bestandteil der ober-schlesischen Montanindustrie bilden. Reden, der nun schon reiche Erfahrungen über den geologischen Aufbau des Landes gesammelt hatte, wollte bewusst eine Verlagerung der Arbeitsstätten vornehmen und vollzog in klarer Konsequenz den Ruck nach dem Teile Oberschlesiens, der später das jetzige Industrieviertel werden sollte. Sein Entschluss begründete nicht nur eine Steinkohlenindustrie, auf ihr sollte sich für die Folge auch das eisenindustrielle Werden aufbauen. Dass gleichzeitig das Zink eine wichtige Rolle in Oberschlesien zu spielen begann und die Intensivierung des Steinkohlenbergbaues geradezu forderte, war ein grosses Glück für das ober-schlesische Land“ (Lachotta).

Der kümmerliche Zustand, in dem Reden die schlesische Eisenindustrie fand, erweckte in ihm den lebhaften Wunsch, auf den soeben von dem Forst-Departement übernommenen Werken des Staates (Malapane und Kreuzburgerhütte), die sich auch in keiner befriedigenden Lage befanden, verbesserte Betriebseinrichtungen zu treffen, um damit teils den Ertrag dieser Werke zu erhöhen, teils in ihnen für die Privatwerke Beispiele der Nachahmung aufzustellen.

Das wichtigste Bestreben Redens ging dahin, **in Oberschlesien die Steinkohlenförderung mit der Erzeugung von Roheisen zu verbinden**. Zunächst begannen gründliche Versuche, zur Erblasung von Roheisen Koks zu verwenden. Der Engländer **Wilkinson**, Besitzer beträchtlicher Eisenwerke in Staffordshire, kam im Januar 1789 auf einer Reise nach Preussen; mit ihm ging Reden nach den schlesischen Werken und benutzte die Gelegenheit, diesen Mann über viele seiner Baupläne zu vernehmen. Wilkinson bezeichnete von den in jener Zeit zur Förderung kommenden Steinkohlen diejenigen von Altwasser und Waldenburg als die geeignetste zur Verkokung.

Am 11. November 1789 begannen in Malapane die Versuche mit dieser Kohle. Die Versuche hatten ein befriedigendes Resultat. Man hatte den Betrieb mit Holzkohlen angefangen, im steigenden Verhältnis Koks zugesetzt und dann während jener 5 Wochen mit Koks allein geschmolzen. Zuerst zeigte sich das Eisen rotbrüchig, nach einem Zusatz von Hochofenschlacke aber von guter Beschaffenheit, wie die auf Creuzburgerhütte angestellten Schmiedeversuche ergaben.

Bevor aber der Bauplan zu dem projektierten Koks-Hochofenbetriebe bearbeitet wurde, ging Reden nochmals nach England, wo er längere Zeit auf den Eisenwerken verweilte und sich über viele Einzelheiten unterrichtete, die für die projektierte Anlage von Nutzen sein konnten. Ein Bericht Redens vom 20. März 1791 enthält den ausführlichen Plan zur Anlage zweier Koks-hochöfen und einer vollständigen Eisengiesserei; ein Plan, von dem Reden in diesem Bericht sagte, dass er ihn seit 12 Jahren nie aus den Augen gelassen habe. Um sich aber, sagt er darin weiter, von der Brauchbarkeit der verschiedenen oberschlesischen Steinkohlen zu überzeugen, wollte er in Malapane noch einmal ein Probeschmelzen veranstalten.

Das Probeschmelzen zu Malapane, wo inzwischen ein kräftiges Cylindergebläse angelegt war, fiel sehr ungünstig aus, was teils in der unrichtigen Behandlung des Ofens, teils in der Unhaltbarkeit des Gestelles lag. Man hatte aber dabei wichtige Erfahrungen gemacht, die bei einem wiederholten Versuche benutzt wurden. Dieser begann am 20. Januar 1792 und währte bis gegen Mitte Februar; es wurden nacheinander Koks aus Kohlen von Heiduk (Königsgrube), von der gewerkschaftlichen Hedwigsgrube (bei Chorzow) und von Zaborze (Separatbau der Königin-Luise-Grube) benutzt. Reden war persönlich dabei und leitete die Arbeiten. Es kamen zwar noch einzelne Störungen vor, der Ausfall war aber in jeder Hinsicht befriedigend. Damit war die **Anwendung der Kokse aus oberschlesischer Steinkohle zur Roheisenerzeugung in Oberschlesien entschieden.**

Reden wollte das Hüttenwerk bei **Gleiwitz** anlegen. Für Gleiwitz sprach das Gelingen eines besseren Aufschlusses auf der Königin-Luise-Grube, die Vorbereitungen zur Anlage eines schiffbaren Stollens, sowie des Zabrzer und des Klodnitzkanals. Auch kam in Betracht, dass in Gleiwitz und dessen Umgebung die Arbeiter leichter unterkommen konnten, man also hier des Baues von Familienhäusern enthoben war. In der Ausführung des Baues aber, der sich auf nur **einen** Hochofen beschränkte, dagegen auf eine grössere Giesserei ausdehnte, fanden sich viele Schwierigkeiten. Das durch Wasser betriebene Cylindergebläse kam aus England, alle sonstigen Gusswaren lieferte Malapane. Im September 1796 wurde zwar der erste Hochofen — **der erste Kokshochofen des europäischen Festlandes** — angeblasen, musste aber wieder ausgeschurt werden, bis am 3. November 1796 der regelmässige Betrieb begann.

V.

Als die Voraussetzung einer gedeihlichen Hüttenindustrie sah Reden das Vorhandensein geeigneter Steinkohlen an. Die Steinkohlengruben sollten überdies in der Nähe der erwählten Hüttenstandorte liegen. Zu der damaligen Zeit gab es in Oberschlesien 12 Hochöfen, 28 Frischfeuer, 34 Luppenfeuer und 27 Eisenhämmer, die nun statt des Holzes die Steinkohle als Brennmaterial verwenden sollten.

Zwei Gruppen von Steinkohlenbergwerken schieden sich damals schon voneinander. Die eine umfasste die Gruben in der freien Standesherrschaft Pless. Um das Jahr 1800 förderten für den Fürsten Pless drei Gruben mit 156 Arbeitern 23370 Tonnen Kohlen im Werte von 2674 Thalern. Die zweite Gruppe schloss die Reihe der gewerkschaftlichen Gruben in sich. Ihre Förderung hat sich nur langsam gesteigert. Im Jahre 1783 gab es 2 Gruben, die 4000 Tonnen im Werte von 1000 Thalern förderten. Das war unbedeutend. Das Holz der oberschlesischen Wälder war halt immer noch allzu billig, um es beim Hausbrand und anderen Feuerungen durch die Kohle zu verdrängen. Noch im Jahre 1800 betrug die gesamte oberschlesische Förderung, einschliesslich der Gruben des Staates, auf das Mass von 1845 berechnet, nur 106000 Tonnen. Erst im Anfang des vorigen Jahrhunderts begann eine nennenswerte Steigerung der Produktion, die innig zusammenhängt mit dem Aufblühen des Betriebes auf den Eisen- und Zinkhütten und mit der allgemeineren Anwendung der Dampfmaschine zur Förderung und Wasserhaltung, für die man Maschinenkräfte nötig hatte, wenn die Flöze in grösserer Tiefe gelöst werden sollten. Auch die Verbesserung der Absatzwege durch den Klodnitzkanal und 1842 durch die oberschlesische Eisenbahn, die nach und nach in das Kohlengebiet vordrang und direkte Bahnanschlüsse bot oder mittels der im ganzen Gebiet verzweigten Rossbahn die Verbindung mit den Hauptlinien herstellte. Die Vervollkommnung des Maschinenwesens gestattete in immer grössere Tiefen vorzudringen. Das Zusammenlegen kleinerer Abbaufelder der grossen Bezirken machte überdies die Maschinenanlagen nutzbarer. Der Mangel an ausreichender Arbeitskraft zwang einerseits zur Anwendung von Pferden zur Förderung in den Gruben, gestattete andererseits aber auch die Bewegung grösserer Massen. Die Einführung von Separationen nach verschiedenen Korngrössen der Kohle diente der Kundenbedienung und somit auch der Steigerung der Förderung. Im Jahre 1815 förderten 20 Gruben mit 347 Arbeitern 311403 Tonnen im Werte von 58075 Thalern. Aber schon 1823 war die Zahl der betriebenen Gruben auf 33 gewachsen, die mit 1441 Arbeitern 1463152 Tonnen Kohlen im Werte von 316512 Thalern förderten. Die Steigerung der Förderung hat in den folgenden Jahrzehnten ständig zugenommen.

Reden brachte auch die Giesche'schen Betriebe dazu, das Calcinieren (Rösten) des Galmeis, das bisher mit Holz geschah, mit Steinkohlen zu betreiben. Den wichtigsten Schritt aber tat Reden, indem er für die staatlichen Hüttenwerke zu Malapane, Creuzburgerhütte und Tarnowitz nach eigenen Kohlengruben suchte. Gerade die Notwendigkeit, für die Dampfmaschinen der „Friedrichsgrube“, wie für den Betrieb der „Friedrichshütte“ bei Tarnowitz Brennmaterial zu schaffen, gab den stärksten Antrieb, in nächster Nähe ein Steinkohlenbergwerk zu errichten. So stellte er neben die bisherigen zwei Gruppen oberschlesischer Kohlengruben die dritte Gruppe der fiskalischen Steinkohlengruben.

Auf den damals bestehenden Staatswerken war eine Produktion ins Leben gerufen worden, die trotz der erheblichen Aufwendungen, die die Ausrichtungsarbeiten und die Maschinenbauten erforderten, reiche Ausbeuten brachte; Ausbeuten, durch die Reden in Stand gesetzt wurde, anderwärts grossartige Pläne zu verfolgen, ohne den Meliorationsfonds in Anspruch zu nehmen. Ueberdies war die Friedrichsgrube bei Tarnowitz die Pflanzschule für eine tüchtige Knappschaft, wie für heranzuziehende Grubenbeamte geworden; man hatte dort die ersten Wasserhaltungsmaschinen und den ganzen Pumpen-Einbau erprobt und nun war es schon leichter, auf anderen, neuen Werken dergleichen Anlagen auszuführen.

Nachdem Reden die Zustimmung des Königs erwirkt hatte, die Hüttenwerke auf die Verwendung der Kokse umzustellen, begann er mit Schürfversuchen in dem Raume zwischen den



Flözkarte

heutigen Städten Hindenburg und Königshütte. Bei Zabrze (heute Hindenburg) fand man ein mächtiges Steinkohlenflöz von ausgezeichneter Kohlebeschaffenheit. Es war die Oberbank des nach dem Oberbergrat Grafen Einsiedel benannten „Einsiedelflözes“ in der Nähe der Kolonie Paulsdorf. Den Grubenbau dieses Flözes nannte man „Königin-Luise-Grube“. Die Kohle dieser 1791 begonnenen Grube war backfähig und zur Verwendung beim Schmelzprozess im Hochofen geeignet.

Zu derselben Zeit, im Mai 1791, begannen auch in der Gegend des heutigen Königshütte zwischen den damaligen Dörfern Chorzow, Lagiewnik und Ober-Heiduk die Schürfversuche. Die, obwohl nur mageren, aber festen, stückreichen, bis 3 Lachter und darüber mächtigen, ausgezeichnet reinen Steinkohlenflöze mit ihrer regelmässigen flachen Ablagerung, bei der mit mässiger Steigerteufe ein grosses Feld trocken zu legen war, machten eine starke und billige Kohlenförderung möglich.

Da, wo heute der Bahnhof Königshütte-Mitte steht, genau an derselben Stelle, wo das Stationsgebäude errichtet wurde, begann am 7. Mai 1791 der Bergbau der „Königsgrube“ mit dem ersten Schacht, der den Namen „Wilhelmschacht“ erhielt. Hier hatte man einen Maschinenschacht von 75 m Teufe niedergebracht. Auf dem dadurch erschlossenen Felde, das mit Diagonalen vorgeichtet wurde, dienten Förderwagen der Förderung, die auf einem hölzernen Gestänge liefen, und ein mit Pferden betriebener Fördergöpel. Das Flöz, das man im Wilhelmschachte abbaute, ist das noch heute abgebaute Hangendste der drei mächtigen Königsgrubenflöze, nämlich das später nach Oberberghauptmann Gerhard benannte „Gerhardflöz“.

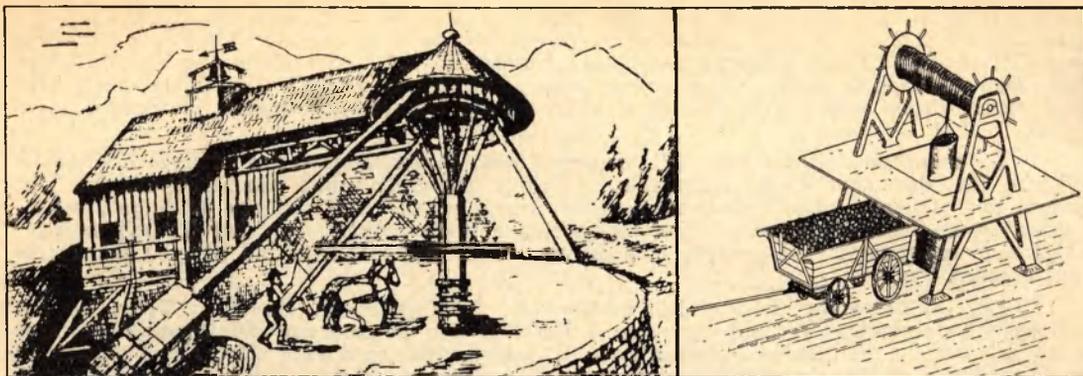
Nicht viel später als der Wilhelmschacht entstand in dem sogenannten Lagiewniker Walde der „Pelagiaschacht“, der das 40 bis 50-zöllige „Pelagiaflöz“ aufschloss.

Die zu milde Beschaffenheit der Kohle auf dem Wilhelmschacht, sowie die bedeutenden Wasserzuflüsse im Pelagiaschacht machten alsbald das Aufgeben dieser Baue notwendig. Inzwischen waren durch Bohrungen weitere Flöze mit geeigneter Kohle aufgeschlossen worden. Es kam zu den Schachtanlagen „Schuckmann“, „Kronprinz“ und „Prinzessin“ zwischen Neu-Heiduk und Nomiarki (südlich des heutigen Knappschaftslazarets). Es war das „Heintzmannflöz“, das man abbaute.

Die Schachtförderung geschah mittels Haspel in Scheffelgefässen und Fördertonnen von 2,8 cubikfuss Inhalt. Die Wasserhaltung wurde teils durch Handpumpen, teils durch Aufziehen der Wasser in Kübel und Tonnen reguliert. Das Resultat des ersten Betriebsjahres konnte nur unbedeutend sein. Zehn, überwiegend aus Niederschlesien übergesiedelte Bergleute, förderten 36925 Ztr. Kohlen. Die Kohle wurde für 2 Groschen, $7\frac{1}{2}$ Pfennig je Zentner Stück- und 1 Groschen, $5\frac{1}{2}$ Pfennig je Zentner Kleinkohle an die staatlichen Werke in Tarnowitz verkauft. Im Jahre 1790 hatten alle damals bestehenden Gruben zusammen nur 610 Tonnen gefördert.

Die bisher unter der Benennung „Prinz Carl zu Hessen“ betriebenen Grubenanlagen erhielten Ende 1791 den Namen „Königliche Kohlenzeche“. Der Name „Königsgrube“ wurde im Jahre 1800 verliehen.

Eine Zeitlang verlief der Grubenbetrieb ungestört; aber mit der weiteren Ausdehnung der Baue stellten sich durch vielfache Unregelmässigkeiten und Störungen in der Flözlagerung erhebliche Schwierigkeiten ein. Hinzu kamen ständig wachsende Wasserzuflüsse. Mitte 1793 legte man die Schachtanlagen still, um auf Rudaer Gelände einen lohnenderen Betrieb zu eröffnen. Hier hatte man bis zum Ende des Jahrhunderts durch viele Bohrungen festgestellt, dass Ober- und Niederbank des Einsiedelflözes nach Ost und West bis zum jetzigen Hindenburg-Ost bzw. bis zur Kunzendorfer Landstrasse abbauwürdig anhielten. Vor allem aber traf man bei Poremba und Zabrze auf vier mächtige Flöze, die die Namen Georg, Heinitz, Reden und Pochhammer erhielten. Die Kohle dieser Flöze war zur Verkokung zu mild, aber deshalb besonders zur Kesselheizung der Wasserhaltungsmaschinen geeignet. Das Einsiedelflöz dagegen lieferte eine schöne stückreiche Kohle, die zur Koksgewinnung brauchbar war und sowohl in Malapane als auch in der inzwischen gegründeten Gleiwitzer Hütte Absatz fand.



Pferdegöpel

Handgöpel

Der bei Poremba entstandene „Oswaldschacht“ kam 1796 zum Erliegen, da das Wasser auch hier überhand nahm. Da wandte man sich der Wiederaufnahme des alten Lagiewniker Bergbaues in der Nähe des Wilhelmschachtes zu. Es entstanden die beiden Schächte „Moses“ und „Wilhelmine“.

Wohl stieg die Kohlenförderung von Jahr zu Jahr (die Königsgrube beschäftigte 1810 schon 97 Mann und förderte 30 699 Tonnen), aber die Wasserhaltung machte immer wieder Schwierigkeiten.

Man suchte nach Entwässerungsmöglichkeiten. Ein Weg dahin war die Anlage des Haupt-schlüssel-Erbstollens, der nach den Plänen des oberbergamtlichen Dezernenten Pochhammer erbaut und am 18. Oktober 1800 in Anwesenheit des Staatsministers Freiherrn von Hardenberg feierlich eröffnet wurde. Dieser Stollen ist auf dem ganzen Kohlengebirgszuge über das Feld der „Königin-Luise-Grube“ hinaus in 68-jähriger Arbeit bis in das Feld der Königsgrube vorgetrieben worden. Hier wurde er 1868 bei einer Länge von 13 km in der Nähe des Krugschachtes verstuft. 1807 beschloss man auch die Schiffbarmachung des Stollens, um die Kohlen auf dem Wasserwege direkt nach dem Gleiwitzer Hüttenwerke und später über den schon unter Friedrich dem Grossen begonnenen und 1812 fertiggestellten Klodnitzkanal weiter bis zur Oder zu bringen. 1822 war die Schiffbarmachung vollendet, nachdem der Klodnitzkanal 1810 bis an das Stollenmundloch herangeführt worden war. Bis zum Beginn des Tiefbaues im Jahre 1838 ist dieser Beförderungsweg fast ausschliesslich benutzt worden.

Für die Königsgrube bedeutet das Jahr 1797 den Anfang einer neuen Periode der Entwicklung. Denn in diesem Jahre schritt man zur **Aufstellung einer Dampfmaschine zur Wasserhaltung**. Die erste Dampfmaschine der Königsgrube hat in der Nähe der heutigen Kalidestrasse beim Koloniehause Nr. 8 bei einem „Maschinen-Schachte“ gestanden.

Der steigende Bedarf an Steinkohle für die Tarnowitzer Werke und für die Königliche Eisengiesserei bei Gleiwitz sowie für die bereits im Bau befindliche Königshütte veranlasste die Grubenverwaltung zu weiteren Betriebsverbesserungen im Interesse einer Produktionssteigerung. Eines dieser produktionssteigernden Mittel war die Einrichtung eines **Pferdegöpels zur Schachtförderung**, der 1800 auf dem sogenannten „Göpelschachte“ in Betrieb gesetzt wurde. Später folgte ein Pferdegöpel auf „Strohschacht“.

Die zweite Verbesserung bestand in der Einrichtung der **Pferdeförderung innerhalb der Grube**; dadurch konnten die Kosten der Streckenförderung erheblich vermindert werden. Dadurch gelang es auch, den Arbeitermangel teilweise zu mildern und grössere Mengen zu fördern. Das erste Pferd ist am 13. September 1802 auf „Henriette-Schacht“ eingehängt worden.

Die Unzulänglichkeit der beiden Pferdegöpel zur Schachtförderung sah man damals schon ein, aber erst 1814 kam es zur Aufstellung einer **Förderdampfmaschine** auf dem „Einsiedelschachte“ der Königsgrube. 1819 stand die zweite Dampffördermaschine auf „Lyda-Schacht“.

Mit den beiden Schachtanlagen „Einsiedel“ und „Lyda“ erreichte man die damals tiefste Bausohle von 18 Lachter im Heintzmannflöz.

Das unruhige Kriegsjahr 1806 hat zwar die Dorfbewohner von Chorzow und die „Kolonisten“ der Königsgrube und Königshütte im Waldwinkel von Lagiewnik die drückende Last des Hungers und der Teuerung nicht spüren lassen. Aber von den 125 Mann der Belegschaft sind doch eine Reihe zu Festungsdiensten eingezogen worden. Auch an den Pferdebestand der Königsgrube legte die Kriegsfurie Hand an. Denn Pferde brauchten die Reste der schlesischen Besatzung mehr, als überhaupt aufzutreiben waren. Und so mussten halt vom Göpel- und vom Strohschacht, wo je ein Pferdegöpel zur Schachtförderung im Betrieb war, die Pferde zur Bespannung von Kriegsfahrzeugen weggenommen werden. Selbst das Pulver zum Sprengen, das man vorfand, wurde eingefordert und zunächst nach Gleiwitz gebracht. Weder Wagen noch Pferde, noch auch die Fuhrknechte kamen zurück, denn die Landesverteidigung brauchte alle drei aufs nötigste.

Bis zum Jahre 1822 war der Königsgrube kein genau abgegrenztes Abbaufeld zugewiesen. Das Abbaufeld war damals noch überall bergfrei. Die Abgrenzung erfolgte durch Kabinettsorder vom 18. Juli 1822. Sie legte zwischen den Ortschaften Schwientochlowitz, Lagiewnik, Bittkow, Baildonhütte und Heiduk eine Fläche von rund $\frac{1}{2}$ qkm fest, also ein Areal von 11400 Morgen (6646200 Quadratlachter). Die Feldesbegrenzung ist durch den damaligen Oberberghauptmann Gerhard am 30. Juli 1822 an Ort und Stelle vollzogen worden.

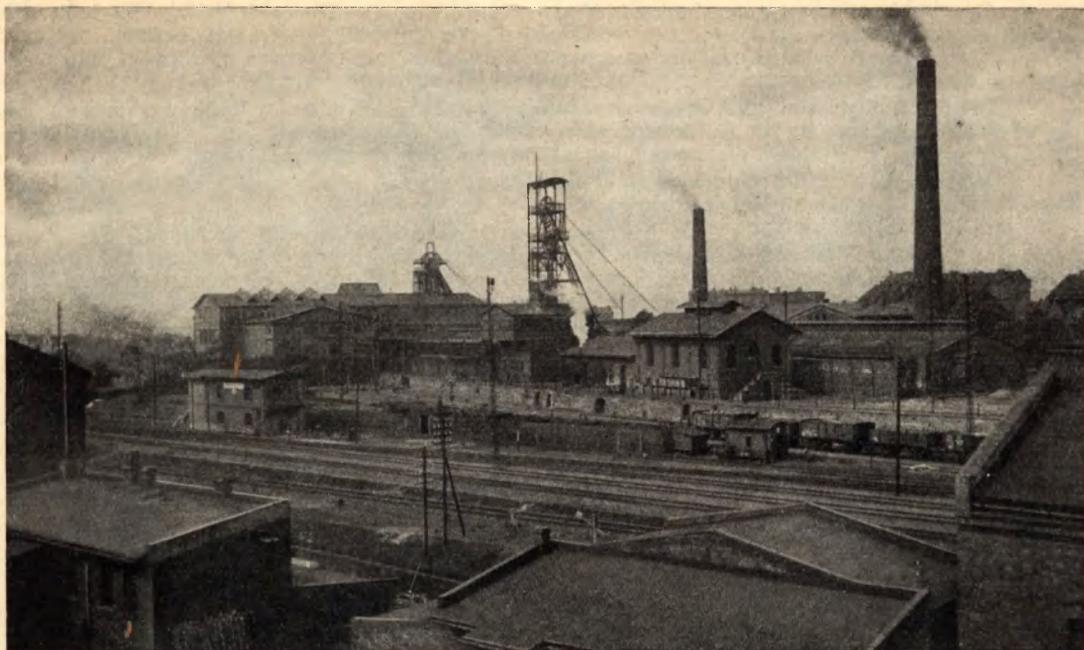
Noch heute spricht man von einem östlichen und westlichen Felde der Königsgrube. Die Scheide wird durch die durch Königshütte führende Strasse Beuthen—Kattowitz gebildet. Das östliche Feld der Königsgrube ist bis zum Jahre 1840 (dem 50. Betriebsjahre der Grube) noch nicht abgebaut worden. In diesem Jahre hatte man bisher insgesamt 8200000 Tonnen Kohlen gefördert.

Mit der „Hedwigsschachanlage“ wurde im Jahre 1841 der Abbau des östlichen Feldes begonnen. 1846 folgten die Schächte „Bülow“ und „Josefa“.

Die wenigen Wasserzuflüsse sind bis zur Inbetriebnahme der 24-pferdigen Karstenschachtmaschine im Jahre 1848 durch die Fördermaschine auf Bülow zu Sumpfe gehalten worden. Da aber der Anschluss der Königsgrube an den von Zabrze vorgetriebenen Hauptschlüssel-Erbstollen, der der Entwässerung dienen sollte, noch Jahre lang (bis 1868) ausstand, eine Vermehrung der Grubenwasser aber bei der zunehmenden Ausdehnung der Baue sicher war, so wurde durch die Aufstellung einer zweiten Wasserhaltungsmaschine (der „von der Heydt-Maschine“) im Jahre 1850 der etwaigen Gefahr des Ersaufens vorgebeugt.

Die fortschreitende ansehnliche Erweiterung der Königshütter Werke, besonders aber die inzwischen dem Verkehr übergebene Oberschlesische Eisenbahn, durch die dem Absatz der Bergwerksprodukte neue Möglichkeiten erschlossen wurden, liessen eine Produktionssteigerung in grösserem Masse als wünschenswert erscheinen. Neue Schachtanlagen wurden notwendig. Zunächst entstand 1853 auf dem Westfelde der „Jakob-Schacht“. Gleichzeitig wurde im östlichen Felde der „I. Erbreichschacht“ ins Abteufen genommen; er war 1857 vollendet und blieb fortan der Hauptförderschacht des Ostfeldes.

Bereits im Jahre 1837 entstand im Scharnhorstschacht ein Grubenbrand. Im jetzigen Hauptfelde hatte man im Jahre 1853 wieder mit Bränden zu kämpfen. Dichtung der Tagebrüche und Verschluss der Strecken durch Dämme reichten nicht aus, da das Feuer an einigen Stellen durch die Sicherheitspfeiler durchbrannte. Ein umfangreicher Hauptmauerdamm erst konnte die umgehenden Baue schützen.



Bahnschacht

Als die Zweigbahn Schwientochlowitz—Königshütte—Beuthen gebaut wurde, ist der „**Bahnschacht**“ ins Abteufen genommen worden, der 1860 den Kohlenversand auf der Eisenbahn aufnahm. Die Eisenbahn erweiterte das Absatzgebiet erheblich bis weit über die Grenzen der Provinz hinaus nach Berlin, Magdeburg, Frankfurt a. O., Posen, Stargard i. P. usw. Im Jahre 1862 stieg der Versand auf der Eisenbahn auf 2571378 Zentner. Durch die Ermässigung des Frachttarifs auf der oberschlesischen Eisenbahn im Jahre 1863 erweiterte sich der Absatzkreis ansehnlich, dass, um nicht mit der Produktion hinter der Nachfrage erheblich zurückzubleiben, die Anlage eines zweiten Förderschachtes für den Kohlenversand auf der Eisenbahn notwendig wurde. Es entstand im selben Jahre der „II. Erbreichschacht“. Besondere Kohlenseparationen und schnelle Verladeeinrichtungen förderten die Absatzsteigerung noch mehr.

Von wesentlichem Einfluss aber auf die notwendig gewordene grössere Feldesvorrichtung und die dadurch ermöglichte Steigerung der Kohलगewinnung war der im Oktober 1863 erfolgte Durchschlag des Stollen-Hauptortes mit dem Gegenort und die dadurch endlich erreichte Wasserlösung der Königsgrube auf natürlichem Wege.

So erreichte denn auch die Produktion des Jahres 1863 die Höhe von 2675220 Tonnen. Der Gewinn bestand in 211973 Thalern 12 Silbergroschen 3 Pfennigen.

Bis zum Jahre 1863 sind sämtliche Baue der Königsgrube über und in der Hauptschlüssel-Erbstollen-Sohle umgegangen. Jetzt aber ging man zum Tiefbau über. Und durch die Inangriff-

nahme der beiden „von Krug-Schächte“ im östlichen und durch das Abteufen des „Harnisch“- und „Amelung-Schachtes“ im westlichen Felde wurden die ersten Schritte zur Lösung und Gewinnung der mächtigen Kohlenlager unter der Stollensohle getan.

Indem die Kohlenförderung sich vom Jahre 1864 an ununterbrochen bedeutend steigerte, erreichte sie im Jahre 1867 schon die ausserordentliche Höhe von 15110731 Zentnern, wurde sie 1868 aber noch um 1125211 Zentner übertroffen, da sie in diesem Jahre auf die bisher von keinem Bergwerk der Erde erreichte Höhe von 16235942 Zentnern stieg.

Das Absatzgebiet der Königsgrube hat sich in derselben Zeit bis in die nördlichen Teile der preussischen Ostseeprovinzen, dem nordöstlichen Teile Polens und nach Ungarn erweitert. Der immer mehr wachsende Bedarf und die Nachfrage nach Kohlen machten im Jahre 1868 die Anlage der beiden „Bismarckschächte“ bei Ober-Heiduk notwendig, die durch Schächte in Domb und Bittkow ergänzt wurden.

Seit ihrem Bestehen hat die Königsgrube bis zum Jahre 1869, dem Jahre der Stadtgründung, nahezu 173 Millionen Zentner Steinkohlen mit einem Reingewinn von über 2½ Millionen Thalern gefördert.

Förderzahlen der Königsgrube:

1791	1 849 t
1801	9 061 t
1811	28 146 t
1821	37 192 t
1831	46 296 t
1841	47 345 t
1851	79 761 t
1861	414 841 t
1871	830 301 t
1881	895 900 t
1891	1 231 472 t
1901	1 841 937 t
1911	2 307 088 t
1921	1 832 051 t
1931	2 225 399 t
1940	2 718 619 t

VI.

Bei der festlichen Eröffnungsfeier des Betriebes des Eisenhüttenwerkes Königshütte am 26. Oktober 1802 schrieb der Oberberghauptmann Graf von Reden in das Fahrbuch der Hütte die Worte ein: „Aus nichts ist hier ein Werk entstanden, welches jährlich fünfzigtausend Thaler in Umlauf setzt, eine unkultivierte Gegend belebet und die entfernten Königlichen Provinzen mit dem ohnenbehrlichen Bedarf an Roheisen, Hüttenguss und Granuliereisen versorget.“

Der Eindruck, den die Hütte auf die damaligen Festteilnehmer und auf viele spätere Besucher, wie Oberbergrat Karsten, Fürst Hohenlohe, Oberforstmeister von Roeden, Kammerpräsident v. Hoym, Kabinettsminister von Hardenberg, Staatsminister Freiherr vom Stein, Finanzminister von Bülow u. a. machte, war stets imposant.

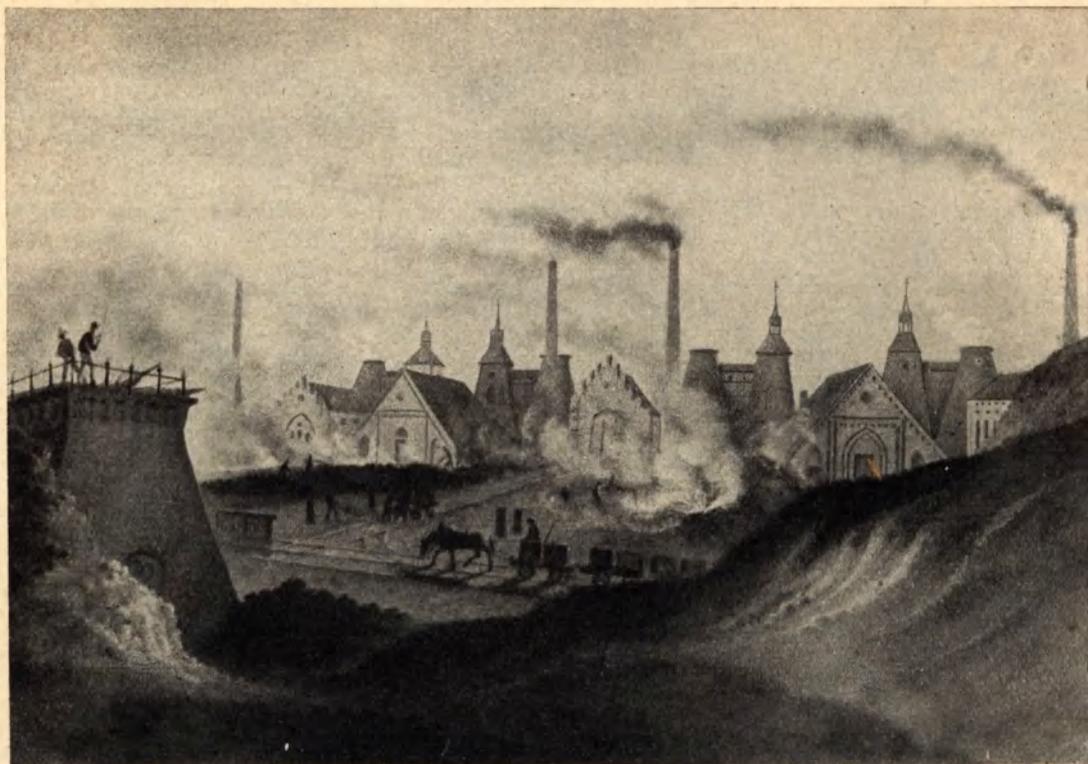
In der Tat war die Gründung der Königshütte ein Epoche machendes Ereignis in der Geschichte der preussisch-deutschen Industrie, denn **die Kgl. Hütte war die erste mit Dampfkraft betriebene Kokshochofenanlage des europäischen Festlandes.** Der Bau der Königshütte bildete den Abschluss und die Krönung des von Friedrich dem Grossen begonnenen Gründungswerks, durch das die oberschlesische Bergwerks- und Hüttenindustrie ins Leben gerufen wurde.

Die Geschichte der Königshütte ist ein Stück Geschichte der Stadt. Ein kurzer Ueberblick über ihre Entwicklung möge hier folgen:

Als Friedrich der Grosse von Schlesien Besitz nahm, war auch das Eisenhüttenwesen ein unbedeutendes Gewerbe, das nur zur Verwertung des sonst ganz wertlosen Holzes von den Gutsbesitzern mit unvollkommenen Einrichtungen ausgeübt wurde und das sich zum Teil noch auf die Darstellung eines sehr minderwertigen Stabeisens beschränkte. Wohl zählte man im Jahre 1750 in Schlesien bereits 14 Holzkohlenöfen und 40 Frischfeuer nebst 31 Luppenfeuern, aber die gesamte Roheisenproduktion erreichte nicht über 25000 Ztr. jährlich, die lediglich den oberschlesischen Bedarf deckten.

Durch seinen Oberforstmeister Rhedanz liess nun Friedrich der Grosse in den Jahren 1754 und 1755 trotz der Kriegsunruhen die beiden Hochofen- und Frischfeueranlagen Malapane und Creuzburgerhütte errichten. Auch die Einrichtung des „Bergwerks- und Hütten-Departements“ als Abteilung des „Generaldirektoriums“ in Berlin, die im Jahre 1769 „Revidierte Bergordnung für das souveräne Herzogtum Schlesien und die Grafschaft Glatz“, das „Generalprivilegium“ wegen Errichtung der Oberschlesischen Knappschaftskasse haben zur Förderung des Bergbaus in Schlesien erheblich beigetragen. Insbesondere sicherte im Jahre 1780 ein Verbot der Einfuhr fremden Eisens in die Provinzen Kur- und Neumark, Pommern, Schlesien, Magdeburg und Halberstadt den Absatz des inländischen Hüttenbetriebes. Dadurch blieben dem Lande jährlich eine halbe Million Thaler erhalten, „die bis dahin für fremdes Eisen bezahlt waren“. Das Verbot bewirkte weiter, „dass in entlegene Gegenden des Landes Kultur kam, und dass der Wert der oberschlesischen Landgüter und Forsten, die von der Verwertung des Holzes zum Betriebe der Eisenhütten Nutzen zogen, um 30% erhöht wurde, ohne dass der Konsument sein Eisen höher als ehemals das ausländische bezahlen durfte“. Um die Erzeugungskosten der Bergwerks- und Hüttenprodukte niedrig zu halten und so ihren Absatz zu erleichtern, hielt es von Heinitz nach den Grundsätzen des Merkantilismus für notwendig, einerseits die Arbeitslöhne so niedrig wie möglich zu halten, andererseits aber dafür die Wohlfahrt der Arbeiter zu sichern. Deshalb verschaffte er ihnen besondere Rechte, Freiheiten und Vorteile durch Verbesserung der Fonds der Knappschaftsvereine, durch den Bau von Lazaretten und Kornmagazinen und namentlich durch den Bau von Arbeiterwohnungen auf solchen Berg- und Hüttenwerken, die sich in abgelegenen oder schwach bevölkerten Gegenden befanden, so also auch in Oberschlesien.

In einem Berichte von Heinitz' an den König aus dem Jahre 1786 heisst es, dass in Oberschlesien in 44 Hochöfen jährlich 165000 Zentner Roheisen und Gusswaren fabriziert und dieses wieder in 168 Hämmern zu Schmiedeeisen verarbeitet werde. Der Eisenhüttenbetrieb bringe jährlich 400000 Thaler in Zirkulation, seit das oberschlesische Eisen an Stelle des schwedischen nach



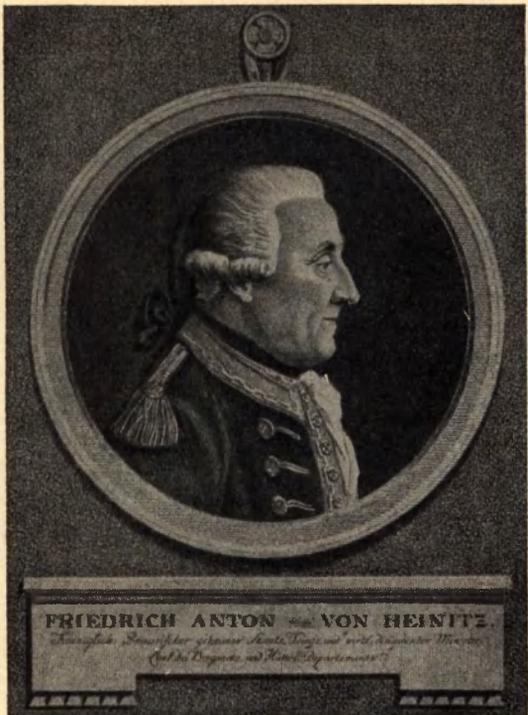
Wilhelm Knippel: „Die Kokerei der Königshütte“. — Lithographie um 1860

der Neu- und Kurmark und nach Pommern versandt werde. Er sei überzeugt, dass dieser Haushalt in seinem jetzigen Flor beständig bestehen könne und dass es niemals weder an Erz noch an Holz zu Kohlen fehlen werde. Das Erz sei von vorzüglicher Güte. Der Holzbestand auf einem Flächenraum von 50 Quadratmeilen könne den Bedarf der Eisenhütten im Betrage von 125000 Klaftern Kohlenholz befriedigen, wenn forstmässiger Betrieb, wie in Niederschlesien, eingeführt werde.

Von der Verwendung der Steinkohle war also bis dahin noch nicht die Rede.

Tatsächlich ist im Jahre 1800 die Produktion in Oberschlesien auf 273940 Zentner Eisen aller Art im Werte von 1201750 Thalern gestiegen.

Selbst nach England sind 1788 bereits 11700 Zentner ausgeführt worden. Die Qualität des oberschlesischen Eisens war eine anerkannt vorzügliche geworden und den besten ausländischen Produkten an die Seite zu stellen. Schon kamen Bestellungen auf Brücken, Dampfmaschinen,



Friedrich Anton Frhr. von Heinitz

eiserne Blaswerke, Räder, Cylinder; eine ganz komplette Vorrichtung zum Abgiessen, Ausbohren und Abdrehen eiserner Kanonen und zur Anfertigung leichter eiserner Lafetten war bei Gleiwitz vorhanden; die mechanischen Werkstätten in Gleiwitz und Malapane lieferten Dampfmaschinen nicht nur an die eigenen Werke und an das Inland, sondern auch grössere Maschinen für das Ausland, und die Produkte der preussischen Eisenindustrie gingen über den ganzen Kontinent und über den Ozean, als von Heinitz im Jahre 1802 starb.

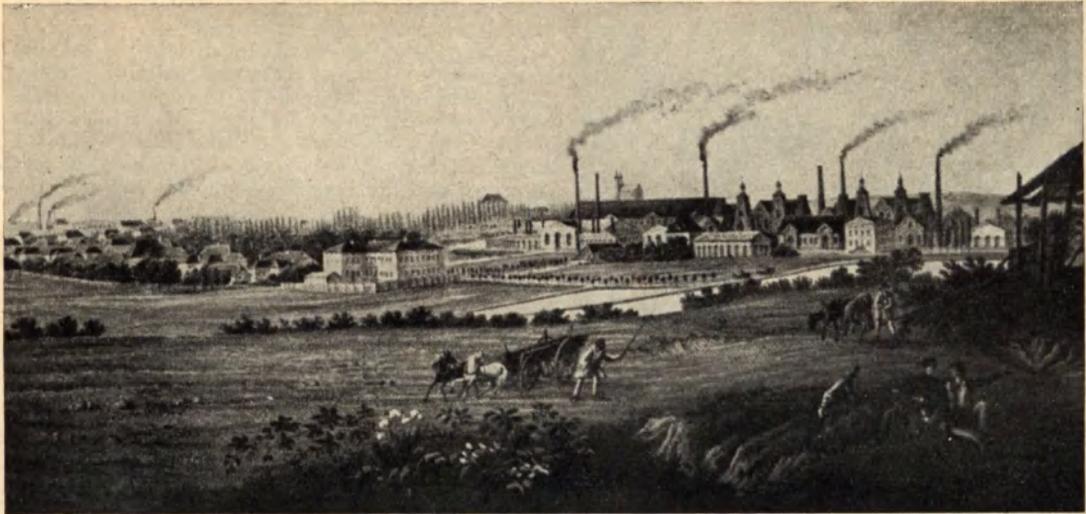
Der Chef des Preussischen Bergwerks- und Hüttendepartements von Heinitz hätte den Aufschwung der oberschlesischen Hüttenindustrie nicht bewirkt, wenn ihm nicht ausgezeichnete Mitarbeiter zur Seite gestanden hätten. Einer dieser Mitarbeiter war der spätere Oberbergat **Bückling**, der die damals von Watt und Boulton verbesserte Feuer- und Dampfmaschine in Preussen bekannt machte und bald ähnliche Maschinen durch den genialen Maschinenbaudirektor **Holtzhausen** in Malapane und später in Gleiwitz erbauen liess.

Der bedeutendste Mitarbeiter von Heinitz war aber sein Neffe, der Freiherr von Reden, der ja der Begründer der oberschlesischen Industrie geworden ist. Auf manchen Reisen durch deutsche, englische und schottische Berg- und Hüttenwerke hatte er sich namentlich in England über den Steinkohlenbergbau und die Verkokung der Steinkohlen, sowie über ihren Gebrauch zum Eisenschmelzen, über Eisengiessereien und die zugehörigen Schleif- und Bohrwerke, die Verbesserung der Bergwerks- und Hüttenmaschinen, den

ausgebreiteten Gebrauch der Dampfmaschine und über die besten Methoden beim Bau von Wegen und Kanälen unterrichtet.

Als von Reden im April 1780 mit kaum 28 Jahren sein Amt als Direktor des Schlesischen Oberbergamtes in Breslau antrat, begann er den Aufbau des fiskalischen Bergwerks- und Hüttenbetriebes in Oberschlesien. Seiner Initiative ist die Aufstellung der ersten Dampfmaschine zur Wasserwältigung auf der Friedrichsgrube bei Tarnowitz zu danken. Die Notwendigkeit, für den schnell wachsenden Dampfmaschinenbetrieb der Friedrichsgrube, wie für den Betrieb der Friedrichshütte und der Gleiwitzer Hütte Brennmaterial zu schaffen, hatte bereits zur Anlage vieler Steinkohlengruben zwischen Zabrze und Chorzow geführt. Minister v. Heinitz wollte anfangs die Kohlen für die Staatswerke von Privatgruben beziehen; von Reden aber befürwortete die Eröffnung einer Kohlengrube auf königliche Kosten. Sein Promemoria vom Jahre 1786 hat folgenden Wortlaut:

„Es ist unmöglich“, sagte er, „von der Leichtigkeit und Ergiebigkeit und so unerwarteten als sonderbaren Gestalt des Baues einen Begriff zu geben. Man muss die Gruben befahren und über **die Schätze, welche die Natur mit verschwenderischer Freigebigkeit hierhergelegt hat**, erstaunen. Die Mühe dieser Befahrung ist nicht gross, da die Schächte nur 3 bis 6 Lachter weit und die sodann stehen gelassenen Pfeiler und sparsam ange-



Wilhelm Knippel: „Gesamtansicht der Königshütte“. — Lithographie um 1860.

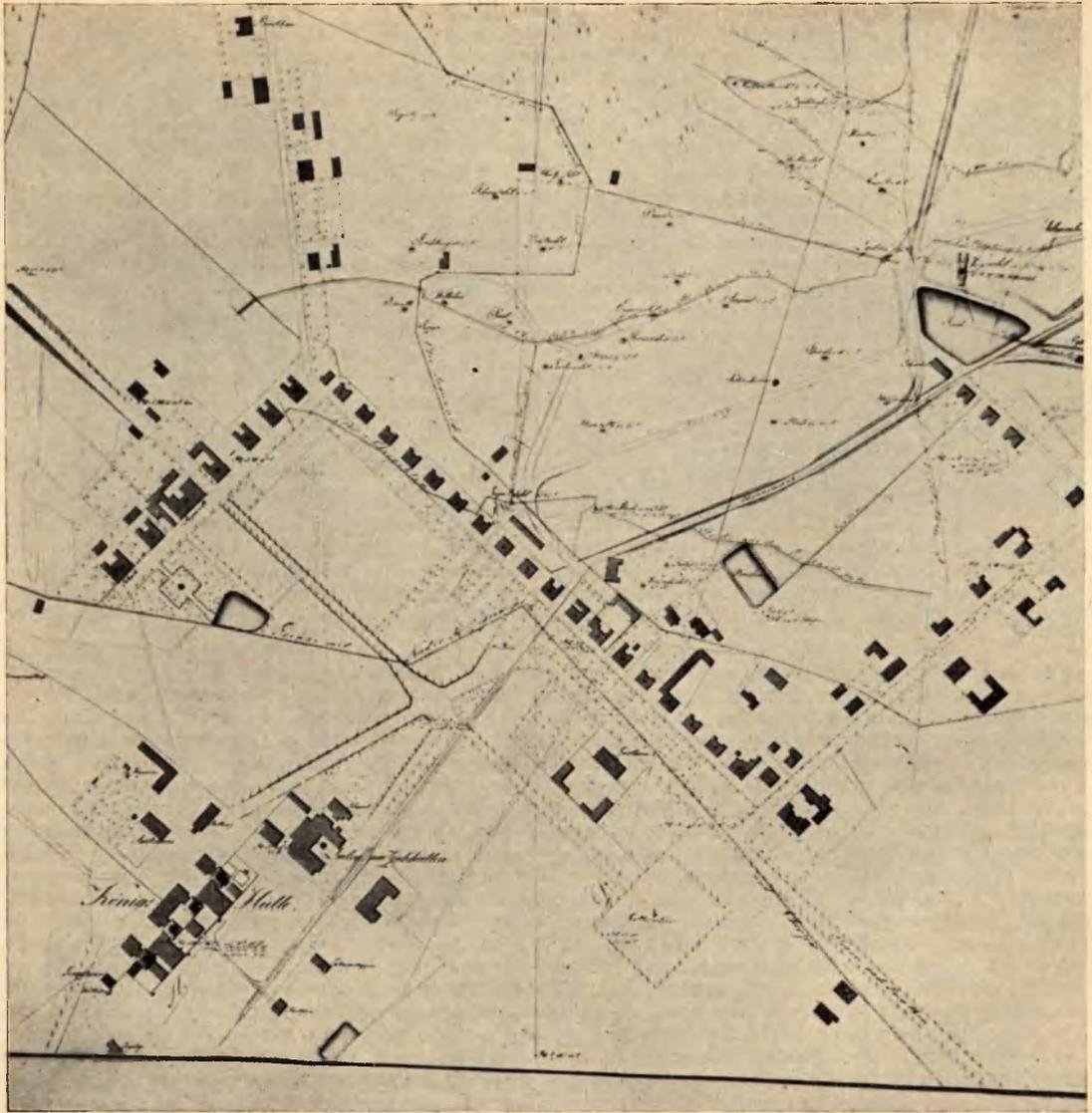
brachte, aber desto massivere Zimmerung dient zur hinlänglichen Sicherheit des Baues. Ueberall gibt es mergelartigen Eisenstein, wie in England. Der Sandstein ist zu Gestellsteinen geeignet. In der Nähe der Flöze ist feuerbeständiger Ton zu Glasöfen, Lehm und Ziegeln und Kalksteinen zum Bauen und zur Düngung. Nirgends finden sich Kalk und Kohle so nahe wie hier. **Welche Aussichten für die Kultur des Landes und für die anzulegenden Fabriken!** Welche Sicherheit für die hiesige Eisenfabrikation! Alle Zweifel, welche ich ehemals in die Nachahmung der englischen Verfahrensarten, nämlich Koaksmelzen und Gebrauch des Koaks bei der Zaineisenfabrikation hegte, verschwinden jetzt, da Menge, Wohlfeilheit und Güte der Kohle, sowie die Hilfsmittel zu ihrer Benutzung und namentlich der Verschleiss der Produkte gesichert sind. Die Kohlen gehen an dem Przemsastrom, der oberhalb die Brinitza genannt wird, zu Tage aus. Sie sind von vorzüglicher Güte und dem ersten Anschein nach über einen Lachter mächtig. Der Strom ist so mächtig wie die Malapanne und hat hinreichendes Gefälle. Er ist bis in die Weichsel mit leichten Kosten schiffbar zu machen, wie denn auch schon jetzt Bauholz und Matetschen darauf geflösst werden. Verstärkter Absatz des Roheisens nach der Mark, Gusswarenbedarf, Stabeisen nach England geben hinreichende Beschäftigung für einen nach englischer Manier **mit Steinkohlen betriebenen Hochofen**. Unmöglich kann die Voraussetzung gewagt erscheinen, dass der einst unter dem unmittelbaren Schutze und durch die kräftige Unterstützung der preussischen Monarchen ein Etablissement zu stande kommen und erhalten werden sollte, dergleichen einzelne Particuliers in England mehrere nur in wenig Jahren errichten, beleben und unter minder günstigen Bedingungen nicht nur zu einem hohen Grade der Vollkommenheit, sondern auch zu einem reichen Ertrage bringen. **Ich finde ein unbeschreibliches Vergnügen in der Vorstellung dieser vielleicht noch sehr entfernten Zukunft und freue mich im voraus der Zeiten, wo belebte Industrie, schnellere Zirkulation und Kultur diesen ungedrückten Winkel zur Perle der preussischen Krone erheben und dessen Bewohner aus armen gedrückten Sklaven zu gebildeten und glücklichen Menschen umschaffen werden.**

Um diese Zeit kam König Friedrich Wilhelm II. zur Regierung, der dem 1786 in den Grafenstand erhobenen v. Reden die Erlaubnis zur Anlage von königlichen Gruben bei Zabrze, Ober-Lagiewnik und Chorzow gab. Es hatte sich nämlich inzwischen mehr und mehr herausgestellt, dass die Holzbestände Oberschlesiens doch nicht überall dem zunehmenden Bedarf der Hütten an Holzkohlen genügen konnten, wenigstens zeigte sich die Kgl. Forstverwaltung den Eisenhütten gegenüber bei der Zuteilung von Kohlholz immer zurückhaltender und knapper. Um so eifriger wurden nunmehr die Studien wegen Einführung des englischen Koks-Hochofenbetriebes im Bergdepartement betrieben, die ja schliesslich befriedigend ausfielen.

Auf die Schmelzversuche in Malapane folgte der Bau einer Kokshochofenanlage bei Gleiwitz, die auf die Wasserkraft der Klodnitz gegründet war. Hier ist der erste Ofen am 21. September 1797 angeblasen worden. Der Erfolg veranlasste König Friedrich Wilhelm III., **am 15. November 1797 die Genehmigung zur Inangriffnahme der Vorarbeiten für ein grösseres Eisenhüttenwerk mit Dampfmaschinenbetrieb** zu erteilen. Dieses Werk sollte den steigenden Bedarf an Roheisen der bei Gleiwitz gegründeten Eisengiesserei decken. Der Bauplatz für das neue Werk wurde auf dem Felde der Steinkohlengrube bei Ober-Lagiewnik und Chorzow an einem Punkte gewählt, der nach vorangegangenen sorgfältigen Untersuchungen des Gebirges als der reichhaltigste für die Kohलगewinnung ausgemittelt war. Dass hier auch Kalksteine in nächster Nähe von Chorzow massenhaft vorhanden waren, war bereits von Graf Reden festgestellt, aber auch für den Erzbezug lag der Ort besonders günstig, indem nicht nur die Tarnowitzer und Beuthener Brauneisenerze und die Toneisenerze bei Zalenze und Kochlowitz in entsprechender Nähe zur Verfügung standen, sondern auch noch die reichen Erzvorkommnisse im damaligen Neuschlesien, das im Jahre 1793/95 zu Preussen gekommen war.

Nicht ohne Bedenken war die Wahl des Ortes in bezug auf das Vorhandensein der erforderlichen Betriebswasser. Das Wasser für den Dampfkesselbetrieb der Königshütte sollte aus drei kleinen Süsswasserteichen (Chrobokteichen) in der Nähe der Hüttenanlage, deren Bezug man sich gesichert hatte, entnommen werden; das für die Dampfmaschine nötige Wasser hoffte man aus der Kohlengrube zu beziehen, aus der es durch eine Dampfmaschine zu Tage gehoben werden sollte.

Eine besondere Sorge erforderte die wohnliche Unterbringung der Arbeiter. Die schon seit mehreren Jahren im Betriebe befindliche **Königsgrube** sowie einige andere umliegende Privatgruben hatten zwar damals schon eine grössere Anzahl von Bergleuten in jener Gegend in Beschäftigung, aber deren Wohnungsverhältnisse waren aus verschiedenen Gründen sehr ungünstig. Bekanntlich führte der Staat nach der schlesischen Bergordnung das Direktorium sämtlicher königlichen und gewerkschaftlichen Gruben, wobei er überall die Bergleute nach seinem Ermessen, ohne Konkurrenz der Grubenbesitzer, zur Arbeit anlegte. Von den Einwohnern der Dörfer, die meist untertänige Leute der Gutsherren waren, konnten wegen ihrer Verbindlichkeiten gegen die letzteren nur wenige zur Bergarbeit herangezogen werden; man musste die Arbeiter grösstenteils von auswärts herholen. Bei dem geringen Interesse und der geringen Fürsorge, welche die Gewerkschaften der privaten Kohlengruben den ihnen ohne ihr Zutun zugewiesenen Arbeitern angedeihen liessen, konnten aber die „Ausländer“ zunächst nur auf königlichen Gruben angelegt werden, weil sonst jeden Augenblick ihr Entweichen zu befürchten stand, und erst, nachdem die Umstände es zulässig und zweckmässig erscheinen liessen, wurden die Leute auf Privatwerke verpflanzt; die Bergbehörde konnte somit weniger Veranlassung finden, auf die Sesshaftigkeit der Bergleute hinzuwirken. Die Stellung derselben gewann bei der völligen Abhängigkeit aller Bergarbeit von der Bergbehörde soviel Ähnliches mit der Stellung des Militärs, dass man beide Stände in jeder Beziehung ähnlich behandelte, wie ja auch das Privilegium von 1769 den Bergleuten ebensolche Exemptionen wie den Soldaten zugestanden hat und wie andererseits das Bestehen dieses Privilegiums sie ebensowenig wie die Soldaten als Mitglieder der Gemeindeverbände erscheinen liess. Ihre Freiheit von Diensten und Kommunallasten erweckte die Eifersucht der Gemeinden um so mehr, als die wachsende Zahl der vermögenslosen bergmännischen Einlieger den Dörfern zur Last zu fallen drohte. Die Bergleute wurden deshalb ungern geduldet und sie hielten sich, wie ein Bericht des



Die Königshütte mit der „Kolonie Königshütte“.



Die Königshütte um 1820. — Lithographie von Mondro

oberschlesischen Bergamts sich ausdrückt, unstät und flüchtig auf den Dörfern auf, von den Gemeinden verfolgt und unterdrückt, insoweit sie nicht in den Zechenhäusern ein äusserst elendes Unterkommen fanden.

Neben diesen Zuständen auf den Steinkohlengruben im heutigen Königshütter Bezirk, deren Beseitigung die Bergbehörde übrigens durch mehrere ernste Massregeln versuchte, boten die Arbeiterverhältnisse am Ende des 18. Jahrhunderts auf den älteren königlichen Eisenhütten, z. B. in Malapane, ein glänzendes Bild. Hier war man von Anfang an bestrebt, die Arbeiter sesshaft zu machen. Die Hüttenleute, welche seiner Zeit meist mit grossen Kosten zur Einwanderung aus deutschen Provinzen bewogen waren, hatten bei Gründung der Werke auf fiskalischem Terrain entweder königliche Wohnungen mietweise erhalten, oder es waren ihnen von fiskalischem Terrain Baustellen bis zu 2 Morgen Acker oder Waldboden erblich gegen Entrichtung eines bestimmten Grundzinses überlassen, insoweit sie dieselben nicht durch Kauf erwarben. Im letzteren Falle hatten sie ihre Häuser nach eigenem Ermessen unter Beihilfe der vom Werk beschäftigten Bauhandwerker und Beamten gebaut, während gleichzeitig die Hüttenarbeiten von ihnen verrichtet wurden. Nach Vollendung der Häuser waren sie sofort in das eigene Heim eingezogen.

Das Areal, auf dem jene Kolonien entstanden, war von den Ländereien der alten Gemeinden auch in kommunaler Beziehung gänzlich abgetrennt. Die einzelnen Kolonien entwickelten sich zu besonderen Gemeinden, die in und neben einem Gutsbezirk bestanden, der das Werk selbst mit den fiskalischen Beamten- und Meisterwohnungen umfasste. Das Oberbergamt und an seiner Stelle die Hüttenämter übten als Vertreter des Fiskus, als des Dominalbesitzers, die zur gutsherrlichen Obrigkeit gehörigen Befugnisse aus. Im übrigen waren die Mitglieder der neuen Gemeinden bei der Verwaltung ihres Gemeinwesens von Anfang an selbständig und autonom, und die schädlichen Einflüsse, welche in Oberschlesien bei der Konkurrenz von Arbeitern und Bauern so vielfach hervortraten, konnten in diesen Kolonien nie zur Geltung gelangen.

Die Armen- und Krankenpflege machte bei der Zugehörigkeit der Arbeiter zur Knappschaftskasse keine Schwierigkeiten, dem Schulbedürfnis und Kirchenwesen wurde grösstenteils auf Kosten des Fiskus als Dominalherrn unter Beihilfe der Knappschaftskasse Rechnung getragen, und zur Beschaffung der notwendigsten Lebensbedürfnisse an Nahrung und Kleidung war seitens des Hüttenamts auf die Heranziehung tüchtiger Gewerbetreibenden Bedacht genommen, welche durch Gewährung ähnlicher Vorteile, wie die oben geschilderten, zur Ansiedelung in den Kolonien bewogen wurden.

Unter der Gunst dieser Verhältnisse hatte sich auf den königlichen Hüttenwerken in Oberschlesien ein Arbeiterstand entwickelt, welcher den besten in Preussen an die Seite gesetzt werden konnte, und es lag nun bei Gründung der Königshütte nahe, von diesen Stämmen geeignete Leute auf das neue Werk zu verpflanzen. Dies konnte aber nur geschehen, wenn man ihnen ähnliche Verhältnisse wie in ihrer Heimat bot.

Demgemäss wurde auch in Königshütte sofort mit der Bildung eines eigenen Gutsbezirks für das Werk und für die Beamten- und Arbeiter-Kolonie vorgegangen, zu welchem zuvörderst

ca. 18 Morgen Ober-Lagiewniker Terrain angekauft und zusammengeschlagen wurden, und für welchen Graf Reden unter dem 9. Februar 1798 die in dieser „dürstigen Gegend so unentbehrliche“ besondere Schank-, Schlacht- und Backgerechtigkeit beantragte und erhielt. Jenen Erwerbungen sind in den nächsten Jahren noch mehrere Ankäufe vom Dominium und von den Gemeinden Chorzow, Ober-, Mittel- und Nieder-Lagiewnik und von Nieder-Heiduk sowie von Schwientochlowitz gefolgt, deren Feldmarken in der Nähe des Bauplatzes der Königshütte ursprünglich zusammenstießen und sich zum Teil umschlangen. Alle diese Erwerbungen wurden dem Gutsbezirk Königshütte angegliedert, bis dieses Verfahren lange nach der Aufhebung der Erbuntertänigkeit und der Robotpflicht später ausser Uebung gekommen ist.

Am 31. Mai 1798 wurde der Bau der Arbeiterkolonie in der heutigen „Kalidestrasse“ von acht Familienhäusern mit je fünf Wohnungen für die Königshütte begonnen. Da aber Graf Reden wiederholt berichtete, es sei grosse Not, die Leute unterzubringen, so wurden bald weitere Neubauten bewilligt und ausgeführt.

Während des Baues der Kolonie im Jahre 1798 fertigten Wedding und Baildon, ein schottischer Hütteningenieur, welcher zu Weddings Unterstützung hierzu besonders engagiert war, die Zeichnungen und Anschläge für die Hochofenanlage und für die Maschinen selbst, und nachdem Graf Reden dieselben dem Könige bei dessen Besuch der Tarnowitzer Hütte in dem genannten Jahre persönlich vorgelegt hatte, beantragte er mit Bericht vom 9. Dezember 1798 die Ausführung des Baues, indem er einen Ueberschlag der Selbstkosten des auf dem neuen Werk zu gewinnenden Roheisens vorlegte, welcher einen Minderaufwand von ca. 6 Sgr. pro Ztr. gegen die Kosten der Roheisenerzeugung in Gleiwitz nachwies.

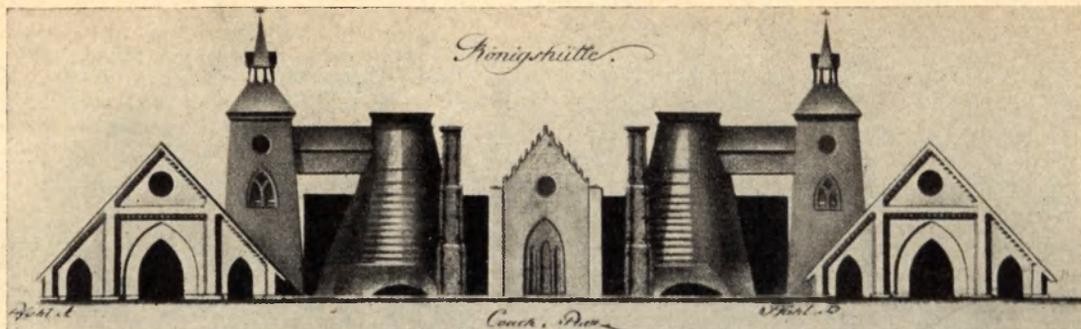
Alsdann erfolgte eine Kabinettsorder vom 17. Februar 1799, in der auf Grund der vorgelegten Pläne und Berichte des Oberbergamtes

1. die bereits vorläufig durch das Reskript vom 15. November 1797 erteilte Genehmigung zum Bau bestätigt,
2. die sofortige Erbauung von zwei Hochöfen mit den dazu erforderlichen und bereits projektierten Nebengebäuden gebilligt und bestimmt wurde,
3. dass dieses Werk den Namen „Königshütte“ erhalte.

Die Ausführung der Hochofenanlage fand genau nach den Anordnungen der Kabinettsorder statt. Die Hütte wurde an die Grube so nahe als möglich gelegt und mit ihr durch einen eisernen, nach der Hütte zu abfallenden Schienenweg in Verbindung gesetzt, so dass die Kohlen aus dem Schacht unmittelbar in die Kohlenwagen gestürzt und nach der Koksbank gebracht werden konnten. Die Koksbank war vom Hauptförderpunkt der Grube nicht weit entfernt. Ein einziges Pferd konnte den ganzen Kohlenbedarf für zwei im Betriebe befindliche Hochöfen täglich von der Grube herbringen. Zur Verkokung waren ausschliesslich Stückkohlen bestimmt, die mittels Meilerbetrieb abgeflammt wurden. Die Kleinkohle diente zur Kesselheizung. Die beiden zuerst erbauten Hochöfen erhielten eine Höhe von 40 Fuss und eine Kohlensackweite von 11 Fuss 4 Zoll; beide waren durch eine gemeinsame Giesshütte miteinander verbunden und jeder mit einem besonderen Gichtturme versehen.

Zur **Zuleitung** des Wassers von der Steinkohlengrube, die inzwischen (1800) den Namen „Königsgrube“ erhalten hatte, wurde eine Rösche gebaut, die in ein Regulierungs- und Sammelbassin mündete, aus dem es der Dampfmaschine durch eine Leitung zugeführt wurde. Die Süsswasser-Entnahme aus den Chrobokteichen erwies sich bald als unzureichend. An Stelle dieser Teiche wurde 1808 in einem bei der Hütte gelegenen Tale ein künstlicher Sammelteich — der grosse Hüttenteich — angelegt, der zur Aufnahme der Tage- und Kondensationswasser von den Maschinen diente und aus dem die Kesselspeisewasser entnommen wurden.

Die Haupteisenerzlagerstätte, ein meist erdiger und mulmiger Brauneisenstein, tritt in Oberschlesien in dem Muschelkalkzuge, der gleichzeitig der Träger des Galmeis und der Bleierz ist, an der Grenze seines liegenden und mittleren Gliedes, des Sohlenkalks und des Dolomits, auf und



Entwurf der Hochofenanlage der Königshütte 1798. — Ansicht von Norden.

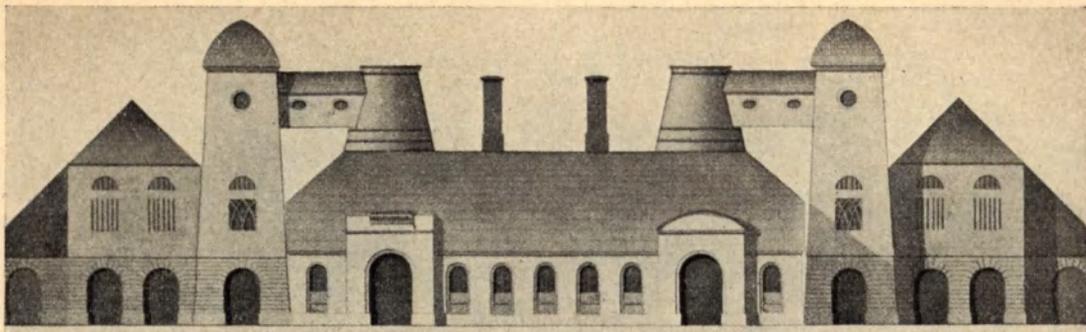
erscheint hier in nesterförmigen unregelmässigen Lagern und Kluftausfüllungen von der verschiedensten Ausdehnung bis zu einer Mächtigkeit von 40 Fuss, namentlich in der Gegend von Tarnowitz und Beuthen.

Von den übrigen in Oberschlesien auftretenden Gebirgsformationen bieten die Steinkohlenformationen, der Keuper, Jura und die Tertiärformation Vorkommen guter Eisensteine, die meist in Form toniger Sphärosiderite über den grössten Teil von Oberschlesien sporadisch verbreitet sind, und die, oft zusammenhängende Flöze bildend, in nierenförmigen Ablagerungen vorkommen, oder als einzelne Knollen den diesen Formationen angehörenden Tonlagen eingebettet sind.

Der Eisengehalt der Eisenerze streift meist sehr nahe die Grenze der Schmelzwürdigkeit; auch verunreinigt ein hoher Kieselerdegehalt die Erze, was die Verschmelzung erschwert. Und obwohl auch die Steinkohlen Oberschlesiens, die grösstenteils zur Klasse der Sand- und Sinterkohlen gehören und bei weitem nicht die für die Eisendarstellung geeignete Qualität anderer Bergreviere erreichen, beruht die Stärke der oberschlesischen Eisenhüttenindustrie auf dem Nebeneinandervorkommen ergiebiger Erzlager und mächtiger Steinkohlenflöze, auf ihrer ausserordentlich leichten Gewinnbarkeit, auf dem Umstande, dass sämtliche Schmelzmaterialien Erz, Kalk, Steinkohle, auf kleinem Gebiet zusammengedrängt vorkommen, sowie endlich auf der Reinheit der Erze von schädlichen, die Güte des darzustellenden Produkts beeinträchtigenden Beimengungen.

Die **Erzanfuhr** ist schon während des Baues der Hochöfen von einer grossen Menge von Gewinnungspunkten aus eingeleitet worden, die seitens des Bergamtes in Tarnowitz mit Duckelbau und Haspelschächten in Angriff genommen waren. Besonders werden genannt die Erzförderungen bei Rudy-Piekar, Naklo, Radzionkau und Bobrownik im Tarnowitzer Erzrevier und bei Bendzin, Dombrowa, Zagorze, Sielce in Polen und bei Myslowitz und im Beuthener Walde. Die Anfuhr erfolgte durch Fuhrwerk zunächst auf Landwegen, später auf den Chausseen, die von den Kreisen und von der Bergbau-Hilfskasse angelegt wurden. Das Anfahren der Erze bot den Ackerwirten von Chorzow einen erwünschten Nebenerwerb und die Bauern hatten sich daher im Laufe der Zeit gelegentlich bei Grundstücksverkäufen an die Hütte das Recht auf „Vekturanz“ hypothekarisch zusichern lassen.

Auch für die **Abfuhr des Roheisens** zur Giesserei bei Gleiwitz und des Granuliereisens zum Bleihüttenbetriebe in Tarnowitz war man auf eine Verfrachtung durch Landfuhrwerk angewiesen. Aber bereits v. Heinitz und Graf Reden planten den Bau einer Kunststrasse zwischen der Königshütte und der Eisengiesserei in Gleiwitz. Sie ist 1829 ausgeführt worden. Auf der Strasse sollte ein eiserner Schienenweg den schnellen und billigen Transport von Eisen und Kohle nach diesem Zentralpunkt vermitteln und in Gleiwitz der Klodnitz-Kanal die Verbindung zur Oder her-



Entwurf der Hochofenanlage der Königshütte 1797. — Ansicht von Süden.

stellen. Im November 1806 war der Kanal von Laband aus schiffbar, aber erst 1823 konnten die Oderkähne nach Erweiterung der Schleusen herankommen. Es mag sein, dass der Kanal, trotz der Warnungen Weddings mit unzureichenden Mitteln gebaut, von vornherein grosse Mängel gehabt hat; das grösste Uebel lag aber in der sehr kurzen Zeit, die die obere Oder nur zu beschiffen ist und in dem Aufenthalt, den die Schiffe dort in den vielen Schleusen neben den Mühlwerken erlitten. Sehr oft ist das Eis des Kanals noch nicht aufgetaut gewesen, wenn die Frühjahrswasser der Oder bereits abgelaufen waren und in vielen Jahren ist während der Johanni-Wasser die Fahrt auf dem Kanal durch Schleusen-Reparaturen unterbrochen worden. Steinkohlen können aber weder ein Umladen, noch einen langen Aufenthalt ertragen, ohne an Ansehen und Güte zu verlieren. Darum hat die Kanalanlage für den oberschlesischen Kohlenbergbau nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Bis in unsere Tage hinein blieb der Kanal ein Problem, das jetzt durch die grosszügige Anlage des „Adolf-Hitler-Kanals“ gelöst ist und später einmal ergänzt wird durch die Verbindung mit der Donau und der Weichsel.

Nach der Baugenehmigung vom 17. Februar 1799 hat der Aufbau der Königshütte alsbald begonnen. Neben der Hütte entstand ein Amtsgebäude mit der Direktorwohnung und eine Kolonie von 18 Familienhäusern zu je fünf Wohnungen, denen bald noch zwei neue und ein Schulhaus folgten. Auch die Verwaltung war organisiert. An der Spitze des Hüttenamtes stand der Oberhüttenbauinspektor **Wedding**. Unter anderen stand ihm der Hüttenfaktor **Kalide** (der Vater des Bildhauers Theodor Kalide) zur Seite. Kalide wurde die Leitung des Hochofenbetriebes der Königshütte übertragen; ihm war zugleich als Schichtmeister die Aufsicht über den Erzbergbau für Gleiwitz und Königshütte übertragen, der bis dahin dem Bergamt bei Tarnowitz unterstellt gewesen war. Später übernahm er als Hütteninspektor die Materialienverwaltung des Werkes, bis er 1836 in dem Hause Ecke Kalide-Hindenburgstrasse starb.

Die Maschinen-Oberaufsicht führte der geniale Maschinenbauer **Holtzhausen** in Gleiwitz, die allgemeine Leitung des neuen Werkes, ebenso die Hauptrechnungsführung stand nach wie vor dem Hüttenamt der Eisengiesserei bei Gleiwitz zu, derartig, dass beide Anlagen wirtschaftlich als ein Ganzes betrachtet wurden, wie ja auch der bei weitem grösste Teil des in Königshütte produzierten Eisens von der umfangreichen Eisengiesserei bei Gleiwitz verbraucht wurde. An Arbeitern waren einschliesslich der auf den Eisenerzförderungen angelegten Bergleute, die ausserhalb wohnten, 173 Mann beschäftigt. Der durchschnittliche tägliche Arbeitslohn eines Arbeiters stellte sich auf 10 Sgr. Die unverheirateten Arbeiter wurden in einem Zechenhaus gegen Entgelt gespeist. Nach dem Rechercheprotokoll des Hüttenrats **Abt** von 1802 wurden die Nahrungsmittel durch das Hüttenamt von Lagiewnik, Chorzow und Beuthen geholt. Die Ausführung von Anstalten auf Grund der Back-, Schlacht- und Braugerechtigkeit wurde als erforderlich angeordnet.

Im Herbst des Jahres 1802 konnte die vom Könige genehmigte Anlage der Königshütte als vollendet angesehen werden. **Das Anblasen des ersten Hochofens, den man Reden-Ofen genannt hatte, geschah am 25. September 1802** und am 27. September 1802 wurde zum ersten Male abgestochen, „wobei das Eisen ungewöhnlich flüssig war und ein weisslich graues Korn hatte“. Im Jahre 1802 ist auch der v. Heinitz-Ofen in Betrieb gesetzt worden. Diese beiden Oefen waren für die erste Anlage vorgesehen. In den Jahren 1805—1807 wurde der dritte (Wedding) Ofen gebaut, um beständig zwei Oefen in Betrieb zu haben, wenn einer der beiden ersten einmal ausfiel und um dem fortdauernden Mangel an Roh-eisen in der Gleiwitzer Eisengiesserei abhelfen zu können. 1818 kam der vierte Ofen hinzu.

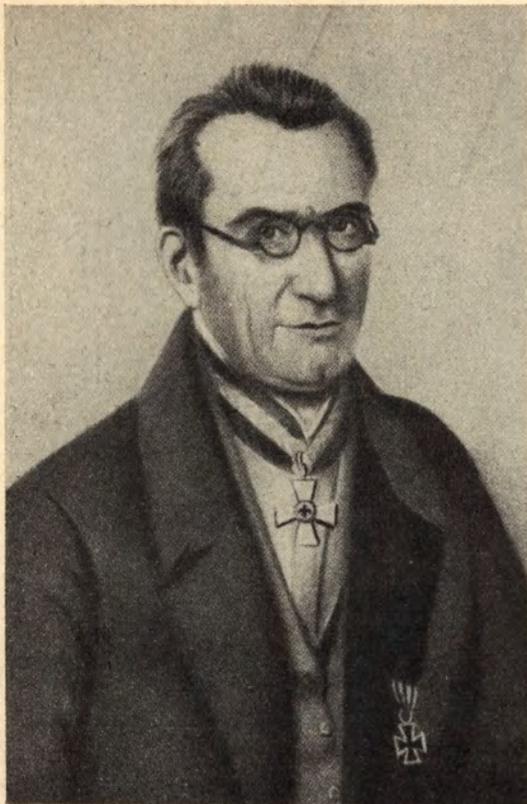
Die Entwicklung der schlesischen Hütten in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ist vor allem dem Oberberg- und Hüttenrat Karl Johann Bernhard **Karsten** zu danken. Er war von Reden im Jahre 1803 nach Schlesien gesandt worden, um seine chemischen Kenntnisse auf die Verbesserung der Hüttenprozesse anzuwenden. Er verstand es, die wissenschaftliche Erkenntnis mit der praktischen Anwendung zu verbinden. Ganz besonders widmete er der Darstellung des metallischen Zinks aus Galmei seine Aufmerksamkeit. Der Galmei wurde bisher ausschliesslich zur Messingfabrikation benutzt, nachdem er zuvor geröstet oder calciniert war. Dass man metallisches Zink aus Galmei gewinnen könne, erkannte zuerst der Hüttenfaktor **Ruhberg**, der im Jahre 1806 aus dem an den Eisenhochöfenwänden abgesetzten Zinkschwamm zu Wessola im Fürstentum Pless das Zink abdestillierte. Er hielt das Verfahren geheim. Aber es gelang Karsten, sich Kenntnis davon zu verschaffen. Dann stellte er selbständig Versuche an und gewann schliesslich aus Galmei Zink. Bereits 1809 schritt er zum Aufbau einer fiskalischen Zinkhütte unter dem Namen „Lidogniahütte“ (nach Karstens Gattin Lida so benannt) auf dem Terrain der Königshütte. Hier ist die Zinkdarstellung aus Galmei überhaupt zuerst regelmässig betrieben worden. Später erhielt die Hütte die Aufgabe, die Naturalabgabe zu verhütten, die durch den Fiskus von den Galmeigruben erhoben wurde.

In Preussens schwerster Zeit widmete sich Karsten auch der Nutzbarmachung des Eisenhüttenwesens zur Darstellung von Gewehrarmaturstücken und Munition.

Von Malapane aus wurde die Armee in den Jahren der Befreiungskriege mit Gewehren, Büchsen und dem erforderlichen Zubehör versehen, auf der Kgl. Eisengiesserei bei Gleiwitz aber fand die Darstellung von Geschützen und Geschossen statt. Hier ist auch 1813 das Eiserne Kreuz gegossen worden. Als das Land 1809 von den Franzosen geräumt war, wurden die Flammöfen und Kupolöfen der Gleiwitzer Giesserei zuweilen ausschliesslich mit der Fabrikation von Geschützen und Geschossen, einpfündigen bis zwölfpfündigen Kartätschkugeln beschäftigt, besonders im Jahre 1813, da die Armee an Munition Mangel litt.



Johann Friedrich Wedding



Oberberg- und Hüttenrat C. J. B. Karsten

Diese Arbeiten, mit denen die Eisenindustrie Oberschlesiens in verhängnisvoller Zeit dem Staat den besten Dank für ihre Belebung abstattete, nahmen einen bemerkenswerten Teil der Roh-eisenproduktion der Königshütte in Anspruch. Aber auch durch Ausdehnung des Gusses für Brückenbau, Bildgiesserei und besonders für den Hausbedarf wusste Karsten die Werke zu beschäftigen. Im Jahre 1805 hatte man Versuche gemacht, die Brauchbarkeit der gusseisernen Kochgeschirre durch Auskleidung mit einer haltbaren guten Emaille zu erhöhen. Diese Versuche wurden 1812 von glücklichem Erfolge gekrönt, so dass eine Werkstatt für Poterieguss angelegt werden konnte, die sich später zu einer der grössten Deutschlands ausgebildet hat und die der Königshütte reiche Beschäftigung zuführte, besonders nachdem es 1821 dem Hüttenmeister **Eck** gelungen war, die Emaille bleifrei herzustellen.

Trotz aller politischen und wirtschaftlichen Wirren jener Zeit hatte die Königshütte genug zu tun. Nur im Kriegsjahr 1807 geriet der Betrieb wegen Geldmangels und wegen Unsicherheit ins Stocken. Ein französischer Offizier, Dupéron, hatte im November 1806 sogar die Bestands-gelder aus der gemeinschaftlichen Hüttenkasse in Gleiwitz abgeholt und polnische Offiziere, mit Namen Trepka und Graf Morstin, hatten mit einigen Trupps polnischer Soldaten zu derselben Zeit und im April 1807 die Königshütte beunruhigt.

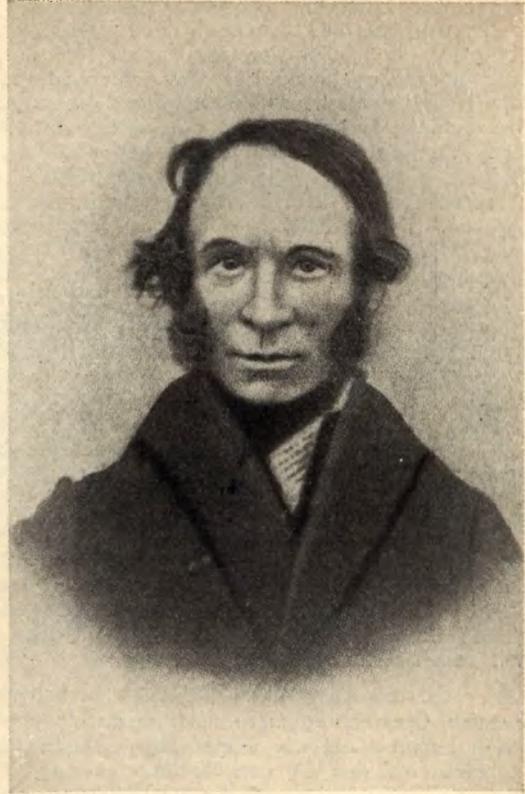
Die Einführung der Gewerbe- und Handelsfreiheit in Preussen anstelle des friderizianischen Prohibitivsystems und das Eindringen englischer Waren nach der Aufhebung der Kontinental-sperre hatten zwar auf die Beschäftigung und den Gang der schlesischen Hütten, speziell der Königshütte, deren Produkte wegen ihrer Art und vorzüglichen Güte den Markt behaupteten, keinen

direkten Einfluss. Wohl aber haben jene Vorgänge in der Folgezeit der englischen Industrie einen grossen Vorsprung vor der deutschen verschafft und so ihren Einfluss später auch auf die Königshütte ausgeübt.

Auf Wedding folgte im Jahre 1819 der Oberhütteninspektor Ernst **Martini** als Dirigent der Königshütte. Er hat den vierten Hochofen, den Gerhard-Ofen, 1820 fertiggestellt und die Produktion von 28 000 auf 73 000 Zentner gesteigert. Martini erwarb sich noch dadurch besondere Verdienste um das Werk, dass er „der Ungemütlichkeit des Lebens“, die schon Heinitz mehrfach beklagt hatte, zu steuern suchte. So wurde im Jahre 1820 eine Posthalterei zur regelmässigen Postverbindung mit Beuthen auf der stark benutzten Strecke von Breslau über Myslowitz nach Krakau angelegt. Es folgte die Anlage eines Gasthauses „Zur Königshütte“ „zu Gunsten der grossen Menge von jungen Leuten, die sich hier mit dem Studium des Gruben- und Hüttenbetriebes beschäftigten“. Dieses verhältnismässig vornehm ausgestattete und lange Jahre hindurch gut geleitete



Hütteninspektor Eck



Oberhütteninspektor Mentzel

Etablissement wurde im oberschlesischen Bergwerksbetrieb bald der Zentralpunkt eines fröhlichen, geselligen Lebens.

Die Arbeiterzahl der Hütte hatte sich inzwischen auf 203 Mann mit 121 Frauen und 369 Kindern vermehrt. Man schritt in den ersten 20er Jahren zur Anlage einer neuen Kolonie „**Charlottenhof**“ in der Art, dass man innerhalb des Gutsbezirks Königshütte einer Anzahl Arbeitern Bauplätze überwies, auf denen diese sich für eigene Rechnung ansiedelten. Auch das im Jahre 1810 gebaute Lazarettgebäude wurde erheblich erweitert, ebenso die Schule. Endlich wurde nach den Entwürfen Schinkels um 1840 eine evangelische Kirche gebaut und 1844 eingeweiht.

Die Schaffung des Deutschen Zollvereins (1834) und die Auswirkungen der Aufhebung der Landbinnenzölle und der Accise öffneten den inneren Markt und steigerten den Eisenverbrauch. Die wirtschaftliche Lage der Königshütte blieb fortgesetzt gesund; aber ein Fortschritt kann nicht verzeichnet werden, da der Gewerbebetrieb in Deutschland auf Handwerk, Hausarbeit und

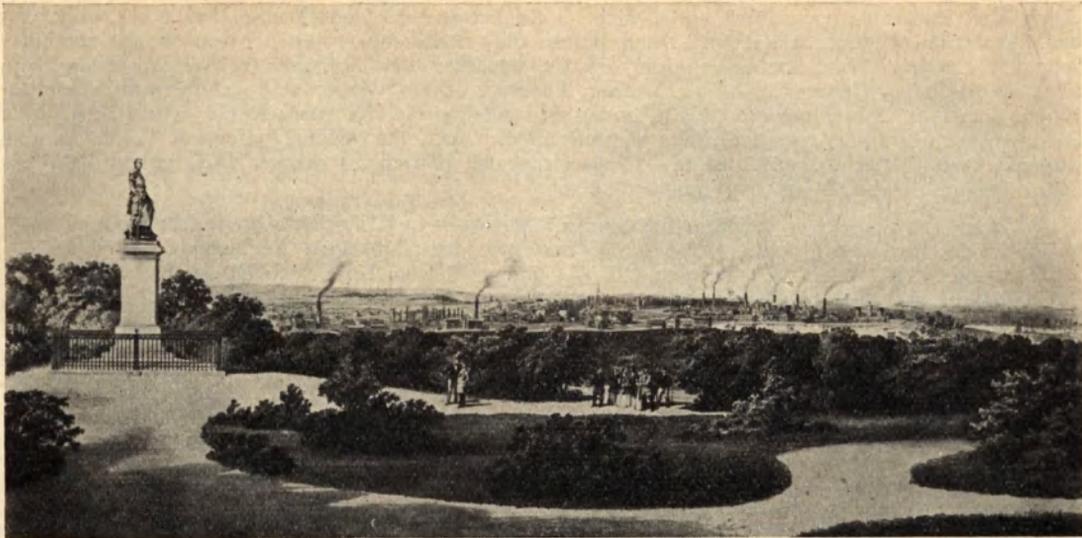
Manufaktur beschränkt blieb; der Gebrauch und die Fabrikation der Dampfmaschine blieb wenig genutzt. Und überdies blieb auch das Holzkohlenroheisen gefragt. Der damalige Oberhüttenverwalter **Reil**, der als Schüler Karstens diesem 1819 in Breslau als Oberbergamtsleiter gefolgt war, warnte vor einer Ausdehnung des Steinkohlenbetriebes in Königshütte. Er berichtete 1828 nach Berlin, dass die Waldbesitzer Oberschlesiens grosse Aufforstungen vorgenommen hätten, so dass der Holzkohlen-, Hochofen- und der Frischfeuerbetrieb in Oberschlesien noch auf lange Zeit gesichert sei. Aber auch für ihren derzeitigen Bestand fand die Industrie bei der Regierung wenig Fürsorge. Die Absatzwege blieben mangelhaft. Der 1823 fertiggestellte Klodnitzkanal erfüllte die Ansprüche nicht; es stellten sich Stockungen im Absatz von Kohle und Eisen ein. Die Löhne der Arbeiter gingen zurück. Auch die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter verzeichneten keinen Fortschritt. Für die anwachsende Zahl der Arbeiter sind nach Charlottenhof keine neuen Kolonien gebaut worden. Es trat Wohnungsnot ein. Besonders aber in der Umgegend des Werkes, wo in den 20-er Jahren eine glänzende Zinkkonjunktur eine starke Vermehrung der Arbeiterbevölkerung zur Folge gehabt hatte, war eine Wohnungsnot entstanden, die jeder Beschreibung spottete. Es kam vor, dass die massenhaft herangezogenen Arbeiterfamilien in den zu Wohnungszwecken hergerichteten Röschen der Zinkhütten wohnten, nicht zu reden von der massenhaften Ueberfüllung der in der Nähe der Werke vorhandenen Quartiere. Ausgehend von den Grundsätzen des seit Hardenberg herrschend gebliebenen Systems des „laissez faire“ hatte man die Sorge für das häusliche Leben der herangezogenen Arbeiter diesen selbst und dem Unternehmungsgeist der Bevölkerung überlassen; es entwickelten sich dadurch sehr schlimme Zustände, die erst in den 50-er Jahren eine Besserung erfahren haben.

Der Betriebserfolg der Königshütte sank 1838 von 114 000 Zentnern des Vorjahres auf 87 000 Zentner, da die Königsgrube die erforderlichen Steinkohlen nicht liefern konnte. Das Hüttenamt begann über Absatzmangel zu klagen. Graf Hugo Henckel von Donnersmarck erbaute in den Jahren 1835/38 das Konkurrenzunternehmen der Laurahütte im Nachbarort Siemianowitz (heute Laurahütte) und übernahm eine grosse Zahl der besten Hüttenarbeiter der Königshütte mit dem Hüttenmeister Naglo.

Zu all diesen Schwierigkeiten im Betriebe kam um diese Zeit das Eindringen von schotischem Giesserei-Roheisen nach Deutschland zu ausserordentlich billigen Preisen. Dieses Roheisen kam bis auf die Giessereien in Oberschlesien und verdrängte schliesslich das inländische Roheisen auf den eigenen Hütten.

Unter diesen Verhältnissen hatte der Hüttenmeister **Eck** den Mut, die Betriebsleitung der Hochöfen von Königshütte zu übernehmen. Er änderte den Betrieb so viel als möglich dahin ab, dass die Hochöfen nicht mehr wie bisher vorwiegend Giessereiroheisen, sondern ein zur Verarbeitung in Frischfeuern geeignetes Produkt erzeugten. Zum Raffinieren der siliciumreichen Erzeugnisse aber wandte er statt der mit Koks betriebenen englischen Raffinerief Feuer Gasflämmöfen mit Steinkohlenfeuerung an, die von ihm erfunden und konstruiert waren. Das flüssige Roheisen wurde direkt aus dem Hochofen in die Gasflämmöfen abgestochen und mit hochgespanntem Gebläsewind aus scharf stechenden Düsen behandelt. Das graue Koksroheisen wurde dabei in weisses, gefeintes Eisen umgewandelt. Der Erfolg Ecks war durchschlagend.

Das Aufkommen der Eisenbahnen in Europa gab auch der Königshütte neuen Antrieb. Der Nachfolger des 1834 scheidenden Oberberghauptmannes Gerhard, der Oberberghauptmann **v. Veltheim**, erliess unter dem 16. Juli 1835 eine Verfügung an das Oberbergamt zu Breslau, in der er auf die Pläne zur Anlegung von Eisenbahnen in den östlichen Provinzen der Monarchie hinweist und fordert, die Anfertigung von gewalzten eisernen Schienen in Schlesien vorzubereiten, damit der künftige Bedarf gedeckt werden könne. Der Plan zur Anlage der Puddlingshütte und



Königshütte vom Redenberg um 1860. — Nach einem alten Stich.

des Walzwerkes auf der Königshütte auf dem schon seit 1828 bezeichneten Platze solle schleunigst wieder aufgegriffen und baureif gemacht werden. Bei der neuen Planung möge man davon ausgehen, dass alle Arbeit vom Feinmachen des Roheisens bis zur gänzlichen Vollendung der Schienen, auf der Königshütte vorgenommen werde. Die erforderlichen Dampfmaschinen solle man, um keine Zeit zu verlieren, aus England beziehen.

Den Auftrag zur Durchführung dieser Pläne erhielt im Jahre 1843 der Oberhütteninspektor **Carl Rudolf Mentzel** als Nachfolger des Hüttendirektors Martini. Mentzel ist durch vielseitige wissenschaftliche Interessen ausgezeichnet; er erfand z. B. die hüttenmännische Erzeugung des metallischen Cadmiums; er machte sich auch durch mehrere Verbesserungen im Metallhüttenwesen bekannt; er war ebenfalls ein eifriger Erforscher der geologischen Lagerungsverhältnisse Oberschlesiens.

Vom Jahre 1838 bis 1844 ist die nach dem damaligen Minister benannte **Alvenslebenhütte** gebaut worden, in einer Zeit, da Deutschland von billigem ausländischem Eisen überschwemmt wurde. Das Königshütter Eisen konnte sich aber behaupten, und als der Zollverein eine durchgreifende Aenderung der seit 1818 gültigen Zollbestimmungen für Eisen durchsetzte, war mit dem Schutz der inländischen Industrie auch der neue Aufstieg gewährleistet.

Die 1844 fertiggestellte „Alvenslebenhütte“ trat in die günstigste Konjunktur ein und unter dem 30. Dezember 1845 erhielt das Oberbergamt bereits den Auftrag, eine Beschleunigung der Fabrikation oder eine Erweiterung der Alvenslebenhütte, oder endlich den völligen Neubau einer Hütte nebst Erweiterung der Hochofenanlage um zwei Oefen in Erwägung zu ziehen und auch die Beschaffung der erforderlichen Kohlen und Erze sicherzustellen.

Die Durchführung dieses Auftrages ist durch mancherlei Umstände immer hinausgezögert worden. Einmal wollte Friedrich Wilhelm IV. die Vorteile der Eisenkonjunktur, die er zum Teil

durch den Zollschutz veranlasst hatte, nicht in Konkurrenz mit den Privatwerken zur Erweiterung der fiskalischen Hütten ausnutzen. Dann hatten die fiskalischen Hüttenkassen noch namhafte Schulden aus Vorjahren abzutragen, die die Ueberschüsse der Konjunkturzeit verbrauchten, ehe sie „extraordinäre Ueberschüsse“ nachweisen konnten. Dann wieder sind es die politischen Unruhen der 48er Jahre gewesen. Ein andermal brauchte das Ministerium die schon bewilligten Gelder plötzlich zu dringenden anderen Aufgaben. Auch die 1851/52 geführten Verhandlungen wegen Verkaufs der Königshütte an Privatunternehmer führten zu grosser Unsicherheit über die auszuführenden Arbeiten in den Beamtenkreisen.

Unter diesen schwankenden Verhältnissen musste es in Königshütte besonders grosse Freude auslösen, als der König sich entschloss, bei der Feier des 50-jährigen Jubiläums des Werkes am 25. September 1852 persönlich zugegen zu sein und an diesem Tage zugleich der **Enthüllung eines Denkmals für den Grafen Reden** auf dem sogenannten Redenberge bei Königshütte beizuwohnen. Gelegentlich der Feier, die der damals herrschenden Cholera wegen auf den 29. August 1853 verschoben wurde, wurden auch die Erweiterungsarbeiten für die Alvenslebenhütte wieder besprochen und in Gang gebracht. Vom Jahre 1853 ab bis zum Jahre 1860 erfolgte der Erweiterungsbau, der praktisch einem vollständigen Neubau der gesamten Königshütte gleichkam und einen Kostenaufwand von nahe an 1½ Millionen Thalern erforderte. Das Werk erhielt im wesentlichen die Gestalt, die es im Jahre 1869 beim Uebergang in den Privatbesitz hatte.

Während der zeitgemässe Ausbau der Königshütte verzögert worden war, hatte die Privatindustrie einen glänzenden Aufschwung erlebt. Dem ersten Jahrzehnt nach Einführung der Eisenzölle im Jahre 1804 verdanken die meisten noch heute bestehenden grösseren Eisenhütten Oberschlesiens ihre Entstehung: die Falvahütte, Friedenschütte, Eintrachthütte, Sophienhütte, Baildonhütte, Herminenhütte, Hugohütte, Donnersmarckhütte. Neben 5 Kokshochöfen und 2 Holzkohlenhochöfen auf königlichen Werken bestanden im Jahre 1853 in Oberschlesien 18 Kokshochöfen und 61 Holzkohlenhochöfen auf Privatwerken.

Zur Sicherung des Eisenerzbedarfs schritt man im Laufe der Neubauzeit der Königshütte zum Erwerb einer grossen Zahl von Eisenerzfeldern, unter denen u. a. eine Reihe grösserer Förderberechtsame auf Gräflich Henckelschen Territorien, namentlich bei Radzionkau und Carlshof, sowie auf den Gutsländereien von Mittel-Lagiewnik zu nennen sind.

Zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Arbeiter schritt man endlich zur Anlage grösserer Arbeiterkolonien, nachdem durch einen Ministerialerlass vom Jahre 1853 für die Kgl. Werke in Oberschlesien aus Staatsmitteln 60 000 Thaler bewilligt waren, während gleichzeitig 80 000 Thaler aus der Bergbauhilfskasse in Anspruch genommen wurden. Die Arbeiterzahl der Königshütte hatte sich von 1818 bis 1853 von 135 auf 840 vermehrt. Die Arbeiter veranlasste man, selbst zu bauen. Man schenkte den Baulustigen unter gewissen Bedingungen von dem zur Kolonisation ausersehenen und erworbenen Mittel-Lagiewniker Gelände je einen Bauplatz von entsprechender Grösse, eine Bauprämie von 200 Thalern und einen Bauvorschuss von 500 Thalern. Damit führten die Arbeiter unter Zuhilfenahme eigener Mittel ihre Häuser nach den ihnen vorgezeichneten Bauplänen aus. Auf diese Weise entstanden seit 1853 bis 1858 in Königshütte für Hütten- und Grubenarbeiter 104 Besitzungen von je 4- bis 8-Familienwohnungen. 1869 hatte die Königshütte ca. 200 derartige Wohnhäuser erstellt.

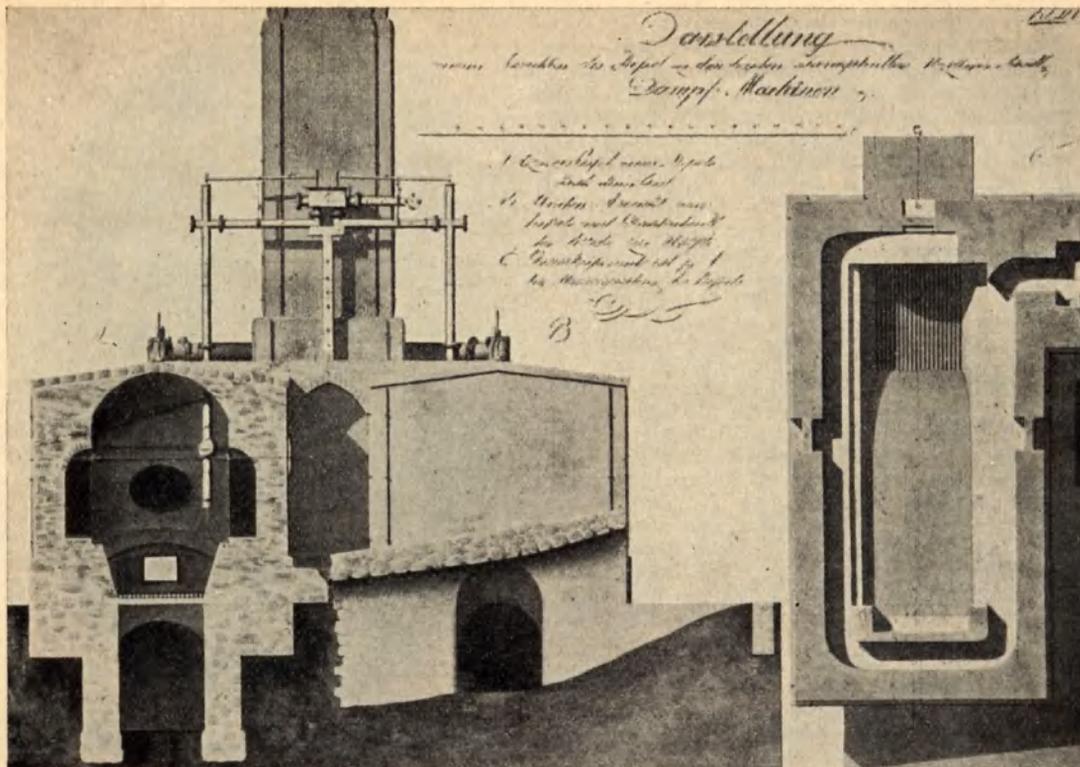
Die Erwartungen, die man von dem grossartigen Neubau der Königshütte gehegt hatte, erfüllten sich nicht. Ein unaufhörlicher Wechsel der Bau- und Betriebsbeamten sowie der Direktoren während der Bauzeit, die in die Privatindustrie hinüberwechselten, hatte einen ungünstigen Einfluss auf die Anordnungen der Anlage hinsichtlich des Ganges der Fabrikation, der Transportverhältnisse usw. zur Folge. Vielerlei kostspielige Abänderungen waren später unvermeidlich.

Auch die Fabrikationsbedingungen hatten sich während der Bauzeit in ungünstiger Weise verschoben. Die ungemein starke Nachfrage nach Eisenerzen für die zahlreichen, in den 50-er Jahren neu erbauten Hochofenanlagen hatte die Mitgewinnung weniger guter Erzmittel und somit eine allgemeine Verschlechterung der Eisenerze im Eisengehalt zur Folge gehabt. Seit ihrem Anschluss an die Oberschlesische Eisenbahn lernte ferner die Königsgrube den Eisenbahndebit als eine sehr angenehme Absatzgelegenheit neben der Lieferung an die Hütte schätzen und die Auslese der für die Hütte besonders geeigneten Kohlen wurde weniger sorgfältig ausgeführt, so dass Klagen der Königshütte über die Kohlenqualität an der Tagesordnung waren. Endlich hat die Fertigstellung des Hauptschlüssel-Erbstollens von Zabrze bis zur Königsgrube der Königshütte ein stark vitriolisches Grubenwasser als Betriebswasser gebracht, während die reineren Wasserzuflüsse der Grube durch den Stollen nach Zabrze abflossen. Trotz mancherlei Vorrichtungen zur Entsäuerung der Wasser und der teilweisen Ersetzung durch süsse Tageswasser litten die Dampfkessel der Königshütte stets grosse Not. Eine Dampfdruck-erhöhung war aus Sicherheitsgründen nicht möglich. Hinzu kam, dass eine erhebliche Teuerung sämtlicher Bau- und Betriebsmaterialien während der 50-er Jahre auch die Selbstkosten der Produktion erhöhten. Schliesslich trat noch ein schwerer Rückschlag in der Eisenkonjunktur ein. Das Verdienst, die Königshütte aus diesen schweren Verlegenheiten herausgeführt zu haben, gebührt dem seit 1860 an die Spitze der Bergverwaltung gestellten Ministerialdirektor und Oberberghauptmann **Krug von Nidda**. Er liess durch tüchtige Beamte der Leitung der Königshütte, wie Hüttenmeister **Richter**, Bergassessor **Ulrich**, Hüttenmeister **Jüttner** u. a. wesentliche Betriebsverbesserungen durchführen. Eine besondere Leistung der Königshütte war damals die Erzeugung von Eisenbahnschienen mit aufgeschweisstem Feinkornkopf, durch die die englische Konkurrenz auf dem deutschen Schienenmarkt völlig aus dem Felde geschlagen wurde. In dieser Zeit fand auch die Einführung der Bessemerstahlerzeugung auf der Königshütte statt.

Sorgfältige Untersuchungen über die oberschlesischen Eisenerzvorkommen hatten ergeben, dass gerade auf der benachbarten Feldmark Chorzow ausserordentlich mächtige Ablagerungen von phosphorarmen Brauneisenerzen vorhanden waren, deren ausschliessliche Benutzung sich die Königshütte sicherte. Auf der Ausbeutung dieser Ablagerungen beruhte in den nächsten Jahrzehnten ein grosser Teil des gesamten Betriebes der Königshütte. Da bei der fast unmittelbar an die Hütte anstossenden, aber sehr zerstreuten Lage der mit Aufdekarbeit zu gewinnenden Erze die Benutzung von Schienenwegen zur Hütte nicht praktisch erschien, so entwickelte sich hier neben dem sonst üblich gewordenen Rossbahnbetrieb wieder eine ausgedehnte Vekturanz der Chorzower Bauern, die unter ihrem Schulzen Fietzek für diesen Zweck eine förmliche Gesellschaft bildeten. Ihr Verkehr gab der Hochofenanlage der Königshütte in dieser Zeit ein besonderes Gepräge.



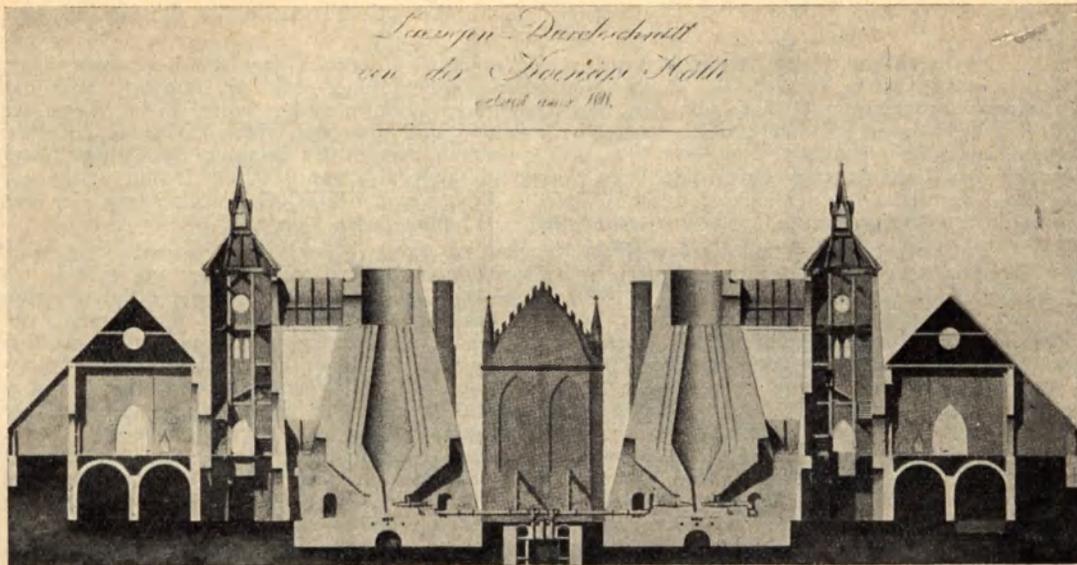
Oberberghauptmann Krug von Nidda



Dampfkessel-Anlage für die Königshütte 1802.

Die geschäftliche Lage der Königshütte hatte sich zwar in der zweiten Hälfte der 60-er Jahre zum Besseren gewendet, trotzdem wurde die Absicht, den Verkauf des Werkes baldigst durchzuführen, von der Bergverwaltung niemals aufgegeben. **Man sah die Aufgabe der Hütte, Musteranstalt für die Privatindustrie zu sein, als erfüllt an.** Ein Wettbewerb mit den Privathütten erschien nicht im staatswirtschaftlichen Interesse. Der Betriebsdirigent der fiskalischen Hüttenwerke hatte auch niemals die Freiheit der Entscheidung, die den Direktoren der Privathütten bei Konjunkturänderungen zustatten kamen. Und dadurch, dass die Königshütte bereits seit fast zwei Jahrzehnten gewissermaßen unter dem Hammer stand und den dadurch mitverschuldeten häufigen Beamtenwechsel, waren die Verhältnisse und die Aussichten des Werkes erheblich verschlechtert. Die allgemeine preussische Handelspolitik machte endlich wieder einer freihändlerischen Richtung Platz, die die Eisenzölle herabminderte.

Mit dem Vertrage von 1868 hatte Oesterreich eine teilweise Erleichterung der Eiseneinfuhr zugestanden, indem der Roheisenzoll von dem Satze von 42 Kreuzern wieder auf 25 Kreuzer herabgesetzt wurde. Der Eisenabsatz nach Oesterreich war lebhafter geworden, und so stand gerade für Oberschlesien augenblicklich eine günstigere Konjunktur in Aussicht. Dies hatte zur



Längens-Durchschnitt von der Königs-Hütte 1802.

Folge, dass im Jahre 1868 wiederum einige hervorragende Industrielle Oberschlesiens mit neuen Kaufanträgen wegen der Königs-Hütte an die Bergverwaltung herantraten. Nun glaubte diese nicht länger mit der Abstossung des Hüttenwerks zögern zu dürfen, und die Verkaufsverhandlungen wurden energisch in Angriff genommen. Indessen noch eine Schwierigkeit schien sich dagegen aufzutürmen, nämlich **die Frage der Gestaltung der Kommunalverhältnisse der zu der Königs-Hütte gehörigen Kolonien**, die in eigentümlicher Weise mit dem Terrain des fiskalischen Dominiums Königs-Hütte im Gemenge lagen.

Bei der allmählichen Erweiterung des Werkes waren die Arbeiterkolonien nicht mehr wie anfangs ausschliesslich auf fiskalischem Gutsterrain, sondern meist auf angekauften Ländereien der Nachbargemeinden angelegt. Während die Summe der Gruben- und Hüttenarbeiter auf den Königs-Hütten Werken nebst Familienmitgliedern vom Jahre 1840 bis 1864 von 1195 auf 8963 Personen gewachsen war, hatte sich die Einwohnerzahl auf dem Gutsgebiet in derselben Zeit nur von 778 Einwohnern auf 1144 vermehrt. Die übrigen Arbeiter hatten in den wenig leistungsfähigen alten Dorfgemeinden und in den neu gebildeten kleinen Gemeinwesen der Nachbarschaft Wohnung gefunden, denen damit die Vorsorge für alle kommunalen Bedürfnisse des bei weitem grössten Theils der Arbeiterschaft der Königs-Hütte aufgebürdet war. Man zählte einschliesslich des Dominialbezirks der Hütte zwölf derartige Einzelgemeinwesen in der Umgebung des Werks. Die ausserordentlichen Schwierigkeiten, die sich in der Befriedigung der kommunalen Bedürfnisse jeder Art in Bezug auf Polizei, Kirche, Schule, Armenpflege und namentlich auch bezüglich der Beschaffung des immer knapper werdenden Trinkwassers ergaben, erheischten aufs dringendste eine Abhilfe, und **da man es nicht für zulässig hielt, das Werk in Privathände übergehen zu lassen, ohne vorher Ordnung in diese Verhältnisse gebracht zu haben, so wurde die baldige Zusammenfassung jener Kolonien in eine Stadtgemeinde mit voller Städteordnung beschlossen.** Diese wurde, trotz vieler Proteste, von den meisten Beteiligten als eine lebensfähige erkannt, wobei man

auf eine starke Heranziehung der Königsgrube und der Königshütte, sowie der Oberschlesischen Eisenbahn zu den Kommunallasten rechnete.

Nachdem die Stadt gegründet war, wurde auch der Verkauf der Hütte — nach einem gänzlich missglückten Versuch, im Wege mündlicher Versteigerung, der mit Rücksicht auf die Kommunalverhältnisse ein allzu niedriges, unannehmbares Gebot geliefert hatte, — im Wege der schriftlichen Submission durchgesetzt, und **am 1. Januar 1870 ging das Werk mit allem Zubehör, namentlich auch mit allem Besitz an Erz- und Kalksteinfeldern in das Eigentum des Grafen Hugo Henckel von Donnersmarck auf Naklo über**, zu einem Kaufpreise von 1003000 Thaler, wobei ein Feldesteil der fiskalischen Steinkohlengrube König in Grösse von 695000 Quadratlachtern, der der Hütte am zugänglichsten gelegen war, als Zubehör mit überwiesen wurde.

Der Ratgeber, der den Grafen Hugo Henckel zu diesem Geschäft veranlasst hatte, war der Direktor Richter von der dem Grafen selbst gehörigen Laurahütte. Dieser war früher als Hilfsarbeiter des Hüttendirektors Paul in Königshütte als fiskalischer Beamter beschäftigt gewesen und war in die Verhältnisse des Werkes genau eingeweiht. Er hatte mit der ihm eigenen genialen Kombinationsgabe die grossen Vorteile durchschaut, die der Erwerb dieses, wenn auch in der öffentlichen Meinung stark kompromittierten Staatswerks bei seiner Vereinigung mit der Laurahütte in einer Hand bieten konnte. Die üble **Meinung von dem Wert der Königshütte** war aber so stark, dass der Generaldirektor der preussischen Besitzungen des Grafen Hugo Henckel, der Bergrat Ficusus, es ablehnte, das Werk in seinen Verwaltungskreis mit zu übernehmen. Dieses wurde hierauf als eine besondere Abteilung unter dem Namen „Das Berg- und Hüttenwerk Königshütte“ dem Geschäftskreis der österreichischen Besitzungen des Grafen angegliedert und dem Generaldirektor Valerius **Ritter** in Wien unterstellt. Richter trat als Werksdirektor an die Spitze des Werkes, indem er aus dem Direktorium der Laurahütte ausschied und die Betriebsleitung bezw. Inbetriebsetzung des bisher der Königsgrube, nunmehr der Königshütte zugehörigen Feldesteils dem Bergassessor **Junghann** übertrug.

Schon im ersten Jahre gelang es Richter, den Beweis von der Richtigkeit seiner Ansicht über den Wert des angekauften Werkes zu liefern. Es erbrachte im Jahre 1870 einen Ertrag von über 400000 Thalern, und gestützt auf diese Leistung, wurde es ihm leicht, ein Konsortium zu bilden, das das Berg- und Hüttenwerk Königshütte, in Verbindung mit der Laurahütte nebst einem ca. 1 Million Quadratlacher grossen Feldesteil der Hugo Henckel'schen Steinkohlengrubenfelder bei Laurahütte, gegen einen Kaufpreis von 6 Millionen Thalern vom Grafen Hugo Henckel erwarb und unter Beitritt des Grafen eine Aktien-Gesellschaft „**Vereinigte Königs- und Laurahütte, Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Berlin**“ zur Bewirtschaftung dieser Objekte bildete. Die Uebergabe erfolgte **am 1. Juli 1871**.

Die Direktion der Aktiengesellschaft wurde dem Generaldirektor Richter übertragen, der entsprechend dem Sitze der Gesellschaft seinen Wohnsitz in Berlin nahm. Die Direktion der Königshütte und der Gräfin Lauragrube übernahm der Berg- und Hüttendirektor Junghann.



VII.

Die Landschaft, in der die Stadt Königshütte liegt, ist eine wellige Hochebene. Nach alten Urkunden und Karten dehnte sich hier „grenzenlos“ ein stiller, dichter Wald „nach allen Seiten“ aus. Eine Siedlung nur wird um das Jahr 1100 bereits erwähnt, nämlich das Dorf Chorzow. Etwas später ist auch schon das Dorf Lagiewnik in den Karten verzeichnet.

Noch im Jahre 1780 bedeckte Wald und Buschwerk das Stückchen Erde, wo die Feldmarken der Gemeinden Chorzow, Lagiewnik, Heiduk und Schwientochlowitz zusammenstießen, auf dem sich heute die Stadt Königshütte erhebt. Damals noch beachtete niemand die unermesslichen Schätze an Kohlen, die die Erde barg und hier und da gar zu Tage anstand. Wo heute fast 250000 Menschen gedrängt zusammen wohnen, lebten damals in der menschenleeren Gegend kaum 1000 Einwohner. So zählte Chorzow nach der amtlichen Zählung von 1783 nur 356, Lagiewnik 248, Heiduk 147 und Schwientochlowitz 179 Einwohner. Die den Höhenrücken bedeckenden Wälder hießen der Chorzower und Lagiewniker Kiefern- und Fichtenwald. Auf den südlichen Abhängen breiteten sich zahlreiche Hutungen aus, auf deren Jagd- und Hutungsrechte samt Eichelmast laut „Teilungszetteln“ aus den Jahren 1592, 1672, 1682 und der Kaufurkunde von Ober-Lagiewnik vom Jahre 1789 die anliegenden Ortschaften Ober-, Mittel- und Nieder-Lagiewnik, Ober- und Nieder-Heiduk und Klein-Schwientochlowitz ihre Ansprüche erhoben. Die westliche Senke an den drei Quellenbächen der Charlottenhofer Rawa, wurden von der „Schwientochlowitzer Dombrowa“, den Wäldern „Załawcze“, „Ogrodek“ und den Rodungen „Pieniowka“ und „Pniaki“ eingenommen. An diesen drei Rawabächen verzeichnet die Hohmannsche Karte vom Jahre 1736 drei Teiche, deren Abflüsse in einen Mühlenteich münden. Das war die „Gerlatka-Mühle“ und der „Mühlensee“, wie sie in der „Herrschaftlichen Specifikation vom Jahre 1723“ genannt werden.

Diese Mühle ist die älteste Siedlung in der „Schwientochlowitzer Dombrowa“, bis sie ihr Besitzer, der Bedrückung seines Gutsherrn, Wrochem, müde, 1728 selber in Brand steckte und dann über die Grenze entwich.

Bald darauf begegnen wir hier einer anderen Siedlung, der „Schwientochlowitzer Bergfreiheit“, die im Anschlag von der kontributablen Pertinentien des Dorfes Schwientochlowitz vom

Jahre 1747 neben den drei Ortsanteilen: Ober-, Mittel- und Nieder-Schwientochlowitz als selbständiger vierter Ortsteil genannt, und deren Ertrag an Getreide und Vieh mit 9 Thlr. 12 Sgr. und der drei anderen Anteile mit 408 und 127 und 138 Thlr. eingeschätzt wird.

Wie ihr Name „Bergfreiheit“ besagt, verdankte sie ihre Entstehung, ähnlich wie Elgut und Ligota (abgeleitet von Ulga = Erleichterung, Bergfreiheit) einem bergmännischen Unternehmen, anscheinend den Erzgräbern, die die benachbarten alten Eisenwerke, wie Althammer (1395), Bogutsker oder Kattowitzer Hammer (1486), Kokocziniec (1650), mit Eisenerzen versorgten und so der alten und wieder von Herzog Johann von Oppeln und dem Markgrafen Georg von Brandenburg, Besitzern der Herrschaft Beuthen, am 30. April 1526 den Bergleuten neugewährten Bergfreiheiten teilhaftig wurden, nämlich,

„dass sie kein amtmann, vogt oder richter, sie seien geistlich oder weltlich, edel oder unedel, auch des bergwerks arbeiter nit vergewaltigen noch misshandeln, sondern sie schützen, schirmen und bei recht behalten soll. Wir geben ihnen auch die Gnad und die Freiheit, dass sie unsere Wasserfluss hüten, mal- und prettmöhlen, pochwerken gebrauchen mögen, dass sie unsere Wälder genissen, hauen, auch weg und strassen haben und davon den gebührlichen zehnten geben“.

Als Fundstellen der Eisenerze, besonders der in unserem Kohlengebirge vorkommenden und durch Duckelbau gewonnenen Toneisensteine, waren damals bekannt: die im „Schadokholz“ bei Elgut, die Halde, d. h. Halde, nach der die Zalenzer Halde ihren Namen führt (Vergl. Hohmannsche Karte 1768), ferner die von Kochlowitz, Radoschau und endlich die Brauneisenerzlager von Chorzow, Maczejkowitz und die in „Szerokie Doły“ bei Mittel-Lagiewnik.

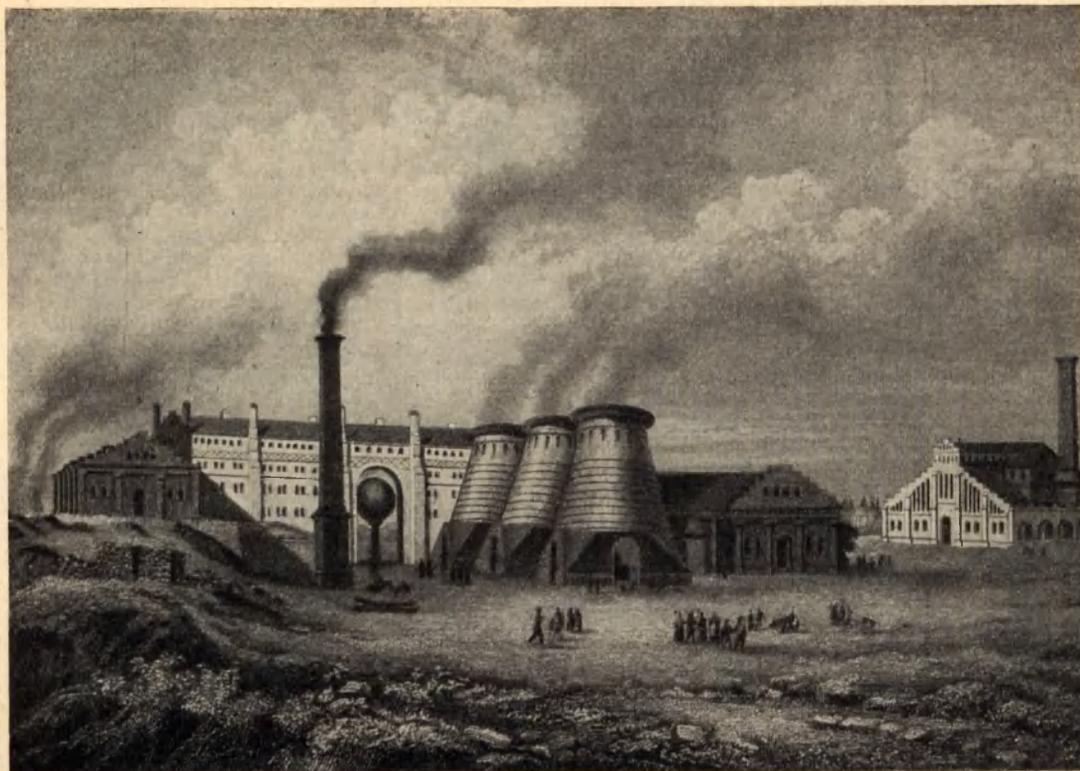
Wann die Schwientochlowitzer Bergfreiheit entstanden und wieder eingegangen ist, lässt sich nicht nachweisen, aber sie schlief nur den Dornröschenschlaf. 1818 taucht ihr Name neu auf.

Nachdem nämlich der alte Blei- und Silberbergbau bei Tarnowitz 1784 wieder aufgenommen worden war und die seit dem 19. Januar 1788 dort im Betrieb befindliche erste „Feuermaschine“ die Reste der dortigen Wälder zu verzehren drohte, betraute der Staatsminister von Heinitz, gestützt auf die hier an den Ausbissen der Flöze bereits bekannten Kohlenfunde, z. B., die der „Brandenburggrube“ bei Ruda, der „Jadwiga“ bei Chorzow etc., einen Berggeschworenen 1790 mit der Auskundschaffung der hiesigen Kohlenlager.

Diesem glückte es noch in demselben Jahre im Czarnawkatala bei Zabrze und 1791 hier bei Nomiarki in elf Meter Tiefe ein Kohlenflöz von drei Meter Mächtigkeit zu erschürfen, worauf dann dort die „Luisengrube“ und hier die Schächte „Schuckmann“ und „Prinzessin“ abgeteuft wurden. Da aber die beiden letzteren Schächte unter zu grossen Wasserzuflüssen litten, wurde schon 1795 auf der Höhe des Lagiewniker Waldes, wo sich jetzt der Bahnhof Königshütte befindet, der neue Wilhelmschacht mit einer Wasserhaltungsmaschine errichtet und am 24. Juli 1800 die bisherige sogenannte Königliche Kohlenzeche mit dem Namen „Königsgrube“ belegt.

Das Hauptmotiv ihrer Entstehung war, wie schon erwähnt, die „Feuermaschine“ mit dem erforderlichen Heizmaterial zu versorgen. In welcher Weise dies geschah, illustriert ein Vermerk in den damaligen Chorzower Ablösungsakten, nach denen der damalige Probst Bojarsky bis 30 Stück Ochsen hielt, deren grösster Teil zur Anfuhr von Steinkohlen nach der Friedrichshütte bei Tarnowitz für die „Feuermaschine“ benutzt wurde.

Da aber die hier erschlossenen unerschöpflichen Kohlenflöze über dieses erforderliche Mass weit hinausgingen, anderseits der anderweitige Kohlenverbrauch infolge der Voreingenommenheit des Volkes, bei dem das Verbrennen der Steinkohle als Beschleunigung des Weltendes und deshalb als Sünde galt, selbst trotz der schon von Friedrich d. Gr. am 25. April 1775 darauf zugesicherten hohen Prämien von 1 bis 100 Thlr. noch sehr gering war und über die Verwendung in den Schmieden, Ziegeleien und Brennereien kaum hinausging, sah sich der Bergfiskus gezwungen, weitere Verwendungsmöglichkeiten zu erproben.



Die Königshütte im Jahre 1810. — Nach einem alten Stich.

Reden war es, der die Verwendung der Steinkohle statt des Holzes zur Erzeugung von Roheisen betrieb. Da die naheliegenden Eisenerzfelder von Naclo, Radzionkau, Tarnowitz, Lagiewnik, Zalenze u. a. reiche Schätze boten und hier ausreichende Mengen von Kohlen vorhanden waren, so sollte neben der Königsgrube (deren Flöze seit 1791 abgebaut wurden) auch eine Eisenhütte entstehen. Und da die in Malapane und in der Gleiwitzer Hütte 1795 angestellten Versuche, beim Hochofenbetrieb nach englischem Vorbild durch Verkoken entschwefelte Steinkohle zu verwenden, vollen Erfolg hatten, erhielt Reden am 15. November 1797 die Königliche Genehmigung zur Anlage eines Kokshochofenwerkes neben der „Königsgrube“.

Die erste Sorge des Oberbergamtes in Breslau war die Erwerbung von Grund und Boden aus den Dominial- und Rustikalanteilen der umliegenden Gemeinden. Schon am 7. Mai 1798 verkaufte der Propst Cyrillus Wassowicz in Chorzow das Feld und die Fischteiche Słupnia Pańska und Spollyska nebst Masikowietz, zusammen 12 $\frac{3}{4}$ Morgen gegen einen jährlichen Zins von 40 Thalern. Vom Gutsbesitzer Mikurek aus Mittel-Lagiewnik erwarb das Oberbergamt weitere 16 Morgen zu 24 Thalern und im Jahre 1800 noch 9 Morgen zu je 16 Thalern zur Anlage einer Eisenhütte und

zur Errichtung von Arbeiterkolonien. Für diese behielt sich Mikusch bei Errichtung einer Schänke das Verlagsrecht von Getränken vor.

Wenige Tage nach dem Erwerb der Chorzower Gebietsteile wurde bereits am 31. Mai 1798 mit dem Bau der ersten Arbeiterkolonie „Königshütte“ begonnen. Acht Häuser mit je 5 Wohnungen entstanden dort, wo sich heute die Kalidestrasse befindet. Diese Koloniehäuser bilden den Grundstock der heutigen Stadt Königshütte. Das Hüttenamt, als staatliches Verwaltungsorgan für seine Kolonie, die als souveräne Ortschaft bestand und deren Bewohner weder kommunale Rechte noch Pflichten hatten, errichtete 1802 eine Simultanschule für die Kinder der Beamten und Bergleute, ferner ein Amtsgebäude mit Direktorwohnung. Schliesslich erhielt das Hüttenamt auch die Schank-, Schlacht- und Backgerechtigkeit. 1804 entstand eine Postanstalt. Für die Evangelischen wurde 1836 im Schulhause ein Betsaal eingerichtet. Der Pastor von Beuthen versah die Seelsorge bis 1844 die Elisabethkirche fertig war. Die Katholiken besuchten je nach der Lage ihres Wohnortes die Kirche in Beuthen oder in Chorzow. Sie erhielten erst 1852 eine Kirche, die Barbarakirche in der Hindenburgstrasse und 1856 die erste katholische Schule (Volksschule II). Im Jahre 1810 baute man das erste Knappschaftslazarett. Als sich dieses als unzulänglich erwies, wurde es zur Schule umgewandelt, an der zwei evangelische Lehrer wirkten. Anstelle des alten Lazarett ist dann ein neues für 100 Kranke erbaut und 1840 bezogen worden. Es war Eigentum der Hauptknappschaftskasse und für die Knappschaft des Gleiwitzer, Beuthener und Myslowitzer Reviers bestimmt.

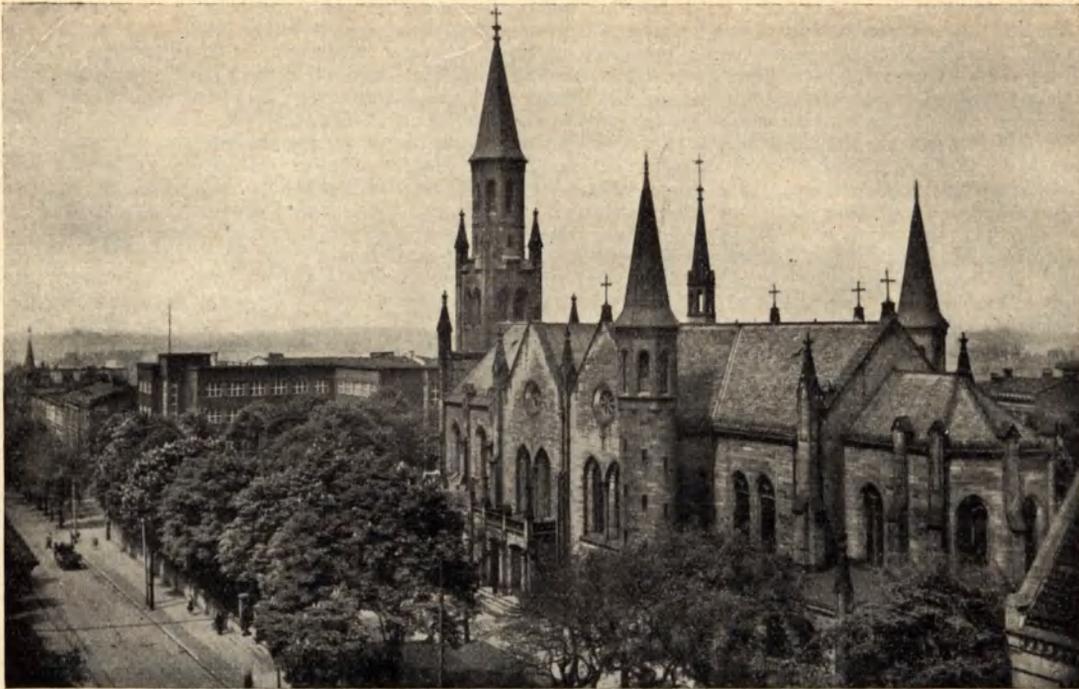
Die „Kolonie Königshütte“ zählte 1802 bereits 18 Familienhäuser, wuchs 1810 auf 21 und 1812 auf 27 Familienhäuser an. Seit 1816 wurde der Postkurs Breslau—Krakau nicht mehr über Beuthen—Bendzin, sondern über Beuthen—Königshütte—Myslowitz nach Krakau gelenkt.

Das Gelände der Königshütte hat schon am 26. November 1802 eine Erweiterung um 12650 Quadratachter Waldland westlich der Hütte erfahren. Verkäufer war der Gutsherr von Schalscha aus Ober-Lagiewnik, der das Waldland gegen 1100 Thaler und Lieferung von 5000 Scheffeln Staub- und 1200 Scheffeln Stückkohle für seine herrschaftlichen Ziegeleien abtrat. Das für die künftige Halde bestimmte Grundstück sollte binnen 2 Jahren vom Walde geräumt werden. Im nächsten Jahre schloss die Hütte mit dem Gutsherrn von Schalscha einen weiteren Vertrag ab, und zwar auf Entnahme von jährlich 5000 Kübeln Eisenerz zu je 2 Sgr. pro Kübel. Am 2. August 1804 überliess von Mikusch der Königshütte auch das Braurbar und die Schankgerechtigkeit gegen einen jährlichen Kanon von 40 Thalern. 1803 und 1809 erwarb die Hütte weitere 33½ Morgen gegen einen Erbzins von je 2 Thalern von der Dorfgemeinde Chorzow zur Errichtung eines künstlichen Teiches und 1812 von Herrn von Schalscha 5 Morgen zur Anlage der sogenannten „**Kohlenstrasse**“ nach Beuthen und am 23. März 1816 weitere 113 Morgen Waldland für 4800 Thaler, auf dem dann später, 1836, die Häuser der Kolonie „**Ober-Lagiewniker Bergfreiheit**“ errichtet wurden. Die Kolonie bestand aus 18 Häusern, die schlüsselfertig für je 500 Thaler an die Bergleute abgegeben und von diesen dann mit 10 v. H. amortisiert wurden.

Seit 1802 ist der Erzbedarf ständig gewachsen, damit stieg auch die Förderung der Steinkohle, die von den verschiedenen Eisen- und Zinkhütten in steigendem Masse verbraucht wurde. Notwendigerweise erwachte auch die Frage nach den besten Verkehrs-, den An- und Abfuhrwegen für Kohlen und Erze von Grube zu Hütte.

Reden plante zunächst einen schiffbaren Stollen (ähnlich dem „Fuchsstollen“ bei Waldenburg) nach dem Klodnitzkanal. Die Fertigstellung dieses 1799 begonnenen, Hauptschlüssel-Erbstollen genannten Kanals von fast 13 km Länge schritt so langsam vorwärts, dass er die Königsgrube erst 1863 erreichte. Die anderen Pläne einer Kohlenbahn von 1804 und 1816 scheiterten, da sich das Dampfmaschinenmodell als zu schmalspurig und zu schwach erwies. Als letztes Mittel blieb jetzt nur noch eine gute Steinstrasse übrig.

Am 9. August 1818 schloss nun das Oberbergamt, das durch den Hüttenbaudirektor Wedding vertreten war, mit dem Schwientochlowitzer Gutsherrn Porembski einen Erbpachtvertrag ab auf Ueberlassung von Gelände von 441 Ruten Länge, zusammen 13,5 Morgen, zu je 40 Thalern zur An-



Barbarakirche in der Hindenburgstrasse.

lage einer Kunststrasse, die nach Zabrze führen sollte. Der Oberbauinspektor Lehmann der Königshütte hat die Strasse alsdann gebaut. Anlässlich der Reise des damaligen Kronprinzen und späteren Königs Friedrich Wilhelm IV. von Gleiwitz nach Königshütte erhielt die Strasse den Namen „Kronprinzenstrasse“. Sie hat heute noch in den Gemeinden, durch die sie führt, diesen Namen. In Königshütte heisst sie jetzt Hindenburgstrasse.

Dem neuen Verkehrswege schmiegte sich bald eine ganze Reihe neuer Siedlungen an. Den Anfang damit machte das Oberbergamt; es erwarb am ebendenselben 9. August 1818 von dem Gutsherrn Poremski „am dritten Wäldchen“ der zu errichtenden Kunststrasse ein Stück Land, 142 Ruten lang und $28\frac{1}{2}$ Morgen gross, für eine jährliche Pacht von 54 Thl. 10 Sgr. zur Etablierung einer Kolonie. Sie erhielt den Namen „**Schwientochlowitzer Bergfreiheit**“. Ursprünglich zählte sie 11 Häuser, die Eigentum der Arbeiter waren. Die Kolonie unterstand dem Hüttenamte, das namens des Bergfiskus die Dominialrechte ausübte.

Im weiteren Anschluss an die neue Strasse errichtete die Königshütte auf dem nördlich von Schwientochlowitz gelegenen Hügel Kamionka einen neuen Schacht, der nach der Prinzessin Charlotte, der Schwester Wilhelms I., und späteren Gemahlin des Zaren Nikolaus I. „Charlottenschacht“ benannt wurde. Um den hier beschäftigten Arbeitern ein nahes Heim zu bereiten, verpflichtete sich Gutsherr Poremski laut Vertrag vom 13. März 1823 „im rechten Winkel zur Kolonie

„Schwientochlowitzer Bergfreiheit“ gegen Mittag“ die neue **Kolonie „Charlotte“** mit acht Schrot-häusern zu erbauen. Jedes Haus erhielt 4 Morgen Waldland gegen einen jährlichen Grundzins von 2 Thalern pro Morgen. Die Häuser, zu deren Errichtung Porembski einen Zuschuss von 50 Thalern je Haus von der Bergbau-Hilfskasse erhielt, durften nur an Knappschafts-genossen ver-äussert werden. Die Kaufsumme betrug 130 Thaler je Haus, wovon 65 Thaler sofort und der Rest in Raten von 2 Thalern je Monat zu leisten waren. Im Jahre 1845 zählte die Siedlung 18 Häuser und 257 Einwohner. 1854 erfuhr die Kolonie Charlotte eine Erweiterung, indem laut Vertrag vom 27. April 1854 die Gutsherrschaft Schwientochlowitz dem Bergfiskus einen östlich der alten Kolonie gelegenen Hutungsfleck von 18 Morgen abtrat und dafür je 100 Thaler pro Morgen und die Tag-baulichkeiten des beim Bau des Hauptschlüssel-Erbstollens entstandenen Martinschachts bei Lipine erhielt. Die erworbenen 18 Morgen überliess der Fiskus laut Vertrag vom 13. September 1854 geschenkweise 24 auf der Königsgrube beschäftigten Bergleuten unter der Bedingung, dass jeder auf dem ihm überwiesenen Grundstücke unter darlehnsweiser Gewährung von Vorschüssen ein Haus zur Aufnahme von Bergleuten erbaut. So entstand 1854—56 auf den Brüchen in der Richtung der Halde die Kolonie **„Neu-Charlottenhof“**. Beide Anteile der Charlottenkolonie (nicht zu verwechseln mit dem heutigen Charlottenhof), samt Pniaki unterstanden der Schwientochlowitzer Gutsverwaltung, aber der Königshütter Polizeiverwaltung, bis sie, und zwar die beiden „Charlottenhof“ und „Schwientochlowitzer Bergfreiheit“ einerseits und Pniaki andererseits gemäss den Gesetzen vom 31. Dezember 1842 und 29. Mai 1861 „betreffs Verpflichtung zur Armenpflege bzw. Bildung von geschlossenen Gemarkungen behufs besserer Veranlagung zur Grundsteuer“ zu eigenen Gemeindebezirken im Gutsverbande Schwientochlowitz erhoben worden sind. Mit der Entstehung des Vorwerks Charlottenhof um 1824 und nachdem der Charlottenschacht nach dem Einstellen der Förde-rung nur noch ein Luftloch des Hauptschlüssel-Erbstollens geworden war, trat der Name „Char-lotte“ gegen „Charlottenhof“ ganz zurück.

Im Jahre 1830 begannen Verhandlungen mit dem Grafen Henckel von Donnersmarck über die Errichtung einer **Kolonie „Pniaki“** auf Schwientochlowitzer Grunde. 139 Morgen sind in den Jahren 1836—38 in 3—7 Morgen grossen Parzellen an 25 Erbpächter vergeben worden. Jeder Siedler hatte je Morgen 1,5 Thaler Pacht zu zahlen und nach Erbauung des Hauses von jedem Kammermann 1 Thaler Zins zu entrichten. Laut Rezess vom Jahre 1851 wurden die Stellen gegen Zahlung einer durch 56½ Jahre zu leistenden Rente von zusammen 215 Thalern freies Eigentum ihrer Wirte. 1840 zählte die Siedlung 20 Häuser und 145 Einwohner, 1849 waren es 30 Häuser und 251 Einwohner.

Infolge des Gemeinheitsteilungsgesetzes vom 7. Mai 1821 kam auch die alte gemeinsame Waldhutung zur Aufteilung, wobei nach den Hutungsablösungsrezessen vom Jahre 1824 und 1826 auf den Besitzer von Ober-Heiduk, **Erdmann** Sarganek, von Ober- und Mittel-Lagiewnik 17 und 22 Morgen entfielen. Diese Flächen, die noch vor der Uebergabe von dem darauf befindlichen Kiefern-walde abzuholzen waren, wurden durch weiteres Gutsfeld abgerundet und 1826 bis 1834 an 25 Erb-pächter mit 1 bis 9 Morgen bei einer Anzahlung von 6 bis 250 Thalern und einem jährlichen Grund-zins von 2 Thalern je Morgen vergeben. Jeder Kolonist verpflichtete sich, innerhalb dreier Jahre ein Haus darauf zu erbauen, für jeden Einlieger ein Schutzgeld von 1 Thaler und bei jeder Besitzver-änderung 5% Laudemium an die Gutsherrschaft zu entrichten. Diese Last ist am 7. Februar 1857 durch ein Rentenkapital von 1226 Thalern 20 Silbergroschen abgelöst worden. So entstand dicht anschliessend an die Hütte, in der Linie der späteren Kaiser-, der heutigen Adolf-Hitler-Strasse, die **Kolonie „Erdmannswille“**. Zu ihrer weiteren örtlichen Ausstattung erhielt sie 1836 eine gutsherrliche Arrende, die spätere „Urbansglocke“, 1847 eine Apotheke und 1848 die sogenannte „Aktienchausee“ nach dem 1845 entstandenen Bahnhof „Königshütte in Schwientochlowitz“. 1852—57 wurden die erb-zinslichen Stellen durch Zahlung einer Rente abgelöst.

Den Hutungsseparationen zwischen den einzelnen Gemeinden folgten 1837 die zwischen den Gutsherren und den bauerlichen Interessenten zwecks Ablösung der Hutungs- und Waldnutzungsrechte. Nach solch einem Zuzessen und Zuteilen von Ackerparzellen entstand die Mittel-Lagiewniker **Kolonie „Nomiarki“**. Bei ihrer Eingemeindung nach Königshütte zählte sie 20 Gebäude mit 173 Einwohnern.

Unterdessen entstanden im Anschluss an die „Kolonie Königshütte“, die „Kronprinzenstrasse“ und die „Beuthener Kohlen-Strasse“ auf dem benachbarten Lagiewniker Boden zahlreiche neue Siedlungen, die mit dem Wachsen der Hütte, dem Ausbau der Chaussee Königshütte—Chorzow im Jahre 1835—37 und Königshütte—Domb im Jahre 1854, der Einführung der Eisenbahn 1845 und der Erschliessung des Ostfeldes der Königsgrube 1848 zu volkreichen Kolonien mit den amtlichen Namen Kolonie Ober-, Süd-, Mittel-Lagiewnik „Pniaki“ und „Wandelberg“ geworden sind. Diese und die übrigen Kolonien erhielten 1825 einen eigenen gemeinsamen Friedhof und wurden bald infolge der Errichtung der beiden Kirchen (der evangelischen im Jahre 1844 und der katholischen Barbarikirche im Jubiläumsjahr der Hütte 1852) zum Mittelpunkt des kirchlichen Lebens auch für die Gemeinden der nächsten Umgebung.

Die ständig steigende Arbeiterzahl verursachte eine fühlbare Wohnungsnot. Der Grubenfiskus sah sich nach neuen Siedlungsgrundstücken um. In **Nieder-Heiduk** lag am „Schwarzen Graben“ ein Mühlengrundstück, die „Charlottenmühle“, die 1812 abbrannte, wobei der Besitzer Chrobok mitverbrannte. Darauf ging die Mühle auf seinen Sohn Stanislaus über; dieser verkaufte sie 1817 für 566 Thaler an einen gewissen Klimsa, der die Tochter Marianne des Stanislaus Chrobok geheiratet hatte. Nach weiterem Besitzwechsel kam die Mühle am 1. März 1855 für 8000 Thaler an den Grubenfiskus, der das Grundstück im Jahre 1856—58 mit je 90 Quadratruten an 29 Häuer mit der Bestimmung überliess, auf jedem Platze ein Haus nach Anweisung der Grubenbeamten zu erbauen und zu möglichst vielen Arbeiterwohnungen einzurichten. Diese unter Gewährung von Bauprämien und Bauvorschüssen in 6 Parallelstrassen entstandene neue Arbeitersiedlung wurde vom Volke, entsprechend ihrem Ursprung und ihrer Lage, „**Klimsawiese**“ genannt. Schon 1866 erhielt sie eine eigene Knappschaftsschule. Dasselbe Jahr brachte der Kolonie einen weiteren Aufschwung und zwar durch einen grossen Zuzug von Bergleuten aus dem Hultschiner Ländchen, die des Krieges wegen ihre Arbeitsstellen im Ostrauer Revier verloren hatten und sich nun hier niederliessen und so die Zahl der Häuser bis 1868 von 29 auf 58 verdoppelten.

Die älteren Erwerbungen des Hüttenfiskus wurden dem im Jahre 1802 angelegten Hypothekenfolium der Königshütte selbst zugeschrieben, für die späteren aber ist der Besitztitel in den Hypothekenbüchern der Dörfer und Rittergüter, von denen Abtretungen erfolgten, berichtigt worden. Dieser Umstand ist für die Entwicklung der Gemeindeverhältnisse von Königshütte von Wichtigkeit. Zwei verschiedene Siedlungsgruppen waren entstanden. Der eine Bestandteil der künftigen Stadtgemeinde ist aus jedem Verbands mit anderen Gemeinden oder Gütern abgelöst worden (das war das Areal der eigentlichen „Königshütte“ mit 250,59 Morgen und die Kolonie „Schwientochlowitzer Bergfreiheit“ mit 39 Morgen, zusammen rund 290 Morgen). Der andere Bestandteil, der aus verschiedenen Besitzungen der angrenzenden Rittergüter und Gemeinden zusammengesetzt war, blieb, obgleich im Besitze der Königshütte, im Guts- und Gemeindeverband. Diese mit anderen Gemeinden noch in kommunalem Verbands stehenden Siedlungen waren

in der **Gemeinde Mittel-Lagiewnik** die Kolonien:

„Mittel-Lagiewniker-Pniaki“, „Nomiarki“, „Mittel-Lagiewniker Colonie“ und „Wandelberg“;

in der **Gemeinde Ober-Lagiewnik** die Kolonien:

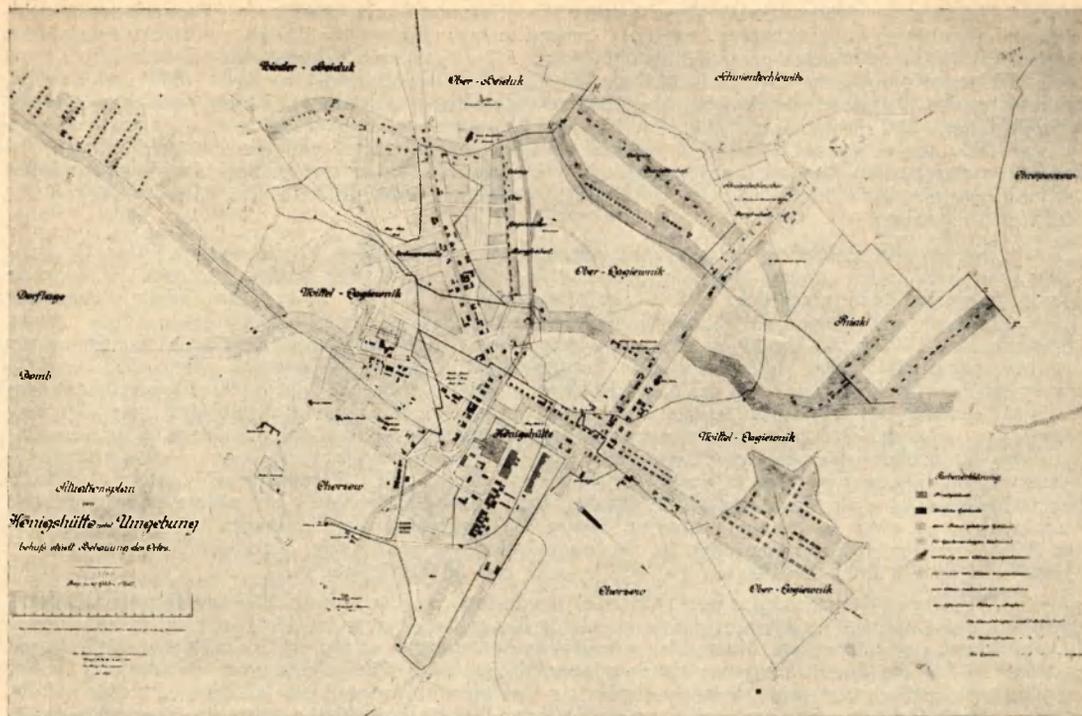
„Ober-Lagiewniker-Bergfreiheit“, „Ober-Lagiewniker Colonie“ und „Süd-Lagiewnik“ und

in der **Gemeinde Nieder-Heiduk** die Kolonien:

„Klimsawiese“.

1840 waren auf fiskalischem Grunde 110 Gebäude mit 778 Einwohnern vorhanden; 1852 erst 114 Gebäude aber mit 744 Bewohnern und 1864 zählte man 183 Gebäude mit 1144 Einwohnern.

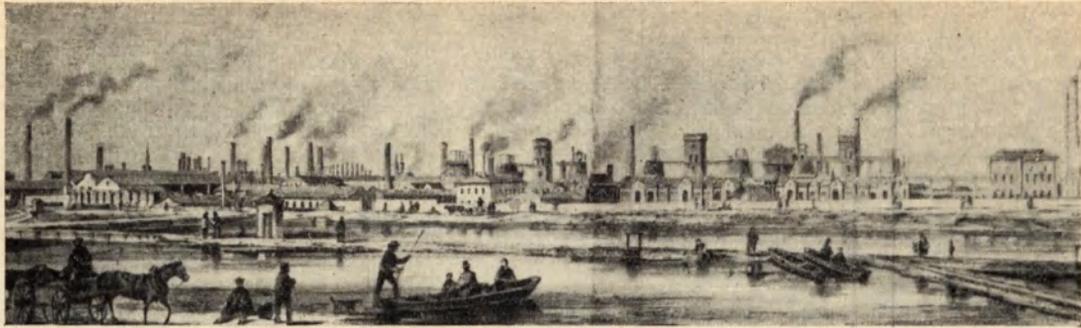
Es bleibt also nur der Schluss übrig, dass die durch den Fortschritt der Hütte notwendig gewordene Vermehrung der Arbeiterbevölkerung der unmittelbaren Nachbarschaft der Königshütte zur Last gefallen sein muss. Denn die Königlichen Werke beschäftigten 1840 an Arbeitern 459 Personen, die mit Familienangehörigen eine Bevölkerung von 1195 Personen ausmachten. Auf fiskalischem Boden wohnten aber nur 778 Personen. 1852 wurden 1146 Arbeiter beschäftigt. Mit Familienangehörigen waren es 2629 Seelen, aber nur 744 wohnten auf fiskalischem Boden. 1864 beschäftigte man bereits



3627 Arbeiter mit 5336 Familienangehörigen, so dass insgesamt 8936 Seelen gezählt wurden. Jedoch nur 1144 Personen wohnten auf dem Boden des Hütten- und Grubenfiskus.

Die Gesamtzahl der von der Hütte und Grube gelohnten Arbeiter nebst ihren Angehörigen war also allmählich so gewachsen, dass auf fiskalischem Boden nur knapp 13% wohnen konnten. Der grösste Teil der anderen musste sich in nächster Nachbarschaft der Arbeitsstätte in den angrenzenden Gemeinden ansiedeln. Diesen Gemeinden oblag nun die Vorsorge für alle kommunalen Bedürfnisse dieser Arbeiterbevölkerung. Von den auf diese Weise in der Nähe der Königshütte entstandenen Kolonien, die ausschliesslich von solchen Personen bevölkert wurden, deren Tätigkeit als Arbeiter oder Gewerbetreibende in mehr oder minder direkter Beziehung zu den Industriewerken standen, bildeten wenige schon früh selbständige Gemeinden wie **Charlottenhof** (auf Schwientochlowitzer Dominialgrund unmittelbar neben der zur Königshütte gehörenden Schwientochlowitzer Bergfreiheit. 1840 erst 257 Einwohner, 1864 aber schon 1232!), **Erdmannswille** (auf Ober-Heiduker Dominialterrain dicht neben der Kolonie Königshütte. 1840 mit 272 Einwohnern, 1864 mit 509) und **Pnaki** (auf Schwientochlowitzer und Chropaczower Dominialland. 1849 mit 251 Einwohnern. 1864 mit 273).

Neben diesen selbständigen, mit dem Besitztum der Königshütte im Gemenge liegenden, neu entstandenen Gemeinden bildeten sich um diese und zwischen ihnen eine Menge anderer Kolonien. Sie entstanden auf Grund und Boden, der meist von den benachbarten Rittergütern erworben war



Totalansicht der Königshütte um 1870. — Nach einer Skizze von H. A. Littmann.

und nach der Besiedelung den entstandenen Rustikalfeldmarken einverleibt wurde. Ein grosser Teil dieses Koloniegeländes war von der Königshütte direkt für Siedlungszwecke erworben worden; aber auch private Interessenten hatten für gewerbliche Zwecke im Dienste der Industriebevölkerung Grund und Boden erworben.

Zu diesen Gruppen von Kolonien kamen noch eine ganze Anzahl von Besitzungen, die vereinzelt zwischen diesen in buntem Gemenge auf Schwientochlowitzer, Ober- und Nieder-Heiducker sowie Chorzower Boden lagen.

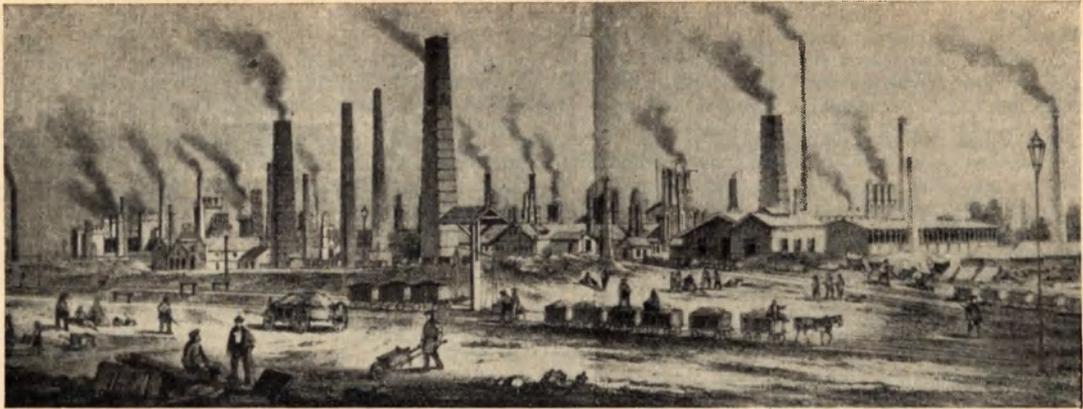
Die Entstehungsgeschichte der Stadtgemeinde Königshütte stellt in der Tat ein eigenartiges Siedlungsproblem dar. Und die Gründung der Stadt war bislang ohne Beispiel. Als in späteren Jahren sich die grossen Landgemeinden Altwasser in Schlesien und Schöneberg bei Berlin an den Magistrat der Stadt Königshütte wandten mit der Bitte um Einsendung der Stadtgründungsakten, um zu erfahren, „wie man es macht“, um Stadt zu werden, werden sie daraus nicht viel für sich haben lernen können, da hier die Verhältnisse ganz anders lagen, als in jenen Gemeinden.

Das Bedürfnis, aus diesem Gemenge von Kolonien ein mehr oder weniger einheitliches Ganzes zu bilden, war schon bald fühlbar und ist seitens der übergeordneten Behörden als dringendes Bedürfnis angesehen worden. Es lag ja auch nahe, alle diese Kolonien, deren Bewohner als Beamte und Arbeiter sämtlich von der Hütte und Grube lebten, deren übrigen Bewohner durch ihr Gewerbe oder sonstige Beschäftigung untereinander und mit den Werksangehörigen dieselben kommunalen Bedürfnisse hatten, zu einem geschlossenen Gemeinwesen zu vereinigen. Die Frage der Leistungsfähigkeit einer neuen Gemeinde, die Frage der Schaffung eines durch eine städtische Verfassung bedingten grösseren Verwaltungsapparates und die Errichtung der damals noch fehlenden öffentlichen Gebäude schien nicht schwierig zu erledigen. Man hatte unter den an der Stadtgründung Interessierten die Ueberzeugung gewonnen, dass die beabsichtigte Neubildung sich zu einer lebensfähigen und nützlichen gestalten würde und dass ihre Fortentwicklung für die Zukunft reichliche Früchte verhies. Man zweifelte nicht, „dass dem gewöhnlichen Gange der Dinge nach der Begründung der Stadt Königshütte ein Aufblühen des Gewerbebetriebes und Verkehrs, Herstellung der bis dahin äusserst mangelhaften öffentlichen Ordnung, Ausbreitung von Gesittung und Bildung und die Gewinnung eines neuen Schutzortes für die gedeihliche Pflege **deutschen** Lebens in Kraft und selbstgeschaffener Ordnung zur Folge haben würde.“

Es muss damals ein wunderliches Gemenge von Wiese und Wald, von Gruben und Halden und rauchenden Hüttenschloten und leuchtenden Hochöfen neben planlos hingeworfenen und geschmacklos gebauten Siedlungshäusern gegeben haben. Dörfliche und städtische Bauformen schoben

sich durcheinander und der äussere Anblick der künftigen Stadt war denkbar hässlich und planlos. Aber die Verfechter der Stadtgründung wiesen mit Recht darauf hin, „dass schon an vielen Orten eine aufblühende Industrie den Glauben beseitigt hat, dass nur in eng aneinander gebauten Wohnplätzen die Bewohner solch gleichartige Interessen und Bedürfnisse haben können, um die Bedingungen städtischen Lebens gelten zu lassen und dass mehr als Tage und Entfernung, die Verteilung der Rechte und Pflichten, sowie die Möglichkeit einer gleichmässigen Lebensordnung städtische Verfassungen zum Quell gesunder Lebensentwicklung machen.“ Die Rechtsverhältnisse aber der neu zu gründenden Gemeinde gestalteten sich höchst merkwürdig. Es verstand sich nach damaligen Rechtsanschauungen von selbst, dass die fiskalischen Grundstücke aus dem kommunalen Verbandsverband mit den Guts- und Gemeindebezirken, aus denen sie erworben waren, sofort austraten. Aber andererseits bildete der fiskalische Grundstückskomplex in sich ebenfalls keinen Kommunalverband. Die Verfassung der preussischen Landgemeinden, berechnet auf eine Gemeinschaft bäuerlicher Besitzer, passte durchaus nicht auf die neue Ortschaft, in der der Fiskus zunächst wohl der einzige Grundbesitzer, und zwar kein bäuerlicher, war. Es hätte nun nahe gelegen, die Ortschaft als Gutsbezirk, den Fiskus als Gutsherrn zu behandeln. Allein diese Auffassung hat der Fiskus bis zuletzt beharrlich abgelehnt, vermutlich deshalb, weil sie ihm die Pflicht auferlegt haben würde, die Kosten der Kommunalverwaltung zu tragen. Bisher hatten die Bewohner fiskalischen Bodens weder kommunale Rechte noch Pflichten. Das Kgl. Werk war souverän. Da indessen der Ort eine Verwaltung haben musste, so gestaltete sich der tatsächliche Zustand, ganz wie in einem Gutsbezirk, dahin, dass der Vorstandsbeamte des königlichen Hüttenwerks die ihm ohnedies dienstlich untergebene Bevölkerung auch in ihren kommunalen Verhältnissen regierte und die Kosten der Verwaltung aus fiskalischen Mitteln bestritt. Es blieb dem Fiskus nichts anderes übrig. Es ist bemerkenswert, dass der Beuthener Landrat von Tschowitz in einer Denkschrift vom 30. Juni 1850 als vorläufige Lösung der kommunalen Verhältnisse die Bildung einer „Landgemeinde Königshütte“ ansah und die Stadterklärung auf spätere Zeiten verschoben wissen wollte. Die vorgesehene Landgemeinde wies im allgemeinen bereits den später verwirklichten Umfang der Stadt Königshütte auf, wollte aber darüber hinaus im Westen auch noch die Ortschaften Chropaczow (Schlesiengrube), Schwientochlowitz und Schwarzwald in den geplanten Bezirk des „Dorfes“ Königshütte einbeziehen. Aus dieser Landgemeinde Königshütte ist nichts geworden. Wenn der Ort eine Landgemeinde nicht sein konnte und ein Gutsbezirk nicht sein sollte, so fehlte es ihm an einem festen Rechtsboden, so gab es keinen Rechtstitel, unter dem man die Bewohner des fiskalischen Grundstückskomplexes zu Steuerleistungen hätte heranziehen können. Uebrigens werden die Kosten nicht bedeutend gewesen sein, da Knappschaft und Bergbauhilfskasse und Freikuxgelderfonds erhebliche Zuschüsse leisteten.

Dennoch muss die Kostenlast dem Fiskus bald unbequem geworden sein. Anders ist die Erscheinung nicht zu erklären, dass man neue Arbeiterkolonien, wo deren Gründung nötig wurde, nicht in „Königshütte“, sondern fast ausschliesslich auf dem Grunde der benachbarten Guts- oder Gemeindebezirke angelegt hat. Die Grundflächen, die man, meist aus den Gutsbezirken, ankaufte und parzellenweise den Arbeitern überliess, wurden, nachdem sie von diesen mit Häusern bebaut waren, dem nächsten Gemeindebezirk einverleibt. So kam es, dass die Bevölkerung von Königshütte keineswegs in dem Verhältnisse zunahm, in dem Bergbau und Hüttenbetrieb sich steigerten. Nach amtlichen Angaben vermehrte sich die Bevölkerung von „Königshütte“ in dem Zeitraume von 1840 bis 1864 von 778 Seelen auf nur 1144, also um 45,2 Prozent, während in dem gleichen Zeitraume die Roheisenproduktion der Hütte von 79 191 Zentnern auf 462 692 Zentner oder um 439 Prozent, die Produktion der Gruben von 279 586 Tonnen auf 3 163 354 Tonnen oder um 1032 Prozent, die Zahl der vom Hütten- und Grubenbetrieb lebenden Arbeiter einschliesslich Familie von 1195 auf 8963 also um 650 Prozent, die Bevölkerung des Kreises Beuthen überhaupt um 175,54 Prozent sich vermehrte. Von 1840 bis 1864, in der Zeit eines ungeheuren Wachstums der Industrie, war der Prozentsatz der in „Königshütte“ vom Hütten- und Grubenbetrieb lebenden Personen von 65,18 auf 12,76 gesunken. Aber auf die Dauer war die Zurückstellung einer Bevölkerung nicht durchführbar, die mit allen Bedingungen ihres Daseins auf die grossen Industrieanstalten zu „Königshütte“ angewiesen war. Je mehr sich die Bevölkerung vermehrte, desto mehr Uebelstände ergaben sich aus der zerstreuten Lage der Ansiedelungen. Das Ineinanderlaufen der Bezirksgrenzen, die missliche Konkurrenz so vieler



Die Eisenwalzwerke der Königshütte um 1870. — Nach einer Skizze von H. A. Littmann.

Polizeiobrigkeiten, die barbarischen Zustände des Schulwesens — alles dieses machte eine Neuregelung der Gemeindeverhältnisse unabweislich. Lange widersetzte sich der Fiskus den seit den fünfziger Jahren hervortretenden Plänen der Gründung einer Stadt Königshütte. (Schon im Jahre 1853 hatte der damalige Landrat des Kreises Beuthen von Tischowitz das Statut einer Gemeindeverfassung für Königshütte und Umgebung vorgelegt; die Hüttenverwaltung widersprach; sie widersprach auch 1856, als der Plan aufs neue aufgenommen wurde). Man fürchtete das Entstehen einer grossen Gemeinde, welche die ganzen Arbeitermassen hätte umfassen müssen, die man den Nachbargemeinden zugeschoben hatte. Man wusste wohl, welche Fülle von Bedürfnissen ihrer Befriedigung harpte — war doch seit Jahren jede noch so nötige Mehrausgabe für Schulzwecke von dem Fiskus, der eine Rechtspflicht zu solchen Ausgaben nie anerkannt hat, abgelehnt worden. Sassen doch in einer Schulklasse kurz vor Gründung der Stadt 232 Kinder; hatte doch die neue Stadt nichts Eiligeres zu tun, als 9 neue Klassen zu errichten. Man wusste wohl, dass die zerstreute Lage der zu gründenden Stadt die Verwaltungskosten sehr erhöhen müsse. Ein im Jahre 1857 gemachter Versuch, wenigstens einen gemeinschaftlichen Polizeibezirk bei fortbestehender Trennung der Gemeindeverbände ins Leben zu rufen, scheiterte an den Schwierigkeiten, zwischen den beteiligten Gutsherrschaften und dem Kgl. Hüttenfiskus eine angemessene Regelung zustande zu bringen. Die Verhandlungen zogen sich erfolglos bis zum Jahre 1861 hin, wann endlich der Polizeibezirk gebildet wurde. Aber schliesslich waren die Verhältnisse mächtiger, als der Wille. Es fand sich nämlich noch ein bergtechnischer Grund, der zur Anlage einer Stadt hindrängte. Die Ausdehnung des Grubenbetriebes führte häufige Kollisionen mit den regellos angelegten Ansiedelungen herbei und machte die Aufstellung eines einheitlichen Bebauungsplanes dringend notwendig, der seinerseits wieder ein einheitliches Gemeinwesen zur Voraussetzung hatte. Daher nahmen 1865 die Ministerien für Handel und Gewerbe und des Innern die Städtegründung in die Hand. Aus der Bevölkerung wurden Proteste laut, der Provinziallandtag warnte: vergebens, die Gründung wurde ins Werk gesetzt. Ueber die finanzielle Leistungsfähigkeit der neuen Gemeinde stellte man amtlich eine Berechnung auf, deren Ergebnis war, dass die Werke und die Eisenbahn stets $\frac{2}{3}$, die Bürgerschaft $\frac{1}{3}$ aller Gemeindeabgaben würde zu tragen haben. Man vernahm eine Anzahl von Interessenten (übrigens nicht aus den Kreisen der Arbeiter), die dem Plane beistimmten, nachdem sie, wie Ohrenzeugen berichten, nochmals die bündige Versicherung gefordert und erhalten hatten, dass die Werke stets $\frac{2}{3}$ aller Gemeindelasten tragen würden. Sehr gelegen kam die Gründung der Stadt den Gutsherrschaften,

die nunmehr die Kosten ihrer Polizeiverwaltung der Stadt zuschieben konnten. Diese Herren, die früher ihre patrimonialen Polizeigewalten so eifersüchtig gehütet hatten, dass sie sich nicht einmal über die Bildung eines gemeinschaftlichen Bezirks hatten einigen können, waren jetzt so ungeduldig, dass sie nicht einmal die Organisation der Stadt abwarten wollten und eine Frist festsetzten, innerhalb der die Polizeigewalt ihnen unter allen Umständen abgenommen werden müsse.

Die Schwierigkeiten, die bei der Gründung der neuen Ortschaft auftauchen würden, sind in den Berichten des Landrats von Beuthen O/S. vom 27. März 1858 und 18. Januar 1861 ausführlich dargestellt worden. Nach jahrelangen Verhandlungen wich der Widerstand des Berg- und Hüttenfiskus einer besseren Einsicht. Es war der damalige **Oberberghauptmann Krug von Nidda**, der im Jahre 1865 den **Landrat von Beuthen Hugo Solger** veranlasste, die Bildung einer Stadtgemeinde Königshütte bei den Ministern für Handel und Gewerbe und des Innern aufs neue in Anregung zu bringen.

Im Abgeordnetenhaus wurde nämlich dem Fiskus vorgehalten, dass er durch seinen Wettbewerb mit der Privatindustrie letztere schädige. Auch zeigte es sich immer deutlicher, dass private Unternehmungen geschäftlich, wirtschaftlich besser fortschreiten können als fiskalische. Die Bemühungen Solgers hatten diesmal Erfolg. Der Fiskus sagte sich: Ich verkaufe das Hüttenwerk; da brauche ich die grossen Lasten der Neueinrichtung einer städtischen Gesamtgemeinde nicht zu übernehmen, und den armen Dorfgemeinden, die sich jahrelang auf meine Kosten abgequält haben, tue ich wenigstens bei meinem Wegtritte einen Gefallen, wenn ich die Stadtgemeinde Königshütte genehmige. Geheimrat Junghann schrieb zwar: „Die Bergverwaltung hielt den Zweck, als Musterwirtschaft für Privatunternehmen zu dienen, für erledigt und suchte das Hüttenwerk zu verkaufen. — Da man es nicht für zulässig hielt, das Werk in Privathände übergehen zu lassen, ohne vorher Ordnung in die verwickelten Gemeindeverhältnisse gebracht zu haben, so wurde die baldige Zusammenfassung jener Kolonien in eine Stadtgemeinde mit voller Städteordnung beschlossen.“ Aber „Fiskus ist weder ein wohlwollender Grundherr, noch ein gefühlvoller Arbeitgeber. Er ist eine moralische Person und kennt als solche keine Regungen des Herzens, welche seinen Nachbarn zugute kommen... Armenpflege, Kommunal- und Polizeiverwaltung, alles dies verursacht den Gemeinden und Gutsherrschaften des Kreises ungewöhnliche Kosten, denen sich Fiskus, wo es irgend die Gesetzgebung gestattet, zu entziehen sucht und zu denen er, das Schreckgespenst der Oberrechnungskammer in der Perspektive, nicht mehr beiträgt, als er nach einem Streit um Heller und Pfennig durchaus zahlen muss.“ Diese Worte sind 1860 von dem damaligen königlichen Landrat Hugo Solger in Beuthen O/S. geschrieben worden, indem er zum Beleg seiner Worte ausdrücklich auf das Beispiel des fiskalischen Gutsbezirks Königshütte hinwies.

War das Anwachsen der einzelnen Arbeitersiedlungen um die Königshütte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine natürliche, der Entwicklung des königlichen Hüttenwerkes proportionelle und parallele Erscheinung, so ist die Bildung der Stadtgemeinde Königshütte aus dem „Konglomerat von Hüttenkolonien“ (wie es in den Berichten heisst) ausschliesslich das Werk des zielbewussten und gegenüber der mächtigen Industrie sehr energischen Landrats Hugo Solger. Wir lesen mit Bewunderung in der Quellensammlung zur Geschichte der Stadt, wie sich Hugo Solger durch unzählige Hindernisse Bahn brach, wie er die bestehende Gesetzgebung, die sich in diesem Falle seinen Plänen hindernd in den Weg stellte, nach einer Lücke absucht, durch die er sein Ziel erreichen könnte; wir verfolgen den zähen Kampf dieses Mannes, bis endlich auch die höchsten Instanzen nachgaben und die königliche Unterschrift unter die Stadtgründungsurkunde gesetzt war. In einer ausführlichen Denkschrift vom 24. Mai 1867 hat Landrat Hugo Solger das Für und Wider einer Stadtgründung erörtert und so überzeugend die Notwendigkeit der Bildung der neuen Gemeinde begründet, dass jeder Widerstand erlahmte.

Die unter dem 18. Juli 1868 ergangene königliche Bestätigung ist unter dem 17. April 1869 seitens des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien wie folgt veröffentlicht worden:

Nachdem des Königs Majestät mittelst der Allerhöchsten Ordre vom 18. Juli v. J., welche wörtlich lautet:

Auf den Bericht vom 11. Juli ds. Js. will ich hierdurch, bei Rückgabe der Anlagen

I. genehmigen, dass mit dem selbständigen Gutsbezirke des Hüttenwerks Königshütte, im Kreise Beuthen O/S., folgende angrenzende Bestandteile benachbarter Guts- und Gemeindebezirke, als:

- 1) die zum Gutsbezirk Schwientochlowitz gehörige Kolonie Charlottenhof,
- 2) die im Gutsbezirk Ober-Heiduk gegründete Kolonie Erdmannswille,
- 3) die dem Gutsbezirke Schwientochlowitz angehörige Kolonie Pniaki,
- 4) die auf Mittel-Lagiewniker Gutsbezirks-Terrain gegründeten Kolonien Mittel-Lagiewniker Pniaki, Nomiarki, Mittel-Lagiewniker Kolonie und Wandelberg,
- 5) die auf Ober-Lagiewniker Gutsbezirks-Terrain errichteten Kolonien Ober-Lagiewniker Bergfreiheit, Ober-Lagiewniker Kolonie und Süd-Lagiewnik,
- 6) die auf Nieder-Heiduker Gutsbezirks-Terrain gelegene Kolonie Klimsawisna oder Nieder-Heiduk (Nummer 378 bis 409, 412 bis 468 der zurückfolgenden Pastorff'schen Karte), und die auf derselben Karte mit den Nummern 341 bis 369, 371 bis 377 bezeichneten, zum Dorfgemeinde-Verbande Nieder-Heiduk gehörigen Besitzungen,
- 7) die dem Gutsbezirke Ober-Heiduk angehörigen Grundstücke Nr. 370 bis 410 und 411 der gedachten Karte,
- 8) die unter Nr. 2 der Karte verzeichnete Parzelle des Gutsbezirks Schwientochlowitz,
- 9) die zum Bezirk der Landgemeinde Chorzow gehörigen Besitzungen Nummer 159, 161 bis 169, 469 bis 528 der Karte nebst den zugehörigen Ländereien, unter Abtrennung von ihrem bisherigen Gutsbezirks- oder Gemeindeverbande, zu einem einheitlichen Kommunal- und Polizeibezirke vereinigt werden, und

II. diesem vereinigten Kommunal- und Polizeiverbande die Verfassung als Stadtgemeinde, nach der Städteordnung für die östlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853 unter Beilegung des Namens

„Stadt Königshütte“

hierdurch ertheilen.

Bad Ems, den 18. Juli 1868.

(gez. Wilhelm).

Für den Minister des Innern.

(gegengez. v. d. Heydt).

An den Minister des Innern!

Die Vereinigung der darin sub I. namhaft gemachten Guts- und Gemeindebezirks-Theile mit dem selbständigen Gutsbezirke des Hüttenwerks Königshütte zu genehmigen, und dem so zu bildenden einheitlichen Kommunal- und Polizeiverbande die Verfassung als Stadtgemeinde nach der Städteordnung für die östlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853 unter Beilegung des Namens

„Stadt Königshütte“

zu ertheilen geruht haben, und die Ausführung der vorgedachten Allerhöchsten Ordre die Konstituierung sowohl der Stadtverordneten-Versammlung als auch der Magistrats-Kolegii erfolgt, auch die sonst nöthigen vorbereitenden Regelungen bewirkt sind, ist nunmehr

der Zeitpunkt für die wirklich erfolgte und vollendete Einführung der Städteordnung in Königshütte

der 1. Mai ds. Js.

anzusehen, was hiermit in Gemässheit des § 85 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Breslau, den 17. April 1869.

Der Königliche Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident
der Provinz Schlesien
gez. Schleinitz.

Durch Kabinetts-Ordre vom 20. Juni 1884 ist der Name „Stadt Königshütte“ in „Königshütte Oberschlesien“ umgewandelt worden.

Mittels Allerhöchster Kabinetts-Ordre aus Baden-Baden vom 18. Oktober 1869 hat Se. Majestät der König von Preussen der Stadt Königshütte das hier abgebildete **Wappen** verliehen, das das Kgl. Herolds-Amt zu Berlin entwarf.

Lange Jahre noch blieb die „Stadt Königshütte Oberschlesien“ im Verbands des Landkreises Beuthen O/S., an dessen Geschichte sie von Anfang an Anteil hatte. Durch Verfügung des Herrn Ministers des Innern vom 12. März 1898 ist die Stadt **vom 1. April 1898 ab** aus dem Beuthener Landkreise für ausgeschieden erklärt worden und bildet seit dieser Zeit **einen selbständigen Stadtkreis**.

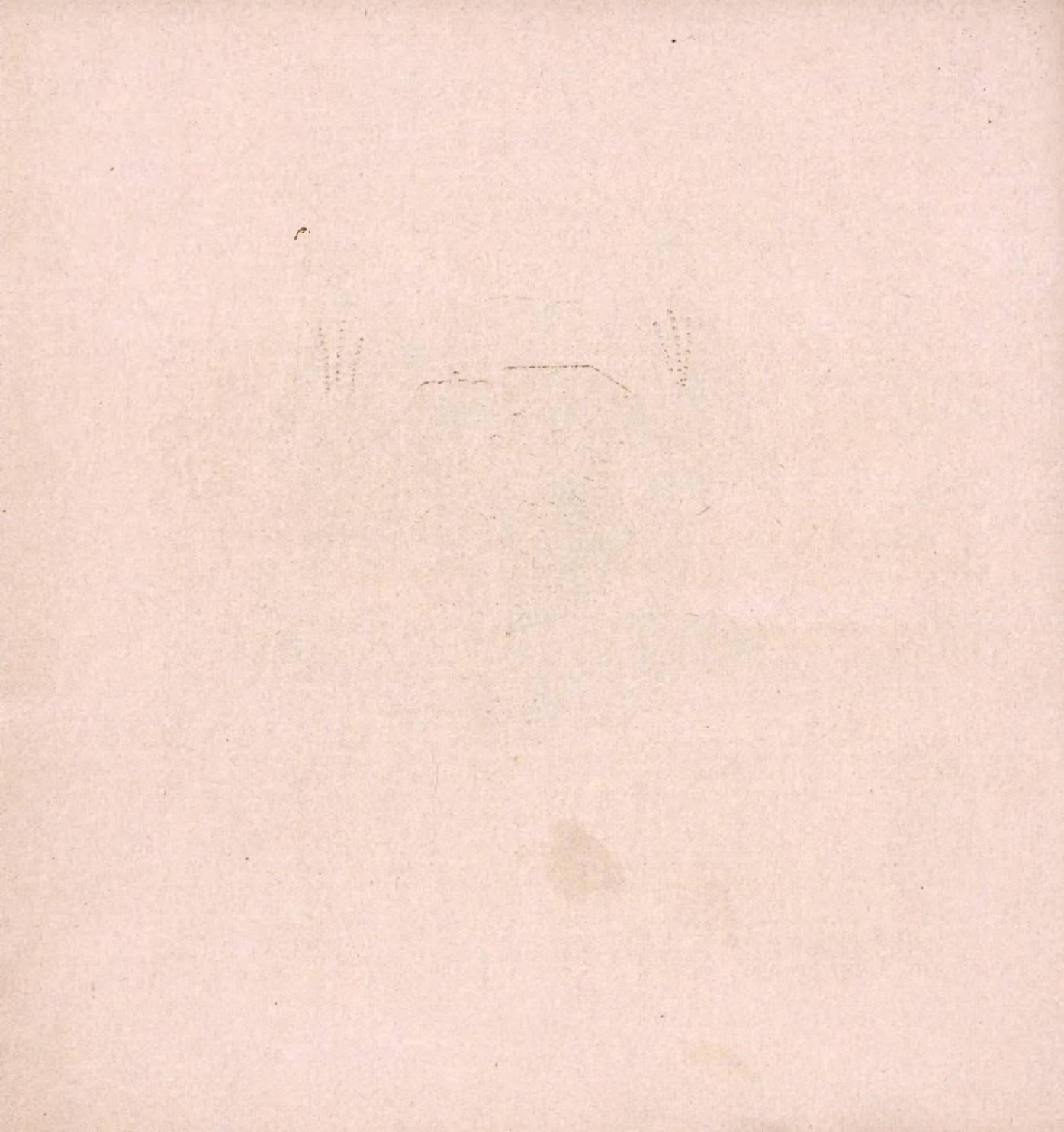
Im Jahre 1873 liess der Magistrat **das Stadtgebiet durch Marksteine begrenzen**. Damit war aber der Umfang der Gemeinde keinesfalls endgültig festgelegt. Denn bereits Ende 1871 beschloss der Kreistag von Beuthen, die **Kolonie Ober-Hayduk** mit dem Bismarckschachte nach Königshütte einzugemeinden; 1873 war dieses Projekt noch nicht durchgeführt, und der Magistrat gab sich der Hoffnung hin, „die Kgl. Regierung werde das ursprüngliche Projekt wieder herstellen, da nicht abzusehen ist, weshalb dasselbe, welches vor Jahresfrist durch allseitige Genehmigung als gut anerkannt worden ist, nach dieser kurzen Zeit unter gleichen Verhältnissen dem öffentlichen Interesse entgegenstehen sollte“.

Im Jahre 1879 machte die Stadtverwaltung den Versuch, das **Grubenfeld der Gräfin-Laura-Grube einzugemeinden**. Der Versuch scheiterte trotz der anfänglich guten Aussichten auf Erfolg an dem Widerstand des Kreises Kattowitz in der Ministerialinstanz. Die von seiten des Herrn Landrats v. Wittken zu Beuthen gleichzeitig angeregte **Ausgemeindung der Stadtteile Klimsawiese, Nomiarki und Pniaki**, die zur Verkleinerung des Stadtgebietes und Verminderung der Einwohnerzahl der Stadt geführt haben würden, kam über die ersten Stadien der Verhandlung nicht hinaus.

Der Umfang des Stadtgebietes blieb seitdem lange Jahre hindurch unverändert. Erst 1934 sind die Grenzsteine erneut versetzt worden. Diesmal waren es nicht kommunale Gründe, die die Stadtgrenzen änderten, sondern politische Motive. Am 1. April 1934 schritten die polnischen Machthaber zur **Eingemeindung der Dörfer Chorzow und Neuheiduk**. Man hoffte auf diese Weise die bei künftigen Wahlen immer noch zu erwartende deutsche Mehrheit (zumal nach der nationalen Erhebung im Reich) verhindern zu können.

Das Dorf Chorzow (heute: Königshütte-Ost) gehörte vor 1922 zum Landkreise Beuthen, in polnischer Zeit zum Landkreis Kattowitz. 1930 hatten die Polen die Gemeinde **Maciejkowiz** (443 ha) mit 2023 Einwohnern der Gemeinde Chorzow eingegliedert. Jetzt sollte diese grössere Gemeinde Chorzow zu „Królewska-Huta“ geschlagen werden, um den deutschen Charakter der Stadt völlig zu verwischen und jede Erinnerung an den alten Namen „Königshütte“ auszutilgen. Man übertrug den Namen „Chorzow“ auf die gesamte neue Gemeinde und wählte das Wappen von Chorzow als Stadtwappen. Auch auf diese Weise sollte die Erinnerung an das deutsche Königshütte verwischt werden. Das Chorzower Wappen ist nun doch nicht so polnisch, wie man glauben machen wollte.





Chorzow und das mit ihm früher vereinigte Domb (heute Stadtteil von Kattowitz) erscheinen von Beginn der historischen Nachrichten an (1136) als Güter des Klosters des „Ordens vom Heiligen Grabe“ zu Miechow. Diese Ordensniederlassung zu Miechow war eine deutsche Niederlassung. Der Abt und sämtliche Konventsmitglieder waren Deutsche. Dem deutschen Abte Heinrich wurde seinerzeit das Dorf Chorzow zur Aussetzung nach deutschem Recht übertragen. Ein späterer Abt Heinrich spielte im sogenannten Aufstand der Deutschen im Krakauer Lande von Miechow aus eine hervorragende Rolle als Deutschumsführer. Es ist darum höchst wahrscheinlich, dass die Neuaussetzung der beiden klösterlichen Güter Chorzow und Domb gegen Ende des 13. Jahrhunderts nicht nur auf deutschrechtlicher Grundlage erfolgte, sondern dass diese neuen Dörfer damals auch direkt von deutschen Bauern angesiedelt und angelegt worden sind. Chorzow und Domb bilden mit anderen, ursprünglich deutsch besiedelten Dörfern des Beuthener Landes wie: Deutsch-Dombrowka, Kamin, Deutsch-Beckern, Rossberg, Schomberg (= Schönberg), Lagiewnik u. a. einen Kranz ursprünglich deutscher Siedlungsdörfer um die gleichfalls deutsche Stadtgründung Beuthen.

Ueber die Geschichte des Dorfes Chorzow schreibt Dr. P. Hübner folgendes:

„Ebenso wie das ganze erste Jahrtausend der christlichen Zeitrechnung für Schlesien ein weisses, unbeschriebenes Blatt ist, so sind auch die Uranfänge von Chorzow in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt. Ueber die Gründung und Entstehung fehlt jeder Anhalt, keine Urkunde ist vorhanden, die darüber Aufschluss geben könnte.

Nach den ältesten Nachrichten und dem übereinstimmenden Urteil der Geschichtsforscher waren es Slawen, die nach der im 4. und 5. Jahrhundert erfolgten Völkerwanderung Oberschlesien besiedelten. Auch Chorzow ist eine uralte slawische Gründung, in der Deutsche erst nach dem Einfall der Mongolen (1241) ansässig wurden.

In der Geschichte wird Chorzow zum ersten Male im Jahre 1136 erwähnt. Am 7. Juli 1136 bestätigte Papst Innocenz II. zu Pisa dem Erzbischof Jakob von Gnesen gewisse Besitzungen und Einkünfte, darunter den Zehnten vom Eisen, die diesem aus Schlesien und aus dem Beuthener Land zustehen.

In dieser Urkunde, die übrigens noch heute erhalten ist und sich im Kapitelarchiv in Gnesen befindet, heisst es:

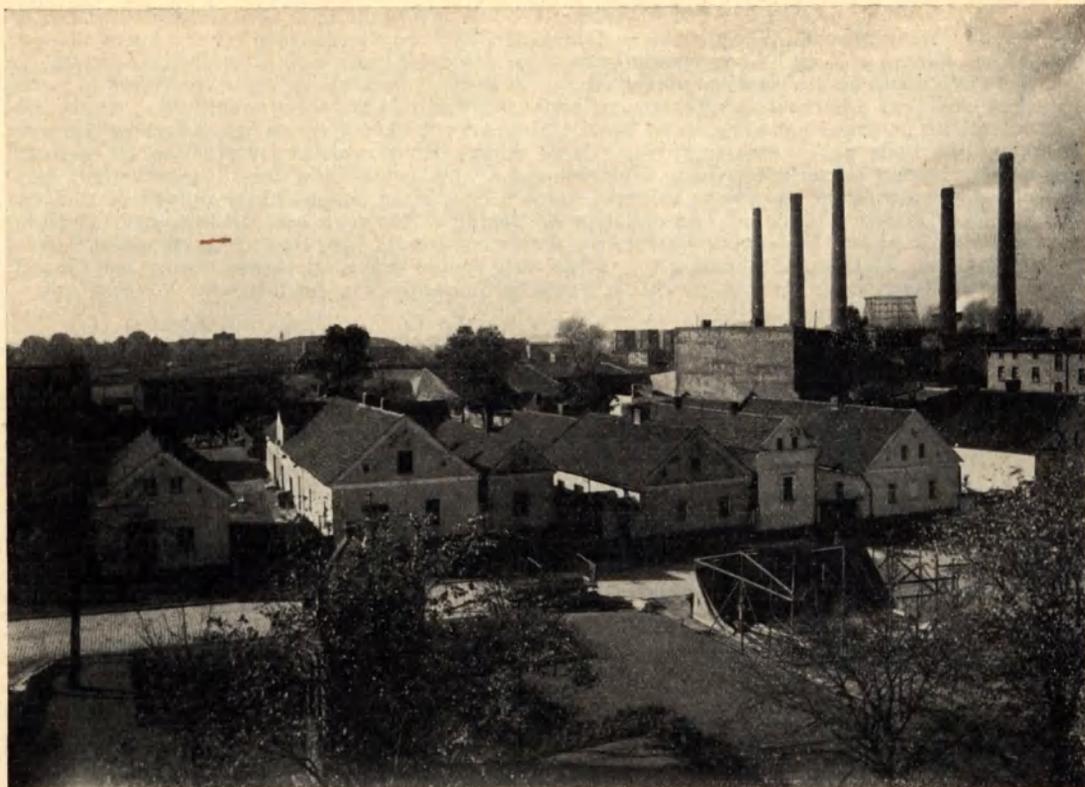
Item villa ante Bitom, quae Zuersow dicitur, cum rusticis, argenti fossoribus, cum duabus tabernis nonnisi ad archiepiscopi pertinet jurisdictionem.

„Ebenso soll das Dorf vor Beuthen, welches Chorzow genannt wird, mit den Bauern, mit den Silbergräbern, mit 2 Gasthäusern der alleinigen Gerichtsbarkeit des Erzbischofs unterstellt sein.“

Eine Fülle interessanter, wissenswerter Tatsachen kann man aus dieser Urkunde schöpfen. Zu unserem grössten Erstaunen erfahren wir, dass Chorzow auf eine 800 Jahre alte Geschichte zurückblicken kann. Wer würde in der hiesigen Gegend, in der zahlreiche Ortschaften erst der verhältnismässig jungen Kohlen- und Hüttenindustrie ihr Entstehen verdanken, eine Gemeinde vermuten, die ein solch ehrwürdiges Alter aufweist!

Auffallend ist die Schreibweise des Ortsnamens Zuersow, deren sich die ältesten Urkunden bis etwa um das Jahr 1300 bedienen. Von da ab lautet der Ortsname Charzow, vereinzelt aber taucht auch Karzuff und Garow auf. Nach einer früher verbreiteten Ansicht ist Chorzow von tchorz = Iltis, verächtlich aber auch Feigling, Hasenfuss, abzuleiten. Um Chorzow, so erklärte man, waren dichte Wälder, in denen furchtsame, scheue Bewohner Unterschlupf fanden. Diese Deutung erscheint aber sehr gesucht und unwahrscheinlich.

Einen besseren Anhaltspunkt für die Ableitung bietet die in der erwähnten Urkunde angewandte Schreibweise des Ortsnamens Zuersow. Es liegt sehr nahe, diesen Namen von zwierzę = das wilde Tier abzuleiten. Danach wäre Chorzow der Ort, wo viel Wild anzutreffen ist. Diese Annahme gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn wir uns erinnern,



Bauernhäuser in Königshütte-Ost (Chorzow).

dass der polnische Herzog Boleslaus Chrobry (992—1025) sich in der Gegend von Beuthen ein Jagdschloss errichtet haben soll, wozu er sich eine besonders wildreiche Gegend ausgesucht haben wird.

Wie die Urkunde vom Jahre 1136 weiter ergibt, gehörte das Beuthener Land und damit auch Chorzow in kirchlicher Beziehung zum Erzbistum Gnesen, eine auffallende Tatsache, die aber leicht erklärt werden kann: Als nämlich der deutsche Kaiser Otto III. im Jahre 1000 eine Wallfahrt zum Grabe des heiligen Adalbert in Gnesen unternahm, hatte er, wie Grünhagen in seiner Geschichte Schlesiens berichtet, in Eilau bei Sprottaw eine Zusammenkunft mit dem polnischen Herzog Boleslaus Chrobry. Die Folge dieses Zusammentreffens war die Loslösung Polens von dem deutschen Erzbistum Magdeburg sowie die Errichtung einer selbständigen kirchlichen Organisation für ganz Polen unter dem Erzstift Gnesen.

Fast zu gleicher Zeit wurde auch das zum polnischen Reiche gehörige Bistum Breslau gegründet, das sich selbständig und ohne Anlehnung an ein deutsches Bistum ent-

wickelte. Die Abgrenzung der beiden Bistümer Gnesen und Breslau wurde lange Zeit hinausgeschoben, bis endlich Papst Gregor VII. zur Regelung der verworrenen Grenzverhältnisse einen Legaten entsandte. Die genauere Festsetzung der Grenzen geschah erst im Jahre 1123 durch den Kardinal Aegidius von Tusculum, den Legaten des Papstes Calix II. Durch päpstliches Privileg erfuhren die Grenzbestimmungen des Legaten Aegidius in Pisa am 7. Juli 1136 ihre Bestätigung. In dieser hierüber aufgenommenen Urkunde wird das Beuthener Land und Chorzow dem Erzbistum Gnesen zugewiesen.

Nur etwa 100 Jahre noch blieben das Beuthener Land und Chorzow beim Erzbistum Gnesen. Etwa um das Jahr 1250 kamen Beuthen und Chorzow zur Diözese Krakau, der sie bis in die neueste Zeit angehörten. Erst im Jahre 1821, also erst nach 80jähriger preussischer Herrschaft wurden die Dekanate Beuthen und Pless dem Bistum Breslau einverleibt.

Politisch gehörten das Beuthener Land und Chorzow im Anfang des 11. Jahrhunderts zum Königreich Polen, ohne jedoch einen Bestandteil der ebenfalls zum polnischen Reiche gehörenden Provinz Schlesien zu bilden. In Polen regierte damals Herzog Boleslaus III. Bei Polen verblieb auch das Beuthener Land, als im Jahre 1163 das Grenzland Schlesien für immer bis auf den heutigen Tag vom Königreich Polen getrennt wurde und eigene von Polen unabhängige Herzöge aus dem Geschlechte der Piasten erhielt. Das Beuthener Land blieb unter polnischer Herrschaft noch bis zum Jahre 1179, wo König Casimir II. die Gebiete von Oświęcim und Siwierz (das spätere Neu-Schlesien) nebst dem Beuthener Lande an den schlesischen Herzog Miecislav von Ratibor abtrat. Seit diesem geschichtlich bedeutsamen Zeitpunkt ist das Beuthener Land gänzlich von Polen losgelöst, von da an beginnt seine Zugehörigkeit zu Schlesien, mit dem es ununterbrochen seit 750 Jahren verbunden ist und dessen Geschicke es bis zum heutigen Tage geteilt hat.

Die Urkunde von 1136 gibt uns ferner Aufschluss darüber, dass in Chorzow wie noch heutigen Tages Ackerbau getrieben wurde, und zwar scheint der Ackerbau die Hauptbeschäftigung der Bewohner gebildet zu haben. Dafür spricht der Umstand, dass die Bauern an erster Stelle genannt werden. Erst in zweiter Linie werden die Silbergräber und der Silberbergbau erwähnt. Die Urkunde stellt damit unbestritten das älteste geschichtliche Zeugnis dar, das über den Bergbau nicht bloss in Oberschlesien, sondern in Schlesien überhaupt vorhanden ist. Selbst der uralte Bergbau von Schmiedeberg, Kupferberg, Goldberg und Reichenstein wird erst durch spätere Urkunden bezeugt.

Die Chorzower Gegend war reich an Silbererzen, der Bergbau wurde jedoch bald durch Eindringen grosser Wassermassen lahmgelegt und als nicht mehr lohnend aufgegeben. Erst vier Jahrhunderte später begann man in der Chorzower Gegend wieder Bergbau zu treiben und zwar grub man Bleierz. Nach den vorhandenen Urkunden mutete man in den Jahren 1532—1553 im Chorzower Revier nicht weniger als 109 Schächte für Bleierz. Später um das Jahr 1597 wurde auch Eisenerz gewonnen.

Dass schliesslich die Bewohner von Chorzow bereits im Jahre 1136 an Durst litten, beweist die Erwähnung zweier Tabernen (Gasthäuser). Es fehlen allerdings weitere Angaben, insbesondere darüber, was es dort alles zu trinken gab. Die Silbergräber von Chorzow werden wohl zu ihren hauptsächlichsten Besuchern gezählt haben. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass die in der päpstlichen Urkunde vom Jahre 1136 erwähnten Gasthäuser noch heute bestehen. Diese noch heute allgemein als „bischöflich“ bezeichneten Gasthäuser sind das Dominialgasthaus von Kaluza an der nach Laurahütte führenden Chaussee, sodann das früher Wolf'sche, jetzt Suchan'sche Gasthaus. Wir dürfen mit Recht behaupten, dass diese beiden Gasthäuser die ältesten Gasthäuser nicht bloss Oberschlesiens, sondern ganz Schlesiens, vielleicht sogar von ganz Deutschland sind.

Leider fand die erste Blütezeit von Chorzow ein jähes Ende, als im Jahre 1241 der alles verheerende Mongolensturm durch das Land brauste. Chorzow wurde in einen

Trümmerhaufen verwandelt. Die Tataren, so heisst es in einer noch vorhandenen, bei der Regierung in Oppeln befindlichen Urkunde vom Jahre 1257, wüteten gegen die Dörfer Chorzow und Domb derart grausam, dass nur die kahlen Felder und der Name der Ortschaften verblieben, oder wie die Chronik sagt:

Sevierunt etiam ferro et igni in villas Charzow et Domb ita crudeliter, ut tantum nudae areae earundarum villarum et nomen remanserint.“

Die Besitzverhältnisse blieben bei Chorzow seit dem 13. Jahrhundert, in dem es aus unmittelbarem herzoglichen Besitz in den des Klosters zu Miechow gelangte, unverändert die gleichen. Besitzer und Grundherr war seitdem immer das Kloster zu Miechow, das dem Hospitalmeister des „Hospizes zum heiligen Geist“ vor Beuthen, einem Ordensmitgliede, die Verwaltung und Nutznutzung der Dörfer Chorzow und Domb übertrug.

Nach dem Einfall der Tataren schenkte der Herzog Wladislaus von Oppeln und Ratibor im Jahre 1257 dem Miechower Probst die Felder in der Absicht, dass er diese neuen Ansiedlern zuweise. Die Schenkungsurkunde vom 24. Juni 1257 ist in einer nach einer Kirchenvision zu Chorzow hinterbliebenen Urkunde vom 27. September 1792 ausdrücklich erwähnt. Der Herzog Wladislaus (1230—1286) hat dem Kloster Miechow erlaubt, die beiden Dörfer Chorzow und Domb nach deutscher Dorfverfassung neu zu gründen. Das Kloster Miechow nun war seit der Eroberung Jerusalems durch Sultan Saladin im Jahre 1187 der Sitz des Generalabts der Jerusalemer Grabhüter Kreuzherren mit dem doppelten roten Kreuz. Die zum Besitz des Klosters gehörenden Dörfer, also auch Chorzow, trugen das Wappen des Klosters. Uebrigens gehörte Chorzow später zur Grundherrschaft des Hospitals in Beuthen, dem der Herzog von Beuthen, Kasimir (1289—1312), auf „ewige Zeiten Freiheit gegeben von allen Zahlungen und Steuern, nämlich von der Pflugsteuer, von der Kuh, vom Schweine, vom Bergbau, vom Fuhrwerk, von der Gewalt des Kastellans und seiner Richter....“.

Die Einwohner von Chorzow wurden alsbald wohlhabende Bauern, und durch die Jahrhunderte hat sich das Chorzower Bauerntum bis heute erhalten.

Die bei der Eingemeindung von Chorzow am 1. April 1934 ebenfalls zu Königshütte geschlagene Gemeinde **Heuheiduk** entstand aus den Kolonien: „Bankerottkolonie“, „Schlafhauskolonie“ und „Grenzkolonie“. Sie ist im Jahre 1922 als selbständige Gemeinde bestätigt worden und hatte im Jahre 1930 eine Fläche von 85 ha 34 ar und 92 qm mit 6093 Einwohnern.

Mit den Eingemeindungen von Chorzow und Neuheiduk glaubten die Polen die Gefahr einer deutschen Mehrheit bei Wahlen immer noch nicht beseitigt. Daher schritt man am 1. April 1939 auch noch zur **Eingemeindung von Bismarckhütte** und eines Teiles von Schwientochlowitz und Kochlowitz. Die Gemeinde Bismarckhütte entstand aus den Gemeinden Ober- und Niederheiduck. Der Ort „Haiduck“ scheint eine Gründung jüngerer Datums zu sein. Er ist wahrscheinlich auf ehemals Schwientochlowitzer Gebiet, wohl im Anschluss an ein älteres Vorwerk von Schwientochlowitz zu Anfang des 17. Jahrhunderts gegründet worden und zwar als neues „Gärtnerdorf“. Der Ortsname „Haiduck“ ist aus dem ungarischen „Hajduk“ entstanden und geht auf einen „Haiduck“ genannten Siedler zurück; der Name Heiduck wurde später auch in der Bedeutung „herrschaftlicher Diener“ gebraucht. Am 1. April 1903 sind die beiden Gemeinden Ober- und Niederheiduck durch eine Kgl. preussische Verordnung vereinigt worden und erhielten den Namen „Bismarckhütte“ nach der dort gelegenen Hütte. Die „Bismarckhütte“ selbst ist am 23. September 1872 durch die „Kattowitzer A. G. für Hüttenbau“ gegründet worden.

Durch die aus politischen Gründen vollzogenen Eingemeindungen von „Chorzow“, „Neuheiduk“ und „Bismarckhütte“ ist ohne Zweifel eine für die Leistungsfähigkeit der Stadt wertvolle Erweiterung und Abrundung erfolgt. Der Charakter der Stadt als Industriestadt ist aber eher noch betont als abgeschwächt worden.

Noch einmal schienen die Grenzsteine des Stadtgebietes ihren Standort verändern zu müssen, als der damalige Landkreis Schwientochlowitz aufgelöst wurde. Die Gemeinden dieses Landkreises, wozu auch **Schwientochlowitz** gehörte, waren längst schon grosse Industriedörfer mit vielen Tau-

senden Einwohnern. Die Schwientochlowitzer Gemeindevertreter und Gemeindegewählten sprachen sich für ein Weiterbestehen einer selbständigen Gemeinde aus und traten dafür ein, dass man sich mit allen Mitteln um das Stadtrecht bewerben solle, das sich Schwientochlowitz mit seinen fast 30000 Einwohnern schon redlich verdient habe. Es gab aber auch andere, die es für vorteilhafter hielten, wenn Schwientochlowitz gleichzeitig mit Bismarckhütte zu Chorzow eingemeindet wurde. Sie befürchteten, dass Gross-Chorzow die schwächere Gemeinde Schwientochlowitz förmlich erdrücken werde, und dass es dann nur noch ein paar Jahre dauern würde, bis die Grosstadt auf natürlichem Wege und durch wirtschaftliche Verhältnisse bedingt, auch diese Gemeinde verschluckt habe.

Es kam weder zu einer neuen Stadtgründung noch zur Eingemeindung nach Chorzow (Königshütte). Schwientochlowitz blieb Dorfgemeinde und ist zum Landkreis Kattowitz geschlagen worden.

Inzwischen kam der Krieg. Das ober-schlesische Land ist wieder ins Reich zurückgekehrt. Energisch und gründlich begann der Neu-Aufbau. Eine grosszügige und weitschauende Raumordnung wird nicht ausbleiben. Ob die Grenzsteine der Stadt stehen bleiben werden, ist dabei eine nicht unwesentliche Frage.



Königshütte am Abend. — Ölgemälde von Rudolf Kober.

VIII.

„So erscheint denn“, heisst es in der Denkschrift des Landrats Solger von Beuthen, „die beabsichtigte Neubildung einer Stadtgemeinde Königshütte als eine lebensfähige und nützliche. Ihre Fortentwicklung verspricht für die Zukunft reichliche Früchte und wird, dem gewöhnlichen Gange der Dinge nach, ein Aufblühen des Gewerbebetriebes und Verkehrs, Herstellung der bisher äusserst mangelhaften öffentlichen Ordnung, Ausbreitung von Gesittung und Bildung und die Begründung eines neuen Schutzortes für die gedeihliche Pflege deutschen Lebens in Kraft und selbstgeschaffener Ordnung zur Folge haben.“

Die junge Stadtgemeinde ist ehrlich bemüht gewesen, die ihr gestellten Aufgaben zu meistern. Und wenn es ihr auch nicht gelungen ist, allen Anforderungen zu genügen und die junge Stadt auf den Standpunkt ihrer alten Nachbarstädte zu heben, so lag es nicht an ihrem Willen, sondern an ihrem Können, das überall und immer beeinträchtigt worden ist durch den Mangel an denjenigen Mitteln, die dazu unentbehrlich waren und die man trotz der im § 1 der Landgemeindeordnung vom 14. April 1856 vorgeschriebenen Auseinandersetzung unterlassen hatte, ihr mitzugeben, als man sie in die Welt setze, weil — wie es in der Solgerschen Denkschrift heisst —

„die Verwaltung der Polizei fortan ex lege dem Bürgermeister der Stadt zufallen wird, für Armenpflege und Schule aber der Wegfall der bisherigen Leistungen der Gutsherrschaft mit dem Wegfall des durch die Bewohner ihrer Bezirke hervorgerufenen Bedürfnisses, zu dessen Befriedigung auch die Gemeinde mit beitragen muss, compensirt werden durfte.“

Die junge Stadt war also nackt und bloss ins Leben gesetzt worden. Ihre Mitgift bestand nach der darüber aufgestellten Zusammenstellung vom 23. September 1863 und dem Protokoll vom 24. September 1863 nur in einigen Plätzen, Wegen, Brücken und Kanälen, einem alten evangelischen und zwei katholischen Schulgebäuden, zusammen mit 17 Klassenzimmern, zum angeblichen Werte von 91 990 Thalern und 17 Lehrerdienstwohnungen nebst Geräten, im Werte von 1 530 Thalern und 2 722 Schulkindern (d. h. 160 Schulkindern je Klasse), einigen Wasserleitungen, Wasserständen und Brunnen alten Musters, 89 Thalern 19 Silbergroschen Grabstellengeldern, die zur Erhaltung und Ausstattung des evangelischen Friedhofes zu verwenden waren und je einer Baustelle für das Rathaus und für ein neues Schulgebäude.

Reich wird man diese Ausstattung gerade nicht nennen können, am wenigsten, wenn man erwägt, welche Lasten an diese geknüpft wurden und welche Aufgaben der jungen Stadt in die Wiege gelegt worden waren, indem man ihr gleichzeitig 13 912, überwiegend dem Arbeiterstande angehörige Einwohner mit ihren Bedürfnissen mitgab und die Aussicht, dass die Zahl der Einwohner im Laufe der kommenden Jahre erheblich wachsen würde.

Die Stadt war auf ihre eigene Steuerkraft angewiesen, um die Kosten der städtischen Verwaltung zu bestreiten. „Das Einkommen der Grube, Hütte und Eisenbahn“, so nahm Solger an, „verhält sich zu dem der Bürgerschaft wie 4 zu 1,4 und hätten dieselben also zu dem mit 3 738 Thalern berechneten Ausgaben in demselben Verhältnis beizutragen. Nach dieser Verteilung würden auf die Bürgerschaft nur 969 Thaler entfallen. Letztere würden also mehr als $\frac{2}{3}$ der Kommunalabgaben, die Bürgerschaft aber für die Herstellung des städtischen Kommunal-Verwaltungs-Apparates noch nicht $\frac{1}{3}$ der Kosten beizutragen haben.“

Wenn auch die aufgestellte beispielsweise Berechnung in Wirklichkeit nur teilweise zutreffen sollte, so ist doch ersichtlich, dass der städtische Haushaltsplan, selbst wenn er in Anerkennung des Bedürfnisses, so Vieles neu zu schaffen und der zerstreuten Lage des Orts ungewöhnlich hoch ausfallen sollte, den künftigen Bürgern nicht unerschwingliche Lasten auferlegen wird.“

Wenn so der Fiskus erreicht hatte, die Gemeindelasten nicht allein tragen zu müssen, so erwies sich doch die Hoffnung des damaligen Beuthener Landrats Hugo Solger alsbald als trügerisch. Und die Königshütter merkten sehr bald, was es kostet, städtischer Bürger zu heissen. Schon der erste Etat der Stadt erforderte 90 000 Mark, wovon durch Gemeindesteuern 85 815 Mark zu decken waren (Solger hatte 3 738 Thaler = 12 114 Mark angenommen!). Die Einwohnerzahl nahm sprunghaft zu. Sie stieg von 9 000 im Jahre 1867 auf 13 912 im Jahre 1869, ohne jedoch steuerkräftiger zu werden. Sie stieg weiter bis auf 40 050 Personen am 12. November 1893 und mit diesem Anstieg stieg das Bedürfnis der Stadt von 90 000 Mark im Jahre 1869 auf 660 875 Mark im Jahre 1893/94, wovon 467 156 Mark durch Gemeindesteuern aufgebracht werden mussten.

„Die finanzielle Lage der Einwohner hielt damit nicht gleichen Schritt, denn der Zuwachs des Einwohnerbestandes vermehrte immer nur die Zahl der Arbeiter, die wohlhabenden Geschäftsleute dagegen wurden immer weniger. Und Rentner oder Pensionäre vermieden nicht nur die Stadt, sondern diejenigen, die es hier wurden, verliessen sie, und zwar nicht nur deshalb, weil die Stadt mit ihrem Rauch, Russ und Staub und der Aermlichkeit ihrer Einwohnerschaft wenig Anziehendes hat, sondern deshalb, weil mit der Abnahme der Wohlhabenheit der Bevölkerung und infolge ungünstiger Jahre für die Industrie die Gemeindesteuern eine Höhe erreichen mussten, die ihnen nicht behagte.“

Während sich also die Zahl der Einwohner verdreifachte, das dadurch hervorgerufene kommunale Bedürfnis mehr als versiebenfachte, und die aufzubringenden Gemeindesteuern mehr als verfünffachte, blieb das Wachstum der Steuerkraft, namentlich bei der Grube, Hütte und Eisenbahn verhältnismässig und derart zurück, dass der zur Deckung des Bedürfnisses zu erhebende

Zuschlagssatz von 125% der Klassen- und Einkommensteuer im Jahre 1869 bis auf 478% im Jahre 1880/81 stieg, dann wieder auf 300% im Jahre 1883/84 herunterging, um vom nächsten Jahre ab wieder bis auf 406% im Jahre 1887/88 zu steigen und dann wieder bis auf 250% im Jahre 1892/93 herabzugehen und im Jahre 1893/94 wieder auf 250% der Einkommen- und 75% der Realsteuer zu steigen.“ Der Gemeindesteuerschlag zur Klassen- und Einkommensteuer hat im Durchschnitt der Jahre 1869/1887 253% betragen.

So hatte sich Hugo Solger in seiner Denkschrift vom 24. Mai 1867 nicht geirrt in der Annahme, dass der Stadt aussergewöhnlich hohe Ausgaben erwachsen würden aus der Aufgabe, das zerstreute und zerrissene Siedlungsgebiet in eine städtische Gemeindegewirtschaft zu nehmen. Getäuscht hat ihn aber die Hoffnung, dass die ungewöhnlich hohen Ausgaben des Stadthaushalts für die künftigen Bürger nicht unerschwinglich sein würden. Die Lasten sind nach und nach zu einer Höhe angewachsen, dass sie den Bürgern je länger je mehr unerträglich werden mussten und die Verarmung nicht aufzuhalten war.

Es hat nun nicht an Vorwürfen gegen die Königshütter gefehlt, die damals die Gründung der Stadt erlebten und gebilligt hatten. Man hielt ihnen vor „es sei ihr Wunsch und Streben gewesen, städtische Bürger zu werden, sie hätten unbesonnen gehandelt und es sich nunmehr selbst zuzuschreiben, wenn ihre Gründung keine glückliche geworden sei, weil sie schon damals hätten erkennen müssen, dass die Einwohner der zukünftigen Stadt nicht wohlhabend genug seien, um sich den Luxus eines städtischen Gemeinwesens gönnen zu können“.

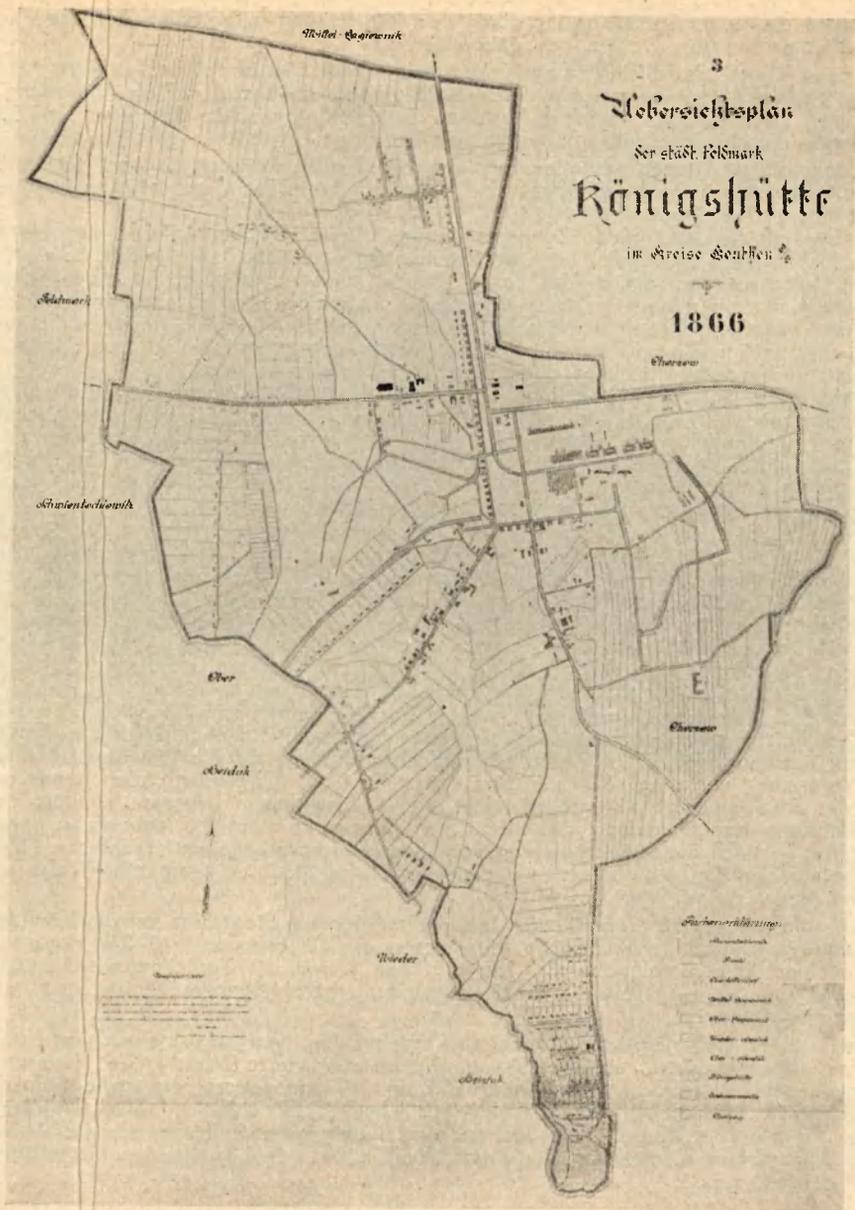
Als die Vorwürfe nicht verstumten und die junge Stadt immer wieder nur schwer und kaum imstande war, die Kosten ihres Gemeinwesens aufzubringen, sah sich der damalige Bürgermeister Girndt im Juni 1887 veranlasst, in einer „Denkschrift betreffend die Begründung der Stadt Königshütte O/S., ihre Bedeutung im öffentlichen Interesse und ihre Entwicklung namentlich in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung innerhalb der ersten 18 Jahre ihres Bestehens, d. i. in den Jahren 1869 bis 1887“ der Königlichen Staatsregierung klar zu machen:

„1. dass die Stadtgemeinde Königshütte O/S. nicht auf Wunsch oder Drängen der Einwohner, sondern auf Betreiben der Staatsbehörden und namentlich auf Anregung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe und des Innern gegen den Widerspruch der Einwohner begründet worden ist;

2. dass die Begründung im öffentlichen Interesse für notwendig erachtet worden und erfolgt ist,

- a) um geordnete Zustände innerhalb der grossen Anzahl der auf einem engen Raume zusammengedrängten, im Gemeinwesen liegenden und teils verschiedenen, teils keinen Kommunalverbänden angehörigen, im Interesse der fiskalischen Gruben- und Hüttenwerke errichteten und reich bevölkerten Arbeiter-Kolonien zu schaffen;
- b) um die dem Bergfiskus und einigen Gutsbesitzern obliegenden Schul-, Polizei-, Armen- und sonstigen kommunalen Lasten auf die Einwohner, zu deren Gunsten sie zu tragen waren, zu übertragen;
- c) um durch Begründung eines neuen Schutzortes für die gedeihliche Entwicklung und Pflege deutschen Lebens, deutscher Sitte, deutscher Kraft in selbstgeschaffener Ordnung, Gesittung und Bildung zu verbreiten und dem Aufblühen des Gewerbebetriebes und des Verkehrs Vorschub zu leisten;

3. dass bei Begründung der Stadt die durch § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 betreffend die Landgemeindeordnung in den östlichen Provinzen vorgeschriebene Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten seitens der Staatsbehörden nicht für erforderlich erachtet, und der Stadtgemeinde daher das ihr zukommende Abfindungskapital für die Uebernahme der Schul-, Polizei-, Armen- und sonstigen kommunalen Lasten von den bisherigen Trägern derselben entzogen worden ist;



4. dass die junge Stadt den ihr durch ihre Begründung aufgelegten Aufgaben nach besten Kräften und unter grossen Opfern nachgekommen ist;

5. dass jedoch die bei ihrer Begründung seitens der Staatsbehörden gehegten Erwartungen und bei den Verhandlungen ausgesprochenen Zusicherungen in Bezug auf die Verteilung der kommunalen Lasten zwischen den Industrie-Anstalten und den physischen Personen sich nicht erfüllt haben, vielmehr diese Lasten zum überwiegenden Teile den Letzteren zugefallen sind;

6. dass die physischen Personen fast ausschliesslich aus Arbeitern und gering besoldeten Beamten bestehen, welche nicht imstande sind, über das Mass des Gewöhnlichen hinüber gehende Kommunallasten auf die Dauer zu tragen;

7. dass infolge der rapiden Zunahme dieser Arbeiterbevölkerung und der Notwendigkeit, Vieles, was bisher nicht vorhanden und nicht entbehrlich war, neu zu schaffen, sowie infolge des fortgesetzten Wachsens namentlich der Schul-, Polizei- und Armenlasten und der Schuldzinsen die Bevölkerung nach und nach in einer Höhe mit Kommunalsteuern hat belastet werden und voraussichtlich in Zukunft noch mehr wird belastet werden müssen, dass sie denselben binnen kurzem unterliegen, und nach und nach der vollständigen Verarmung zugeführt und dass die bereits in reichem Masse vorhandene Unzufriedenheit immer grösser werden muss.

8. dass die junge Stadtgemeinde eigene Mittel zur Beseitigung der vorhandenen und für die Zukunft drohenden Uebelstände nicht hat, auch aus eigener Kraft nicht herbeischaffen kann, eine weitere Einschränkung der schon auf das Aeusserste bemessenen Ausgaben des Stadthaushaltes einestheils nichts Wesentliches zur Abhilfe beitragen, andernteils aber mit der der Stadt obliegenden, beziehungsweise durch ihre Begründung ihr aufgelegten Pflichten und Aufgaben und mit den Zwecken ihrer Begründung nicht vereinbar erachtet werden kann;

9. dass auch von einer Besserung der Lage der Industrie eine wesentliche Steigerung ihrer Finanzkraft für die Stadtgemeinde nicht mit Sicherheit zu erhoffen ist, da solche in ungewisser, nicht absehbarer Zukunft liegt, vielleicht auch niemals, und, wenn sie eintreten sollte, nur vorübergehend eintreten wird, das Gemeindesteuergesetz vom 27. Juli 1885 aber namentlich der Heranziehung der Staatseisenbahnen der Stadtgemeinde Königshütte, bei deren Bahnhofe nur sehr geringe Ausgaben an Löhnen und Gehältern anwachsen, obwohl er einer der gewinnbringendsten ist, im besonderen Masse nachteilige Grenzen gesetzt, und den Bergwerken das Recht der Abschreibung für die Verminderung der Substanz zugesprochen hat;

10. endlich, dass zweifellos in irgendeiner Weise Wandel und Besserung der Verhältnisse der Stadt geschaffen werden muss, wenn sie ferner bestehen, die Steuerkraft der Einwohnerschaft erhalten und der Eingang der Staatssteuern gesichert bleiben und die Einwohnerschaft nicht vollständiger Verarmung verfallen soll, und dass daher nicht aus Billigkeitsgründen, sondern auch weil der Staat die Stadtgemeinde Königshütte nicht nur im öffentlichen Interesse, sondern auch im besonderen Interesse der Entlastung des staatlichen Bergwerks- und Hüttenbesitzes gegründet und geschaffen hat, — auch die Staatsregierung vor allen die moralische und rechtliche Pflicht hat mit ihr zu Gebote stehenden Mitteln die finanzielle Kraft der Stadt in geeigneter Weise und in dem erforderliche Masse zu stärken.“

Auch die Bürgerschaft wandte sich in einer Petition um Staatshilfe an die Königliche Staatsregierung und verwies auf die Tatsache, dass schon am 18. Februar 1869 270 Haus- und Grundbesitzer in einer Immediateingabe Sr. Majestät den König um Zurücknahme der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 18. Juli 1868, die die Stadtgründung befahl, gebeten hatten und nun die Hilfe des Staates erwarteten.

Am 1. März 1889 ging vom damaligen Oppelner Regierungspräsidenten von Bitter folgende Antwort ein: „Dem Magistrat eröffne ich auf die an den Herrn Minister des Innern gerichteten Vorstellungen vom 1. Juli v. J. (M 3171 und 3172 im Auftrage desselben sowie im Auftrage des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten, der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und der Finanzen, ergebenst, dass von der Bewilligung eines Beitrages aus Staatsfonds zu den Kosten der Allgemeinen Verwaltung der Stadt Königshütte, den bestehenden Grundsätzen gemäss abgesehen werden muss.“



Kraftwerk in Königshütte-Ost.

Ingleichen erscheint der Antrag der städtischen Behörden wegen Einverleibung des im Gemeindebezirk Chorzow belegenen Feldes der Gräfin-Laura-Grube und der im Gemeindebezirk Neu-Heiduk belegenen fiskalischen Bismarckschächte in den Stadtbezirk Königshütte bei den Widersprüchen der Beteiligten zu einer weiteren Erörterung umsoweniger geeignet, als ein öffentliches Interesse im Sinne des § 2 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1883 für diese Bezirksveränderung nicht erkennbar ist.

Was sodann die von dem Magistrat in Königshütte befürwortete Bewilligung eines Beitrages aus Staatsfonds zu den Kosten der dortigen Volksschulen betrifft, so darf derselbe umso mehr als erledigt angesehen werden, als — wie nunmehr festgestellt ist —, an die Stadt Königshütte gemäss dem Gesetze vom 14. Juni v. J. zum Einkommen der Lehrerstellen an den dortigen Volksschulen ein Staatsbeitrag von jährlich 16400 Mark zu zahlen ist, auch die Stadtgemeinde zu den Unterhaltungskosten der Volksschulen nicht unwesentliche Beiträge aus dem Freikuxgelderfonds und von der Synagogengemeinde zufließen.“

So blieb die Steuerkraft der Königshütter Bürger die alleinige Grundlage des Stadthaushaltes. Die hohe steuerliche Belastung der Einwohner herabzusetzen, gelang nicht, und stets liest

man in den Schlussbemerkungen der Verwaltungsberichte Sätze wie: „dringend zu wünschen ist, dass die Kgl. Staatsregierung, die allein die Zusammenlegung der Einzelortschaften zur Stadt und die Gründung der Stadt veranlasst, aber die neue Stadt nackt und bloss, ohne fundiertes Vermögen, allein auf die Steuerkraft angewiesen, in die Welt gesetzt hat, ihrer Mutterpflichten nicht vergisst, sondern in Zukunft stets daran erinnert, dass ihre Unterstützung zur Erfüllung der Aufgaben der Stadtverwaltung, insbesondere bei Tragung der Schullasten und zur Arrondierung des vielfach zerrissenen Weichbildes und der spinnenfussartigen sich nach allen Seiten ausdehnenden Gemarkung dringend erwünscht und notwendig ist.“ (1903).

* * *

Vor der Stadtgründung waren die **Schulverhältnisse** in Königshütte ziemlich mangelhaft. Zwar hatte das Hüttenamt im Jahre 1802 eine Simultanschule für die Kinder der Beamten und Bergleute errichtet, aber mit der wachsenden Bevölkerungszahl den Ausbau des Schulwesens nicht gefördert. Erst am 10. 11. 1856 wurde die erste katholische Volksschule in der damaligen Kronprinzenstrasse (heute Hindenburgstrasse) mit vier Lehrkräften eröffnet. Eine evangelische Schule mit zwei Lehrern bestand bereits seit einigen Jahren. In Klimsawiese war für die Kinder der Bergleute eine fiskalische Werkschule erbaut. In den Lagiewniker Kolonien und in Pniaki waren sogenannte „Hilfschulen“ in Mietslokalen untergebracht. Charlottenhof und Erdmannswille besaßen keine Schule. Die Kinder der Niederheiducker und Chorzower Gebietsteile mussten die entlegenen und überfüllten Schulen ihrer Muttergemeinden aufsuchen. Eine der Hauptsorgen der neuen Stadtgemeinde war es, das Schulwesen in Ordnung zu bringen und auszugestalten. Es vergeht kein Jahr, wo nicht neue Schulprobleme entstanden. Die Verwaltungsberichte des Magistrats seit Gründung der Stadt berichten immer wieder von der Notwendigkeit, Schulen auszubauen, Schulen neu zu bauen, neue Lehrstellen zu schaffen. Immer und immer wieder musste der Magistrat auch darauf hinweisen, dass die Schullasten unerträglich hoch waren.

1907 heisst es im Bericht, dass die Kommunalsteuer, die als hoch bezeichnet werden muss, „leider in absehbarer Zeit eine wesentliche Minderung nicht erfahren kann, da die enorme Steigerung der Schullasten die Erhöhung der Steuerkraft für sich allein in Anspruch nimmt. Es tut dringend Not, dass der Staat den unter den Schullasten besonders leidenden Industriestädten mehr wie bisher mit Zuschüssen zur Seite steht und dass Massregeln getroffen werden, die eine gleichmässige Verteilung der Schullasten durch ganz Preussen ermöglichen“. Und im Jahre 1908 berichtet der Magistrat, dass die Ausgaben für die Schulen wiederum nicht unbedeutend gestiegen und jetzt derartig hoch seien,

„dass die anderen Aufgaben der Stadtverwaltung notleidend geworden sind und viele für das Gedeihen der Stadt notwendige Arbeiten und Einrichtungen zum Schaden der Entwicklung der Stadt zurückgestellt werden müssen. Dabei wachsen diese Ausgaben für die Schule ständig und werden von Jahr zu Jahr drückender. Es ist bisher trotz aller Versuche der Industriestädte nicht gelungen, eine gerechtere Verteilung der Schullasten in ganz Preussen durch Besoldungskassen pp. zu erreichen. Es muss aber bald etwas hierin geschehen, sonst werden die Lasten unerträglich. Staatszuschüsse, die mangels genügend zur Verfügung gestellter Mittel einmal unzureichend sind und deren Gewährung dann von dem diskretionären Ermessen der Staatsregierung abhängig für alle Gemeinden, eine unsichere ist, genügen nicht mehr zur Erleichterung der Schullasten auf die Dauer bei ihrer steigenden Tendenz. Trotzdem das Schulwesen als Gegenstand der Aufgaben der Kommunen in Preussen einen unvergleichlichen Aufschwung genommen hat und trotzdem die Stadtverwaltungen mit ganzer Liebe und grossem Verständnis sich dieser Aufgabe gewidmet haben und dies auch gern weiter tun würden, bleibt den Industriestädten, wenn nicht bald andere Mittel zur Erleichterung der Schullasten gefunden werden, nichts anderes übrig, als den Ruf auf Uebernahme der Volksschulen durch den Staat zu erheben. Wie ungleich die Verteilung der Schullasten in Preussen sich darstellt, geht aus der Zahl der Schulkinder in den Gemeinden auf Tausend Einwohner am klarsten hervor. In manchen Gemeinden

kommen weniger als 100 Schulkinder auf 1000 Einwohner, in unserem Industriebezirk mehr als 200. Wenn nun noch hinzugefügt wird, dass die Steuereinnahmen in unseren Industriegemeinden prozentual bedeutend geringer sind als in nicht industriellen Gegenden, so ist deutlich, wie verschieden die Schullasten die Etats der Städte belasten. Hier ist Hilfe dringend erforderlich“.

Und wiederum heisst es im Schlusswort des Verwaltungsberichts für das Jahr 1909:

„Die Schullasten sind infolge der Vermehrung der Lehrerstellen und der Erhöhung der Lehrergehälter leider nicht unbedeutend gestiegen, wenn auch mit grossem Dank die weitere Unterstützung des Staates bei Tragung der Volksschullasten anerkannt werden muss. Die Aussichten in die Zukunft sind keine rosigen und für das Jahr 1910 hat leider deshalb eine Steuererhöhung um 10% Zuschläge erfolgen müssen. Der bei weitem grösste Teil der Einnahmen der Stadt muss zu Ausgaben für die Schulen verwendet werden. Im Interesse der Hebung unseres Ostens muss hier eine Aenderung eintreten; entweder muss, wie im vorigen Bericht ausgeführt ist, die Schule zur Staatsschule gemacht werden oder es müssen andere Wege zur besseren und gleichmässigeren Verteilung der Schullasten auf die einzelnen Gemeinden des preussischen Staats gefunden werden. Der jetzige Zustand, dass eine ärmere Industriegemeinde allein infolge der grösseren Zahl ihrer Schulkinder bedeutend höhere Kosten für ihr Schulwesen aufwenden muss, als eine gleich grosse und steuerkräftigere Gemeinde, und dass dieser Unterschied häufig 100 und mehr Prozent beträgt, ist ein Unding; eine gleichmässige Entwicklung der Gemeinden zu Kulturwerken ist dabei unmöglich; die ärmere Industriegemeinde muss bei solchen Zuständen immer weiter zurückbleiben und ihre Einwohner müssen trotz höherer Steuerzuschläge vieles entbehren, was den mit Schulkindern weniger gesegneten Gemeinden infolge geringerer Ausgaben für ihr Schulwesen leicht geboten werden kann.

Baldige Hilfe tut not, sonst leidet entweder das Schulwesen oder die andere Kultur in den schwer belasteten Gemeinden zum Schaden des Ganzen.“

Noch ein Hilferuf des Magistrats verdient in diesem Zusammenhang ausführlich zitiert zu werden, da er die besondere volkspolitische Lage beleuchtet. Es heisst in der Schlussbemerkung des Verwaltungsberichts von 1905:

„Insbesondere übten die ständig steigenden Schullasten in dieser Beziehung einen sehr ungünstigen Einfluss aus. Und trotzdem hat die Stadtverwaltung stets Gewicht darauf gelegt und tut dies heute mehr wie je, nur das Beste für ihre Schulen gut genug sein lassen, wie dies die neu errichteten Schulgebäude, die inneren Einrichtungen derselben und die wenn auch noch immer hohe, doch bedeutend verminderte Klassenfrequenz dartun. **Die Stadtverwaltung ist der Ansicht, dass durch gute Schulen das Deutschtum in den vom Polen tum mehr und mehr bedrängten Industriebezirk am besten aufrechterhalten und gestärkt wird.** Aber es erscheint auch als eine der ersten Pflichten des Staates, hierin den schwer belasteten Gemeinden des oberschlesischen Industriebezirks durch höhere Zuschüsse und Unterstützungen beizustehen, mehr als dies bisher geschehen ist. Ebenso wie die Staatsverwaltung, wenn auch sehr spät trotz aller eindringlichen Mahnungen die polnische Gefahr für den oberschlesischen Industriebezirk endlich hat anerkennen müssen, ist es nun auch ihre Pflicht, die deutschen Interessen mehr und mehr zu schützen und zu stärken, damit die äusserste südöstliche Ecke des preussischen Staates ihren wichtigen und staats-erhaltenden Aufgaben stets gerecht werden kann.“

Der Magistrat hat sich seiner Aufgabe, ein geordnetes Schulwesen zu schaffen, nicht entzogen, sondern trotz aller Schwierigkeiten Jahr für Jahr neue Schulen aufgebaut. In erster Linie richtete sich der Aufbau des Schulwesens auf die Volksschulen. Bereits im zweiten Jahre seit der Stadtgründung trug die Gemeinde die Lasten für 34 Lehrerstellen, die 2745 Kinder zu betreuen hatten. 13832 Taler und 7 Silbergroschen musste die Stadt für die Volksschulen aufbringen.

Die Sorge für die Jugend der Gruben- und Hüttenstadt beschränkte sich nicht auf die Betreuung in der Schule allein, sondern griff darüber weit hinaus. Die städtische Verwaltung suchte den ungünstigen häuslichen Verhältnissen nach Möglichkeit entgegenzuwirken. So finden wir in der Chronik schon früh Hinweise auf die segensreiche Arbeit von **Kinderbewahranstalten**, von **Kindergärten** und **Spielschulen** in allen Stadtteilen.

Seit 1900 liess die Stadt die ihren Schulen anvertrauten Kinder durch **Schulärzte** überwachen und bei gesundheitlichen Schäden ärztliche Hilfe anordnen. Die „schulärztlichen Berichte“ haben dem Magistrat stets wichtige Fingerzeige für hygienische Verbesserungen gegeben.

Um den Schulkindern, die fast sämtlich im Elternhause keine Badegelegenheit hatten, Gelegenheit zum Baden zu geben, ist in den 1904 neubauten Schulgebäuden an der Schützenstrasse, Peterstrasse und an der Gneisenaustrasse (und später auch an anderen Schulen) je eine **Brause-Badeanstalt** errichtet worden. Das Baden fand in der Regel während einer Turn- oder Spielstunde statt. „Die Kinder badeten sehr gerne und nur wenige wünschten befreit zu werden. Für die meisten war eine öftere Reinigung nicht nur eine Wohlthat, sondern eine Notwendigkeit.“

Im Jahre 1902 begann der Vaterländische Frauenverein mit der Einrichtung von **Kindervolksküchen**, von denen je eine im südlichen und nördlichen Stadtteil während des Winters unterhalten wurde. Hunderte von bedürftigen Kindern haben so Jahre hindurch unentgeltlich eine warme Speisung erhalten.

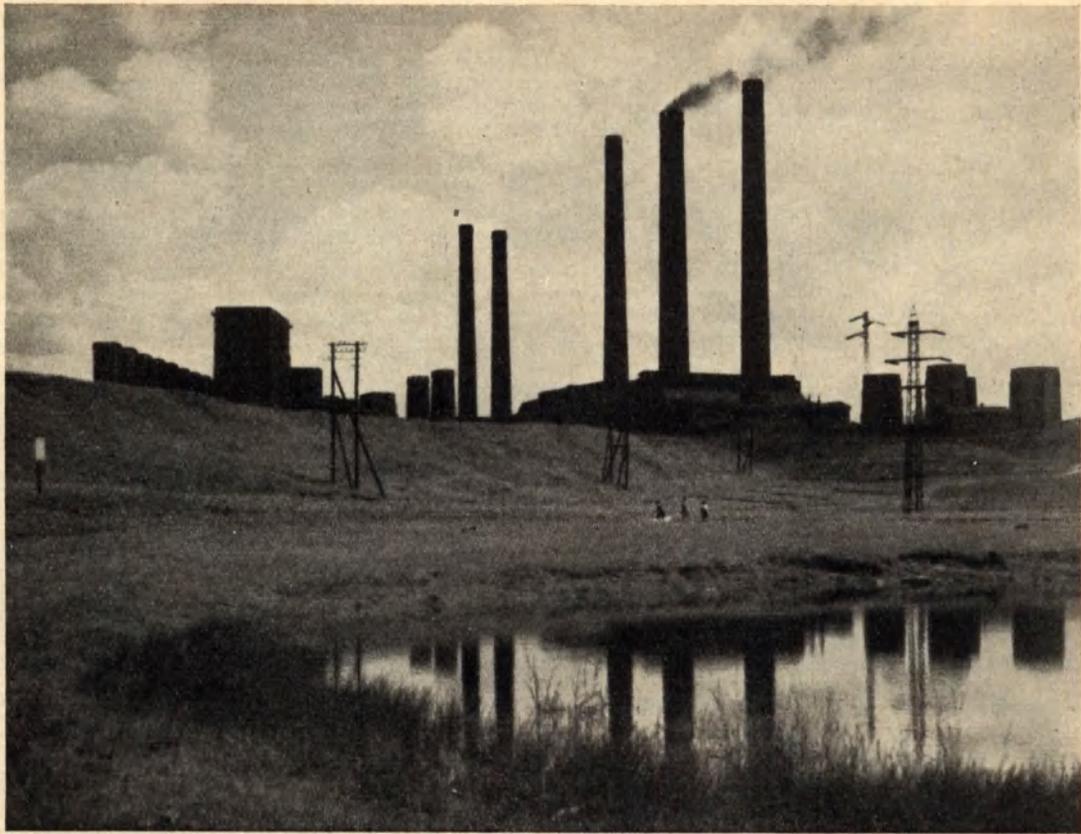
Der körperlichen Ertüchtigung nicht nur der Schulpflichtigen diene die Einrichtung der **Volks- und Jugendspiele**.

Im Jahre 1901 war die Stadt zum ersten Male bemüht, einer Anzahl körperlich zurückgebliebener Kinder die Segnungen eines mehrwöchigen Landaufenthalts unter Aufsicht von Lehrern zu ermöglichen. Diese „**Ferienkolonien**“ siedelten sich einmal in Ketschdorf bei Schönau, Bez. Liegnitz, dann aber regelmässig in Bad Ziegenhals an.

Zu den Wohlfahrtseinrichtungen, die der Jugend der Stadt zum Besten dienten, gehörte auch die Einrichtung von „**Sprachheilkursen**“ für Stotterer und mit sonstigen Sprachfehlern behafteten Schulkinder, die seit 1899 von Zeit zu Zeit abgehalten wurden.

Um 1900 hatte sich „das Bedürfnis fühlbar gemacht, diejenigen Schulkinder, welche, ohne Idioten zu sein, doch so schwache Geistesanlagen besitzen, dass sie dem gewöhnlichen Unterricht in der Volksschule nicht zu folgen vermögen und dadurch nur störend und hemmend auf den Unterricht in der letzteren wirkten, getrennt zu unterrichten. Trotz der besonders hohen Mittel, welche gerade unsere Stadt für Schulzwecke aufwandte — es werden etwa die Hälfte der gesamten Gemeindesteuereinnahmen für Schulzwecke hergegeben —, entschloss sie sich, doch diesem Uebelstande abzuhelpen und eine **Hilfsschule** für schwach befähigte Kinder zu errichten“, die 1900 in dem Gebäude der Volksschule I untergebracht war.

Als die Ideen des dänischen Rittmeisters a. D. von Clauson-Caas über die Betätigung des in jedem Menschen liegenden Arbeitstriebs und die Unterstützung des Hausfleisses durch Einführung leicht auszuführender Handarbeiten über die engen Grenzen seines Vaterlandes hinaus sich verbreiteten, wurden seine nützlichen Ideen in unserer heimatlichen Provinz durch Herrn von Schenkendorff-Görlitz aufgegriffen und weiter ausgebildet. Auf seine Anregung hin entstanden bald hier und da die sogenannten **Handfertigkeitsschulen**, in denen den heranwachsenden Knaben Gelegenheit geboten wurde, ihren Tätigkeitstrieb in praktischer und geordneter Weise zu betätigen, Hand und Auge durch Anfertigung von für Schule und Haus nützlicher Gegenstände zu üben, sich dadurch für den künftigen Beruf allgemein vorzubereiten und einen Teil der freien Zeit in für Geist und Körper fördernder Weise zuzubringen. Der damalige Landrat des Kreises Beuthen war es, der „die Nützlichkeit und nachhaltige Einwirkung der bisher noch unbekannteren Handfertigkeit gerade für unsere lose Industriejugend erkannte“. Die Kreisverwaltung beschloss, in Beuthen und Königshütte je eine Handfertigkeitsschule ins Leben zu rufen und die hierfür nötigen Mittel zu bewilligen. Aus Königshütte wurde der Lehrer Duda am Seminar für Knabenhandarbeit in Leipzig für Papparbeit, Hobelbankarbeit und Kerbschnitzerei ausgebildet. Am 1. Oktober 1888 kam



Industrielandschaft in Königshütte-Ost.

es dann zur Eröffnung der Schule. Sie war anfangs in Gebäuden von Volksschulen in der Bismarckstrasse, dann in der Kronprinzenstrasse, in der Kattowitzer Strasse und schliesslich in eigens für sie hergestellten Räumen des neuerbauten Seitengebäudes der Volksschule in der Tempelstrasse untergebracht, wo sie neun Jahre hindurch bestand. Mit dem Ausscheiden der Stadt aus dem Landkreisverband Beuthen wurde die Handfertigkeitsschule von der Stadt übernommen und erfreute sich besonderer Fürsorge der städtischen Behörden. Sie erhielt in Räumen des neuerbauten Feuerwehrdepots zwei helle grosse Räume, in denen sie ab 1. Oktober 1906 geblieben ist. Die Schüler erhielten anfangs den Unterricht Mittwoch und Sonnabend nachmittags unentgeltlich, ebenso die Materialien; später ist ein monatliches Schulgeld von 30 Pfg erhoben worden. Die angefertigten Gegenstände blieben Eigentum der Schüler. Der Eifer, den Lehrer und Schüler von Anfang an bewiesen, fand die Anerkennung der Bürgerschaft und der Behörden. Der Fleiss der Schüler wurde durch Ausstellung der Arbeiten und durch Prämien (bis 1901 als Prämien Taschenuhren und Wecker, später eine Bergfahrt in die Bielitzer Berge) gefördert.

Für die Mädchen begannen 1901 besondere **Haushaltungsschulkurse** in dem neu erbauten Schulhause an der Schützenstrasse. Seit 1904 ist der Unterricht in den zur Volksschule gehörigen Haushaltungsschulen obligatorisch geworden. Das Ziel war, den Mädchen Kenntnisse und Fertigkeiten beizubringen, die zur Führung eines kleinen Haushalts notwendig sind. „Es zeigte sich, dass die Lust und Neigung der Schülerinnen zum Kochen grösser war als zur Ausübung der übrigen praktischen Arbeiten“ in dem seit 1900 eingerichteten **Handarbeitsunterricht**.

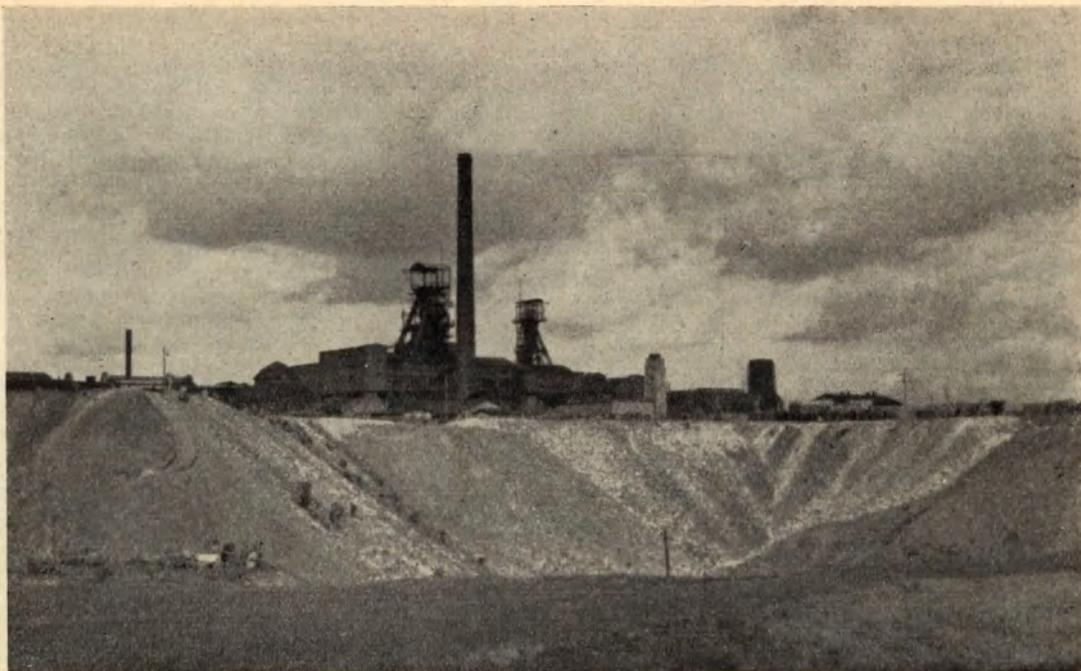
Als im Jahre 1912/13 eine Fleischsteuerung eintrat, sah sich der Magistrat veranlasst, die Bevölkerung mit der Verwendung der Seefische im Haushalt bekannt zu machen. In den städtischen Haushaltungsschulen sind deshalb **Lehrkurse über Fischzubereitung** aller Art für Frauen und schulentlassene Mädchen aller Bevölkerungsschichten mit Unterstützung der grossen Seefischhandlung „Nordsee“ eingerichtet worden.

Vorübergehend hat die am 1. August 1900 eröffnete „**Industrieschule**“ der staatlich geprüften Industrielehrerin Elise Jakoby bestanden, in der Handarbeit, Wäschezuschneiden und Maschinennähen, Schneidern und Unterricht in kunstgewerblichen Fächern (Malen, Brennen) erteilt wurde.

Die städtischen Behörden widmeten ihre Aufmerksamkeit auch den **Einrichtungen zur Fortbildung der schulentlassenen Jugend**. Den Anfang machte im Jahre 1869 die Königshütte mit der Errichtung einer „**Sonntags- und Fortbildungsschule**“ für die jugendlichen Arbeiter und Gehilfen des Hüttenwerks, weil man damit eine qualifiziertere Arbeiterschaft zu erhalten hoffte.

Die Gründung einer **gewerblichen Fortbildungsschule** fällt in das Jahr 1888. Die erste Anregung dazu gab der Lehrer Kaufmann, der Vorsitzende des Gewerbevereins. Er stellte in einer Vorstandssitzung am 2. Juli 1888 den Antrag zur Errichtung einer Zeichenklasse für Handwerkerlehrlinge. Es fehlte seitens der Handwerksmeister nicht an heftigen gegnerischen Stimmen. Nachdem aber eine Summe von 210 Mark jährlich garantiert wurde und der Gewerbeverein selbst einen Jahreszuschuss von anfangs 62 Mark, später von 75 Mark bewilligt hatte, konnte am 28. Oktober 1888 nicht nur die zuerst geplante Zeichenklasse, sondern auch eine Klasse für Deutsch und Rechnen eröffnet werden. Der Unterricht fand im ersten Jahre nur Sonntags von 1 bis 3 Uhr in der Volksschule I statt. Jedoch schon 1889 wurden die Unterrichtslokale in die Schule IV — jetzt XIV — und der Unterricht für Deutsch und Rechnen auf 2 Wochentage von 8 bis 10 Uhr abends verlegt. Der Zeichenunterricht wurde weiter von 1 bis 3 Uhr Sonntags erteilt. Der Besuch des Unterrichts war den Lehrlingen freigestellt.

Langsam, aber stetig schritt die Entwicklung der neuen Bildungsstätte des Handwerks fort, obwohl einige Innungen sich noch immer ablehnend verhielten. Durch Ausstellungen von Schülerarbeiten, namentlich von Zeichnungen, wurden noch fernstehende Handwerksmeister gewonnen, durch Prämiiierung fleissiger Schüler ein besserer Schulbesuch erzielt. Allein die Klagen über das geringe Interesse der Meister an der geistigen Hebung ihres Nachwuchses sowie über den schlechten Schulbesuch der Lehrlinge verstummten nicht. Die Uebernahme der Fortbildungsschule durch die Stadt und ihre Umwandlung in eine obligatorische, von der der Herr Minister die weitere Zuwendung der Beihilfe abhängig gemacht hatte, sollten die gewünschte Abhilfe bringen. Allein der Magistrat lehnte einen diesbezüglich vom Gewerbeverein 1895 gestellten Antrag mit der Begründung ab, dass die schlechte Finanzlage der Stadt eine weitere Belastung des Stadtsäckels nicht zulasse. Da in der Fortbildungsschule bereits ein Defizit von 102,50 Mark entstanden war, teilte der Vorstand des Gewerbevereins dem Magistrat am 24. April 1898 mit, dass er wegen unzureichender Mittel den Unterricht der gewerblichen Fortbildungsschule bis auf weiteres einstellen müsse. Es gelang jedoch bald, den unhaltbar gewordenen Zustand der gewerblichen Fortbildungsschule zu regeln. Am 27. April 1898 beschloss der Magistrat, den Fehlbetrag zu decken, die Fortbildungsschule vom Gewerbeverein zu übernehmen und der Forderung des Herrn Ministers entsprechend in eine obligatorische umzuwandeln. Am 15. August 1898 ist die gewerbliche Fortbildungsschule unter Aufsicht des Magistrats auf Grund eines Ortsstatuts neu



Industriellandschaft in Königshütte.

eröffnet worden. Da die Forderung des Herrn Ministers erfüllt war, gewährte er 1899 einen jährlichen Zuschuss von 3 600 Mark und zur Beschaffung der erforderlichen Einrichtungsgegenstände, Lehr- und Lernmittel eine einmalige Beihilfe von 1 080 Mark. Die bisher äusserst ungünstig gelegene Unterrichtszeit konnte nur Erfolge zeitigen, die weder in erzieherischer noch in unterrichtlicher Hinsicht befriedigten. Darum wurde 1901 der Zeichenunterricht des Sonntags auf die Zeit von 11 bis 1 Uhr, der Wochentagsunterricht auf die Stunden von 6 bis 8 Uhr verlegt. Die Bäckerklassen, die bisher von 5 bis 6 Uhr nachmittags, also während der Schlafenszeit der Lehrlinge unterrichtet wurden, erhielten 1904 Tagesunterricht von 1½ bis 3½ Uhr, der später auch für die Barbierklassen von 2 bis 4 Uhr eingeführt worden ist.

Am 1. April 1905 trat die gewerbliche Fortbildungsschule infolge beruflicher Gliederung der Klassen in ein neues Stadium ihrer Entwicklung ein, nachdem bereits 1904 durch Verfügung des Herrn Ministers die Zeichenklassen beruflich gestaltet worden sind. Aus der noch stark an die alte „Wiederholungsschule“ erinnernden Fortbildungsschule ist eine „Fachschule“ geworden, in der der Beruf des Lehrlings den leitenden Gesichtspunkt für die Klassenbildung und für den Unterricht bildet, so dass der gesamte Unterrichtsbetrieb auf Grund der lebendigsten Anschauung sich um das Berufs- und Lebensinteresse des Schülers dreht. Die Berufskunde ist das Hauptfach geworden, zu dem die übrigen Unterrichtsdisziplinen: Lesen, Schreiben, Rechnen und die Buchführung die Stellung von Hilfsfächern annahmen. Die Schüler brachten dem fachkundlichen Unterricht ein grösseres Interesse entgegen, weil sie sich dadurch in ihrem Berufe gefördert sahen.

Die immer schärfere Konkurrenz, die sich namentlich in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts auf allen Gebieten des geschäftlichen Lebens bemerkbar machte, brachte jeden einsichtigen Kaufmann zu der Erkenntnis, dass eine erfolgreiche Tätigkeit des Einzelnen sowie eine Hebung des ganzen Standes ohne eine gediegene praktische und theoretische Berufsbildung geradezu unmöglich sei. Um nun dem Nachwuchs nach Möglichkeit in dieser Beziehung entgegen zu kommen, wurde auf Veranlassung des kaufmännischen Vereins eine **kaufmännische Fortbildungsschule** ins Leben gerufen, die am 24. März 1897 mit 42 Schülern eröffnet wurde. Das steigende Bedürfnis nach Fortbildung brachte bald eine Erhöhung der Stundenzahl von 2 auf 4 mit sich. Unterrichtsfächer waren Deutsch, Rechnen, Korrespondenz und einfache Buchführung. Der Unterricht fand abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Mit Beginn des Schuljahres 1903 wurde die wöchentliche Stundenzahl auf 6 erhöht; jeder Schüler sollte jährlich $40 \times 6 = 240$ Stunden erhalten. Das Lehrerkollegium wurde verstärkt, der Abendunterricht abgeschafft und auf nachmittags von 2 bis 4 Uhr verlegt. Freilich machte ein kleiner Teil der Kaufmannschaft gegen diese Massnahme energisch Front. Einzelne Chefs suchten sich ihrer Verpflichtung, ihre Lehrlinge in die Schule zu schicken, ganz oder teilweise zu entziehen, indem sie diese als Laufburschen, Arbeiter u. a. ausgaben oder vorzeitig „freisprachen“, unter der Bedingung, dass sie mindestens für die „geschenkte“ Zeit gegen geringes Entgelt weiter blieben. Um diesen Umgehungen entchieden begegnen zu können, wurde für die kaufmännische Fortbildungsschule ein neues Ortsstatut ausgearbeitet, das am 1. Juni 1904 in Kraft trat. Die Wirkung war eine geradezu frappierende. Schon am 1. August 1904 musste eine 4., am 1. Oktober eine 5. Klasse neu errichtet werden. Die Schülerzahl stieg über 80. Mit der Errichtung einer Vorstufe am 1. April 1905 gelangte die Entwicklung der kaufmännischen Fortbildungsschule zu einem gewissen Abschluss. Die Anstalt erhielt einen neuen Lehrplan für 3 aufsteigende Klassen mit einer Vorstufe. Um dem wiederholten Wunsche der Gastwirte zu entsprechen, wurde am 26. November 1905 eine Fachklasse für Gastwirtslehrlinge angegliedert. Und um die Herren Chefs für die Fortbildungsschule mehr und mehr zu interessieren, gelangten Zeugnisbogen zur Einführung. Am 14. November 1906 erhielt die Schule die oberen Räume des neuerbauten Feuerwehrdepots zu ständigen Klassenzimmern.

„Um Frauen und Mädchen Gelegenheit zu geben, sich in kaufmännischen Wissenschaften und Fertigkeiten gründlich auszubilden, ohne unnötig hohe Ausgaben, wie sie in Privatschulen gleichen Zwecks erfordert werden, machen zu müssen, wurde von den städtischen Behörden beschlossen, zu Ostern 1906 eine **„Handelsschule für Frauen und Mädchen“** zu errichten. Sie wurde im Gebäude der höheren Mädchenschule untergebracht. Zum Eintritt in den Unterkursus wurde die Absolvierung der Oberklasse einer mehrklassigen Volksschule, zum Eintritt in den Oberkursus das Zeugnis einer neunklassigen höheren Mädchenschule verlangt. Deutsch, Schreiben, Buchführung, Wechsellehre, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Erdkunde, deutsche, französische und englische Korrespondenz waren die Unterrichtsfächer. Vom Jahre 1910 ab führte diese Anstalt den Namen **„Städtische Handelsschule“** und nahm auch Schüler auf.

Auch das **Fachschulwesen** bedarf der Erwähnung. Am 23. Juli 1856 wurde hier durch den Bergrat Herold vom Bergamt Tarnowitz eine **Bergschule** gegründet und am 4. November 1856 mit 20 Schülern eröffnet. Sie sollte der Vorbereitung junger Bergleute für die Bergschule zu Tarnowitz dienen. Bis zum 1. Juli 1864 hat diese Schule bestanden. Drei Jahrzehnte später, seit 1895, gab es dann eine **Berg-Vorschule**, die der Bergfiskus unterhielt. In ihr wurden an einigen Nachmittagen der Woche solche junge Leute unterwiesen, die nach mehrjähriger, gleichzeitig praktischer Ausbildung im Bergmannsberufe die Bergschule in Tarnowitz besuchen wollten.

Auch die Königshütte schritt 1867 zur Einrichtung einer **„Hüttenschule“**. In der Lohnhalle der Hütte wurden vormittags von 8 bis 10 Uhr und Sonntag nachmittags von 2 bis 3 Uhr unterrichtsfähige junge Arbeiter im Alter von 15 bis 18 Jahren von Hüttenbeamten und Lehrern in Deutsch und Rechnen, in Mathematik, Geometrie, Physik, Chemie, Maschinenkunde und Zeichnen unterrichtet. Denjenigen Schülern, die den Unterricht mit Erfolg besuchten, wurde in Aussicht gestellt, bei Besetzung von Unterbeamtenstellen an der Hütte berücksichtigt zu werden.



Gymnasium in der damaligen Tempelstrasse. Heute ist in diesem Gebäude das Arbeitsamt untergebracht.

Bei dem in den neunziger Jahren immer fühlbarer werdenden Lehrermangel an den Volksschulen schritten manche Gemeinden zur Selbsthilfe. So eröffnete die Stadt Königshütte auf Anregung der Kgl. Kreisschulinspektion am 9. April 1888 als behördlich genehmigtes Privatunternehmen in Räumen der Volksschule V eine **Präparandenanstalt** zur Vorbildung des Lehrernachwuchses. Seit dem 1. April 1904 galt diese Anstalt als „ausserordentlicher staatlicher Präparandenkursus“, der bis in den Weltkrieg hinein manchen jungen Mann in den Lehrerberuf hineingeführt hat.

Mit dem Staatlichen Gymnasium war seit dem 1. Oktober 1898 ein **„Seminar zur praktischen Ausbildung der Kandidaten für das Lehramt an höheren Schulen“** verbunden. Zu Ostern 1922 sind in Königshütte auch **„Kurse zur Vorbildung für die Mittelschullehrerprüfung“** durchgeführt worden.

Im Oktober 1892 begann die hiesige Handarbeitslehrerin Wahl Kurse, um in den städtischen Volksschulen einen einheitlichen, planmässigen Handarbeits- und Haushaltungsunterricht herbeizuführen. 1894 entwickelte sich daraus ein Kursus zur Vorbereitung auf die staatliche Handarbeitslehrerinnenprüfung, der seit 1903 ganzjährig durchgeführt worden ist. Im Oktober 1905 beschloss der Magistrat die Uebernahme dieser Kurse auf die Stadt. Am 15. November 1905 fand die feierliche Eröffnung der zu einem Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen-Seminar erweiterten Anstalt statt, die alsbald den Namen **„Städtisches technisches Lehrerinnen-Seminar“** führte. Das „Technische Seminar“ bereitete seine Schülerinnen auf die Prüfungen vor, deren Bestehen zur Anstellung als Handarbeits-, Haushaltungs- und Turnlehrerinnen an einer öffentlichen Schule befähigten.

Noch eine Fachschule muss erwähnt werden, das ist die **„Oberschlesische Polizeischule“**, die am 4. Januar 1913 eröffnet worden ist. Als Schulhaus diente das alte ehemalige Krankenhaus in der Tempelstrasse (heute: Horst-Wessel-Strasse) Nr. 25, das für die Zwecke der Polizeischule um- und aufgebaut worden ist.

Nachdem die Stadt Königshütte mit dem Jahre 1868 die Einwohnerzahl von 14000 überschritten hatte, regte sich auch **das Bedürfnis nach einer höheren Unterrichtsanstalt**, zumal die Verkehrsverbindung mit der Kreisstadt Beuthen mancherlei zu wünschen übrig liess und aus diesem Grunde der Besuch der höheren Lehranstalten Beuthens für die Kinder der wohlhabenderen Bürger und Gruben- und Hüttenbeamten unserer Stadt sehr erschwert war. Auf Anregung des Oberbergamtes Bäumler und des Hauptmanns a. D. Schimmelpfennig wurde deshalb am 1. Oktober 1869 die **„Familienvereinsschule für Knaben“** mit 32 Schülern in zwei Klassen gegründet und in dem damaligen Koloniehaus Nr. 11 (später Nr. 2) eingemietet. Diese private Knabenschule bereitete ihre Schüler bis zur Quarta eines Gymnasiums vor.

Auf Veranlassung der Kgl. Regierung haben die städtischen Behörden die Uebernahme der Schule auf den städtischen Etat beschlossen und den Ausbau zu einem Vollgymnasium beantragt. Das Bedürfnis einer solchen Anstalt hatte sich schon 1871 aus der Grösse der Stadt und der Frequenz der Schule ergeben; man hoffte mit dem **Gymnasium** eine Stätte zu schaffen, „durch welche Aufklärung und Bildung unter die hiesige Bevölkerung getragen werden kann, welche zur gedeihlichen inneren Fortentwicklung unseres Gemeindegewesens und des nationalen Bewusstseins dringend notwendig ist.“ Am 1. Oktober 1872 ist die private höhere Knabenschule von der Stadtgemeinde übernommen worden. Sie wurde vorläufig in gemieteten Räumen, die dem Bergfiskus gehörten, untergebracht und umfasste eine Vorschule und die Klassen Sexta bis Obertertia. Am 1. April 1874 wurde eine Sekunda eröffnet. Die Erhebung der Schule zu einem Gymnasium gelang noch nicht. Die Regierung zog die Leistungsfähigkeit der Stadt zur Tragung der Kosten in Zweifel. Nachdem der Magistrat diese Zweifel zerstreut hatte, machte die Regierung die Genehmigung abhängig von der Elementarlehrerbesoldung, die die Regierung zu bemängeln Anlass zu haben glaubte.

„Wenn wir nun auch geglaubt haben“, so heisst es im Verwaltungsbericht, „in dieser Beziehung schon Hinreichendes getan und durch die bisherigen Leistungen für die Elementarschule hinlängliche Garantie geboten zu haben, dass wir weiteren Forderungen



Das frühere Lyzeum am Eichendorffplatz.
Heute: „Clara-Schumann-Schule“. Deutsche Oberschule für Mädchen.

der Kgl. Regierung nachgekommen sein würden, so werden wir, um endlich die Stellung unserer höheren Lehranstalt zu fixieren, auch diese Forderung erfüllen müssen. Wir konnten nur nicht erwarten, dass diese Angelegenheit als ein Hindernis für die Anerkennung des Gymnasiums angesehen werden würde, da, unabhängig hiervon, uns in einem anderen Reskripte mit Zwangsmassregeln gedroht wird, wenn die Gehaltsforderungen nicht erfüllt werden. Hoffentlich wird dies aber das letzte Hindernis sein, denn je länger die Anerkennung hinausgeschoben wird, je länger also die Schule ihren provisorischen Charakter behält, desto weniger wird sie besucht sein, obgleich sie schon jetzt über 140 Schüler zählt. Der Staat hat wahrlich nicht das geringste Interesse an der Errichtung einer höheren Bildungsanstalt unter der hiesigen Bevölkerung, die zum grossen Teil aus Beamten und Arbeitern des fiskalischen Bergwerks besteht, darum haben wir doch die Hoffnung, dass zum Beginn des neuen Schuljahres die Anstalt als Gymnasium wird eröffnet werden können.“

Die Industrie der Stadt hat die Erhebung der höheren Knabenschule zu einem vollausgebauten Gymnasium stark gefördert und jährliche Zuschüsse zugesagt. Die Verhandlungen mit der Regierung über die Errichtung eines Gymnasiums fanden endlich ihren Abschluss. Am 15. Oktober

1877 ist das Königliche Gymnasium feierlich eröffnet worden. Einige Jahre noch trug die Stadt die Lasten des Gymnasiums allein, bis es gelang, das Gymnasium am 1. April 1874 zu verstaatlichen. Die Regierung zahlte der Stadt einen Unterhaltungskostenzuschuss von 6000 RM. jährlich, wogegen die Stadt die Verpflichtung übernahm, für ihre Rechnung ein Gymnasialgebäude herzustellen und dem Staate zu übergeben. Für den Bau des Gymnasiums hat die Stadtgemeinde durch Vertrag vom 7. Mai 1885 von den Bergkommissar Tempel'schen Erben das Grundstück (Grundbuch Nr. 1151) in der Tempelstrasse von 51 Ar 40 Quadratmeter Flächeninhalt für 15934 Mark käuflich erworben.

Bis zum Neubau war das Gymnasium in Mieträumen des Fränkel'schen Hauses an der Ecke der Tempel- und Meitzenstrasse Nr. 7 untergebracht.

Am 21. Juni 1889 hat der damalige preussische Kultusminister Dr. v. Gossler den Grundstein zu dem neuen Gymnasium gelegt, das am 7. April 1891 dem Staate übergeben wurde.

Zu Anfang der neunziger Jahre machte sich in der Bürgerschaft der Stadt der Wunsch geltend, die Errichtung einer lateinlosen **Realschule** in die Wege geleitet zu sehen, da für viele junge Leute, die sich dem berg- und hüttenmännischen Berufe zuzuwenden gedachten, eine humanistische Bildung nicht notwendig erschien. Auf Anregung eines hier privatisierenden Mathematikers kam zunächst ein Realschul-Verein zustande, der die Gründung einer Realschule betreiben wollte. Die städtischen Behörden erklärten sich bereit, sich mit einem Gesuche um die Errichtung einer lateinlosen Schule an die Staatsbehörden zu wenden. Nachdem die Schulbehörden die Bedürfnisfrage bejaht hatten, begann man im Sommer 1896 mit der Einrichtung einer Realsexta und mit Beginn des Sommersemesters 1897 mit der Eröffnung einer Realquinta. Die Stadtgemeinde übernahm die Verpflichtung, am Gymnasium auf ihre Kosten den Anbau eines sechsklassigen Realschulgebäudes einschliesslich der gesamten inneren Einrichtung zu errichten. Das neue Gebäude ist am 21. September 1898 dem Staate übergeben worden. Nach drei Jahren war der Ausbau der Realschule abgeschlossen und 1902 als lateinlose Realschule anerkannt mit der Berechtigung, die Reife für 0 II einer Oberrealschule zu erteilen.

Die Verbindung des Gymnasiums und der Realschule unter einer Leitung und in einem Gebäude erschwerte die Arbeit beider Anstalten. Die Räume des Gymnasiums reichten nach 1900 für die wachsende Schülerzahl bald nicht mehr aus, es mussten Mieträume hinzugenommen werden, zuerst in dem Hause Tempelstrasse Nr. 3 und vom 1. Januar 1908 zwei Räume im Hinterhaus Tempelstrasse 7.

Da aber die Schülerzahl ständig anstieg, musste an eine grössere Erweiterung gedacht werden. Es wurde beschlossen, die Realschule zu einer **Oberrealschule** zu erweitern und für diese auf Staatskosten ein neues Gebäude in der Nähe des Bismarckringes zu erbauen. Die Stadt musste zur Hälfte des Wertes den Bauplatz hergeben und hatte ihren Zuschuss für beide Anstalten nach und nach auf 20000 Mark zu erhöhen.

Gleich nach Ostern 1908 ist mit dem Bau des Oberrealschulgebäudes in der heutigen Moltkestrasse begonnen worden. Seit 1914 war die Anstalt mit der Oberprima voll ausgebaut.

Für die Töchter der Stadt ist eine höhere Schule verhältnismässig spät geschaffen worden. Die Anfänge der **höheren Töchterschule** liegen in der 1876 von Fräulein Xenie Dynnebi er eröffneten Töchterschule. Allein, der Anstalt wurde seitens der Eltern so wenig Vertrauen entgegengebracht, dass sie wieder aufgegeben werden musste. Infolgedessen bildete sich am 25. März 1879 unter dem Vorsitz des damaligen Knappschaftsarztes Dr. med. Wagner ein Kuratorium, das die Konzession zur Errichtung einer höheren Töchterschule für alle Konfessionen bei der Kgl. Regierung zu Oppeln beantragte. Unter dem 10. April 1879 wurde der Lehrerin Selma Neumann die Genehmigung zur Eröffnung der Schule erteilt. Die junge Anstalt erfreute sich eines guten Besuches. Schon im ersten Jahre zählte sie 103 Schülerinnen. Die Mieträume an der Wilhelmstrasse genügten aber alsbald der ständig wachsenden Schülerinnenzahl nicht mehr. Deshalb begann man im Jahre 1893 mit dem Bau eines neuen Schulgebäudes an der

Girndtstrasse, das am 27. März 1893 eingeweiht wurde. Nach 21-jährigem Bestehen ist die Schule von dem Mädchenschulverein am 1. April 1900 auf die Stadt übernommen worden. Die Anstalt zählte damals 215 Schülerinnen.

Das bisherige Gebäude der Schule auf der Girndtstrasse (jetzt Jahnstrasse) war alsbald wegen der weiteren Zunahme der Schülerinnenzahl auch nicht mehr ausreichend, so dass 3 Unterrichtsräume in einem Privathause gemietet werden mussten. Die städtischen Körperschaften beschlossen deshalb, ein neues Schulgebäude an der Gütler- und Scharnhorststrassenecke (am Molkeplatz — heute Eichendorffplatz —) zu errichten. Im Herbst des Jahres 1905 ist mit dem Neubau der höheren Mädchenschule begonnen worden, die den Namen „**Cäcilien**schule“ erhielt. Ostern 1907 wurde sie bezogen. Der Ziegel-Rohbau mit den Sandstein-Fassaden am heutigen Eichendorffplatz beherbergt jetzt die Deutsche Oberschule für Mädchen.

* * *

Neben dem Ausbau des Schulwesens richtete sich die Aufmerksamkeit des Magistrats seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf die **Förderung von Volksbildungseinrichtungen**, die einerseits aus dem wachsenden Kulturbedürfnis heraus wünschenswert erschienen, andererseits gegenüber der sich ausbreitenden polnischen Agitation zur Festigung des deutschen Volkstums notwendig errichtet werden mussten. Zwar bestanden in Königshütte zahlreiche Vereine, die vaterländische, gemeinnützige und gesellschaftliche Interessen pflegten, aber „abseits von den zahlreichen Vereinen in Stadt und Dorf stand der grosse Volksteil der oberschlesischen Arbeiter, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden und Angestellten, deren Lebensumstände die Zugehörigkeit zu einem, die geistige und leibliche Kultur wirksam fördernden Verein nicht gestatteten, die aber das Bedürfnis unterhaltender und belehrender Anregung nicht minder tief empfanden als die anderen Berufs- und Bildungsklassen“... „Seitdem der gesetzliche Arbeiterschutz die Sonntags- und Feiertagsruhe herbeigeführt hatte und auch die Werkstage durch einen zeitigen Schluss der Arbeit längere Feierabende darboten, musste es als eine naheliegende Aufgabe der Gesellschaft erscheinen, anständige Gelegenheiten zu einer geistigen Erholung und Erfrischung für die Volkskreise zu schaffen, die in den Genuss dieser Arbeitsruhe gekommen waren, sie abzulenken von dem öden Geschwätz und dem ungesunden Dunstkreise der Schankstube und Herz und Sinn für edlere Genüsse empfänglich und begehrlieh zu machen. Die im allgemeinen reizlose Gegend Oberschlesiens, die wenig zur Naturfreude anregt, die Lockungen der Gasthäuser, deren äusserer Komfort sich ungleich rascher zu heben pflegt als die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter sich bessern, der sich immer mehr aufdringende Kampf gegen den das sittliche Gefühl abstumpfenden Schnapsgenuss mussten um so mehr den Versuch nahe legen, die Gedanken des Volkes auf edlere Erholungs- und Bildungsinteressen zu lenken. Und wo das soziale Gewissen hinreichend geschärft war, bekannte man ferner ehrlich die Notwendigkeit, den so vielfach durch Vorurteile getrennten Klassen der Bevölkerung einen gemeinsamen Boden für Unterhaltung, Belehrung und Fortbildung in geistiger wie leiblicher Beziehung zu schaffen und so ein einigendes Band zwischen ihnen zu knüpfen“. (Küster).

Solch ein Volksunterhaltungsabend hatte lange Jahre das typische Programm: kurze Ansprache des Leiters, Solo- und Chormusikstücke, ein volkstümlich belehrender Vortrag, gemeinsame Gesänge, Darbietungen von Reigen-, Frei- und Geräteübungen von Turnvereinen und eine kleine theatrale Aufführung. In Königshütte hat die Verwaltung der Königsgrube seit 1900 regelmässig Unterhaltungsabende für ihre Belegschaft durchgeführt.

* * *

In den Volksunterhaltungsabenden hat **das deutsche Lied** eine besondere Pflege gefunden. „Die Männerchöre, in denen wiederum die Lehrerschaft stark vertreten war, wie die unter Beteiligung der weiblichen Jugend auftretenden gemischten Chöre haben bei den Zuhörern die Erinnerung an alte Lieder wachgerufen, die Kenntnis neuer vermittelt und immer reichen Beifall geerntet“. (Küster).

Königshütte hat den Ruhm, das erste oberschlesische Gesangsfest veranstaltet zu haben. Ueber 300 auswärtige Sänger haben an diesem Feste, das unter Leitung des Königlichen Musik-

direktors Rudolf Tschirch aus Berlin stand, teilgenommen. „Das Fest verlief glänzend und ergab eine Geldeinnahme von 532 Thalern 2½ Silbergroschen, d. s. 1596 Mark 25 Pfennig“. Achtundzwanzig Jahre später (am 15. Juni 1884) hatten sich wiederum die Gesangvereine des ober-schlesischen Industriebezirks zu einem Gesangsfest auf dem Redenberge eingefunden. Die Wahl der Stadt Königshütte als Ort der Gesangsfeste war eine Anerkennung für die Leistungen der Gesangvereine der Bergknappen und Hüttenleute. Man hat behauptet, der Oberschlesier singe gern, und Königshütte sei eine musikliebende Stadt. Lange Jahrzehnte hindurch hat sie diesen Ruhm verteidigt.

Für Konzerte sorgten damals die Kapellen der Königlichen Berginspektion und der Königshütte. Die Kapelle der Königsgrube spielte lange Jahre hindurch an schönen Sonnabend-Nachmittagen unentgeltlich auf dem Ringe, die der Königshütte Sonntags mittags unentgeltlich im Hüttenpark. In der Wintersaison gab es „neben besseren Konzerten regelmässig Volkskonzerte zu billigen Eintrittspreisen“.

Unter den Königshütter Gesangvereinen gewann ein Verein weit über den Stadtbereich hinaus Geltung und Bedeutung, das war der Lehrergesangverein unter der musikalischen Leitung von Gerhard Fischer. Mit seiner Arbeit begann Ende 1906 das eigentliche gesangskulturelle Leben der Stadt, das in erster Linie von der Lehrerschaft geschaffen und getragen wurde. Gerhard Fischer hatte auch ein „Musikinstitut“ aufgebaut, das in der Girndtstrasse (heute Jahnstrasse) untergebracht war. Nach dem frühen Tode des hochbegabten und erfolgreichen Chorleiters Fischer übernahm Franz Kauf die Nachfolgerschaft im Lehrergesangverein und im Musikinstitut. Bis zum Weltkrieg hat der Lehrergesangverein hervorragende Chorarbeit geleistet. Dann kam mit dem Verluste dieser Stadt an Polen auch sein Ende. Im Protokollbuch des Vereins lesen wir: „Dem ersten Chronisten, der diese vielbewegte Vereinsgeschichte zu schreiben begonnen hat, wird nichts weltenferner gelegen haben als der Gedanke, dass einst sein Nachfolger auf den letzten Blättern schreiben wird vom jähen, tragischen Ende des einst so stolzen Lehrergesangvereins Königshütte. Die heimatliche Stadt, die deutscheste von allen, ward Deutschland entrissen und einem Machthaber ausgeliefert, dem deutsche Kultur wenig gilt. Es kommt für alles, was deutsch heisst, hierzulande ein grosses Sterben, auch für das deutsche Lied. . . .“ Der Chronist, der die allgemeine tiefe Niedergeschlagenheit jener Zeit in seine Zeilen einfließen lässt, sollte nicht recht behalten.

Seit der Uebernahme durch Polen schritten die deutschen Vereine zur Sammlung. So beschlossen der Männergesangverein, der Musikverein und der Lehrergesangverein sich zu gemeinsamer Arbeit unter dem Namen „**Chorvereinigung**“ zusammenzuschliessen. Ueber hundert Sänger blieben unter Franz Kaufs Leitung der deutschen Chorpflege treu und liessen das deutsche Lied nicht ersterben. Die bedeutendsten Schöpfungen deutscher Meister (Matthäuspassion, Jahreszeiten, Schöpfung, deutsches Requiem u. a.) waren im Graf-Reden-Saal zu hören und liessen die Hoffnung nicht ersterben, dass eines Tages doch die Heimkehr kommen werde. Männer wie Bialas, Ringmann, Rodewald, Cwienk haben der Erhaltung und Pflege deutscher Musik in schwerster Zeit ihre besten Kräfte gewidmet. Als Franz Kauf nach zehnjähriger Tätigkeit sein Dirigentenamt in der Chorvereinigung aus gesundheitlichen Gründen niederlegen musste, übernahm er um das ober-schlesische Musikleben hochverdiente Nachfolger Meisters im Kattowitzer Meisterschen Gesangverein Professor Fritz Lubrich auch die Leitung der Chorvereinigung, die dem Meisterschen Gesangverein oftmals wertvolle Ergänzung und Hilfe leistete.

* * *

Um die Jahrhundertwende begannen die Bemühungen um den Aufbau eines **Theaterwesens**. Bis weit in die achtziger Jahre hinein ist Königshütte im Allgemeinen wohl zu klein gewesen, um grössere Theaterrichtungen anzulocken. Aber vielen Marionetten- und Puppenspiellern, Bauchrednern, Artisten, Tierdressuren und derlei Leuten wird die Stadt ein gern abzugrasendes Feld gewesen sein. In alten Zeitungsbänden und Theateralmanachen finden sich zwar ab 1847 recht interessante Repertoirangaben von „Theaterrichtungen“ wie C. Nachtigall, Adolph Stegemann, F. Reindel, Eduard Pick u. a., aber erst seit 1901 gewinnt das Theaterleben in Königshütte festere

Formen. Am 10. August 1901 wurde in einer Konferenz von Vertretern der Industrie, des Staates und der Gemeinden die Gründung eines „**Oberschlesischen Volkstheaters**“ beschlossen, das durch Beiträge des Staates, der Industrie und der Gemeinden getragen werden sollte. Wir haben hier den ersten Versuch eines von den Behörden unterstützten und überwachten Volkstheaters, und wenn man will, den Vorläufer des heutigen Oberschlesischen Landestheaters. Als Sitz des Volkstheaters wurde Königshütte bestimmt. Den Vorsitz im Kuratorium („Aufsichtsrat“) führte der Königshütter Oberbürgermeister. Sein Etat betrug jährlich 60 000 Mark. Das Personal zählte rund 30 Schauspieler.

Am 9. Oktober 1901 fand in Gegenwart hoher staatlicher und städtischer Behördenleiter sowie zahlreicher Industrievertreter und Ehrengäste die feierliche Eröffnung des Oberschlesischen Volkstheaters statt. Es ist bemerkenswert, dass die Polen dem Volkstheater in Königshütte ihr „Liebhabertheater“ entgegensetzten und von hier aus im Dienste der polnischen Propaganda dirigierten.

Bei seiner Begründung fand das Volkstheater manche Anfeindungen, doch setzte es sich durch und bewährte sich in den ober-schlesischen Industrie- und Bauerndörfern. In der Spielzeit 1905/1906 konnte das ober-schlesische Volkstheater in 198 Vorstellungen von 86 verschiedenen Stücken bereits 125 000 Besucher nachweisen. Der Mann, der das Theater auf eine beachtliche Höhe brachte, war Julius Ricklinger. Als Spielstätten dienten die Säle von Leubuscher und Wandel und später der grosse Saal des Hotels „Graf Reden“.



Hotel „Graf Reden“

* * *

Am Neujahrstage 1941 waren es 40 Jahre, seit das von Franz Oppawski in Königshütte errichtete **Hotel „Graf Reden“** seiner Bestimmung übergeben wurde. Franz Oppawski, der sich vor 53 Jahren in Königshütte als Kolonialkaufmann niederlies, kaufte zunächst die alte „Wandelei“ auf, um dann an den Bau des Hotels heranzugehen. Der Rohbau kostete allein 500 000 *M.*, Pflasterung und Kanalisation des damals noch fast unbewohnten Stadtviertels verschlangen weitere 250 000 *P.M.* Hinzu kamen noch die vielen Tausende, die zur Inneneinrichtung notwendig waren. Durch die Schaffung dieses Werkes hat sich der Erbauer, Franz Oppawski, der heute im 79. Lebensjahre steht, grosse Verdienste um die Stadt erworben. Während der Polenzeit hatten freilich die Pächter manche bittere Pille schlucken müssen. Die Schikanierungen gingen soweit, dass man es fertig brachte, das Hotel mit dem Saal und der Gaststätte wegen angeblicher Baufähigkeit zu schliessen, um dem Deutschtum die letzte Unterkunftsstätte zu nehmen. Die Stadtverwaltung plant nun grosse Umbauten und Modernisierungen. Wir werden alsdann eine vorbildliche Hotel- und Gaststätte besitzen mit schönen Repräsentationsräumen und einem akustisch hervorragenden Konzertsaal.

* * *

Neben dem Oberschlesischen Volkstheater und den Konzerten erfreuten sich die vom Lehrerverein eingerichteten **Vorträge**, sowie die von einem Komitee zu geringen Eintrittspreisen veranstalteten **wissenschaftlichen** Vorträge, die von Professoren der Breslauer Universität gehalten wurden, grosser Beliebtheit. Die Vorträge wurden im Jahre 1912/13 durchschnittlich von 400 Personen besucht.

* * *

Seit den neunziger Jahren begannen hier und da einzelne Gemeinden mit der Einrichtung von Volksbibliotheken, deren Zahl sich bis 1903 so vermehrte, dass sich der Zusammenschluss zu einem „Verbande oberschlesischer Volksbüchereien“ empfahl, den der verdienstvolle Lehrer Karl Kaisig im Auftrage der Oppelner Regierung begründete und leitete.

Königshütte weist seit dem Jahre 1897 eine Volksbücherei nach, die von einem Volksbibliotheksverein, an dessen Spitze der Oberbürgermeister stand, unterhalten wurde. Bis zum 3. November 1905 war die Bücherei in gemieteten Räumen, Teichstrasse 5, untergebracht. Seit diesem Tage befand sie sich in grossen, hellen Räumen im Erdgeschoss der Feuerwache, Beuthener Strasse 19. Mit der Bücherei war ein geräumiges, den Anforderungen der damaligen Zeit entsprechendes Lesezimmer, das ungefähr 80 Lesern Platz gewährte, verbunden. Fast 8000 Personen haben im Jahre 1909 dieses Lesezimmer besucht. Auch die Benutzung der Bücherei war so stark, dass 1906 die Errichtung einer zweiten Volksbücherei notwendig wurde. Diese ist zunächst (2. Januar) wieder in den alten Büchereiräumen der Teichstrasse, dann aber (1. Juli) „im südlichen Stadtteil“, d. h. in der Girndtstrasse (heute Jahnstrasse) Nr. 3, dem früheren Mädchenschulgebäude, untergebracht worden. Im Jahre 1910 zählten beide Büchereien 7004 Bände, die eine Ausleihziffer von 65399 erreichten. Bis zum Jahre 1917 sind die Königshütter Volksbüchereien nebenamtlich verwaltet worden. Dann erfolgte jedoch ihre Kommunalisierung und Leitung durch eine hauptamtlich tätige Berufsbibliothekarin. Die erste Bibliothekarin war Fräulein Elfriede Auras. Sie hat unter Mithilfe der Volontärin, Frl. Seiffert, und der Verbandsbibliothekarin, Frl. Synowitz, den gesamten Büchereibetrieb auf neuzeitliche Betriebsformen umgestellt.

Bismarckhütte, das damals noch zum Kreise Beuthen gehörte, gründete drei Büchereien in den verschiedenen Ortsteilen, die von einem Bürgerverein unterhalten wurden. Daneben bestand eine Werksbücherei der Bismarckhütte. Im Jahre 1909 wurden in diesen vier Büchereien 40 000 Bände ausgeliehen; das war fast doppelt soviel, als die damalige Einwohnerzahl!

Mit den Volksbüchereien in Bismarckhütte war die Bücherei in **Neu-Heiduk** organisch verbunden. Sie bestand seit 1887 und ist am 1. April 1911 wie die Bismarckhütter Büchereien „kommunalisiert“ worden. Bis zu diesem Jahre hatte die Bücherei in Neu-Heiduk bereits 82182 Bücher ausgeliehen. Die Bücherei der Gemeinde Neu-Heiduk ist die älteste Bücherei des Bezirks gewesen. Am 1. Februar 1888 wurde der erste Stammkatalog für die damaligen Gemeinden und Neu-Heiduk angelegt. Ausgabestelle war das Vereinslokal Wolff des Bürgervereins.

Auch die **Chorzower** Volksbücherei erfreute sich seit ihrer Gründung im Jahre 1900 regen Zuspruchs. 1033 ständige Leser weist der Bericht vom Jahre 1909 nach. Zu Beginn des Weltkrieges zählte die Bücherei in Chorzow 1856 Leser. 3773 Bände erzielten eine Ausleihziffer von 9335.

Am 21. Mai 1910 ist in **Wenzlowitz** eine Volksbücherei als Zweigbücherei von Chorzow eingerichtet worden. $\frac{1}{4}$ der Dorfeinwohner waren Leser, denen 500 Bände zur Verfügung standen.

Es ist nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, dass der „Verband oberschlesischer Volksbüchereien“ in Königshütte eine **Zentralstelle für Bibliotheksbedarf** errichtete, die der Hauptlehrer a. D. Jelitto leitete und von der die den Bibliotheken nötigen einheitlichen Formulare und sonstigen äusseren Einrichtungsgegenstände bezogen werden konnten.

Als mit der Genfer Entscheidung auch Königshütte an Polen fiel, begann für das Volksbüchereiwesen eine harte Zeit. Der „Verband deutscher Büchereien in Polen“, der sich der Erhaltung, Festigung und weiteren Ausbreitung des volksdeutschen Büchereiwesens annahm, hat auch die Büchereien in Königshütte in seine Obhut genommen. Zwar mussten die deutschen Büchereien aus ihren bisherigen Räumen weichen, es gelang aber, in Bismarckhütte einen mutigen Vermietler

zu finden, der eine deutsche Bücherei in seiner Wohnung, Richthofenstr. Nr. 34 aufnahm. Die Königshütter Bücherei fand im Hause des „Kuriere“ eine Heimstätte. In Chorzow, in Wenzlowitz und in Neu-Heiduk mussten die deutschen Büchereien den polnischen weichen.

Was das deutsche Buch in der Leidenszeit der Stadt den Bürgern bedeutet hat, wird demnächst einmal dargestellt werden.

* * *

Unter den Einrichtungen der ausserschulischen Volksbildung haben auch bei uns die „**Jugend- und Volksspiele**“ eine grosse Rolle gespielt. Am 3. September 1902 traten zu Bismarckhütte, dem Wohnsitz des um die oberschlesische Spielbewegung schon damals besonders verdienten Lehrers Michael Münzer, 50 Lehrer des Industriebezirks auf Grund der Ueberzeugung, „dass das deutsche Jugend- und Volksspiel keine Spielerei, sondern eine ernste Arbeit im Gewande jugendlicher Freude sei“, zu einer „Spielvereinigung“ zusammen, die sich schon am 16. April 1904 zu dem allgemeinen „Oberschlesischen Spielverbände“ erweitern konnte. Man erstrebte die Hebung von Volks- und Jugendspielen durch Veranstaltung von Wettspielen und Spielfesten, durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung zur Schaffung von Spiel- und Eislaufplätzen und Schwimmanstalten, durch Unterstützung der Ortsgruppen mit Spielgeräten und enge Fühlung mit dem Zentralausschuss für Jugend- und Volksspiele in Deutschland. Das erste Königshütter „Volksspielfest“ fand am 14. September 1902 auf dem Redenberge statt. Zwei Jahrzehnte hindurch ist von Königshütte aus die oberschlesische Spielbewegung gelenkt und gefördert worden. An anderer Stelle dieses Buches wird die Lebensarbeit des Königshütter Michael Münzer ihre Würdigung finden.

* * *

An **Wohnungen**, insbesondere an kleinen Arbeiterwohnungen, war ständig Mangel. Denn die Bevölkerung nahm ständig und schnell zu. Neubauten dagegen waren selten. 1880 trat ein besonders fühlbarer Wohnungsmangel ein, als durch den Erlass einer Oberpräsidialverordnung über das Kost- und Quartiergängerwesen ein grosser Teil von ledigen Arbeitern gezwungen wurde, sich besondere Wohnungen zu mieten, da sie nicht alle in den vorhandenen Schlafhäusern der Grubenverwaltungen Unterkunft finden konnten. Der plötzlich entstehende Wohnungsbedarf löste eine gewerbmässige Wohnungsproduktion aus. Die damaligen Bauordnungen, die die Errichtung hoher Häuser zulassen, sowie die fast unbeschränkte Möglichkeit Seitenflügel und Hinterhäuser zu bauen, begünstigten die Bodenspekulation. Die Folge war, dass die Erhöhung der Grundstückspreise, der Aufschliessungskosten sowie das Gewinnstreben von Bauunternehmern und Hauseigentümern ein immer stärkeres Steigen der Mieten bewirkten, von den Kellerwohnungen angefangen bis zu den „herrschaftlichen“ Wohnungen.

In den nächsten zehn Jahren ist wohl erheblich gebaut worden; so zählte man Ende 1887 im Stadtbezirke 7091 Wohnungen, so dass bei 32134 Einwohnern in jeder Wohnung 4,6 Personen wohnten. Doch blieben die kleinen und mittleren Wohnungen immer knapp, weil deren Errichtung einen zu geringen wirtschaftlichen Anreiz bot. „Die Wohnungen werden gut bezahlt“, heisst es in den Verwaltungsberichten, „so dass das in Häusern angelegte Kapital sich gut verzinst. Für Bauplätze, die, wenn auch nicht in allzu grosser, aber genügender Anzahl vorhanden sind, werden Preise erzielt, die in den letzten Jahren eine steigende Tendenz verfolgen“.

Schon damals, um 1900, musste die Polizei gegen einen Uebelstand einschreiten, der trotz aller Bemühungen bis heute noch nicht beseitigt ist: gegen die Wohnungen in den Kellern und in den Dachgeschossen. Ueber 200 solcher ungesunden Wohnungen mussten 1904 auf Grund einer Orts-Polizei-Verordnung vom 26. Oktober 1877 bzw. der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 9. Juli 1881 polizeilich geschlossen werden und sind ein Jahrzehnt hindurch geschlossen geblieben. Die Hausbesitzer haben freilich immer wieder versucht, diese geschlossenen Wohnungen erneut zu vermieten, so dass sich die Verwaltung zu einer regelmässigen Kontrolle veranlasst sah.

Wenn im Durchschnitt auch 4,6 Personen auf eine „Wohnung“ entfielen, so gab es auch damals schon Einraumwohnungen, in denen mehr als 10 Personen hausten. Wenn darum einmal ein Neubau fertig wurde, ist es kein Wunder, dass die frischen Wohnungen schon vor Ablauf der damals gesetzlichen Trockenfrist von 5 Monaten vermietet und bezogen wurden. Die Behörde

glaubte, gegen die Eigentümer der Neubauten mit Zwangsmassregeln vorgehen zu müssen, „da namentlich bei Errichtung während einer Regenperiode oder zur Herbstzeit diese Neubauten nicht genügend austrocknen und hierdurch leicht Anlass zum Ausbruch von Krankheiten gegeben wird“. Im Jahre 1904 wird auch über „eine Anzahl von Wohnungen in alten sogenannten Blockhäusern“ geklagt: „Die Wohnungen in diesen Häusern entsprechen nicht den bestehenden Vorschriften; die Räume haben nur eine ganz geringe Höhe (etwas über 2 m) und daher nur geringen Licht- und Luftzutritt.“ Blockhäuser dieser Art bestanden in den Stadtteilen Klimsawiese, Nomiarki und Pniaki, sowie in der Knappegasse.

Noch eine andere Unsitte machte sich seit 1900 breit; das war „eine ungesunde Vermehrung von Läden, insbesondere in den Nebenstrassen, so dass viele solcher Läden leerstehen und häufig nach einigen Jahren zu Wohnungen umgebaut werden mussten.“ „Wahrscheinlich“, so heisst es in den Verwaltungsberichten, „ist die Ursache dieser Ladenbauten darin zu suchen, dass die Hypothekenbanken bei Anleihe solcher mit Läden versehenen Häuser den Mietwert der Läden hoch anrechnen und infolgedessen höhere Hypothekendarlehen bewilligen, als empfehlenswert ist.“ Die Stadtverwaltung hat wiederholt vor dem Bau von Läden gewarnt, ohne dass sie Erfolg erzielte.

Der Verwaltungsbericht vom Jahre 1907 konnte feststellen, dass sich die Stadt in baulicher Hinsicht in den letzten 16 Jahren stark entwickelt habe. Jedes Jahr sei eine grössere Anzahl neuer Wohngebäude errichtet worden, die gesündere Wohnungsverhältnisse schaffen halfen. Da die bisherigen ortstatutarischen Bestimmungen nicht ausreichten, habe man ein neues Ortsstatut betreffend die Anlegung und Veränderung von Strassen und Plätzen erlassen, und um Klarheit über die Verpflichtung zur Zahlung von Strassenbaukosten zu schaffen, wurde nach eingehender Prüfung der Strassenverhältnisse ein Verzeichnis der historischen und nicht historischen Strassen angelegt.

Durch die Anlage neuer Strassen ist die Baulust geweckt worden. Auf schöne Fassaden legte man bei den Neubauten besonderen Wert. Zwischen der Kattowitzer- und Tempelstrasse entstand ein neues besseres Wohnviertel. In der Kaiserstrasse (jetzt Adolf-Hitler-Strasse) machten alte Geschäftshäuser neuen modernen Platz. Der damals (1908) gegründete Wohnungsbauverein errichtete in der Gneisenaustrasse prächtige Häuserreihen. Auch die Industrieverwaltungen schritten seit 1900 zur Errichtung von Wohnhäusern in den verschiedensten Stadtteilen.

Mit dem Jahre 1912 setzte eine erneute Verschärfung des Wohnungsmangels ein, der niemals behoben worden ist. Und als der Weltkrieg kam, ruhte jede Bautätigkeit, die auch unter polnischer Herrschaft nicht wieder auflebte.

Zur Schaffung gesünderer Wohnungsverhältnisse für ihre Arbeiter hat auch die Berg- und Hüttenverwaltung der Vereinigten Königs- und Laurahütte sowie der Königliche Bergfiskus beigetragen. Beide bauten eine Anzahl solider Familienhäuser und pachteten von städtischen Grundbesitzern eine Reihe Häuser, deren Wohnungen gegen geringe Miete an Arbeiter und Angestellte vergeben wurden. Die Bergverwaltung der Königshütte und die Kgl. Berginspektion „haben für jedes der Familienhäuser entweder am Hause selbst oder in unmittelbarer Nähe Gärten angelegt und diese so eingeteilt und abgegrenzt, dass jedem Mieter ein Teil ohne Entgelt abgegeben werden konnte. Die Bergverwaltung lieferte auch Bäumchen und Sträucher für die Gärten, auch liess sie den Familien Lauben kostenlos bauen“. Die Berginspektion sowie die Hüttenverwaltung richteten auch für einen Teil ihrer unverheirateten Arbeiter Schlafhäuser ein, die damaligen hygienischen Anforderungen entsprachen.

* * *

Von segensreichen Folgen war der Entschluss der Gräflich Hugo Henckel von Donnersmarck'schen Berg- und Hüttenverwaltung im Jahre 1870, an der Kattowitzer Strasse einen Teich, den „**Hütenteich**“, anzulegen. Die aus der Teichanlage gewonnene Erde wurde auf der gegenüberliegenden Seite der Kattowitzer Strasse zum Auffüllen einer Senke benutzt. Und hier entstand 1873 der „**Hüttenpark**“, der eine beliebte Erholungsstätte geworden ist. Auch der neue „Ring“ (heute Adolf-Hitler-Platz) ist 1870 geschaffen worden.

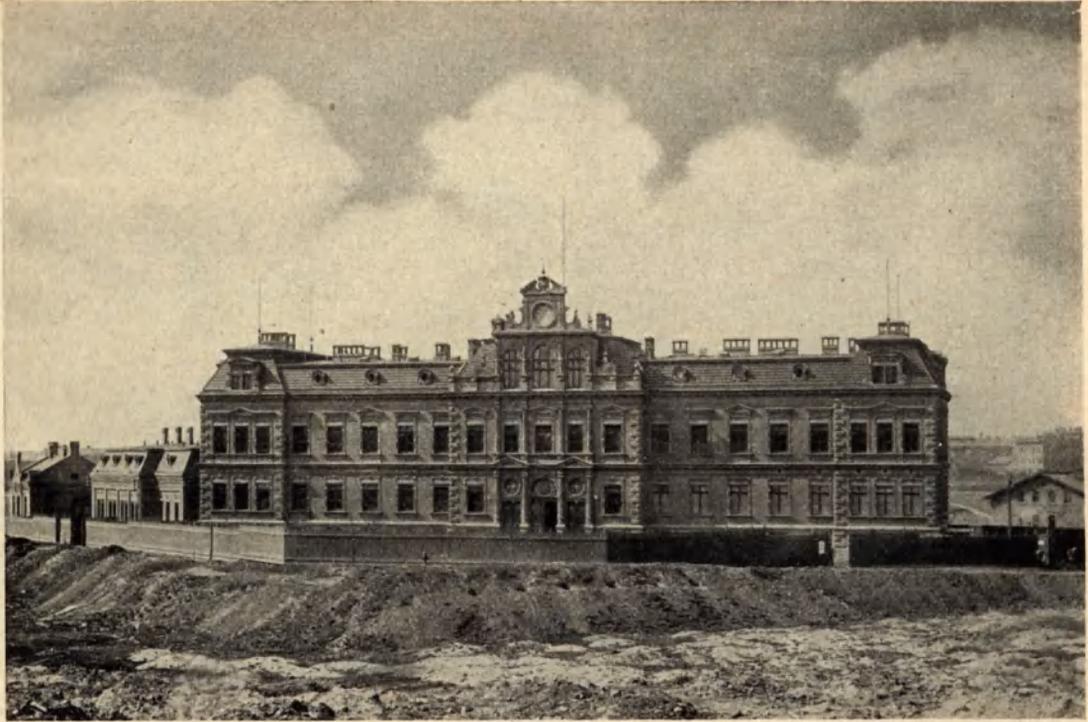


Hüttenpark

Vier Jahre später (1874) erpachtete die Stadt von dem Oberschlesischen Knappschaftsverein zu Tarnowitz den 3 Morgen 155 Quadratruten grossen **Redenpark**, der heute eine Zierde der Stadt ist. Die Stadtchronik berichtet von einer Königshütter Dampfmühle, die 1874 noch jährlich 120 000 Zentner Roggen und Weizen verarbeitete, der aus der näheren Umgebung stammte. 1878 sollen noch 338 ha Acker- und Gartenländereien, 11 ha Wiesen, 34 ha Weiden und Hutungen vorhanden gewesen sein. Auf der 613 ha grossen Gesamtfläche zählte man im Sommer desselben Jahres noch 658 Apfelbäume, 1540 Birnbäume, 607 Pflaumbäume, 1667 Kirschbäume, 18 Walnussbäume. Und im Jahre 1885 schoss der Pächter der städtischen Jagd auf den hiesigen Feldmarken: 26 Hasen, 8 Rebhühner, 11 Wachteln, 5 Wiesel, 1 wilde Ente, 4 Krammetsvögel, 1 Raubvogel, 1 Möve, 1 Wasserhuhn und 2 Eisvögel.

Aus Mangel an Mitteln konnte für Verschönerungs- und Prommenadenanlagen nur wenig getan werden. „Die Einwohnerschaft wird sich“ so heisst es im Verwaltungsbericht von 1894, „in dieser Beziehung auch lange noch auf bessere Zeiten vertrösten müssen, und dürfte der Verwaltung darum, weil sie die nach ihrer Ansicht hoch genug angespannten Steuerkräfte zu schonen bereit ist, ernste Vorwürfe nicht gemacht werden können . . .“.

Die grosse Sorge der jetzigen Stadtverwaltung ist es daher geworden, **Grünflächen** zu erhalten und neue zu schaffen. Der nationalsozialistischen Stadtführung blieb es vorbehalten, nach dieser Seite hin die Durchführung einer grosszügigen Planung zu beginnen und in Verbindung



Neubau des Städt. Krankenhauses im Jahre 1904.

mit dem ausserordentlich starken **Kleingartenwesen**, das 1905 auf vereinsmässiger Grundlage in raschem Anstieg begann, eine möglichst zusammenhängende, lückenlose Verbindung aller Grünflächen zu schaffen, die in einem neu aufgeforsteten **Stadtwalde** am Redenberg und im „Schweizer Tal“ ihre Krönung finden sollen. Nicht gelingen wird es freilich, Königshütte zu einem **Badeort** zu machen, der es um 1830 gewesen ist. Dort, wo heute die Lobestrasse ist, befand sich das „Amalienbad“ des Dr. Bannerth. Eine solehaltige Quelle lieferte das Heilung bringende Wasser gegen Gicht, Rheuma und Frauenleiden. Ein lieblicher, baumreicher Park muss den zahlreichen Besuchern ein angenehmer Aufenthaltsort gewesen sein. Durch den Grubenabbau trat dann Wassermangel ein; 1850 ist die Solequelle versiegt und der Ruf als Badeort war dahin.

Badeanstalten befanden sich für die Gruben- und Hütten-Beamten und -Arbeiter in den Werken. Für die übrige Einwohnerschaft war eine Badeanstalt, jedoch nur für die Sommermonate, im Hüttenteiche eingerichtet. Ausserdem hielt der Kupferschmiedemeister R. Aust in der Kattowitzer Strasse Nr. 8 „Wannenbäder mit Douche für den Privatgebrauch“ gegen billige Vergütung zur Verfügung. Bis heute ist es auch auf diesem Gebiete sozial-hygienischer Einrichtung nicht besser geworden. Königshütte braucht neben dem Freischwimmbad auf dem Redenberge ein grösseres, moderneres, und vor allem aber ein neuzeitliches Hallenschwimmbad.



Das alte Rathaus am Ring.

Krankenhäuser oder krankenhausähnliche Einrichtungen befanden sich bis weit ins 19. Jahrhundert hinein im Besitz von religiösen Gemeinschaften oder in Privathänden. Die Städte gingen erst allmählich dazu über, eigene Krankenanstalten zu gründen. In Königshütte war es nicht anders.

Als erstes „Krankenhaus“ diente ein im Jahre 1854 vom Hüttenfiskus für Arbeiterwohnungen bestimmtes Haus in der Beuthener Strasse 15. Zwei Giebelstuben dieses Hauses waren als Krankenstuben für solche Personen reserviert, die ihren Unterstützungswohnsitz nicht in Königshütte hatten. Die Kur- und Verpflegungskosten wurden von denjenigen Armenverbänden eingezogen, die zur Unterstützungszahlung verpflichtet waren. Als im Jahre 1867 die Cholera ausbrach, rief man zur Pflege der Cholerakranken „Graue Schwestern“ herbei, denen man in diesem Hause eine Wohnung einräumte.

Dieses „Krankenhaus“ genügte alsbald nicht mehr den Anforderungen. Man schritt zur Selbsthilfe. Das katholische Kirchenkollegium erwarb mit freiwilligen Spenden der Königshütter vom Ober-Bergamt das Haus Beuthener Strasse 15 zuerst mietweise und später käuflich. Das „Krankenhaus“ mit zwei Giebelstuben erweiterte sich so beträchtlich zu einem **Privatkrankenhaus**, dem ersten „**St.-Hedwigs-Krankenhaus**“.

Auch dieses konnte mit dem Anwachsen der Bevölkerung nicht Schritt halten. Darum errichtete man im Jahre 1872 in nächster Nähe des ersten „Krankenhauses“, ebenfalls in der Beuthener Strasse, ein neues „St.-Hedwigs-Stift“ mit 30 Betten. Weil aber dieses Haus durch den Grubenabbau bedroht schien, wurde es im Jahre 1890 an die Bergverwaltung verkauft. Dafür entstand 1891/92 an der Peterstrasse ein grosses neues Krankenhaus, das 1898 bedeutend erweitert worden ist. 8460 Kranke sind hier in den Jahren 1893 bis 1901 verpflegt worden. Der berühmte Operateur Geheimer Sanitätsrat Professor Dr. Wilhelm Wagner hatte in diesem „St.-Hedwigs-Krankenhaus“ seine Privatklinik.

Im Jahre 1873 schritt man zum Bau eines **Städtischen Krankenhauses** in der damaligen Tempelstrasse Nr. 25, das am 1. Juni 1875 mit 40 Betten in Betrieb genommen wurde. Bis 85 Betten konnten aufgestellt werden. Und lange Jahre hindurch genügte es den Bedürfnissen. Aber im Frühjahr 1901 stellte eine Revision fest „dass das Krankenhaus zu klein ist. Dass es sowohl in bezug auf die Lagerung der Kranken, als auch insbesondere in bezug auf die gesteigerten Anforderungen der modernen Hygiene und der übrigen medizinischen Wissenschaft nicht mehr ausreichend war“. Man plante einen Neubau an der Scharnhorststrasse, der am 12. Juli 1904 mit 130 Betten eingeweiht worden ist. Aus dem alten Krankenhaus in der Tempelstrasse Nr. 25 wurde durch Um- und Ausbau im Jahre 1912 ein Polizeischulgebäude. Durch mancherlei Um- und Ausbauten hat sich das Krankenhaus wohl immer wieder den Verhältnissen angepasst, aber bald nach dem Kriege ist die Neubaufrage wieder aufgetaucht, die erst jetzt ihre Lösung finden wird.

Neben der Gemeinde schuf der oberschlesische Knappschaftsverband zunächst in der Richterstrasse und später im Gebäude des Hüttenamtes ein besonderes **Lazarett**. Erst später wurde hart an der Stadtgrenze, im damaligen Ober-Heiduk, ein **Knappschaftslazarett** mit 150 Betten errichtet, das noch heute segensreich wirkt.

* * *

Als die neue Stadt gegründet war, begann die Verwaltungstätigkeit in einem Hause der Ringstrasse, wo das **Rathaus** mietweise untergebracht war. Der Grundstein zum heutigen Rathaus ist am 15. Juli 1874 gelegt worden. Viele Jahrzehnte hindurch sind von diesem, gegenüber anderen oberschlesischen Stadthäusern immerhin repräsentativen Rathause aus, die Geschicke der Stadt geleitet worden.

Schon im Jahre 1900 war die Erweiterung des Rathauses, dessen Räume für die sich mit der wachsenden Stadt stets vergrössernde Verwaltung nicht mehr ausreichten, in Aussicht genommen und zwar auf dem neben dem Rathaus gelegenen freien Platze am Ringe bis zur Meitzenstrasse. Durch die Zumietung je einer Etage des Nebenhauses in den Jahren 1902, 1903 und 1905 konnte der geplante Neubau noch einmal hinausgeschoben werden. Doch wurde dadurch nur vorübergehend Abhilfe geschaffen. Zur Erlangung von Plänen wurde 1905 eine „Konkurrenz“ unter den deutschen Architekten ausgeschrieben. Im Jahre 1907 hat man dem dringenden weiteren Bedarf an Verwaltungsräumen dadurch abgeholfen, dass der Ratskeller aufgegeben und seine Räume für Bürozwicke umgebaut wurden. Ausserdem wurde das Standesamt aus dem Rathaus nach dem alten Gebäude der höheren Mädchenschule in der Girndtstrasse (heute Jahnstrasse) verlegt, das durch Auszug der Töchterschule in den am heutigen Eichendorffplatz errichteten Neubau frei geworden war. Ein erheblicher Platzmangel bestand nach wie vor, so dass der Plan der Rathausweiterung weiter verfolgt werden musste. Ein entsprechender Entwurf nebst Kostenanschlag wurde 1907 im Bauamt ausgearbeitet. Als der Weltkrieg kam, stand die Ausführung des Rathausweiterungsbauwerks bevor; er musste, wie schon oft, verschoben werden. Erst 1928 kam die Ausführung der vorliegenden Pläne zustande.

* * *

Aus dem Bedürfnis nach einwandfreier Schlachtung und der Notwendigkeit, die Möglichkeit von Infektionen immer mehr einzudämmen, beschloss die Stadtverwaltung, einen **Schlachthof** zu erbauen. Am 18. November 1901 fand in Gegenwart geladener Ehrengäste, der städtischen Körperschaften sowie der hiesigen und der benachbarten Fleischer-Innungen die Eröffnung des städtischen



Eingang zum Städt. Schlachthof.

Schlachthofes statt. Die Kosten der Herstellung der Schlachthofanlage haben einschliesslich Grunderwerb 1 117 913,74 Mark betragen. Im Laufe der Jahre sind eine ganze Reihe von Erweiterungen und Ergänzungen notwendig gewesen. Die Modernisierung der technischen und hygienischen Anlagen wird auch jetzt wieder in Fluss kommen müssen, nachdem zur Polenzeit ein Stillstand eingetreten war.

Wochenmärkte spielen für die Versorgung der Bevölkerung in jeder Stadt eine bedeutende Rolle. Die Jahr- sowie die Wochenmärkte sind seit Stadtgründung auf dem „Ringe“ und den den Ring umgebenden Strassen abgehalten worden. Mit dem Anwachsen der Bevölkerung „trat das Bedürfnis der Herbeischaffung der erforderlichen Lebensmittel aus immer weiteren Entfernungen und hiermit die Notwendigkeit zu Tage, die für die Lebensmittelversorgung der Stadt bestehenden Einrichtungen den gesteigerten Anforderungen auch in sanitärer Hinsicht entsprechend zu verbessern“. Man dachte an die Errichtung einer **Markthalle**, weil die Lebensmittel in einer gedeckten Halle sauberer bleiben, die gesundheitspolizeiliche Aufsicht dadurch besser ausgeübt werden kann, die Waren dem Verderben weniger ausgesetzt, auch die Käufer und Verkäufer dem Wetter und der Erkältung in einer gedeckten Halle nicht preisgegeben sind, wie auf dem freien Marktplatz. Hauptsächlich sollte die Halle zum Schutze der Verkaufsware vor den Einwirkungen von Sonne, Staub, Regen, Hitze und Frost dienen. Nicht weniger sollte durch den Bau der Markthalle das Kaufen und Verkaufen erleichtert werden, da alle Ware übersichtlicher geordnet werden kann, als auf dem offenen Markte. Die Markthalle sollte überhaupt beiden Teilen, Käufern wie Verkäufern von Nutzen, sie sollte ein gemeinnütziges, kein bloss finanzielles Unternehmen sein. Von diesen Gesichtspunkten



Marktag auf dem Ring (heute: Adolf-Hitler-Platz) 1905.

ausgehend, haben die städtischen Körperschaften am 14. Februar 1902 und am 5. März 1903 die Erbauung einer Markthalle auf dem der Stadt gehörenden Gelände zwischen Schlachthof und Beuthener Strasse beschlossen. Mit dem Bau ist sofort nach der Beschlussfassung begonnen und der Bau so gefördert worden, dass er bereits am 16. August 1905 seiner Bestimmung übergeben werden konnte. 640 000 Mark hat der Bau gekostet. Aber **Königshütte war die erste unter den oberschlesischen Städten, die eine Markthalle erhielt.** Heute noch entbehren einige Nachbarstädte diese Einrichtung. Es ist übrigens bemerkenswert, dass die erste Markthalle im Reiche 1865 in Stuttgart erbaut worden ist; später folgten Frankfurt a. Main, Berlin, Leipzig und einige andere Grosstädte.

* * *

Mit der Errichtung der Stadt übernahm der Magistrat auch die Verpflichtung, sich des **Feuerlöschwesens** anzunehmen. Anfangs begnügte man sich mit freiwilligen Feuerwehren, die für jeden einzelnen Brand entlohnt wurden. Auch „die Arbeiter-Colonnen zum Drücken der Spritzen usw. sowie die Pferde wurden der Feuerwehr seitens der Stadt gestellt“. Ferner schaffte die Stadt alle Feuerlöschgeräte an und die Uniformen für die Feuerlöschmänner. Das Spritzenhaus stand im Rathaushofe. Hier wurde auch eine ständige Brandwache unterhalten. Um die Jahrhundertwende aber schritt man zur Bildung einer Berufsfeuerwehr. 1904 begann der Bau des **Feuerwehrdepots** in der Beuthener Strasse 19. „Am 6. November konnte das neue Heim der Feuerwehr bezogen werden. Der Umzug von der alten nach der neuen Feuerwache wurde gemeinsam mit der freiwilligen Feuerwehr unter Mitführung der Geräte bei Fackellicht unter Vorantritt einer Musikkapelle und Bewirtung im neuen Heim in feierlicher Weise begangen“. Auch die Feuerlöschgeräte wurden ergänzt. Die erste Automobilspritze ist im Jahre 1912 angeschafft worden.

Um dieselbe Zeit entstand das städtische **Pfandleihamt**, das seit dem 18. Oktober 1906 eine recht segensreiche soziale Arbeit geleistet hat. Im selben Jahr erbaute man das **Gewächshaus** auf dem Redenberg. Einige Jahre früher, am 6. April 1902, begann die **Stadtparkasse** ihre Tätigkeit. Von 1902 bis 1905 baute man am **Alters- und Kinderheim.**

* * *

Nicht nur die Stadtverwaltung baute für öffentliche Einrichtungen besondere Gebäude, auch die übrigen Behörden folgten.



Markttags-Verkaufsstände auf dem Ring um 1905.

So entstand im Jahre 1878/79 das Amtsgerichtsgebäude und 1880 das Gerichtsgefängnis. Im März 1905 bezog die Reichsbanknebenstelle, die seit 1899 in Mietsräumen an der Tempelstrasse untergebracht war, ihre städtischerseits neugeschaffenen Räume an der damaligen Parkstrasse.

* * *

Eine **Postanstalt** gab es in Königshütte schon im Jahre 1804; sie war dem Postamt Gleiwitz unterstellt. Am 1. Oktober 1849 ist eine „Postexpedition III. Klasse“ und im Jahre 1856 eine solche II. Klasse, im Jahre 1874 dann ein „Postamt I. Klasse“ geschaffen worden. Im Jahre 1865 ist mit der Postanstalt eine Telegraphenstation vereinigt worden.

Tägliche **Postverbindung** bestand 1882 mit der Station Schwientochlowitz der Oberschlesischen Eisenbahn durch täglich 4 Personen- und 1 Botenpost, ferner mit den Bahnhöfen Chorzow

und Beuthen O/S. der Rechten-Oder-Ufer-Eisenbahn. Nach Chorzow verkehrten täglich 3 Botenposten und nach Beuthen wurden täglich einmal Briefpostsendungen durch Vermittlung der Eisenbahnschaffner befördert.

Mit dem 1. Juli 1886 hörte die Personen- und Botenpost auf. Von diesem Tage an sind die Postsendungen direkt durch die Eisenbahn befördert worden.

Das Kaiserliche **Postamt** befand sich 1882 noch in der Kaiserstrasse im Hause des Herrn N. Danziger. Ausserdem bestanden 8 Verkaufsstellen, die 1882 4905 Mark umsetzten. 12 Postbriefkästen waren im Stadtbezirk verbreitet. In demselben Jahre sind 764 154 Briefe, Postkarten und Drucksachen durch die Königshütter Post befördert und zugestellt worden. 2 288 465 Mark wurden durch Postanweisung eingezahlt und 676 817 Mark durch Postanweisung in Königshütte ausgezahlt. 50 996 Pakete musste die Post befördern. Man sieht, dass der Geschäftsverkehr in Königshütte sehr rege war.

Ende 1892 zog die Post in ein reichseigenes Gebäude in der damaligen Kaiserstrasse um, wo sie noch heute untergebracht ist.

* * *

Wenige Jahre nachdem 1835 zwischen Nürnberg und Fürth die erste deutsche Eisenbahn fuhr, ist auch in Oberschlesien das „Dampfrass“ den Schienenweg gezogen. 1842/43 war die Strecke Breslau-Oppeln fertig, bis 1845 wurde die Strecke von Oppeln bis Schwientochlowitz in Betrieb genommen, die 1847 über Myslowitz hinaus bis zur russischen Grenze führte.

So hatte die damalige Königshütte und Königsgrube vom Bahnhof „Königshütte in Schwientochlowitz“ aus Anschluss an die Eisenbahn. 1870 entstand eine Zweigbahn von Schwientochlowitz bis zum Bahnschacht der Königshütte; sie diente dem sehr bedeutenden Kohlen- und Gütertransport. Etwas später wurde sie bis Beuthen durchgeführt und erhielt hier Anschluss an die Rechte-Oder-Ufer-Bahn.

Seit dem 27. Oktober 1872 wurde auch die Personenbeförderung zugelassen.

Inzwischen war der Güterverkehr erheblich gewachsen und die Erweiterung des Bahnhofs immer dringender geworden. Daher sah sich die Eisenbahnverwaltung im Jahre 1889 genötigt, an eine Verbesserung ernstlich zu denken. Anstatt jedoch die Erweiterung des Bahnhofs in Aussicht zu nehmen, fasste man seine Entlastung ins Auge. Man plante, um den Königshütter und Schwientochlowitzer Bahnhof zu entlasten, eine unmittelbare Eisenbahnverbindung zwischen den Bahnhöfen Chorzow und Kattowitz herzustellen. Dadurch wäre Königshütte von der Hauptlinie abgeschnitten worden, woran auch die Einrichtung von Pendelzügen zwischen Chorzow und Schwientochlowitz nichts geändert hätte. Der Magistrat hat die Ausführung des Projektes mit Entschiedenheit zu verhindern versucht. Als die hiesigen Stellen nicht nachgaben, blieb dem damaligen Oberbürgermeister Girndt nichts anderes übrig, als das Abgeordnetenhaus zu bemühen, dem gerade (1890) der Entwurf eines Gesetzes betr. die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes zur Beratung vorlag. Die Eingabe des Magistrats ist in mancher Beziehung aufschlussreich für die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt, weshalb sich ihre vollständige Zitierung empfiehlt. Sie lautet:

„In dem dem hohen Hause der Abgeordneten gegenwärtig vorliegenden Entwürfe eines Gesetzes betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes wird seitens der Kgl. Staatsregierung in § 1 unter III Nr. 1 für die Vereinigung der Bahnhöfe der früheren Oberschlesischen und der Rechteoderufer-Eisenbahn in Beuthen O/S. sowie der anschliessenden Strecken bis Chorzow und Herstellung einer Bahnverbindung Chorzow-Kattowitz die Summe von 5 400 000 Mark gefordert.

Als dies durch die Zeitungen bekannt wurde, musste die Einwohnerschaft der Stadt Königshütte sich durch den Plan der Herstellung einer Bahnverbindung Chorzow-Kattowitz schmerzlich berührt fühlen. Sie musste besorgt werden für ihre fernere Entwicklung, wie für ihre Zukunft überhaupt, die dadurch gefährdet erscheinen, dass die geplante Ver-



Die erste oberschlesische Markthalle im Jahre 1905.

bindung unmittelbar bei der Stadt vorübergeführt werden soll, ohne sie mit einem Bahnhofe zu berühren, dass die günstige Gelegenheit, die Stadt an eine Hauptbahn anzuschließen, die nie wiederkehren wird, ungenutzt vorübergehen, und dass die Stadt nunmehr für alle Zukunft an einer unbedeutenden Zweigbahn, einer ehemaligen Kohlenbahn, ohne unmittelbaren Anschluss an den Weltverkehr verbleiben soll.

Die Stadt Königshütte O/S., im Jahre 1869 auf Grund der allerhöchsten Kabinettsordre vom 18. Juli 1868 durch Zusammenlegung verschiedener, von Arbeitern der fiskalischen Werke bewohnten Gemeinden und Gutsbezirke und von Teilen solcher mit 13 911 Einwohnern gegen den lebhaften Widerspruch derselben im öffentlichen Interesse gegründet, ist leider zu spät in die Reihe der oberschlesischen Städte getreten, als dass sie bei dem Bau der Oberschlesischen oder Rechteoderufer-Bahn hätte Berücksichtigung beanspruchen können. Es ist deshalb gewiss nicht ihr Verschulden, wenn sie damals nicht Bahnhof einer dieser Bahnen geworden ist.

Inzwischen hat sich die Stadt zu einer Mittelstadt entwickelt, welche bei der Volkszählung i. J. 1885 32 072 und bei der letzten Personenstandsaufnahme im November v. J. 34 507 Einwohner gezählt hat. Sie ist dadurch die viertgrösste Stadt in der Provinz Schlesien und die grösste des Regierungsbezirks Oppeln geworden und steht vermöge der Entwicklung ihrer Berg- und Hüttenwerke nicht zurück gegen die anderen Städte des oberschlesischen Industriebezirks, wenn ihre Einwohner auch zumeist nur Arbeiter jener Werke sind.

Trotzdem ist in den Eisenbahnfahrplänen ihr Name nur an einer Zweigbahn zu finden, während die Nachbardörfer Schwientochlowitz und Chorzow in denselben auf den Hauptbahnen prangen, und müssen die Reisenden auf diesen Bahnhöfen umsteigen, um auf die Hauptbahn bzw. von dieser nach Königshütte zu gelangen, und auf dem Bahnhof Königshütte sich mit Einrichtungen genügen lassen, welche weit hinter denen der Nachbarbahnhöfe zurückstehen.

Alles dies sind Verhältnisse, wie sie gegenüber einer Stadt von annähernd 35 000 Einwohnern herabdrückender wohl nicht gedacht werden können. Dennoch sind sie bislang von der Einwohnerschaft mit stiller Ergebung und in Bescheidenheit getragen worden, weil die gegebenen Verhältnisse zur Zeit tatsächlich unabänderlich erschienen. Sie sind jedoch so getragen worden zugleich in der zuversichtlichen Hoffnung, dass bei sich bietender Gelegenheit seitens der Eisenbahnverwaltung selbst darauf ernst Bedacht werden genommen werden, die in industrieller Beziehung so bedeutende Stadt mit dem Weltverkehre in eine dieser Bedeutung und ihrer Grösse entsprechende Verbindung zu bringen.

Wider Erwarten soll dieses nach dem Gesetzentwurf nicht geschehen. Deshalb glauben wir ferner nicht in Zurückhaltung verharren zu dürfen. Denn wenn die Stadt Königshütte auch nur eine Arbeiterstadt ist, so ist sie es in der Hauptsache doch einzig und allein dadurch, dass ihre Industriellen nur der Kgl. Staatsfiskus und die Vereinigte Königs- und Laurahütten-Aktiengesellschaft sind, von denen jener die Erträge seiner Bergwerke in die Staatskasse einbezieht, während die Aktiengesellschaft den Reingewinn ihrer Hüttenwerke als Dividende in alle Welt zerstreut und dass bei der mangelhaften Eisenbahnverbindung eine Kleinindustrie, sowie der Handel im allgemeinen und damit der für jedes Gemeinwesen unentbehrliche Mittelstand sich nicht hat entwickeln können, sowie dass infolge dieser Tatsachen bisher die Gemeindesteuer zeitweilig über 400% der Staatseinkommen- und Klassensteuer betragen und im Durchschnitt der letzten 10 Jahre sich auf rund 350% behauptet hat, was jeden, der nicht auf Grube und Hütte angewiesen ist, davon abhält, in Königshütte sich niederzulassen.

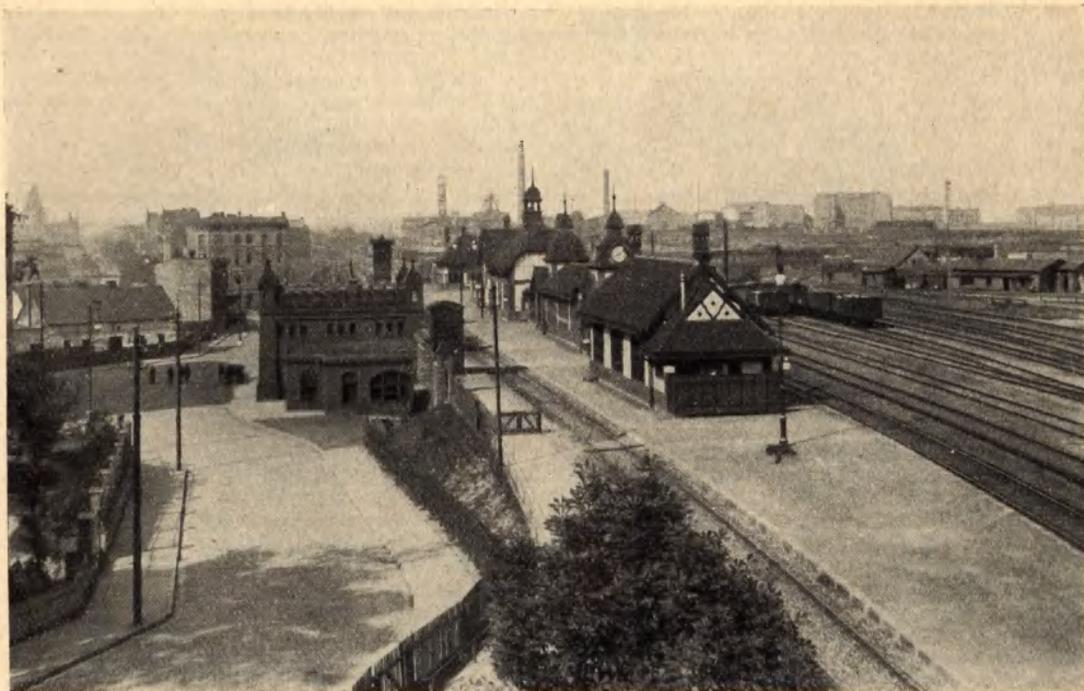
Deshalb und weil wir der Ansicht und zuversichtlichen Hoffnung sind, dass durch Anschluss der Stadt Königshütte an eine Haupteisenbahnlinie die Zukunft derselben eine bessere werden wird, insofern dieser Anschluss die Heranziehung und Entwicklung einer Kleinindustrie, die Belebung von Handel und Wandel und damit die Begründung und Kräftigung eines mittleren Bürgerstandes und als Folge hiervon die Herabsetzung der Gemeindesteuern auf eine erträgliche Höhe möglich machen wird, wenden wir uns vertrauensvoll an das hohe Haus der Abgeordneten mit der dringenden Bitte gehorsamt:

Hochdasselbe wolle gelegentlich der bevorstehenden Beratung des Staatseisenbahnerweiterungsgesetzes hochgeneigtest zu Gunsten der Stadt Königshütte O/S. dahin wirken, dass die Abkürzungslinie Chorzow—Kattowitz ihr nicht zum Nachteil gereiche, dass vielmehr der Hauptbahnverkehr zwischen der Oberschlesischen und der Rechteoderufer-Eisenbahn

entweder

über den bestehenden Bahnhof Königshütte O/S. der Linie Beuthen—Schwientochlowitz
oder

über einen auf Königshütter Feldmark an anderer geeigneter Stelle neu anzulegenden Bahnhof geleitet werde.



Bahnhof Königshütte Oberschlesien im Jahre 1903.

Wie dies zu ermöglichen, werden nur Sachverständige feststellen können, und befinden wir uns nicht in der Lage, in bestimmter Weise vorzuschlagen. Wir können vielmehr nur Andeutungen machen und haben uns erlaubt, dies in der angehängten Lagezeichnung zu tun. In derselben haben wir, wie einerseits

- a) die geplante Abkürzungslinie Chorzow—Kattowitz, so auch andererseits
- b) drei Linien für die Leitung des Hauptpersonen- und Güterverkehrs zwischen der Oberschlesischen und der Rechteoderufer-Eisenbahn, wie wir sie für möglich erachten,

in geeigneter Weise durch von einander verschiedene Zeichen zu veranschaulichen versucht. Sollten durch die Ausführung der angedeuteten Linien, was nicht ausgeschlossen ist, auch wirklich höhere Kosten entstehen, so dürfte das nur unbedeutend sein, jedenfalls aber von der Ausführung nicht abhalten dürfen, da es sich um die Erfüllung nicht unberechtigter und nicht unbilliger Wünsche, sowie um die Zukunft einer Stadt handelt, die in wenigen Jahren 40000 Einwohner und darüber zählen wird und schon jetzt die viertgrößte Stadt der Provinz Schlesien und die größte des Regierungsbezirks Oppeln ist, einer Stadt, die vor 20 Jahren staatlicherseits im öffentlichen Interesse für notwendig erachtet und

begründet worden ist und allein schon um deshalb notwendig auch erhalten und weiter entwickelt werden muss, wenn den auf die Gründung gesetzten Erwartungen weiter Genüge geschehen soll.

Der Magistrat
Girndt
Erster Bürgermeister.“

Diese Bittschrift hatte nicht den erstrebten Erfolg. Wohl wurde vom Abgeordnetenhaus der Anspruch der Stadt als berechtigt anerkannt, indessen nahm es den vorliegenden Gesetzentwurf an und erklärte die Bittschrift in der Sitzung vom 23. April 1890 als hierdurch erledigt.

Nunmehr galt es für den Magistrat, in dem alsdann eingeleiteten Verfahren zur landespolizeilichen Prüfung der Bahnstrecke Kattowitz—Chorzow den Versuch, das Projekt zu Fall zu bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu wiederholen. Mit Unterstützung der Königsgrube und der Gewerkschaft v. Giesches-Erben, deren Bergbauinteressen durch das Projekt berührt wurden, gelang es, ein neues, die alte Linie Chorzow—Königshütte—Schwientochlowitz innehaltendes Projekt auszuarbeiten, das am 19. April 1894 die landespolizeiliche Genehmigung erhielt und 1900 zur Ausführung kam.

Der Personenbahnhof für Königshütte der Strecke Schwientochlowitz—Beuthen war anfangs in Chorzow. 1872 erhielt die Stadtmitte endlich auch einen Personenbahnhof, dessen Gebäude 1885 renoviert und vergrößert wurde und, wie die Chronik mit Stolz vermerkt, eine Bahnhofrestauration erhielt. Lange Zeit „existierten Schnellzüge für Königshütte nicht; es musste, da auch Anschlusszüge an die in Chorzow haltenden Züge zum Teil nicht gefahren wurden, der Anschluss zu Fuss oder Wagen gesucht werden auf schlechten, in fremder Feldmark liegenden Landwegen“. Viele und schwierige Verhandlungen waren notwendig, ehe die Eisenbahnbehörde eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zubilligte und Eil- und Schnellzüge auch in Königshütte halten liess. Nicht anders war es mit dem Bahnhofsgebäude. Aber die Räumlichkeiten des Bahnhofs, so heisst es im Verwaltungsbericht von 1890, „haben sich schon seit Jahren als unzulänglich erwiesen. Wiederholte Vorstellungen bei den zuständigen Eisenbahnbehörden fanden leider wenig Wohlwollen, führten indessen nach und nach doch einzelne Verbesserungen herbei, die allerdings den berechtigten Ansprüchen bei weitem nicht genügten“. Jahr für Jahr machte der Magistrat Vorstellungen bei der Eisenbahnverwaltung wegen der Unzulänglichkeit der Bahnhofsanlage. Im Jahre 1902 hatte man endlich Erfolg. Der Umbau des Bahnhofs Königshütte begann; er wurde 1903 dem Betrieb übergeben und bestand aus sechs verschiedenen einstöckigen Gebäuden. Aber schon im selben Jahre heisst es im Verwaltungsbericht: „Ob die Bahnhofsgebäude sich als ausreichend erweisen werden, erscheint schon jetzt zweifelhaft, umsomehr, als die Einwohnerzahl von Königshütte ständig im Wachsen ist; es ist nicht zuletzt auch aus Schönheitsrücksichten zu beklagen, dass ein den örtlichen Verhältnissen so wenig Rechnung tragender Bahnhofsbau zur Aufführung gelangt ist.“ 1905 wurde immer noch ein angemessener Plattenbelag und die Ueberdachung der Bahnsteige vermisst, die dann 1907 endlich gebaut wurde. Wohl sind eine Reihe von An- und Umbauten bis zum Weltkriege notwendig geworden, im allgemeinen aber blieb der Bahnhof von 1902 erhalten, an dem auch die Polen nichts änderten. Heute dürfte die Bahnhofsfrage wohl endlich befriedigend gelöst werden.

Die Zweigbahn Schwientochlowitz—Beuthen O/S. führte mitten durch die Stadt und teilte sie in einen nördlichen und einen südlichen Stadtteil. Eine Verbindung zwischen beiden zu schaffen, war eine ständige Aufgabe des Magistrats. Man schuf eine Eisenbahnunterführung in der Lobe- strasse, die 1903 auf ihre jetzige Breite erweitert wurde. Neben der Unterführung der Eisenbahn baute man eine Ueberführung, die sogenannte „Germaniabücke“. Sie wurde 1877 fertiggestellt, 1903 neu gebaut und dabei verbreitert. Heute wird sie wieder einer gründlichen Erneuerung unter-

zogen und den verkehrsmässigen Ansprüchen der neuen Zeit angeglichen. Die „Germanibrücke“ hatte einen Vorläufer in Form einer hölzernen Laufbrücke, der sogenannten „Schwabenbrücke“. Sie stand an derselben Stelle, wo jetzt die „Freiheitsbrücke“ steht. Ueber sie führte die Krugstrasse, die früher die Verlängerung der Ringstrasse durch das Hüttenwerk nach dem evangelischen Friedhofe bildete. Vor dieser hölzernen Brücke stand übrigens das Koloniehäus Nr. 1, hinter diesem lagen die Häuser Nr. 2 bis 8, die im Jahre 1871 infolge Zusammenbruchs des Feldes zum Abbruch kamen. Das Koloniehäus Nr. 8 erhielt darauf die Nr. 1. Im Jahre 1900 sind dann eine Reihe anderer Häuser der Kolonie „Königshütte“ in der Kalidestrasse abgebrochen worden, um städtischen Gebäuden Platz zu machen.

* * *

Eine nicht geringe Sorge musste die Stadt ihren **Strassen** zuwenden, die zur Zeit der Stadtgründung mehr oder weniger Dorfstrassen glichen. Die Pflasterung der Hauptstrassen begann 1872 mit der Pflasterung der Kattowitzer und der Schwientochlowitzer Strasse, die zum damaligen „Bahnhof Königshütte in Schwientochlowitz“ führte. Auch der Fiskus beteiligte sich an der Pflasterung einiger Strassen. Neue Strassen (so nach Süd-Lagiewnik und auf dem „Wandelberge“ nach dem Redenberg) waren auch schon in den ersten Jahren der Stadtgründung notwendig. Der Magistrat bemühte sich überdies, nicht nur vor den Häusern, sondern auch in der ganzen Länge der Bürgersteige „Trottoirplatten“ legen zu lassen. Bald aber zwang die „trübe Finanzlage der Stadt“ die Bauverwaltung zur Beschränkung auf die notwendigsten Ausbesserungen. „Neubauten von einiger Bedeutung konnten nur im Jahre 1877/78 vorgenommen werden... In den folgenden Jahren durfte nur Weniges, und zwar nur das neu geschaffen werden, was unabweisbar notwendig war. Dies war die Fertigstellung der Strasse vor dem neuen Rathause, die Fortsetzung der in den Vorjahren begonnenen Regulierung der Chausseegräben und Bürgersteige an der Beuthener Strasse, die Aufschüttung und Befestigung des neuen Ringplatzes und der Ausbau der Strasse zum Bahnhofe der Oberschlesischen Eisenbahn, bezüglich deren die Stadtgemeinde nach siebenjährigem Streite mit der Direktion der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft schliesslich durch Entscheidung des Kreis Ausschusses zu Beuthen O/S. vorbehaltlich etwaiger Civilansprüche gegen die genannte Eisenbahn im Verwaltungsstreitverfahren endgültig verurteilt worden ist, die Strasse auszubauen und in die städtische Unterhaltung für immer zu übernehmen.“ Erst um 1890 bis zum Weltkriege konnten einige Strassen gepflastert oder chaussiert werden. Neu angelegt wurden in der Zeit von 1894 bis 1899 die Eck-, Graben-, Flur-, Ziegelei-, Nomiarkistrasse und der neue Ring. In dieser Zeit entstanden auch die Strassendurchlegungen: Bismarck-, Wasser-, Junghann-, Ladewig-, Karl-, Friedrich-, Tempel-, Girndt-, Peterstrasse. Die meisten Strassen sind in den Jahren 1900 bis 1903 gepflastert worden. Die Gesamtlänge des städtischen Strassennetzes erreichte 1903 rund 38,7 km. Es wird eine reizvolle Aufgabe sein, demnächst einmal in einem besonderen „Strassenbuche“ die Bau- und Lebensgeschichte der Königshütter Strassen darzustellen.

* * *

Zu einer sorgfältigen Strassenunterhaltung gehört auch eine regelmässige gründliche **Strassenreinigung**. Die Reinigung der Strassen durch die Grundstückseigentümer, die oft nur unregelmässig und mangelhaft ausgeführt wurde, musste auch in Königshütte schon bald nach der Stadtgründung städtischerseits übernommen werden. Die trübe Finanzlage aber der siebziger und achtziger Jahre zwang die Bauverwaltung oft zur Beschränkung der Strassenreinigung. Die Strassensprengung ist in den Jahren um 1880 fast ganz eingestellt worden.

* * *

In der Erkenntnis, dass eine Anhäufung von Haushaltsabfällen auf den Grundstücken eine gesundheitliche Gefahr für die Einwohnerschaft bildete, hat auch die junge Stadt Königshütte bald eine **Müllabfuhr** eingeführt und durch Ortssatzung geregelt. Das Müll ist damals in allen

möglichen, teils undichten, teils deckellosen Gefässen oder in besonderen Gruben im Hofe gesammelt worden und wurde dann in offenen oder nur unvollkommen geschlossenen Wagen abgefahren. Die Einführung neuzeitlicher staubverhütender Abfuhrsysteme und die Aufbewahrung des Mülls in dichten, geschlossenen Behältern bis zur Abfuhr ist bis heute nur Stückwerk geblieben. Ebenso bleibt der nationalsozialistischen Stadtführung die Frage der **Müllverwertung** zu lösen übrig und das Müll nicht einfach als lästigen, wertlosen Stoff in Lehm-, Sand- und Kiesgruben oder sonstigen Geländevertiefungen abzuschütten.

* * *

Manchmal gingen riesige **Grubenfelder zu Bruche** und verursachten in den 70er Jahren erheblichen Sachschaden. So wurden die Anwohner der Karlstrasse im Jahre 1889 in nicht geringe Aufregung versetzt, „als unter furchtbarem Dröhnen ein Teil der Strasse etwa fünf Meter im Geviert in die Tiefe ging, einen nach innen sich erweiternden Trichter bildend“. Die Oeffnung hatte eine Tiefe von 14 m und erweiterte sich immer mehr. Viele Gespanne hatten Tag und Nacht zu tun, um die Erdmassen heranzuschaffen, die die Bruchstelle zuschütten sollten.

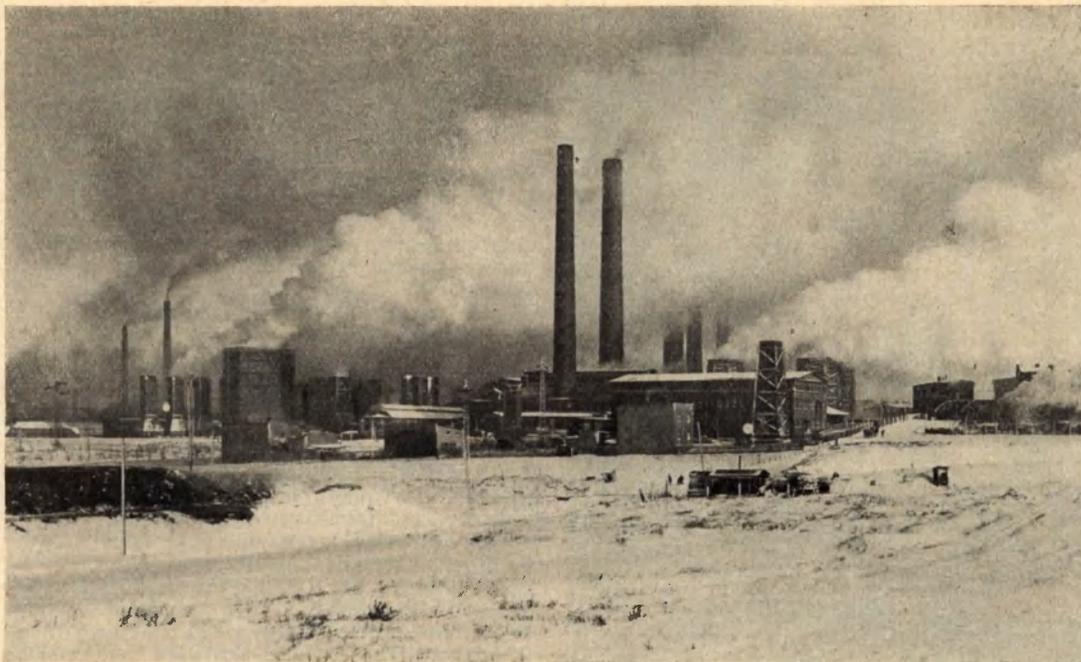
Im Jahre 1938 ging das Gelände am heutigen Eichendorffplatz plötzlich in die Tiefe. Die Senke ist heute noch nicht ganz wieder ausgefüllt. Die Folgen des Grubenabbaues machen sich jetzt in dem Fehlen geeigneten Baugeländes bemerkbar. Die Notwendigkeit einer harmonischen Abstimmung der Bebauungsabsichten der Stadt und der Abbauinteressen der Gruben ist seit einem Jahrzehnt immer brennender geworden.

* * *

Die Strassen der damaligen Gemeinden und „Kolonien“ um die Königshütte hatten durchweg keine Nachtbeleuchtung. Einzelne Strassen der neuen Stadt sind um 1870 durch Petroleumlampen beleuchtet worden, da die Gasanstalt der Vereinigten Königs- und Laurahütten - A. G. das notwendige Gasquantum nicht liefern konnte. Seit 1872 kam es dann zu einem Gaslieferungsvertrag. Bis zum Jahre 1879 erleuchteten 185 Gaslaternen und 42 Petroleumlaternen die Strassen der Stadt. Die der Grösse und zerstreuten Lage der Stadt angemessene Anzahl der Nachtlaternen musste von da ab „und zwar mit Rücksicht auf die über die Stadt infolge des Niederganges der Industrie hereingebrochene Finanznot behufs Erzielung von Ersparnissen auf das allernotwendigste Mass herabgemindert werden, und sind deshalb 31 Nachtlaternen zu Abendlaternen gemacht worden....“. 1887 brannten schon 190 Gas- und 66 Petroleumlaternen. 1893 brannten 301 Gaslaternen. Die Petroleumlampen waren abgeschafft. Auch die Gasbeleuchtung der Strassen fand im Jahre 1898 ihr Ende. Am 1. Oktober 1898 ist die Gasleitung ausser Betrieb gesetzt worden. An die Stelle der Gaslaternen traten elektrische Bogen- und Lichtglühlampen. So brannten 1899 bereits 89 elektrische Bogenlampen und 526 elektrische Glühlampen, deren Strom die Vereinigte Königs- und Laurahütten - A. G. lieferte. Auch die Einwohner schlossen sich dem elektrischen Stromnetz mehr und mehr an. Nur die entlegenen Stadtteile Klimsawiese, Nomiarki und Pniaki mussten sich noch mit Gas begnügen. Klimsawiese z. B. hat erst 1912 elektrisches Licht erhalten.

* * *

Mit der Einführung der elektrischen Beleuchtung fällt auch die **Eröffnung der Elektrischen Strassenbahn** Königshütte—Domb—Kattowitz zusammen, die am 8. Oktober 1898 zum ersten Male verkehrte. Ausserdem sorgten für den Verkehr die der Oberschlesischen Dampfstrassenbahn-Gesellschaft und der Kattowitzer Kleinbahn-Aktiengesellschaft nach Kattowitz, Bismarckhütte, Antonienhütte, Beuthen, Gleiwitz und Laurahütte führenden elektrischen Strassenbahnen, deren Betrieb in den ersten Jahren nach der Eröffnung seit 1897 (nach Beuthen 1894) viel zu wünschen übrig liess, insbesondere, als sie noch mit Dampf betrieben wurden. Die Niederschrift im Verwaltungs-



Industrieanlagen in Königshütte-Ost.

bericht von 1898 bis 1907: „Doch bleibt noch manches in der Bedienung der Züge, der Ausstattung der alten Wagen, der noch schnelleren Aufeinanderfolge der Züge zu wünschen übrig“, könnte heute ebenso geschrieben sein!

* * *

Für jede Stadt ist die Frage der **Versorgung mit gutem Trink- und Wirtschaftswasser** eine lebenswichtige Frage. Anfangs entnahmen die Bürger ihr Wasser den Brunnen. 1882 besass die Stadt 53 öffentliche Brunnen und Wasserständer, zu deren Speisung ein Rohrnetz von 17074 Meter Länge erforderlich war. Mit dem fortschreitenden Bergbau versiegten die Brunnen mehr und mehr. Und im Mai 1879 bereits musste das der Stadt gehörige Wasserwerk wegen unzureichender Wasseransammlung in den Sammelbrunnen ausser Betrieb gesetzt werden, nachdem die Berg- und Hüttenverwaltung der Vereinigten Königs- und Laurahütten - A. G. unter gewissen Bedingungen die Verpflichtung übernommen hatte, einen Teil der Kronprinzen-, Bismarck-, Beuthener- und Peterstrasse mit Trink- und Wirtschaftswasser, teils unter Benutzung der vorhandenen städtischen, teils durch Aufstellung neuer Wasserständer zu versorgen. Der Wassermangel machte sich seit Beginn der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an vielen Stellen des oberschlesischen Industriebezirks mehr und mehr bemerkbar; es fehlte nicht nur an dem erforderlichen Trinkwasser zur Versorgung der Bevölkerung, sondern auch die industriellen Werke litten Mangel an dem zur Versorgung der Dampfkessel notwendigen Süsswasser. Um zu verhüten, dass ein tatsächlicher



Ein Modehaus (Zuber)
in der Adolf-Hitler-Strasse

Seite standen. Salbach wies zunächst darauf hin, dass die Wasserläufe der Brinitza, Przemsa und Klodnitz, an deren Nutzbarmachung man gedacht hatte, sowohl in bezug auf die Menge als auch auf die Beschaffenheit des in ihnen vorhandenen Wassers nicht in Frage kämen. Dagegen machte er darauf aufmerksam, dass in der ober-schlesischen Triasmulde Wassermengen zur Verfügung ständen, welche bereits durch verschiedene Bohrungen aufgeschlossen wären. So hatte z. B. die Hohenlohesche Verwaltung in dem sogenannten Scharfschen Steinbruch bei Zawada drei Bohrlöcher zu Nutzungszwecken niederbringen lassen, aus denen nach dem Durchsinken der unteren Triasschichten grosse Wassermengen in vorzüglicher Beschaffenheit wie aus artesischen Brunnen emporschossen und über Tage ausgossen. Baurat Salbach schlug daher vor, in der Gegend von Zawada einen Tiefbrunnen auszuteufen, und von hier aus den ober-schlesischen Industriebezirk mit Wasser zu versorgen. Dieser Vorschlag wurde durch die drei Ressortminister in dem Erlass vom 29. März 1880 genehmigt und zu seiner Ausführung 50 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das von Salbach vorgeschlagene Bohrloch kam in den Jahren 1880 bis 1882 zur Ausführung.

Den Staatsbehörden lag nun daran, das wasserführende Bohrloch gegen Wasserentziehung durch bergmännische Arbeiten zu sichern. Insbesondere besorgte man, dass ihm bei

Notstand einträte, beauftragte der Herr Minister für Handel und Gewerbe durch Erlass vom 19. März 1873 das Königliche Oberbergamt zu Breslau, Erhebungen über den Stand der Wasserversorgung im ober-schlesischen Industriebezirk anzustellen und gegebenenfalls Vorschläge zu machen, auf welche Weise dem vorhandenen Wassermangel gesteuert werden könnte. Insbesondere liess die Regierung die Frage prüfen, ob die im ober-schlesischen Industriebezirk vorhandenen und zur Zeit benutzten Wasserquellen in bezug auf ihre Beschaffenheit den Anforderungen genügen. All diese Erhebungen hatten das Ergebnis, dass die Versorgung des ober-schlesischen Industriebezirks unzureichend wäre, und dass ferner die Hälfte der vorhandenen Wasserquellen ein für Trinkzwecke wenig brauchbares Wasser lieferte. Auf Grund der in diesem Sinne vom Oberbergamt zu Breslau und von der Regierung zu Oppeln erstatteten Berichte erkannten die Herren Minister für Handel, Gewerbe und öffentlichen Arbeiten, des Innern und der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten die Notwendigkeit der Schaffung einer allgemeinen Wasserversorgung für den ober-schlesischen Industriebezirk an. Mit der Leitung der hierfür erforderlichen Vorarbeiten betrauten sie durch gemeinsamen Erlass vom 14. Mai 1878 den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und stellten ihm für diesen Zweck 50 000 Mark zur Verfügung. Die Hälfte dieser Summe wurde auf die Fonds der staatlichen Bergverwaltung übernommen. Für die Ausführung der Vorarbeiten wurde der Königliche Baurat Salbach aus Dresden gewonnen, dem besondere Erfahrungen bei der Ausführung von Wasserversorgungsanlagen zur

Niederbringen von Mutungsbohrlöchern ein Teil des Wassers entzogen werden könnte. Um dies zu verhindern, bestimmte das Königliche Oberbergamt zu Breslau durch die Bergpolizeiverordnung vom 23. Juli 1880 (Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Oppeln 1880, Stück 31, Seite 211), dass innerhalb des daselbst beschriebenen Bezirks, mit dem man die Ränder der wasserführenden Schichten zu überdecken glaubte, alle Schürfarbeiten bis auf weiteres untersagt wären, sofern nicht vorher die besondere Genehmigung des zuständigen Revierbeamten dazu eingeholt wäre.

Während diese Vorarbeiten für eine allgemeine Wasserversorgung des oberschlesischen Industriebezirks vorgenommen wurden, war der Wassermangel, verstärkt durch eine Reihe trockener Sommer, immer fühlbarer geworden. Namentlich machte er sich in der Stadt Königshütte und deren Umgebung bemerkbar. „Wir sind bereits so weit“, trug der Wortführer der Königshütter dem 1863 in Königshütte weilenden Handelsminister Itzenplitz vor, „dass die Vermögenden Wasser kaufen müssen, aber selbst um schweres Geld kein Wasser zu kaufen bekommen. Die Aermere müssen sich schon des Nachts an den Brunnen aufpflanzen, um einer dem anderen das Wasser wegzustehlen, wobei es im Gedränge häufig zu Tötlichkeiten kommt. In sanitätspolizeilicher Beziehung machen sich schwere Misstände geltend. Die Feuerversicherungen wollen keine Versicherung mehr aufnehmen, weil kein Wasser zum Löschen da ist. Die 1000 Kinder in den hiesigen Schulen empfinden den Mangel an Wasser aufs empfindlichste. Die Reinlichkeit, das Fundament einer gesunden Erziehung, kann von uns gar nicht verlangt werden.“ Der Minister ordnete die Anlage von Wasserständern in ganz Königshütte an. Um diesem Notstand zu steuern, hatte der Bergfiskus zwar die im Freundschaftsschacht der Königsgrube zu Tage gehobenen Wasser der Stadt zur Speisung der vorhandenen Wasserleitung zur Verfügung gestellt, doch war diese Massnahme nur als vorläufig gedacht, da sich die Notwendigkeit ergab, den Schacht wieder dem Betriebe nutzbar zu machen. Infolge des in Königshütte zu einer Entscheidung drängenden Notstandes konnte mit der Wasserversorgung der Stadt auf das Zustandekommen der allgemeinen Wasserversorgung von Zawada her nicht gewartet werden; es wurde vielmehr der Bau einer besonderen Wasserleitung nach Königshütte beschlossen und hierfür die Verwendung des in dem tiefen Friedrichsstollen des Königlichen Blei- und Silberbergwerks Friedrich bei Tarnowitz vorhandenen Wassers ins Auge gefasst. Das Wasser sollte in dem etwa 3 km südlich von der Stadt Tarnowitz gelegenen Glückhilfschacht durch eine Pumpe zu Tage gehoben und alsdann in das Gebiet von Königshütte geleitet werden. Dieser Plan erfuhr insofern eine Aenderung, als später nicht der Glückhilfschacht, sondern der etwa 1 km östlich von ihm gelegene Adolfschacht der Friedrichsgrube zur Wasserhebung benutzt wurde. Der Bergfiskus hatte an der Wasserversorgung von Königshütte und der benachbarten Ortschaften aus dem Grunde ein besonderes Interesse, weil das Versiegen der Brunnen in der Stadt in der Hauptsache auf den staatlichen Bergbau zurückgeführt wurde. Hierzu kam, dass das Königliche Steinkohlenbergwerk König selbst lebhaft unter dem Mangel an gutem Wasser für Kesselspeisezwecke litt, da ihm hierfür nur das durch Kalk entsäuerte und stark gipshaltige Grubenwasser zur Verfügung stand. Die Folge dieses schlechten Kesselspeisewassers waren häufige Betriebsstörungen. Die Kosten der Wasserleitung Adolfschacht-Königshütte wurden aus diesem Grunde völlig auf die Fonds der staatlichen Bergverwaltung übernommen. In den Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für die Jahre 1882 bis 1885 wurden für die Ausführung des Projektes insgesamt 696 000 RM. bewilligt. Ehe man an die Ausführung ging, nahm man umfangreiche Messungen und Untersuchungen der Wasser des tiefen Friedrichsstollens vor. Diese ergaben, dass die Menge der Stollenwasser stark wechselte und je nach der Jahreszeit und den Witterungsverhältnissen zwischen 12 und 25 cbm in der Minute schwankte; auch erwies sich das Wasser nicht immer frei von organischen Beimengungen, die auf den Betrieb der Friedrichsgrube zurückgeführt werden mussten. Es wurde daher auf die Verwendung des Stollenwassers verzichtet und, um ein einwandfreies und beständiges Wasser zu erhalten, in der Zeit von Juli 1884 bis April 1885 in dem neben dem Adolfschacht gelegenen Maschinenschacht ein Bohrloch gestossen, durch das reichlich Wasser erschlossen wurde. Am 18. Oktober 1884 nachmittags 5 Uhr 15 Minuten traf das so lang ersehnte Wasser ein und wurde von der Bürgerschaft mit lautem Jubel begrüßt. Die Freude muss recht gross gewesen sein, wenn der Bürgerverein sogar ein „Wasserfest“ veranstalten konnte und in Erinnerung an diesen Tag künftig immer

wieder zu feiern gedachte. Das Wasser wurde der Chronik zufolge als „kristallklar und von angenehmstem Geschmack“ geschildert.

Da die Zuflüsse des ersten Bohrloches bald nicht mehr ausreichten, wurde in den Jahren 1887 bis 1888 ein zweites Bohrloch neben dem Adolfschacht niedergebracht, durch das nahezu 6 cbm Wasser in der Minute erschlossen wurden.

Die Leitung Adolfschacht-Königshütte führt über Neu-Repten, Städtisch-Dombrowa, Beuthen, Hohenlinde nach Königshütte. In Mittel-Lagiewnik (jetzt Hohenlinde) wurde ein Wasserturm von 500 cbm Inhalt errichtet; die Oberkante des Behälters liegt bei + 319 m N. N. Zunächst versorgte die Wasserleitung lediglich die Stadt Königshütte nebst den dazu gehörigen Kolonien und die Schachtanlagen des Königlichen Steinkohlenbergwerks König. In den folgenden Jahren wurde sie alsdann nach Süden bis Ober- und Nieder-Heiduk (jetzt Bismarckhütte) und Schwientochlowitz und nach Osten bis Chorzow und Wenzlowitz verlängert; auch die Ortschaften Ober- und Mittel-Lagiewnik (jetzt Hohenlinde) erhielten Anschluss.

* * *

Eine hochbedeutsame Angelegenheit jeder Gemeinde ist die **Beseitigung ihrer Schmutz- und Abwässer**, ist die Reinigung der Abort- und Abfallgruben.

Die Fäkalien wurden damals im ganzen Bezirk in gemauerten oder betonierten Gruben innerhalb der einzelnen Grundstücke angesammelt. Die Entleerung der Dünger- und Senkgruben geschah bis in die Weltkriegsjahre hinein durchweg auf pneumatischem Wege in Abfuhrtonnen. Die Abfuhr besorgten teils Abfuhrunternehmer, teils beseitigten die einzelnen Hausbesitzer selbst den Grubenhalt nach ihren naheliegenden Gärten. In den neunziger Jahren hielt ein Privatunternehmer einen geruchlosen Wagen mit Gasverbrennung, den er gegen Entschädigung verlieh. Seit 1899 unterhielt auch die Stadt eine Abfuhranstalt und veranlasste die Hausbesitzer, sich des privaten und städtischen Abfuhrwagens zu bedienen, damit durch die Wegschaffung der Fäkalien und durch die Reinigung der Gruben die Nachbarn möglichst wenig belästigt wurden. Die Reinigung der Senk- und Dunggruben gab aber trotz zahlreicher Bestrafungen immer wieder zu Klagen Anlass und oft genug musste bei verhältnismässig vielen Hausbesitzern durch polizeiliche Massnahmen die Reinigung erzwungen werden.

Der Grubenhalt ist auf die in der Nähe der Stadt liegenden Aecker und Gärten geschafft worden. Da jedoch in den wenig umfangreichen Landschaften und gärtnerischen Betrieben die Jauche nicht untergebracht werden konnte, entstanden oft und meist in den Sommermonaten die ärgsten Misstände durch überfüllte Gruben bei stockender Abfuhr.

Auch die Ableitung der Wirtschafts- und Regenwässer aus den einzelnen Grundstücken machte mehr und mehr Sorge. Die Ableitung geschah bis 1902 vorwiegend in offenen oder überdeckten Rinnen nach der Strasse hin. In den Strassenrinnen flossen die Wasser zum Teil auf sehr langen Wegen, bis sie durch einen unterirdischen Kanal oder durch einen offenen Wasserlauf aufgenommen wurden.

In den dichter bebauten Stadtbezirken, wo die Strassen in den letzten Jahren neu gepflastert oder befestigt wurden, sind gleichzeitig zeitgemässe Kanäle eingebaut worden, die für die Aufnahme aller Schmutzwässer wie der Regenwässer eingerichtet waren und in den nächsten offenen Vorfluter ausmündeten. Als Hauptabflussadern bestanden im nördlichen Stadtteil der sogenannte „Schwarze Graben“ und in der südlichen Stadt der sogenannte „Suezkanal“. Beide Gräben führten damals alle Wässer aus dem Stadtbezirk heraus. Die damaligen unterirdischen Ableitungseinrichtungen waren teils gemauerte Kanäle, teils Zementbeton- oder Tonrohre. Die offenen Gräben hatten auf einigen Strecken mit Holz befestigte Seitenwände, meist waren jedoch Sohlen und Wände unbefestigt.

Der „**Schwarze Graben**“ beginnt im nördlichen Stadtteil („Süd-Lagiewnik“) auf der Höhe östlich der Beuthener Strasse. Sein Lauf führte südostwärts durch einen dichtbebauten Stadtteil über Privatgrundstücke hinweg, kreuzte die Kronprinzenstrasse (heute: Hindenburgstrasse) und mündete nach einem etwa 3,5 km langen Laufe unterhalb der damaligen Kolonie „Nomiarki“ in



An der Rawa

die Rawa. Innerhalb der bebauten Grundstücke war der Graben schon damals teilweise überdeckt. Der offene Lauf des „Schwarzen Grabens“ mit seinem sehr schmutzigen Wasser besass nahezu auf der ganzen Strecke mit Brettern und Pfählen befestigte Böschungen. Da das Querprofil des Grabens an einigen Stellen zur Abführung der Wässer unzureichend war, kamen nicht selten Ueberflutungen der Ufer vor. Das überfliessende Wasser konnte aber auf dem anliegenden tiefer liegenden Gelände nicht weiter abfliessen. So bildeten sich zu beiden Seiten des Grabens Seen und Teiche, in denen das stehenbleibende Wasser nach und nach versickerte und verdunstete. Da auch die Schlachthausabwässer, die allerdings, wenn auch nicht ausreichend geklärt wurden, in den „Schwarzen Graben“ geleitet wurden, muss der Geruch nicht gerade angenehm gewesen sein.

Der „**Suez-Kanal**“ begann an den Klärteichen der Vereinigten Königs- und Laurahütte sowie des Krug-Schachtes und bildete hauptsächlich den Vorflutkanal für die Wässer der genannten Werke. In seinem oberen Laufe war der Kanal teils ausgebaut und überdeckt, teils offen. Vor seiner Einmündung in den Rawabach bei Klimsawiese war der „Suez-Kanal“ auf einer Länge von etwa 1,5 km offen. Die Böschungen wurden ebenso wie beim „Schwarzen Graben“ mit Holzbrettern befestigt. Auch der „Suez-Kanal“ litt an Ueberflutungen.

Die Hauptvorflut für die Abwässerung bildet noch heute die **Rawa**. Dieser Wasserlauf setzt sich aus einer Anzahl von Quellenbächen zusammen; bei Lipine und beim Bahnhof Morgenroth finden sich die ersten Bachgräben. Im Stadtgebiet kommen der „Schwarze Graben“ und der „Suez-Kanal“ hinzu, denen sich weiter abwärts Zuflüsse von Schwientochlowitz, Bismarckhütte, Zalenze, Brynow, Alfredgrube usw. anschlossen. Bei Schabelnie vereinigt sich die Rawa mit dem damaligen deutsch-russischen Grenzfluss Brinitza, der sich dann als „Schwarze Przemsa“ und „Przemsa“ in der Nähe des damaligen preussischen Ortes Neu-Berun in die Weichsel ergiesst.

Bis 1875 ist das Rawawasser ein klares und fischreiches Gewässer gewesen. Eine grosse Menge von Teichen, in Schwientochlowitz angefangen, und eine grosse Anzahl von Stauwehren ermöglichten die Verwertung des Rawawassers zu Antriebszwecken. Das rund 19,6 m betragende

Gefälle wurde durch Wassermühlen und ein mit Wasserkraft betriebenes Hochofenwerk bei Katowitz, dem sogenannten „Bogutzker Hammer“ ausgenutzt. Dieser „Hammer“ stellte einen Holzkohlenhochofen dar. Er ist bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts betrieben worden. Später, nach der Anlegung der Hüttenwerke und der immer weiter um sich greifenden Grossindustrie, wurden die Wassermühlen kassiert und die mit den Stauwehren verbundenen Teiche zu rein industriellen Zwecken verwandt; und zwar zum Speisen von Dampfkesseln, Kühlwasserzwecken, für Puddeleien, Stahlwerke, Hochöfen, Walzwerke usw. Der Rawabach und die durch ihn gebildeten künstlichen Teiche wiesen noch immer klares und reines Wasser auf und enthielten einen grossen Fischreichtum. Die alten Einwohner von Klimsawiese und Bismarckhütte werden sich neben dieser Tatsache auch noch darauf zu erinnern wissen, welchen grossen Zulauf die in diesen grossen Teichen befindlichen Badeanstalten im Sommer hatten. Das Wasser des Rawabaches blieb deshalb so klar und rein, weil er nur die Wassermengen seiner Quellzuflüsse und die Niederschläge seines etwa 90 qkm betragenden Niederschlagsgebietes übernahm. Abwässer sind bis zum Jahre 1875 so gut wie gar keine der Rawa zugeführt worden. Insbesondere wurden die Abwässer des fiskalischen Steinkohlenbergwerks „König“ in Königshütte durch den sogenannten Schlüsselersbollen unter Durchquerung der Wasserscheide zwischen der Przemsa und der Klodnitz, bezw. der Weichsel und der Oder, dem Klodnitzkanal bei Gleiwitz zugeführt. Man wollte damals nach dem Bau des Klodnitzkanals durch Zuführung der Abwässer der fiskalischen Bergwerke „König“ in Königshütte und „Königin“ in Zabrze die Schiffbarkeit des Kanals von dem veränderlichen Wasserstand der Klodnitz unabhängig machen. Freilich hatte man damit gerechnet, dass die Beschaffenheit der Grubenabwässer gleichbleibend sein würde. Erst im Laufe der Jahrzehnte stellte sich heraus, dass sich die Qualität dieser Abwässer mit dem Alter der Grubenbaue verschlechterte. Die Chemiker stellten fest, dass durch die Verwitterung und Auslaugung des in der Kohle eingesprengten Pyrits (Schwefeleisen) eine direkte Umsetzung in Schwefelsäure (H_2SO_3) erfolgt. Ein derartiges Abwasser musste auf die maschinelle Anlage der königlichen Hütten, die aus dem Kanal das Wasser entnahmen, und auf den Fischreichtum den ungünstigsten Einfluss ausüben. Man entschloss sich daher, die Abwässer des fiskalischen Bergwerks „König“ in Königshütte, die besonders viel Säure enthielten, dem natürlichen Flusslauf der Rawa zuzuführen. Von diesem Zeitpunkt an datiert die erste Verunreinigung des Rawawassers. Es ist verständlich, dass sich die Anlieger und die Besitzer der Teiche eine derartige Veränderung des Wassers nicht gutwillig gefallen liessen. Und als später auch die anderen Bergwerke mit ihren Abwässern die Beschaffenheit des Rawawassers immer mehr verschlechterten, sind eine grosse Anzahl von Prozessen bei den ordentlichen Gerichten angestrengt worden. Viele Beschwerden erreichten die zuständigen Behörden. Es kam wohl zu Vergleichen und Entscheidungen, aber die Abwässerungsverhältnisse der Rawa sind von Jahr zu Jahr ungünstiger geworden. Denn zu den Abwässern der Berg- und Hüttenwerke kamen von Jahr zu Jahr mehr auch diejenigen von Beizereien, Benzolfabriken und Teerproduktengewinnungsanstalten. Auch die Abwässer der Gemeinden, der Schlachthäuser, Krankenhäuser u. dergl. m. haben die Beschaffenheit des Rawawassers ausserordentlich verschlechtert.

An wärmeren Tagen gährte und brodelte es in diesem schlammigen Wasser. Bei der Zersetzung stiegen freiwerdende Gasblasen auf und platzten an der Oberfläche. Uebelriechende Dämpfe verbreiteten sie. Weder Fisch noch Pflanze konnten in diesem Wasser gedeihen. Die Anwohner des Rawabaches wissen zu berichten von Tierleichen und von toten Katzen, Ratten, Federvieh, Hunden usw., die häufig auf den schwarzgelben Fluten dahintrieben.

Man hat dem Rawabach daher den berüchtigten Namen „Kloaka maxima“ von Oberschlesien gegeben. Trotz der geradezu ekelregenden Beschaffenheit des Rawawassers kam es vor, dass dieses Wasser in heissen Sommern infolge Trinkwassermangels für Wirtschaftszwecke von der ärmeren Bevölkerung benutzt wurde. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn eine Typhusepidemie die Folge war. Auch die umliegenden Brunnen mussten für Trinkwasserzwecke allmählich ausscheiden. Das Bachbett der Rawa verschlammte auf seiner ganzen Länge immer mehr. Die Ufer hatten, abgesehen von wenigen sehr kurzen Strecken, unbefestigte, teilweise Rasenböschungen. Vielfach waren die Ufer durch Hochwasser abgerissen. An solchen Stellen

bildeten sich im Bach Ablagerungen, die den regelmässigen Abfluss der Wassermengen hinderten. Die beteiligten Behörden sahen sich veranlasst, endlich Wandel zu schaffen. Eine grosse Menge von Projekten für die Regulierung der Rawa und im Zusammenhang damit für die Trinkwasserversorgung des oberschlesischen Industriebezirks wurden in Angriff genommen. Das Problem der Trinkwasserversorgung ist im Laufe der Jahre befriedigend gelöst worden. Aber das Problem der Rawa regulierung und die der Abwässerableitung muss heute noch eine befriedigende Lösung finden.

Mit dem Beginn der Kanalisation im Jahre 1903, die von Jahr zu Jahr erweitert wurde, und dem sich Durchsetzen der Wasserklosetts, der Verbesserung der Kläranlagen bei allen industriellen Betrieben, sind die hygienischen Verhältnisse in der Stadt ausserordentlich verbessert worden; sie werden erst recht unter der neuen deutschen Stadtführung mustergültig geregelt werden.

* * *

Das Jahr 1871 brachte eine ungeheure Aufregung in die Stadt durch die **Arbeiter-Unruhen**. Der Anlass war recht sonderbar. Eine oberbergamtliche Verordnung vom 26. 11. 1870 schrieb die Kontrolle der auf den Bergwerken beschäftigten Arbeiter vor; jederzeit mussten Zahl und Person der beschäftigten Arbeiter zu ermitteln sein. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hatte man die Markenkontrolle eingeführt. Sie bestand darin, dass jeder über oder unter Tage beschäftigte Arbeiter eine Marke besitzt mit einer Nummer, die der in der Arbeiterliste geführten Nummer entspricht. Die Marke musste er beim Antritt seiner Schicht beim Kontrollbeamten abgeben und beim Verlassen des Werkes wieder in Empfang nehmen. Als es am 26. Juni 1871 zur Durchführung der heute so selbstverständlichen Markenkontrolle kam, weigerten sich die zur Schicht kommenden Arbeiter, die Marken zu entnehmen; ein grosser Teil verlies die Arbeitsstätte und am nächsten Tage begannen bedauerliche Zwischenfälle und Plünderungen, die mit militärischer Gewalt niedergeschlagen werden mussten und bis zum 15. August 1871 den Belagerungszustand nach sich zogen. Die Kontrollmarken aus Messing hatten nämlich die Bezeichnung K. G. Nr. ... (= Königs-Grube Nr. ...). Die Arbeiter deuteten diese Buchstaben als „Kaminski-Grundmann“. Kaminski war ein altkatholischer Geistliche und Grundmann galt als arbeiterfeindlich. Wer die Marke nahm, so ging das Gerücht, der stimme für die Absichten des Kaminski und Grundmann. Die Arbeiterschaft war unzweifelhaft von der polnisch orientierten Wochenschrift „Katolik“ fanatisiert, und polnische Agitatoren benutzten die Gelegenheit zu chauvinistischer Agitation.

Im Jahre 1875 lebte die Kaminski-Psychose erneut auf. Infolge eines Gerüchtes, dass der altkatholische Pfarrer Kaminski aus Kattowitz in den hiesigen Schulen Religionsunterricht erteilen sollte, wurde die Arbeiterbevölkerung so aufgeregt, dass viele Frauen und Männer sich am 10. Mai 1875 vor den Schulen versammelten und mit Ungestüm die Herausgabe der Kinder verlangten. Da man dieses Verlangen ablehnte, nahmen die Frauen eine bedrohliche Haltung an. Es kam zu Ausschreitungen, deren weitere Ausbreitung nur durch das Einschreiten der Polizei und eines Militärkommandos verhindert werden konnte. Die Hauptbeteiligten — meist Frauen — sind verhaftet und mit 6 Wochen bis zu 9 Monaten Gefängnis bestraft worden.

Das 1871 eingezogene „Militär-Wachkommando“ wurde erst am 1. April 1881 abberufen, als Beuthen O/S. eine Garnison erhalten hatte.

Den bisherigen Unruhen lagen in erster Linie religiöse Motive zugrunde, die sich mit polnischer Agitation mischten. Sozialistische Tendenzen waren nicht bemerkbar, denn bis 1882 vermochte die Sozialdemokratie in Königshütte keinen Boden zu gewinnen. Zum ersten Mal spürte man hier die sozialdemokratische Agitation im Jahre 1889. Als am 5. Mai 1889 auf verschiedenen Zechen des Gelsenkirchener Kohlengruben-Reviers unter den Bergleuten ein Ausstand ausbrach, der sich in kurzer Zeit auf das rheinisch-westfälische Kohlenrevier ausdehnte, sprang der Funke auch nach Schlesien über. Er zündete zuerst auf der Glückhilfsgrube im Waldenburger Revier, wo 4000 Mann streikten. Trotz aller behördlichen Vorsichtsmassregeln „wurde von dem verheerenden Elemente ein Funke auch nach dem sonst friedliebenden Oberschlesien getrieben, welcher am 16. Mai Deutschlandgrube traf und hier zündete“. Mehrere gewerkschaftliche Gruben folgten und bald



Freibad am Redenberg.

dehnte sich der Streik auch auf die fiskalischen Zechen der Königsgrube aus. Am 18. Mai 1889 weigerten sich ungefähr 150 Bergleute des Bahnschachtes einzufahren, obgleich die Berginspektion bei der letzten Löhnung den Gedingelohn der Häuer und Schlepper um 30 bzw. 20 Pfg. für die Schicht erhöht hatte. Sie rotteten sich vor dem Zechenhaus des Bahnschachtes zusammen, begaben sich sodann in die Grubenanlage und versuchten hier den Zutritt zum Förderschacht abzusperren, um so das Einfahren anderer Bergleute und die Fortsetzung der Förderung zu verhindern. Durch kräftiges Einschreiten der Beamten wurden indes die Streikenden herausgetrieben; dieselben fassten nun wiederum vor dem Zechenhaus Stand. Da ein anderer grosser Teil der Bergleute, welche früh einfahren sollten, gar nicht auf der Grube erschien, musste der Betrieb des Bahnschachtes aufgehoben werden. Gleichzeitig mit dem Bahnschacht wurde die Förderung der ebenfalls fiskalischen Bismarckschächte unterbrochen, wo ebenfalls ein vollständiger Ausstand ausgebrochen war. Die Ausständigen dieser beiden Schächte, denen sich noch feiernde Bergleute von der Deutschland- und der Mathilde-Grube angeschlossen hatten, begaben sich nun gegen Mittag nach den ebenfalls fiskalischen Krugschächten. Hier besetzten die Massen die Zugänge zu den

Schächten und beschlossen, auf die unter Tage arbeitenden Kameraden der Krugschächte zu warten und das Einfahren der für die Nachtschicht bestimmten Arbeiter zu verhindern. Gütliche Verhandlungen der Direktoren der Grube mit den Arbeitern hatten keinen Erfolg. Es blieb nichts anderes übrig, als Militär zur Verstärkung der städtischen Polizei heranzuholen. Beuthener, Gleiwitzer und Koseler Bataillone traten an und besetzten die Gruben in und um Königshütte.

Die Bergleute bemühten sich inzwischen auch in Berlin bei den Ministerien um die Durchsetzung ihrer Forderungen. „Sie verlangten eine mässige Lohnerhöhung und wünschten vor allem die bisher zwölfstündige Schicht in eine zehnstündige umgewandelt zu sehen. Sie erklärten, die Gedingesätze würden nicht erfüllt und die tägliche Arbeitszeit sei eine 12–14-stündige. Die Löhne seien zu niedrig; ein Häuer verdiene durchschnittlich nur 2,00–2,50 Mk., ein Schlepper aber 1,50 bis 1,75 Mk. täglich. Auch komme in Betracht, dass in Oberschlesien auf einen Häuer immer zwei Schlepper kämen; diese würden erst im vorgerückten Alter Häuer, oft gar nicht. Auf den Monat kämen 25 Schichten, und damit könnten bei den bestehenden Preisen die Familien nicht auskommen. Ihre Wünsche gingen dahin: Die Häuerlöhne sollten bis 3,50 Mk. und die für Schlepper auf 2 Mk. erhöht werden; dann habe man wenigstens die Möglichkeit, das Leben zu fristen. Weiter klagten sie, die Löhne für nicht vollgeladene Wagen würden willkürlich angerechnet; man solle doch den wirklichen Inhalt voll berechnen. Auch würden jetzt viel höhere Leistungen verlangt. Früher hätten vier Bergleute 24 Wagen zu 10 Centner gefördert, jetzt müssten drei Mann, Häuer und Schlepper, 54 Wagen zu 10 Centner fördern; trotz dieser Mehrarbeit wären die Löhne zurückgegangen, ehemals hätten sie täglich bis 4 Mk. verdient. Gegen die Arbeitsordnung erhoben sie folgende Beschwerden: Diese Ordnung enthält zu hohe und harte Strafen; dieselben werden auch willkürlich auferlegt. Z. B. heisst es darin: Wer mit Material, etwa Sprengstoff, nicht hausälterisch umgeht, muss bis 6 Mk. Strafe zahlen. Es müsse also eine Abänderung der Arbeitsordnung erfolgen. Weiter kämen den Bergleuten die Segnungen der sozialpolitischen Gesetzgebung (Krankenkassen- und Unfallversicherung) nicht zugute. Früher hätten sie 1,50–1,60 Mk. gezahlt, jetzt aber 3 Mk. Früher wären kleine Beiträge zur Beschaffung von Schulbüchern für die Kinder gegeben worden, das sei ihnen jetzt entzogen worden. Das mache böses Blut. Eine Hauptbeschwerde sei die, dass dem invaliden Arbeiter der Invalidenlohn vorenthalten werde. Wenn sich ein Arbeiter invalide melde, so erkläre das der Knappschaftsarzt für Simulation. Ein von dem Arbeiter bei Gericht angestrebter Prozess nütze nichts, auch wenn dasselbe die Beschwerde für berechtigt erkläre, da nach den Statuten der Knappschaftsarzt, der erste technische Bergbeamte und der Knappschafts-Aelteste zu entscheiden hätten. Es seien also Richter und Kläger in einer Person vereinigt. Wegen Krankheit würden die Bergleute plötzlich entlassen und fänden keine Arbeit mehr. Sie wünschten mit Rücksicht hierauf, dass auf den Abkehrschein keine Bemerkungen mehr gemacht würden. Ferner verlöre der so entlassene Arbeiter sofort alle Knappschaftsbeiträge.“

Nachdem einige Beschwerden und Wünsche der Arbeiter befriedigt worden waren, konnte der Ausstand am 4. Juni 1889 als beendet angesehen werden. Die Truppen kehrten in ihre Garnisonen zurück. Die Rädelsführer, sozialdemokratische Agenten aus dem Waldenburgischen, büsst den Ausstand durch hohe Zuchthausstrafen.

In der Nacht vom 5. zum 6. November 1899 legten ungefähr 250 Puddler der Königshütte die Arbeit nieder, weil ihnen die beantragte Lohnerhöhung von 25% nicht bewilligt wurde. Die Hüttenverwaltung blieb fest und die Puddler mussten am 7. November die Arbeit wieder aufnehmen.

In den folgenden Jahren kam es zu Arbeitseinstellungen bei Ziegeleiarbeitern, bei Mauern und Tischlern, die ebenfalls durch sozialdemokratische Agenten vom Zaune gebrochen waren.

Ein grösserer Bergarbeiterstreik begann wieder am 1. August 1907 auf sämtlichen Schächten der fiskalischen Königshütte. Zusammenstösse zwischen Streikenden und Polizei blieben nicht aus. Als die 5000 Streikenden keinerlei Vorteile erreichten, brachen sie am 9. August den wilden Streik ab. Bis zum Zusammenbruch Deutschlands 1918 ist es zu grösseren Streiks nicht gekommen.

Dagegen verzeichnet die Chronik im Jahre 1909 Aussperrungen von 463 Bauhandwerkern, die durch Vergleich endeten. Gerade im Baugewerbe hat es seit der Jahrhundertwende einen ständigen Arbeitermangel gegeben. Die Maurer und Zimmerer wurden aus dem Leobschützer und



Schigelände im Stadtwalde.

Neustädter Kreise und anderen Gegenden Oberschlesiens und Oesterreichisch Schlesiens herangeholt. Allmählich bildete sich die Gewohnheit heraus, dass zur Bauzeit die Bauarbeiter aus diesen Gegenden von selbst ins Industriegebiet kamen und der Mangel behoben war.

Zu den Tiefbauarbeiten musste man galizisch-polnische, steiermärkische, ruthenische und italienische Arbeiter heranziehen, da der Bedarf aus der hiesigen Gegend nicht gedeckt werden konnte.

Auch an „zuverlässigen Dienstboten“ wurde seit 1898 der Mangel immer fühlbarer.

Öffentliche Arbeitsnachweisstellen bestanden vor dem Weltkriege nicht, „dagegen haben der Landwehr- und der Kriegerverein je eine Arbeitsstelle für Vereinsangehörige errichtet.“

* * *

Auch andere **Heimsuchungen** blieben der Stadt nicht erspart. Im Jahre 1867 brach eine **Choleraepidemie** aus, die sich 1874 und 1898 wiederholte. Von den 120 Krankheitsfällen im Jahre 1874 endeten 44 mit tödlichem Ausgang. Im November 1871 wüteten die **Pocken** in der Stadt. Von 400 Erkrankten mussten 50 sterben. Einige Jahre später (1876) trat der **Typhus** epidemisch auf und forderte Jahre hindurch (bis 1910) seine Opfer. Die Kurve der Erkrankungen und Todesfälle zeigte ein lebhaftes Auf und Ab. Seit den achtziger Jahren waren **Scharlach** und **Diphtheritis** ständige, recht unangenehme Gäste der Stadt. Unter den Kindern endeten die Erkrankungen oft

mit dem Tode. Die Chronik verzeichnet Zahlen, die erschrecken machen; so starben 1905 von 147 Erkrankten 51 an Diphtherie, 1906 von 528 Scharlachkranken 140, 1909 von 579 Erkrankten 118, 1912 mussten von 175 Personen noch 21 sterben. Man kann sich vorstellen, dass die Bevölkerung mit banger Sorge erfüllt war, zumal auch andere Krankheiten wie **Masern** und **Ruhr** sich zu Epidemien verdichteten. Das Jahr 1882 z. B. brachte eine Ruhrepidemie. In der Zeit vom 9. Juli bis 31. Oktober erkrankten 158 Personen, von denen 83 ihr Leben lassen mussten. Und im Jahre 1900 zählte man 400 Masernkranke, von denen 14 starben.

Grosses Entsetzen, Angst und Sorge brach über die Königshütter herein, als am 19. November 1904 der erste Fall von **Genickstarre** auftrat. 319 Personen erkrankten, 203 starben. 1905 brachte man 157 von 210 Erkrankten zur letzten Ruhe. Bis Ende 1909, wann der letzte Fall mit tödlichem Ausgang verzeichnet ist, forderte jedes Jahr viele Opfer und mancher Königshütter erinnert sich heute noch dieser fürchterlichen Jahre, die fast ganz Oberschlesien heimsuchten. Fast mittelalterliche Formen nahm damals der Volksbrauch an: die Kirchen füllten sich wie nie zuvor, die Bittmessen mehrten sich und manch einer gelobte eine Wallfahrt nach Piekar, Annaberg und Czenstochau, wenn ihn oder seine Angehörigen die grausame Krankheit verschone.

Das politische Gesicht der Stadt vor dem Weltkriege wird auch durch ihr **Vereinswesen** charakterisiert. Der Verwaltungsbericht vom Jahre 1912 zählt unter den 188 Vereinen folgende besonders auf:

„Militärvereine sind: der Kriegerverein, der Landwehrverein, der Marineverein, der Gardeverein, der Verein ehemaliger Jäger und Schützen, der Verein ehemaliger Pioniere und Verkehrstruppen, der Artillerieverein, der Verein ehemaliger Ostasiaten und Afrikaner, der Verein ehemaliger Elfer, der Verein ehemaliger 23er, der Verein ehemaliger Moltkefusiliere — 38-er, der Kameradenverein ehemaliger 63er.

Politische Vereine sind vorhanden: Der Bürgerverein, der freisinnige Wahlverein, die polnischen Vereine Kółko, Turnverein Sokol, die sozialdemokratische freie Turnerschaft, der polnische katholische Verein unter dem Schutze des hl. Joseph (letzterer für den Stadtteil Klimesawiese), ferner der sozialdemokratische Verein, der Wacht-Straz-Verein, der bürgerlich-demokratische Verein (Barthsche Richtung) und der polnisch-katholische Kasinoverein. Ausserdem befanden sich hier Zweigvereine der sozialdemokratischen Verbände der Berg- und Hüttenarbeiter in Bochum, der Maurer Deutschlands in Hamburg, der Transportarbeiter in Berlin, der Holzarbeiter in Stuttgart und des polnisch-sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Beuthen OS./-Tarnowitz.

An Genossenschaften waren zu verzeichnen: Die Handwerker Spar- und Darlehnsbank, die Produkten-, Spar- und Darlehnsbank für das Fleischnegewerbe, der Spar- und Darlehnsverein der Gemeindebeamten von Königshütte O/S. und Umgegend, die Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Beamte zu Königshütte, der Schrebergartenverein (Genossenschaft mit beschränkter Haftung), die Deutsche Volksbank und die polnische Volksbank (Bank Ludowy).

Für das kulturelle und politische Leben einer Stadt sind ihre Zeitungen von grosser Bedeutung. Königshütte hat eine nicht uninteressante Zeitungsgeschichte.

Unter den polnisch orientierten Zeitungen nimmt der „**Katolik**“ die erste Stelle ein. Redaktion und Verlag sind im Jahre 1881 von Nikolai nach Königshütte verlegt worden. Verleger war ein Weltpriester namens Radziejewski, als verantwortlicher Redakteur zeichnete ein gewisser Jaschik. Gedruckt wurde das Blatt in der Buchdruckerei von Franz Ploch. Im Verwaltungsbericht der Jahre 1878—1882 steht der Satz: „Beschlagnahmen haben nicht stattgefunden, jedoch sind gegen den verantwortlichen Redakteur mehrfach Untersuchungen eingeleitet worden“. Im Juli 1885 siedelte Redaktion und Druckerei des „Katolik“ von Königshütte nach Rossberg bei Beuthen O/S. über. Hier in Beuthen stellte er dann 1932 sein Erscheinen ein.

Neben dem „Katolik“ erschien kurz vor seinem Wegzug dreimal wöchentlich die polnische „**Gazeta katolicka**“, die von der St. Hyazinth-Aktiendruckerei herausgegeben und gedruckt wurde. Am 31. März 1910 stellte diese „Gazeta“ ihr Erscheinen ein. Bei Franz Ploch ist ein weiteres polnisches Blatt gedruckt worden, das sich „**Górnoślązak**“, Pismo dla ludu katolickiego (Der Ober-

schlesier, Zeitschrift für das katholische Volk) nannte. Als Verleger zeichnete Theodor Szczepanski, als Redakteur B. Koraszewski. Die Zeitschrift erschien zum ersten Male am 1. Januar 1888; sie ging im April 1889 in den Besitz der Firma Koraszewski und Kotula und am 1. Juli 1889 in den Besitz des Redakteurs Zborek über, hörte aber mit dem 1. Januar 1890 auf zu erscheinen.

Vom März 1890 an erschien eine neue polnische Wochenschrift unter dem Titel **„Przyjacieli górników i hutników“** (Berg- und Hüttenarbeiterfreund), die sich jeglicher Polemik zu enthalten, mit Sorgfalt alles, was das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber trüben könnte, vermeiden und politische und religiöse Erörterungen ihren Spalten fernhalten zu wollen versprach.

Seit dem 1. November 1909 gab es dann noch eine vierzehntägig erscheinende Schrift **„Wzajemna Pomoc“** („Arbeiterhilfe“), und seit dem 23. März 1912 die Wochenschrift **„Tygodnik katolicki“** (Katholische Wochenschrift). Alle diese periodischen Schriften haben sich wegen ungenügender Abonnentenzahl nicht durchsetzen können, genau so wie das vom 15. September 1887 bis zum Januar 1888 im Verlage des Tuczyński erscheinende Volksblatt unter dem Namen **„Miarus katolicki“** („Der katholische Kämpfer“). Selbst die deutsch und polnisch geschriebene Wochenschrift **„Der Berg- und Hüttenmann“** im Verlage von Franz Ploch existierte nur zwischen 1878 und 1903.

Im Januar des Jahres 1869 ist das erste Lokalblatt unter dem Namen **„Königshütter Anzeiger“** vom Buchdruckereibesitzer Ferdinand Ehmke aus Erdmannswille in der Kaiserstrasse (jetzt Adolf-Hitler-Strasse) gegründet worden. Es erschien als Tageszeitung im Quartformat. Bereits am 25. August desselben Jahres wechselte der Besitzer. Der Steindruckereibesitzer J. P. Markefka in der damaligen Richterstrasse übernahm Druckerei und Verlag. Anfang April 1870 hat der „Königshütter Anzeiger“ seinen Titel in **„Königshütter Stadtblatt“** umgewandelt. Gleichzeitig erschien er von da ab in Folioformat mit einer Sonderausgabe **„Strassen-Anzeiger“**, der am Tage des Erscheinens an den Strassen-ecken „affichiert“ (ausgehängt, angeschlagen) wurde. Als am 12. Oktober 1871 die Karl Miarka'sche Buchdruckerei vom Buchdrucker Franz Ploch gepachtet wurde, hat das Lokalblatt wieder den ursprünglichen Titel „Königshütter Anzeiger“ angenommen. In der Zeit vom 6. April bis 18. Mai 1872 ist er vorübergehend in der von Wollenberg käuflich erworbenen, nach Beuthen O/S. übergesiedelten Markefka'schen Buchdruckerei gedruckt worden, bis Franz Ploch seine eigene Druckerei eröffnet hatte. Am 25. Mai 1872 erscheint die erste „in der Ploch'schen Offizin gedruckte Nummer mit dem Nebentitel „Laurahütter Anzeiger“. Von da wurde das Blatt wöchentlich zweimal ausgegeben. Bereits vom 1. April 1873 an konnte der „Anzeiger“ dreimal wöchentlich erscheinen. Am 30. September 1875 erhielt der „Königshütter Anzeiger“ den Titel **„Königshütter Zeitung“** und erschien im Folioformat. Mit Ausnahme der Tage nach einem Sonn- und Feiertage kam die „Königshütter Zeitung“ vom 1. April 1884 ab täglich heraus. 1900 änderte sie ihren Namen in „Der Oberschlesier (Königshütter Abendpost)“. Im Januar 1904 ist diese Tageszeitung vom „Königshütter Tageblatt“ aufgekauft und zu einer Zeitung vereinigt worden. Das **„Königshütter Tageblatt“** erschien erstmalig am 1. Oktober 1885. Verleger war die Firma R. Giebler und Radek in der damaligen Krugstrasse Nr. 4. Schon am 1. April änderte es seinen Namen in **„Königshütter Anzeiger“** um und erschien unter redaktioneller Leitung von Buchhändler R. Giebler nur noch dreimal wöchentlich. Wegen zu geringer Abonnentenzahl ist der „Anzeiger“ dann am 1. April 1889 eingegangen.

Seit dem 1. März 1899 erschien wieder ein **„Königshütter Tageblatt“** als täglich erscheinende Zeitung, die der Buchdruckereibesitzer Maximilian Hautzinger herausgab.

Der Buchdruckereibesitzer Franz Ploch hat in der Zeit von 1878 bis 1904 eine Wochenschrift unter dem Titel **„Königshütter Stadtblatt“** herausgebracht. Vom 3. Oktober bis 8. Dezember 1909 erschien ein Blatt, das sich **„Der Oberschlesische Volksfreund“** nannte. Im Jahre 1910 gab es für kurze Zeit ein **„Oberschlesisches Volksblatt“**.

Die Zeitung, die heute noch erscheint, ist die am 4. März 1907 gegründete Tageszeitung **„Der Oberschlesische Kurier“**, der in den ersten Monaten bis 1908 **„Königshütter Volkszeitung“** hieß. Der „Kurier“ war in der Leidenszeit der Stadt ein tapferer Wahrer der deutschen Interessen.

Nach der Heimkehr ins Reich ist der „Kurier“ zum amtlichen Bekanntmachungsorgan erklärt worden. Vor dem Weltkrieg diente als solches das **„Amtsblatt für den Stadtkreis Königshütte O/S.“**. Es ist am 1. Oktober 1899 zum ersten Male erschienen und wurde jeden Mittwoch und Sonnabend jedem Hausbesitzer auf Stadtkosten zugestellt.

Und im Unglück — nun erst recht!

Die deutsche Stadt Königshütte in der Zeit der Fremdherrschaft 1919—1939.

Es ist wohl nur der auch wirklich in der Lage, das Ausmass und die Vielartigkeit wahrer Unglücksjahre zu erkennen, der in den Jahren von 1919 bis zur Befreiung, Septemberbeginn 1939, als aufrechter Deutscher in Königshütte lebte und sich in Willen und Tat zu Mutter Deutschland bekannte. In jenen Jahrzehnten polnisch-französischer Willkürherrschaft, die eingeleitet wurden durch das schwere Unglück, das der Zusammenbruch des zerrissenen, ohnmächtig gewordenen deutschen Volkes heraufbeschworen hatte. Ein Deutschland, das einer Welt von Feinden vier Jahre lang siegreich standgehalten hatte, lag, im wesentlichen von deutscher Zwietracht ausgehöhlt, wehrlos am Boden. Und wie überall, namentlich an den Grenzen dieses Reiches, lauerten nur finstere Gewalten, um unserem einst herrlichen Vaterlande den Todesstoss zu versetzen. In einer Zeit, da es sich „allen Gewalten zum Trotz“ zu bewähren hiess, gab es nicht viele der Aufrechten im Lande. Und doch: man durfte sie in Oberschlesien, diesem Spielball fremder Interessentenhäufen, gerade von 1919 bis 1939 suchen!

Königshütte, das schon in den Befreiungskriegen dem preussischen Vaterland aus den Reihen seiner schwielenharten Berg- und Hüttenmänner eine stattliche Schar tapferer Freiwilliger gestellt hatte, von dessen Mitkämpfern an den Einigungskriegen 1864, 1866, 1870/71 allein im damaligen Frankreich-Feldzug 12 Wackere auf der Wahlstatt blieben, hatte auch Tausende seiner deutschen Söhne ruhmreichen Anteil am Weltkrieg nehmen lassen. An allen Fronten, auf und unter allen Weltmeeren und sogar in der Luft waren es auch todesmutige Königshütter, vorwiegend Männer schwerer Werkarbeit, die sich heldenhaft bewährten. Man darf es zur Ehre gerade dieser Stadt sagen, dass nach der Heimkehr in ein zerbrochenes Heimatland kaum einer dieser Männer sich durch die Sireningesänge Korfanty'scher Propaganda breitschlagen liess, um in den Reihen sogenannter polnischer Verbände die Waffen gegen die Brüder und Schwestern seiner oberschlesischen Heimat zu erheben. Es ist uns u. a. bekannt, dass Königshütter Marinesoldaten, die zu Beginn des Weltkrieges mit deutschen Kameraden anderer Gauen im fernen Tsingtau, Deutschlands damals fernöstlichsten Stützpunkt verteidigten, selbst in japanischen Kriegsgefangenenlagern mit anderen Oberschlesiern eine unanfechtbare Stimmabgabe für das Verbleiben der Heimat bei Deutschland durchsetzten. Unsere heutigen Bundesgenossen sorgten dafür, dass die Stimmscheine und Protokolle über diese sicherlich seltsamste und fernste Abstimmung zwar nicht mehr rechtzeitig, doch einwandfrei in die Hände der „Hohen Interalliierten Kommission“ gelangten.

Es ist auch bekannt, dass jene unserer Landsleute, die ein hartes Kriegsgeschick in feindliche Hände geraten liess, in der furchtbaren Eiswüste Sibiriens und in englischen oder französischen Kriegsgefangenenlagern auch gegenüber schwerstem Druck standhielten und sich nicht dazu hergaben, in die Haller-Armee oder in irgendwelche tschechischen oder französischen Legionen einzutreten. Dies muss, weil es erwiesenen Tatsachen entspricht, von jenen Söhnen unserer Stadt gesagt werden, die in den ersten Jahren schwären, aber auch mannhaften Verteidigungskampfes der deutschen Sache fernab der Heimat weilten.

Die sogenannte „Revolution“, die ihre Schlammfluten auch durch unsere Hüttenstadt wälzte, wurde — auch das ist ein Ruhmesblatt in der Gesinnungsbekundung unserer Königshütter — von auswärts hereingetragen. Sie tobte sich bereits in den Novemberwochen 1918 vorwiegend zwischen sogenannten Soldatenräten, Spartakus-Gruppen und polnischen Banditen aus. Besonders die „Sendboten“ des durch deutsche Grosszügigkeit wiedererstandenen Polens waren land- und ortsfremd und begannen erst spät den Boden der Heimat zu unterwühlen. Sie stützten sich wie, auch im übrigen Oberschlesien, auf eine Handvoll sogenannter Polen, die meistens aus der Provinz Posen eingewandert waren und die in Herkommen, Wesensart und Sprache kaum etwas mit dem typischen Oberschlesier zu tun hatten. Während es bereits im Jahre 1917 gelegentlich eines Konzertes der polnischen Chauvinistin und Geigerin Irena von Dubiska in Kattowitz zu gesellschaftlich getarnten

Demonstrationen für Polen gekommen war, blieben in Königshütte solche zielbewusste und offenkundliche Kundgebungen anfangs völlig aus.

Doch wie ein schwelendes Feuer frass der Ungeist dieser Zeit auch hier weiter. Ein Werkvolk, an Dürftigkeit gewöhnt, in kümmerlichen Behausungen gross geworden, durch ungeschickte und unzulängliche Lebensmittelzuteilung oft schwer vernachlässigt, von einer dünkelhaft überheblichen Oberschicht in kulturellen Dingen meistens stiefmütterlich beiseite gelassen, wurde namentlich auch von der Kanzel her allmählich mürrisch gemacht. Ein Volk, das in seiner Geistes- und Seelenhaltung nur zu oft Wachs in den Händen anderer gewesen — das gilt im übrigen in vielen Dingen für die ganze Zeit bis zur Befreiung — war kraft- und urteilslos genug, um in seinen Tiefen erschüttert zu werden.

Am 3. Januar 1919 lieferte darum auch Königshütte den Beweis dafür, wie sehr ein so irregeleitetes Volk — nebenbei gesagt mehr sein Abscham und die ewigen Mitläufer — mit blinden Augen in sein Verderben stürzte. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Sicherung der Betriebe war das Regiment der Reitenden Jäger aus Marburg, eine Truppe von hervorragendem Frontgeist, in Königshütte eingezogen. Man hatte diese stolzen Krieger bei ihrem Einzug in weitesten Volkskreisen dankbar willkommen geheissen. Doch ultrarote und polnische Hetzer im Bunde mit den Häuptlingen des Arbeiter- und Soldatenrates brachten viel Untätige und Murrende auf die Beine. Sie nahmen auf dem heutigen Adolf-Hitler-Platz in bezeichnenden Protestaufzügen eine drohende Haltung gegen die gering besetzte Wache im heutigen Verwaltungsbau der Hermann-Göring-Werke ein. Posten und Patrouillen der äusserst beherrschten, im Schmucke ihrer soldatischen Ehrenzeichen befindlichen Jäger wurden erst angepöbelt, dann angegriffen. Um auf die sich immer dichter zusammenballenden Massen dämpfend einzuwirken, wurde ein Maschinengewehr an einem offenen Fenster der damaligen Berginspektion in Stellung gebracht. Im Nu flogen Steine auf das Haus und die Soldaten, krachten aus der Menge Schüsse. Mehrfache Warnungsrufe der Jäger fruchteten nicht. Die Meute setzte zum Sturm auf das Gebäude an. Da endlich erst fegte eine MG-Salve in die Luft, als der Ansturm heftiger wurde, in die Tiefe des überschäumenden Platzes. 37 Personen, meistens die Opfer ihrer Neugierde, blieben auf dem fluchtartig geräumten Platze liegen. 16 Tote und 21 meistens Schwerverwundete kostete dieser erste Aufrufstag in Königshütte. Die Jäger, die später auf Grund der politischen Entwicklung der Dinge und auf Weisung des sattsam bekannten roten Staatskommissars Hörsing Königshütte räumen mussten, waren auf lange Jahre die letzten Repräsentanten deutscher Wehrmacht.

Um die gleiche Zeit wurde auch in Königshütte mit lebhaftem Widerhall ein Ortsausschuss der „Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ gegründet. Dieser Zusammenschluss aller deutschen Kräfte ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen war der erste und geglückte Versuch, eine gemeinsame Abwehrfront gegen die drohenden Gefahren zu bilden, die uns damals von Versailles her in besonderem Masse nahten. Das Reich selbst war zu ohnmächtig, um Oberschlesiens Schicksal allenfalls durch papierne Proteste aufzuhalten. Straffer und zielbewusster wurde die Arbeit, die schliesslich der Vorbereitung einer erfolgreichen Volksabstimmung galt, in den „Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier“.

Polen leistete sich damals mit der gleichen Anmassung, die seine Erobererpolitik stets ausgezeichnet, die gleichen Herausforderungen wie vor seiner Katastrophe im Herbst 1939. Es fühlte sich sicher genug, im Schatten von Clemenceau, Wilson und anderen „Friedensaposteln“ das ganze Oberschlesien von Kreuzburg bis Ratibor, von Myslowitz bis Oppeln zu fordern und dieses Land auch ohne Friedensdiktat sozusagen schon in Erbpacht zu nehmen. Mit als erste Massnahme verteilte die Clique um Korfanty bereits die wichtigsten Ämter und Posten unter sich. Es bleibt auch für Königshütte bezeichnend, dass sich der grosspolnische, ausgesprochen frankophile Kurs der Posener Polen mit Dmowski und Paderewski an der Spitze niemals in Oberschlesien durchsetzen konnte. Allenfalls mit den plumpen Wahlfangmethoden eines Korfanty — seine versprochenen Kühnheiten sind heute noch in unserem Volke unvergessen — gelang es Wojciech, allmählich sein Stimmvieh zu ködern. Dagegen breitete sich namentlich im alten Industriebezirk die Welle teils deutsch-

teils polnisch-betonter Autonomiebewegung immer mehr gerade in den Arbeiter- und Kleinbauernkreisen aus. Das hatte meistens in den Personen der „Führerschaft“ dieser Separatisten ihren Grund. Männer wie der von Korfanty-Söldlingen der „Bojówka polska“ meuchlings ermordete Theophil Kupka, der für einen Freistaat Oberschlesien an der Seite Deutschlands eintrat oder der noch in der Polenzeit rege tätig gewesene polnische Separatist Kustos hatten als Bodenständige ihren stärkeren Anhang in unserem Werkvolk als selbst Korfanty. Mit politischen Begriffen, die sich mit Namen wie Piłsudski und Haller deckten, konnten auch unsere Königshütter in den ersten Jahren ihrer völkischen Notzeit kaum etwas anfangen.

Die wehrfähige deutsche Jugend, namentlich aus den Kreisen unserer Hüttenleute und der höheren Schulen, strömte damals in das zum Schutze unserer Heimat aufgestellte Oberschlesische Freiwilligen-Korps und trug mit soldatischem Stolz das silberne Fichtengrün auf den Spiegeln ihrer Feldblusen. Dieses Schutzkorps, das sich namentlich in den blitzartigen Aufständen in entlegenen Ortschaften der Kreise Pless und Rybnik heldenhaft bewährte, stand unter dem Oberkommando des unvergesslichen Sohnes der Stadt Pless, des Generalleutnants Höfer, im ehernen Verbandsverbande jener ruhmgekrönten 117. Infanteriedivision, die in den letzten Tagen des Unglücksjahres 1918 auch in unserem Industriegebiet unter stürmischem Jubel der Bevölkerung ihren Einzug gehalten hatte. Besonders nach dem erzwungenen Abzug der deutschen Reichswehr-Grenzschutzformationen vor Einrücken der „Hüter der Aera der Freiheit und Gerechtigkeit“ hat das OFK im wesentlichen und im Bunde mit der schon stark zermürbten deutschen Polizei die Sicherung von Menschen und Besitz in unserer Heimat erfolgreich durchgeführt.

Die ersten Tage des Jahres 1919 standen auch in Königshütte ganz im Zeichen der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung. Von den 5 Parteien, die sich damals um die Volksgunst bemühten, erhielten die Sozialdemokraten 14 514, die Katholische Volkspartei 9 302, die Deutschdemokratische Volkspartei 1 530, die Deutschnationale Volkspartei 1 424 und die Unabhängigen Sozialisten 558 Stimmen. Bereits am Sonntag darauf, dem 26. Januar, gab es bei den Wahlen zum Preussischen Landtag bei ebenfalls fünf Wahlvorschlägen folgende Ergebnisse: Sozialdemokraten 11 835, Katholische Volkspartei 8 620, Unabhängige Sozialisten 1 388, Deutschnationale 1 386 und Deutschdemokraten 1 155 Stimmen.

Immer bedrohlicher wurden die Nachrichten aus dem Hauptquartier der sogenannten Friedensverhandlungen. Die Polen sorgten dafür, dass die allgemeine Unsicherheit bezüglich der politischen Zukunft unserer Heimat immer grösser wurde. Man verbreitete in wüster Pressefehde — voran die berüchtigte Beuthener „Grenzzeitung“ des Pan Korfanty — die Nachricht, dass Oberschlesien und somit auch Königshütte ohne Abstimmung in seinem Gesamtumfang an Polen abgetreten werden müsse.

Doch die Polen und ihre Mitläufer, die sich allmählich aus den Mäuselöchern wagten, hatten nicht mit der stets lebendig gebliebenen Abwehrkraft wahrhaft deutscher Königshütter gerechnet! Unter der Losung „Kein Gewaltfrieden, sondern Rechtsfrieden!“ (so bauten wir einst auf unser gutes Recht!) erlebte Königshütte am 27. April 1919 eine ebenso gewaltige wie in ihrer Auswirkung anhaltende Protestkundgebung. Zu ihr hatten kerndeutsche Männer, bewährte Persönlichkeiten von Königshütte einberufen. Es waren dies: der damalige Oberbürgermeister Brahl, der übrigens als greiser Freund seiner einstigen Wirkungsstätte, der Eröffnung des deutschen Theaters der Stadt Königshütte im Herbst 1939 beiwohnte und herzlich begrüsst wurde, ferner der Geheime Sanitätsrat Dr. Hartmann, ein bekannter Politiker und Gründer des nationalen deutschen Ärztebundes, des „Hartmann-Bundes“, Prof. Dr. Doormann, die nicht minder bekannten Mitbürger Jusczyk, Kucharz und Justizrat Schoekiel. Redner wie der packende Politiker Dr. Hartmann, der spätere Studienrat Janocha, Prof. Dr. Doormann rissen die vieltausend Teilnehmer zu dem flammenden Bekenntnis mit: „Königshütte soll und muss bei Deutschland bleiben!“

Aber in Versailles wollte man durchaus anders und gegen die Stimme des heimatberechtigten Oberschlesiers. Den deutschen Unterhändlern hatten die rachgierigen Feinde auf Grund der Einflüsterungen von Paderewski und Konsorten die nahezu restlose Abtretung Oberschlesiens

als Forderung unterbreitet. Als die Nachricht in Extrablättern in Königshütte verbreitet wurde, ging ein Sturm der Entrüstung durch alle deutschen Herzen! Wer nur irgendwie konnte, der stürzte ganz spontan auf die Strasse, Fahnen wurden gehisst, Spruchbänder gezogen, im Nu wuchsen die unübersehbaren Kolonnen demonstrierender Deutscher, die Schilder mit Abwehrlosungen zum Gesang deutscher Lieder durch die Strassen trugen. Besonders eindrucksvoll war die Riesenkundgebung 6000 deutscher Erzieher und Erzieherinnen, die in den Stunden, als diese Hiobsbotschaft die Heimat erreichte, gerade eine Fachtagung in Gleiwitz abhielten. Sie rissen mit dem Sturm ihrer heiligen Entrüstung nicht nur in Gleiwitz die kerndeutsche Bevölkerung mit. Ausländische Pressevertreter, die von polnischer Seite zum „Studium des wahrhaft polnischen Charakters Oberschlesiens“ ins Land gelockt wurden, haben bis hin nach San Francisco geradezu überrascht und überstürzt berichtet, wie sehr damals die deutsche Volksseele überkochte. Und doch ist es nirgends zu irgendwelchen Ausschreitungen gekommen, weil ja deutsches Volksempfinden damals wie heute niemals in jener barbarischen Weise ausufert, die stets die zweifelhaften Kundgebungen unserer slawischen Widersacher begleitet.

Eine Flutwoge von deutschen Massenversammlungen brauste über das deutsche Königshütte hinweg. Kein Saal reichte aus, weder der riesige des „Graf Reden“ noch jene des einstigen „Hotel zur Königshütte“, des „Deutschen Hauses“, von Keins usw.

Als aber der trübe Regenmorgen des 21. Mai, eines einzigartigen und unvergesslichen Sonntags, empordämmerte, da wehten aus den Dachluken der ärmsten Arbeiterhäuser unserer Nordstadt ebenso wie von den Rathäusern in Königshütte, Bismarckhütte, Chorzow, von den Türmen unserer Kirchen ebenso wie von Hochöfen, Fördergerüsten und Schornsteinen die geliebten Fahnen des einst so mächtigen Bismarck-Reiches. Da sammelten sich des Morgens in den überfüllten Gotteshäusern deutsche Menschen zu inbrünstigem Gebet an den Herrgott: „Erhalte uns die geliebte Heimat bei Mutter Deutschland! Herr, mach' uns frei von all' den Feinden, die unseren Untergang wollen!“

In 6 unendlichen Marschsäulen wogten 50 000 Königshütter — das war jeder deutsche Mensch, der sich auch nur auf den Beinen halten konnte! — trotz unaufhörlichen Regens durch alle Strassen unserer Stadt. Die Glocken läuteten, Böllerschüsse krachten, Sirenen heulten. Auf Tribünen, von den Rampen öffentlicher Gebäude, mitten im Gewühl leidenschaftlich erregter, um den Bestand der Heimat ehrlich besorgter Menschen standen auf Wagen und Podesten wahre Volksredner, Männer, die aus Werkstätten und Gruben, Büros und Schulen gekommen waren. Sie warfen auch in der Sprache unseres Werkvolkes die glühenden Losungen in das begeisterte, aufgewühlte Volk. Sie warben nicht mit scheinheiligen Versprechungen, denn Mutter Deutschland war ja sterbensmüde und bettelarm geworden. Aber sie taten das, was bis aufs Blut gepeinigte Deutsche in den folgenden Jahren wachsenden polnischen Terrors wie ein heiliges Geloben in der Tiefe des Herzens bewahrten. Sie hämmerten all' das in die nicht wankend werdenden Seelen, was da an Kampfpapieren auf den Tafeln und Spruchbändern leuchtete: „Mehr als das Leben ist die Freiheit“ — „Lieber den Tod als in der Knechtschaft leben“ — „Deutsch wollen wir bleiben“ — „In Not und Tod treu zu Deutschland“ — „Für Recht gegen Gewalt“ — „Deutschland, Deutschland, über alles“. In den Mittagstunden schwirrten fünf deutsche Flieger von Gleiwitz her über unserer Stadt. Sie warfen jene Flugzettel ab, die dann an allen Häusern die eindeutige Sprache ehernen deutschen Willens bekundeten. Wer all' die Stunden miterlebte, wenn auch triefend nass bis auf die Haut, wenn auch zum Schluss schier ermattet von lautem Rufen und unermüdlichem Singen und Marschieren, der wird noch heute das unbändige Glücksgefühl spüren, das uns alle damals beseeelte.

Heut dürfen wir von diesen Tagen um den 21. Mai 1919 behaupten: sie waren doch eine leise Wende zum Besseren! Denn den Sklavenvögten an den grünen Tischen von Versailles bangte es schliesslich doch, ein solches Volk und Land ungefragt in die Hände raubgieriger Todfeinde zu spielen. Freilich, der „Sieg der gerechten Sache“ stand auch für unser Königshütte damals bereits auf tönernen Füßen, denn wir mussten es uns ja im geheimen eingestehen: bei dem „Ausverkauf“ Deutschlands wollte man unter keinen Umständen ein Land von so unerschöpflichen Bodenschätzen und Wirtschaftswerten wie das oberschlesische Industriegebiet dem Reiche lassen.

Damals gingen Telegramme folgenden Inhaltes bis zu Mister Wilson, dem obersten Krämer der „Friedensstifter“. Sie enthielten das einmütige Bekenntnis des deutschen Königshütte und lauteten:

„Viel tausend Bürger und Bürgerinnen von Königshütte OS. und Umgegend ohne Unterschied des Standes, des Berufes und Bekenntnisses erheben einmütig die Stimme des Entsetzens und der Empörung über die Friedensbedingungen, die dem deutschen Volke aufgezwungen werden sollen. Die geplante Zerstückelung des Reichsgebietes durch die Abtrennung deutscher Landesteile, die Zerstörung aller Grundlagen wirtschaftlicher Arbeit würde angesichts der Erschöpfung nach dem schweren Kampf das deutsche Volk unrettbar ins Elend stossen und zu langsamem, aber sicherem Hinsterben verdammen. Ganz besonders würde der Arbeiterschaft die Erwerbsgelegenheit vernichtet werden und die Möglichkeiten des Aufstieges würde ihr für alle Zeiten verloren gehen. Oberschlesiens Zukunft ist untrennbar verknüpft mit der des Deutschen Reiches, seine Ablösung vom Reichskörper würde seine Wohlfahrt zerstören und das Schicksal aller seiner Bewohner einer dunklen Zukunft ausliefern. Wir verlangen, dass das Selbstbestimmungsrecht geachtet wird und ein wahrhafter Rechtsfrieden das Zusammenleben und den Verkehr der Völker untereinander sichert. Von der Reichsregierung erwarten wir, dass sie sich den masslosen Forderungen der Feinde nicht unterwirft. Die Bevölkerung unserer Stadt wird in dieser schwersten Zeit treu und fest zu ihr stehen.“

Allein diese wahrhafte Volksentschliessung ist uns selbst heute noch ein getreues Spiegelbild von der tragischen Hoffnungsschwere jener Tage. Wir Deutschen bauten wieder einmal auf das elementare Rechtsempfinden und auf die politische Anständigkeit von Freund und Feind und... wurden umso sicherer die Beute damaliger Verhältnisse. Denn es kam ja so, wie es diese Entschliessung in nüchternen Worten in Aussicht stellte: namentlich der Arbeiter, der damals seiner radikal-gewerkschaftlichen „Führung“ so blindlings vertraute, bezahlte in Königshütte die Zeche für eine Zeit, da Deutschland es sich erlaubte, nach einem siegreich durchgestandenen Krieg ohnegleichen schwach und vertrauensselig zu sein. Wir fühlten uns soweit sicher, dass wir annahmen, solche spontanen Willensbekundungen, wie sie auch nach dem Demonstrations-Sonntag durch unser Land wogten, müssten ja denen, die für das „freie Selbstbestimmungsrecht der Völker“ einzustehen vorgaben, beweisen, dass Oberschlesien nichts als deutsch ist und darum bei Deutschland verbleiben müsse. Sogar die Königshütter Stadtverordnetenversammlung beschloss am 9. Juli 1919 einmütig und unter dem drohenden Druck aufflammender Teilputsche in den Kreisen Pless und Rybnik, sich gegen eine Besetzung Oberschlesiens durch die Polen zu wehren. Inzwischen hatte man den Feindmächten endlich doch das „hochherzige“ Zugeständnis einer Volksabstimmung in Oberschlesien abgerungen.

Wenige Tage später brachen jene Putsche aus, die den Auftakt zur systematischen und seither unaufhörlichen Beunruhigung der friedfertigen oberschlesischen Bevölkerung boten. Erst dem Einsatz deutscher Waffengewalt — wir denken hierbei an die Männer der Marinebrigade Ehrhardt, die zum Teil auch den heutigen Stadtkreis Königshütte schützten — gelang es, in den Tagen um den 18. August 1919, die engere Heimat von den landfremden Eindringlingen zu befreien. Es waren dieselben Banditen kongresspolnischer Herkunft, die auch in der Folge die Anstifter und Aushalter der Insurgentenaufstände gewesen sind. Ihnen galten am 15. August 1939 jene pomposen Feiern, mit denen der berüchtigte Wojewode Grazynski seine 13-jährige Gewaltherrschaft in Oberschlesien krönte. Welch „glorreicher“ Abgang, wenn man das bittere Ende bedenkt! Unter dem Schutze des Standrechts und zeitweilig von einer Demarkationslinie abgeriegelt, durfte Königshütte einermassen von ferne diesem Treiben des ersten Polenputsches zuschauen. Endlich, am 21. August, war die Ruhe im oberschlesischen Industrieraum wiederhergestellt. Sie sollte jedoch nur eine Ruhe vor dem Sturm bleiben.

Die Polen hatten aber auch in Königshütte unter Ausnutzung der schwachen Reichsgewalt und der wachsenden Volksnot den Boden unterminiert. Spiegelbild dieser traurigen Erfolge war u. a. das Wahlergebnis der Stadtverordneten-Wahlen vom 9. November 1919. Damals erhielten

an Stimmen: die Katholische Volkspartei 6909, die Sozialdemokraten (SPD) 2808, Unabhängige Sozialdemokraten (USPD) 2092, Nationale Volkspartei 1569, Bürgerpartei 848, polnische Volkspartei (erstmalig aufgestellt) 8168, polnische Sozialisten (PPS) 522. Vergleichen wir diese Einzelergebnisse mit jenen der Wahlen zur Nationalversammlung bzw. zum Preussischen Landtag vom Januar des gleichen Jahres, dann stellen wir die für damalige Zeiten typische Abwanderung der sozialdemokratischen und ultraroten Konjunkturritter in das polnische Lager fest. Es war mehr eine moralische als politische Scheidung der Geister, die nun auch in Königshütte eintrat. Zugleich wurde damit in einer ausgesprochenen Arbeiterstadt wie Königshütte ein vernichtendes Urteil gegen jene „Taten“ gesprochen, mit denen das Hörsing-Regime vergebens Ruhe und Ordnung zu bringen versuchte. Hätte dieser einstige Salonsozialist nicht den gelegentlichen Schutz der Bajonette opferwilliger deutscher Männer gefunden, dann wäre unsere Heimat schon vor Beginn der fremdländischen Besetzung ein Raub polnischer Horden geworden. Nach diesem Königshütter Gemeindergebnis erhielten an Sitzen: die Polen (erstmalig und auch in diesem Ausmass!) 20, die Katholische Volkspartei 16, die deutschen Sozialisten 6, die Unabhängigen 5, die Deutschnationalen 2 und die polnischen Sozialisten 1. Trotz diesem unerwartet ungünstigen Ergebnis erblickte das den Polen so befreundete Frankreich in diesen Gemeinderwahlen (weil sie ja nicht, wie später, unter dem Druck des polnischen Terrors stattgefunden hatten), kurz vor der bereits festgelegten Besetzung durch interalliierte Truppen einen — wie es wörtlich hiess — „unfreundlichen Akt und eine absichtliche Umgehung der von Deutschland unterschriebenen Verpflichtungen“. Die Ironie des Schicksals wollte es, dass selbst lange nach der „Einverleibung“ von Königshütte in die gewesene Republik Polen die Ergebnisse bei den Gemeinderwahlen trotz systematischer Eingemeindungen von Nachbarorten mit überwiegend polnischer Mehrheit kaum jemals so bedenklich ausfielen wie an jenem 9. 11. 1919. Am 2. Dezember 1919 erfolgte die Einführung der Stadtverordneten. Justizrat Schoekiel wurde als Stadtverordneten-Vorsteher wiedergewählt, sein Stellvertreter der Pole Piec, 1. Schriftführer der Pole Franz Grzes, dessen Stellvertreter der deutsche Rektor Arndt. Bei den am 30. Januar 1920 erfolgten Magistratswahlen wurden 6 Deutsche und 4 Polen zu unbesoldeten Stadträten gewählt. Es waren dies: von der Katholischen Volkspartei Dr. Patrzek, Scharla, Czerny und Wolff, der Deutschnationaler Schlegel und der Sozialist Klose.

Der 1. Februar 1920 war auch für das treudeutsche Königshütte ein wahrhaft schwarzer Tag. Damals traf an einem trüben Vormittag die französische Besatzungssoldateska — die berühmten Alpenjäger — ein. Hatte man wenige Tage vorher die spärlichen Reste deutscher Grenzschutztruppen ungemein herzlich verabschiedet, so galt den Todfeinden alles Deutschen schon bei ihrem anmassenden Einzug mit schmetternden Clairs die stumme Ablehnung und der eiskalte Hohn deutscher Königshütter. Es blieb den „lieben“ polnischen Mitbürgern vorbehalten, die Gunst der Sklavenhalter von Versailles durch allerlei Gunstbezeugungen zu suchen, obwohl auch hier die Franzosen nur allmählich irgendwelche Gegenliebe bekundeten. In der Schule V an der Gneisenaustrasse fanden die „Schangels“ — wie sie der Volksmund nach den Vokabeln alter deutscher Frontsoldaten nannte — ihr Quartier. Es kam bald auch in Königshütte zu ebenso lächerlichen wie herausfordernden Auftritten mit den Reitpeitschen schwingenden Leutenants, mit den nur auf „faire l'amour“ ausgehenden Rittern der Grande Nation. Wie ein Sturm der Entrüstung wogte es auch durch Königshütte, als im August 1920 die Franzosen drauf und dran waren, Oberschlesien zum Aufmarschgebiet ihrer Hilfsaktion für die von den Russen zu Paaren getriebenen Polen zu machen. Auf einen Hieb traten die Berg- und Hüttenmänner in den Generalstreik und zogen unter dem Gesang deutscher Marschweisen nach Kattowitz, wo auf dem dortigen Friedrichsplatz jene gewaltige Riesenkundgebung als Protest geknebelter deutscher Menschen stattfand. Es war der unvergessliche 18. August 1920. Damals zog aus einem Königshütter Werk eine schier endlose Kolonne von Männern der Faust. Voran trugen sie rote Fahnen mit Hammer und Sichel. Doch was sangen sie mit der Inbrunst deutscher Herzen? „O Deutschland, hoch in Ehren!“ Möge dieses kleine, aber wahre Beispiel bestätigen, wie es in Wirklichkeit unter diesen Arbeitshemden ausschaute, welches deutsche Herz treu wie nie zuvor unter den abgerissenen Kitteln schlug! Während es in Kattowitz bald zu jenem von der Willkür anreitender französischer Husaren aufgestachelten Volksaufstand kam, der die französische Besatzungsmeute eilends hinter den Stachel-

Deutsche Bürger von Königshütte!

Das bisher Unglaubliche ist eingetroffen.

Unsere Stadt, die 75% deutsch ist, wird gegen unseren Willen und gegen unser klares Recht einem fremden Staate zugeteilt. Unsere Zukunft müssen wir neu schaffen. Ertraget die schweren Tage der Uebergabe mit Ruhe. Bewahrt eure Würde. Vergesst nie, daß Ihr Deutsche seid. Schließt Euch enger, als je zusammen.

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften von Königshütte OS.

araht ihrer Kasernen verscheuchte, blieb es in Königshütte im allgemeinen ruhig. Doch in zahllosen Protestversammlungen wurde auch hier der Abzug der Polen-Schützlinge verlangt. Graf Grattier, der französische Befehlshaber in Oberschlesien, beantwortete diese deutsche Notwehr mit Feuerüberfällen französischer Panzer auf friedliche deutsche Menschen und liess im ganzen Industriebezirk waffenlose deutsche Männer wie lästiges Freiwild niederknallen. So sah die von General Le Rond feierlich proklamierte „Aera der Freiheit und Gerechtigkeit“ aus!

Aber wir arbeiteten nun auch in Königshütte, um wenigstens mit dem Stimmschein in der Faust zu beweisen, dass wir uns als Kinder eines ohnmächtigen Reiches nicht unterkriegen lassen wollten. Das unter der Gesamtleitung von Landrat Urbanek-Beuthen gebildete „Plebiszitkommissariat für Deutschland“ erhielt in dem aufrechten deutschen Studienrat Janocha in Königshütte seinen Unterkommissar. Er fand bald eine so grosse Menge freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeiter, namentlich unter der Lehrerschaft, dass man an eine ruhige und gründliche Vorarbeit für die entscheidende Abstimmung schreiten konnte. Sein Geschäftsführer war Lehrer Idzinski, die Zentrale in der Teichstrasse 14. Anfang Januar 1921 war es endlich so weit, dass wir erfuhren, wie nun eigentlich abgestimmt werden sollte. General Le Rond setzte den 20. März als Abstimmungssonntag fest.

Es schien, als sei der stündliche Terror von Polen und Franzosen ein wenig gebrochen. Dafür aber „warb“ man um die Seelen deutscher Menschen durch schamlosen Wirtschaftsdruck. Man sorgte in den Werken bereits dafür, dass besonders aufrechte deutsche Männer und Ernährer ihrer Familien, sofern man sie nicht gar schon wegen „geheimer Umtriebe“ aus der Heimat verwiesen hatte, fühlbare Not litten. Und doch: allen Gewalten zum Trotz behauptete sich namentlich unser Werkvolk so treu und ausdauernd wie nie zuvor! Eine Flut von Werbungen und Veranstaltungen bestätigte unseren unbeugsamen Lebenswillen. Denken wir nur etwa an den „Lustigen Pieron“, gegen den der polnische „Kocynder“ nicht mit konnte. Oder an den „Schwarzen Adler“, den der heutige Herausgeber der „Schlesischen Stimme“ (früher „Der Oberschlesier“), Karl Schodrok, zu einer scharfen Waffe gegen Polenfrechheit und Franzosenanmassung geschliffen hatte.

Auch „Der Bund“, das Organ der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier erschien. Die polnischsprachliche „Wola Ludu“ des ermordeten Theophil Kupka besann sich auch auf die gemeinsame deutsche Sache. Kurzum: Königshütte ging gerüstet in diesen Kampf, und es war endlich wieder eine Lust, Deutscher zu sein, sich mit der Näherung auf den Abstimmungs-Sonntag freudiger denn je zu Deutschland zu bekennen! Die Polen wurden merklich nervös, die Franzosen horchten auf und schienen so etwas wie Morgenluft zu wittern.

Und dann der 20. März 1921! Das war schier ein Feiertag für uns alle. Halten es für ewige Zeiten fest, dieses trotz allem unerhört stolze Bekenntnis des „ärmsten, aber getreuesten Sohnes“ zu Mutter Deutschland, das einzigartige Abstimmungsergebnis der Werkstadt Königshütte: bei einem amtlich festgestellten Prozentsatz von 74,10 deutschen Stimmen waren 31 800 für Deutschland, doch nur 10 800 für Polen abgegeben worden! Vergessen wir auch nicht, dass der Anteil an auswärtigen, vorwiegend aus dem Reiche gekommenen Abstimmern in Königshütte verhältnismässig gering war, jedenfalls bedeutend kleiner als der in Kattowitz. Königshütte wies mit seinem Abstimmungserfolg die höchste Zahl der deutschen Stimmen in allen rechts der Oder gelegenen Kreisen und Abstimmungsorten auf!

Der Abend des 20. März 1921 brachte ganz plötzliche Freudenkundgebungen und sah die Polen mit langen Gesichtern das Weite suchen. Damals glaubten wir — weil wir rechtempfindende und vertrauensselige Deutsche waren — nun müsste endlich die Zeit der Fremdherrschaft einer goldenen deutschen Freiheit weichen.

Schon die Nachtstunden zum 21. März belehrten uns eines anderen. Denn in den Orten östlich und südlich von Kattowitz kam es bereits zu den Vorläufern jenes 3. Polenaufstandes, der ja kurze Zeit darauf auch über Königshütte schweres Leid brachte.

Der Beginn jener schandbarsten polnischen Willkürherrschaft sah in Königshütte genau so aus wie auch in den Nachbarstädten: polnisches Gesindel, meistens von irgendwoher heimlich im Schutze der Nacht hereinbesorgt, die Knarre am Bindfaden, in den abgerissenen Jacken Patronen und Pistolen, eine schmutzige Armbinde mit der „Krähe“ (wie man den weissen Adler nannte) oder diesen Galgenvogel an der Kess aufgesetzten Rogatka: so „verbrüderten“ sich die „Befreier“ Oberschlesiens, die Horden Korfantys und des geheimen Aufstandshauptlings „Nowina-Doliwa“ (dahinter verbarg sich der Posener Graf Milczynski) mit ihren Busenfreunden, den Franzosen! Man sah Szenen, die übrigens auch im Lichtbild festgehalten wurden, wie sich diese polnischen Strauchritter sogar mit hohen französischen Offizieren brüderlich die Hand reichten. Brachte der Vormittag des sommerschwülen 3. Mai die Besetzung weiter Teile unserer Stadt durch die Aufständischen unter voller Billigung der Franzosen, so sorgte deutscher Gegendruck dafür, dass die Insurgenten schon am Nachmittag entwaffnet werden mussten. Damals bezog so mancher polnische „Held“ unter den Augen der ergrimmt zuschauenden, aber doch recht betretenen Franzmänner eine gehörige deutsche Abreibung. Doch die polnischen „Beamten“ der von Herrn Le Rond „paritätisch“ zusammengesetzten Abstimmungs-Polizei (Apo) sorgten andererseits dafür, dass ihre Schäfelein hinten herum von ihnen und sogar noch zusätzlich von den Franzosen die Waffen zurückerhielten. Bald gelang der Banditenstreich der „Besetzung“ des Hauptbahnhofes durch den übel beleumundeten Alois Gruszka, der zum Dank für die wackere Mithilfe den polnischen Apoisten den Polenadler an die deutsche Dienstmütze steckte. Der französische Kreiscontroller Hertemann, ein Chauvinist und Deutschenfresser gewohnter Kalibers, erkühnte sich nach Verhängung des Belagerungszustandes durch den französischen General Leconte-Denis zu forscheren Ausschreitungen gegen Deutsche. Auch in Königshütte hingen jene schandbaren roten Maueranschläge in französischer und lediglich deutscher Sprache, die besagten: wer mit der Waffe in der Hand in der Stadt angetroffen wird, wird standrechtlich erschossen!

Schon in den frühen Abendstunden des 3. Mai war Königshütte von dem Aufständischen-gesindel völlig eingeschlossen, die Zugangsstrassen nebst Eisen- und Strassenbahnlinsen blockiert. In den Nächten gab es die üblichen Schiessereien, da ja ab 21 Uhr die Polen tun und lassen konnten, was ihnen beliebte, die Deutschen jedoch auf Grund des Belagerungszustandes daheim sein mussten. Es war jene uns heut kaum glaublich vorkommende Zeit, da man, um aus Königs-

hütte etwa nach Kattowitz, Beuthen, Hindenburg oder gar Bismarckhütte zu gelangen, sich im polnischen Plebiszitkommissariat einen Passierschein, die sogenannte „Przepustka“, holen musste. Und dies unter den Augen der „Hüter der Freiheit und Gerechtigkeit“, der Franzosen bzw. der Engländer.

Auch wir Königshütter fühlen uns an dieser Stelle ehrlich veranlasst, unseren heutigen italienischen Waffenbrüdern dafür zu danken, dass sie — angefangen von ihrem General de Marini als Mitglied der Interalliierten Hohen Kommission bis hin zum letzten Soldaten — in diesen Zeiten völliger Rechtlosigkeit auf der Seite des angestammten Rechtes beharrlich aushielten, dass sie wie etwa vor Cosel lieber den Heldentod starben, als sich zu Handlagern der Todfeinde des niedergetretenen deutschen Reiches und Volkes zu machen. Vor allem ihre Offiziere benahmen sich ritterlich und höflich, dies auch im Gegensatz zu den schlacksigen Briten, die man damals fälschlich für faire Garanten der Abstimmungs-Versprechungen hielt.

Am 7. Mai wurde endlich die Königshütter Südstadt geräumt, weil es die Insurgenten mit der Angst zu tun bekamen. Die Nordstadt, die reich an Wohnhöhlen und sonstigen Schlupfwinkeln war, wurde noch besetzt gehalten. Hier tobte sich ein brutaler Terror aus. Wir denken auch noch an jenes plötzliche Glockengeläut in der Nacht zum 11. Mai, das eine angebliche Siegesfeier der Aufständischen einleitete. Worüber man sich so freute, blieb ungeklärt. Doch als in der Folge des deutschen Sieges am Annaberg nach dem 20. Mai die Güterzüge mit den „Gefallenen“ aus den Reihen der industrieoberschlesischen Powstancys heimwärtsrollten, gab es bange Gesichter und die grosse Furcht vor der Generalabrechnung. Dass sie und auch nur teilweise erst in den ersten Septembertagen des Befreiungsjahres 1939 kam, war nicht die Schuld jener deutschen Königshütter, die mit zusammengebissenen Zähnen und geballten Fäusten auf die lohnende Gelegenheit warteten, es den Strauchdieben heimzuzahlen.

Inzwischen lag auch das endgültige, durch alle Verdrehungskünste nicht zu verkleinernde Abstimmungsergebnis von Königshütte vor. Es ergab nunmehr 31 864 deutsche und 10 784 polnische Stimmen. Das amtliche Gesamtergebnis betrug — das wollen wir für ewige Zeiten ebenfalls festhalten — 709 348 deutsche und 479 747 polnische Stimmen.

Inzwischen wuchs die seelische und wirtschaftliche Not unserer Hüttenstadt ins Unermessene. Es fehlte in den langen Wochen des Abgeschnürtseins schon am Notwendigsten, an Fleisch und Brot, ja sogar teilweise an Trinkwasser. Am 3. Juli 1921 sollte unter dem Druck des deutschen Selbstschutzes die Stadt von ihren Peinigern befreit werden. Doch auch hier „funktionierte“ die geheime Verständigung zwischen Franzosen, Engländern und Polen vorzüglich. Man besetzte nunmehr auch die Südstadt. Wenn auch dieser Spuk nur zwei Tage dauerte, so hatten die polnischen Banditen genügend Zeit und Ellenbogenfreiheit um deutsche Menschen zu quälen, sie auszuplündern oder gar irgendwo heimlich zu ermorden.

Doch der düsterste Tag in unserer Stadtgeschichte nahte erst. Es war jener 22. Juli 1922, da es die gegen jedes Recht vorgenommene Zerreissung mit sich brachte, dass polnische Soldateska unter dem Kommando des Generals Horoszkiewicz in jener Stadt Einzug hielt, in deren Wappen die Sinnbilder eindeutiger deutscher Herkunft und Herrschaft leuchteten. Dies war zur gleichen Stunde, als die deutschen Befreier der Reichswehr und Polizei — in Beuthen unter dem Kommando des damaligen Oberstleutnants und heutigen Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch — in einem Regen von Blumen, unter wogenden Fahnen und zu hemmungslosem Jubel der Bevölkerung ihren feierlichen Einzug nahmen.

Unter einer Ehrenpforte, die man unter dem Zwang der Polen errichten musste, hiess Stadtrat Noll den polnischen Gewalthaber willkommen. Wir lesen aus einem Bericht der damaligen Zeit: „Der General antwortete gleichfalls in deutscher Sprache und versprach auch der deutschen Bevölkerung den Schutz des polnischen Militärs (!).“ Unter einer zweiten Ehrenpforte auf der heutigen Adolf-Hitler-Strasse erfolgte die stürmische Begrüssung der Fremdlinge durch die von überall her zusammengetrommelten, angeblichen Polen und der Vorbeimarsch der Truppen. Vorher, am Redenberg, gab es bereits Szenen, die das deutsche Königshütte damals ahnen liessen,

welchen Schreckenszeiten es entgegengehen müsse. Bei der Begrüßungsansprache des erwähnten Stadtrates wollten sich polnische Furien auf den Stadtrat stürzen, weil er es gewagt hatte, deutsch zu sprechen.

Schon im September 1922 gab es die ersten Wahlen und zwar zum Schlesischen Sejm. Sie bestätigten in Königshütte die unerschrockene Haltung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Damit war das Stichwort für alle jene, nicht nur geduldeten, sondern amtlich sogar angespornten Verbrecher gefallen, die mittels der bald gefürchteten „Rollkommissionen“ jedmöglichen Druck auf die verbliebenen Deutschen ausübten, um sie zu verdrängen. Es kam zu überstürzten Verkäufen alter deutscher Grundstücke und sonstiger Sachwerte, zu übereilem Verlassen von Arbeitsplätzen und Wohnungen, zu Verhaftungen und Vertreibungen aller Art. Besonders „rühmlich“ zeichnete sich dabei jenes Gelicht aus, das da aus dem deutschverbliebenen Teil Oberschlesiens als „Eroberer“ in unsere Heimat einzog. Es durfte sich in einer Weise tummeln, die in krassestem Widerspruch zu allem versprochenen und vertragsmäßig niedergelegten Recht stand.

Noch leitete der damalige Oberbürgermeister Brahl die Geschicke von Königshütte. Doch ihm wurde bald ein 2. Bürgermeister beigegeben. Es war ein früherer Redakteur des einmalts in Königshütte aufgezogenen, doch kläglich gestrandeten Hetzblattes „Katolik“, Paul Dombek. Vorher war dieser Pole, der sich anfangs einigermassen loyal verhielt und auch die Stimmen der deutschen Stadtverordneten erhalten hatte, Bürgermeister der deutschen Stadt Lissa in Posen gewesen. Aber mit der angeblichen und anfänglichen „Loyalität“ des Pan Dombek war es bald aus. Er verdrängte nach hinterhältigen Attacken zunächst den deutschen Oberbürgermeister, um endlich an dessen Stelle zu treten. Stolz durfte sich dieser Emporkömmling „Stadtpräsident“ nennen. Sein Stellvertreter wurde bald darauf der aus Galizien gebürtige, als Amtsrichter 1922 nach Königshütte eingewanderte Vinzenz Spaltenstein. Kurze Zeit darauf musste sich Dombek einer Operation in Krakau unterziehen. Als er dort verstarb, wurde Spaltenstein sein Nachfolger. Als Galizier war er ein typisches Abbild jener mit geringster Habe nach dem reichen Oberschlesien gekommenen Polacken, die hier sehr rasch nach beliebter Methode zu hohem Wohlstand gelangten.

Es dauerte bis zum Jahre 1926, bis endlich die immer wieder geforderten, auch immer wieder in Aussicht gestellten Kommunalwahlen in Königshütte stattfinden durften. Der Pole zögerte hier besonders lange, weil er ja wissen musste, dass diese Stadt trotz seiner Entdeutschungspolitik immer noch und in weiter Zukunft eine überwiegend deutsche Bevölkerung hatte. Ist es nicht ein geradezu klassischer Beweis für das beispiellose Unrecht, begangen an Oberschlesien und Königshütte im besonderen, wenn die Gemeindevahl eine fast 75prozentige deutsche Mehrheit ergab?! Von den 54 Sitzen nahmen 39 deutsche Stadtverordnete ein, darunter 32 Mitglieder des Volksblockes der Deutschen Wahlgemeinschaft und 7 jener deutschen Sozialisten, die in der Folge mehr und mehr als Vertreter der 2. Internationale eigene Wege gingen. Die restlichen 15 Sitze verteilten sich auf die drei polnischen Fraktionen und die Kommunisten. Und wie „achtete“ der Pole diesen eindeutigen Volksentscheid? Noch vor der Einführung des neugewählten Stadtverordneten-Kollegiums liessen die Fremdlinge die damals freien Stellen des 2. Bürgermeisters und eines Stadtrates durch den Gewerkschaftssekretär Paul Dubiel und durch den Gewerkschaftsfunktionär Josef Adamek besetzen. Erst nach erfolgter Bestätigung dieser „Wahl“ wurde der Einspruch zurückgewiesen und im April 1927 die im November 1926 gewählten Stadtverordneten endlich in ihre Aemter eingeführt. Bei der Wahl des Büros verlangten die Polen entgegen den sogenannten parlamentarischen Gepflogenheiten den Posten des Stadtverordneten-Vorstehers, wollten aber die übrigen Stellen des Büros den Deutschen überlassen. Diese Anmassung scheiferte jedoch an dem einhelligen Willen der Deutschen Wahlgemeinschaft. Entgegen polnischen Quertreibereien und Rechtsbeugungen wurde mit allen deutschen Stimmen Verlagsdirektor Josef Strozky zum Vorsteher gewählt. Nun spielten die polnischen Bürgerschaftsvertreter das für sie bezeichnende Spiel der gekränkten Leberwürste. Sie rannten lärmend aus dem Saal und verzichteten so auf die Wahl des übrigen Büros. Sodann wurden gewählt: zum stellv. Vorsteher Senator Kurt Mayer, zum Schriftführer Former Thomas Gawlik, zu dessen Stellvertreter Robert Buczek. Darauf versuchten die Polen, diesem Stadtparlament mit allen gesetzlichen und noch mehr mit den ihnen

würdigen, unerlaubten Mitteln die Arbeit am Gemeinwohl unmöglich zu machen. Nur deutscher Zähigkeit, gepaart mit weitschauender Klugheit, war es zu verdanken, dass dieses Kollegium bis zum Ablauf seiner Wahlzeit am Leben und Wirken blieb.

Im Jahre 1931 erfolgten die nächsten Kommunalwahlen in Königshütte. Inzwischen war der Terror noch angestiegen. Seitdem ab 1926 ein Wojewode Grazynski mit ebenso fuchsschlauer wie brutaler Ausrottungspolitik schrankenlos am Ruder war, schien die Sterbestunde für unser ostoberschlesisches Deutschtum gekommen. Eines der Spiegelbilder der damals schon mehr als bedenklichen Lage für das Deutschtum waren die Kommunalwahlen. Und dennoch! Auch diesmal ergab sich eine deutsche Parlamentsmehrheit. Von den 54 Sitzen erhielten die deutschen Parteien 29, davon 24 allein die Deutsche Wahlgemeinschaft und 5 die deutschen Sozialisten. Die restlichen 25 Sitze fielen an die 4 polnischen Fraktionen und an die Kommunisten. Als wiederum Verlagsdirektor Strozyk zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurde, tobten die Polen in wütendem Widerspruch. Man kannte diesen offenen und mannhaften Gegner, man fürchtete seinen Einfluss und hätte ihn gar zu gerne zu Fall gebracht. Auch, als man durch die 1934 vorgenommene Eingemeindung von Chorzow ein weiteres Anwachsen des polnischen Einflusses in der den Polen so genehmen Weise erzielte, als man „Krolewska Huta“ daraufhin in „Chorzow“ umbtaufte, arbeitete das Stadtparlament unter Strozyks Leitung im Sinne seiner deutschen Mehrheit. Das blieb so, bis der Pole dieses ihm verhasste Sprachrohr deutschen Bürgerwillens durch die Auflösung Ende Juli 1934 beseitigte.

Am 1. Juli 1934 kam ausser Chorzow mit Macziejkowicz auch die Gemeinde Neuheiduk in den Stadtkreis Königshütte. Anstelle des aufgelösten Stadtverordneten-Kollegiums trat die vom Wojewoden verfügte kommissarische Stadtverwaltung. Von ihren 15 Mitgliedern waren 3 alteingesessene deutsche Mitbürger und zwar Gawlik, Mross und Mutz. Der Rest bestand jedenfalls aus Leuten, die ganz im Fahrwasser Grazynskis nichts unversucht liessen, um Königshütte noch weiter zu verpolen. Bei den anschliessend erfolgten Stadtratswahlen gelang es den Deutschen, doch noch zwei am Gemeinwohl rege interessierte Männer, Buczek und Jendralski, durchzusetzen. Nach dem Wegzug des Schriftleiters Jendralski, den die Polen auf Grund seiner Tätigkeit im „Ober-schlesischen Kurier“ zu mehrfachen Gefängnisstrafen verurteilt hatten, trat Josef Lubina an dessen Stelle.

Immer weiter gingen die unverhüllten Polonisierungsbestrebungen unserer Todfeinde. Um endlich doch eine nach aussen hin polnische Grossgemeinde zu schaffen, wurde am 1. April 1939 Bismarckhütte eingemeindet. Die Einwohnerzahl von Gross-Königshütte stieg zwar auf rund 139 000 und Königshütte war damit die volkreichste Grosstadt Ostoberschlesiens und eine der grössten im ehemaligen Polen überhaupt geworden. Doch der politische Erfolg war trotzdem nicht hundertprozentig. Es ist bezeichnend für die wahre volkspolitische Lage in unserer Stadt, dass es die Polen nicht wieder wagten, neue und längst fällige Wahlen zum Stadtparlament auszuschreiben, weil sie damit rechnen mussten, dass diese Wahlen selbst noch im Jahre 1939 — einigermaßen frei und geheim durchgeführt — eine deutsche Mehrheit, mindestens aber einen viel zu grossen deutschen Stimmenanteil mit sich bringen würden. Sie mussten jede Massnahmen bekämpfen, die nach aussen hin demonstrierte, wie deutsch unser Königshütte auch noch nach 20 jähriger Notzeit und Willkürherrschaft war.

Wie aber hatte man diese deutsche Stadt in ihrem äusseren Antlitz verschandelt! Alle deutschen Aufschriften mussten verschwinden, die deutsche Sprache wurde durch terroristische Massnahmen möglichst unterdrückt, das deutsche Gemeinschaftsleben geknebelt. Es blieb den Polen vorbehalten, immer mehr der schmierigsten Kaftanjuden und der „Gorols“ (wie im Volksmund die eingewanderten, äusserst primitiven Polen aus den Ostgebieten hiessen) nach Königshütte hinein-zulassen. Allein die Zahl der polizeilich gemeldeten Juden erreichte mehr als 5000, in Wirklichkeit aber trieben gut 10 000 ihr schäbiges Unwesen. Was sie gegenüber der einst so blühenden bodenständigen deutschen Wirtschaft, namentlich für Handel und Handwerk bedeuteten, braucht nicht erst näher gekennzeichnet zu werden. Sie waren eine genau so üble Schmutzkonkurrenz und feindselige Ueberfremdung wie alles Polnische überhaupt.

Der Gebrauch der deutschen Sprache im Umgang mit den Behörden war durch ein Schandgesetz des Schlesischen Sejm verboten, ja unter Strafe gestellt. Bis zum Ablauf des Genfer Abkommens, das in den Jahren von 1922 bis 1937 einen nur dürftigen Schutz gewährt hatte, „durften“ sich die Stadtverordneten der deutschen Sprache bedienen. Bei der Leitung der Verhandlungen wie im Magistrat, den Kommissionen und Deputationen sollte grundsätzlich und ausnahmslos nur Polnisch in Wort und Schrift vorherrschen. Dank der bis zuletzt deutschen Mehrheit ist in Königshütte diese rigorose Sprachverordnung niemals in vollem Umfang zur Anwendung gelangt.

Es war das ausschliessliche Verdienst deutscher Männer in unserer Bürgerschaftsvertretung, wenn das von den Zentralbehörden wie auch von der Wojewodschaft bewusst vernachlässigte Königshütte dennoch auch in der überwundenen Polenzeit einige Weiterentwicklung erlebte. Während ihrer Tätigkeit wurde das Rathaus erweitert bzw. umgebaut. Es erfolgten die Neubauten u. a. der Handelsschule, der Volksschule XIV, des grossen Stadions am Redenberg.

Doch auch diese Stadtverordneten und Stadträte hätten gegenüber der immer drohender werdenden polnischen Gewaltherrschaft nichts vermocht, wenn sie nicht in engster Zusammenarbeit mit dem bis zum Schluss blühenden deutschen Gemeinschaftsleben gestanden hätten. Königshütte bekannte sich bis zur Zerreissung des gemeinsamen Heimatlandes wie kaum eine andere Stadt zum Deutschtum in allen seinen Lebensäusserungen. Es hat sich diese Haltung auch in den 18 Jahren polnischer Zwangsherrschaft bewahrt. Dies wird durch die Ergebnisse bei den Wahlen zum Stadtparlament sowie zum Schlesischen und Polnischen Sejm und Senat bestätigt. Die deutschen Organisationen unserer Stadt waren festgefügt und kampferprobt, besaßen sehr erhebliche, auch trotz Abwanderung und Polenterror kaum ernstlich zurückgegangene Mitgliederbestände. Wo immer es ging, traten unsere deutschen Organisationen geschlossen und in grosser Zahl auf. Ihre Veranstaltungen — nicht nur die geselligen Vereinsfeste — waren so rege besucht, dass selbst die grössten Säle wie der des „Graf Reden“ meistens überfüllt waren. Aehnlich war es bei Parteiveranstaltungen. Es gab eine stattliche Anzahl von wahrhaften Grossveranstaltungen, bei denen viele Besucher wegen restloser Ueberfüllung vergebens Einlass begehrten. Es war das Verdienst leitender Persönlichkeiten in der Führung unserer deutschen Organisationen, dass den deutschen Königshütern bis zur Stunde der Befreiung ausreichende Räumlichkeiten zur Verfügung standen. Rechtzeitig und unter schweren finanziellen Opfern gelang es, Räumlichkeiten wie den „Graf Reden“ und das Volkshaus an der Hindenburgstrasse für deutsche Veranstaltungen auf die Dauer bis zur Befreiung zu sichern. Aber auch private Saal- und Gaststättenbesitzer fanden trotz schwerster polnischer Schikanen und Boykottmassnahmen den Mut, den immer mehr verfeimten und verfolgten Deutschen ihr Haus zu öffnen.

Das deutsche Organisationsleben blühte in Königshütte trotz rigoroser Massnahmen der Polen. Denken wir nur an den einstigen Männerturnverein, dessen standhaftes Festhalten mit dem Namen des deutschen Bluteugen Berthold Hildebrandt für alle Zeiten verbunden bleibt. Organisationen der Leibesübungspflege und kulturelle Vereinigungen waren es in erster Linie, die sich das Recht ungehinderter Betätigung selbst nach Ablauf des einigermassen schützenden Genfer Abkommens nicht nehmen liessen. Denken wir an die „Chorvereinigung Königshütte“, die im Bunde mit dem Meister'schen Gesangverein Kattowitz es selbst noch im März 1939, als der unverhüllte Terror gegen alles Deutsche immer deutlichere und herausforderndere Formen annahm, ermöglichte, ein demonstrativ wirkendes Werk wie Hans Pfitzners Eichendorff-Vertonung der Kantate „Von deutscher Seele“ aufzuführen und damit einen richtungweisenden Erfolg zu erzielen. Vergessen wir auch unsere wackeren Männergesangvereine, die Lobeda-Chöre unter Paul Drobek, das blühende Vereinsleben so mancher Werksgruppe nicht. Denken wir hier auch an den von den Polen mit so ausgeklügelten Methoden heraufbeschworenen Theaterkrieg, der damit endete, dass man Königshütte in der Spielzeit 1937/38 seinen zwar veralteten, aber immer noch ausreichenden Theatersaal im „Graf Reden“ wegen angeblich baupolizeilich beanstandeter Mängel schloss. Als das bodenständige Deutschtum die beharrlichen Abstecher-Gastspiele seines mit ihm in Treue und Liebe verbundenen Oberschlesischen Landestheaters Beuthen im Festsaal der Eichendorff-Oberschule stattfinden lassen wollte, wurde auch hier das deutsche Theater untersagt. Das treu-

deutsche Königshütte hat allein schon auf diesem Gebiet so ausdauernd und einmütig um die Wahrung seiner kulturellen Lebensrechte gekämpft, dass dieser Abschnitt seiner Selbstbehauptung genügt, um zu beweisen, wie wahrhaft deutsch Königshütte bis zum 1. September 1939 war. Das deutsche Büchereiwesen blühte, wenn auch räumlich und polizeilich beengt, der Deutsche Schulverein und die vielen Elternvereine waren eine Schutzwehr gegen die Polonisierung unseres Nachwuchses. Die deutschen Sport- und Wandervereine — so u. a. der Beskidenverein, der Wintersportverein, der Tennisklub — sorgten ebenfalls für eine Ertüchtigung von jung und alt im Geiste jener nationalsozialistischen Entwicklung, nach der sich das Königshütter Deutschtum innerlich immer klarer ausrichtete. Welchen Segen hat der Hilfsverein deutscher Frauen in den langen Jahren meistens auch stiller und verschämter deutscher Volksnot gestiftet! Vergessen wir auch nicht die Vereine und Verbände der religiösen und caritativen Gemeinschaftspflege im deutschen Geiste, den Verband deutscher Katholiken in Polen, den deutschen-katholischen Frauenbund. Sie alle standen im Deutschen Kulturbund, einer Abteilung des Deutschen Volksbundes wie „ein einzig' Volk von Brüdern“ zusammen. Auf der gleichen Ebene entwickelte sich im Zuge der gesamtdeutschen politischen Entwicklung das Leben und Wirken politischer deutscher Parteien. Mögen auch ihre internen Ziele von einander abgewichen sein, so waren sie doch in der Zielsetzung eins: der deutschen Selbstbehauptung zu dienen und die Bahnen für künftige, bessere Zeiten zu ebnen. Es waren dies die Deutsche Partei, die Deutsche katholische Volkspartei, der Deutsche Volksblock und die Jungdeutsche Partei. Namentlich die Jungdeutsche Partei als eine Partei kraftvoller Erneuerung sorgte dafür, dass der deutsche Nachwuchs aufgeschlossen wurde für das Grossdeutschland Adolf Hitlers.

Mit am wichtigsten aber war und blieb es, bereits die vorschulpflichtige Jugend unserer durchweg ausgebeuteten, wirtschaftlich an den Bettelstab gebrachten volksdeutschen Bevölkerung frühzeitig und lückenlos dem deutschen Gemeinschaftsleben zu erhalten.

War es bereits eine unerhört schwere, aber doch gelungene Arbeit, durch die Königshütter Fürsorgegesellschaft im Hause Kattowitzer Strasse 5 zwei deutsche Kindergärten zu schaffen und zu sichern, dort auch hauswirtschaftliche Kurse für die weibliche schulentlassene Jugend trotz aller Polenschikanen durchzuführen, so darf man den erfolgreichen Kampf um die Eichendorff-Schule als eines der besonderen Ruhmesblätter im Ringen um die Erhaltung des Deutschtums in Königshütte würdigen. Dank wirksamer Mithilfe von zuständigen Stellen der Deutschen Reichsregierung war es dem Deutschen Schulverein endlich gelungen, die Erlaubnis zum Bau eines sogenannten Minderheits-Gymnasiums durchzudrücken. Dafür wurde das Grundstück zwischen der heutigen Gneisenau-, Eichendorff- und Horst-Wessel-Strasse für fast eine halbe Million Zloty erworben und darauf die den Ehrennamen des oberschlesischen Heimatdichters Eichendorff tragende Oberschule errichtet. Sie war eine der schönsten, in ihrer Gesamtanlage grosszügigste deutsche Schule des einstigen Polens und erhielt endlich als einzige deutsche Schule in diesem „Kulturstaat“ das Recht, auch öffentliche Reifeprüfungen zu veranstalten. Die Polen, die immer neue Forderungen an eine — wie sie heimtückisch betonten — neuzeitliche Zweckmässigkeit des Bauvorhabens richteten, wollten durchaus, dass die deutschen Schüler nach Besuch dieser Schule ihre Reifeprüfung an irgendeiner polnischen höheren Schule ablegen sollten. Was dies zur Folge gehabt hätte, war durch die traurigen Erfahrungen der vergangenen Jahre allüberall anderswo im gewesenen Polen bestätigt worden: man liess die deutschen Prüflinge erbarmungslos durchfallen und verbaute ihnen damit die Möglichkeit einer geordneten Berufswahl. 1932 war es endlich so weit, dass die Eichendorff-Schule unter der Leitung von Oberstudiendirektor Muschol ihre Pforten öffnete. Sie hat unter seiner Leitung bis zum Schluss als wahres deutsches Kulturbollwerk ihre vielartigen Aufgaben hervorragend erfüllt und gehört nun zu den Oberschulen unserer Stadt.

Auch im Wirtschaftsleben war das Deutschtum in Königshütte eifrig bemüht, namentlich den immer stärker zusammengeschmolzenen gewerblichen Mittelstand in seinem Kampf um die kümmerliche Existenz zu unterstützen. In erster Linie waren es deutsche Bankinstitute, die hier einen Schutzwall gegen die zunehmende Ueberfremdung des Königshütter Handels und Gewerbes aufrichteten. Nennen wir in diesem Zusammenhang die Dresdner Bank bezw. die Oberschlesische

Discontobank, den Oberschlesischen Bankverein, die frühere Volksbank und die Königshütter Vereinsbank.

Diese kurze Umschau, die ja nur bruchstückweise würdigen kann, was das Deutschtum in Königshütte an erhaltenden, aufbauenden und schützenden Kräften dank seiner natürlichen Konzentration aufbrachte, möge ausklingen in eine ebenso kurze Kennzeichnung der Lage des Deutschtums im letzten Jahr der polnischen Zwangsherrschaft. Hatte schon mit der Machtergreifung durch Adolf Hitler im deutschen Mutterland ein stetig wachsender Druck des feindseligen Polentums gegen alles Deutsche eingesetzt, so artete diese Depression seit der bedeutsamen Führerrede im April 1939 in immer bedrohlicheren Chauvinismus aus. Ein Spiegelbild davon ist der Terror gegen die einzige Königshütter Heimatzeitung, den „Oberschlesischen Kurier“. Er, der trotz polnischer Todfeindschaft seit 1922 die grösste deutsche Tageszeitung im damaligen Polen gewesen ist, hat in den Jahren der Fremdherrschaft und besonders nach 1933 nicht weniger als 434 Beschlagnahmen, Verbote und Prozesse über sich ergehen lassen müssen. Die Geldstrafen, Gerichtskosten und Anwaltsgebühren erreichten die unerhört hohe Summe von 100 000 Zloty. In den letzten Monaten vor der Befreiung durfte er ebensowenig wie andere deutsche Zeitungen weder ausgehängt noch öffentlich feilgeboten werden. Unter seinen Schriftleitern, die fast alle wegen ihrer treudeutschen Pflichterfüllung in polnische Gefängnisse gewandert waren, gibt es einen — Theo Krocze — von dem erst kürzlich eine führende Reichszeitung berichtete, dass er der Deutsche sei, der in Polen „am längsten gegessen hat“. Verlagsdirektor Strozyk, der in so ziemlich allen führenden Organisationen und Einrichtungen des bodenständigen Deutschtums seinen Mann gestellt hatte, wurde schon 1934 ähnlich wie Andreas Dudek und Dr. Otto Ulitz von polnischen Gerichten in ehrenkränkender Weise verurteilt und monatelang in Untersuchungshaft gehalten. Selbst höchste polnische Gerichte mussten schliesslich diese aufrechten Deutschtumsführer freisprechen.

In den letzten Tagen des August war es in der so offensichtlich deutschen Stadt Königshütte nahezu unmöglich, auf der Strasse ein deutsches Wort zu sprechen. Deutsche Geschäfte, obenan die Niederlassung des „Oberschlesischen Kurier“ am Adolf-Hitler-Platz, wurden mit Teer besudelt, Zeitungsausträgerinnen verfolgt, ihrer Zeitungen beraubt und niedergeschlagen. In Geschäfte und Gaststätten drangen „Stosstrupps“ der Aufständischen und der Jungpolen ein und wüteten unter den Augen einer bewusst untätigen Polizei wie Kannibalen.

Der Polenterror im eigenen Heimatland war bis zur Siedehitze gestiegen, als der Führer endlich die einzige exemplarische Strafe für soviel herausfordernde Deutschenverfolgung fand, den Krieg. Als in den frühesten Morgenstunden deutsche Flugzeuge unserer herrlichen Luftwaffe auch über dem zu Tode erstarrten Königshütte hinwegbrausten und auf dem nahen Kattowitzer Flugplatz ihre Bombenlast zielsicher abwarfen, da ging trotz aller Todesnot ein beglücktes Aufatmen durch die Reihen der deutschen Königshütter. Und trotzdem brachten die Stunden vom 1. September bis zu jenem herrlichen Befreiungsmontag, dem 4. September, noch schwerste Nöte und Sorgen. Am 1. September wurden — wie schon von langer Hand geplant — 60 der angesehensten und tatfreudigsten deutschen Männer von Königshütte wie Galeerensträflinge verschleppt, weil man sie auf Grund des Grenzzonengesetzes und des Kriegsrechtes in die Rokitno-Sümpfe „verbannt“ hatte. In Wirklichkeit wollte man sich dieser Männer, die meistens Familienväter waren und deren Angehörige in banger Sorge daheim vergingen, als Faustpfänder sichern und an ihnen wie ja auch kurze Zeit darauf an den 17 unschuldigen Opfern in Myslowitz, an den Zehntausenden um Bromberg, die ganze Wut vertierten Polentums auslassen. Nur das gütige Geschick jähler Befreiung, ermöglicht durch die hemmungslose Stosskraft sieggewohnter deutscher Befreier, bewahrte auch Königshütte von grausigen Deutschenmorden. Die Königshütter Verschleppten gelangten noch bis ins berüchtigte Myslowitzer Zuchthaus. Dort fanden sie auf geradezu wildromantische Weise die Freiheit. Einer von ihnen, der im Deutschen Volksbund wie in der Deutschen Turnerschaft unvergängliche Verdienste erworben hatte — Bertold Hildebrandt — fiel auf dem Heimweg in das wieder restlos deutsche Königshütte polnischen Mordbanditen zum Opfer. Als vieltausend Königshütter in den Mittagsstunden des ersten Kriegssonntages in dem zuversichtlichen

Glauben, die deutschen Befreier nahen aus der Richtung Beuthen, die Beuthener Strasse empor zur ehemaligen Grenze Königshütter Landstrasse eilten, Hakenkreuzfähnchen in den Händen, wurden sie hinterrücks durch das Heckenschützenfeuer versprengter Aufständischer aus den Schrebergärten behelligt. Mancher deutsche Königshütter wurde hier noch das Opfer eines jener Strauchdiebe, mit denen erst deutsche Wehrmacht und Polizei restlos fertig wurden.

Unsere Wehrmacht, die allüberall mit dem Ausdruck fassungslosen Glückes und unbändiger Freude umjubelt wurde, hisste am Montag-Vormittag endlich auch auf dem Königshütter Rathaus die Reichskriegsflagge. Anstelle des mit vollen Taschen ebenso wie Grazynski und Konsorten geflüchteten „Stadtpräsidenten“ Grzesik wurde Verlagsdirektor Strozyk von den Befreiern zur kommissarischen Leitung der Stadtgeschäfte bestellt. Er sorgte im Bunde mit einem tatfreudigen Arbeitsausschuss deutscher Männer dafür, dass sich die Umgestaltung des Lebens und Treibens in Königshütte in deutschen Bahnen rasch und reibungslos vollziehen konnte. An seine Stelle trat kurze Zeit darauf, berufen durch den Chef der Zivilverwaltung, der vordem in Wesermünde tätig gewesene Oberbürgermeister Dr. Delius, der später dem Ruf deutscher Behörden als Stadtpräsident nach Antwerpen Folge leistete. Seitdem ist der frühere Oberbürgermeister von Schneidemühl und einstige Stadtkämmerer von Breslau, Pg. Schroeder, Lenker der Stadtgeschicke von Königshütte.

Deutsches Gemeinschaftsleben blüht nun wie nie zuvor im treudeutschen Königshütte. Niemals mehr wird sich fremdländischer Ungeist hier austoben dürfen. Möge uns alle, die wir irgendwo am Wohle dieser Stadt rastloser Werkarbeit wirken, die Kenntnis einer stolzen deutschen Vergangenheit stets dazu verpflichten, mit ganzer Kraft an der restlosen Gesundung und Wiedergutmachung zu wirken. Auf unser Königshütte trifft jenes volkstümliche Wort zu, mit welchem einst, in der Kampfzeit um Deutschland, unser Deutschland-Lied ergänzt wurde. Denn das Königshütter Deutschtum bewährte sich, wie erwiesen, getreu der Losung: „Und im Unglück nun erst recht!“

Kurt M a n d e l.

Zwischen Kriegsbeginn und Neuaufbau.

Nach Berichten von Dietrich Amelungk, Alfons Belda, Paul Bensch, Hermann Biok, Ewald Bitom, Ewald Cwienk, Dr. Walter Delius, A. Dudek, Emil Fröhlich, Cäcilie Grabarcz, Ewald Gröner, Dr. Franz Killing, Wilhelm Kosmitzky, Fritz Mirau, Max Muschol, Ernst Mücke, Wilhelm Peters, Wilhelm Rust, Friedrich Schlenso, Josef Strozyk, Alfred Ulbrich, Paul Wallek, Oskar Wauro, Maria Winkler

zusammengestellt

von

Richard Schmidt.

Schon seit dem Frühsommer des Jahres 1939 lastete eine Unruhe über dem oberschlesischen Deutschland. Man spürte, dass etwas nicht in Ordnung war. Immer mehr war jedes kulturelle deutsche Leben so gut wie erstickt. Die polnische Kriminalpolizei war geschäftig wie selten zuvor. Die Aufständischen und Jungpolen rührten sich mächtig und organisierten ihre Ueberfälle auf wehrlose Deutsche. In jedem deutschsprechenden Menschen sah man einen Landesverräter. Jeder Deutsche, der in irgend einer Form öffentlich im Deutschtum tätig war, spürte, dass er stärker unter Beaufsichtigung stand als sonst. Die Häuser, in denen Deutsche wohnten, waren ständig von polnischer Kriminalpolizei mehr oder weniger beaufsichtigt.

Der deutsche Bevölkerungsteil, obwohl innerlich bei jeder polnischen Schandtat aufs heftigste erregt, zeigte sich äusserlich gelassen. Es konnte ihn nichts mehr erschüttern. Man hatte sich in den 17 Jahren polnischer Zwangsherrschaft an diese Zustände langsam gewöhnt. Die Falschheit, die hervorstechendste Eigenschaft am Nationalcharakter der Polen, feierte Triumphe. So wie die Polen es trieben, musste es ja zu der grossen Auseinandersetzung kommen. Und dann ging der grosse Herzenswunsch der Vereinigung mit Deutschland in Erfüllung. Die täglich vom polnischen Rundfunk und von der polnischen Presse aufgetischten Phrasen über die Unüberwindlichkeit Polens sorgten noch wenigstens für etwas Humor in diesen schweren Tagen. In tausendfachen Eiden bei jeder polnischen Veranstaltung wurde geschworen, dieses Land bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, und kamen diese Phrasenhelden nach Hause, dann machten sie sich an das Packen der Koffer. Den Deutschen am Ort aber schwur man im Falle eines Falles bitterste Rache. Ganz Königshütte solle in die Luft gehen, und alles sei vorbereitet.

In den ersten Augusttagen berichteten polnische Zeitungen, dass polnische Grenzer einige Männer gefasst hätten, die Waffen von Deutschland nach Polen schmuggelten. Die Ermittlungen sollten ergeben haben, dass die Deutschen in Oberschlesien einen Aufstand vorbereiten. Als einige Tage später in Scharley ein polnischer Polizeibeamter von einem Deutschen, den er verhaften wollte, angeschossen wurde, war das Signal zur Verhaftung von Hunderten von Deutschen in ganz Oberschlesien gegeben. Am 15. August sah man von früh sieben Uhr an kleine Trupps von Polizeibeamten auf der Strasse, die immer wieder Deutsche nach dem Rathaus in das Polizeigefängnis brachten. Den Verhafteten wurde Hochverrat und bewaffneter Aufstand zur Last gelegt. Schwer bewacht und gekettet sind diese Verhafteten in den nächsten Tagen vom Polizeigefängnis über den Ring nach der Brückenstrasse 5 geführt worden, um dort vernommen zu werden. Warum die Verhafteten dorthin geführt wurden, erschien unverständlich, da die Vernehmung im Polizeigefängnis selbst durchgeführt werden konnte. Dieses Hin- und Herführen sollte wahrscheinlich der polnischen Öffentlichkeit Gelegenheit geben, sich die deutschen Verbrecher anzusehen, sie zu beschimpfen, anzuspucken und mit Steinen zu bewerfen, was auch in reichlichem Masse geschehen ist. Die aufrechte, ernste, gefasste Haltung dieser Männer hat manchem Wankelmütigen den Rücken gestärkt. Alle Haus-suchungen nach Waffen und wichtigen Papieren, alle Drohungen und Misshandlungen bei der Vernehmung hatte nichts Stichhaltiges gebracht, um den Verdacht des Hochverrats aufrecht erhalten zu können. Inzwischen schienen auch diplomatische Schritte die polnischen Behörden zur Zurückhaltung

zu mahnen. Es hiess, dass die englische Regierung die Massenverhaftung der Führer des Deutschtums in Polen missbillige, weil man die Zeit zum Losschlagen noch nicht für gekommen hielt. So entschloss sich dann die polnische Behörde, die Verhafteten (es waren dies: Engelbert Adamitz, Erwin Beck, Felix Beiner, Alfons Belda, Herbert Bonk, Franz Golczyk, Hans Grabarcz, Richard Groll, Helmut und Erwin Hetmanczyk, Berthold Hildebrandt, Eduard Hocheisel, Gustav Kluge, August Lork, Emanuel Majentny, Anton Nowara, Josef Schary, Franz Schega, Karl Schlesinger, Erwin Slama, Emil Wieczorek, Elnred und Erich Waitzik, Robert Zowada) wieder frei zu geben. Bei der Entlassung drohte man ihnen aber, dass man sie bald wieder hole, dann aber ginge es auf den grossen Marsch nach dem berühmigten Konzentrationslager Bereza-Kartuska. So waren denn alle gewarnt. Einigen gelang es darum auch, sich vor der zweiten Verhaftung zu Kriegsbeginn rechtzeitig zu verbergen.

Im deutschen Gewerkschaftshaus hatte sich seit Mitte August 1939 das Hauptquartier der Aufständischen eingerichtet, nachdem man das Personal der deutschen Arbeitergewerkschaft verhaftet und verjagt hatte. Der deutsche Wirt wurde als halber Gefangener behandelt. Eine gründliche Haussuchung hatte nichts von Waffen oder Bomben zutage gebracht. Von hier aus wurden dann die berühmigten Streifen in die Stadt unternommen. Ein Teil der Aufständischen wurde als Hilfspolizei abkommandiert. Für die Deutschen gab es jetzt nur eine Losung: Ruhe und kalten Kopf bewahren und sich zu nichts hinreissen lassen.

So kam der 1. September heran. Früh schon hatten die Kampfhandlungen an der Grenze begonnen. Es wurde ernst. Deutsche Flugzeuge sah man hin und zurück die Stadt überfliegen. Später erfuhr man, sie hätten bereits gründliche Arbeit geleistet. Vergeblich schaute man nach einem der vorher viel gepriesenen polnischen Flugzeuge aus. Der deutsche Bevölkerungsteil wartete mit Spannung auf die angekündigte Rede des Führers, die mehr oder weniger heimlich abgehört wurde. Kaum waren die letzten Worte der Rede verklungen, als man aus den Polizeikommissariaten Polizeibeamte und Aufständische nach verschiedenen Richtungen in alle Stadtteile eilen sah. Was dies zu bedeuten hatte, wurde bald klar. Es begann die Jagd auf die Deutschen. Zunächst holte man die im Deutschtum führenden Personen heraus. Schwer bewaffnet, mit aufgezplantem Bajonett traten je ein Polizeibeamter und zwei Aufständische in die Wohnungen der betreffenden und forderten sie zum Mitkommen auf. Auf die Frage, wohin es ginge, wurde den meisten von ihnen gesagt, sie hätten nur ein Protokoll auf der Wache zu unterschreiben. Alles war gut vorbereitet. Monatelang vorher schon lagen die Namenlisten der Deutschen auf der Polizeidirektion mit ausgefüllten Verhaftungsbefehlen bereit. In den letzten Tagen noch hatte man eine Kontrolle durch Polizeiorgane veranstaltet, ob auch alle da seien. Wer nicht da war, wurde nun an allen möglichen und unmöglichen Stellen gesucht. Den Familienangehörigen wurden die schwersten Strafen angedroht, wenn sich die Betreffenden nicht sofort meldeten. Dann wurden sie wie Verbrecher durch die Strassen geführt, mitten durch die Massen der Flüchtlinge, die man aus den Grenzdörfern bereits evakuierte. Die Absicht war klar. Man wollte die Massen aufreizen. Rufe wurden laut: „Führt sie nicht ab, an die Wand sofort mit ihnen“, usw.

Doch die Massen blieben bis auf Einzelfälle teilnahmslos. Jeder hatte mit sich und seinen Sorgen zu tun. Sammelstelle für die Verhafteten war der Hof des Rathauses. Hier wurde ihnen zunächst ein Schreiben ausgehändigt, das entweder einen Ausweisungsbefehl nach Stalin an der russischen Grenze oder Internierung in einem Lager enthielt. Von einer Verhaftung war in diesem Schreiben nicht die Rede. Es wurde darin nur mitgeteilt, dass das Grenzgebiet innerhalb 48 Stunden unter Mitnahme von entsprechender Bekleidung und Verpflegung zu verlassen sei. Als auf diesen Vermerk aufmerksam gemacht wurde, bekam man nur ein Achselzucken. Also hatte man etwas anderes vor. Den Empfang des Befehls musste man, o Ironie, auch noch bescheinigen. So waren ungefähr 60 Mann nach und nach herbeigeführt worden. In Reihen von Vieren, mit dem Gesicht an die Wand, harrten sie der Dinge, die da kommen sollten. Kein lautes Wort durfte gesprochen werden. Obwohl sie wussten, dass ihnen Schweres bevorstand, behielten sie Ruhe. Im Hofe selbst eifrige Geschäftigkeit. Akten wurden verbrannt, die man aus dem Rathaus herbeischleppte. Dazwischen Meldungen aus dem Lautsprecher eines Rundfunkgeräts. Der polnische Rundfunk meldete: Hamburg bombardiert, die polnischen Truppen im Marsch auf Berlin die Grenzen über-

schritten, Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Italien und dergl. Humburg mehr. Dann tauchte einmal das Gesicht des Herrn Stadtpräsidenten Grzesik in einem Fenster auf, der höhnisch lächelnd die Kolonne der Opfer betrachtete. Wenn er nur einen Monat hätte in die Zukunft schauen können, ob ihm das Lächeln nicht vergangen wäre? Die dort standen, waren doch alles ehrenwerte Bürger, unter ihnen Grauhaarige, die jahrzehntelang zum Wohle der Stadt gearbeitet hatten. Aber was kümmerte ihn das. Es waren eben Deutsche, und er war ja die ganzen Jahre einer der Hauptdrahtzieher zur Vernichtung des Deutschlands gewesen.

Nach stundenlangem Warten fuhr ein Autobus vor dem Rathaus vor. Polizeibeamte in voller Ausrüstung, schwer bepackt, brachten die eine Hälfte der Verhafteten in den Autobus. An ihrer Ausrüstung konnte man erkennen, dass sie nicht mehr in die Stadt zurückkehren sollten. Wohin ging es? Kein Mensch wusste Bescheid, auch die Polizeibeamten nicht. Nach einer Stunde wurden die übrigen abgeholt und ebenso ins Ungewisse befördert.

In den Abendstunden wurde ein neuer Transport von Verhafteten nach dem Rathaus gebracht. Es waren zum grössten Teil Deutsche aus Bismarckhütte. Da man sie nicht sofort abtransportieren konnte, wurden sie ins Polizeigefängnis gebracht, vorher jedoch noch in schwerer Weise misshandelt. Mit Stöcken und Gummiknüppeln wurde auf sie eingeschlagen, dass verschiedene von ihnen aufgeplatzte Fingerspitzen hatten. Am nächsten Morgen wurden sie ebenfalls mit einem Auto fortgeschafft. Besser erging es dem Transport, der dann noch in den späten Abendstunden in der Polizeiwache in Neuheiduk zusammengebracht wurde. Unter diesen befand sich auch der 72-jährige allbekannte Fabrikbesitzer Sonsalla, früherer deutscher Stadtrat und jahrzehntelanger Betreuer und Vater des Männerturnvereins Königshütte. Nur dem schnellen Vordringen der deutschen Truppen und dem Mangel an Beförderungsmöglichkeit hatte dieser Transport es zu verdanken, dass er nach Hause geschickt wurde mit der Weisung, sich ja nicht blicken zu lassen, da es sonst gebrochene Knochen gäbe.

Inzwischen waren die ersten Transporte bis nach Myslowitz gekommen. An eine Weiterbeförderung war nicht zu denken. Die Eisenbahn hatte den normalen Verkehr eingestellt und die Autobusse würden für andere Zwecke gebraucht. Also, wohin mit den Gefangenen? Kurzerhand wurden sie nach dem berüchtigten Isolierungslager gebracht. Hier ein Kopfschütteln der Gefängnisleitung. Alles besetzt. Die Aufnahme der fünf mitverhafteten Frauen wurde glattweg abgelehnt, da das Gefängnis für Frauen nicht eingerichtet war. Also wurden sie ausgemustert und nach dem Polizeigefängnis in Myslowitz geschafft, wo sie in einer Kammer unter dem Dache untergebracht wurden. Der sie bewachende Polizeibeamte musste den Raum mit ihnen teilen, da andere Unterbringungsmöglichkeiten nicht vorhanden waren. Zu essen gab es weder für den Beamten noch für die Gefangenen etwas. Dies war auch der Grund, dass der Beamte es erlaubte, dass eine zufällig auf der Strasse vorbeikommende Bekannte der einen Gefangenen, die vom Fenster aus entdeckt worden war, die Gefangenen und den Beamten mit dem Nötigsten versehen durfte. Der ganze Behördenapparat war schon am Zerfallen. Weisungen, was mit den weiblichen Gefangenen geschehen sollte, konnte der Polizeibeamte nicht erhalten. Also entliess er sie nach 24 Stunden auf eigenen Kopf, um sich selbst schleunigst in Sicherheit zu bringen.

Im Isolierungsgefängnis hatte man für die Männer durch Zusammenlegung nun doch einige Zellen freigemacht. Zu fünf bis sechs Mann wurden sie nun in die Einzelzellen gepfercht. 23 Mann kamen in einen grösseren Raum, der gewöhnlich als Unterrichtsraum für die Gefangenen diente. Am nächsten Morgen waren es dort schon 36 Mann, da man die Bismarckhütter inzwischen auch schon herbeigebracht hatte. 36 Mann in einem Raum, ohne Decken, ohne Schlafgelegenheit, nur kurze Bänke, auf denen ein Ruhen unmöglich war. Die Behandlung war schlimmer als die der Strafgefangenen. Die Fenster waren wegen Gasgefahr mit Papierstreifen abgedichtet und durften nicht geöffnet werden. Zum Frühstück ein Pfund saures schwarzes Brot, das einem von einem glatzköpfigen Strafgefangenen mit einem richtigen Verbrechergesicht in die Hand gedrückt wurde. Für den sogenannten Kaffee gab es für 36 Mann 3 Schüsseln. Sie waren noch zu viel, da den meisten beim Anblick der Brühe übel wurde. Jede Unterhaltung war untersagt. Daran hat sich natürlich niemand gehalten. Die Wärter waren alles andere als in rosiger Stimmung, bereiteten

sie doch selbst schon alles zur Flucht vor. Dass sie ihre Wut die „Hitlerowce“ spüren liessen, konnte man verstehen, und wehe, wenn nicht alles vorschriftsmässig in Reih und Glied stramm stand, wenn der Herr „Oddzialowy“ die Zelle betrat.

Am zweiten Tag, es war am Sonnabend, liess er durch Strafgefangene 4 Kannen Wasser auf den Boden der Zelle giessen, warf zwei Läppchen von 10 cm im Quadrat dazu und befahl — sauber machen in 10 Minuten. Mit vereinten Kräften wurde es von den Insassen auch geschafft. Dann kam der Befehl — Sachen abgeben. Dies machte stutzig. Was hatte man vor? Wollte man sich die wenigen Habseligkeiten der Gefangenen aneignen, oder wollte man sie nur in Unterkleidung ihrem Schicksal überlassen. Als keiner Anstalten zur Sachenabgabe machte, erschien der Inspektor und schrie mit wutverzerrtem Gesicht: „Lasst ihnen die Sachen, sie sollen sehen, dass die Polen mehr Kultur haben als die Deutschen!“ Nun, die Kultur der Polen, die sogenannte polnische Kultur, zum Unterschied von der übrigen Weltkultur, kannten die Gefangenen zur Genüge. Dass sie überhaupt als unbescholtene Menschen hier sassen, war ja ebenfalls Ausdruck dieser polnischen Kultur. Das Schlimmste war die Sorge um die Angehörigen daheim; um das eigene Schicksal machte man sich wenig Kummer, man war auf das Schlimmste gefasst und bereit, es mannhafte zu tragen. Dass es schlimm werden sollte, bewies der Sonntagmorgen. Schon zu früher Stunde erschien einer der Wärter und drohte: „Heute, ihr Pieronnes, kommt ihr zu den Engeln.“ Als er ging, liess er sonderbarerweise die Zellentüren offen. Wenige Minuten darauf — ein furchtbarer Lärm im Gefängnisgebäude, Hilferufe und Todesschreie, dazwischen Gewehrschüsse. Es waren bange Minuten, die die Herzen der deutschen Männer beschlichen. Also sollte es doch hier zu Ende gehen.

Kurz vor der Erlösung von polnischer Brutalität, denn davon war man fest überzeugt, dass es nur noch Stunden dauern könne, bis die deutschen Truppen einrückten, sollte man hier wehrlos eines schmachvollen Todes sterben? Gesprochen wurde in diesen Augenblicken fast gar nichts. Alles blickte nach der Tür. Wann kommen sie? Einige schwangen sich zum Fenster hinauf, um dort etwas zu erblicken. Zu sehen war nichts, doch das Gebrüll wurde stärker. Nach einiger Zeit sah man einen Strafgefangenen in Gefängniskleidung über die 4 Meter hohe Mauer flüchten. Dann Ruhe. Was war geschehen? Man hatte 16 Mann, die am Sonnabendnachmittag blutbefleckt und zerschlagen eingeliefert worden waren, herausgeführt und an der Schlossgartenmauer von Aufständischen erschossen lassen. Es handelte sich um unbekannte deutsche Kämpfer, die hier ihr Leben lassen mussten. Dasselbe hätte auch den Königshütter Gefangenen gedroht, wenn nicht ein gnädiges Schicksal anders für sie eingegriffen hätte. Nach einiger Zeit erschien in den Zellen ein Beamter in Zivilkleidung mit einem jungen Manne und nahm nochmals die Personalien der Gefangenen auf. Er machte einen vertrauenerweckenden Eindruck und gab auf Fragen die beruhigende Antwort, dass nun nichts mehr zu befürchten sei, die Gefangenen sollten sich bereit halten, er würde sie später abholen.

Und so geschah es auch. Der Beamte kam noch einmal zurück, und immer noch zweifelnd folgten ihm die Gefangenen. Als man an einem Gange vorbei musste, plötzlich ein Stutzen in der Kolonne. Acht Aufständische standen im Gange mit Gewehr bei Fuss. Doch schon hiess es weiter, am Gang vorbei, hinunter in den Hof. Im Hofe nochmals Aufenthalt. Hier noch eine Ermahnung des Beamten, der jetzt wie ein rettender Engel angesehen wurde, nur nicht geschlossen auf die Strasse zu gehen, und der Befehl, sich sofort auf den Weg nach dem Bestimmungsort, der auf den Ausweisungsbefehlen vermerkt war, zu machen. Dachte einer der nun dem Tode Entkommenen daran? Keiner! Jeder hatte nur den einen Gedanken, so schnell wie möglich nach Haus. Auf mehr oder weniger gefährlichen Wegen und nach verschiedenen erlebten Abenteuern gelang es auch allen.

Allen? Nein, nicht allen. Einen noch ereilte das Geschick, das allen zgedacht war, auf dem Wege. Kamerad Hildebrandt, einer der Treuesten der Treuen, die Seele des Männerturnvereins Königshütte, in dem er sich in allen den Jahren der Polenherrschaft die körperliche und geistige Ertüchtigung der deutschen Jugend angelegen sein liess, er kehrte nicht mehr zurück. Ihm als einzigen von den über 60 Königshütter Gefangenen war es nicht mehr vergönnt, lebend in ein

deutsches Königshütte zurückzukehren. Als wir einige Wochen vorher darüber sprachen, was uns Volksdeutschen im Falle eines Krieges von Seiten der Polen drohen könne, waren wir uns darüber einig, dass es, so wie wir den Charakter der Polen kannten, schlimm werden könne. Er gebrauchte dabei die Worte: „Für eine grosse Sache muss man auch grosse Opfer bringen können.“ Er hat das höchste Opfer gebracht, das er bringen konnte und wird in den Reihen der Königshütter Turner und des Königshütter Deutschtums als leuchtendes Beispiel von Pflichterfüllung weiterleben. — Und noch ein Opfer forderte dieser Sonntag des 3. September 1939 im Zusammenhang mit der Freilassung der Königshütter Gefangenen. Der Beamte, der ihnen die Gefängnistore geöffnet hatte, wurde drei Stunden später, nachdem er auch noch die Strafgefangenen herausgelassen hatte, auf dem Wege nach seiner Wohnung von den Aufständischen erschossen, wohl nur aus Wut darüber, dass ihnen ihre Opfer entgangen waren.

Welche Gründe ihn für die Freilassung bewogen haben, bleibe dahingestellt. Jedenfalls hatte er sich durch seinen Rundgang im Gefängnis überzeugt, dass es sich hier um unschuldige Opfer handelte, die er, einer guten Eingebung folgend, nicht der Wut der Aufständischen preisgeben wollte. Im Andenken der Königshütter Gefangenen wird auch er leben.

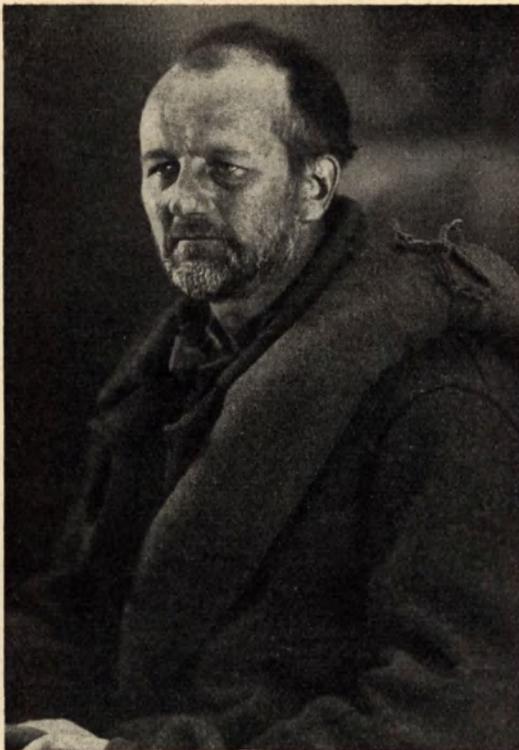
Im folgenden seien die Namen der vom 1. bis 3. September 1939 von den Polen in das Myslowitzer Gefängnis eingelieferten Königshütter Deutschen verzeichnet:

Felix Beiner / Georg Borowka / Josef Braun / Konrad Buchalla / Herbert Conrad / Paul Drobek / Josef Golombek / Robert Gorys / Max Greiner / Josef Grobelnik / Wilhelm Gröhlich / Robert Halas / Helmut Hetmanczyk / Erwin Hetmanczyk / Bertold Hildebrandt / Georg Hoffmann / Edmund Hupka / Dr. Georg Klitta / Georg Knappik / Paul Knappik Wilhelm Kopyciok / Wilhelm Kosmitzky / Josef Kotalla / Alfred Kowoll / Walter Krause / Georg Krug / Josef Krug / Frau Kubiczek / Gerhard Kulawik / Franz Kusch / Friedrich Leinkauf / August Lork / Emanuel Majentny / Georg Malcharek Stefan Mross / Max Muschol / Ottilie Mückstein / Fritz Opitz / Josef Paul / Alois Piecha / Viktor Pietrusky / Gertrud Pietsch / Max Rosenberg / Max Schattanik Franz Schega / Johannes Schicha / Eugen Schramek / Wilhelm Sodzawitza / Hubert Steiner / Josef Strozyk / Reinhold Struhler / Wilhelm Wagner / Erich Waluga / Wilhelm Werner / Franz Wiehoczek / Franz Wons.



Der damalige Führer der JdP. in Königshütte Alfons Belda.

Andere Königshütter sind schon lange Wochen vor Kriegsbeginn in polnische Kerker gesteckt worden. Die meisten kamen in das berühmte Zuchthaus nach Wadowitz. Unsägliche Entbehrungen und unmenschliche körperliche und moralische Schikanen hatten diese Männer zu ertragen.



Ein „Wadowitzer“: Ernst Mücke nach der Rückkehr von der Verschleppung.

wurde den Deutschen verboten und unmöglich gemacht, den offenen Wagen zu verlassen. Die Flieger nahmen den Zug unter Maschinengewehrfeuer. Ein Toter und sechs Verletzte waren zu beklagen. Die gefallen Kameraden sind am 15. September 1939 ungefähr 50 Meter neben der Bahnstrecke bei Holuby begraben worden.

Der Zerfall des polnischen Militärs machte sich nun auch in dem Gefangenentransportpersonal des Militärzuges bemerkbar. Man fuhr ziellos hin und her: man musste den heranrückenden Russen nach Südwesten ausweichen und kam über Brody 17 km an Lemberg heran. Hier war jedoch der Teufel los. Lemberg stand unter schwerem Geschützfeuer, das polnische Militär löste sich in kleine Gruppen auf und plünderte, was ihm unter die Hände kam. So wurde auch der Gefangenenzug in der Nacht unter Feuer genommen und geplündert. Am nächsten Tag, dem 20. September, plünderten alle Gefangenen mit und konnten für ihre ausgehungerten Mägen etwas Schiffszwieback und sogar eine kleine Dose Gullasch erwischen, von dem jeder einen halben Teelöffel zu kosten bekam.

Am Mittag desselben Tages sind dann die „Wadowitzer“ von einer deutschen Patrouille befreit worden und kehrten am 24. September beglückt in die Heimat zurück.

Einer dieser „Wadowitzer“ berichtet, dass er am 2. September 1939 zusammen mit etwa 230 politischen Häftlingen, zum Teil gefesselt, verschleppt wurde. Der Leidensweg ging Tag und Nacht marschierend von Wadowitz über Myslowitz, Bochnia nach Tarnow. Dort übernachteten sie in menschenunwürdigen Zellen bis zu 38 Mann in einer Zelle, die normal nur für 8 Verbrecher vorgesehen war. Um 1 Uhr morgens der zweiten Nacht ging es in unbekannter Richtung weiter. Durch die polnische Sandwüste stampfend kamen die Unglücklichen bis nach Janow. Hier wurden 150 Brote gebacken und ein Schwein geschlachtet, da der gesamte mitgeführte Mundvorrat aufgebraucht war. Die Tagesration war sehr gering: $\frac{3}{4}$ eines Kommissbrottes und später sogar nur $\frac{1}{2}$ musste reichen. Vom Schweinschlachten bekamen sie nur einige 10 Gramm grünen Speck und als dieser zur Neige ging, gab es nur etwas rohen Schmer. Das Fleisch verbrauchten restlos die Henker und ihre mitgeführten Familien. Die Häftlinge ernährten sich, soweit es verstohlener Weise möglich war, nur von rohen Feldfrüchten. Der Schrei nach Wasser hörte bei dieser endlosen Treibjagd nicht auf, und die Henker hatten dabei die unmenschliche Freude, den Rest aus ihren Feldflaschen, wenn sie ihn nicht selbst austranken, vor den Augen der Häftlinge in den heißen Sand zu gießen.

Nach wochenlanger, unmenschlicher Wanderung ging es dann von Zamoscz in offenen Kohlenwagen mit einem Militärzug über Wlodzimierz, Holuby, Kwierce und Luzk in Richtung Rowno. Unweit von Holuby wurde der polnische Militärzug, in dem wir uns befanden, von deutschen Fliegern im Tiefflug angegriffen. Während alles bei diesem Angriff in Deckung ging,

Wir Lebenden haben die Verpflichtung, der Männer zu gedenken, die in jenen Tagen des Kriegsbeginns den Opfergang als Freikorpskämpfer antraten, um die lebenswichtigen Industrien vor der Zerstörung durch die Polen zu sichern.

In den frühen Morgenstunden des 1. September 1939 überschritten die Männer des Freikorps Ebbinghaus bei Beuthen die ehemalige Grenze. An der Halde der Bleischarleygrube erfolgte der Einsatz. Nach vergeblichen Kämpfen am Stickstoffwerk in Königshütte stiess der Zug unter Führung des Obersturmbannführers Pisarski in Richtung Maxgrube—Laurahütte vor. Nachdem im feindlichen Abwehrfeuer die Bunkerlinie durchschritten war, erreichten sie, ohne auf Widerstand zu stossen, Michalkowitz und besetzten gegen 3 Uhr morgens die Maxgrube. Der verwegene Handstreich schien geglückt zu sein. Bald aber rückten von allen Seiten Aufständische und polnisches Militär heran, und es begann ein ungleicher, harter Kampf, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein konnte. Dennoch verteidigten sich die Männer des Freikorps mit zäher Verbissenheit. Etwa 60 Mann hatten sich bis zur Maxgrube durchgeschlagen; sie standen nun einer vielfachen polnischen Macht gegenüber. Das Feuer der deutschen Maschinengewehre lag gut. Nur langsam vermochten die Polen näherzurücken, und gross waren ihre Verluste. Sogar mit einem Panzerwagen griffen sie das kleine Häuflein der Freikorpsmänner an, aber nach wenigen Minuten hatten ihn gut gezielte Handgranaten erledigt. Dann aber gewannen die Polen durch ihre zahlenmässige Stärke und durch die Wirkung der schweren Waffen mehr und mehr die Uebermacht, und in den späten Nachmittagsstunden musste der Rest der Freikorpsmänner den ungleichen Kampf aufgeben.

Auch in ihren Reihen hatte der Tod reiche Ernte gehalten. Als erster fiel schon in den Morgenstunden ihr Führer Willi Pisarski, und 26 seiner Getreuen folgten ihm nach. Im Leben ein Kämpfer und Stürmer; seinen Kameraden immer voran für Deutschland und seinen Führer! So ist er seinen Männern auch im Tode vorangegangen. „Nichts für uns, alles für Deutschland! Kämpft für Adolf Hitler!“ waren seine letzten Worte.

Grauenhaft haben hernach die Polen die leblosen Leiber der gefallenen Freikorpsmänner verstümmelt, dass man viele von ihnen nicht mehr zu erkennen und ihre Namen nicht mehr festzustellen vermochte. So sind unter ihnen einige zur letzten Ruhe gebracht worden und — nach Wochen kehrten sie aus der Gefangenschaft heim. Jene Toten aber müssen andere Namen getragen haben.

Und ebenso grauenhaft haben die Polen sich auch an jenen versündigt, die verwundet oder wehrlos in ihre Hände fielen. Sie haben auch hier ihrem Namen alle Ehre gemacht und an ihrem Teil geholfen, die Kluff aufzureissen, die in aller Zukunft das trennen wird, was deutsch ist



Der Führer des Freikorps nach dem Tode
Pisarski — Karl Mania.

O.U.Chyrow, den 18.9.1939.

Herrn Karl M a n i a wurde mit 92 Mann des ober -
schlesischen Freikorps von den Polen nach Sambor verschleppt,
ist nun befreit und berechtigt, sich mit den Leuten in die
Heimat zu begeben.

Alle Behörden, Truppenteile und Dienststellen wer-
den gebeten, Herrn M a n i a und seinen Leuten jegliche Un -
terstützung angedeihen zu lassen.


Generalmajor

und was sich Pole nennt. Sie haben auch hier der ganzen Brutalität der polnischen Art freie Zügel gelassen und ihrem traurigen Ruhme ein scheussliches Blatt hinzugefügt, in Zukunft nur noch das Volk der Menschenschinder und Massenmörder genannt zu werden.

Die mit einem Panzerwagen angreifenden Polen drängten die kleine Schar, die jetzt unter dem Befehl von Karl Mania stand, in das Magazin der Annagrube, wobei 50 Mann der Gruppe eingeschlossen wurden. Mit zwei Maschinengewehren und Handgranaten verteidigten sie sich, aber als man sie zwei Stunden lang mit Flakgeschützen beschoss, da mussten sie sich nachmittags um 16 Uhr den immer zahlreicher werdenden polnischen Angreifern, unter denen auch Aufständische waren, gefangen geben.

Jene Freikorpsmänner, die übrig blieben, haben, zerschunden, zerschlagen und ausgeraubt, den Weg in die polnische Gefangenschaft antreten müssen. Gleich ihren Brüdern im Wartheland und in Westpreussen gingen sie diesen Weg der Qual und Erniedrigung. Nach Wochen erst sind sie heimgekehrt, und nur mühsam konnten sie das Grauen ihrer Erlebnisse vergessen.

Es sind ja nicht mehr viele übrig geblieben von jenen, die damals dabei waren. Sie sind in alle Winde verstreut und gehen da und dort ihrer Arbeit nach — namenlos und unbekannt — wie sie früher waren, und nicht viele ihrer Mitmenschen wissen, was sie erlebten.

* * *

Am 15. September ist der Freikorpskämpfer Josef Jamrose in Königshütte feierlich zur letzten Ruhe geleitet worden. Woher der Tote stammt, konnte nicht ermittelt werden. Wir wollen hier seinen Namen festhalten. Auch er hat, wie Oberbürgermeister Dr. Delius damals am Grabe sagte, mitgeholfen, dass Königshütte wieder eine deutsche Stadt wurde.

Am Sonntag, dem 17. September, geleitete man wiederum Blutzegen der Befreiung zu Grabe. In letzter Stunde vor der Befreiung unserer Stadt sind sie der Mordlust unmenschlicher Insurgenten zum Opfer gefallen. Sie wollten die Befreier mit Blumen begrüßen, tielen aber in die Hände von Aufständischen und wurden von diesen nach der Kaserne an der Lazarettstrasse geschleppt. Schon unterwegs wurden sie aufs furchtbarste misshandelt und dann in der Kaserne weiter geprügelt. Ueber ihr weiteres Schicksal weiss man nur, dass sie nach Modrzejow entführt, dort totgeschlagen und in einem Massengrab verscharrt worden sind. Inzwischen hatte man die Leichen aufgefunden und nach Königshütte gebracht, um ihnen in heimischer Erde auf dem St. Hedwigs-Friedhof eine würdige Ruhestätte zu geben.

In Bismarckhütte ist am Sonntag, dem 24. September, der fünfundzwanzigjährige Freikorpskämpfer Bruno Nowak begraben worden. Am ersten Tage der Kämpfe war er bei Orzegow den Insurgenten in die Hände gefallen und von ihnen erschossen und dann grässlich verstümmelt worden. Kameraden aus dem Freikorps sorgten später gemeinsam mit den Eltern des hingemordeten Freikorpskämpfers dafür, die Leiche in den Heimatort zu überführen und ihm ein würdiges Begräbnis zu bereiten.

* * *

Im Buche der Geschichte der Stadt ist auch der Name des ersten Blutzegen unserer Stadt eingetragen: des Oberturnwarts Bertold Hildebrandt.

Er gehörte mit zu den „Myslowitzern“. Auf dem Heimwege vom Myslowitzer Gefängnis ist er am Sonntag, dem 3. September, von Aufständischen überfallen und heimtückisch ermordet worden. Er benutzte die grosse Verkehrsstrasse von Myslowitz nach Kattowitz, auf welcher an diesem Tage Tausende von Flüchtenden, Aufständischen und Jungpolen ihr Heil in der Flucht suchten. Die näheren Umstände seiner Wiederergriffung sind nicht bekannt. Soweit dies festgestellt werden konnte, gelangte er bis kurz vor Schoppinitz. Hier muss er von Aufständischen erkannt und ergriffen worden sein. In ihrer Mitte musste er mit erhobenen Händen nun zurückmarschieren. Gerade und aufrecht, wie er stets im Leben war, ging er nun seinen Todesweg. An seinen Augen konnte man erkennen, dass er mit dem Leben das zweite Mal an diesem Tage abgeschlossen hatte. In Wilhelminenhütte hielt der Zug. Hier wurde Kamerad Hildebrandt von den Aufständischen von Wilhelminenhütte übernommen. Sie banden ihn mit den Händen an einen vorüberfahrenden Militärwagen, und weiter ging es auf Myslowitz zu. Kurz vor der Unterführung in Myslowitz, an einem Sägewerk, band man ihn los. Zwei Aufständische und ein Zivilist führten ihn am Sägewerk vorbei aufs freie Feld, wo er von dem Zivilisten kaltblütig erschossen wurde, während die Aufständischen Neugierige abhielten. Kein Laut der Klage kam während des ganzen Vorganges von den Lippen des Kameraden Hildebrandt. Mannhaft, wie er gelebt, war auch sein Sterben. Seine Gedanken waren wohl nur bei seiner Familie, und sein einziger Trost mag der gewesen sein, dass die Heimat, für die er gekämpft hatte, nun doch wieder deutsch wurde, dass seine Arbeit also nicht vergebens war. — Seine Leiche wurde dann von den Aufständischen noch der Schuhe und der Brieftasche beraubt und gewissenlos liegen gelassen. Später wurde er aufgefunden und in die Leichenhalle des Städtischen Krankenhauses gebracht und dort zu den 14 Opfern des Sonntagmorgen gelegt. Dadurch mag dann die Meinung entstanden sein, er sei mit diesen zusammen ermordet worden.

Bertold Hildebrandt, der im 41. Lebensjahre stand, hat in Königshütte das Licht der Welt erblickt. Er hat in seiner Heimatstadt unermüdlich, treu und tapfer für das Deutschtum gekämpft. In vielen deutschen Organisationen war er tätig. Besondere Verdienste hat er sich um die Sache des deutschen Turnens erworben, die in Oberschlesien nicht nur der körperlichen Ertüchtigung galt, sondern auch vor allem der Pflege des Volkstumsgedankens. Er war Verbandsoberturnwart und Kreisturnwart und hat viele junge Deutsche zu nützlichen Gliedern unserer deutschen Volksgruppe erzogen, die ein leuchtendes Vorbild in einem rechten deutschen Manne fanden.

Tausende folgten seinem Sarge. Tausende standen erschüttert zu beiden Seiten der Strassen, die der Trauerzug am 7. September durchzog, um den Blutzegen deutscher Treue noch einmal zu grüssen und Abschied von ihm zu nehmen. Und die ergreifende Feier, an der die Führer aller



Begräbnis des Königshütter Blutzeugen Bertold Hildebrandt

deutschen Organisationen der Polenzeit teilnahmen und an der im Geiste das ganze Deutschland unserer Heimat Anteil nahm, ist zugleich zu einer gewaltigen Gedächtniskundgebung für alle geworden, die in den Tagen der Entscheidung ihr Leben lassen mussten.

„Das gesamte Deutschland Deiner oberschlesischen Heimat steht“, so begann Dr. Sornik seine kernigen Abschiedsworte, „erschüttert an Deinem Grabe. Du warst ein wahrhaft deutscher Mensch, der sich allezeit für die Ideale des Sozialismus eingesetzt hat. Die Fahnen wehen, das Reich steht stark, und Oberschlesien ist frei! Dies grosse Werk konnte nur vollendet werden auf dem Fundament des Opfers. Wir stehen hier am Grabe eines Opfers des blindwütigen polnischen Terrors und polnischen Hasses. Und wir schwören an diesem Grabe, dass wir weiter kämpfen werden für unsere Heimat, für Grossdeutschland und Adolf Hitler.“

* * *

Der 4. September 1939 brachte für die Königshütter endlich die Befreiungstunde. Eine unter dem Befehl des Generals Neuling stehende oberschlesische Landwehr-Infanterie-Division hatte im Raume um Nikolai Quartiere bezogen. Nach endlosen Märschen der ersten Kriegstage war die Division erst am Sonntag, dem 3. September, spät in der Nacht zur Ruhe gekommen, aber schon im Morgengrauen des 4. September sammelten sich die Einheiten der Regimenter an einer Strassenkreuzung. Es kam der Befehl, in Richtung Kattowitz zu marschieren, wo am frühen Nachmittag ein Vorbeimarsch der ganzen Division vor dem General stattfinden sollte. Die motorisierten Formationen der Division setzten sich an die Spitze, um die immer noch da und dort auftauchenden Widerstände zu brechen. Je näher die Division den Vororten von Kattowitz

kam, desto heftiger machte sich vereinzelter polnischer Widerstand bemerkbar. In der Innenstadt kam es zu heftigen Kämpfen mit bewaffneten Aufständischen und Juden, und nur langsam ging die Säuberung der Stadt vor sich. Bis weit in den Nachmittag des 4. September zogen sich die Schiessereien hin. Aus dem geplanten Vorbeimarsch wurde nichts. Teile der Division Neuling erhielten den Auftrag, nun nach Königshütte zu marschieren.

In der Stadt herrschte Angst und Schrecken ob des Wütens der polnischen Aufständischen, und mit banger Sorge, in nervenzerreissender Ungewissheit verbrachten die Deutschen Stunde um Stunde und warteten mit heisser Sehnsucht auf den Einzug der deutschen Truppen, die, so ging das Gerücht, schon weit über Tarnowitz und über Nikolai vorgestossen seien. Warum kamen sie nicht nach Königshütte, das doch vor den Toren Beuthens liegt?

An der Grenzstrasse ging am Sonnabend, dem 2. September 1939, eine polnische Batterie in Stellung und feuerte bei jedem Funkbefehl „Karol 37 Kawa“ ihre Brocken in Richtung Nikolai, wo die deutschen Truppen bereits eingerückt waren. Am Nachmittag zog die polnische Batterie plötzlich nach Kattowitz ab.

Die Nacht zum Sonntag, dem 3. September, war für die Einwohner des Stadtteils Königshütte-Bismarck die unheimlichste nach den vorangegangenen Nächten der Unruhe. Die mit gezogener Waffe umherstreichenden polnischen Polizei- und Aufständischengruppen liessen darauf schliessen, dass da etwas nicht stimme. Und wirklich! Gegen 1 Uhr morgens (3. September) schrieten plötzlich Sanitätsmädchen und Polizisten in die einzelnen Häuser hinein, dass alles in Richtung Kattowitz zu fliehen habe. Unbeschreiblich war der Schrecken, den diese Kunde auslöste. Mütter mit Säuglingen auf dem Arm, Frauen, Kinder und alte Leute kamen weinend und jammernd aus den Häusern gelaufen, aber auch Männer waren der Verzweiflung nahe. Hatten sie doch tags zuvor mit eigenen Augen das Elend der von Ruda, Hohenlinde und anderen Grenzorten durchziehenden Flüchtlinge sehen können.

Ohne jegliche Beförderungsmittel, zu Fuss, ohne Hab und Gut ins Ungewisse fliehen? Nein, nie und nimmer! Wenn sterben, dann hier in der Heimat, im oberschlesischen Land!

Dieser Entschluss gewann langsam die Oberhand und brachte wieder ein wenig Ruhe unter die aus dem Schlaf geschreckten Menschen. An Schlaf war freilich nicht mehr zu denken. Bangend durchwachte alles die Morgenstunden bis zum Sonnenaufgang.

So brach der Sonntag an. Verstohlen spähten die Leute aus Hauseinfahrten und Wohnungsfenstern. Was hatte diese Stille draussen zu bedeuten!

Dann und wann kam jemand aus einer Nebenstrasse anghuscht. Er wurde gleich angehalten und ausgefragt, was eigentlich los sei. Doch die meisten von ihnen wussten selber nicht mehr als die Frager.

Dann aber kamen Leute vom Bahnhof her, und sie erzählten von fliehenden polnischen Soldaten und Aufständischen, dass sie ihre Gewehre, Tornister und Helme weggeworfen hätten, dass auch die Polizei geflohen sei, dass dort ein Toter liege, u. a. Allmählich wagten sich nun einige Männer auch zum Bahnhof, um sich mit eigenen Augen zu überzeugen, was dort vor sich ginge.

Vor dem Bahnhof standen Strassenbahnen zu einem wilden Knäuel zusammengefahren. Ströme von Flüchtlingen zogen vorüber, die einen heimwärts nach Westen, die anderen kopflos, bestürzt, nach Osten.

Aufständische und versprengte Soldaten fluchten über ihre Führung und zogen teils nach Kattowitz, teils in ihre Wohnungen zurück.

Gegen 10 Uhr erschien ein SA-Mann auf einem Kraftrad, geleitet von vielen Radlern und rief der Menge vor dem Bahnhofs zu, dass Bismarckhütte nun frei sei.

Unbeschreiblicher Jubel brach los. Heilrufe erschallten, die Menschen fielen einander in die Arme und weinten vor Freude. Auf dem früheren Bismarckhütter Rathause wurde die erste Hakenkreuzfahne gehisst. Einige übermütige Burschen entfernten an den Strassenbahnen die polnischen Schilder, Bismarckhütte war wieder deutsch!

Weiter fuhren dann die Radler. Das Volk verharrte noch auf der Strasse, in der Hoffnung, nun gleich deutsche Soldaten begrüssen zu können.

Da plötzlich erschien ein Kraftwagen, besetzt mit Aufständischen und Hallersoldaten. Die Kerle schossen blindlings in die Menge und forderten die Leute auf, „Niech żyje Polska“ zu rufen; viele taten das auch in ihrer Angst. Ein Mädchen erhielt einen Schuss ins Bein und blieb liegen.

Die Hakenkreuzfahne am Rathaus wurde verbrannt. Ein junger deutscher Mann wurde blutig geschlagen, mit Gewehrkolben und Fusstritten bearbeitet. Ein Mädchen wurde von der Horde verfolgt, flüchtete in ein Haus an der Lazarettstrasse und sprang dort aus Verzweiflung aus dem Flurfenster; mit gebrochenen Gliedern blieb es unten liegen.

Nun sah man in allen Strassen Gruppen der „Młoda Polska“ und anderer polnischer Wehrverbände mit gezogenen Waffen und mit Handgranaten umherstreifen. Aber die Stunde der Befreiung war nicht mehr fern!

Auf der Bismarckstrasse gab es schon heftige Schiessereien zwischen den Polen und der von Schwientochlowitz heranrückenden deutschen Freischar.

Von den wehrlosen Einwohnern wagte sich niemand mehr auf die Strasse. War doch jeder Deutsche der Gefahr ausgesetzt, von den mordlustigen Gesellen aus der Wohnung geholt zu werden. Der ärgste Treiber bei dem Vorgehen gegen die Deutschen von Bismarckhütte war der als Deutschenhasser sattem bekannte Apotheker Baranowski. Er hatte die Schergen bezahlt und ihnen Schnaps und Schiessbedarf geliefert.

Dann kam wieder die Nacht. Eine Nacht, von der niemand wusste, ob es für ihn noch ein Erwachen geben werde. Aber man erwachte am Montag, dem 4. September, und das Erwachen war das glücklichste nach einer langen Reihe von Tagen voll Angst und Schrecken.

Gleich am Morgen kam von Kochlowitz her eine Streife von Krafradschützen. Deutsche Soldaten! Um nicht aus den Fenstern beschossen zu werden, haben sie auf ihrem Weg durch die Strassen die noch verbliebenen Geistlichen mitgenommen. (Der Ortspfarrer ist tags vorher geflüchtet).

Dann wurde der traurige „Bohater“ Baranowski aus seiner Wohnung geholt und abgeführt. Das gleiche geschah auch mit verschiedenen anderen noch gebliebenen Deutschenfeinden.

Nachdem nun der Stadtteil von den Aufständischen gesäubert war, bildete sich unter Leitung von Walter Braunsch sofort eine vorläufige Sicherheitspolizei aus deutschen Männern. Sie nahm unverzüglich den Ordnungsdienst auf und forderte durch Bekanntmachungen die Einwohnerschaft auf, etwa vorhandene Waffen abzuliefern und im übrigen Ruhe zu bewahren.

Nach und nach rückten immer mehr deutsche Truppen in Bismarckhütte ein. Aber unter den zurückgebliebenen Polen gab es noch immer einige Wahnsinnige, die da glaubten, gegen die Truppen etwas Ernsthaftes ausrichten zu können. So wurde eine Abteilung deutscher Soldaten aus den Schrebergärten beim Kresy-Sportplatz vor Neuheiduk beschossen, ebenso aus den Fenstern eines Hauses vor dem Landratsamt. Aber die deutschen Soldaten haben damit aufgeräumt! Durch verirrte Kugeln wurden mehrere Menschen zu Tode getroffen oder verwundet.

Mit dem Einzug grösserer Truppenverbände zog in Bismarckhütte die langersehnte Ruhe und Ordnung wieder ein. Alles kam langsam von neuem in Gang. In den Hüttenwerken und in den Rüttgerswerken wurde sofort die Arbeit wieder aufgenommen.

Immer mehr Truppen zogen im Laufe des Montags (4. 9. 1939) von Kochlowitz und von Kattowitz her in Königshütte ein.

Die Strasse Bismarckhütte—Zalenze—Kattowitz bot den ganzen Tag über ein unvorstellbares Gewimmel. An den marschierenden Kolonnen der Infanterie fuhren die motorisierten Einheiten vorüber, während daneben endlose Züge von Bauernwagen mit den Evakuierten der Ortschaften an der Hindenburger und Beuthener Grenze wieder ihren Heimatgemeinden zustrebten. Häufig stockte der Weitemarsch. Als das Regiment in die Bismarckhütter Strasse einbog, erwarteten es die Königshütter Volksgenossen mit einem Jubel ohnegleichen. In der Adolf-Hitler-Strasse umringten die jubelnden Menschenmassen das von Zalenze her einmarschierende Regiment und überschütteten die Truppen mit Liebesgaben aller Art. Plötzlich war eine Hakenkreuzfahne da und durch die Nacht tönte aus tausend Kehlen das Deutschlandlied mit einer Inbrunst und stolzen

Freude, wie es wohl nie in Königshütte gesungen worden ist. Von einer unübersehbaren Menschenmenge geleitet, gelangte das Regiment auf den „Pilsudzkiplatz“, der schon wenige Tage später zum „Adolf-Hitler-Platz“ wurde.

* * *

Auch die Bewohner der Stadtmitte und der Nordstadt erlebten Tage voller Angst und Sorge. Nach einer bangen schwarzen Nacht mit unaufhörlichem Gewehrfeuer, Handgranatenkrachen im Norden der Stadt war der Sonntag (der 3. September) mit strahlendem Sonnenschein angebrochen. Aber in den Herzen der Deutschen von Königshütte blieb es weiter trübe. In den frühen Morgenstunden des 3. September ging es wie ein Lauffeuer durch die Stadt, dass die letzten bekannten Aufständischen die Stadt verliessen. Sie rannten geradezu mit Koffern bepackt auf Kattowitz zu. In der Nacht schon hatte die Flucht des polnischen Militärs aus den Stellungen an der Beuthener Grenze begonnen. Die meisten liefen über den Redenberg in Richtung Czenstachau, die anderen flohen in Richtung Kattowitz. Die kleinen Geschütze wurden bereits statt von Pferden von Soldaten gezogen. Die Pferde benutzten die polnischen Führer und Unterführer zur Flucht, entweder als Reitpferd oder als Zugpferde voll beladener Trosswagen. Mit dem Militär liefen die Polen davon, die das Deutschtum der Stadt gemartert hatten.

Die in der Stadt zurückgebliebenen Deutschen erwarteten mit Sehnsucht den Einzug der deutschen Truppen. Denn dass weder polnische Soldaten, noch Polizei-, Postbeamte oder Angehörige sonst einer polnischen Behörde zurückgeblieben waren, das wusste bereits jeder in der Stadt.

Gegen 9.30 Uhr am Sonntag durchlief die Strassen nach Kattowitz zu die Kunde, dass deutsche Truppen kämen. Ein Sturm der Begeisterung brach los. Mädchen und Frauen mit grossen Blumensträssen in den Händen, Kinder und Greise eilten dem Ringe zu.

Auf beiden Seiten der Kattowitzer Strasse stand erwartungsfrohes Volk bereit, die deutschen Truppen jubelnd zu begrüessen. Ein Kraffrad mit zwei jungen Leuten raste die Strasse auf und ab. Der Fahrer schwenkte eine Hakenkreuzfahne. Alles schrie ihm begeistert zu.

Auf der Freitreppe des Hotels Graf Reden standen Frauen und Mädchen zum Empfang der deutschen Truppen bereit. Ueber dem Eingang zum Hotel hing ein deutsches Hoheitsabzeichen. Inzwischen raunte es durch die Menge: die deutschen Truppen seien bereits von Tarnowitz herkommend in die Stadt eingezogen. Hunderte und aber Hunderte eilten zum Ring.

Auf dem Fahnenmast des Rathhausturmes ging ein Hakenkreuzwimpel hoch, und an der Brüstung des Rathauses standen Männer, die der herbeiströmenden Menge den deutschen Gruss boten und herabriefen: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“

Da krachten auf dem Ringe mehrere Gewehrschüsse. Entsetzt stob die waffenlose Menge auseinander, um sich in die Einfahrten der nächsten Häuser zu retten. Aufständische und Jungpolen waren wieder aus ihren Schlupfwinkeln herausgekommen und besetzten das Rathaus, auf dem zum letzten Male die polnische Flagge hochging. Die Deutschen, die vorher in das Rathaus eingedrungen waren und den Hakenkreuzwimpel gehisst hatten, konnten über den Rathauhof und die Gefängnismauer entkommen.

Unter der Menge tauchten zwei, drei Männer in Zivilkleidung mit umgehängtem Gewehr auf. Sie liefen aufgeregt hin und her. Was war geschehen? Einer flüsterte es dem andern zu, dass sich hier und da in der Stadt noch bewaffnete Mitglieder der sogenannten Jungen Polen (Młoda Polska) aufhielten und ein Blutbad unter der wehrlosen Bevölkerung anrichten wollten.

Bald darauf krachten auch schon überall in der Stadt scharfe Schüsse. Immer wieder durchbrach das Tacken einzelner Maschinengewehre die sonntägliche Stille.

Die Einwohner hatten sich in die Häuser verzogen. Aber die Strassen von Kattowitz her blieben belebt: dann und wann kamen Flüchtlinge aus Kattowitz zurück, unglückliche Einwohner von Godullahütte, Lipine und anderen Ortschaften dicht an der Grenze, die in den letzten Tagen der vergangenen Woche ihre Wohnungen hatten räumen müssen.

In den Nachmittagsstunden des Sonntags vernahmen die Einwohner von Königshütte deutlich, dass sich das Krachen der Schüsse immer weiter auf Kattowitz hin zog. Also gingen die Polen zurück. Besonders heftig wurde am Rande von Alt-Chorzow gefeuert.

Von Klimsawiese her kam am Sonntag Nachmittag plötzlich ein Kraftwagen mit mehreren jungen Leuten besetzt angerast. Es waren junge Polen. Sie schossen aus Flinten in die Luft und brüllten: „Niech żyje Polska!“ Auf einzelnen Häusern in der Stadt (in den Nestern der Jungpolen) wurden wieder polnische Fahnen sichtbar. Die Einwohner wussten nun nicht mehr, was eigentlich geschah. So sehnsüchtig hatten sie die Ankunft der deutschen Truppen am Sonntag von Stunde zu Stunde erwartet, doch sie erschienen nicht.

In den Abendstunden des Sonntags liess das Feuer in der Stadt nach, und dann blieb es die ganze Nacht hindurch im allgemeinen ruhig. Gegen 21 Uhr zogen etwa 50 bewaffnete Polen von Klimsawiese her auf Kattowitz zu ab.

Ein trüber Morgen brach am Montag, dem 4. September, an. Alles war ruhig, die ganze grosse Stadt schien wie tot.

Da hallten Marschritte auf der Strasse nach Kattowitz zu. Fünfzig, achtzig, hundert junge Männer in Zivilkleidern mit umgehängtem Gewehr marschierten auf Kattowitz zu. Am Stadtrande machten sie halt. Mitten auf der Strasse hielt ein Lastwagen mit Bewaffneten und dahinter ein Lieferwagen der Firma Palmin. Die Wagen hatten deutsche Kennzeichen. Also sind Deutsche da? Tatsächlich, die hundert jungen Männer des Selbstschutzes hatten eine Hakenkreuzbinde um. Sie sind da, die Befreier! Die Retter! Und es raunte durch die Stadt, dass bereits deutsche Truppen eingezogen seien. Die Truppen waren in der Nacht zum Montag gegen 2 Uhr von Tarnowitz her eingezogen.

Nicht ein einziger Pole liess sich mehr offen blicken. Nur hier und da flatterte an einem Haus noch eine polnische Fahne, die aber alsbald heruntergeholt war.

Ein wahrer Taumel der Begeisterung erfasst die ganze Stadt. Alles strömt hinzu, die Soldaten zu begrüßen, zu beschenken und einander zum erstenmal in aller Oeffentlichkeit den deutschen Gruss zu bieten.

Wie aus der Luft herbeigezaubert taucht hier und da in einem offenen Fenster eine Hakenkreuzfahne auf, lange Jahre hindurch sorgsam verborgen vor dem spähenden Auge der polnischen Schergen. Aber nun darf die Fahne flattern.

Bald ist der Ring ein flutendes Menschenmeer. Aus allen Stadtteilen strömen die Menschen zusammen.

Vor dem Rathaus fährt Montag früh ein Kraftwagen vor. Die Leute laufen hinzu. Ueber ihren Köpfen leuchtet das Tiefrot von Hakenkreuzfahnen auf. Zwei begeisterte Männer aus Königshütte, Johann Fabian und Emil Zimmermann, waren nach Beuthen gefahren, um von dort Hakenkreuzfahnen zu holen, damit möglichst viele Leute eine Fahne erhalten könnten. Die Menschen reissen einander die Fahnen aus den Händen.

Dann geht am Fahnenmast des Rathhausturmes zum zweiten Male ein gewaltiges Hakenkreuzbanner hoch, das die Beuthener Stadtverwaltung zur Verfügung stellte. Die Menge erhebt die Hände zum deutschen Gruss. Zum erstenmal seit länger als siebzehn Jahren erbraust über dem Ring das mächtige Deutschlandlied.

Auf den Strassen überall begeisternde und rührende Bilder des schier fassungslosen Jubels. Männer drücken einander die Hände, sagen zu einander mit vor Rührung erstickter Stimme: Nun ist der Tag da, auf den wir so lange sehnsüchtig gewartet. Aber wir wussten ja — er musste kommen, weil er uns ein geraubtes Recht wiederbringen musste.

Schon bilden sich lange Züge von Menschen, alten und jungen. Voran die stolz sich blähende Hakenkreuzfahne. Unter dem Gesang des Deutschlandliedes und bekannter Lieder der Bewegung ziehen die unübersehbaren Menschenscharen morgens gegen 11 Uhr durch die Strassen der Stadt.

* * *

Aber im Verborgenen sammelten sich Montag früh die Aufständischen und Jungpolen wieder. Im Stadion an der Kattowitzer Strasse, am Hochhaus auf der Adolf-Hitler-Strasse, am Holzplatz in der Bergfreiheitstrasse, am Feuerwehrdepot in der Hindenburgstrasse u. a. O. bildeten sich polnische Nester, aus denen immer wieder Maschinengewehrfeuer und Gewehrsalven herauskrachten. Der von der Jungdeutschen Partei unter Führung des damaligen Ortsgruppenleiters Alfons Belda aufgestellte Selbstschutz hatte alle Hände voll zu tun, um diese Nester auszuheben und sie zum Schweigen zu bringen. Dieser Selbstschutz war jedoch nicht stark genug, um sich vollkommen durchzusetzen. Wenn auch eine Menge von diesen Heckenschützen gefangen und verhaftet wurden, so waren diese doch noch stark genug, um immer näher nach dem Ringe hin anzurücken, scheinbar mit der Absicht, das Rathaus zu stürmen. Nachmittags gegen 15 Uhr eröffneten die Polen vom Hüttenteich, aus der Berginspektion und von der Brückenstrasse her ein starkes Feuer gegen das Rathaus. Stundenlang wurde das Rathaus beschossen und angegriffen, konnte aber von dem dort sich befindenden Militär und dem Selbstschutz verteidigt und gehalten werden. (Hierbei sei bemerkt, dass die deutsche Wehrmacht nachmittags um 2 Uhr aus Königshütte nach Kattowitz abgerückt war und nur eine Gruppe von ungefähr 16 Mann im Rathaus zurückgeblieben ist.) Erst später, gegen 18 Uhr abends, kam deutsche Polizei von Beuthen zur Verstärkung und räumte mit den Polen endgültig auf. In der Nacht trafen grössere Abteilungen deutscher Wehrmacht ein, die die Stadt dann endgültig besetzten.

* * *

Am Mittwoch, dem 6. September, feierte Königshütte seine Befreiungsstunde. Das ganze Königshütte marschierte! Das war ein herrlicher Marsch des Jubels und der Freude, des begeisterten Dankes an die Befreier und den Führer Adolf Hitler! Eine so eindrucksvolle Kundgebung hatte die grosse Arbeiterstadt noch nie erlebt. Aber es galt ja auch, die Befreiung von einem unerträglichen Joch, von rücksichtsloser Bedrückung zu feiern.

Schon lange vor der festgesetzten Stunde um 14,30 Uhr begannen sich auf dem Marktplatz die Massen zu sammeln, und immer neue strömten hinzu. Es sah fast aus, als wolle an dem Festzuge alles teilnehmen, was nur Beine hatte. Doch wäre es einfach unmöglich gewesen, sämtliche Königshütter mitmarschieren zu lassen, die an der Kundgebung teilnehmen wollten, zu viele waren ihrer. Dafür bildeten sich auf den Marschstrassen zu beiden Seiten so dicke Menschenmauern, dass der Zug kaum hindurch konnte.

Stunden dauerte es, bis sich die gewaltige Menge auf dem Marktplatz zum Abmarsch geordnet hatte. Ebenso lange schon harrten die unzähligen Menschen auf den Marschstrassen ungeduldig aus, Hakenkreuzfähnchen oder Blumen in den Händen.

Und dann ging es los! „Da, sie kommen!“ flog ein Ruf die Menschenmauern entlang. Marschmusik klang auf. Auf der heutigen Freiheitsbrücke sahen die Wartenden der Adolf-Hitler-Strasse schon Hakenkreuzfahnen flattern.

Beim Einbiegen in die frühere Kaiserstrasse (heute Adolf-Hitler-Strasse) spielte die Musik den bei den Oberschlesiern so sehr beliebten Marsch „Alte Kameraden.“

Ein überwältigender Jubelsturm brach los, als die langen Reihen heranmarschiert kamen. In lauthallenden Sprechchören drang der Treuschwur zum Himmel: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“ Die Hände reckten sich empor zum deutschen Gruss.

Und weiter ging es, weiter, Tausende, Zehntausende, der Zug wollte schier kein Ende nehmen. Aber weder die Marschierenden noch die Menschenmassen zu beiden Strassenseiten empfanden es, dass der Marsch kilometerlang war und der Festzug fast eine ganze Stunde dauerte. Wie in einem Rausch erlebten sie alle diese erhebenden Augenblicke, in einem Rausch des Glücksgefühls.

Alte Männer und Knirpse, grauhaarige Frauen und ganz kleine Mädchen, alle marschierten sie mit, doch wohlgeordnet. Und alle stimmten sie immer wieder das Deutschlandlied an, viele mit Tränen der Rührung in den Augen. Siebzehn lange Jahre hatten ja die deutschen Oberschlesier auf diesen Augenblick warten müssen. Nun, da er gekommen war, konnten sie das Glück kaum

fassen. Die Männerscharen sangen machtvoll die „Wacht am Rhein“ und andere alte, wohlvertraute deutsche Soldatenlieder, die in der Zeit der Knechtschaft in der Erinnerung haften geblieben waren.

Überall in den Strassen, wo der lange Zug hindurchmarschierte, brauste lauter Jubel auf. Doch an einer Stelle der Stadt, da herrschte feierlich ernste Stille, auf der früheren Parkstrasse vor der Turnhalle. Dort lag aufgebahrt einer unserer Besten, Bertold Hildebrandt, feige und viehisch hingeschlachtet von Aufständischen, als er sich schon in Freiheit wählte.

Durch das weitgeöffnete Tor der Turnhalle erblickten die Marschierenden den Sarg mit der sterblichen Hülle dieses tapferen Vorkämpfers für das Deutschtum in unserer Heimat. Schweigend, mit erhobener Schwurhand zogen die Zehntausenden vorüber. Dieser stumme Schwur war nicht nur ein Dank diesem Toten und den anderen Blutopfern der Befreiung Oberschlesiens gegenüber, sondern auch ein Gelöbnis, dem Manne immerdar in unerschütterlicher Treue zu dienen, der unsere Heimat frei gemacht hat, dem Führer Grossdeutschlands.

* * *

Im Laufe des Vormittags des 4. September trafen die nach Myslowitz verschleppten Königshütter wieder zu Fuss in der befreiten Stadt ein. Die Männer haben kaum Zeit gehabt, mit ihren Angehörigen die Wiedersehensfreude zu tauschen, schon rief man sie zu neuer Pflicht. Die Volksdeutschen, die sich vor dem Zugriff der Polen hatten verbergen können, hatten sich bereits der Wehrmacht zur Verfügung gestellt und suchten alle zusammen, die jetzt zur Organisierung der ersten deutschen Verwaltung nötig waren. Um 16 Uhr sollte bereits eine erste Besprechung im Rathaus stattfinden, zu der auch die „Myslowitzer“ gebeten waren. Kurz vor der angesetzten Zeit (gegen 15 Uhr) setzte am Ringe eine Schiesserei ein. Aus dem dem Rathaus gegenüberliegenden Gebäude der Berginspektion fielen Schüsse; sofort begannen die auf der Rathausseite stehenden Wehrmachts- und Polizeiteile das Feuer zu erwidern. Bedauerlicherweise gab es einen Toten und mehrere Verletzte. Aus der Sitzung wurde nichts. Ein jeder zog sich nach Hause zurück.

In der Nacht vom Montag, dem 4. September, zum Dienstag, dem 5. September 1939, wurde ein Meldefahrer der in der Stadt eingezogenen Truppen in der Kattowitzer Strasse von Heckenschützen erschossen. Am Dienstag, dem 5. September, um 9 Uhr, gab deshalb der Ortskommandant auf dem Adolf-Hitler-Platz die Verhängung des Standrechts über Königshütte bekannt. Gleichzeitig forderte der Ortskommandant, Major Scholz, die Bevölkerung — gleich, ob deutscher oder polnischer Volkszugehörigkeit — auf, ohne besondere persönliche Aufforderung, unter Zusage von Straffreiheit, sämtliche in ihrem Besitz oder in ihrer Verwahrung befindlichen Waffen, einschl. Jagdwaffen, Munition und blanke Waffen oder deren Teile bis spätestens 5. September 1939, 14 Uhr, auf der Polizeiwache im Rathaus, abzugeben. Zivilpersonen, die nach diesem Zeitpunkt mit der Waffe angetroffen werden würden, sollten standrechtlich erschossen werden. Wenn in einer Wohnung Waffen aufgefunden würden, so würden sämtliche männlichen Personen über 16 Jahre dieser Wohnung erschossen. Von 20 Uhr bis 5 Uhr früh durften Zivilpersonen ohne besonderen Ausweis des Ortskommandanten die Strassen nicht betreten. Im Falle der Uebertretung war Erschiessung angedroht. Zur Sicherheit der deutschen Truppen setzte der Ortskommandant 15 bekannte polnische Persönlichkeiten als Geiseln fest. Er kündigte an, dass, wenn irgendeinem Angehörigen der Wehrmacht oder einem deutschen Volkszugehörigen auch nur ein Haar gekrümmt werde, so würden die festgesetzten Geiseln standrechtlich erschossen werden.

Ein wahres Arsenal von Waffen aller Art ist zusammengetragen worden. Moderne und museumsreife Stücke befanden sich darunter. Dennoch mussten ungezählte Personen festgenommen werden, weil sie der Waffenablieferungspflicht nicht nachgekommen waren. Bei diesen Massnahmen leisteten Königshütter Volksdeutsche unter Einsatz ihrer Person bereitwilligst wertvolle Hilfe. Geraume Zeit kam es in den Aussenbezirken, namentlich im Schrebergartengelände, am Rendenberg und an der Bahnlinie zwischen Lazarettstrasse und Schwientochlowitz in den Abend- und Nachtstunden zu Schiessereien mit zurückgebliebenen bewaffneten Aufständischen und Heckenschützen. Darum sah man noch lange Tage in vielen Strassen und an Strassenkreuzungen Posten und Maschinengewehre drohend aufgebaut.

Bekanntmachung

Die Aufrechterhaltung der deutschen Sicherheit hat durch die deutsche Wehrmacht, den deutschen Gruppen und durch die Wehrmacht angeordnet.
Alle Ortskommandanten und Ortsleiter der besetzten Gebiete sind verpflichtet, die Wehrmacht mit allerhöchster Wirkung zu unterstützen.

Standrecht

unter gleichzeitiger Befreiung folgender Bestimmungen

1. Die Wehrmacht ist berechtigt, in allen besetzten Gebieten die Wehrmacht zu unterstützen.
2. Die Wehrmacht ist berechtigt, in allen besetzten Gebieten die Wehrmacht zu unterstützen.
3. Die Wehrmacht ist berechtigt, in allen besetzten Gebieten die Wehrmacht zu unterstützen.

Geiseln in Königshütte

Zakładniki w Chorzowie

Dawid Wiede, 14. II. 1922 Königshütte
Wladislaw Pasicki, 16. I. 1929 Anzein
Wladislaw Zepala, 7. II. 1917 Zalesie
Karlheinz Kozdra, 21. II. 1893 Sanktuar
Leo Jacki, 24. I. 1914 Pilsenstadt
Eduard Bismarck, 17. I. 1901 Sanktuar
Eduard Bismarck, 17. I. 1901 Sanktuar
Eduard Bismarck, 17. I. 1901 Sanktuar
Paul Bismarck, 17. I. 1901 Sanktuar
Josef Kozdra, 12. I. 1901 Kozdra
Johann Kozdra, 12. I. 1901 Kozdra
Paul Bismarck, 17. I. 1901 Sanktuar
Franz Kozdra, 25. I. 1906 Kozdra
Johann Kozdra, 2. I. 1873 Kozdra
Johann Kozdra, 1. I. 1873 Kozdra



Major und Ortskommandant

1939. 04.01.

Major i komendant miejscowy

podp. Scholz

Am 12. September 1939 hat der Ortskommandant, inzwischen war es Hauptmann Schlüter, in der Erwartung, dass sich die Bevölkerung von Königshütte auch weiterhin ruhig verhalte, das am 5. September 1939 verhängte Standrecht sowie die damit verbundenen Ausgangsbeschränkungen aufgehoben. Die Geiseln blieben zunächst weiter in Haft. Ihr Leben sollte davon abhängig sein, dass weder Angehörigen der Wehrmacht noch einem deutschen Volksangehörigen der geringste Schaden zugefügt werde. Im Einvernehmen mit dem Ortskommandanten ordnete der Oberbürgermeister am 12. September an, dass die Gaststätten spätestens um 24 Uhr geschlossen werden mussten.

* * *

In der Frühe des 5. September wurde Verlagsdirektor Josef Stroyk durch einen Offizier zum Stadtkommandanten beordert. Er, der lange Jahre hindurch zur Polenzeit als Vorsteher der Stadtverordneten gewirkt hatte, sollte bis zur endgültigen Regelung die zivilen Verwaltungsgeschäfte der Stadt als Bürgermeister übernehmen. Zu derselben Stunde, da am Morgen des 5. September um 9 Uhr auf dem Adolf-Hitler-Platz das Standrecht verkündet wurde, gab der Stadtkommandant nach Verlesung der Standrechtsbestimmungen bekannt, dass er den Verlagsdirektor Josef Stroyk zum kommissarischen Bürgermeister bestellt habe.

Ein Offizier der Truppe, Oberleutnant Zientek, der die Verfügungen des Ortskommandanten verlesen hatte, fuhr mit einigen Soldaten und einem Hornisten in die Stadt, um in verschiedenen Strassen dieselben Anordnungen der Bevölkerung bekannt zu geben.



Kommissarischer Bürgermeister Josef Strozyk hatte bereits zu seiner Unterstützung folgende 15 Herren als kommissarische Ratsherren berufen: Fabrikant Paul Sonsalla
Hüttenbeamter Stefan Mross,
Pfarrer Paul Czaja
Pastor Karl Johannes Schicha
Dr. med. Georg Hadamik
Kaufmann Paul Hadamik
Gymnasialdirektor Max Muschol
Schriftleiter Ewald Cwienk
Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes Paul Drobek
Direktor der Dresdner Bank Georg Hoffmann
Direktor der Deutschen Volksbank Franz Krotki
Bankvorsteher Herbert Conrad
Schulrat Paul Wallek
Oberturnwart Bertold Hildebrandt
Elektromeister Peter Wons.

Bürgermeister Strozyk erliess am 5. September einen Aufruf, in dem es heisst:

Bürger von Königshütte!

Mit dem heutigen Tage hat die deutsche Wehrmacht die Befehlsgewalt in unserer Stadt übernommen.

Der Ortskommandant von Königshütte hat mich mit der kommissarischen Verwaltung der Stadt Königshütte bis zum Eintreffen des von der Zivilverwaltung zu bestellenden Oberbürgermeisters beauftragt. Diesem Befehl entsprechend habe ich die Verwaltung der Stadt übernommen.

Bürger von Königshütte! Haltet Ruhe und Ordnung und leistet allen Anordnungen der militärischen und zivilen Verwaltung unbedingt Folge!

Komm. Oberbürgermeister Verlagsdir. J. Strozyk.

Alle Industrie- und Gewerbebetriebe sowie Kaufleute und Handwerker haben unverzüglich ihren Betrieb aufzunehmen und ihre Läden wieder zu öffnen.

Zu meiner Unterstützung berufe ich die (vorhin genannten) Herren.

Ich fordere ferner die hier verbliebenen Beamten und früheren Beamten deutscher Volkzugehörigkeit auf, sich noch heute zur Wiederaufnahme ihrer Amtstätigkeit zur Verfügung zu stellen."

Das kommissarische Ratsherrenkollegium Königshütte hatte bereits am Dienstag, dem 5. September, um 11 Uhr vormittags, seine erste Sitzung abgehalten und die dringendsten Aufgaben verteilt und die notwendigsten Anordnungen getroffen.

Im Gefolge der einrückenden Truppe befand sich auch ein vorher bereitgestellter Verwaltungsstab des Chefs der Zivilverwaltung, O. Fitzner, der mit dem Sitz in Kattowitz die Betreuung des Gebietes übernahm. Für die zivile Verwaltung der Stadt Königshütte war der Oberbürgermeister Dr. Delius aus Wesermünde abgeordnet. Auf Veranlassung des Verwaltungsstabs des Chefs der Zivilverwaltung, dem u. a. die früher in Oberschlesien tätig gewesen Herren Graf von Matuschka, Ministerialrat Dr. Lampe, Regierungsrat Listemann angehörten, wurde Herrn Dr. Delius

der Stadtrat Dr. Franz Killing aus Hindenburg beigeordnet. Beide trafen am frühen Vormittag des 5. September mit dem Verwaltungsstab des C. d. ZV. in Königshütte beim Ortskommandanten, Major Scholz, ein und wurden nach Kattowitz zum früheren Wojewodschaftsgebäude zur Entgegennahme von Dienstverfügungen befohlen. Die Fahrt von Königshütte nach Kattowitz über die Kattowitzer Strasse am Morgen des 5. September war keineswegs angenehm. Denn wiederholt musste Deckung gesucht werden vor den Feuerüberfällen der rechts und links der Strasse verborgenen Heckenschützen, namentlich an der Strasse zum Schweizer Tal.

In Kattowitz waren die abgeordneten Verwaltungsbeamten für die wiedergewonnenen Städte und Gemeinden und alle Arten anderer Behörden, die sofort in deutsche Verwaltung genommen werden mussten, versammelt. Nach Erteilung der ersten Anweisungen begaben sich die Verwaltungsabgeordneten an die ihnen zugewiesenen Arbeitsstellen.

Am Spätnachmittag des 5. September fuhren Oberbürgermeister Dr. Delius und Stadtrat Dr. Killing mit einer aus nur wenigen Gemeindebeamten des Altreichs bestehenden Abteilung nach Königshütte zurück, um die Stadtführung zu übernehmen. Der kommissarische Bürgermeister, Verlagsdirektor Josef Strozyk, gab das ihm vom Stadtkommandanten, Major Scholz, tags zuvor übertragene Amt des Bürgermeisters in die Hände von Oberbürgermeister Dr. Delius.

Am Mittwoch, dem 6. September 1939, erliess der neue Oberbürgermeister der Stadt Königshütte, Dr. Walter Delius, folgende Bekanntmachung:

„Der Sonderbeauftragte beim Grenzabschnittskommando 3 hat mich beauftragt, ab sofort die Verwaltung der Stadt Königshütte zu übernehmen und mir als Mitarbeiter den Stadtrat Dr. Killing aus Hindenburg beigegeben. Wir haben die Geschäfte heute übernommen. Der bisherige kommissarische Oberbürgermeister, Verlagsdirektor Strozyk, dem ich für seine aufopfernde Tätigkeit danke, wird mich mit den ihm beigegebenen Volksgenossen weiter unterstützen. Da die bisherigen Machthaber unter Hinterlassung leerer Kassen und Vernichtung von Unterlagen geflüchtet sind, wird der Wiederaufbau der städtischen Verwaltung einige Zeit erfordern. Alle Volksgenossen müssen daher die weniger wichtigen Anliegen an die Stadtverwaltung zunächst zurückstellen und dürfen sich nur in entscheidenden und grundsätzlichen Fragen an mich wenden.

Notwendig ist aber, dass die städtischen Steuern laufend weiter gezahlt werden, damit die Stadtverwaltung ihren Betrieb finanzieren kann. Die städtischen Kassen werden in Kürze zur Entgegennahme der Zahlungen wieder geöffnet werden.

Im übrigen ist Ruhe und pflichttreue Arbeit die erste Bürgerpflicht.

Im Vertrauen auf unseren grossen Führer und das mächtige Grossdeutsche Reich, das sich nunmehr auch hinter unsere Stadt Königshütte stellt, wollen wir unsere Aufbauarbeit im Sinne des Nationalsozialismus beginnen.“

Die kleine Schar der Stadtführung traf sofort alle Massnahmen zur Behebung dringender Notstände und Abwendung drohender Gefahren, auch wenn sie an sich nicht zu den Aufgaben einer deutschen Gemeindeverwaltung gehörten, sofern sie nur im Interesse des Gemeinwohles einen Aufschub nicht vertrugen. Es hiess, die Ruhe, Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen, die Bevölkerung mit allem Lebensnotwendigen zu versorgen, die verlassenen Wohnungen mit ihren Einrichtungen und die gewerblichen Unternehmen mit ihren Beständen sicherzustellen und in treuhänderische Verwaltung zu geben, die zurückkommenden volksdeutschen Flüchtlinge zu erfassen, zu betreuen und unterzubringen, Arbeitslose und Arbeitsunfähige mit den nötigen Mitteln zu versehen, alte und kranke Leute und sonstige Hilfsbedürftige zu betreuen, die Schäden an den Verkehrswegen zu beseitigen und sie für den Nachschub der Wehrmacht benutzbar zu machen.

* * *

Zu den ersten deutschen Beamten und Angestellten, die mit Dr. Delius und Dr. Killing ins Rathaus einzogen, gehörten:

Dietrich Amelungk, Paul Bensch, Sylvester Billnik, Hermann Biosk, Ewald Bitom, Friedrich Daehnig, Ewald Gröner, Wilhelm Koziollek, Wilhelm Peters, Wilhelm Rust, Alfred Ulbrich.

Für den Schlachthof stellte sich Direktor Joschko wieder zur Verfügung. Der Stadtwerke nahm sich Betriebsdirektor Strzala an. Die gesundheitliche Betreuung konnte zunächst nur von den beiden zurückgebliebenen deutschen Aerzten Dr. Hadamick und Sanitätsrat Dr. Riedel übernommen werden. Im Krankenhause amtierte einzig und allein Dr. Ferenz. Die polnischen Aerzte hatten so gut wie alle ärztlichen Gerätschaften mitgehen heissen. Dem St. Hedwigskrankenhaus hat der Militärarzt einen Arzt zugewiesen. Die polnischen Aerzte der Stadt waren fast ausnahmslos geflohen. So fehlte es völlig an Fachärzten jeder Art, an Zahnärzten und Dentisten. Es machte grosse Schwierigkeiten, bei dem allgemein bekannten Aerztemangel aus dem Reiche für diese Versorgung Nachschub zu erhalten.

Der Räumungsbefehl, den die polnische Regierung Ende August ausgegeben hatte, wirkte sich auch in Königshütte dahin aus, dass nicht nur die Verwaltungsgesellschaft die Büros schon einige Tage vor dem Einrücken der deutschen Truppen verlassen hatte, sondern dass auch fast sämtliche sachlichen Hilfsmittel, ohne die eine öffentliche Verwaltung nicht arbeitsfähig ist, fortgeschafft worden waren. So waren die Schreibmaschinen, Listen und Karteien, die Telefonapparate verschwunden. Im Krankenhaus fehlten die Mikroskope und medizinischen Instrumente. Im Vermessungsamt gab es keine Fluchtlinienpläne mehr. Sämtliche Wertpapiere, Gelder und alle Konten der Stadtparkasse waren fort. Im Leihamt gab es keine Wertstücke mehr. Am meisten hatten die abziehenden Polen die gemeindlichen Unternehmen geschädigt; vor allem hatten sie die Fahrzeuge der Feuerschutzpolizei, Strassenreinigung, Müllabfuhr usw., die schon nach Zahl und Art für einen geordneten gemeindlichen Betrieb an sich unzulänglich waren, in östliche Richtung verschleppt. Vieler Mühe und Findigkeit bedurfte es, bis diese Einrichtungen, wenn auch zum Teil nur behelfsmässig, ihren Zwecken wieder gerecht werden konnten.

Schlimm war es um alle büromässige Ordnung bestellt. Akten und Schriftgut mussten gesichtet, den zuständigen Stellen zugewiesen und übersetzt werden. Bei näherer Prüfung der polnischen Verwaltungsorganisation ergab sich, dass sie veraltet, schwerfällig und stark übersetzt war; sie ist organisatorisch etwa auf dem Stand stehengeblieben, auf dem sie beim Uebergang der Gebiete an den neu gegründeten polnischen Staat vor zwei Jahrzehnten stand. In den oberschlesischen Städten galt bis heute noch die alte preussische Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen von 1853. Selbst wichtige Vertragsgrundlagen vom Anfang dieses Jahrhunderts, wie sie etwa in den Strom-, Gas- und Wasserbezugsverträgen mit den Grosslieferwerken niedergelegt waren, waren nicht den neuzeitlichen Verhältnissen angepasst, sondern galten noch unverändert weiter mit der einzigen Aenderung, dass man sie ins Polnische übersetzt hatte. Unter polnischer Herrschaft eingemeindete Stadtteile, wie Chorzow und Bismarckhütte, waren noch nicht mit der Gesamtstadt fest verschmolzen, sondern führten auf vielen Gebieten ihr früheres Eigenleben weiter.

Die wichtige Versorgung der Bevölkerung mit Gas bis zur Lampe und bis zum Einzelherd lag in der Hand einer grossen Kapitalgesellschaft, ohne spürbare Einflussnahme der Stadtverwaltung. Dieser privatkapitalistischen Wirtschaft von gemeindlichen Versorgungsunternehmen stand ein völlig unrentabler mechanischer Grossbäckereibetrieb gegenüber, der mit einem Betrage von über 2 Millionen Złoty eingerichtet worden ist.

Auch in der Wohlfahrtsfürsorge und im Gesundheitswesen waren die Zustände ausserordentlich fragwürdig. Die Unterstützungssätze lagen ausserordentlich niedrig (z. B. Tagessatz der Wohlfahrtsunterstützung für ein Ehepaar 1,10 Złoty = 55 Reichspfennige, für das erste und zweite Kind je 0,20 Złoty, für weitere Kinder nichts), so dass bei Einführung der deutschen Unterstützungssätze die Bedürftigen gleich das Mehrfache der bisherigen Bezüge erhielten. Der gesundheitliche Zustand der Bevölkerung war schlecht. Schon das Aussehen und der Ernährungszustand der arbeitenden Bevölkerung fielen auf. Die Tuberkulose war stark verbreitet, vor allem infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse. Die Unterbringung der arbeitenden Bevölkerung war für deutsche Begriffe einfach unfassbar. Die normale Wohnung war die Zweiraum-Wohnung (Küche und Zimmer). In dieser Zweiraum-Wohnung fanden sich oft zwei Familien mit mehreren Kindern zusammengedrängt, für die nur zwei oder drei Betten zur Verfügung standen. Die städtischen Anstalten waren

stark vernachlässigt. Viele Hoch- und Tiefbauarbeiten sind in der Ausführung steckengeblieben; sie mussten, so gut es bei den Kriegsverhältnissen ging, weitergeführt oder zumindest vor den Schädigungen des ausserordentlich harten Winters geschützt werden.

Unter diesen Verhältnissen musste nun der Verwaltungsaufbau beginnen. Auf allen Gebieten war zugleich die Organisation neu zu schaffen, und zwar unter den durch den Krieg entstandenen Schwierigkeiten.

* * *

Aus den vorgefundenen Listen ergab sich, dass die polnische Verwaltung 690 Beamte und Angestellte besass. Nur einige sind aufgrund der Aufforderung zum Dienstantritt am ersten Tage auf ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Soweit die früheren Beamten und Angestellten nicht im polnischen Heere standen, waren sie geflüchtet oder evakuiert worden. Es blieb daher zunächst nichts anderes übrig, als die vielfältigen Verwaltungsaufgaben auf die wenigen reichsdeutschen Kräfte zu verteilen und ihnen die zurückgebliebenen Kräfte der früheren polnischen Verwaltung zur Hilfeleistung zuzuteilen. Mehrere Volksdeutsche, die früher in der Verwaltung tätig waren und dem polnischen Terror weichen mussten, stellten sich zur Mitarbeit zur Verfügung. Die Führung der volksdeutschen Organisationen unterstützte uns bei der Beurteilung der einzelnen hier verbliebenen Kräfte wirksam und bereitwilligst. Gerade der ehrenamtlichen Mitarbeit der Volksdeutschen und ihrer Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen ist es zu danken, dass viele Aufgaben in kurzer Zeit erfüllt werden konnten. Als bald folgten dem Aufruf des Oberbürgermeisters auch die Beamten und Angestellten, die sich aus Furcht vor den einmarschierenden deutschen Truppen verborgen gehalten hatten. Soweit sich ihre Brauchbarkeit ergab, wurden sie zunächst auf ihre Arbeitsplätze zurückverwiesen. Schon nach wenigen Tagen kehrten ungezählte Beamte und Angestellte, die von den deutschen Truppen gefangen genommen und freigelassen worden waren, zurück. Auch die Evakuierten und Geflüchteten kamen wieder. An manchen Tagen mussten mehr als 50 Anträge auf Wiederverwendung behandelt werden. Soweit sich ergab, dass diese früheren Beamten und Angestellten der deutschen Sprache in Wort und Schrift nicht genügend mächtig waren, oder dass sie sich sonst in der Vergangenheit in besonders starkem Masse zum Polentum bekannt hatten, wurde ihnen eröffnet, dass ihr Dienstverhältnis durch die Auflösung des polnischen Staates erloschen sei. Die übrigen Kräfte sind bis zur endgültigen Klärung ihrer politischen Haltung vorläufig weiter beschäftigt worden. Daneben mussten natürlich zahlreiche volksdeutsche Hilfskräfte eingesetzt werden. In wenigen Wochen sind mehr als 2000 schriftliche Einstellungsgesuche eingegangen und die Zahl der persönlich Vorsprechenden war noch weit höher. Bereits nach Ablauf der ersten beiden Monate konnten über 300 volksdeutsche Hilfskräfte eingesetzt werden. Berücksichtigt man, dass es sich hierbei ausschliesslich um Berufsfremde handelte, die nur dann wertvolle Hilfe leisten konnten, wenn sie auf ihrem Arbeitsgebiet eingehend unterwiesen wurden, so kann man daraus die ungeheure Arbeitslast ermessen, die besonders in den ersten Monaten auf den wenigen reichsdeutschen Kräften ruhte. Polizeikräfte waren überhaupt nicht zurückgeblieben. Aus den Reihen des Freikorps Ebbinghaus ist darum eine 25 Mann starke Hilfspolizeitruppe zusammengestellt worden. Von den Angehörigen der städtischen Berufsfeuerwehr fanden sich nur wenige vor. Auch hier erfolgte die Ergänzung durch ehemalige Freikorpskämpfer und sonstige Volksdeutsche. In der ersten Hälfte des Monats September sprach eine aus 6 Köpfen bestehende Abordnung des ehemaligen Pensionärvereins vor. Hier blieb zunächst nichts anderes übrig, als die öffentliche Fürsorge einzusetzen, bis eine gesetzliche Uebergangsregelung auch die Betreuung sämtlicher im Bereich der Stadt wohnenden Versorgungsempfänger dem Oberbürgermeister übertrug und Richtlinien für die Bemessung der Unterstützungen gab. Die früheren Beamten wurden im Angestelltenverhältnis weiter beschäftigt, die Beamtenverhältnisse für erloschen erklärt. Ihre Bezüge wurden nach den Grundsätzen der Tarifordnung A für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst, die auch später hier eingeführt wurde, bemessen. Die Löhne der Arbeiter wurden bis zur Einführung der tarifmässigen Bestimmungen denen der Nachbarstädte im westoberschlesischen Industriegebiet angepasst. Bezeichnend für die Zustände in der polnischen Verwaltung waren die Gehalts- und Lohnvorschüsse. Es war keine Seltenheit, dass bei Beamten des gehobenen und höheren Dienstes Gehaltvorschüsse in Höhe von

sechs bis neun Monatsgehältern offen standen, die in kleinsten Raten abgedeckt wurden. Bei dem Vergleich des Personalstandes mit anderen ähnlich gelagerten Verwaltungen des Altreiches fiel auch die besonders grosse Zahl von Beamten und Angestellten ins Auge. Gleichgrosse Verwaltungen des Altreichs arbeiten mit 60–70% des Personals. Allerdings arbeitete die polnische Verwaltung nur 40½ Stunden in der Woche, während die Dienstzeit der deutschen Verwaltung sofort auf 51 Stunden wöchentlich festgesetzt wurde. Bei der Gesamtdienstleistung spielten ferner noch die vielen polnischen staatlichen und kirchlichen Feiertage eine bedeutsame Rolle. Noch eine Tatsache fiel auf: Sowohl im mittleren wie auch im gehobenen Dienst befanden sich zahlreiche Beamte und Angestellte mit abgeschlossener Hochschulbildung. Auch die Zahl der Abiturienten war in diesen Laufbahnen wesentlich höher als im Altreich.

Wenn auch die sehr häufigen Entlassungen von Gefolgschaftsmitgliedern aus politischen Gründen eine ungeheure Personalbewegung verursachten, so war doch der Aufbau der Verwaltung bereits am Ende des Jahres 1939 zu einem gewissen Abschluss gelangt. Es gelang sogar, den Personalbestand trotz der durch den Krieg hervorgerufenen wesentlichen Aufgabensteigerung zu vermindern. Zu Beginn des Jahres 1940 erinnerte kaum noch irgend etwas in der Verwaltung an das vergangene polnische Regime.

Von vornherein musste im Interesse des Deutschtums auch erstrebt werden, dass alle nach der Abtrennung Königshüttes vom Reiche eingewanderten Polen wieder abgeschoben wurden. Die in führenden Stellen befindlichen Polen waren meistens von selbst geflüchtet. Wo noch welche sassen, sind sie entfernt worden.

In der Folge war es das Hauptbemühen, geeignete Kräfte aus dem Reich heranzuziehen, die als Vertrauensleute in den einzelnen Amtsstellen der grossen Masse der übernommenen Beamten und Angestellten vorgesetzt werden sollten. Leider waren es nicht immer die Jüngsten und Besten, die aus dem Reiche zum Neuaufbau in den Osten abgeordnet oder entsandt wurden.

* * *

Hand in Hand mit dem Aufbau der Personalverwaltung ging der Aufbau der Verwaltungsorganisation. Von vornherein wurde der Aufbau der Stadtverwaltung nach neuen, modernen Gesichtspunkten und reichsdeutschen Mustern vollzogen. Obwohl während der militärischen Besetzung zufolge der Haager Landkriegsordnung nach polnischem Recht vorgegangen werden musste, wurde doch der Verwaltungsaufbau gleich auf die deutschen Verhältnisse abgestellt, da es klar war, dass die deutsche Stadt Königshütte endgültig in das Reich wieder zurückkehren würde.

Die städtischen Dienststellen befanden sich in der Hauptsache im Rathaus Königshütte. Eine Zweigstelle der Verwaltung bestand im ehemaligen Rathaus in Königshütte-Bismarck. Der städtische Arbeitslosenfonds, der das ganze Stadtgebiet umfasste, war im ehemaligen Rathaus in Königshütte-Ost (Alt-Chorzow) untergebracht. Ferner befanden sich in mehreren Stadtteilen städtische Polizeireviere. Zunächst musste also die gesamte Verwaltung im Rathaus Königshütte vereinigt werden. Es wurde deshalb eine Zweigstelle der Verwaltung im Stadtteil Bismarckhütte aufgelöst und mit der Hauptverwaltung vereinigt. Auch die Dienststelle im ehemaligen Rathaus Alt-Chorzow konnte ihre Tätigkeit einstellen. Die Arbeitslosen wurden durch das neugeschaffene städtische Wohlfahrtsamt und wenige Tage später bereits durch die hier ebenfalls neu aufgezugene Dienststelle des Landesarbeitsamtes Schlesien betreut. Die Polizeireviere mussten bis auf weiteres bestehen bleiben, weil sich sonst der Publikumsverkehr im Rathaus nicht hätte bewältigen lassen können. Schon nach wenigen Tagen erwies es sich jedoch als unmöglich, die lawinenartig anwachsenden Verwaltungsaufgaben in den vorhandenen Amtsräumen des Rathauses zu meistern. So mussten zur Ausstellung der Grenzübertrittscheine, deren Zahl in wenigen Tagen 10 000 überschritten hatte, freie Schulgebäude herangezogen werden. Die nach dem Reich geflüchteten Volksdeutschen wurden durch die NSV. veranlasst, sofort in ihre oberschlesische Heimat zurückzukehren, obwohl hier zunächst weder Arbeitsstätten noch Unterkunft vorhanden waren. Ihre Betreuung erfolgte durch das neu errichtete Flüchtlingswohnungsamt, das in der Schule 5 an der Gneisenaustrasse untergebracht wurde. Mehrere Monate hindurch mussten die Sozialrenten durch den Oberbürgermeister

ausgezahlt werden, weil die Sozialversicherungsträger und die Deutsche Reichspost hier noch keine ausreichende Büroorganisation besaßen. Auch hierfür wurden in erster Linie freie Schulräume in den verschiedensten Stadtteilen verwendet. Denkbar schwierig war ferner die Deckung des Raumbedarfs für das neuerrichtete Ernährungs- und Wirtschaftsamt. Mehrere freie Gebäude mussten für diesen Zweck angemietet werden. Als nun die einzelnen Dienststellen räumlich genügend untergebracht waren, musste daran gedacht werden, die Spuren der 20-jährigen polnischen Herrschaft im und am Rathaus zu beseitigen. Der polnische Adler am Rathhausturm war schon in den ersten Tagen heruntergeholt worden. Die Aufschrift „Miasta Chorzowa“ über den Eingangstüren des Rathauses wurde durch „Rathaus“ ersetzt. Fluren und Amtsräume im Rathaus wurden gründlich gereinigt, und in jeder dienstfreien Stunde arbeiteten schon nach wenigen Wochen in zahlreichen Amtsräumen die Maler. In kurzer Zeit hatte das Rathaus im wesentlichen bereits ein anderes Gesicht erhalten. Die Ausstattung der Amtsräume war denkbar primitiv, wenn auch die zahlreichen Referenten- und Dezernentenzimmer geradezu luxuriös ausgestattet waren. Selbstverständlich fehlten in keinem Zimmer die in buntesten Farben gemalten Bilder des Marschalls Pilsudski, des Marschalls Rydz-Smigly und des Aussenministers Beck. Die Beschaffungsabteilung wurde deshalb beauftragt, schnellstens Führerbilder zu beschaffen und auch sonst an einfachen und gediegenen Büroeinrichtungsgegenständen zu erwerben, was nur zu bekommen war. Auch dies gelang in einer verhältnismässig kurzen Zeitspanne, und mancher Pole wunderte sich über die Geschwindigkeit, mit der es gelungen war, den polnischen Schmutz aus dem Rathaus zu beseitigen. Schwieriger war jedoch die Beschaffung der erforderlichen Büromaschinen, der Vordrucke und des Papiers überhaupt. Die Schreibmaschinen waren fast ausnahmslos von den Polen verschleppt worden. Den intensiven Bemühungen der Beschaffungsabteilung war es jedoch gelungen, sehr bald neue Maschinen zu beschaffen, bei den wenigen vorgefundenen Maschinen einen deutschen Typensatz einbauen zu lassen und schliesslich gelang es ihr auch, Maschinen, die den Polen von den deutschen Truppen abgenommen worden waren, zurückzubekommen. Rechenmaschinen, Buchungsmaschinen, Vervielfältigungsgeräte usw. mussten sämtlich neu beschafft werden. Jedes Amt setzte seine Ehre darein, polnische Vordrucke in kürzester Frist auszumerzen und durch deutsche zu ersetzen. Das war mit Rücksicht auf die Rohstoffverknappung im Reich nur unter grössten Schwierigkeiten möglich. Trotzdem war auch auf diesem Gebiet bald Wandel geschaffen.

* * *

Ein Merkmal kennzeichnete die Verwaltungsarbeit der ersten Tage, das war ein unvorstellbarer Andrang des Publikums. Vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag waren sämtliche Dienststellen des Rathauses von Volksgenossen überfüllt. Jeder hatte plötzlich dem Oberbürgermeister etwas vorzutragen, ob es sich um die Zuweisung einer seit Jahren begehrten Wohnung handelte oder um die Ausstellung einer Urkunde, die er zu polnischen Zeiten nicht bekommen konnte, oder sonst etwas. Eine Abordnung des Hausbesitzervereins erschien, um zu erwirken, dass der Hausbesitz bei der Bildung der neuen Stadtvertretung gebührend berücksichtigt werde. Die neu eingesetzten Behördenchefs kamen, um Unterstützung bei ihrer Aufbauarbeit zu erwirken. Die Zahl der Besucher des Rathauses hat nach überschläglichen Berechnungen wochenlang täglich mehr als 10 000 betragen.

* * *

Gleich nach dem Einzug der deutschen Truppen war die Grenze nach Beuthen für den allgemeinen Verkehr gesperrt. Viele Königshütter haben das nicht verstanden. Siebzehn Jahre lang war diese Grenze eine scheinbar unbezwingbare Schranke, seit dem 4. September 1939 glich sie nur noch einem Papierband. Je nach Gemütsart haben die Königshütter siebzehn Jahre darüber geklagt oder gemurrt, dass diese Grenze unerbitlich vom Vaterlande trennte. An den übrigen Teilen der früheren deutsch-polnischen Grenze sind in der Nacht vom 9. zum 10. September die Schranken endgültig gefallen. Warum nicht auch bei Königshütte? Man erinnere sich, dass, kaum dass die deutschen Truppen in Königshütte eingezogen waren, eine ungeheure Völkerwanderung nach der Beuthener Grenze einsetzte. Hals über Kopf wollten fast Dreiviertel der Bevölkerung

von Königshütte plötzlich nach Beuthen. Mit unbezwingbarer Gewalt zog es alle hinüber ins Altreich. Jeder wollte recht bald das selige Gefühl erleben, frei und ungehindert ohne Pass oder Grenzkarte, nicht argwöhnisch belauert, den Fuss auf deutschen Boden zu setzen. In beseligender Wallfahrt gedachte jeder damals beim Vorüberschreiten am ehemaligen polnischen Zollhaus die Hand zum deutschen Gruss zu erheben, als Ausdruck dafür, dass der weiss-rote Spuk endlich und endgültig vorbei ist. Ungeduldig hatte man auf diesen Augenblick gewartet, das kleine Stück Niemandland zwischen dem früheren Zollhaus hüben und jenem drüben stolz und frei zu durchschreiten.

Die Flut der Grenzgänger wäre, so lehrte es ja der Augenschein, überhaupt nicht zu bewältigen gewesen. Geschäfte und Gaststätten würden im Handumdrehen von Kaufbarem ratzekahl entblösst gewesen sein.

So blieb denn die Grenze, die heute noch einfach „Grenze“ heisst, vorerst geschlossen. Wer hinüber wollte, musste einen Grenzübertrittschein, kurz „Grenzkarte“ genannt, besitzen.

Das Rathaus ist vom ersten Tage an von Tausenden von Einwohnern aufgesucht worden, um diese „Grenzkarte“ zu beantragen. In langen Schlangen standen die Menschen innerhalb und ausserhalb des Rathauses, jeder auf den Ausweis wartend. Viele gaben an, ihre Verwandten in Beuthen und seiner Umgebung besuchen zu wollen. Sehr vielen lag nur daran, so schnell wie möglich einen deutschen Ausweis zu erhalten, damit sie ihren Mitmenschen gegenüber den Trumpf ausspielen konnten, dass sie garnicht solche Polen waren, wie man sie übelwollenderweise ansehe. Die meisten gedachten in Beuthen einzukaufen. Tatsächlich kam es dann auch zu einem totalen Ausverkauf der Beuthener Geschäfte. Nicht wenige gab es auch, die auf diesem „legalen“ Wege ins Reich verduften wollten.

Weit über 10 000 Grenzkarten sind ausgestellt worden. Um überhaupt eine ordnungsmässige Verwaltungsarbeit im Rathause beginnen zu können, wurde die Dienststelle für Grenzübertrittsausweise nach der Schule 12 in der Kattowitzer Strasse verlegt. Am 24. September 1939 ist dann endlich die Grenzsperrung auch an der Beuthener Grenze aufgehoben worden.

* * *

Das Oberbergamt in Breslau hat alsbald die Arbeit im oberschlesischen Kohlenrevier übernommen. Am 5. September traf Erster Bergrat Hild in Königshütte ein und übernahm das hiesige Bergrevieramt. Generaldirektor Bernhardt hatte die Aufgabe, die Königshütte wieder in Gang zu bringen, wo mancherlei Schäden zu beseitigen waren. Am 16. September sind die Gaserzeugungsöfen an den Martinöfen und das grosse Kesselhaus wieder in Betrieb genommen worden. Die Martinöfen selber wurden einige Tage später wieder angelassen. In der Bismarckhütte hatten die Polen bei der Räumung alles, was sich an Maschinenteilen nur irgendwie mitnehmen liess, fortgeschleppt und die übrige Einrichtung weitgehend zerstört. Nach Schätzungen der Fachleute sind in einzelnen Abteilungen bis zu 80 v. H. der Einrichtungen unbrauchbar gemacht worden. Bald kehrten jedoch die alten Fachkräfte wieder auf ihren Posten zurück. Aehnlich verhielt es sich auch mit den Rüttgerwerken.

Die Schachtanlagen der Königsgrube, das Ostfeld (Krugschacht), das Westfeld (Bahnschacht) und das Nordfeld (Versuchsschacht), sind durch die zurückgebliebenen Beamten und Gefolgschaftsmitglieder vor Schäden bewahrt worden. Die notwendigen Arbeiten, die zur Aufrechterhaltung der Wasserhaltung und Wetterführung Unter- und Ueber tage erforderlich waren, wurden seit der Einstellung der Förderung ständig durchgeführt. Dank dieser Massnahmen konnte die Förderung jederzeit wieder aufgenommen werden. Der grössere Teil der Gefolgschaft von rund 3300 Mann war noch vorhanden, so dass die Förderung der Königsgrube ab 13. September allmählich wieder in Gang kam.

Schneller gelang es, die so sehr wichtige Stromversorgung des Industriebezirks wieder in Betrieb zu setzen. In den letzten Tagen vor dem Kriege hatten die radikalen polnischen Elemente des Kraftwerkes unter Bedrohung mit Waffengewalt versucht, sämtliche Arbeiter und Angestellten in bereitgestellten Kraftwagen nach dem Inneren Polens zu verschleppen, um dadurch den

Betrieb lahmzulegen. Dieser Plan scheiterte jedoch an der Entschlossenheit des grössten Teiles der Beamten und Arbeiter, die im Schutz der Dunkelheit noch im letzten Augenblick in verschiedene Schlupfwinkel geflüchtet waren. Von ausserordentlicher Bedeutung war es in diesen schicksalsschweren Stunden, dass zwischen den deutschen Arbeitern und Beamten vollste Einmütigkeit und gegenseitiges Vertrauen herrschte, womit die Polen nicht gerechnet hatten. Direktor Schlenso, der bis zum Jahre 1938 in der Hauptverwaltung des Kraftwerkes tätig war, dann aber — wie so viele andere deutschen Direktoren — polnischen Leitern Platz machen musste, traf sofort nach der Besetzung von Chorzow durch die deutschen Truppen mit einem Stab erfahrener Mitarbeiter, die früher ebenfalls bei den Oberschlesischen Elektrizitätswerken beschäftigt, dann aber im Zuge der „Reorganisation“ entlassen worden waren, auf dem Werkshof ein, von seinen alten Arbeitskameraden stürmisch begrüsst.

Nachdem sich die zurückgebliebenen Mitglieder der Belegschaft vergewissert hatten, dass die Polen Chorzow verlassen hatten, kamen sie sofort aus ihren Schlupfwinkeln hervor, organisierten eine Werksbewachung, während ein Teil der Arbeiter mit den dringendsten Instandsetzungsarbeiten begann. Am Nachmittag des 4. September konnte das Kraftwerk die Stromlieferung, wenn auch erst nur in beschränktem Umfange, wieder aufnehmen. Inzwischen wurden die Instandsetzungsarbeiten planmässig fortgesetzt, so dass die Stromversorgung, die von den Polen kurz vor der Flucht unterbrochen war, bald für den gesamten Industriebezirk gesichert werden konnte. Dank der sofortigen Einsatzbereitschaft der zurückgebliebenen Belegschaft, die sich in den schwersten Stunden unter Führung des stellvertretenden Betriebsleiters Ing. Wiczorek bestens bewährt hatte, konnten dann in ununterbrochener Tag- und Nacharbeit bald sämtliche Schäden beseitigt werden. Ersatzteile, die von den Polen in nicht weniger als 70 Kisten zusammen mit Plänen und Zeichnungen sowie zahlreichen Aktenstücken und Büchern bis hinter Lublin verschleppt worden waren, konnten inzwischen zum Teil wieder zurückgeholt werden. Verschiedene Ersatzteile mussten jedoch neu angefertigt werden. Durch gutorganisierte technische Kolonnen wurden auch sofort die zerschossenen und zum Teil zerstörten Fernübertragungsanlagen nach Tarnowitz, Lublinitz, Hindenburg, Knurow und Rybnik mit dem Grosskraftwerk „Elektro“ in Lazisk wieder in Ordnung gebracht.

* * *

Zur Betreuung aller Volksgenossen ohne Beschäftigung sind seitens des Arbeitsamtes Schlesiens in allen grösseren Orten Ostoberschlesiens am 8. September Dienststellen errichtet worden. Die Arbeitgeber wurden aufgefordert, alle offenen Stellen zu melden, und die Arbeitslosen sollten sich zum Zwecke der Vermittlung beim Arbeitsamt eintragen. Es war selbstverständlich, dass alle deutschen Volksgenossen, die in den vergangenen Jahren ihre Stellung wegen ihres freien Bekenntnisses zum Deutschtum verloren hatten, in erster Linie, und zwar sofort wieder eingestellt wurden und zum mindesten ihren alten Arbeitsplatz erhielten.

Obwohl die grossen Industrierwerke und Kohlengruben durch die Kriegshandlungen nicht sonderlich gelitten hatten, konnte doch infolge der Zerstörung der Verkehrsverbindungen und des Mangels an Transportmitteln die Produktion zunächst nur eingeschränkt aufrechterhalten werden. Ausserdem war aus der Polenzeit in der stark bevölkerten Industriestadt eine starke Arbeitslosigkeit vorhanden. Drückend schwer lastete die Not der Bevölkerung. Die Feststellungen des Arbeitsamtes ergaben nach wenigen Wochen in Königshütte eine Arbeitslosenzahl von über 20 000 Personen. Die Arbeitsbeschaffung war daher eine vordringliche Aufgabe.

Inzwischen musste durch Unterstützungszahlung geholfen werden. Bei der ersten Zahlung am 15. September hat das Königshütter Arbeitsamt nicht weniger als 35 000 RM. an Unterstützungen gezahlt. Ebenso kam die Zahlung der Unterstützungen durch das städtische Wohlfahrtsamt (Wohlfahrtsunterstützung, Familienunterhalt, Rentenzahlungen usw.) in Gang. Die Stadtverwaltung musste auf diesem Gebiete auch für noch nicht eingerichtete Behörden, wie Post- und Invalidenversicherung Auszahlungen in grossem Umfange übernehmen, z. B. für 11 000 Invalidenrentner die Monatsrentenzahlung ihrerseits organisieren.

Das Arbeitsamt nahm Tag für Tag neue unterstützungsbedürftige Arbeitslose in Betreuung. Nebenher setzte die Arbeitsbeschaffung ein. Mitte September waren schon rund 3000 Menschen in den Arbeitsprozess eingeordnet. Hoch- und Tiefbauarbeiten der städtischen Bauverwaltung haben

viele Arbeitslose beschäftigt. So wurde der Theatersaal des Volkshauses zu Ende gebaut, das Hochhaus der Stadtwerke am Marktplatz ist vollendet worden, Bauarbeiten an Wohnhäusern wurden weitergeführt, die Freiheitsbrücke erhielt neue Träger, Strassen wurden fertig gepflastert, in den Parkanlagen und auf den öffentlichen Plätzen sind fast 10 km Luftschutzgräben, die die Polen in aller Hast noch ausgehoben hatten, zugeschüttet worden, in den Schulen wurden die wichtigsten Ausbesserungsarbeiten durchgeführt, damit die Schulhäuser bereitstanden, wenn der Unterricht beginnen konnte.

* * *

Der Aufbau des Wohlfahrts- und Jugendamtes war eine äusserst schwere Aufgabe. Von dem richtigen Ausmass der Schwierigkeiten erhält man einen Begriff, wenn man die bis zum Kriegsausbruch von den Polen geübte öffentliche Fürsorge betrachtet. Der erste Einblick ergab ein erschütterndes Bild von der völligen Unzulänglichkeit der Betreuung von Hilfsbedürftigen, sowohl in der Wohlfahrts- als auch der Jugendfürsorge. Die polnischen Machthaber, die es während ihrer 17-jährigen Herrschaft in Ostoberschlesien wohl fertig brachten, die in hoher Blüte übernommene Wirtschaft und Industrie herunterzuwirtschaften, waren jedoch nicht in der Lage, der ständig zunehmenden Armut und Verelendung der breiten Volksschichten durch entsprechende Massnahmen auf dem Gebiete der sozialen und öffentlichen Fürsorge entgegenzutreten. Galt hier doch als gesetzliche Grundlage für die Betreuung Hilfsbedürftiger immer noch das deutsche Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 31. 5. 1908. Welchen sozialen Tiefstand dies für die hiesige notleidende Bevölkerung bedeutete, kann nur derjenige ermessen, der im Altreich in der öffentlichen Fürsorge praktisch tätig oder deren Segnungen er teilhaftig geworden war. Es galt nun, diese Misstände sofort zu beseitigen und das Vertrauen der hilfesuchenden notleidenden Volksgenossen, das diese in die deutsche Verwaltung gesetzt haben, nicht zu enttäuschen.

Mit Beginn der Kriegshandlungen hat die polnische Sozialversicherungsanstalt, das Versorgungsamt, die Postverwaltung, das Arbeitsamt u. a. m. auf der Flucht in das Innere Polens nicht nur das für die Renten und Pensionen bestimmte Geld, sondern zum grössten Teil auch noch das Aktenmaterial usw. verschleppt bzw. beseitigt. Die für September 1939 fälligen Renten usw. wurden demnach nicht ausgezahlt. Sämtliche Renten-, Versorgungs-, Witwen-, Ruhegeld- und Empfänger von sonstigen Bezügen und Arbeitslose zogen zu Hunderten, lange vor Beginn der Dienststunden, vor das Rathaus, um die notwendigsten Mittel zum Lebensunterhalt zu erbitten. Hinzu gesellten sich ausser den Angehörigen der polnischen Soldaten die Angehörigen der mit den polnischen Betriebsführern geflüchteten oder zur Flucht gezwungenen arbeitenden Volksgenossen und die aus dem Altreich zurückflutenden Flüchtlinge. Zur Abfertigung dieser Massen standen dem reichsdeutschen Beamten 8 ehemalige polnische Bedienstete zur Seite, die wohl zur Not die deutsche Sprache in Wort, jedoch in Schrift entweder mangelhaft oder gar nicht beherrschten. Zudem besaßen diese Mitarbeiter nicht das Vertrauen der Vorsprechenden, die nur von dem einzigen deutschen Beamten abgefertigt zu werden wünschten. Es war schwer, sie davon zu überzeugen, dass die Heranziehung der ehemaligen polnischen Bediensteten zur Mitarbeit unter der Verantwortung des reichsdeutschen Beamten zur schnellen und wirksamen Abfertigung dringend notwendig sei. Allen diesen Volksgenossen wurde irgendwie geholfen, sei es durch sofortige Auszahlung einer Barunterstützung oder durch Erteilung einer zufriedenstellenden Auskunft. Die NSV. half die erste Not durch Ausgabe kostenloser Speisungen aus den in allen Stadtteilen unverzüglich eingerichteten Suppenküchen zu lindern. Nachdem nun die ersten Tage unermüdlich an der Beseitigung der grössten Not geschaffert worden war, ging es unverzüglich an die aktenmässige Erfassung der Hilfsbedürftigen, die voraussichtlich für eine dauernde Betreuung aus öffentlichen Mitteln in Betracht kamen, heran. Die Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes erstreckte sich während der ersten Monate nach der Wiedereingliederung nicht nur auf die eigentlichen Aufgaben. Darüber hinaus mussten auch noch Arbeiten für andere Behörden zusätzlich geleistet werden.

So wurden nebenbei im Auftrage des Versorgungsamtes in Kattowitz sämtliche Kriegeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegereltern listenmässig erfasst. Auf Grund dieser schnellstens durchgeführten Vorarbeiten war das Versorgungsamt in der Lage, schon im Oktober 1939 die Renten zu bewilligen. Ausgezahlt wurde diese jedoch mehrere Monate hindurch durch das Wohl-

fahrtsamt; ebenso hatte das Wohlfahrtsamt das Personal für die Auszahlung der Sozialrenten zu stellen. Nach und nach nahmen alsdann die zuständigen Behörden ihre volle Tätigkeit auf, so dass sich das Wohlfahrtsamt seinen eigenen, inzwischen weiter angewachsenen Aufgaben zuwenden konnte. Bereits Ende September 1939 sind alle arbeitseinsatzfähigen Personen dem Arbeitsamt zur Betreuung überwiesen worden. Mit der büromässigen Bearbeitung der ins Unermessliche angewachsenen Unterstützungsanträge ging auch die organisatorische Einteilung des Wohlfahrtsamtes Schritt für Schritt vorwärts. Die Zahl der Mitarbeiter ist im Laufe der nächsten Wochen auf 18, darunter 3 aus dem Reich abgeordnete Beamte, angewachsen. Zur einheitlichen und schnellen Erledigung der anfallenden Arbeiten mussten in den ersten Tagen eine Anzahl von Vordrucken ausgearbeitet und beschafft werden. Nur so wurde eine Stockung in der Auszahlung der Unterstützungen vermieden und eine Verringerung der Zahl der zum Rathaus pilgernden Volksgenossen nach einigen Tagen erreicht, so dass für deren Abfertigung bestimmte Dienststunden festgesetzt werden konnten. Die NSV stellte dem Wohlfahrtsamt Mitte November 1939 das zur fürsorglichen Nachprüfung und Begutachtung der Unterstützungsanträge erforderliche und in der Wohlfahrtspflege vorgebildete weibliche Personal zur Verfügung, das Mitte Januar 1940 durch neueingestellte und notdürftig ausgebildete volksdeutsche Kräfte abgelöst werden konnte.

Vom polnischen Wohlfahrtsamt wurden nur sogenannte „Ortsarme“, deren Zahl im August 1939 = 400 betrug, unterstützt. Die geringe Zahl der Unterstützten war darauf zurückzuführen, dass sämtliche „ausgesteuerten“ Erwerbslosen der sogenannten „Bettlerfürsorge“ (einem privaten Verein) überlassen wurden.

Der Unterstützungsbetrag für Ortsarme betrug monatlich für Alleinstehende 25,— zł = 12,50 RM; für Verheiratete ohne Rücksicht auf die Zahl der Haushaltsangehörigen 40,— zł = 20,— RM. Diese Sätze sind sofort, weil völlig unzulänglich, um 100 % erhöht worden.

Die „Bettlerfürsorge“ gewährte monatlich an Alleinstehende oder Verheiratete ohne Rücksicht auf die Zahl der Familienangehörigen 4,— zł = 2,— RM; ferner 4 kg Brot an Alleinstehende und 6 kg an Verheiratete, Gutscheine für die Suppenküche und Milch an Kleinkinder oder kranke Personen.

Alle von dieser Fürsorge erfassten Personen wurden, soweit sie arbeitseinsatzfähig waren, dem Arbeitsamt zur Betreuung überwiesen, der Rest unter die Unterstützungsempfänger des Wohlfahrtsamtes eingereiht.

Mit Wirkung vom 25. 10. 1939 wurden auf Anordnung des Chefs der Zivilverwaltung in Katowitz folgende Unterstützungssätze gewährt:

Für eine alleinstehende erwachsene Person mit eigenem Haushalt	24.— RM
Für ein Ehepaar mit eigenem Haushalt	32.— RM
Für jedes mitunterstützte Kind bezw. Haushaltsmitglied bis zu 16 Jahren	8.— RM
desgleichen von 16 bis 18 Jahren	12.— RM
desgleichen über 18 Jahre	16.— RM
Höchste Gesamtunterstützung	72.— RM

Volksdeutschen, die in der Vergangenheit besonders schwer gelitten haben, wurden selbstverständlich höhere Unterstützungsbeträge gewährt; ebenso ist Sozialrentnern, deren Renten unter den vorgenannten Beträgen lagen, nach Freilassung eines Teiles der Rente eine zusätzliche Unterstützung gezahlt worden, wodurch eine wirtschaftliche Besserstellung dieses Personenkreises gegenüber den anderen Unterstützten erreicht wurde.

Die Zahl der Unterstützungsempfänger, die laufend unterstützt werden mussten, betrug Ende September 1939 rd. 3800, Oktober rd. 3100, November rd. 2900, Dezember rd. 2400. Das Sinken der Ziffer ist darauf zurückzuführen, dass die arbeitseinsatzfähigen Personen an das Arbeitsamt verwiesen wurden bezw. durch die Rückkehr der Ernährer in ihre Familien die Hilfsbedürftigkeit fortgefallen war.

Um das Ausmass der in den ersten Wochen mit den vorhandenen, zahlenmässig geringen ehemaligen polnischen Kräften (zunächst 8, bis zum 15. 10. 1939 = 15) geleisteten Arbeit richtig beurteilen zu können, sei hier nebenbei erwähnt, dass der normale Personenbestand eines Wohlfahrts- und Jugendamtes einer 132 000 Einwohner zählenden Industriestadt mindestens 100 gut ausgebildete Beamte und Angestellte beträgt.

Nachdem nunmehr fast alle im Altreich geltenden sozialen Gesetze auch auf die wieder eingegliederten Ostgebiete ausgedehnt und die Unterstützungsrichtsätze denen der Städte Beuthen OS., Hindenburg und Gleiwitz angepasst worden sind, hat das hiesige Wohlfahrtsamt dieselben Aufgaben zu erfüllen wie die Wohlfahrtsämter vergleichbarer Städte im Altreich.

* * *

Gleich in den ersten Tagen entstand das Finanzierungsproblem der neuen Verwaltung. Da sämtliche städtischen Kassen von den polnischen Machhabern vor ihrer Flucht geleert worden waren, stand die neue Stadtverwaltung ohne Mittel da. Zahlungen mussten jedoch erfolgen, insbesondere zur Unterstützung der bedürftigen Einwohner und für die Familien der zum polnischen Heere Eingezogenen. Auch sonst entstanden laufende Betriebsausgaben, die gedeckt werden mussten. Nach einem Monat traten hinzu die Ausgaben für die Gehälter der städtischen Gefolgschaft, die von der polnischen Verwaltung nur für den Monat September im voraus gezahlt worden waren. Normalerweise hätten diese Ausgaben vor allem aus den Steuereinnahmen gedeckt werden müssen. Es ist aber klar, dass bei der Kriegslage Steuern zunächst gar nicht und später auf Aufforderung nur sehr spärlich eingezahlt wurden. Ebenso entstanden bei den übrigen Einnahmen der Stadt aus Gebühren, Tarifen, Mieten usw. erhebliche Ausfälle.

Der Finanzbedarf der Stadt konnte daher nur durch Vorschüsse befriedigt werden. Gewisse Betriebsmittel wurden auch dadurch beschafft, dass die Beträge aus der Liquidierung von Einzelhandelsgeschäften, für die Treuhänder eingesetzt waren, zunächst der Stadtkasse zur Verfügung gestellt wurden. Auch musste man sich dadurch helfen, dass man rückständige Forderungen an die Stadt zunächst nicht anerkennen und auszahlen konnte. Der dringendste monatliche Geldbedarf war danach für die erste Zeit auf rund eine halbe Million Reichsmark berechnet.

Der Betrieb der Stadthaupt- und Steuerkasse setzte sogleich am 7. September ein. Schon am ersten Tage konnten 7 243,— Złoty vereinnahmt werden. In den folgenden Tagen nahm der Kassenverkehr ständig zu.

Zur Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse hat der Chef der Zivilverwaltung Fitzner der Stadt am 9. September 1939 = 30 000,— RM. zur Verfügung gestellt, die durch einen Offizier überbracht wurden.

* * *

Die polnische Zlotywährung wurde von vornherein in das feste Verhältnis von 1:2 zu der deutschen Reichswährung gebracht (1 Złoty = 50 Rpf.). Sehr bald ergaben sich daraus Schwierigkeiten, da nunmehr der Preisstand in Ostoberschlesien niedriger lag als im benachbarten Westoberschlesien. Insbesondere war es bei diesem Umrechnungsverhältnis nicht möglich, Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände aus dem Reiche heranzuschaffen, da dort die Preise viel höher lagen. Die Nahrungsmittelversorgung wurde dadurch gefährdet. Die Schwierigkeiten vergrösserten sich, als die bisherige deutsch-polnische Grenze aufgehoben und der Verkehr ins Reich freigegeben wurde. Infolgedessen wurde die Anpassung der ostoberschlesischen Preise an die westoberschlesischen notwendig. Schon nach wenigen Wochen wurde diese Preisangleichung auf dem Gebiete der Löhne durch Einführung der reichsdeutschen Lohntarife mit Rückwirkung vom 1. September an durchgeführt. Auch liess man die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die man bisher auf dem polnischen Stand festgehalten hatte, auf das westoberschlesische Niveau heraufsteigen.

Sehr bald zeigte sich, dass nun auch auf allen übrigen Preisgebieten die Anpassung nachfolgen musste. Zunächst wurde dies notwendig für die Bemessung der Wohlfahrts- und Rentenleistungen (Wohlfahrtsunterstützungen, Kriegsfamilienunterhalt, Sozialrenten usw.). Hieraus ergaben sich für die Uebergangszeit mancherlei schwierige Preisfragen. Sodann mussten die Tarife nach-

folgen. Post, Eisenbahn und Strassenbahn glichen sich sehr bald an. Für die Tarife der Versorgungsunternehmungen (Elektrizitäts-, Gas- und Wassertarife) war die Angleichung schwieriger durchzuführen, schon aus dem Grunde, weil hier vielfach Verträge mit den Grosslieferwerken bestanden, die zuvor abgeändert und angepasst werden mussten. Das schwierigste Problem stellte die Anpassung der Mieten dar, die wiederum abhängig war von der Neubemessung der Steuern und Hypothekenzinsen.

* * *

Bekanntlich hatten die Polen alle Geldmittel der städtischen Kassen mitgenommen. Ueber die „Evakuatio“ der Stadthauptkasse Königshütte liegt ein interessantes Protokoll vor, dessen Inhalt unseren Volksgenossen nicht vorenthalten werden soll.

Zur „Evakuatio“ des Bargeldes und der Wertpapiere war eine Kiste vorbereitet. Ausserdem lag in der Stadthauptkasse eine Kiste mit den Wertsachen des Städtischen Leihamtes, die bereits reisefertig verpackt waren. In den Mittagsstunden des 2. September 1939 ordnete der damalige Stadtverwaltungsdirektor Korol die Abnahme des in der polnischen Bank zurückgebliebenen Hartgeldes an. 24 Säcke von einem Gesamtgewicht von ungefähr 600 kg im Betrage von 34 520,— Złoty sind gefüllt worden. Am Abend schien es höchste Zeit, mit dem Geld zu „evakuieren“. Es zeigte sich aber, dass zum Transport der Kisten kein Fuhrwerk mehr vorhanden war. Inzwischen kamen auch noch Angestellte mit der Bitte um Vorschuss. In Eile und dauernder Sorge um ein Gespann für die Abfuhr der Geldkisten sind noch Vorschüsse gezahlt worden. In letzter Minute konnte man ein Fuhrwerk der Schlesischen Wojewodschaftspolizei zurückbehalten, auf das die Kiste der Stadthauptkasse und das Hartgeld geladen wurden. Die Kiste des Leihamtes wurde schon vorher auf einen anderen Wagen der Polizei verladen. In der Eile konnten die Säcke mit dem Hartgeld nicht mehr zusammengeschürt werden. Mit mancherlei Schwierigkeiten kam man mit dem Polizeifuhrwerk nach Czeladz, wo die beiden Kisten und die Geldsäcke auf einen anderen Polizeiwagen umgeladen worden sind. Und weiter ging es in aller Hast auf Bendzin zu. Zwischen Czeladz und Bendzin wurde der Geldtransport von der flüchtenden städtischen Feuerwehr eingeholt. Es gelang, sie anzuhalten und Kisten und Säcke umzuladen. Auf dem Lastkraftwagen der Feuerwehr waren gleichzeitig viele Frauen und Kinder der Feuerwehrleute. In rasendem Tempo kam man in Jaworzno an. Hier wurde der Sanitätswagen der Feuerwehr geräumt; in ihn lud man Kisten und Säcke um. Dann ging es in Eile weiter nach Krakau. Von hier kam man nach Kielce mit der Absicht, die Kisten bei der dortigen Stadtverwaltung zu disponieren. Unaufhörlich folgte hier jedoch eine Bombardierung durch deutsche Flieger auf die andere. Man war auch hier nicht mehr sicher. Nachdem man sich Benzin verschafft hatte, fuhr man unverzüglich durch Radom nach Lublin. Am Morgen des 4. September traf der Geldtransport hier ein. Hart- und Bargeld wurden auf einem Spezialkonto der Lubliner Stadthauptkasse eingezahlt, die beiden Kisten liess man ins Depot übernehmen. Vorher unterzog man den Bestand einer Ueberprüfung. Die Hauptkasse fand man in Ordnung, dagegen stellte man beim Prüfen des Hartgeldes einen Fehlbetrag von 500,— Złoty fest, dessen Ursache nicht festzustellen war. „Jedoch unter den Umständen, wie oben beschrieben, konnte ein Fehlbetrag leicht entstehen. Das Hartgeld wurde mehrere Male umgeladen, die Säcke waren nicht verschürt, zweimal fielen aus den Säcken die Hartgeldsäckchen auf die Erde. Es ist aber auch möglich, dass eines der kleineren Säckchen im Hauptkassentresor zurückgeblieben ist. Möglich ist es auch, dass ein Säckchen vom Fuhrwerk gerutscht ist. „Jedenfalls haben wir“, so heisst es in dem Protokoll, „den ganzen Transport 2 Nächte und einen Tag gewissenhaft betreut und ohne Unterlass bewacht. Es ist auch möglich, dass der Fehlbetrag bei der Auszahlung der Vorschüsse entstanden ist, die überstürzt und in schwierigsten Verhältnissen stattfand.“

Zu dem Hartgeld und dem Barbestand der Hauptkasse fügte man das Bargeld des Leihamtes, der Betriebskasse und des Schlachthofes mit dem Personalbüro. Die anderen Kassen und die Bardepositen liess man wegen ihrer kleinen Beträge in der Kiste. Die Kisten wurden verschürt und mit der Petschaft der Stadtverwaltung Chorzow versiegelt. 45 763,02 Złoty sind in der Kasse der Stadt Lublin untergebracht worden.

Zarząd Miejski w Chorzowie
Woj. Śląskie.

Chorzów, dnia 2 września 1939 r.

Z a s w i a d c z e n i e .

Okaziciel niniejszego p. Bella Bolesław, Insp. Kasowy m. Chorzowa, prowadzi transport gotówki i walorów Zarządu Miejskiego w Chorzowie celem złożenia go do depozytu w bezpiecznym miejscu według własnego uznania. -

Za Prezydenta Miasta

Rudolf Broda
Broda Rudolf /
Dyrektor Rachunkowości Miejskiej

Bolesław

K. Grzesik

Prezydent miasta

Uebersetzung.

Die Stadtverwaltung
in Chorzow
Wojewodschaft Schlesien.

Chorzow, den 2. September 1939.

Bescheinigung.

Vorzeiger dieses, Herr Bella Boleslaus, Kasseninspektor der Stadt Chorzow, führt einen Geld- und Wertpapiere-Transport der Stadtverwaltung Chorzow zwecks Hinterlegung desselben an sicherem Ort nach eigenem Gutdünken.

Für den Stadtpräsidenten.
(L. S.) (—) Broda Rudolf
Direktor des Städt. Rechnungswesens.

Ich bestätige.
(—) K. Grzesik.
Stadtpräsident.

Die drei Transportbegleiter kamen überein, über das Bargeld kollegial zu verfügen, bis von der Stadtverwaltung Chorzow andere Weisungen erfolgten. Ueber die Kisten sollte nur die Stadtverwaltung Chorzow verfügen dürfen. Falls es notwendig sein sollte, die Kisten zu

öffnen, dann sollte dies nur im Beisein aller drei Begleiter geschehen. In Lublin beschloss man, so lange zu bleiben, bis eine Verbindung mit dem geflohenen Präsidenten der Stadt Chorzow hergestellt wäre und dieser neue Anweisungen gegeben habe. Wenn man aber notwendigerweise Lublin doch noch früher verlassen müsse, so wollte man die Schlüssel zu den Kisten „in einen extra versiegelten Umschlag“ bei der Stadtverwaltung in Lublin hinterlegen.

Der Stadtverwaltung in Lublin bestätigte man, dass diese bei der Niederlegung der Kisten ihren Inhalt nicht geprüft hatte und bat „höflichst um gefl. Sicherstellung der Kisten im Falle einer evtl. drohenden Vernichtung bzw. eines Verlorengehens, im Falle einer Bombardierung oder auch in irgend welchen anderen Fällen.“

Am 7. September war auch Lublin nicht mehr sicher. Inzwischen war Stadtpräsident Grzesik in Lublin eingetroffen. Er bestimmte, dass das Geld abgehoben werde. 2000,— Złoty entnahm er auf seine Gehaltsbezüge. Die übrigen 43763,02 Złoty verteilte man „aus Sicherheitsgründen“ unter die drei Transportbegleiter, um sie nach Kriegsende wieder in Chorzow abzuliefern.

Am 9. September ist Lublin früh um 9 Uhr bombardiert worden. Durch die Bombardierung wurde das Rathaus, in dem die Kisten mit den Wertsachen des Leihamtes und den Wertpapieren des Magistrats Chorzow sich befanden, schwer beschädigt. Während des Bombardierens verloren sich die drei Transportbegleiter. Jeder machte sich mit seinem Betrage auf die Flucht. Zum Schluss gelangte einer, dem sich ein anderer Königshütter angeschlossen hatte, in der Richtung Chelm, Hrubieschow, Sokal, Stojanow, Beresteczko, Mlynow, Klewan, Olyka bis vor Rowno. Hier wurde man von den einmarschierenden Russen überrascht. Schleunigst ging die Flucht zurück. Doch bei Luck wurden die beiden von russischem Militär erwischt. „Dank des meisterhaften und sicheren Unterbringens des Geldes wurde dasselbe bei uns nicht entdeckt und abgenommen. Nach mehrtägigem Aufenthalt in Luck begaben wir uns unter Zuhilfenahme der verschiedensten Verkehrsmöglichkeiten wie Bahn, Fuhrwerk, Autos, welche Ausgaben wir aus eigenen Mitteln bestritten, und zum grossen Teil zu Fuss, nach Chorzow. Den Rückweg nach Chorzow antretend, passierten wir Kowel, Sarne, Luninietz, Baranowitz, Wolkowysk, Białystok, Malkinia, Radzymin, Warschau, Koluschki, Tschenstochau, Zombkowitz, Sosnowitz, Kattowitz. Hinsichtlich des sich verbreitenden Banditentums seitens der ukrainischen und weissrussischen Bauern, die speziell Flüchtlinge überfielen und ihrer ganzen Habe beraubten, war der Transport des bei uns befindlichen Geldes mit ungeahnten Gefahren und Schwierigkeiten verbunden. Zu erwähnen wäre, dass uns beim Transport und Unterbringen des Geldes in interessenloser und aufopfernder Weise ein Herr Isidor Urbanczyk aus Kattowitz behilflich war und von Lublin bis Kattowitz unsere Mühseligkeiten und Gefahren mit uns teilte. Die sich in unserem Besitz befindlichen 15000,— Zł. legen wir mit dem heutigen Tage, d. i. 9. 10. 1939 als Vermögen der Stadt Chorzow zur Verfügung der Stadtverwaltung Königshütte nieder.“

So sind denn 15000,— Zł. der Stadthauptkasse wieder zugeführt worden. Die übrigen Beträge hatten die beiden anderen Transportbegleiter in Lublin aus Sicherheitsgründen unter sich aufgeteilt. Als die Bombardierung von Lublin einsetzte, nahmen die beiden das Bargeld und die Kisten wieder in Empfang und fuhren mit dem Krankenwagen der Feuerwehr bis nach Czartkow und weiter bis Ulaskowcze. Diesem Transport hatte sich auch der Stadtpräsident Grzesik angeschlossen, der in Begleitung von Beamten der Wojewodschaft in einem Kraftwagen der Wojewodschaft fuhr. Der Stadtpräsident veranlasste die Auszahlung von Geldbeträgen an die den Transport begleitenden Kraftwagenführer, Feuerwehrleute, Stenotypistinnen und andere Personen. In Ulaskowcze blieb man bis zum 17. 9. 1939. An diesem Tage rückte in den Ort russisches Militär ein und beschlagnahmte alle Autos, darunter auch den städtischen Krankenwagen mit den beiden Kisten. Der Krankenwagen wurde abtransportiert. Die beiden Königshütter begleiteten freiwillig den Transport und fuhren auf dem russischen Auto mit, um eine Quittung über die beschlagnahmten Kisten zu erlangen und das Bargeld abzuliefern. Nachts gelangten sie bei einem Divisionsstab an, wo das Geld von den Russen beschlagnahmt wurde. Am folgenden Tage wurden die Königshütter mit anderen gefangenen polnischen Soldaten nach Husiaty ins Gefangenenlager abtransportiert. Hier wurden die beiden am 27. 9. entlassen und kamen am 1. 10. über Stanislawonk in Lemberg an.

Man versuchte hier beim russischen Staatsanwalt eine Klage zwecks Einleitung eines Feststellungsverfahrens über den Verbleib der beschlagnahmten Werte einzureichen, was allerdings scheiterte.

In Lemberg ist am 2. 10. auch noch der Stadtpräsident Grzesik gesehen worden. Er soll versucht haben, die rumänische Grenze zu überschreiten, dabei aber von den Russen angehalten worden sein, die ihm das Geld und einige Koffer mit Wertsachen abnahmen.

Am 8. September erlässt der Oberbürgermeister eine Bekanntmachung, in der er die Anmeldung aller zur Zeit nicht benutzten Räume verlangt. Insbesondere sollten die von polnischen und nichtarischen Familien oder von Organisationen verlassenen Wohnungen, Wirtschaftsbetriebe, Läden u. a. festgestellt werden. Der Chef der Zivilverwaltung beim Grenzschutzabschnittskommando III hatte die Beschlagnahme des gesamten unbeweglichen und beweglichen Eigentums der geflüchteten Personen verordnet.

An leerstehenden Wohnungen waren zunächst nach einer vorgenommenen Erhebung rund 2000 vorhanden. Die Zahl verminderte sich später infolge der Rückkehr zahlreicher polnischer Flüchtlinge nicht unerheblich. Immerhin musste von vornherein versucht werden, die Gesamtzahl der verlassenen Wohnungen nicht nur statistisch zu erfassen, sondern auch unter Aufsicht zu nehmen, da sich Plünderungen und Diebstähle sehr bald bemerkbar machten. Infolgedessen musste auch für diese Wohnungen eine ständige Aufsicht geschaffen werden, was gleichfalls wieder eine besondere Organisation erheischte. Ende Oktober 1939 waren so von der Stadt noch 1031 verlassene Wohnungen in Betreuung genommen, von denen 712 mit dem gesamten Mobiliar versehen waren, während 319 leer standen.

Nach und nach fanden sich nicht nur sämtliche Reichs- und Staatsbehörden, sondern auch die Partei, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände ein, die sich sämtlich jeweils wegen Raumzuweisung an die Stadtverwaltung wandten. Glücklicherweise waren in Königshütte nicht nur zahlreiche Schulgebäude vorhanden, die zunächst zur Verfügung gestellt werden konnten, sondern auch Räume und Gebäude geflüchteter polnischer Vereine und sonstiger Organisationen, mit deren Hilfe den grossen Raumansprüchen genügt werden konnte.

Am 9. September verkündeten grosse rote Anschläge eine Bekanntmachung des Ortskommandanten, jetzt des Hauptmanns Schlüter, über das Verbot des Verkaufs und der Abgabe alkoholischer Getränke. Bis auf Widerruf war im gesamten Stadtgebiet der Verkauf und der Ausschank alkoholischer Getränke sowohl in Gebinden und Flaschen als auch der Ausschank in Gläsern verboten. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot zogen neben strengen Strafen die sofortige Schliessung des Geschäftes, die Beschlagnahme der Warenbestände und Entziehung der Schankerlaubnis nach sich. Bier und Wein fielen nicht unter das Verbot.

Bereits am 9. September hat die Reichsbahndirektion Oppeln die ostoberschlesischen Bahnstrecken übernommen und für unseren Bereich ein Reichsbahnbetriebsamt in Kattowitz errichtet. Am 12. 9. führen wieder die Züge durch Königshütte, freilich vorerst noch spärlich nach einem vorläufigen Fahrplan. Viele technische Schäden mussten noch beseitigt, manche Gerätschaften, die von den Polen mitgenommen wurden, neu beschafft werden. Das verschleppte Bahneigentum von „Chorzow Miasto“ konnte bald wieder ausfindig gemacht werden. Der neue Bahnhofsvorsteher war bis zum Staatshoheitswechsel 1922 in Königshütte tätig. Jetzt, nach 18 Jahren, trat er wieder an seinem früheren Arbeitsplatz an. Mit ihm kamen noch andere ehemalige Königshütter Bahnbeamte aus dem Altreich zurück. Ein grosser Teil der Bahnbediensteten der polnischen Zeit sind wieder eingesetzt worden, damit der Bahnbetrieb so schnell als möglich vollauf in Gang kam. Denn die Gruben brauchten den Bahnweg zum Abtransport der Kohlen und die Stadt wartete auf den vollen Einsatz der Hauptbahn zum Heranschaffen von Lebensmitteln. Seit dem 26. 9. verkehrten wieder Schnellzüge nach Berlin.

Der Postverkehr ist erst allmählich wieder in Gang gekommen, nachdem der Eisenbahnbetrieb einigermaßen geordnet war. Zunächst sind Postsendungen in beschränktem Umfange ausser

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Gau Schlesien

Amt für Volkswohlfahrt

Geschäftsstelle: Breslau 5, Gartenstraße 15/17

Briefmarken:

Amt für Volkswohlfahrt, Besetzung Schlesien, Breslau 5, Gartenstr. 15/17

Bankkonto:

Kont. der Deutschen Arbeit, Konto Nr. 630

Postkassenkonto: 230 Breslau 64 000

Schreibzettel-Sammelnummer 22031



Zeitungen des Gaus:

Schlesische Sonntagspost, die nationalsozialistische Wochenzeitung / Nationalsozialistische Schlesische Tageszeitung

Schriftleitung und Verlag: Breslau 5, Gräbigerer Straße 5
Fernsprecher 525 51 / Postkassenkonto 742 22

Kopfblätter: Glatz, Glogau, Görlitz, Hirschberg, Liegnitz,
Waldenburg, Gletwitz

Betrifft:

Uffrenzeichen:

Bei Sachbearbeitung unbedingt anzugeben

Breslau 5, am
Gartenstraße 15/17

B e s c h e i n i g u n g .

Ich habe den

Kreisamtsleiter Pg. W a u r o

mit der Wahrung der Geschäfte des Sonderbeauftragten der
NSDAP., Amt für Volkswohlfahrt, im Kreise Königshütte
beauftragt. - Ich bitte alle Dienststellen, ihn in seiner Tätig-
keit weitgehendst zu unterstützen.

Gleitwitz, den 2.9. 1939.



Gauamtsleiter
Sonderbeauftragter der NSDAP
Amt für Volkswohlfahrt
beim Arbeitsestab Gleitwitzschin.

zum Reiche nach Orten in Oberschlesien zugelassen worden, zu denen schon regelmässige Ver-
bindung hergestellt war.

* * *

Im Auftrage des Obersturmbannführers Piontek, Beuthen, und im Einvernehmen mit der
Kreisleitung der NSDAP. in Beuthen wurden am 12. September in Königshütte zwei SA.-Dienststellen
eingerrichtet, mit deren Führung der Freikorpskämpfer Robert Salwiczek betraut wurde. Die ersten
Dienststellen befanden sich in der Bismarckstrasse 18 und in der Kattowitzer Strasse 47.



Die NSV. versorgt die Bevölkerung mit Essen

worden. Der damalige JdP.-Führer, Alfons Belda, und der Leiter des Königshütter Deutschen Volksbundes, Paul Drobek, stellten Männer und Frauen der JdP. und des DVB. für die NSV.-Arbeit zur Verfügung, die zunächst im Zeichen der Lebensmittelversorgung stand.

* * *

Für die zum Teil hungernde Bevölkerung wurden sofort sieben NSV.-Küchen in den verschiedenen Stadtteilen eingerichtet; so auf der Beuthener Strasse, im Lunapark, im Knappschafts-lazarett in Chorzow, in Maciejkowitz und zwei in Königshütte-Bismarck. Die Einrichtung und die Beaufsichtigung dieser NSV.-Küchen hatte grösstenteils die deutsche Lehrerschaft unter Leitung von Rektor Würbel übernommen. Das Essen der Küche wurde täglich in der Zeit von 11 bis 15 Uhr ausgegeben. In langen Schlangen standen die Menschen vor den Ausgabestellen, um das gute und kräftige Eintopfgericht in Empfang zu nehmen. Betreut wurden sämtliche Einwohner von Königshütte, die sich durch einen Ausweis einer deutschen Organisation ausweisen konnten. Täglich wurden ungefähr bis 30 000 Portionen ausgegeben. Bei einmaligem Kochen konnten alle Personen nicht befriedigt werden, so dass einzelne Küchen zwei bis dreimal kochen mussten. Für die Herstellung der Eintopfgerichte sind im September 1939 nachstehende Lebensmittel verbraucht worden: 6063 kg Fleischkonserven, 36 267 Milchkonserven, 2219 kg Reis und Graupen, 17 774 kg Brotaufstrich, 27 955

Die erste Parteidienststelle, die in Königshütte antrat, war die NSV. Wie beim Einmarsch in Oesterreich und ins Sudetenland stand zu Beginn des Krieges gegen Polen ein Einsatzstab von NSV.-Männern bereit. Am 5. September 1939 erhielt der Kreisamtsleiter Oskar Waurow als Sonderbeauftragter in Gleiwitz den Befehl, die Stadt Königshütte zu betreuen. Zu seiner Unterstützung waren ihm beigegeben: Kreisamtsleiter Schauer und Kassenverwalter Schmidtpeter. Kurz vor Mittag trafen diese 3 Männer im Kraftwagen in Königshütte ein. Was sie mit sich brachten war eine Kiste, und drinnen befand sich alles, was zum Aufbau eines Büros unbedingt erforderlich ist, wie Schreibmaschine und Schreibpapier, auch einige Hakenkreuzfahnen waren drinnen, Handwerkszeug, wie Hammer, Zange, Säge und Nägel, dann Taschenlampen, auch Essbestecke und Teller, Büroschilder für die Türen und die Ausgabestellen der NSV.-Dienststellen und eine Menge Vordrucke in deutsch-polnischer Sprache. Nach ihrer Meldung beim Ortskommandanten, Major Scholz, begaben sie sich in das Rathaus, zu derselben Stunde, da hier die erste Ratsherrensitzung stattfand, um die Verbindung mit der Stadtverwaltung aufzunehmen. Das nächstliegende war, Räume zu finden, in denen die NSV.-Geschäftsstelle aufgebaut werden konnte. Das Volkshaus in der Lobestrasse, in dem sich heute noch die NSV.-Kreisamtsleitung befindet, wurde damals für diesen Zweck ausersehen. Das hier noch liegende Militär ist durch das Entgegenkommen des Ortskommandanten umquartiert worden.

Als bald ist die Fühlung mit den Ratsherren, mit den Führern der JdP. und des VB. aufgenommen

Brote, 10171 kg Gemüsekonserven, 45 kg Maggi, 600 kg Nudeln, 661,5 kg Erbsen, 400 kg Zucker, 3100 kg Salz, ausserdem grosse Mengen an Kartoffeln und Frischgemüse. Aus dem Verbrauch der benötigten Lebensmittel ist ersichtlich, dass die Eintopfgerichte gut und schmackhaft zubereitet waren. Jeder Volksgenosse bekam $\frac{1}{2}$ Liter von dem Essen und dazu eine dicke Scheibe Brot. Um eine genaue Kontrolle zu haben, gab die NSV. besondere Ausweise aus. Kinderreiche Familien bekamen ausserdem in der Woche noch 2 Milchkonserven. Neben der warmen Verpflegung wurden an die bedürftigen Volksgenossen im September 1939 noch ausgegeben: 3732 Büchsen Milch, 7733 kg Marmelade und Kunsthonig, 88 kg Fleischkonserven und 12500 kg andere Lebensmittel.

Die Speisung der Königshütter Bevölkerung durch die NSV.-Küchen wurde bis zum 1. 5. 1940 durchgeführt, dann konnte sie eingestellt werden, da ein grosser Teil der Arbeitslosen bereits in den Arbeitsprozess eingegliedert war. Der Rest der armen Bevölkerung ist von der NSV. und der Städtischen Wohlfahrt betreut worden.

* * *

Die Lebensmittelversorgung des ober-schlesischen Industriegebietes war im wesentlichen aus der Ukraine und der Provinz Posen erfolgt. Die Zufuhren von dort fielen während der Kriegshandlung fort. Die Versorgung aus dem Reich konnte in den ersten Wochen noch nicht funktionieren, weil alle Eisenbahnverbindungen infolge der Zerstörung der Brücken gestört waren und der Transport auf den Landstrassen unter dem Mangel an Transportmitteln stark litt. Die Pferdefrage z. B. konnte erst nach Wochen nach Beendigung des Polenfeldzuges aus den grossen Beständen an polnischen Beutepferden gelöst werden. Die Lebensmittel waren daher zeitweise recht knapp. Trotzdem gelang es, ernstliche Störungen in der Versorgung zu vermeiden.

Es ist das Verdienst der NSV., dass die erste Versorgung sofort mit dem Einzug der Truppen begann. Am Spätnachmittag des 5. September trafen bereits die ersten Lastwagen mit Lebensmitteln aus Gleiwitz ein und zwar Fleischkonserven, Milchkonserven und Brot.

Seit dem 1. Kriegstage hörte die Zufuhr von Frischmilch für die Säuglinge und Kleinkinder in Königshütte völlig auf. Es gelang Kreisamtsleiter Wauro bereits am 7. September über den Grosshandel in Beuthen zunächst täglich 2000 Liter Milch heranzuführen. Mit Lastwagen ist die Milch täglich in Beuthen abgeholt und dann durch die hiesigen Kleinhändler verteilt worden. Nachdem die Transportlage sich besserte ist dann auch die Milchversorgung von Tag zu Tag besser geworden.

Auch Mehl war in Königshütte nur in bescheidenen Mengen vorhanden, daher musste die NSV. Mehl heranzuführen. Die Bäckermeister sind teilweise aus den NSV.-Mehlbeständen teilweise versorgt worden, um den notwendigen Bedarf an Brot zu backen. Der grösste Teil des Mehlbestandes der NSV. ist in eigener Regie der NSV. in der „Mannabäckerei“ verbacken worden. Täglich waren es rund 2000 Brote, die bei den Küchen portionsweise ausgegeben worden sind.



Essenausgabe.

Um die Versorgung der NSV.-Küchen für die Wintermonate sicherzustellen, wurden im Oktober 1939 rund 10 000 Zentner Kartoffeln und Gemüse im Keller der Markthalle eingelagert. Die Kartoffelversorgung der Bevölkerung machte in den ersten Monaten erhebliche Sorgen, da es nicht gelang, ausreichende Lastzüge zum Transport und Arbeitskräfte zum Verladen der Kartoffeln zu erhalten.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vollzog sich zunächst noch unregelmäßig. Irgendeine Organisation war nicht vorhanden, der man sich sogleich zur Ausgabe der Lebensmittelkarten hätte bedienen können. Dasselbe galt für den Verkauf von Spinnstoffen und Lederwaren, der daher zunächst überhaupt untersagt werden musste.

Erst nach einigen Wochen gelang es, für die Stadt mit Hilfe ehrenamtlicher Kräfte aus der volksdeutschen Bevölkerung eine Organisation zu schaffen und die geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Hilfe von Lebensmittelkarten, Bezugscheinen usw. einzuführen.

Wie gross die Schwierigkeiten waren, mag daraus entnommen werden, dass zunächst überhaupt eine Personenstandsaufnahme fehlte.

Am 14. September ist eine Personenstandsaufnahme angeordnet worden, um Unterlagen für die Versorgung der Bevölkerung zu erhalten. Die Zählung ergab nur 110 000 Einwohner. Hinterher stellte sich heraus, dass tatsächlich 140 000 vorhanden waren. Ganze Blocks und Aussenbezirke waren von den ungeschulten Zählern vergessen worden. Das kam auch daher, dass erst kurz vor Kriegsausbruch einige Gemeinden (Bismarckhütte, Neuheiduk) eingemeindet worden sind, die mit der Grossgemeinde noch nicht verwachsen waren.

Der Ratsherr Paul Drobek hat als örtlicher Führer des Deutschen Volksbundes seine Organisation zur Durchführung einer Personenstandsaufnahme zur Verfügung gestellt, die nach einfacher Methode aufgezogen werden musste. Da das Erstellen der für die Lebensmittelkartenausgabe notwendigen Unterlagen nicht nur in Königshütte, sondern auch in den übrigen eingegliederten Teilen des jetzigen Regierungsbezirks Kattowitz grösste Schwierigkeiten bereitete, wurde die an sich vorgesehene Einführung der Lebensmittelkarten statt zum 25. September erst am 9. Oktober 1939 durchgeführt.

Bis zur Ausgabe der Lebensmittelkarten und damit bis zu einer geregelten Versorgung der Stadt Königshütte oblag neben dem Beschaffen der benötigten Lebensmittel auch deren Verteilung an den Einzelhandel dem Sachbearbeiter Lange von der Kreisbauernschaft Kattowitz. Die Verteilung erfolgte unter sehr schwierigen Umständen und erforderte fast täglich mehrere Polizeibeamte mit aufgeflepptem Bajonett, die bei der Verteilung zugegen sein mussten.

Die 1. Ausgabe der Lebensmittelkarten geschah unter zum Teil dramatischen Umständen. An sich war vorgesehen, dass dieselben Angehörigen des Deutschen Volksbundes, welche die Personenstandsaufnahme durchgeführt hatten, auch innerhalb ihres Zählbezirks die Lebensmittelkartenverteilung durchführen sollten. Da aber auch andere Behörden die Mitglieder des Deutschen Volksbundes mit Arbeit überhäufte, fiel für die 1. Ausgabe nahezu $\frac{1}{4}$ der vorgesehenen Verteiler aus, was jedoch erst kurz vor dem Termin der Ausgabe bekannt wurde. Beschleunigt mussten daher eine grössere Anzahl der inzwischen vorläufig in den Dienst der Stadtverwaltung zurückgekehrten ehemals polnischen Angestellten und Beamten zur Verteilung eingesetzt werden. Da aber nur $\frac{2}{3}$ der von der Stadtverwaltung angeforderten Kräfte zur Verteilung antraten, mussten noch in letzter Minute 40 Angehörige der gerade im Aufbau begriffenen ff herangezogen und eingesetzt werden.

Der Aufbau des Wirtschaftsamttes bereitete insofern nicht unerhebliche Mühe, weil zunächst sämtliche Textil- und Schuhwarengeschäfte nach dem Einrücken der deutschen Truppen geschlossen waren und erst langsam sich öffneten. Der Bezugscheinzwang wurde vom Chef der Zivilverwaltung am 21. September angeordnet. Schon nach wenigen Tagen machte sich ein erheblicher Ansturm auf das Wirtschaftsamt bemerkbar, der in sehr grossem Umfange auch auf die bisher sehr schlechte Versorgung grösster Bevölkerungskreise, insbesondere der Volksdeutschen, zurückzuführen war, von denen gleich zu Anfang viele nach zum Teil langjähriger Arbeitslosigkeit wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert wurden.



Der Leiter der NSV.-Küchen, Lehrer Würbel, mit seinem Mitarbeiterstab.

Die Personalfrage war besonders schwierig zu lösen. Da an reichsdeutschen Verwaltungskräften in den ersten Monaten nur eine ausserordentliche geringe Zahl für die gesamte Stadtverwaltung zur Verfügung stand, musste bis zum 15. Dezember 1939 ein einziger reichsdeutscher Beamter beide Ämter aufbauen und leiten. Erst am 15. Dezember 1939 kamen weitere reichsdeutsche Beamte hinzu. Im übrigen musste die Arbeit entweder mit Angestellten der früheren polnischen Verwaltung oder mit schnell angenommenen volksdeutschen Kräften, die für eine Behördentätigkeit nicht vorgebildet waren, bewältigt werden. Ausserordentlich erschwerend machte sich dabei der ständige Wechsel der Kräfte bemerkbar, der soweit ging, dass in den ersten 8 Monaten theoretisch das gesamte bis dahin etwa 100 Köpfe zählende Personal des Ernährungs- und Wirtschaftsamtcs einmal ausgewechselt war. Dabei musste Kräften ein erhebliches Mass an Vertrauen entgegengebracht werden, deren Persönlichkeit bei der Fülle der zu leistenden Arbeit von keiner Stelle genügend geprüft werden konnte.

* * *

Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

Narodowo-Socjalistyczna Opieka Spoleczna

Sonderbeauftragter

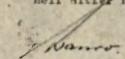
Delegat specjalny

Königshütte am 7. September 1939.

Auf Grund der Verfügung des Grenzschutz-Abschn. Kdo 3 vom 5. September 1939 wonach die N.S. Volkswohlfahrt beauftragt ist, alle leicht verderblichen Lebensmittel, insbesondere aus verlassenen Geschäften zu erfassen und an die deutsche Kaufmannschaft zur Verteilung bzw. zum Verkauf abzugeben, übertrage ich diese Aufgabe für den Bezirk Königshütte im Einvernehmen mit dem Herrn Oberbürgermeister den Herren Fröhlich und Schlachthof-Direktor Alfons Jochko.

Ich bitte alle in Frage kommenden Stellen diesen Herren bei der Erledigung des Auftrages ihre Unterstützung zukommen zu lassen, damit im Interesse der Volksernährung schnellstens gearbeitet werden kann.

Heil Hitler!


Sonderbeauftragter.



fort. Es wäre zu einer Katastrophe gekommen, hätten die deutschen Behörden nicht mit ihrer weitschauenden, radikalen Reorganisation eingegriffen und die Wirtschaft wie durch Umstellung einer Weiche wieder auf ein normales Gleis geschoben. Die letzten August-Tage trugen das Gepräge einer allgemeinen rücksichtslosen oder apathischen Kriegsnervosität. Lebensmittel und Textilien wurden gehamstert oder resigniert im Stich gelassen. Nur die deutsche Bevölkerung bewahrte ihre Ruhe und wartete auf ihr Schicksal, das voll froher Hoffnung schien. Die polnischen und jüdischen Kaufleute rafften ihre beweglichen Handelsgüter zusammen und versuchten ihre Habe, soweit es die Verkehrsmittel erlaubten, ins Innere Polens zu schaffen. Als die deutsche Wehrmacht in Ost-Oberschlesien einrückte, waren die polnischen, zum grössten Teil auch die jüdischen Unternehmen geschlossen. Die Ladentüren waren verrammelt, die Kontore verwaist. Die geringe Zerstörung gab Zeugnis von der überhasteten Flucht. Die wenigen deutschen Läden oder Grosshandlungen waren dem Bedarf in keiner Form gewachsen.

Am 7. September erliess Oberbürgermeister Dr. Delius eine Anordnung, wonach der Verkauf von Textil-(Spinnstoff-)Waren aller Art, von Schuhwaren und Lederartikeln bis auf weiteres verboten wurde, um die immer stärker werdenden Hamsterkäufe zu unterbinden.

Alle Geschäfte, deren Inhaber ohne ordnungsmässige Bestellung eines Vertreters geflohen oder aus sonstigen Gründen ortsabwesend waren, sind bis auf weitere Anordnung geschlossen worden.

Die Belieferung der Bevölkerung mit den übrigen Gebrauchsgütern war zunächst empfindlich dadurch gestört, dass die Mehrzahl der Einzelhandelsgeschäfte geschlossen war. Der grösste Prozentsatz dieser Geschäfte befand sich in jüdischen oder polnischen Händen. Die Inhaber waren geflüchtet. Es entstand hier ein besonderes Problem, das die Stadtverwaltung in steigendem Masse beschäftigte. Da eine dauernde Schliessung der Geschäfte die Versorgung der Bevölkerung beeinträchtigt hätte, musste für jedes einzelne Geschäft, dessen Inhaber geflüchtet oder nicht nur vorübergehend abwesend war oder das sich in jüdischen oder polnischen Händen befand, eine besondere behördliche Aufsicht, ein besonderer Treuhänder eingesetzt werden, der nach Aufnahme des Bestandes den Geschäftsbetrieb wieder in Gang zu bringen bzw. zu übernehmen hatte. Als Ziel war letzten Endes gesetzt, das jüdische oder polnische Geschäft zu liquidieren und in deutsche, arische Hände zu überführen. Die freiwillige Abwanderung der Juden setzte infolgedessen sehr bald ein. Die Stadtverwaltung vertrat den Standpunkt, dass diese Abwanderung mit allen Mitteln zu unterstützen sei, da auf diese Weise die Judenfrage am leichtesten ihrer Lösung entgegengeführt werden konnte. Die Lösung im grossen konnte jedoch nicht Sache der städtischen Verwaltung sein, sondern ist von zentraler Stelle aus in Angriff genommen worden.

Die plötzliche Rückkehr Ost-Oberschlesiens in das Deutsche Reich nahm dem polnisch-jüdischen Handel, der die Wirtschaft einst fast ausschliesslich beherrschte, über Nacht den Boden

Um jede wirtschaftliche Hemmung zu vermeiden, beauftragte die NSV. den Schlachthofdirektor Joschko, den Grosskaufmann Emil Fröhlich und den Ratsherrn Stephan Mross, sämtliche Lebensmittel, die sich in polnischen oder jüdischen Unternehmen ohne Geschäftsführung befanden, sofort dem Handel oder dem Verbrauch zuzuführen.

Die verschlossenen Türen der Fabriken, Läden, Speicher und Ställe wurden geöffnet. Für jedes Geschäft wurde ein Liquidator und später ein Treuhänder eingesetzt. Durch diese rasche Massnahme war der augenblicklich notwendige Bedarf gedeckt. Die Ausführung des Liquidationsauftrages geschah derartig gründlich, dass kaum ein Pfund Butter oder eine Gurke verdarb. Die Liquidatoren waren echte deutsche Männer und gewissenhafte Kaufleute, die uneigennützig wochenlang zum Wohle der Stadtgemeinde arbeiteten.

Bis zum 16. September hat das städtische Amt für Handel und Gewerbe 44 solcher Läden mit leichtverderblichen Waren öffnen lassen und die Ware an Klein- und Grosshändler zur Weiterleitung an die Bevölkerung verkauft. Rund 44 000 Zloty sind aus dem Verkauf eingekommen.

Die Mobilisierung sämtlicher Lebensmittellager hätte aber nicht ausgereicht, um Königshütte länger als 10 Tage zu ernähren.

Zur rechten Zeit schaltete sich deshalb sofort der Beuthener und Gleiwitzer Grosshandel ein. Königshütte ist dadurch direkt an die reichsdeutsche Wirtschaft angeschlossen worden. Und als in den Räumen einer Villa auf der Bergfreiheitstrasse das Wirtschafts- und Ernährungsamt untergebracht und eingerichtet war, konnte die Bürgerschaft schon nach einer Woche die zentrale Lenkung der Wirtschaft merken. Viel schwerer war die Wiederbelebung des Handels in Textilien und anderen Handelszweigen. Ratsherr Mross und Kaufmann Fröhlich hatten durch die Stadtverwaltung den Auftrag erhalten, Treuhänder in die Unternehmen geflohener Inhaber einzusetzen. Dieser Auftrag wurde später erweitert. Auch die jüdischen Unternehmen mussten eine Aufsicht erhalten. Zur Bewältigung dieser umfangreichen Aufgabe wurden noch andere Sachverständige einzelner Handelszweige als Mitarbeiter hinzugezogen. In der Liquidationskommission sind oft täglich bis zu 1000 Personen abgefertigt worden. Der Pole wollte sein Geschäft nicht verlieren und brachte deutsche Dokumente zu seiner Entlastung. Der Jude versuchte die Aufsicht gleichfalls abzuwälzen. Rechtsanwälte liessen ihre Kenntnisse glänzen. So manches Problem ist in der Kommission behandelt, aber eindeutig deutsch gelöst worden. Durch die fälschliche Ansicht des Publikums, diese Liquidationskommission wäre Auskunftsbüro oder Ratgeber in allen wirtschaftlichen Dingen, ist die Arbeit sehr erschwert gewesen. Die Nervosität war verständlich. Der Hypothekengläubiger bangte um seine Zinsen. Der Rentner bat um Unterhalt. Die Frau des verschollenen Kaufmanns stellte hundertfache Fragen. Berge von Schriftsätzen verlangten Bearbeitung. Es gab anfangs keine Schreibkräfte, die auch nur annähernd deutsch schreiben konnten. Die mangelhafte Kenntnis der deutschen Sprache wurde im Handel zu einer schweren Last. Allmählich nahm dann die neugegründete Handelskammer in Kattowitz ihre Arbeit auf und überwachte das Aufgabengebiet der Liquidationskommission. Als diese ihre Aufgabe erfüllt hatte, wurde sie in die Treuhandgesellschaft unter Leitung von Landrat Kopf übergeleitet.

* * *

Die Rückführung von Flüchtlingen aus Polen ist der Partei, und zwar der NSV. übertragen worden. Sie hatte bei uns hier ein Durchgangslager in der Bergfreiheitstrasse und dann in der ehemaligen Hilfsschule in der Beuthener Strasse eingerichtet.

In Königshütte trafen sich zwei Flüchtlingsströme mit entgegengesetzten Tendenzen. Einmal kehrten sehr bald viele der Bewohner zurück, die vor den ersten Kriegstagen auf Anordnung der polnischen Behörden die Stadt verlassen hatten und nach Osten gewandert waren. Zum anderen wurden bereits nach wenigen Wochen aus dem Reich die volksdeutschen Flüchtlinge zurückgesandt, die besonders in den letzten Monaten vor Kriegsausbruch infolge der Bedrückungsmassnahmen der Polen ihre Heimat verlassen hatten und ins Reich gewandert waren. Besonders die letzteren Flüchtlinge stellten ein schwierig zu lösendes Problem dar, da sie in ordnungsmässigen Wohnungen untergebracht und betreut werden mussten. Sie einfach in die verlassenen Wohnungen

der polnischen Flüchtlinge einzusetzen, war nicht angängig, da diese Wohnungen sich meist nicht dazu eigneten und auch nach und nach von den zurückkehrenden Ostflüchtlings wieder in Anspruch genommen wurden. Es musste eine besondere umfangreiche Organisation, das sogenannte Flüchtlingswohnungsamt, geschaffen, die Stadt in Bezirke eingeteilt, die leerstehenden Wohnungen erfasst, ein Flüchtlingsdurchgangslager für die erste Unterbringung der Rückkehrer eingerichtet und jedem eine geeignete Wohnung zugewiesen werden.

Leider wurde der Erfolg dieser Arbeit dadurch erschwert, dass sich unter den Rückkehrern aus dem Reiche auch asoziale Elemente befanden, die seinerzeit weniger aus nationalen, als wegen wirtschaftlichen Verfalls oder aus anderem Anlass Königshütte verlassen hatten.

Die ganze Last des Flüchtlingsfürsorgeamtes war dem Ratsherrn Max Muschol übertragen worden. Insgesamt kehrten während der ersten 8 Wochen aus dem Reiche 546 Familien mit 1891 Personen nach Königshütte zurück, von denen in dieser Zeit 336 Familien mit 1214 Personen in ordnungsmässige Wohnungen eingewiesen werden konnten. Das Flüchtlingsdurchgangslager war dauernd mit täglich 16 bis 24 Familien belegt.

* * *

Am 11. September 1939 kam die städtische Polizeiverwaltung wieder in Gang. Obwohl die polizeilichen Aufgaben anfangs — bis zur Uebernahme durch die staatliche Polizei — durch die städtische Polizei wahrzunehmen waren, trat die städtische Polizei als solche nach aussen hin nur vereinzelt in Erscheinung. Die Hauptarbeit erstreckte sich auf Feststellungen und Ermittlungen für sämtliche Stadtämter der Stadtverwaltung, insbesondere für das Wohlfahrtsamt, Fürsorgeamt, Versicherungsamt, Gewerbeamt und Steueramt. Hinzu kamen noch Amtshilfeersuchen für fremde Behörden, Beglaubigungen für Unterschriften, Zeugnisabschriften und dergl.

Auf Anordnung des Grenzschutz-Abschnitts-Kommandos 3 wurden in den Stadtteilen Alt-Chorzow und Maciejkowitz Ortswehren aufgestellt. Sie bildeten eine Art Selbstschutz und unterstanden nur in geldlicher Hinsicht dem Oberbürgermeister. Die Ortswehr in Alt-Chorzow bestand aus 28 Mann und versah ihren Dienst vom 4. September bis 23. Oktober 1939; Die Ortswehr in Maciejkowitz bestand aus 11 Mann und versah den Dienst vom 4. September bis 14. Oktober 1939. Ende September erhielt die Stadt auch wieder einen ordentlichen Polizeischutz, denn die Sicherheit war lange nicht gewährleistet, da noch zweifelhafte Elemente ihr Unwesen trieben und insbesondere die vielen verlassenen Wohnungen und Läden unlautere Elemente anlockten. Während die Polizeiverwaltung in der Schule an der Hindenburgstrasse untergebracht wurde, bezog die Sicherheitspolizei das Volkshaus auf der Lobstrasse. Auch die Polizeireviere wurden wieder besetzt, was besonders von den Bewohnern der abgelegenen Stadtteile begrüsst wurde.

* * *

Eine der wichtigsten Aufgaben der Stadtverwaltung war es, die früher so deutsche Stadt, die in der Polenzeit sehr stark entnationalisiert worden war, wieder zum Deutschtum zurückzuführen. Das konnte zunächst nur in äusserlicher Beziehung geschehen. So wurde die deutsche Sprache als einzige Amtssprache sofort eingeführt.

In einer „Anordnung betreffend Strassenbenennung“ forderte der Oberbürgermeister am 12. September die Bevölkerung auf, mit der Umbenennung der Strassen gleichzeitig auch alle polnischen Inschriften an den Häusern und Läden soweit möglich, baldigst durch deutsche Bezeichnungen zu ersetzen und ferner auch die an den Schaufenstern, Hausfronten usw. angeklebten Plakate, Papierstreifen und dergl. zu entfernen. Denn, so heisst es weiter, die Stadt Königshütte muss ihren wiedergewonnenen deutschen Charakter auch dadurch kundtun, dass sie einen sauberen Anblick bietet. Zunächst sind 15 Strassen umbenannt worden. Am 16. September folgten die anderen fast 300 Strassen nach. Die neuen Strassennamen hat Ratsherr Max Muschol in mühevoller Arbeit mit orts- und heimatkundigen Männern zusammengestellt.

Für die Umbenennung der Strassen sind fast 1800 neue Schilder notwendig gewesen, die einen Kostenaufwand von ungefähr 9000 Złoty erforderten. Bis die neuen Schilder besorgt werden

konnten, wurden in den Hauptstrassen über die polnischen Strassenschilder Holztafeln mit beschrifteten Pappstreifen befestigt. Die Richtungstafeln an den grossen Verkehrskreuzungen wurden übermalt und erhielten die deutsche Ortsbenennung.

* * *

Das Schulwesen kam Anfang September noch schlecht in Gang, da der grösste Teil der Schulräume für militärische Zwecke belegt werden musste. Auch fehlten, und das ist das wichtigste, die deutschen Lehrer. Die Schwierigkeiten des Neuaufbaus der deutschen Schulen in Königshütte kann man erst recht ermessen, wenn man den Stand des Schulwesens in der polnischen Zeit gegenüberstellt.

Im Jahre 1922 gab es in dem Teil von Oberschlesien, der an Polen fiel, über 200 000 Volksschüler, die von 3300 Lehrern betreut worden sind. Polnische Schulen gab es damals überhaupt nicht. Nach dem Staatshoheitswechsel wanderte dreiviertel der Lehrerschaft sofort ab, da sie zum grössten Teil dem Polenterror weichen mussten. Auf Anraten der Opperner Regierung und der verantwortungsbewussten Männer, die Oberschlesien niemals verloren gaben, sind ungefähr 800 Lehrer in Ost-Oberschlesien verblieben und stellten sich der polnischen Behörde zur Verfügung. Diese hat weitere 200 sofort abgelehnt, so dass noch 600 Lehrer übrig blieben, die durch Lehrer aus dem Reich, die in Oberschlesien ihre Eltern hatten und für den deutschen Schuldienst sich zur Verfügung stellten, wie auch späterhin durch Lehrer, die im Bielitzer Seminar ihre Prüfung abgelegt hatten, ergänzt wurden.

Deutsche Minderheitsschulen gab es am Anfang der Polenherrschaft überhaupt nicht. Die deutschen Schüler — und das waren nach Auffassung der Polen nur sehr wenige (denn wer z. B. einen polnischen Namen hatte, der war eben Pole) — wurden in Königshütte, wie überhaupt in den grösseren Städten, in deutschen Klassen untergebracht.

Als bald setzte seitens der Polen ein heftiger Schulkampf ein, dem nach und nach eine deutsche Schule nach der anderen erlag. Ueber diesen Schulkampf hat der Führer im deutschen Schulwesen Polens, Oberschulrat A. Dudek, im „Heimatkalender des Kreises Kattowitz und der Städte Kattowitz und Königshütte“ folgendes berichtet, das für die Königshütter Stadtgeschichte bemerkenswert ist: „Es war im August 1922. Der Deutsche Volksbund hatte die Eltern zu einer Aufklärungsversammlung über Schulfragen nach dem grossen „Redensaal“ in Königshütte eingeladen. Nach den Schreckenstagen der polnischen Aufstände und nach der Machtübernahme durch die polnischen Behörden konnte man sehr gespannt sein, wie viele der neuen polnischen Staatsbürger den Mut aufbringen werden, an einer deutschen Versammlung teilzunehmen. Unsere Ueberraschung war gross, als wir bei unserer Ankunft einen überfüllten Saal voranden, der den grossen Zustrom bei weitem nicht fassen konnte. Vor allem waren die Mütter aus der Arbeiterschaft sehr zahlreich vertreten, die gleichen Mütter, die auch in den späteren Jahren mit einer bewundernswerten Zähigkeit ihre Elternrechte vor allen Instanzen verteidigten und selbst vor Gefängnisstrafen nicht zurückschreckten.“

Wir Redner klärten die dankbaren Zuhörer über ihre Rechte auf Grund der polnischen Verfassung und des Genfer Abkommens auf und gaben ihnen Anleitung zur Stellung von Anträgen für die deutsche Minderheitsschule. Es war ein guter Auftakt für unsere deutsche Volkstumsarbeit, und Redner und Zuhörer verliessen mit frischem Mut diese glanzvolle erste Deutschstumsversammlung.

„Was in Königshütte gelungen ist, müsste auch in Bismarckhütte möglich sein“, behauptete Hauptlehrer Stark, der dortige Leiter der Deutschstumsarbeit in der Plebiszitzeit, und verpflichtete Rektor Wyrtki aus Königshütte und mich als Redner für die nächste Versammlung in Bismarckhütte. Als wir in einigen Tagen im Gasthaus „Zum Kanzler“ den Saal betraten, waren nur die ersten Stuhlreihen besetzt, während noch draussen grössere Gruppen von Männern umherstanden. Plötzlich füllten die Gruppen von draussen den Saal. Es waren durchweg Männer von wenig Vertrauen erweckendem Eindruck. Wir merkten als bald, dass es ungeladene Gäste sind. Als Hauptlehrer Stark, der den Polen aus dem Abstimmungskampf besonders verhasst war, die Tagung eröff-

nete, erschollen sofort laute Stimmen, begleitet von drohenden Fäusten: Polnisch sprechen! Wir sind jetzt in Polen! Raus mit den Deutschen! Ich fiel sofort Stark ins Wort und setzte die Rede in polnischer Sprache fort. Hierüber zunächst einige Minuten allgemeinen Staunens — diese Zeit benutzte Stark, um möglichst unbemerkt den Saalausgang zu erreichen — doch trotz der polnischen Sprache fand der Inhalt meiner Ausführungen bei der Opposition wenig Anklang. Unter erneuten Protesten rückten uns die Polen mit ihren Stühlen immer mehr auf den Leib. In geschickter Weiterrede versuchte ich mit Rektor Wyrtki diesem „Andrang in der Richtung Saalausgang auszuweichen, bis dieser glücklich erreicht war. Ein Sprung in die vor dem Hause stehende Strassenbahn, und wir waren, wenn auch wenig rühmlich, so doch mit heiler Haut davongekommen. Uns haften ja noch die brutalen Misshandlungen aus der Zeit der polnischen Aufstände gut im Gedächtnis.

Aus dieser zweiten, wenig geglückten Tagung lernten wir jedoch, dass unsere weitere Aufklärungsarbeit weniger durch grosse Versammlungen als durch die Presse und durch Kleinarbeit der Vertrauensleute zu leisten war. In kurzer Zeit waren die Anträge auf Errichtung deutscher Minderheitsschulen für rund 45 000 Kinder gesammelt, die bei der Wiederaufnahme des Unterrichts im September 1922 der Volksbund der polnischen Schulbehörde präsentierte.

Die Schulabteilung der Wojewodschaft Schlesien berücksichtigte jedoch nicht die Schulanträge des Volksbundes und veröffentlichte im September 1922 eine Schulverordnung, durch welche eine erneute Stellung der Anträge unter allerlei Erschwerungen für die Eltern angeordnet wurde. Die Errichtung von Minderheitsschulen wurde erst für das neue Schuljahr, also für den 1. 9. 1923, angekündigt.

Damals schon zeigte die polnische Regierung den deutschen Eltern die Peitsche und das Zuckerbrot. Schon damals begann die Drohung mit Arbeitsentlassung, und jeder polnische Gemeindevorsteher legte seinen besonderen Stolz auf die Tatsache, möglichst wenig Unterschriften der Antragsteller beglaubigt zu haben. Damit war dann der Antrag ungültig.

Das Ergebnis der neuen Antragstellung war ungefähr das gleiche wie bei den ersten Anträgen. Trotz der vielfältigsten Erschwerungen sind zum 1. 3. 1923 Anträge für 43 510 Kinder gestellt worden. Fast die Hälfte dieser Anträge erklärte die Schulbehörde für ungültig. Man versprach, auf Grund der übrigen Anträge 102 Minderheitsschulen zu errichten. Aber bei Beginn des zweiten Schuljahres (am 1. 9. 1923) war jedoch noch keine einzige Minderheitsschule eröffnet. Erst auf Grund der Verhandlungen des Deutschen Volksbundes mit den leitenden Stellen der Wojewodschaft konnten im Laufe des Schuljahres 1923/24 in 54 Schulverbänden Minderheitsschulen eröffnet werden. Jede deutsche Schule musste fernerhin den polnischen Behörden abgerungen werden. Um jedes Kind musste gekämpft werden. In keinem Jahre ist es gelungen, den Willen der Erziehungsberechtigten bei den polnischen Behörden restlos durchzusetzen. Die Zahl der Schüler in den Minderheitsschulen hat niemals die Hälfte der ursprünglichen Anträge für diese Schulen erreicht. Die höchste Zahl der Schüler in den Minderheitsvolksschulen ist im Jahre 1925/26 mit 20 645 festgestellt worden.

In den ersten Jahren wurden die meisten Anträge wegen formaler Fehler für ungültig erklärt. Als im Jahre 1926 etliche Tausende von Kindern aus der polnischen Schule nach der deutschen Minderheitsschule umgemeldet wurden, wurde die Zugehörigkeit der Eltern zum deutschen Volkstum von der Behörde in Frage gestellt und die Zulassung zur deutschen Schule abgelehnt. Ein Schulstreik von Monaten und Jahren war die Folge, Beschwerden an den Völkerbund nach Genf, Sprachprüfungen durch den Schweizer Schulinspektor Maurer, Geld- und Haftstrafen folgten.

Was von der Behörde genehmigt wurde, versuchte die Nebenregierung der Aufständischen und des Westmarkenvereins umzustossen. Die Listen der Antragsteller wurden von den polnischen Schulleitern — denn nur solche gab es nach einigen Jahren fast durchweg an den deutschen öffentlichen Minderheitsschulen — diesen Organisationen ausgeliefert, und nun begann der Terror. In öffentlichen Listen wurden die Antragsteller ausgehängt, von den Arbeitgebern wurde die Entlassung gefordert, freie Berufe wurden boykottiert und durch Steuern erdrückt.

Und wenn die Kinder durch die deutsche Minderheitsschule gegangen waren, begann bei ihrer Schulentlassung für sie und ihre Eltern ein neuer Leidensweg. Kein Meister durfte den durch das Zeugnis der Minderheitsschule als Volksschädling abgestempelten Jungen in die Lehre nehmen. Kein Betrieb durfte ihn beschäftigen. In Broschüren und Presseartikeln wurde die Forderung aufgestellt, dass es für Besucher von deutschen Schulen in Polen keinen Arbeitsplatz geben dürfe; nicht einmal „zum Strassenkehren und Kanalreinigen“ sollten sie zugelassen werden.

Der Betrieb in den öffentlichen deutschen Minderheitsschulen wurde von der polnischen Schulbehörde möglichst auf einem tiefen Niveau gehalten. Die Gesinnungsfächer, wie Geschichte und Erdkunde durften durch den deutschen Lehrer nicht erteilt werden. Deutscher Unterricht wurde oft von nationalpolnischen Lehrern erteilt, die sämtlich die deutsche Sprache nicht beherrschten. Erinnert sei an den bekannten Prozess, den der Leiter des Deutschen Volksbundes, Herr Ministerialrat Dr. Ulitz, mit einer polnischen Lehrerin hatte. Er wiederholte in einer Beschwerde die Worte der Lehrerin, die diese im Unterricht gebraucht hatte. Obwohl deutsche Kinder bezeugen konnten, dass die Lehrerin tatsächlich die Worte brauchte: „Die Kura geht auf das Hof“, und dann zu den Kindern gewandt sagte: „Entschuldigen sie, dass ich so gelauff bin“, wurde Dr. Ulitz wegen Beleidigung einer Staatsbeamtin zu einer Haftstrafe verurteilt.

Der Lehrkörper der Minderheitsschule wurde mehr und mehr polonisiert. Jeder Vorwand wurde benutzt, um einen deutschen Lehrer zu entlassen und an seine Stelle einen Polen zu setzen. Durch verschiedene Mittel, wie Zwangspensionierungen oder Disziplinarverfahren bei kleinsten Vergehen mit dem Enderfolg der Entlassung ohne ein Recht auf Beschäftigung in einer Privatschule oder auf ein Ruhegehalt, zwang man die deutschen Lehrer zur Abwanderung. Die restlichen Lehrer wurden unter die Aufsicht von polnischen Schulleitern gestellt, die den deutschen Lehrer auf Schritt und Tritt beobachteten. Den deutschen Elternvereinen wurde die Betreuung von Schülern sogar auf dem charitativen Gebiete erschwert oder unmöglich gemacht. Daher versuchte die deutsche Minderheit seit dem Jahre 1928 ihr Schulwesen auf eine private Grundlage umzustellen. Nach einem Dreijahresplan sollten die erforderlichen Privatschulgebäude und Kindergärten errichtet werden. Wohl standen die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung, doch wurden den Deutschen bei dem Erwerb der Schulgrundstücke und bei der behördlichen Baugenehmigung so grosse Schwierigkeiten bereitet, dass selbst nach 11 Jahren kaum ein Drittel des Planes durchgeführt war.

So durfte die deutsche Privatschule in Alt-Chorzow nicht gebaut werden, weil das Grundstück angeblich durch den Bergbau gefährdet sei. Nachdem man durch technische Sachverständige nachgewiesen hatte, dass dies nicht der Fall sei und die Beschwerde zu Gunsten der deutschen Eltern entschieden werden sollte, legte man einen Strassenplan fest, nach dem gerade durch das Schulgrundstück eine Verbindungsstrasse gebaut werden sollte. Die langen Jahre der Prozessführung um diese Schule und die vielerlei Schikanen der polnischen Behörden gegenüber den interessierten Eltern haben den Bau der Schule nicht ermöglicht. Selten ist ein Bauplan ohne Anrufung des Präsidenten Calonder von der Gemischten Kommission durchgeführt worden. Königshütte erhielt damals sein Eichendorffgymnasium; der geplante Volksschulbau auf dem freien Platz des Gewerkschaftshauses, der Volksschulbau auf dem bereits angekauften Grundstück in Chorzow und der Volksschulbau in Bismarckhütte kamen nicht zur Ausführung.

So kam es, dass auch in Königshütte ein einst blühendes Schulwesen zu einem Zerrbild deutschen Schulwesens herabsank.

Im Jahre 1922, vor dem Uebergang der Staatshoheit an Polen, zählte man in den Königshütter Schulen 13565 Kinder mit 264 Lehrern und 245 Klassen. Seit dem Uebergang der Staatshoheit stellte sich das Minderheitsschulwesen in Königshütte folgendermassen dar:

1922 Gesamtzahl: 15 271 Kinder, davon 9 196 in polnischen, 6 075 in deutschen Klassen; 10 Jahre später, 1932/33: 15 129 Kinder, davon 12 551 in polnischen, 2 578 in deutschen Klassen.

Alt-Chorzow und Neuheiduk kamen im Jahre 1934 zu Königshütte. Die dort bestehenden Minderheitsschulen mit 90 bzw. 67 Kindern wurden aufgelöst und die Kinder nach Königshütte überwiesen. Die Kinder von Macziewkowitz hatten dadurch einen Weg von weit über 4 km zurück-

zulegen, während die Kinder der Schule in Neuheiduk durch die verkehrsreichsten Strassen von Königshütte ungefähr 3 km Schulweg hatten und an den schönen polnischen Schulen vorbeigehen mussten. Es bestanden zuletzt im Jahre 1939 in Königshütte nur 2 öffentliche Minderheitsschulen mit 610 Kindern, eine private deutsche Volksschule im Eichendorffgymnasium mit 248 Schülern und eine Volksschule in Bismarckhütte mit 86 Schülern. Auch diese letztgenannte Volksschule sollte verschwinden und nur eine einzige öffentliche Minderheitsschule in der Schule 32 in Neuheiduk bestehen bleiben; später entschied man sich doch noch für eine Schule im südlichen und eine Schule im nördlichen Stadtteil.

Der Unterricht in der befreiten Heimat begann am 10. 10. 1939 mit einer feierlichen Flaggenhissung in den deutschen Minderheitsschulen, die aus den bisherigen Unterküften, den ältesten Gebäuden der Stadt, in die schönsten Gebäude verlegt worden waren. So sind im nördlichen Stadtteil die Schule 1, im südlichen Stadtteil die Schule 17 und in Bismarckhütte die Schule 38 eröffnet worden. Während am ersten Tage in den drei Schulen nur 709 Kinder antraten, erhöhte sich die Zahl der Kinder recht ansehnlich, nachdem auch die Kinder volksdeutscher Eltern aufgenommen wurden, die wohl die polnische Schule durch irgendeinen Zwang besuchten, aber die deutsche Sprache einwandfrei beherrschten.

Am 2. November 1939 wurde eine Schule in Alt-Chorzow und am 8. Januar 1940 eine Schule in Neuheiduk eröffnet, weil dort bis 1934 Minderheitsschulen bestanden hatten. So hatte Königshütte bald eine Schülerzahl von 2 400 Schülern erreicht, die von 37 ordentl. Lehrern, 4 techn. Lehrerinnen, 2 Sportlehrern unterrichtet wurden.

Die schulpflichtigen Kinder der Jahrgänge 1932/33 und 1934 sind im November 1939 durch Schuleinschreibungen erfasst worden. Danach war mit 3753 Schulanfängern zu rechnen.

Von den volksdeutschen Lehrern blieben ausser an der Privatschule, die mit 7 Lehrern voll besetzt war, nur 3 Lehrer und 5 Lehrerinnen. Erst später kamen Lehrer aus anderen Orten, auch Lehrerinnen, die verheiratet sind, dazu, sodass jetzt in unseren volksdeutschen Schulen nach dem Stande vom 1. April 1940 bei 2 573 Kindern in 56 Klassen 43 Lehrer unterrichten.

Im November 1939 begann die Einschulung der Kinder aus den polnischen Schulen. Da Lehrkräfte nicht vorhanden waren, unterrichteten die Lehrer aus der volksdeutschen Stammschule, deren Zahl bei weitem nicht ausreichte. Es kam vor, dass ein Lehrer früh von 8—1 Uhr in der volksdeutschen Schule, von 2—6 Uhr in den Umschulungslehrgängen und abends in den Erwachsenenkursen, die durch das Volksbildungswerk eingerichtet wurden, unterrichteten. Das war ein Zustand, der 1 bis 2 Monate durchgehalten werden musste, aber weder für die Schule, noch für den Lehrer von Nutzen sein konnte. Man musste daher auf Hilfskräfte zurückgreifen und suchte sie zunächst in den Lehrern, die wohl an polnischen Schulen Unterricht hatten, aber die deutsche Sprache beherrschten, wenn sie politisch tragbar waren. Später griff man auf unausgebildete Kräfte zurück, die ein Abitur oder die Mittlere Reife erreicht und deutsche Anstalten besucht hatten. Mit diesen Lehrkräften sind die besten Erfahrungen gemacht worden.

Mit dem 9. April 1940 begann auch der Unterricht für die Schulanfänger, die nach Schulbezirken eingeteilt, die zuständige Schule besuchen. In diesen ersten Klassen unterrichten nur volksdeutsche Lehrer. Diese Klassen werden auch alle einheitlich nach deutschem Lehrplan unterrichtet. Die Kinder aus den Umschulungslehrgängen werden je nach Kenntnis der deutschen Sprache getrennt, und die besser deutschsprechenden Kinder erhalten Unterricht nach deutschem Lehrplan.

So hoffen wir, dass nach Eintreffen weiterer Lehrkräfte aus dem Reich in Königshütte ein Volksschulwesen entstehen wird, das genau so wie vor dem Weltkrieg mustergültig ist.

* * *

Gleich am ersten Tage der Aufbauarbeit nahm sich die NSV. der Betreuung der Kinder an. Es galt, sie aus der Unruhe und Sorge des Alltags und der Hast der Strasse herauszunehmen in die Obhut der Kindergärten.

Vor Ausbruch des Krieges gab es in Königshütte 2 Kindergärten, die von deutschen Organisationen getragen wurden. Demgegenüber standen 20 polnische Kindergärten, die den Volks-

schulen angegliedert waren und zu fast 80% vom polnischen Staat subventioniert wurden. Man hatte versucht, über die Kindergärten die Jugend der Stadt für das polnische Volkstum zu gewinnen.

Am 5. September 1939 beauftragte der Ratsherr, Gymnasialdirektor Max Muschol, die Kindergärtnerin Marie Winkler mit der Eröffnung der Kindergärten. Als erster Kindergarten ist am 8. September der schon zur Polenzeit deutsche Kindergarten im Lutherstift auf der Kattowitzer Strasse eröffnet worden. Er wurde von der ehemaligen Leiterin dieses Kindergartens übernommen. Als Helferinnen stellten sich 14- bis 15jährige Schülerinnen der Eichendorffschule zur Verfügung. Die Kinder, grösstenteils polnisch sprechend, sind einfach von der Strasse aufgelesen worden. Anfangs kamen auch noch schulpflichtige Kinder in den Kindergarten, um alle von der Strasse wegzubringen. So kamen am Eröffnungstage über 190 Kinder zusammen.

Das Prunkstück der polnischen Kindergärten, der „Jordangarten“ mit seinen sehr schönen Spiel-, Turn- und Tummelplätzen, mit Plantschbecken und Turngeräten, mit grosser Veranda, einem Tagesraum, mit Bade- und Duschräumen, einem Aerztezimmer, einer Kanzlei und einer netten Einrichtung und Ausstattung, ist am 8. September ebenfalls eröffnet worden. Hier fand man auch grosse Vorräte an Lebensmitteln, die alsbald zur Speisung der Kinder benutzt wurden.

Von Tag zu Tag gelang es Fr. Marie Winkler, einen Kindergarten nach dem anderen mit ihren Helferinnen in Betrieb zu setzen. Alsbald zeigten in allen Stadtteilen Schilder die neuen „NSV.-Kindergärten“ an. Scharenweise kamen die Mütter mit ihren Kindern. Sie alle haben wohl gestaunt über die tadellose Sauberkeit und die wohlthuende Betreuung durch die deutschen Kindergärtnerinnen. Es war keine leichte Arbeit, die Kindergärten in Ordnung zu bringen und mit Spiel- und Beschäftigungsmaterial zu versehen. Noch schwieriger aber war es, die polnische Sprache der Kinder zu verdrängen. Nicht einmal Märchen konnten erzählt werden. Das einzige, wofür die Kinder empfänglich waren und was ihnen sichtlich Freude bereitete, war das Einüben von Liedern, überhaupt das Singen. Ueber das Lied gelang es dann auch die deutsche Sprache zu fördern, die heute schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

* * *

Mit allem Hass, deren polnische Chauvinisten fähig sind, war seit dem erzwungenen Wechsel der Staatshoheit auch die friedlichste kulturelle Tätigkeit gehemmt und in den letzten Jahren aufs brutalste unterdrückt worden. Auch die Geschichte unseres deutschen Theaters ist reich an Ereignissen, in denen sich das harte Schicksal einer gequälten und verfolgten deutschen Volksgruppe widerspiegelte. Man braucht sich nur daran zu erinnern, dass einmal in Königshütte eine Aufführung des Beuthener Theaters durch Banditen in brutalster Weise gesprengt wurde und wiederholt in gemeinster Weise Versuche unternommen wurden, die Vorstellungen mindestens zu stören.

Man wusste freilich auf polnischer Seite, dass gerade das deutsche Theater in der Arbeiterstadt Königshütte eine Anziehungskraft hatte, die so stark war, dass sie den Polonisierungsbestrebungen erfolgreich entgegenwirkte. Wer es erlebt hatte, wie manchmal bis zu 1800 Menschen den grossen Saal des Hotel „Graf Reden“ füllten, weiss, was dieses deutsche Theater für die tapferen Volksgenossen bedeutete, denen deutsche Kunst ein wenig Licht im kampferfüllten Alltag schenkte. So war es ein harter Schlag, als unter niedrigsten Vorwänden im Jahre 1937 der „Graf Reden“ geschlossen wurde. Das deutsche Theater hatte damit seine Heimstätte verloren. Mit grossen Mühen waren die erforderlichen Einrichtungen geschaffen worden. Nun aber mussten die Königshütter Deutschen zähneknirschend an dem „Toten Haus“ vorübergehen. Versuche, die Turnhalle des Eichendorffgymnasiums den Theateraufführungen dienstbar zu machen, scheiterten daran, dass plötzlich die Schulbehörde in geradezu rührender Sorge um das Leben der sonst so verhassten Deutschen entdeckte, dass nicht die notwendigen Sicherungen gegeben seien. So war Königshütte seines deutschen Theaters beraubt. Alle Bemühungen, die Genehmigung zur Wiedereröffnung des Hotels „Graf Reden“ zu erlangen, scheiterten an perfiden polnischen Manövern. Immer wieder fand sich eine Ausrede, um den Abschluss der Verhandlungen zu verzögern. Und wir wissen es heute: Wir hätten in Königshütte niemals wieder eine deutsche Theateraufführung erlebt, wenn nicht in der höchsten Not der Führer auch uns zum Retter und Befreier geworden wäre.

Schon wenige Wochen nach der Befreiung gingen deutsche Männer ans Werk, um deutscher Kultur wieder Geltung und Heimstatt zu sichern. Durch Dr. Sornik, den Vorsitzenden der Deutschen Theatergemeinde, die ihren Sitz in Kaltowitz hatte, wurde Hauptschriftleiter Cwienk vom „Oberschlesischen Kurier“ beauftragt, in Königshütte eine Deutsche Theatergemeinde aufzubauen. Als bewährte Helfer und Mitarbeiter gehörten dem Vorstand die Volksgenossen Strozyk, Sonsalla, Muschol, Hoffmann, Schega und Belda an. Tatkräftige Unterstützung fand die erste Aufbauarbeit durch den ersten deutschen Oberbürgermeister von Königshütte, Dr. Delius, der vollstes Verständnis für die Wichtigkeit des deutschen Theaters bewies. Wie es nicht anders sein konnte, waren freilich vielerlei Schwierigkeiten zu überwinden. Zwar war zu polnischer Zeit ein „Volkshaus“ errichtet worden, mit den erheblichen Steuern der deutschen Bürger, die zum Dank dafür aus diesem Hause ausgeschlossen worden waren. Aber wie sah es dort aus! An allen Ecken und Enden zeigten sich schon bei der ersten Besichtigung die schwersten Mängel. Nach polnischer Art hatte man wohl einen leidlichen Zuschauerraum geschaffen, aber hinter den Kulissen herrschte im wahrsten Sinne des Wortes polnische Wirtschaft. So galt es, in kürzester Zeit dafür zu sorgen, dass das erste Königshütter Stadttheater, das doch nun ein deutsches Stadttheater werden sollte, wenigstens so weit hergerichtet wurde, dass es einen würdigen Rahmen für deutsche Kunst bieten konnte. Zunächst musste der Orchesterraum erweitert werden, um Platz für das grosse Orchester des Oberschlesischen Landestheaters zu schaffen. Das Städtische Bauamt unter Leitung des Baumeisters Peschel löste diese Aufgabe in erstaunlich kurzer Zeit. Dann stellte es sich heraus, dass die ganze Dielung im Parkett auf neue Fundamente gelegt werden musste. Auch das wurde geschafft. Die polnischen Aufschriften mussten durch deutsche ersetzt werden. Am schlimmsten sah es auf der Bühne aus. Es fehlten die notwendigsten Beleuchtungsanlagen, ja sogar die Kabelanschlüsse. Unvorstellbar ist es fast, dass man hier eine hölzerne Schalttafel für ausreichend gehalten hatte, während das Hotel „Graf Reden“ aus baupolizeilichen Sicherheitsgründen geschlossen worden war. Schnell war sich der Vorstand der Deutschen Theatergemeinde darüber einig, dass nur ein Ausweg blieb: Man musste die der Deutschen Theatergemeinde gehörenden Beleuchtungseinrichtungen aus dem Hotel „Graf Reden“ ausbauen und im neuen Stadttheater anbringen. Viele Stunden brachten alle, die mit der Einrichtung des Theaters betraut worden waren, im Volkshausesgebäude zu, um die notwendigen Arbeiten zu besprechen und zu überwachen. Tag und Nacht schafften die Handwerker. Und als am festgesetzten Tage, am 15. 10. 1939, die Eröffnungsvorstellung stattfinden konnte, war es allen, die bis zur letzten Stunde schwere Sorgen mit sich herumtrugen, fast wie ein Wunder, dass es doch noch gelungen war!

Bis auf den letzten Platz war das Haus gefüllt, als der Vorhang sich hob, ein Zeichen dafür, wie sehr die Bevölkerung unserer Stadt am deutschen Theater hing. Als festlicher Auftakt erklang die dritte Leonoren-Ouvertüre von Beethoven. Oberbürgermeister Dr. Delius konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, die zu dieser ersten Aufführung im ersten deutschen Stadttheater von Königshütte gekommen waren. Herzliche Worte des Dankes widmete Dr. Delius der Deutschen Theatergemeinde dafür, dass sie in schwerster Zeit den Gedanken des deutschen Theaters erhalten hatte. Besonders hob der Oberbürgermeister hervor, dass der Vorstand der Stadt, in einer Zeit, da die städtischen Kassen von den Polen völlig ausgeplündert zurückgelassen worden waren, die Sorge um die finanzielle Seite zunächst abgenommen und die Spielzeit auf eigene Verantwortung eröffnet hatte. Und abschliessend betonte Dr. Delius, dass dieses Haus nun eine Heimstätte deutschen Wortes, deutscher Art und deutscher Kunst werden soll. Zum ersten Mal erklangen nach dem begeisterten „Sieg Heil“ auf den Führer hier die Lieder der Nation, in einem Hause, das nach dem Willen der polnischen Machthaber dazu bestimmt gewesen war, ein Vorposten des Polentums zu werden.

Der Vorsitzende der Deutschen Theatergemeinde, Hauptschriftleiter Cwienk, sprach dann von dem tiefen Glücksgefühl, das die Herzen der deutschen Menschen dieser Stadt erfüllte, die endlich die Freiheit wiedergefunden hatten. Zum ersten Mal hatten sie es frei und froh hier hinausjubeln dürfen: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Zum ersten Mal durften sie sich zu den siegreichen Fahnen des Führers offen bekennen. Und wie sich die Pforten dieses Hauses uns Deutschen geöffnet hatten, so hatte sich, wie der Vorsitzende weiter ausführte, die Pforten des uns so lange verschlossenen deutschen Vaterhauses geöffnet. So war die Eröffnung dieses deutschen Theaters ein Symbol des grossen Geschehens unserer Zeit. Mit Worten herzlichen Dankes würdigte Hauptschrift-

leiter Cwienk die Zusammenarbeit mit dem Oberschlesischen Landestheater, das nun nach der Befreiung auch in Königshütte wieder Träger deutscher Kultur werden konnte. Er würdigte weiter die Treue gerade der schlichten deutschen Menschen, der Arbeiter, die nun glücklich sind, dass in ihrer Arbeiterstadt für Führer und Reich gearbeitet werden wird. Ebenso dankte er dem Oberbürgermeister für die Unterstützung beim ersten Aufbau. Dann ging die Operette „Monika“ in Szene, in einer Aufführung, die stürmischen Beifall fand.

Dem festlichen Beginn folgten freilich bald mancherlei Sorgen. Noch hatte die Stadt nicht die erforderlichen Mittel, und bei aller Theaterfreudigkeit der Bevölkerung zeigte es sich doch bald, dass die wirtschaftliche Not der Massen, ein trauriges Erbe der Polenzeit, erst überwunden werden musste, bevor an einen zufriedenstellenden Theaterbesuch gedacht werden konnte. Die Organisationen, die im Altreich seit Jahren erfolgreich am Werk waren, um auch den Massen Theater und Kunst zugänglich zu machen, waren hier noch nicht aufgebaut. So konnte es nicht ausbleiben, dass fast jede Aufführung mit einem Defizit abschloss, das dem Vorstand nicht geringe Sorgen machte.

So blieb noch die grosse Aufgabe zu lösen, allmählich durch eine straffe Besucherorganisation mit Hilfe einer entsprechenden Preissenkung neue Besucherschichten zu gewinnen. Das war erst nach der von vornherein vorgesehenen Uebernahme der Deutschen Theatergemeinde durch die NS.-Gemeinschaft KdF. möglich.

* * *

Von Woche zu Woche mehr normalisierte sich das Leben der Stadt. Ein Geschäft nach dem anderen öffnete sich, eine Behörde nach der anderen begann mit ihrer Arbeit. Am 13. September bereits öffnete die Volksbücherei am Adolf-Hitler-Platz ihre Pforte. Am 14. September begann das Amtsgericht mit seiner Tätigkeit. Die Reichsbanknebenstelle folgte am 14. September und am 19. September auch die Stadtparkasse. Die Fürsorgestellten des städtischen Gesundheitsamtes sind am 15. September ebenfalls wieder eröffnet worden. Das Leihamt war am 21. September schon in Tätigkeit. So reiht sich Datum an Datum, an dem wieder ein Rädchen im Getriebe des städtischen Lebens in Gang gesetzt wurde. Und heute, nach einem Jahre deutscher Aufbauarbeit, hat die Stadt bereits ein neues Gesicht und beginnt, sich ein neues deutsches Gewand anzulegen.

F. W. Graf von Reden — Neuschöpfer des oberschlesischen Bergbaues.

Von Schriftleiter Kurt Mandel — Königshütte.

Das Denkmal auf dem Königshütter Redenberg vereint in sich als Sinnbild eine Reihe von Bedeutsamkeiten, die nicht allein mit dem Namen des grössten schlesischen Bergmannes zusammenhängen. Theodor Kalide, der wohl bedeutendste kunstbegabte Sohn von Königshütte, schuf, wie er selbst bekannte, mit diesem Standbild das erste seiner Art in der Welt. Es gibt auf dem ganzen Erdenrund kaum noch Denkmäler, die zum Wahrzeichen des wohl schwersten, aber auch eines der schönsten Berufe wurden.

So erstmalig wie dieses von deutscher Künstlerhand erneuerte, am 7. Juli 1940 feierlich neuenthüllte Reden-Denkmal, so einmalig ist die Persönlichkeit des schlesischen „Berggrafen“, wie man ihn zu Lebenszeiten nannte. Doch noch schwerer wiegt jene für damalige Zeiten beispiellose, auch heute kaum zu überbietende Liebe, die selbst der schlichteste oberschlesische Bergmann in einer Zeit eben noch herrschender Leibeigenschaft dem grossen Bergmann, dem echten Kameraden, dem wackeren Vorbild Reden entgegenbrachte. Sie ehrt die Ahnen unserer Generation, wie sie von der schon damals eindeutigen Volkstumstreue kündet, die jene Aeusserung eines Zeitgenossen aus den Jahren um 1850 wiedergibt: „Es gab immer wieder dankbare Herzen, die sich gern des Wiederbegründers des oberschlesischen Bergsegens erinnerten. Wer in harter Arbeit von Jugend auf sich hatte durchringen und den Bergbaubetrieb von der Picke auf hatte erlernen müssen, der vermochte auch einen Reden voll zu würdigen.“

Als es innerhalb der oberschlesischen Knappenschaft zu Geldsammlungen für die Errichtung des Königshütter Reden-Denkmal kam, zahlten — wie es in einem zeitgenössischen Bericht lautet — „die Gewerke (Betriebsführungen) hohe Beiträge zum Denkmalfonds. Unter den Knappschaffts-genossen (Gefolgschaftsmitgliedern) wurden Geldsammlungen veranstaltet, auch Freischichten wurden von den Bergleuten verfahren und so bewirkt, dass beträchtliche Summen bald zusammenkamen.“

Wer war nun dieser Mann, für den die Nachwelt karg bezahlter Bergknappen ganz spontan ungewöhnlich hohe Summen aufbrachte, um ihn wie nie zuvor einen Bergmann zu ehren? Auf eine kurze Formel gebracht: ein ganzer deutscher Mann, ein wegebahnendes Vorbild in seinem Beruf, ein zwar strenger, aber gerechter und stets gütiger Mensch.

Friedrich Wilhelm Freiherr von Reden entstammt einer Sippe, von der auch heute noch zahlreiche und bedeutende Namensträger am Leben sind. Im damals britischen Königreich Hannover wurde er am 23. März 1752 in Hameln geboren. Noch heut steht, ein typisches Herrenschlösschen westdeutscher Prägung, das Stammhaus, die Stätte seiner Geburt. Sechzehnjährig bezieht der junge Baron die damals bedeutsamste norddeutsche Berglehrstätte, die Bergakademie zu Clausthal am Harz. Dort erlernt er, wie kaum ein Jüngling seines Standes, den Bergmannsberuf, dem er auch in Oberschlesien in der rauhen Arbeit über und unter Tage treugeblieben ist. Denn nicht in freier Erfindung schuf Theodor Kalide diese Bergmannsgestalt mit der Erzmulde zu Füssen, den Grubenplan von Tarnowitz über dem Knie. Dass Kalide seine Aufgabe „Berggenius, eine Erzstufe hebend“ nannte, ist dem lebensvollen Wirken Redens entlehnt. Nachdem der junge Reden sein Wissen und Fachkönnen auf den Hohen Schulen zu Göttingen und Halle, durch Studienfahrten in die vorwiegend bergbaulichen Gebiete Englands, Frankreichs und Hollands vertieft und gefestigt hatte, trat er im Jahre 1777 in preussische Dienste. Zwei Gründe waren hierfür ausschlaggebend: die bewundernde Verehrung für den grossen Preussenkönig und die Tatsache, dass sein Onkel, der Chef des damaligen preussischen Bergbauwesens, Staatsminister von Heinitz, ihn für grosse Aufgaben zu begeistern verstand. Unter einem anderen Onkel, dem damals kgl. Grossbritannischen Berghauptmann, Freiherrn von Reden am Harz, hatte der junge Friedrich Wilhelm bereits in Clausthal eine sorgfältige Vorschulung erlebt.

Nach einem Jahre Prüfzeit wurde Reden durch königlichen Erlass vom 21. Oktober 1779 auf zunächst zwei Jahre bereits zum Direktor des Schlesischen Oberbergamtes ernannt, da, wie

es in der betr. Urkunde heisst, „die von letzterem (Heinitz) beabsichtigte kräftige Hebung des Bergwerks- und Hüttenbetriebes in Schlesien die Besetzung eines schon in der Bergordnung vom 5. Juni 1769 erwähnten, mit dem Berg- und Hüttenhaushalte bekannten Direktors notwendig machte“. Die erwähnte Bergordnung sah die Vereinigung der bestehenden, landesherrlich bedingt gewesenen drei „Bergdeputationen“ von Giehren (Kreis Jauer), Waldenburg und Reichenstein vor.

Erst gegen Ende April des Jahres 1780 übernimmt Reden seinen Aufgabenkreis. Dass er sich in diesem grössten preussischen Oberbergamt bewährt haben muss, geht aus der Tatsache hervor, dass ihm sein Amt nach Ablauf der ersten zwei Jahre nur noch einmal urkundlich auf weitere zwei Jahre übertragen, dann aber für „ferner“ belassen wurde. König Friedrich Wilhelm II. zeichnete den Oberbergamtsdirektor v. Reden durch die am 14. Oktober 1786 erfolgte Erhebung in den Grafenstand aus und ernannte ihn ebenfalls kurz nach der Thronbesteigung zum Geheimen Oberfinanzrat.

Unser grosser Bergmann war niemals ein trockener Aktenmensch und nüchterner Pläneschmied. Das bestätigt schon im Jahre 1787 ein Brief an den König, den er aus Tarnowitz schickt und in dem es u. a. heisst: „Ich finde ein unbeschreibliches Vergnügen in der Vorstellung dieser vielleicht nicht sehr entfernten Zukunft und freue mich im Voraus der Zeiten, wo belebte Industrie, schnellere Circulation und Cultur diesen ungeachteten Winkel (Oberschlesien) zur Perle der preussischen Krone erheben und dessen Bewohner aus armen, gedrückten Slaven zu gebildeten und glücklichen Menschen umschaffen werden.“ Klingen uns Heutigen, im Zeichen nie geahnten Industriaufschwunges und beispielloser Menschenbetreuung diese seherischen Worte nicht schon wie ein nahezu erfülltes Testament Redens?!

Der Bergbaupraktiker und weitschauende Wirtschaftspolitiker Reden lernte mit Vorliebe aus dem besseren Beispiel. Darum begab sich unser damaliger Berghauptmann Mitte 1789 erneut auf Studienfahrten. Namentlich die damals hochentwickelte, richtungweisende Montanindustrie der vereinigten Königreiche England und Schottland, die Industriegegenden Belgiens und Nordfrankreichs wurden ihm zu weiteren Lehrmeistern. In Cardiff bestellte Reden damals bereits jene „Feuermaschine“, die am 26. Februar 1790 als erste auf dem europäischen Festland im Werk der einstigen Friedrichsgrube zwischen Tarnowitz und Bobrownik in Betrieb genommen wurde. Das war eine solche Sensation, dass selbst gelehrte Zeitgenossen diese erste Wasserhaltungsmaschine als „Weltwunder“ feierten. Es ist darum auch nicht verwunderlich, wenn kein Geringerer als der damals Herzoglich Weimarische Bergbauminister J. W. v. Goethe auf seiner einzigen Ostlandfahrt diese „Feuermaschine“ zum Ziel seiner Dienstreise machte. Sein Besuch, zusammen mit seinem Landesherrn und in Begleitung des berühmten schlesischen Bergmannes von Schuckmann am 4. September 1790, hat ja durch die berühmte Eintragung „Fern von gebildeten Menschen“ in das Gästebuch der Tarnowitzer Knappenschaft geradezu literarischen Klang erhalten. Selbst ein Goethe, damals schon auf der Höhe seines dichterischen Weltruhmes, stand im Banne der ebenso schlichten wie ragenden Persönlichkeit eines Reden. Zwar konnte sich der Dichterstern nicht entschliessen, der Bitte der Witwe Redens zu entsprechen, den Text für die Grabtafel im Mausoleum von Schloss Buchwald zu verfassen. Aber wir wissen es aus Aeusserungen, die Goethe u. a. zu Gräfin Egloffstein bekundete, dass er „Graf Reden als die zu den seltensten und liebenswürdigsten Erscheinungen seines Lebens rechnenden Persönlichkeit schilderte. Er habe ihn schätzen und lieben gelernt und vermöge doch nicht das Bild zu gestalten, noch mit wenigen Worten zu sagen, wie Reden eigentlich war, auf welche Weise er sich im Leben bewegte, welche Anmut und Würde ihn umkleidet haben.“ Wörtlich aber schrieb der grösste deutsche Geistesheros: „Denn das war eben das Ausgezeichnete an ihm, dass keine Eigenschaft hervorstechender erschien als die andere, sondern alle sich in gleichem Grade in ihm entwickelt und ausgebildet hatten zu einer seltenen Grösse.“

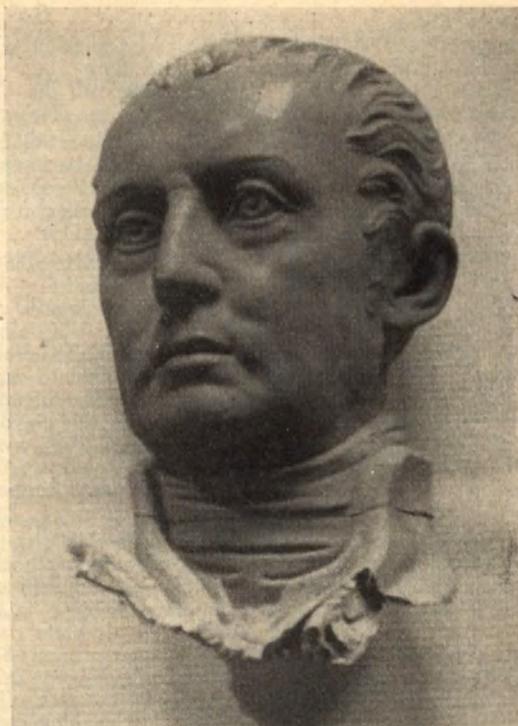
Nur ein Fachmann von wahrhaft universeller, in seiner Zeit ungewöhnlicher Begabung und Kenntnis wie Reden konnte darum auch den fast erloschen gewesenen ober-schlesischen Bergbau zu unerwartet reichem Leben erwecken. Der damals nahezu ungenutzte Gedanke, durch verstärkte, auf Kohlenfeuerung umgestellte Eisenverhüttung den Absatz und damit die kümmerliche

Förderung oberschlesischer Gruben zu heben, wurde erstmalig von Reden in die Tat umgesetzt. Reden war es auch, der die Pläne für die Schaffung erstaunlicher, kostensenkender Wasserstrassen unter wie über Tage schuf. Er sorgte für eine technische Vervollkommnung durch den Ausbau der maschinellen Anlagen. Und er dachte an den schaffenden Menschen!

Immer mehr benötigte Preussen diesen Mann für die Neublüte seines gesamten Bergbau- und Hüttenwesens. Darum wurde Minister Heinitz ermächtigt, ab 17. Dezember 1790 Reden auch ausserhalb Schlesiens mit führenden Aufgaben zu betrauen. Kaum drei Jahre später erhält der Reformator des preussischen Bergwesens den ungewöhnlichen Auftrag zur „Bereisung der im Magdeburg- und Halberstädtischen, desgleichen in den westphälischen Provinzen belegenen Berg- und Hütten-, auch Salzwerke“. Am 5. März 1795 wird der Berghauptmann an die Spitze eines zu Lehr- und Studienzwecken eingesetzten „General-Comissoriums“ berufen. Wie wichtig dieser Sonderauftrag gewesen sein muss, wie sehr sich Reden dabei bewährte, geht aus der erneuten Sonderbestätigung hervor, die er unter dem 22. April 1800 von König Friedrich Wilhelm III. erhält. Nun aber — schon am 23. Mai 1802 — erklimmt Reden den Höhepunkt seiner auch für heutige Verhältnisse einzigartigen Laufbahn. Ihm wird bald nach dem Tode des Staatsministers von Heinitz „das Bergwerks- und Hütten-Departement nebst Porzellan-Manufactur“ übertragen. Wenige Wochen später erhält er die endgültige Bestätigung, dazu am 24. Juli 1802 den Titel Oberberghauptmann. Die Laufbahn Redens aber krönt die am 7. Januar 1804 erfolgte Ernennung zum Wirklichen Geheimen Staatsminister.

Das Ende dieses grossen Mannes steht unter dem Unstern preussischer Unterjochung durch Napoleon I. Auf Grund von Spannungen, die der deutsche Berg- und Edelmann Reden nicht zu ertragen gewillt war, scheidet der Staatsminister im August 1807 — angeblich als Folge einer unseligen „Verwaltungsreform“ — aus dem Amt. Wir wissen es heute: der grimme Korse, der einen Freiherrn vom Stein ebenso hasste wie dessen Gesinnungsfreund Reden, verlangte von dem ewigen Zauderer Friedrich Wilhelm III. die Verabschiedung beider aufrechter Männer. Allen Gewalten zum Trotz aber bleiben Stein und Reden gerade in Preussens Unglücksjahren eng verbunden. Reden, den die Hiobsbotschaft von der Niederlage seines Vaterlandes auf den Schlachtfeldern von Jena und Auerstädt am 14. Oktober 1806 während seines dienstlichen Aufenthaltes in der Kreuzburger Hütte wie ein Donnerschlag traf, ermöglichte dem Reichsfreiherrn vom Stein und einigen anderen deutschen Patrioten auf seinem Ruhesitz Buchwald im Riesengebirge gefahrdrohende, heimliche Zusammenkünfte und wurde so stiller Helfer bei der Organisation jenes Widerstandes, der 1813 wie ein Sturm gegen den welschen „Weltbeglucker“ losbrach.

Von Redens kaum acht letzten Lebensjahren im Ruhestande ist nur wenig zu berichten. Der nimmermüde, universell gebildete Mann, der in der 22 Jahre jüngeren Gattin eine verständnis-



Kopf des Kalideschen Redenstandbildes, der von den Polen beschossen wurde, mit den Einschussstellen an der Nase und an der Schläfe.

volle Lebensgefährtin fand, schloss mit 63¼ Jahren am 3. Juli 1815 die Augen für immer. Den entschlafenen Bergmann betteten Waldenburger Bergknappen in die stille Gruft im Schlosspark von Buchwald.

Und wie kaum zuvor, so ging aus der Volksbreite jener Schaffenden, die Reden wie ein gerechter Vater geführt und betreut hatte, der Wunsch nach einer bleibenden Ehrung für Schlesiens grössten Bergmann hervor.

Anfangs wollte man an der Stätte, die Reden als junger Berghauptmann zuerst betreten, an der Fuchsgrube bei Waldenburg, ein Denkmal für ihn errichten. Doch Redens Witwe war es, die auf Grund der Erinnerungen ihres Gatten aus den Mitteln seiner Hinterlassenschaft in der Nähe des Rudolfinen-Schachtes bei Tarnowitz ein Altersheim für Berginvaliden erbauen lassen wollte. Man bedenke: ein Heim für altgediente Opfer der Arbeit im Jahre 1815! Reden, der von jeher den Ausgangspunkt seines Industrieschaffens in Oberschlesien, die alte Bergstadt Tarnowitz nach eigenem Urteil „wie seine Puppe liebte“, hat wiederholt in seinen Familienaufzeichnungen den Rudolfinen-Schacht liebevoll erwähnt. Bei der Begründung ihres Antrages an den damaligen schlesischen Oberberghauptmann Gerhard erwähnte die Witwe jene Stelle, wo — um mit dem Reden-Historiker Wutke zu sprechen — „ihrem Mann am 16. Juli 1784 morgens 5 Uhr der erste Stufferzanbruch entgegengetragen wurde und wo er vom Pferde stieg, um Gott dafür zu danken“. König Friedrich Wilhelm IV., der ebenso wie Wilhelm von Humboldt mit dem auch als Naturforscher bedeutenden Grafen Reden freundschaftlich verbunden war, besichtigte im Jahre 1850 die in Frage kommenden Plätze für die Aufstellung des bei Kalide in Auftrag gegebenen Reden-Standbildes und entschied sich am 31. August 1850 für einen Platz auf einem beherrschenden Hügel, die „südlich von Königshütte gelegene Höhe des Hedwig-Grubenfeldes“, den heutigen Redenberg.

Redens Anwesenheit in Oberschlesien ist namentlich seit dem Jahre 1803 immer wieder mit einer fühlbaren Förderung des hiesigen Bergbau- und Hütten-, aber auch des allgemeinen Wirtschaftslebens und der Technik, namentlich der Transportwege, verbunden gewesen. In die Zeit seines Wirkens in Schlesien fällt ja auch die Gründung jener staatlichen Gruben- und Hüttenwerke, die heute noch oder wieder von geradezu weltbedeutender Stellung sind und die gleichzeitig die Grundlage zu einer ungeahnten künftigen Entwicklung liefern. Denken wir allein daran, dass es vor allem Reden war, der vor 150 Jahren den Beginn des beherrschenden Staatsbergbaues in Königshütte einleitete, der zu gleicher Zeit den Abbau der Kohlenfelder um das heutige Hindenburg verfügte, der die Gleiwitzer Staatliche Hütte zu dem werden liess, was sie um 1813 in erster Linie war: zur Waffenschmiede Preussens in seinem Freiheitskampf gegen jenen Napoleon, der einen Reden als grossen Patrioten glühend hasste. Die Friedrichsgrube in Tarnowitz und der 1806 — auf Redens zweiter grosser und letzter Inspektionsfahrt durch Oberschlesien — eröffnete Gotthelf-Stollen, der Beginn einer bergbaulichen Wasserstrassenwirtschaft, wären ebenfalls ohne Redens bahnbrechende Initiative nicht denkbar gewesen. Der Mann, der die ersten praktischen Hinweise für die Verkokung unserer Steinkohle und damit für deren verstärkte Verwendung im Eisenhüttenwesen gab, ist auch als der Vater der 1802 gegründeten Königshütte anzusprechen. Als Reden 1806, umjubelt vom höchsten Betriebsführer bis zum jüngsten Berglehrling, in Königshütte, Tarnowitz, Hindenburg und Gleiwitz gründlich Umschau hielt, trug er sich in das Goldene Buch der Stadt Tarnowitz mit den für ihn bezeichnenden Worten ein: „Gott segne den Bergbau und alle braven Bergknappen!“ Gottes Segen hat dank Redens Tatkraft und der Tüchtigkeit jener Generation, die bei Reden „in die Schule ging“, damals wie endlich wieder heute sichtbarlich über diesem ober-schlesischen Industriegebiet geschwebt.

Es blieb polnischem, blindwütigem Hass gegen alles Deutsche vorbehalten, das Königshütter Standbild dieses grössten schlesischen Bergmannes mit Buschkleppermethoden zu beseitigen. Die geistigen Urheber dieser im Juli 1939 erfolgten, in den Aufstandsjahren um 1921 versuchten sadistischen Denkmalszertrümmerungen waren jene dunklen Mächte, die am 1. April 1939 als „Zentralverband polnischer Vereine von Königshütte“ die endgültige Beseitigung des Reden-Denkmal forderten. Sie wagten nicht etwa einen Angriff auf das Kunstwerk des — wie sie in ihrer lächerlichen Anmassung behaupteten — „polnischen“ (weil in Königshütte geborenen) Bildhauers Kalide. Sie

meinten den Berggewaltigen Reden und sein Werk, weil Reden... „ein Förderer des Deutschtums“ war. Zum Beweise für diese „furchtbare Anklage“ gegen den Mann, der Generationen oberschlesischer Menschen zu Lohn und Brot, damit zu einem menschenwürdigeren Dasein verhalf, zitierte man aus einem Aufsatz des treudeutschen Beuthener Heimatforschers Kytzia im „Oberschlesier“ den Satz: „Er (Reden) war ständig bemüht, deutsche Arbeiter heranzuziehen.“ Nur polnische Anmassung konnte dieses viel zu berechnete Wort in so lächerlicher Weise ausdeuten.

Die vor allem auch menschliche Grösse der Persönlichkeit Graf Redens wird am besten dadurch erhellt, wenn wir uns einmal vergegenwärtigen, in welche Zeit und in welche hiesigen Verhältnisse dieser ungewöhnliche Mann in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende 1800 hineingestellt worden war. Folgen wir hier zunächst den Aufzeichnungen, die Redens „Secretär“, seine ihm so kameradschaftlich ergebene Lebensgefährtin, machte. Diese Frau, die an der Seite ihres Gatten die Stätten seiner Wirksamkeit, so besonders Königshütte, Hindenburg, Tarnowitz und Malapane kennengelernt hatte, nahm auch am geselligen Leben der oberschlesischen Bergknappen regen Anteil. Sie stiftete die erste Fahne, die jemals oberschlesischen Bergmännern übereignet wurde und schuf dafür sorgsame Entwürfe. Sie hat sie dann mit einer Ansprache jenen Getreuen überreicht (in Tarnowitz), ohne deren opferwilligen Einsatz der Gesamterfolg Reden'scher Industrialisierungskunst vergebens gewesen wäre. Es ehrt diese wackere Lebensgefährtin ebenso wie deren Gatten, wenn die Gräfin Reden damals (1804) in einem Brief an die Humboldts schreibt: „Meine einzige wahre Erholung ist das Alleinsein mit meinem Mann... er ist mein Trost, mein Führer und mein Halt. Ich sage mir beständig, dass, wenn die Erde von lauter so vollkommenen Wesen bewohnt wäre, so wäre unser Leben hier schon das Paradies. Ich danke Gott jeden Tag meines Lebens, dass ich mich seine beste Freundin nennen kann, die er auf der ganzen Welt am meisten liebt.“

Gewiss, so urteilt die wahrhaft ideale Lebensgefährtin. Doch was bedeutete es nicht an Opfer und Mühsalen, damals einen Reden auf seine oberschlesischen Wirkungsstätten zu begleiten! Folgen wir hier den Worten eines Mannes, der um die letzte Jahrhundertwende Redens Wirken und Erfolge wie kaum ein anderer gewürdigt, des Dr. Konrad Wutke und seinen Darlegungen in dem Buch „Aus der Vergangenheit des schlesischen Berg- und Hüttenlebens“. Er schreibt da aus Oberschlesien in den Tagen Reden'scher Wirksamkeit u. a. wie folgt: „Wenn heute die Allgewalt des Dampfes uns in 4 Stunden von Breslau nach Gleiwitz führt, so haben unsere Väter dazu drei Tage gebraucht. Die Zeiten liegen hinter uns, wo es in Oberschlesien auch nicht eine Meile Kunststrassen gab, wo man in den Städten noch kein Pflaster kannte, wo die Gastfreundschaft der Gutsherren und Pfarrer den Mangel an Gasthäusern ersetzen musste, wo man auf den Dörfern vergebens nach einem Stück Brot gefragt hätte... Solche Gegenden zu bereisen, verlangt grosse Anstrengungen und Entbehrungen, mehr noch, wenn es darauf ankommt, sie tage- und wochenlang zu begehen und Schritt vor Schritt zu untersuchen, wenn man sich ein Bild davon machen, wenn man Punkte auswählen will, wo Bergwerke aufgenommen, Schächte geschlagen, Stollen angesetzt oder Hütten angelegt werden sollen. Es waren keine Karten, keine Pläne, keine Nivellements vorhanden, als Reden für seine Anlagen die günstigsten Stätten suchte. Für seine Schöpfungen fand Reden in Oberschlesien nichts weiter als billigen Grund und Boden, wohlfeiles Holz und einen, obwohl in langjähriger Leibeigenschaft verkommenen, aber an sich anstelligten Menschenschlag.“

Der Verfasser, der sich als ein gründlicher Kenner Gesamtschlesiens ausweist, kommt selbst mehr als ein Menschenalter nach Redens Tode zu Ansichten und Ergebnissen über Oberschlesiens Land und Leute, die sich mit Goethes Zitat „Fern von gebildeten Menschen“ erheblich decken. Er schreibt dazu noch weiter: „Keinen Werksbau konnte Reden beginnen lassen, ohne vorher Häuser für Arbeiter und Beamten zu errichten. Viele Arbeiter wurden auswärts angeworben, wenige blieben, und erst nach Jahren gelang es, die Oberschlesier an Fleiss und Ordnung zu gewöhnen und sich in ihnen nüchterne und zuverlässige Arbeiter zu ziehen.“

Der Vergleich zwischen den zu Redens Zeiten vorherrschenden, oft geradezu trostlosen Zuständen im oberschlesischen Industrieraum mit jenen Niederschlesiens bestätigt auch, dass Wutke

durchaus nicht in liebloser Ueberheblichkeit alles Oberschlesische für gering erachtete. Er stellt sogar fest, dass die oberchlesischen Arbeitskräfte gegenüber denen in Niederschlesien „nicht so gewandt“, dafür aber von Hause aus mehr an preussische Zucht und Ordnung gewöhnt sind.

Wenn auch Reden genügend willige und mit der Zeit höchst brauchbare Bergknappen nicht zuletzt durch das persönliche Vorbild nimmermüden Arbeitseinsatzes gewann, so musste er doch, wie vorher schon sein Onkel Heinitz, die technischen Beamten und Gehilfen, namentlich Steiger und Hüttenmeister, aber auch Fachkräfte des Baugewerbes von weither nach Oberschlesien heranholen. Denken wir nur an Namen wie Kalide, Bayerhaus, Holzhausen u. a. m., die fern ihrer Heimat hier in Oberschlesien wahre Berühmtheiten ihres Faches geworden und damit Vorbilder gerade für ihre Gefolgsmannen geblieben sind. Sie kamen von überall da her, wo der Bergbau lange vor seinem Werden in Oberschlesien bereits üppig blühte. So aus dem Harz, aus Sachsen (besonders aus der Freiburger Mulde), aus Böhmen, aus dem Nassauischen, ja sogar bis aus Schottland (Baildon). Reden stand vor ähnlichen Schwierigkeiten wie die Dienststellen heutiger Behörden und Verwaltungen im wieder befreiten Gebiet. Auch er hatte alle Mühe, seine fachlich geschulten Helfer in diesem damals so unwirtlichen Oberschlesien zu halten. Aber so treu, wie er der Sache diente, so sehr folgten nach und nach diese Männer seinem Beispiel und gewannen Oberschlesien als zweite Heimat wert und lieb. Da Reden stets durch persönlichen Umgang auf seine ihm unmittelbar unterstellten Steiger und Meister einwirkte, fand er auch die richtige Auswahl bei der Besetzung leitender Stellen, besonders der Obersteiger und der sogenannten Berggeschworenen. Und diese Männer waren wiederum meistens auch von dem wahrhaft adeligen Geiste ihres von ihnen ehrlich geliebten „Chefs“ erfüllt und lebten nun ihrerseits ihren Gefolgsmännern ein gutes Beispiel in Arbeit und Haltung vor. Zudem machte Redens absolutes Rechtsgefühl für den kleinsten Mann Schule. Es hat damals nicht an Beispielen unerhörten Vertrauens unserer Bergknappen und Hüttenleute zu „ihrem Reden“ gefehlt.

Lassen wir auch in diesem Zusammenhange den erwähnten Chronisten unserer frühesten Industriegeschichte, Dr. Konrad Wutke, Näheres verraten: „Reden verstand die grosse Kunst, einen jeden nach seinen Kräften und Fähigkeiten zu gebrauchen und dabei eines jeden Geschäfte ganz bestimmt abzugrenzen. Jeder wusste, was er zu vertreten hatte, so dass Lob und Tadel immer nur eine bestimmte Person treffen konnten. Redens Lob und Tadel fusste aber auf seiner Einsicht in alle Gegenstände des Dienstes, mit dem er sich durch seine häufigen Recherchen genau bekannt erhielt. Wenn er bei wichtigen Ausführungen nicht selbst anwesend sein konnte, so mussten die betreffenden Beamten an ihn berichten, und der Bericht ging dann mit seinen kurzen, doch stets klaren Randverfügungen direkt an sie zurück. Auf den Bergwerken befuhr er in der Regel alle umgehenden Arbeiten und nach der Befahrung wurden Konferenzen abgehalten, in denen auch der unterste Beamte seine Ansichten vortragen durfte; die Beschlüsse wurden alsbald in ein Protokoll niedergeschrieben, welches den ausführenden Beamten zur Instruktion diente. Eben daselbe geschah auf den Hüttenwerken und bei Bauanlagen.“

Wie Reden selbst durch gründliche Umschau in der damaligen europäischen Industriewelt sein Wissen und Können stetig vervollkommnete, so sorgte er auch dafür, dass seine massgebenden Helfer durch Studienfahrten überall hinzulernten, wo es für Oberschlesiens Berg- und Hüttenwesen nutzbringend war. Dies geschah besonders in den Jahren, da Reden in England die Verfahren zur Gewinnung von Hüttenkoks studieren liess. Auch die Neuerungen im Giessereiwesen, im Bau von Werkhallen hat er selbst oder durch seine leitenden Mitarbeiter an damals führenden Einrichtungen kennengelernt.

Aehnlich weitschauend war dieser geniale, umfassend gebildete „Berggraf“ auf dem Gebiet der Nachwuchsschulung. Auf seine Anregungen ist die Schaffung der Tarnowitzer Bergschule zurückzuführen. Er war es auch, der befähigte junge Bergknappen und Hüttenmänner sogar auf die Hohen Schulen der Montanwirtschaft, nach Klausthal und Freiberg, unter Gewährung erheblicher Studienzuschüsse entsandte.

Er, der im Gegensatz zu seinem Oheim Heinitz, für den restlosen Einsatz der Staatsinitiative anstelle der sogenannten freien Privatwirtschaft eingestellt war, wird von seinen Zeitgenossen

als streng, doch stets für seine Leute eintretend, gekennzeichnet. „Er verlangte viel und bewilligte nur mässige Gehälter, dagegen konnte er Tantien und Provisionen und andere Zuwendungen gewähren, welche bei vielen Beamten mehr als die festen Besoldungen betrogen und in der Regel nach den Leistungen bemessen waren; überdies wurden häufig sogenannte ‚Diskretionen‘ (ausserordentliche Belohnungen) bewilligt.“ ...heisst es in einer Darstellung von damals.

Worin aber beruht das seltsame Geheimnis, dass der gewiss verdienstvolle Name von Redens Vorläufer, Freiherrn von Heinitz, im schaffenden Volk Oberschlesiens längst erblasst ist, während der eines Reden heut noch überall in Verehrung und Liebe ausgesprochen wird?

Dieser hochgeborene Graf war ein Volksmann wie kein anderer und das in einer Zeit, da man besonders in Oberschlesien von der Freiheit und Freizügigkeit des Untertanen kaum etwas hielt. Reden lebte vor, was selbst die endlich durchgeführten Reformen eines Stein und Hardenberg nur behutsam anregten: Reden stand mehr als Kamerad, denn als Herr mitten unter seinen Bergmännern und Hüttenleuten.

Wir Heutigen sind wie unsere Väter und Grossväter stolz darauf, dass es Reden war, der in weiser Erkenntnis einer zielbewussten, organischen Arbeitsförderung nicht nur tüchtige Berg- und Hüttenleute vorwiegend aus dem Harz heranzog, sondern der auch die bodenständigen, arbeitsfreudigen Kräfte für die beginnende Industrieblüte zu wecken verstand. Wir müssen es heut nahezu beschämt anerkennen: jene zwar alt und grau gewordenen, doch in der Bauform wie der Innenräumlichkeit erstaunlich gekonnten Häuser aus der Wende ins 19. Jahrhundert (etwa an der Königshütter Kalidestrasse) verraten nicht nur den baukünstlerischen Einfluss der Schinkel-Zeit, sondern sind weitaus ansehnlicher (für die damalige „Welt“ strohgedeckter Lehmhütten) gewesen als die seelenlosen, rohen Ziegelbauten aus der sogenannten Gründerzeit. Dass der Pole, dem der schaffende Mensch nichts, der zusammengeraffte Gewinn alles galt, den für seine Bergknappen und Hüttenleute väterlich sorgenden Berggrafen Reden hasste, ja hassen musste, lag nahe, solange sich auch nur noch eine Spur dieses „Reden-Geistes“, solange sich irgendwelche Liebe treuer Schaffender für Mutter Deutschland nachweisen liess. Die in ihrem rastlosen Werkfleiss nur „von Ignoranten verhöhnte“ Stadt Königshütte (wie es ein hier beheimatet gewesener Dichter vor Jahrzehnten sang) konnte wohl nur deshalb als allzeit deutsches Gemeinwesen auch in den 18 Jahren polnischer Gewaltherrschaft gelten, weil ihre Söhne und Töchter zwar arm, aber unerschütterlich treu zu Deutschland hielten. Gibt es erhebendere Zeugen für diese Behauptung als das einzigartige Abstimmungsergebnis vom 20. März 1921 mit 74,1 v. H. für Deutschland oder die herzenbewegende Begeisterung beim Einzug der schimmernden deutschen Wehr als Befreier an jenem unvergesslichen 4. September 1939?!



Das wieder aufgerichtete Redendenkmal.

Nun steht er wieder mitten unter uns, dessen Geist Teil von grossdeutschem Gemeinschaftsgeist sei und bleibe: Friedrich Wilhelm Graf von Reden. Damals, am 100. Geburtstag, dem 23. März 1852, wie heute gilt die Widmung auf dem Denkmalssockel: „Dem Begründer des schlesischen Bergbaues die dankbaren Gruben- und Hüttengewerke und Knappschaften Schlesiens.“

Als das künstlerisch erneuerte Standbild Redens durch die vom Hüttenlärm erfüllten, eintönigen Strassen der Königshütter Nordstadt Anfang Juli 1940 aus Gleiwitz herangefahren kam, standen graue Männer, schwielenharte Veteranen der Werkarbeit, an den Strassen. Ehrfürchtig zogen sie (wie es in der Zeitschrift „Das Reich“ von dem Kattowitzer Dichter Arnold Ulitz geschildert ward) die Hüte und Mützen und grüssten mit blanken Augen und freudestrahlenden Antlitzes das ragende Erzbild jenes Mannes, das Sinnbild für Königshütte, für deutsches Industrieschaffen war und nun endlich wieder für immer ist. Ist das nicht der wohl eindeutigste Beweis dafür, wie dankbar gerade die Nachwelt der sogenannten Kleinen Leute in Liebe und Verehrung an Reden hängt, von dem wir wie unsere Ahnen sagen dürfen: denn er war unser!

Theodor Kalide — Königshüttes berühmtester Sohn.

Von Schriftleiter Kurt Mandel — Königshütte.

„Ich hatte ihn schon in den vierziger Jahren bei diesem und näher noch in dem merkwürdigen Kreise hochbegabter geist- und talentvoller Männer, Philosophen, Theologen, Schriftsteller, Poeten, Maler und Bildhauer deutscher, russischer, französischer, belgischer, schwedischer Nationalität kennen gelernt, der sich seit 1845 bis zum „tollen Jahre“ während der Winter allabendlich in der Bierstube von Scheible zusammenzufinden pflegte. Kalide war eine im wahrsten Sinne geniale Künstlernatur. Unter den Schülern Rauchs eine der originellsten. Aber seine glühende Sinnlichkeit, sein Hass und Trotz gegen alle Schranken, welche die Ordnungen und Sitten der bürgerlichen Gesellschaft dem freien vollen Sichaussleben der genialen Persönlichkeit gesetzt haben, brachten ihn um alle Möglichkeit, seine grosse Begabung mit gleich grossem, praktischem, äusserem Erfolge zu betätigen, wie z. B. sein viel talentärmerer Landsmann und Studien-genosse Kiss.“ So schreibt ein berühmter Berliner Journalist L. Pietsch über unseren grossen Königshütter.

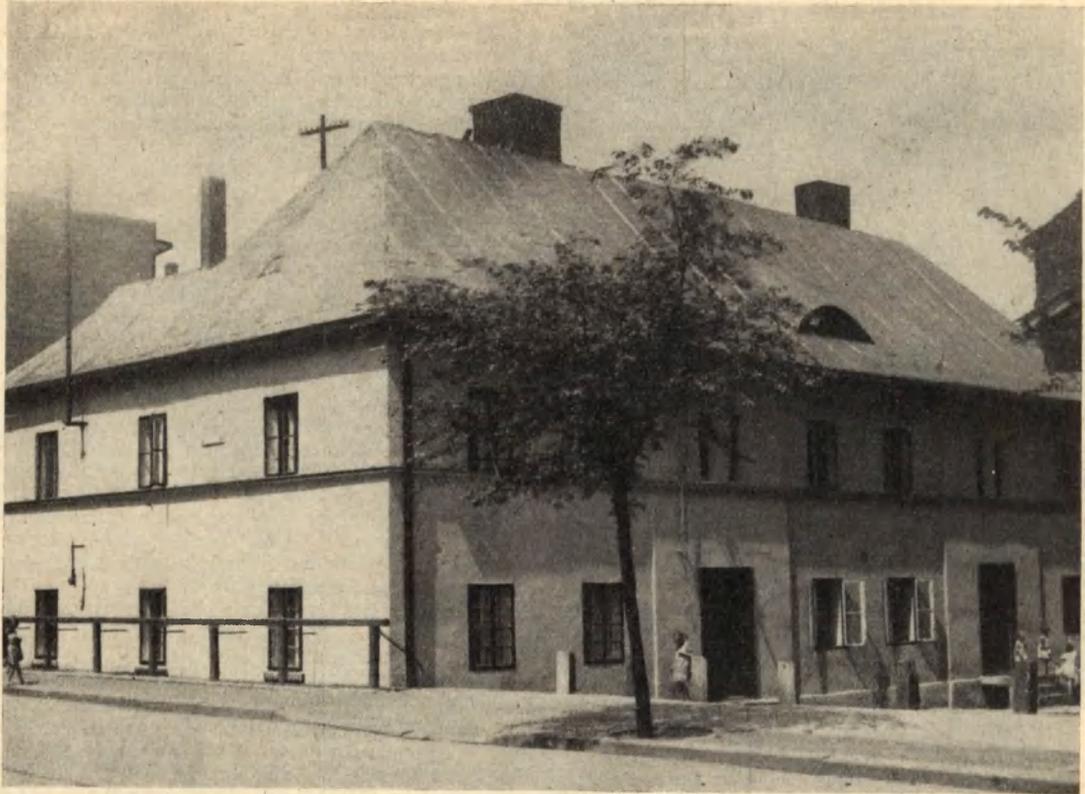
Kind einer Hüttenmannsfamilie, Sohn der Hüttenstadt Königshütte, Bruder eines bedeutenden, im Gleiwitzer Revier berühmt gewordenen Hüttenmannes und nicht zuletzt Schwager Wincklers, dessen Name sich ähnlich wie der eines Ruberg, Godulla, Bernhardt mit der Neublüte heimischen Hüttenwesens deckt: Das ist Theodor Kalide, ein Bildhauer, der die Anerkennung verdient, dass er als Künstler ein Eigener gewesen ist.

Am Eck der Hindenburg- und Beuthener Strasse, droben, in der vom Russ, Feuerschein und Werklärm erfüllten Königshütter Nordstadt, finden wir an einem dürrtigen, niedrigen Haus aus den Jahren der Gründung der Königshütte eine schlichte Erinnerungstafel. Sie besagt, dass hier am 8. Februar 1801 der Bildhauer Theodor Kalide geboren wurde. Die Tischgesellschaft des früheren Gasthofes Wandel, so eine Art Stammtisch biederer Hüttenmeister und Gewerbetreibender, fühlte sich einzig verpflichtet, jenes Bildhauers zu gedenken, den die Heimat über kleinem Tageslärm allzufrüh vergass. Und doch zeugen Kunstwerke wie der ruhende Löwe, wie seine in geradezu klassischer Schönheit schier „schaumgeborene“ Marmorplastik der „Bacchantin auf dem Panther“ von begnadeter Künstlerschaft.

Theodor Erdmann Kalide, dessen Vater 1835 in Königshütte als Inspektor und Lagerverwalter an der damals Königlichen Hütte verstarb, ist zwar Sohn eines Zugewanderten. Doch seine Mutter, eine geborene Beck aus dem alten Donnersmarckschen Fürstensitz Neudeck, gehört angestammtem Bauernvolk an. Kalides Bruder Wilhelm blieb der Laufbahn treu, die der zeichnerisch begabte jüngere Bruder um der Kunst willen schon in Gleiwitz verliess. Die Schwester Albine hat als Lebensgefährtin des erwähnten Franz Winckler, des Stammvaters der Industriellenfamilie von Tiele-Winckler, vor allem in den späteren Lebensjahren viel für ihren in Geldsachen wie Beethoven unerfahrenen Bruder tun können.

Der junge Theodor, der in Königshütte in der damals einzigen Elementarschule mit anderer Jugend von Hüttenleuten den Anfangsunterricht genoss, wurde nach des Vaters Willen bereits 1816 in das Gleiwitzer Gymnasium gesteckt. Er sollte und wollte anfangs auch ebenfalls ein Hüttenmann werden. Darum tummelte er sich nach früh abgebrochener Gymnasialzeit als Eleve in der Königshütte bezw. in der Gleiwitzer Eisengiesserei.

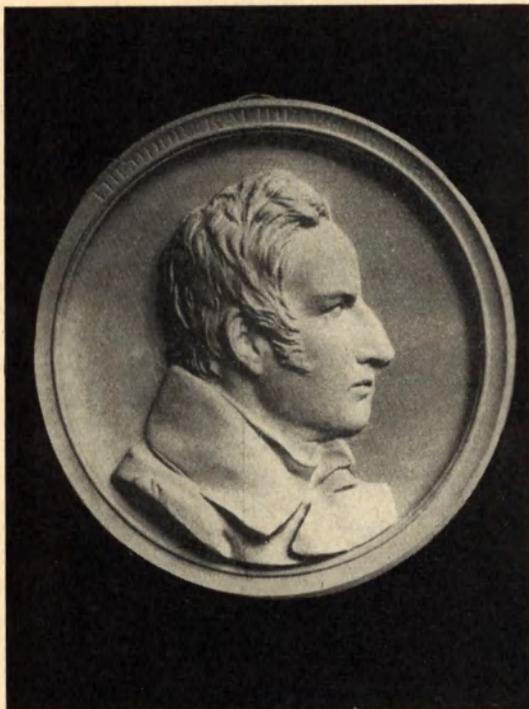
Es dürfte wohl der vielseitig begabte und gebildete Modelleur Bayerhaus gewesen sein, der als Mitschöpfer (nächst Schinkel) u. a. am Entwurf zum Eisernen Kreuz den jungen Kalide in die Wege zur Bildhauerkunst drängte. Da die Kunstgiesserei der Gleiwitzer Hütte damals die künstlerische Leistungsfähigkeit des Berliner Hauptbetriebes bei weitem in den Schatten stellte, da andererseits Berlin jedoch weltbedeutende Bildhauer wie Schadow und Rauch sein eigen nannte, drängte es den jungen Königshütter schon 1819 nach Berlin. Rasch fand er Gnade vor dem knorrigen Urberliner Schadow, der ihn bereits im gleichen Jahre in die erste Zeichenklasse der Königlichen Akademie nahm. Bis 1821 hielt es der junge Kalide bei Meister Gottfried aus.



Geburtshaus Theodor Erdmann Kalides. — Ecke Hindenburg- und Kalidestrasse.

Dann wandte er sich dem damals gerade in Mode gekommenen Ch. D. Rauch zu. Rauch wirkte trotz wachsender grundsätzlicher Spannungen von 1822 bis 1830 bildend und festigend auf diesen ungestümen Zögling. Schon in den Jahren 1823/24, als der aus Paprotzan, Kreis Pless, stammende Landsmann August Kiss mit einer gedankenvollen, stilsicheren Nachbildung des Schlüter'schen Reiterstandbildes vom Grossen Kurfürsten von sich reden machte, überzeugte Kalide durch seine naturgetreuen Modelle wachender und schlafender Löwen als selbstsicherer Tierplastiker. Noch heute birgt u. a. die Ruhestätte unsterblichen Heldenruhmes, der Invalidenfriedhof in Berlin, einen dieser Kalideschen Löwen. Wir kennen sie auch vom Heldenehrenmal in Gleiwitz wie in Beuthen.

Mit dieser Leistung begann Kalides jähe, aber auch so enttäuschungsreiche Meisterschaftsperiode. Sie umfasst die Jahre von 1831 bis 1856, Jahre satten bürgerlichen Behagens, ja, man könnte fast sagen, patrizierhaften Stumpfsinns. 1833 entzückte Kalide mit seinem in ungezählten Bronze- und Eisengüssen in ganz Deutschland bekanntgewordenen „Knabe mit Schwan“. Allerdings gab es damals schon Leute (und nicht zuletzt die späteren Stadtväter von Königshütte),



Theodor Erdmann Kalide

die an der Plastik das fast vorgeschriebene Aergernis nehmen zu müssen glaubten. Sie fanden die für Potsdamer Schlossgärten modellierte riesige „Provinzenvase“ von 1832 würdiger. Sie war ja weniger eine Leistung eigener Prägung als eine gewandte Wiedergabe altklassischer Formen- und Reliefschönheit. Im Jahre 1833 schuf Kalide auch das viel zu wenig bekanntgewordene, ausdrucksvolle Hochrelief, ein Medaillon mit dem Bildnis seines Vaters.

1844 kam heran. Kalide, der inzwischen vorwiegend im Süden gründlich Umschau gehalten hatte, kam als glühender, später Sohn der Renaissance, wieder nach Berlin zurück. Er fand ein venusschönes Modell (seine spätere, nur wenige Jahre mit ihm ehelich verbundene Frau). Und das wohl überlegenste Kalide-Kunstwerk ge- dieh: „Bacchantin auf dem Panther“. An Echtheit der Bewegungen, an Schönheit des natürlichen Gliederspiels hat diese Aktgestalt auf dem Katzen- tier alle ähnlichen Werke seit Dannecker bis hin zu Thouaillon übertraffen. Aber die „Kühnheit“ des Vorwurfes wurde mit allgemeinem Entrü- stet- sein beantwortet. Selbst sein schwerreicher, gönnerhafter Schwager Winckler bedauerte, mit diesem „unmoralischen“ Künstler verwandt zu sein. Er hatte später jedoch die Grossherzigkeit, die „unmögliche“ Plastik für 6500 Taler anzu- kaufen.

Durch dieses Meisterwerk verlor der ohne- dies unbeherrschte Kalide die meisten seiner Freunde und Geldgeber. Erst 15 Jahre nach dem Tode unseres verbitterten Meisters war es der sehr vermögende, allgemein geachtete August

Kiss, aus dessen hochherziger Stiftung die Nationalgalerie für 10000 Taler die Bacchantin kaufte. Noch heut nimmt dieses Kunstwerk des Königshüfters einen besonderen Ehrenplatz in Preussens bedeutendster Kunstsammlung ein.

1856 gelingt dem verbitterten Meister die überaus köstliche, ganz in echter Bewegung ge- haltene Gruppe „Knabe mit Ziegenbock im Kampf“. Aber man schweigt sich über den Erfolg gründlich aus.

Nur diesen einen Lichtblick gibt es noch im mehr und mehr eigenbrötlerischen Dasein unseres Kalide, als er — im wesentlichen auf den mächtigen Wink Franz Wincklers — ab 1850 am Standbild des Grafen Reden arbeitet. Noch einmal nimmt der Sohn aus der Bergbauheimat des grossen Reden alle Kraft, aber auch alle Eigenwilligkeit zusammen. „Berggenius, eine Erz- stufe emporhebend“ — dieser Gedanke schwebt ihm vor. Daraus wird das wohl freieste, natür- lichste Standbild jener Tage: ein Bergmann, der nicht Feldherr oder erlauchtes Fabelwesen, der ein ganzer Mann der Arbeit ist. So sah ihn Kalide, eines Hüttenmannes Sohn. So steht dieser grosse, tatkundige Bergmann vor uns. Der Adel des Antlitzes, die gelöste Haltung, die (für alle Zeiten wohl einzigartige) Wiedergabe in der schönen Knappentracht, die Zeichen dieser schweren, aber schönen Berufsarbeit: alles das wirkt gerade auf uns Heutige so echt, so unverbildet, so symbolhaft für alle Zukunft.



Nr 30 THEODOR ERDMANN KALIDE 1801-1863
BERLIN
BACCHANTIN AUF DEM PANTHER

Bacchantin auf dem Panther.

National-Galerie-Berlin.

Doch auch hier bleibt für solche Kunsttat der rechte Lohn aus. Wohl erhält Kalide für seine hochkünstlerische Arbeit das erstaunliche Honorar von 5000 Talern (14 500 Taler kostete das gesamte Denkmal). Doch man gibt ihm weder den verdienten Titel Professor, noch läßt man ihn ein, neben seinem ihm „ungnädigen“ König der Weihe beizuwohnen.

Wenig bleibt noch von dieses Künstlers Erdenwallen zu sagen. 1860 gelingt Kalide die edle Frauenplastik seiner Marmormadonna, die Franz Winckler für die Kreuzkirche in Mechtal bestellte. Der leidende Bildhauer weilt wieder, seit 1819, in der engeren Heimat, wo er 1863 vergebens in Bad Gottschalkowitz Heilung sucht. Am 23. August 1863 scheidet Theodor Kalide aus dieser Welt, die ihn in den entscheidenden Jahren seines Schaffens ebensowenig verstand, wie er sich in seiner Ungebundenheit auf ihr heimisch fühlte. Er verlebte die Jahre schweren Leidens bei seinem Bruder in Gleiwitz, der 1845 zum Leiter der Staatlichen Hütte berufen, 1857 zum Bergrat befördert worden war. Auf dem Gleiwitzer Hüttenfriedhof, wo im Jahre 1920 französische Söldner den Frieden berühmter Hüttenmänner durch frivole Sprengungen störten, ruht auch Theodor Kalide. Die Heimat hat diesen unrastvollen Geist wieder. Jene Heimat, die mit Kalide und seinem Schaffen oft genug so wenig anzufangen wusste.



Adolf v. Menzel: „Das Eisenwalzwerk“. Mit Genehmigung des Verlages F. Bruckmann, München.

Königshütter Malerei.

Von Studienrat Dr. Arnold Wienicke — Kattowitz.

„Das Industriegebiet hat nichts Malerisches an sich“. Diese Meinung findet Widerhall bei vielen, die solche Bereiche nur vom Hörensagen oder von flüchtigem Verweilen kennen. Anders lautet das Urteil der Menschen, denen das Industrieland vertraut und lieb geworden ist. Ein tiefempfindender Schulmeister wanderte oft in diesen Bezirken, um sich möglichst alles zu erschliessen. Er sagte mir begeistert: „Steigen Sie einmal in später Stunde auf den Redenberg. Von dort überblicken Sie weithin die leuchtenden Schlote der Hütten. In der Stille der Nacht dringt das Hämmern der Maschinen bis zur Anhöhe, und Sie sehen ringsum das unermüdliche Schaffen, das ruhelose Wirken in den Schächten und Hütten. Der Flammenschein leuchtet von allen Seiten auf. Dieser Eindruck kann ebenso malerisch, ebenso grossartig empfunden werden wie das Alpenglühen oder ein Abendleuchten in stiller Heidelandschaft.“

Jetzt ladet der schöne Bezirk um das Redendenkmal wieder zum Verweilen ein. Wer einmal länger dort stand, wird Aehnliches empfinden. Nicht zufällig gehört Königshütte zu den Städten, in denen ein grosser Meister zuerst die Besonderheit des Industrielebens erschloss. Adolf v. Menzel, der Fridericus-Maler, schuf hier im Winter 1874/75 sein weithin bekanntes, überaus eindrucksvolles „Eisenwalzwerk“.

Im Jahre seines Todes (1905) stand in einer Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts: „Menzel stellt eines jener riesigen Hüttenwerke dar, in denen eine Schönheit und Mannigfaltigkeit der farbigen Wirkungen herrscht, die selten ihresgleichen findet. Die Glut des Hochofens, die rot und weiss glühenden Eisenblöcke, die selten ihresgleichen findet. Die Glut des Hochofens, die rot und weiss glühenden Eisenblöcke, darüber in bläulichem Nebeldunst dunkles Gestänge, riesige Schwungräder und lange Treibriemen, dann wieder zuckende Flammen aus düsteren Ofenhöhlen und dazu die halb nackten Arbeiter vom Feuer bestrahlt, das alles malt Menzel. Er versteht, dass hier der Kunst noch grosse Aufgaben gestellt sind. Kraft seiner Energie, seiner völligen geistigen und künstlerischen Unabhängigkeit brach er auch hier Bahn.“

Die zurückliegende Menzelforschung der jüngsten Zeit hat dieses Urteil voll bestätigt und vertieft. Neben dem farbigen Klang war es der Rhythmus der Bewegungen, der den Maler und Zeichner gefangennahm. Viele rasch hingeworfene Skizzen für das Bild legen Zeugnis davon ab. Und noch ein Drittes ist ganz Menzel in dem Gemälde. Er spielt mit der Fülle der Erscheinungen, gibt ihnen Einzelgeltung und besonderen Ausdruck. Man betrachte nur einmal die Essenden rechts im Vordergrund oder die Männer, die sich waschen, am linken Bildrand. Das ist nur ein Nebenbei in diesem Walzwerk. Und doch wird alles dann zu einem Ganzen zusammengebunden. Das Leuchten des glühenden Eisens bleibt als Lichtquelle der alles beherrschende Mittelpunkt. Diese farbige Bindung begegnet in unendlich vielen Bildern des Meisters. Das Flötenkonzert mit seinem Kerzenschimmer, der Marktplatz zu Verona im strahlenden Sonnenlicht, die Abendgesellschaft bei der nur schwach erhellenden Tischlampe seien als 3 beliebig ausgewählte Werke genannt. Adolf v. Menzel war Bahnbrecher in seinem „Eisenwalzwerk“ und blieb doch ganz seinem Wesen treu. Das ist das Grosse an dem in Königshütte entstandenen Gemälde. Gerade in Kriegszeiten hat man oft auf dieses Bild hingewiesen. Im Völkerringen von 1914—1918 wurden viele Drucke des Eisenwalzwerkes als Dank für hohe Kriegsanleihen hergestellt. So ist das Gemälde weithin bekannt geworden.

In Menzels Nachfolge stehen unendlich viele, die an solche Eindrücke anknüpften, die Ähnliches schufen. Oberschlesien war immer stolz darauf, Quell und Ursprung für solche Industriedarstellung zu sein. Daraus ergibt sich, dass die in Königshütte geborenen oder wirkenden Maler zu den Bewunderern Menzels gehören. Bei dem grossen Meister begegnen das handwerklich Gediegene und das gewissenhafte Versenken in die Darstellung. Dies gibt auch dem Schaffen der Jüngeren Anreiz oder Ausdruck.

Johann **Drobek**, ein Breslauer Künstler, ist im Jahre 1887 in Königshütte geboren. Vom Malerhandwerk ging er aus und vertiefte sein Können an der Breslauer Akademie. Neben anderen war Hans Rossmann sein Lehrer, der die grossen Industriebilder für den Wasserturm in Posen schuf. Erst nach gewissenhaften Studien fand Drobeks Kunst das gegenwärtige Gepräge. Ob er die Klosterkirche von Leubus malerisch erneuern hilft, ob er mitwirkt bei der Gestaltung des Breslauer Domes in seiner farbig eindrucksvollen Tönung, überall zeigt sich die grosse Gewissenhaftigkeit und das tiefe Versenken in die Kunst, die eine gediegene Wiederherstellung erfordert. Viele Skizzen des Vorhandenen gehen bei Drobek voraus, bis er die Ueberzeugung gewonnen hat, dem Bestehenden gerecht zu werden. Gerade das Wiederherstellen grosser Kunstwerke fordert höchstes Fingerspitzengefühl. Drobek gehört zu den Meistern dieses Gebietes. Das zeigen Dom und Kloster ebenso wie die kleineren Pfarrkirchen in Ratibor oder Krappitz, Cosel und Gogolin.

Auch die eigenen Schöpfungen offenbaren ein feinsinniges Versenken in die Aufgabe. Es gibt Kinderbilder dieses Malers, die unendlich viel Jugendfrische atmen. Man spürt an ihnen das rechte Verstehen dieser oft glückhaft unbelasteten Lebensstufe. Andere Bildnisse wieder atmen die ganze Schwere des menschlichen Ringens. Das Erleben von Weltkrieg und deutscher Not spricht aus den Zügen, und dahinter steht jenes ernste Bemühen, das für Drobeks Werk und für das künstlerische Erfassen des Dargestellten so bezeichnend ist. Die eindrucksvollen Deckengemälde beim Ehrenmal der Universität Breslau sind ganz von diesem Geiste erfüllt.

Das wiedergegebene Gemälde des ober-schlesischen Heldenberges hat den gleich schlichten und tiefen Ausdruck. Der grosse Plastiker und Freund aller Künste, Theodor v. Gosen, versenkte sich ganz in diese stimmungsvolle Darstellung und fand beste Worte für ihre Würdigung.



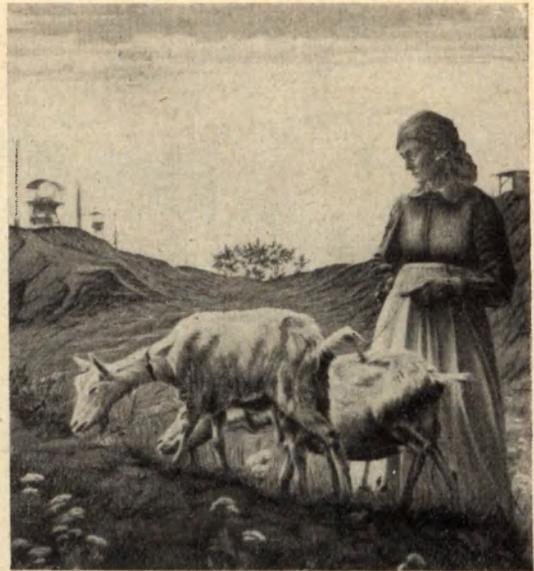
Johann Drobek: „Der Annaberg“.

Bei seinem Urteil in der Zeitschrift „Der Oberschlesier“ (1935. S. 182—183) heisst es: „Das Bild ist wert, dass man einiges darüber sagt. Aus dem breit gelagerten Vordergrund steigt, aus den Gehöften sanft ansteigend über die Felder, in einer bestimmten, doch nicht starren Linie ein schmaler Baumstreifen auf, nach links klingt er im Mittelgrunde mit einzelnen Bäumen auf einem Hügel ab; an der Wendung, die zur Höhe führt, schon fast im Hintergrund, stehen nach rechts hin Baumgruppen, ein Stück Strasse wird noch sichtbar, dann sind wir am Bildrand. Von links her führt auch ein Waldstreifen, kräftig betont, auf den Berg, und droben wird die Wallfahrtskirche durch die starke Silhouette und farbige Betonung trotz der geringen Ausmasse der beherrschende Mittelpunkt des ganzen Bildes. Die Felder, die sich auf den Hügeln ausbreiten und sanft ansteigen, leuchten an einigen Stellen auf, an anderen verdämmern sie in Schatten. Ganz im Hintergrund ein Stückchen Felswand und darüber eine schöne weite Wolkenluft, die durch ihre Helligkeit das Land tief und schwer erscheinen lässt. Dieses Bild ist nicht vor der Natur in einer zufälligen Stimmung heruntergemalt, es ist mit feinem Gefühl gebaut und gibt etwas vom Wesen dieses Stück Landes. Ernst und eine gewisse Feierlichkeit sind darüber gebreitet.“

Drobek bedarf zu dieser Stimmung keines Beiwerkes. Diese Meisterschaft verdeutlicht besonders ein Vergleich mit anderen Annabergbildern. **Erich Zabel**, der 1896 in Königshütte geboren wurde, hat den gleichen Vorwurf in peinlich genauer Uebereinstimmung noch einmal für den Gefolgschaftsraum der Karsten-Zentrum-Grube dargestellt. Dieses grosse Gemälde bietet

aber im Vordergrund die Häuser viel genauer. Dadurch bekommen sie eigene Geltung und gliedern das Bild in zwei Hälften. Ausserdem ist ein pflügender Bauer mit Schimmel und Rappen vor das Dorf im Tale gesetzt. Ein neuer Stimmungsklang antwortet dem Kloster auf dem Berge. Man spürt an dem Werk deutlich den Unterschied des Bildaufbaues. Für Drobek ist der einheitliche Klang massgebend, bei Zabel begegnet ein Zusammenordnen, das sich nacheinander zu einem Ganzen fügt. Sein „Blick auf die Hubertushütte“ oder eine Darstellung der „Reichsautobahn bei Borsigwerk“ ist ähnlich aufgebaut.

Für die Wehrmacht Gleiwitz schuf er ein Gemälde, das ein grosses Industrierwerk hinter einem Kornfeld während der Erntezeit darstellt. Die Puppen des reifen Getreides links im Vordergrund haben ebenso ihre Eigengeltung wie der Pflug mit der ausruhenden Krähe am rechten Bildrand. Die darunter eingehend dargestellten Blumen sind noch ein Beitrag zu der Gesamt- erzählung vom „Oberschlesischen Grenzland“. Das wiedergegebene Werk „An den Halden“ zeigt verwandte Erzählweise. Der karge Wiesenhang im Vordergrund, Halden und Baumgruppe in der Mitte und die Kennzeichen der Industrie am Bildrand fügen sich zu der Frau mit den beiden Ziegen. Aus allem spricht die Kargheit des Landes, die bis in die zerarbeiteten Hände, bis in das herbe Gesicht der Oberschlesierin nachklingt.



Erich Zabel: „An den Halden“.

Zabels Landschaftsbilder, die man auf der ersten Ausstellung Schlesischer Künstler in Königshütte sah, hatten auch den gestuften Aufbau. Nur in dem „Höhenblick auf die Beskiden“, einem kleinen Oelgemälde, klang alles vereint wie eine glückliche Harmonie des Landes, das neben der Industrie so viele Reize an Berghängen und in Wäldern bietet. Zabel kommt vom Schlosserberuf her und fand erst nach dem Fronterlebnis des Weltkrieges ganz den Weg zur Malerei. Im Harz entwickelte er sich und empfing dort Eindrücke, die den Beskiden verwandt sind. Nach längerer Tätigkeit im Pressewesen und weiteren Ausbildungsjahren in Wien führte ihn sein Weg zurück nach Beuthen, wo er sich als Presse- und Werbewart des Künstlerbundes Oberschlesien mit Wort und Bild für die deutsche Art des Landes einsetzte. Er gehört zu denen, die das „überintellektuelle Rätselraten um vermalte Leinwände“ nicht mitmachten und so den Weg zur wesentlichen Malerei wiesen.

Noch ein anderer, jetzt in Beuthen lebender Künstler, stammt aus Königshütte. Es ist **Rudolf Misliwietz**. Leider hatte er für die erste Ausstellung seiner Heimatstadt nur das Gemälde „Bei Schloss Neuburg“ gesandt. Es atmete die Frische eines Sommertages im Grün des Hanges und im Spiel von Sonnenlicht und Schatten auf dem Wege oder an der Mauer des stillen Hauses. Sein Beuthener Winterbild „Am Margaretenhügel“ zeigt verwandtes Einfühlen in die Landschaftsstimmung. Aber Misliwietz hat auch der Industrie Oberschlesiens in vielen Werken Ausdruck gegeben.

Beredetes Zeugnis hierfür ist das grosse Temperagemälde „**Meine Heimat**“. Drachensteigen und Ernte sind lebendig vor der Stadtansicht des Bildgrundes aufgebaut. Industrie und Landschaft von Königshütte werden dabei zu einer malerischen Einheit. Solche Harmonie verdeutlicht das innere Verbundensein mit der ober-schlesischen Heimat. Bei aller Herbheit bietet sie viele Reize. Das bringt Misliwietz oft zum Ausdruck. Sein Versenken in das ober-schlesische Antlitz, die Darstellung von Menschen, geht ähnliche Wege. Jedes seiner Gemälde, jede Radierung verrät meister-



Rudolf Misiwietz: „Meine Heimat“.

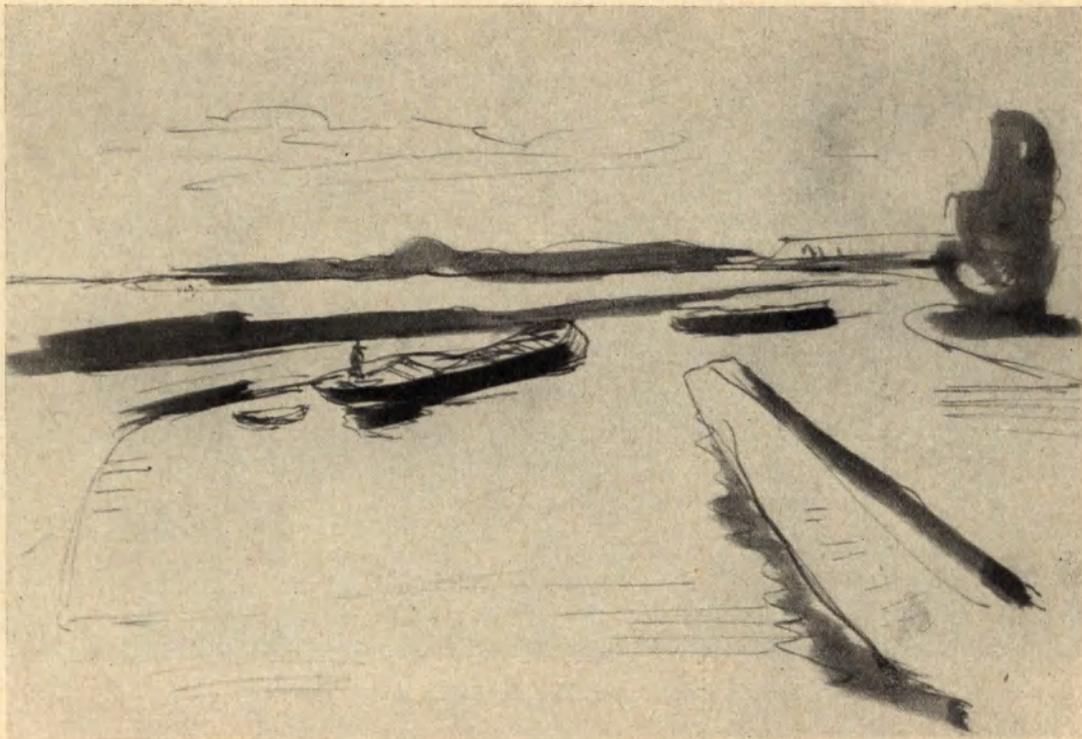
liches Können, das sich mit einer grossen Gediegenheit verbindet. Man spürt die vortreffliche Schule, durch die der Künstler in Breslau gegangen ist. Lassen wir ihn selbst darüber berichten! Es heisst in seinem Lebensabriss: „Professor Kaempffer nahm mich in seine Klasse, und ich fand dort eine Reihe gleichgesinnter harter Männer, meist Oberschlesier. Heute noch danke ich dem hervorragenden Lehrer für seine Erziehungsarbeit. 1925 bog man diesen prachtvollen Lehrmeister ab, und mit ihm gingen seine Getreuen, ich war auch darunter.“

Misiwietz wanderte nach Oberschlesien zurück zu seiner Mutter, die in Kattowitz lebte. Dort war das deutsche Stadtbild zwangsweise anders geworden. Der Künstler schreibt darum weiter: „Als ich auszog, war es noch deutsch. Jetzt flatterten hier und da weiss-rote Fahnen. Einigen sah man es an, dass nur der schwarze Streifen abgetrennt war, einfach abgetrennt — wie das Land. Ich lebte mich wieder ein und fühlte, dass es Kampf geben wird, erbitterten Kampf. Ich suchte den einfachen Menschen, der von seiner Stelle nicht fort kann, den etwas Unbestimmtes festhält, etwas, was er nur fühlt und nicht beschreiben kann, den Bauern und Arbeiter, der das Zeichen seiner Erde trägt.“



Rudolf Misliwietz: „Der Ziegenjunge“.

Der „**Ziegenjunge**“, das überaus eindrucksvolle Oelgemälde im Propagandaministerium, ist ein ebenso wertvoller Ausdruck für dieses Bemühen wie die Darstellung der Heimat, mit der Misliwietz in der harten Zeit verbunden blieb. Er bekennt von den Jahren des Reifwerdens: „Nach meiner Geburtsstadt Königshütte musste ich immer und immer wieder hin. Vier Riesenschornsteine an der Hauptstrasse, quer darunter würgt sich der Schienenstrang der Eisenbahn. Da das Hüttentor, dort gehen sie ein und aus, immer einfarbig, immer dieselben Gestalten, gleichmässig ruhig, fast feierlich. Mein Vater gehörte auch einmal zu denen. Hier wurde meine erste obereschlesische Darstellung reif, der „Arbeitermittag“ (1927).



Heinrich Sladkowsky: „Oderlandschaft“.

Mit der Zeit fanden sich einige deutsche Maler zusammen, und wir gründeten die „Kattowitzer Künstlergruppe“. Sieben Jahre blieb ich da, malte immer wieder Land und Leute, bis ich eines Tages, im Herbst 1932, über die Grenze abgeschoben wurde. Ich ging nur vor die Tür nach Beuthen, und ich sagte noch dem polnischen Polizeibeamten, dass ich einmal an dieser Stelle wieder hineinkommen werde.

Nach genau sieben Jahren erfolgreicher Arbeit, am 1. September 1939 vor Morgengrauen, verweilte ich einen Augenblick an dieser Stelle, und dann — — mit Donnern und Blitzen begann der Tag der Freiheit.“

Misliwicz hat während seines Wirkens in der Nachbarstadt Beuthen manches Bauwerk durch grosse Wandbilder verschönt. Darstellungen aus dem Leben der Wehrmacht und der Industriearbeiter gehören hierher. Eine Gesamtschau seiner Werke wird später hoffentlich jedem Königshütter Kunstfreund Einblick in sein Schaffen ermöglichen.

Eine Betrachtung der Hauptwerke wäre ebenso bei **Heinrich Sladkowsky** notwendig. Schon wenige Blätter seines Schaffens verraten das Ringen um den wesentlichen Ausdruck in der Kunst. Alles ist noch im Fluss, der endgültig eigene Stil ist noch nicht gewonnen. Aber mit Eifer geht

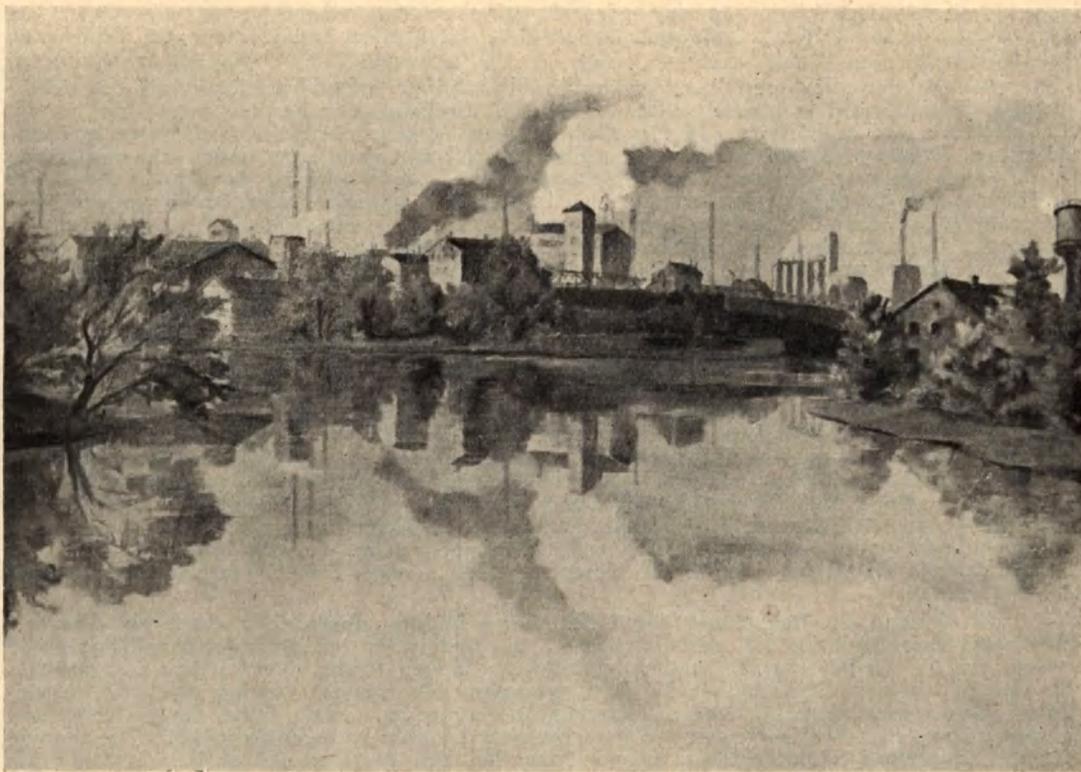


Ludwig Peter Kowalski: „Schönheit der Arbeit“.

dieser in Königshütte geborene Künstler den Fragen nach. „Seit Jahren abseits. Lebe der Besinnung und dem Wunder der Farbe“, sagt er selbst von seinem gegenwärtigen Wirken in Oppeln. Die kleinsten Skizzen, die rasch entstanden sind, verraten etwas von diesem Wollen.

Die wiedergegebene „Oderlandschaft“ ist trotz ihrer Schwarz-Weiss-Tönung malerisch. Sie hält in wenigen Strichen die Weite der Landschaft, das stille Gleiten des Kahnés und die Ruhe der langsamen Strömung fest. Das Lied eines Oderschiffers könnte man mit diesem Blatt begleiten und erläutern. Dann wäre vielleicht das flüchtige Festhalten der Stimmung am besten in ein Ganzes eingegliedert. Sladkowsky bietet auch die Tuschzeichnung eines Erntearbeiters oder das Aquarell eines Frühlingsstrausés wie eine flüchtige Begleitung zu einem Gedicht, zu einer beglückenden Naturstimmung.

Jugendeindrücke mögen bei solchem Erfassen der Umwelt nachklingen. Er sagt von diesen Jahren: „Ja, damals in Königshütte, da hatte ich Zeit. Unter den Fördertürmen der Schächte, an den unvergesslichen Ufern des Charlottenteiches auf den „Schlachtfeldern“ von Schwientochlowitz träumte ich die ewig grünen Träume des Abenteuers. — Mit zehn Jahren auf eigenen Füßen begann ich als Pantoffelmacher. Die erste künstlerische Tat: Unser Firmenschild.“ In solchen Worten ist viel von der Sehnsucht und der harten Wirklichkeit festgehalten. Mag die wirtschaftliche Not jetzt durch den Beruf als Lehrer für Kunsterziehung überwunden sein, das künstlerische Ringen bestimmt weiter das Werk Sladkowskys.



Rudolf Kober: „Hüttenteich“.

Kehren wir nach dieser kurzen Würdigung wieder zu einem Maler zurück, der ebenso wie Drobek in Königshütte geboren ist und heute in Breslau wirkt. Seine Kunst hat weit über die Heimat hinaus Geltung gewonnen, und unsere Stadt ist stolz auf dieses Schaffen von Ludwig Peter **Kowalski**. In jüngster Zeit hat er die Ausmalung des Stadttheaters in Kattowitz betreut. Dort gibt der einheitliche Farbklang dem Ganzen etwas Feierliches. Um solche Eindrücke hat sich Kowalski in vielen Werken bemüht. Altargemälde und Fresken erweisen es besonders. Der Entwurf für ein Fresko in der Städtischen Oberschule zu Neusalz a/Oder zeugt auch von dem Streben nach monumentaler Kraft und Würde. Hier sollte das Wesen des Stromes festgehalten werden, der für den Ort so entscheidend ist. Die Aufgabe wurde vorbildlich gelöst. Die rhythmische Flächenaufteilung und die strenge Linienführung vermitteln einen klaren, geschlossenen Eindruck.

Die Tafelbildwand „**Schönheit der Arbeit**“ vertieft dieses Erlebnis. Gross angelegte Linienführung und Zusammenbinden der einzelnen Gemälde zu einer Einheit sind hierbei besondere Merkmale. Der Künstler spricht kraftvoll eindringlich zum Beschauer und zwingt uns zur Ausein-

andersetzung mit dem Werk. So sind seine Gemälde an dem eigens hierfür gewählten Platz nicht nur schmückende Kunst. Sie geben dem Raum erst seine Besonderheit und beherrschen ihre Umwelt.

Am stärksten offenbaren diese Vorzüge Kowalskis grossartigen Glasmalereien für das Ueberlandwerk Oberschlesien in Neisse und für das neue Direktionsgebäude des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Gleiwitz. Je fünf Gestalten aus Vergangenheit und Gegenwart der ober-schlesischen Heimat gewinnen hier lebendige Eindruckskraft und überzeugen jeden von der Grösse der deutschen Leistung. Bei den beiden Bildreihen steht Fridericus im Mittelpunkt. Gestalten aus der Frühzeit und Gegenwart umrahmen ihn in Neisse. Der Bildaufbau und die innere Bezogenheit der monumentalen Glasgemälde zueinander ist in Gleiwitz noch stärker. Wie oft gehen wir an neueren Glasmalereien der Festräume und Kirchen achtlos vorüber, weil ihnen jede Leuchtkraft fehlt. Das vergangene Jahrhundert wurde diesem Werkstoff meistens nicht gerecht. Es bedurfte erst des künstlerischen Einsatzes grosser Meister der Gegenwart, die sich mit dem Wesen des Glases, mit seiner Besonderheit auseinandersetzen.

Kowalski gehört zu diesen Künstlern. Er weiss um die Wirkung des farbigen Glases im Sonnenlicht. Er berücksichtigt die Linienführung des Bleinetzes, das die bunten Gläser zusammenhält. Endlich setzt er die Schwarz-weiss-Tönung der Gesichter oder Hände so klar und wuchtig in die grösseren Glasflächen, dass sich die Leuchtkraft noch verstärkt. Hier sprechen die ober-schlesischen Meister des Bergbaues in ihrer ganzen Grösse zu uns. Heinitz und Reden stehen zu beiden Seiten des grossen Preussenkönigs. Wedding und Godulla schliessen das Ganze ab. Auf der grossen Planskizze, die Wedding mit beiden Händen aufrollt, ist neben Tarnowitz und Gleiwitz auch die Königshütte dargestellt. Der Kopf Redens wiederum zeigt trotz der wuchtigen Linien den ganzen Adel und die feinen Züge dieses Mannes. Dadurch hat Kowalski seiner Heimat und ihren bedeutenden Männern ein bleibendes Denkmal gesetzt. Es wäre wünschenswert, dass eine umfassende Ausstellung der Werke dieses Künstlers in seiner Heimat die Eindrücke verdeutlicht und vertieft.

Am Anfang der Betrachtung stand der grosse Meister Menzel, der durch ein Gemälde unbedingtes Heimatrecht in Königshütte gewann. Am Schluss soll auf einen Künstler hingewiesen werden, der die **Vielfalt** der Königshütter Eindrücke in langen Jahren kennengelernt und gestaltet hat. Dadurch ist er in Oberschlesien heimisch geworden. Alles gewinnt bei ihm durch die künstlerische Ausdrucksform einen bleibenden, allgemein überzeugenden Gehalt. Wie wenige fühlen den Zusammenklang von weiten Feldern und rauchenden Schloten im Industriegebiet! Wie wenige wissen um seine landschaftlichen Reize oder um das vielfältige Leuchten und Sprühen in den Eisenwerken! Unzählige hasten an dem Hüttenteich vorüber und sehen nicht, welcher einmalige Eindruck sich hier dem Verweilenden bietet.

Rudolf Kober hat dies alles in seinen Bildern festgehalten. Sein Ringen um die Besonderheit der Wahlheimat ist nur in wenigen Werken spürbar. Alle Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen der Reifezeit atmen in der harmonischen Farbgebung, in der sicheren Linienführung den ganzen Zauber des Dargestellten. Bei dem „**Hüttenteich**“ sind die ruhige Wasserfläche und die verschiedenartigen Bauten und Schornsteine zu einer Einheit geworden. Durch die stille Fläche des Vordergrundes ist für den Betrachter alles etwas ferner gerückt; aber er gewinnt dadurch die Uebersicht und das einheitlich grosse Erlebnis. Das Gemälde verrät deutlich, dass Kober jetzt frei und ungestört schaffen kann. Er braucht nicht mehr zu fürchten, dass fremde Unterdrücker in seiner Kunst eine heimliche Spionage sehen. Die Polen bereiteten ihm aus solch unbegründeter Furcht und unsinniger Spitzelei die grössten Schwierigkeiten. Wie oft musste er in wenigen Augenblicken rasch eine Skizze entwerfen, um dann zu Haus den gewonnenen Eindruck erst malerisch zu gestalten. Aber daraus entwickelte sich eine derart eindringliche Beobachtungsgabe und Malweise, dass der Künstler jeden Vorgang lebendig im Bilde festhalten kann.

Das Glühen eines Abgusses, das vielfältige Leuchten im Walzwerk oder die Rhythmik der Arbeiter bei ihrem Schaffen gestaltet er ebenso wie den Frieden eines Erntetages. Der Gesamteindruck ist dabei für ihn das Entscheidende. Ob sich hinter Halden die Stadt aufbaut, ob sich

vor den Schloten ein Feld mit Getreidepuppen breitet, immer fügt sich alles zu einem Ganzen. Auch Landschaftsbilder aus den Beskiden oder der Tatra, zarte Aquarelle aus den Birkenlichtungen und kleinen Waldbezirken bei Königshütte sind von dieser Harmonie und inneren Geschlossenheit erfüllt.

Solche Einfühlung ist erst möglich nach vielem Wandern und Suchen. Rudolf Kober gewann eine Fülle von Erkenntnissen auf Reisen in Deutschland, in Italien und Frankreich. Mensch und Landschaft, die ihm auf diesen Wegen begegneten, stellte er in vielen Bildern dar. Ausserdem vertiefte seine Tätigkeit an der Eichendorffschule im Begegnen mit der Jugend so manche Auffassung. Und nicht zuletzt hat ihm das eigene Heim eine grosse innere Bereicherung gewährt. Die Bildnisse seines Jungen sind von Blatt zu Blatt inniger geworden. Hier spürt man genau so wie bei den Königshütter Arbeiten, dass sich der Maler die Umwelt mehr und mehr erschliesst. Er ist in Zobten geboren, aber Königshütte hat er von Jahr zu Jahr lieber gewonnen. Man betrachte nur einmal die Zeichnungen von Arbeitern! Darin verrät jeder Strich das tiefe Versenken in die hartschaffenden deutschen Menschen des jüngsten Gaus.

Rudolf Kober war in schweren Jahren der Kampfzeit durch sein Werk und als Leiter der „Kattowitzer Künstlergruppe“ ein treuer Hüter deutscher Art. Es liegt ihm nicht, viel davon zu reden. Ueberhaupt ist ihm äussere Betonung seines Wollens und Könnens fremd. Er schrieb selbst vor Jahren im „Kulturwart“, einer „Monatsschrift für das deutsche Kulturleben in Polen“: „Der Künstler läuft nicht mit fliegendem Binder und Schlapphut herum, sondern sieht aus wie jeder gewöhnliche Sterbliche.“ Diese Wesensart wird sich Rudolf Kober immer bewahren. Ihm geht es um das innerliche Erfassen künstlerischer Werte. Sein Einfühlen in Oberschlesiens Land und Leute ist bestes Lob für die Stadt Königshütte und höchstes Zeugnis seiner grossen Kunst.

Königshütter Musiker: Bialas und Ringmann.

Von Dr. Walther Vetter.

Der in anderen Zonen unseres Vaterlandes beheimatete Deutsche, der „den Osten“ nur vom Hörensagen kennt, stellt sich beim Worte Oberschlesien in der Regel nichts anderes vor als eine unübersehbare Anzahl von Fabrikschloten, die mehr mit Neuer Sachlichkeit als mit deutscher Romantik, sehr wenig jedenfalls mit Poesie und Musik zu tun haben. Erzromantiker aber wie Eichendorff, den oberschlesische Eindrücke zu lyrischen Gesängen begeisterten, und Carl Maria v. Weber, der sich die Inspiration zu seiner Waldmusik im „Freischütz“ aus der oberschlesischen Landschaft um Carlsruhe holte, belehren den Zweifler, dass in Oberschlesien auch Bäume wachsen und Wälder rauschen, ja dass eine schönheitsdurstige Künstlerseele sich dort zu erquicken vermag wie irgendwo.

Auch im oberschlesischen Menschen steckt ein reicher Schatz an Musik. Eichendorff, der Oberschlesier, ist dessen ebenfalls Zeuge, denn nicht zu Unrecht hat man die bedeutsamen musikalischen Elemente seiner Lyrik sowohl wie seiner Prosadichtung wiederholt betont. Gewiss kommen die grössten unter den deutschen Musikern nicht aus der Südostecke des Reiches. Aber einer der Erlauchten, Franz Schubert, ist der Herkunft seiner Vorfahren nach Oberschlesier; seine Ahnen waren bäuerliche Ansiedler im Neisser Lande¹. Im übrigen können zahlreiche oberschlesische Namen genannt werden, die im Bereiche der deutschen Musik einen guten Klang haben.

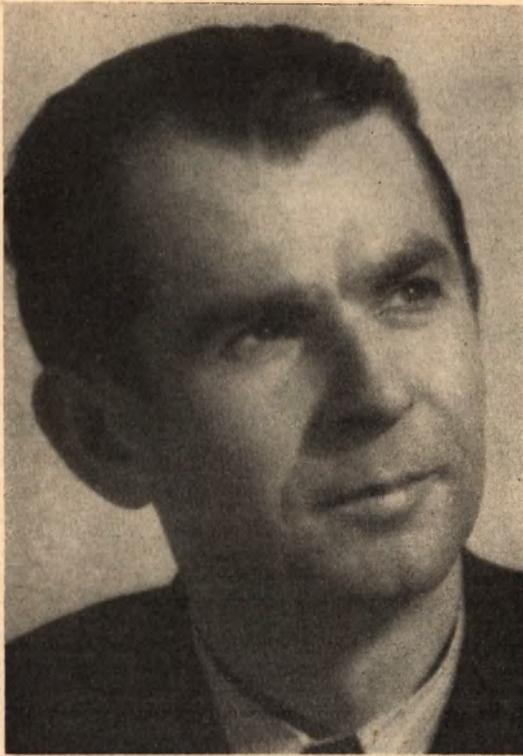
Bereits im 16. Jahrhundert zeichnete sich Johannes Nucius, Zisterzienserabt von Himmelwitz, durch Komposition formvollendeter und gehaltvoller Motetten und Messen aus²; 1613 erschien aus seiner Feder eine Kompositionslehre. Für die oberschlesische Musikgeschichte ist Nucius deshalb besonders wichtig, „weil er einer der wenigen bedeutenden Komponisten ist, die lebenslang in der schlesischen Heimat gewohnt haben“³. Etwas jünger ist der ungemein regsame Dichter, Musiker und Gelehrte Apelles von Löwenstern, der in erstaunlichem Masse „als geistiger Mittler zwischen seinen schlesischen Freunden und der literarischen Aussenwelt gewirkt hat, dass die führenden Geister seiner Zeit von ihm bedeutende Anregungen empfangen“⁴. Löwenstern, der im oberschlesischen Neustadt als Sohn eines schlichten Handwerkers geboren und als Kaiserlicher Rat, mit dem Adel bedacht, in Breslau starb, erhielt von Erdmann Neumeister in seinem Lexikon *De poetis Germanicis* (1695) den Ehrentitel eines *Magnum olim urbis Wratislaviae ornamentum*. Bereits in den Umkreis der neueren, unter uns allen lebendigen Musik führt uns der 1769 in Grottkau geborene ungemein fruchtbare Komponist Josef Xaver Elsner durch seine Beziehungen zu Chopin, der sein Schüler wurde. Im 19. Jahrhundert machte der fleissige und tüchtige Heinrich Schulz-

¹ Vgl. W. Vetter, „Franz Schubert“, Potsdam 1934, S. 8 f. — Die Mutter des Komponisten und sein Urgrossvater väterlicherseits stammten aus Zuckmantel am Fusse der Bischofskoppe.

² Vgl. B. Widmann, „J. Nucius, Abt von Himmelwitz, ein Altmeister der klassischen Polyphonie“, in der Zisterzienser-Chronik, 32. Jhrg., Bregenz 1920, S. 1 ff.; E. Kirsch, „Von der Persönlichkeit und dem Stil des schlesischen Zisterzienser-Komponisten J. Nucius“, Breslau 1926; Neudruck dreier Kompositionen des Nucius (Ein geistliches Klagelied, *Tenebrae factae sunt*, Das heilige Vaterunser), hrsg. von B. Widmann, Verlag „Der Oberschlesier“ — Oppeln und K. Littmann, Breslau 1933.

³ E. Kirsch, a. a. O. S. 5.

⁴ P. Epstein, „Apelles v. Löwenstern“ (Schriften des Musikal. Instituts bei der Universität Breslau, hrsg. von M. Schneider, Bd. 1), Breslau 1928, S. 23.



Günther Bialas

Beuthen *) viel von sich reden. Als begabter Musiker und rastlos tätiger Gelehrter und Sammler schuf der aus Bielau bei Neisse stammende Emil Bohn eine gewichtige Tradition, von der wir heute noch dankbar zehren⁵⁾. Weitere gute oberschlesische Musikernamen der neueren Zeit sind Alexis Holländer als Pianist, Dirigent, Pädagoge und Komponist, Karl Zuschneid, der Verfasser vielbenützter methodischer und instruktiver Werke für Klavierspieler, der katholische Kirchenkomponist Max Filke, sowie Arnold Mendelssohn, ein evangelischer Kirchenkomponist von hohem Range. Ferner der namentlich als Liederkomponist gefeierte, aber auch auf fast allen anderen musikalischen Schaffensgebieten ungemein bewährte, erst kürzlich und damit viel zu früh dahingegangene Richard Wetz⁶⁾ und der rüstig unter uns schaffende, als Komponist und Erzieher gleich bemerkenswerte Hermann Buchal.

Die wenigen soeben aufgezählten oberschlesischen Musiker, denen unschwer noch manche anderen hinzugefügt werden könnten, haben immerhin etwas wie eine Ueberlieferung, eine musikalisch-geistige Atmosphäre im oberschlesischen Raume geschaffen. Gewiss haben die meisten von ihnen nicht in Schlesien, geschweige in Oberschlesien, gewirkt; aber sie sind oberschlesischen Blutes und verpflichten denjenigen, der, einer Abkunft mit ihnen, als Musiker schaffend vor die Öffentlichkeit tritt. Solch einem Junaen, stürmisch und sonderartig Werdenden, **Günther Bialas**, gelten diese Zeilen. Wenn sie bisher in bunter Folge die verschiedensten Namen, nur nicht den seinigen anführten, geschah es, um ein, zunächst landschaftlich eng umzirktes Erbe zu bezeichnen, das auch er zu respektieren hat.

*) Anlässlich der Eröffnung der ersten schlesischen Musikbücherei in Beuthen O/S. am 27. April 1941 wurde die Abschrift des Zeugnisses der Königlich-Preussischen Hütten-Anstalt in Königshütte vom 20. September 1858 über die hüttenmännische Betätigung von Heinrich Schulz gezeigt, folgenden Wortlauts:

„Der Privathüttenbeflissene Herr Heinrich Schulz aus Beuthen O/S. hat sich seiner hüttenmännischen Ausbildung wegen vom 18. Oktober 1857 bis zum heutigen Tage auf dem hiesigen Werk aufgehalten, und sich vom Tage der Ankunft bis Ende März 1858 mit dem Hochofenbetriebe und der Steinkohlenverwaltung, von Anfang April bis Ende d. 3. mit dem Puddlingsfrischprozess, von Anfang Juli bis jetzt aber mit dem Walzwerk- und Schweisssofenbetriebe praktisch beschäftigt, und dabei recht vielen Fleiss und diejenige Ausdauer bestätigt, welche erforderlich ist, um die bezeichneten Betriebszweige gründlich kennen zu lernen, was wir auf seinen Antrag mit dem Zeugnisse sittlicher Führung hierdurch bescheinigen.“

⁵⁾ Vgl. W. Vetter, „Das frühdeutsche Lied“, Münster 1928, Bd. 1 S. XIV, Bd. 2 S. 147.

⁶⁾ Vgl. den „Oberschlesier“ XVII 38 (J. Herrmann) und 93 (G. Strecke).



Bialas stammt aus dem bis 1922 preussischen Bielschowitz, unweit Hindenburg, einem heute etwa 14 000 Seelen zählenden Dorfe. Er ist (1907 geboren) jetzt ein Vierunddreissigjähriger. Der Vater war Lehrer in Königshütte und lange Jahre im Königshütter Lehrergesangverein führend tätig. Die Familie hat Musikerblut, auch der aus Westpreussen stammenden Mutter rühmt der Sohn Liebe zur Musik nach. Frühzeitig regte sich auch in ihm der musikalische Trieb. Auf den Gymnasien in Königshütte und Kattowitz mögen ihm bald die Noten lieber als die Vokabeln, das Komponieren wichtiger als die Extemporalien gewesen sein. Vorübergehend lernte er, wie so manche oberschlesische Jugend unserer Tage, auch das Grubenarbeiterleben kennen. Gerade solche Erlebnisse pflegt ja der geistig und künstlerisch beanlagte Mensch, sofern er sich von ihnen nicht erdrücken lässt, im späteren Leben vielfältig auszumünzen. Die Kunst als Lebensziel stand frühzeitig fest; eine Zeitlang schien es allerdings die Malerei werden zu sollen.

Vor der Berliner (Charlottenburger) Zeit ein dreisemestriges Studium an der Heimatuniversität Breslau, wo Bialas namentlich durch den bekannten Germanisten Theodor Siebs tiefere Eindrücke empfangt. Von Musikern haben auf ihn persönlich eingewirkt in Kattowitz Fritz Lubrich d. J., in Berlin (Akademie für Kirchen- und Schulmusik) Hans Joachim Moser, Waldemar v. Baussnern, Robert Hennried und in Breslau sein mit ihm befreundeter oberschlesischer Landsmann Heribert Ringmann. Unter den namhaften schöpferischen Musikern begegnen ihm im Geiste etwa Béla Bartók, sofern dieser sich zu älteren Meistern wie Beethoven und Bach, sowie zum Volkslied bekennt, und Paul Hindemith, insoweit er zu Tonalität, gestraffter Formgebung und positivem Ethos zurückkehrt.

Seinen „Sturm und Drang“ scheint Günther Bialas bereits hinter sich zu haben. Dieser stand mit unter dem Zeichen J. F. Strawinskys. Letzter Nachklang davon könnte des jungen Komponisten Vorliebe für ostinate Rhythmenführung sein, jedoch artet diese Rhythmik bei ihm neuerdings nicht mehr aus in eine ungeistig-maschinenmässige Motorik. Bei der mit höchster Wahrscheinlichkeit zu erwartenden fortschreitenden Abklärung seines Talentos wird sich seine ausgeprägte Rhythmik den anderen positiven Eigenheiten seines Stils ebenbürtig gesellen: der Diatonik, die nichts weiss von konsequenter Zwölftonmusik oder gar Vierteltönerei; der Linearität, die, einer angeborenen Urbegabung zur polyphonen Haltung entsprungen, jede eigentliche harmonisch-akkordische Bindung missachtet, jedoch harmonische Deutungsmöglichkeiten in jedem Falle offen-

lässt; einem freudigen Formgefühl, das willig das Gesetz in der Freiheit anerkennt und als relativ unverbindlichste Fesselung die Variation bevorzugt; endlich dem Volkston, und zwar entweder in der volkstümlich angehauchten Thematik oder der direkten Verwendung von Volksliedmelodien.

Diese Musik hat sich auf keinerlei „Ismus“ festgelegt, das ist das Gesunde an ihr, gleichviel ob es Musik für Klavier⁷, Sologesang⁸, Chor⁹, Kammer-¹⁰ oder Orchestersatz¹¹, ob es Schul-¹² oder Volksmusik¹³ ist. Hier handelt es sich nicht um Realismus oder Naturalismus, Impressionismus oder Expressionismus, aber auch nicht um aufgewärmte Romantik (die romantische Gefühls- und „Inhalts“-Seligkeit überwunden zu haben, ist sogar eines der unbestreitbaren Verdienste jener „Ismen“!) —, vielmehr es handelt sich um die Früchte eines sympathisch lebendigen Musikantentums, um ein Ding nicht für Dichter und Aestheten und Philosophen, sondern letzten Endes um nichts als um — Musik.

Der Hang zur Verundeutlichung und zum Unorganischen, zu Asymmetrie und Formlosigkeit, die Neigung zu Spott und Ironie, zu Parodie und Persiflage, das heisst: alle jene Zersetzungserscheinungen, die namentlich in den Jahren 1918—28 einen beträchtlichen Teil der deutschen (und der internationalen) Musik kennzeichnen, sind in Günther Bialas' Kompositionen zerstückt und verweht. Es ist in ihnen etwas Hartes, Reines, zuweilen Strenges, ähnlich wie bei Heinrich Kaminski, Günther Raphael, Kurt Thomas und anderen, mit deren reiferer Geistigkeit der — jüngere — Bialas zwar noch nicht zu wetteifern vermag, denen man sein Wollen jedoch dank verwandter geistig-seelischer Zielsetzung vergleichen darf.

In der Gesangsmusik wird solches Streben am ehesten deutlich. Nirgends wird der Text rein verstandesmässig „interpretiert“. Nicht für die Sehnen, Nerven und Blutgefässe des Gedichtes interessiert sich der Komponist, sondern für den geistigen Umriss und die seelische Kontur. Scheinbare Deklamationshärten und Betonungsmängel gehorchen dem inneren Zwange, die melodische Linie zu wahren. Bekanntlich stritten sich ältere Zeiten immer wieder über die Frage, ob im gesungenen Liede dem Worte oder dem Tone das Vorrecht gebühre (die Problematik von Goethes Verhältnis zum musikalischen Liede im allgemeinen und zu Franz Schubert im besonderen hängt damit zusammen): bei Bialas finden sich, wie bei manchem andern unter den Heutigen, Ansätze zur Lösung dieser Frage. Die Musik bewahrt voll ihr Recht, aber auch die Dichtung wird kaum versehrt, weil sich nämlich der Komponist nicht dichterischer gebärdet als der Dichter selbst.

⁷ Klavierstücke für 3 (!) und 4 Hände (handschriftlich).

⁸ Lieder für eine tiefe Frauenstimme, Bratsche und Klavier auf Texte von H. Gaupp (hdschr.).
Gesänge für Mezzosopran und Orchester auf Texte von R. M. Rilke (hdschr.).

⁹ Vier Chöre nach Gedichten von J. Chr. Günther (hdschr.).

¹⁰ Kanon für 2 Violinen, Bratsche und Violoncello und Passacaglia für 3 Violinen; in „Pro Musica“, Organ für neue Musik, hrsg. von F. Jöde u. a., Heft 7 (Schulmusik), G. Kallmeyers Verlag, Wolfenbüttel.

¹¹ Kleine Konzertmusik für Orchester und Klavier. Musik zur „Endlosen Strasse“ (S. Graff): beides hdschr.

¹² Beiträge zu den Schlesischen Schulliederblättern, hrsg. vom NS. Lehrerbund, Verlag K. Littmann, Breslau; Beiträge zur „Singstunde“, Lieder der Zeit, Verlag G. Kallmeyer; Beiträge (z. B. „Fröhlicher Aufzug“ für Klavier im Heft „Das Charakterstück“) zu den Historischen Reihen, hrsg. von Martens und Münnich. Musik für den Feierabend, Kantate für 2-stimm. Chor, Vorsänger, Streichorchester und Flöte (hdschr.). „Schlaraffenland“, Kantate für Kinderchor und Streicher (hdschr.: aufgeführt in Schulen in Berlin, Wittenberg usw.).

¹³ Variationen über ein Volkslied für 2 Violinen und Bratsche, im „Spielmann“ IV, hrsg. von F. Jöde, Kallmeyers Verlag. Variationen über ein oberschlesisches Volkslied, Beilage zum „Musikanten“ (Lose Blätter Nr. 165, Kallmeyer. Schlesische Volkslieder im 3-stimm. Satz für Knabenchor (hdschr.). Chorvariationen über die oberschlesischen Volkslieder „Als ich noch den Hausherrn spielte“ und „Sitzt da ein Häslein an dem Rain“ (hdschr.).

Bewusste Altertümelei ist Bialas fremd, aber dem gesunden Zuge unserer Zeit nach schöpferischer Nutzbarmachung eines halben Jahrtausends deutscher Musik hat sich unser Oberschlesier nicht versagt. Hier bewährt sich, nebenbei bemerkt, die wachsende musikgeschichtliche Einsicht unserer Zeit, die auch diesen Musiker nicht gänzlich verschont hat. So gemahnen die Bildkraft und Klangplastik, die rhythmische Entschiedenheit und gebärdenhaft deutliche (stets linear durchwirkte) Melodik der Kleinen Konzertmusik für Orchester und Klavier an Brandenburgische Konzerte eines Bach oder Concerti grossi eines Händel (im Andantino mit bewusst mozarteskem Einschlag) —: gewiss kann hierin keine Bewertung liegen, wohl aber eine Charakterisierung.

Dem Dienste am Volksliede und an dem ganzen Komplex der Schulmusik, die, will sie nicht entarten, bodenständig und volkstümlich bleiben muss, kommen solche Tugenden der Plastik und Bildkraft ungemein zugute. Mit geistreicheln der Kakophonie leidet man hier ebenso Schiffbruch wie mit romantisierender Empfinderei. Günther Bialas vermeidet dieses Extrem stets, jenes in der Regel. Den sehr sparsamen, fast primitiven melodischen Gehalt des oberschlesischen Volksliedes „Als ich noch den Hausherrn spielte“ weiss er mit den satztechnischen Mitteln der Polyphonie und den formalen Möglichkeiten der Variation ungemein anzureichern, trotzdem belässt er dem Kinde des Volkes sein schlichtes Gewand (man beachte besonders den Kehrreim!).

Günther Bialas, der an der Breslau-Carlwitzer Frauen-Oberschule musikerzieherisch tätig ist, gehört erfreulicherweise nicht zu den (in der deutschen Musikgeschichte einstmals leider zu häufigen) Stiefkindern des Glücks und nicht zu den verkannten Genies. Seiner Begabung trug man weitgehend Rechnung. Bereits vor Jahren gehörte er zusammen mit Heinrich Kaminski, Armin Knab, Ludwig Weber, Gerhard Mass und anderen unternehmenden Musikern, die teilweise, wie er selbst, mit der musikalischen Jugendbewegung nähere Berührung hatten, zum „Kreis der Zwölf“, der in den Darbietungen des Hamburger Senders eine Rolle spielte. Auch hat der Reichssender Breslau an Bialas wiederholt seine Kulturaufgabe bewährt, indem er zahlreichen seiner Kompositionen zur Aufführung verhalf, und auch der Konzertsaal hat sich ihm nicht verschlossen. Nichtsdestoweniger tut weitere Förderung und breites öffentliches Interesse¹ für ein Talent not, das, nach vielversprechenden Anfängen, voll sich zu entfalten erst dann vermag, wenn es auf denjenigen Widerhall zählen darf, dessen Gewissheit eine der Vorbedingungen jedes künstlerischen Schaffens ist.“



Dr. Heribert Ringmann

* * *

¹ In einem grossen Konzert „Schlesische Tonsetzer“, das der Königshütter Musiklehrer Paul Rodewald dirigierte, kam neben Buchal, Strecke, Lubrich, Wartisch auch Bialas zu Gehör. Die Stadt Königshütte war die erste oberschlesische Stadt, die damit nach der Heimkehr ins Reich die heimatlichen Komponisten ehrte.

Einen zweiten Musiker zählt Königshütte zu seinen Söhnen, die sich nicht nur in Schlesien, sondern darüber hinaus einen klangvollen Namen erworben haben. Es ist **Dr. Heribert Ringmann**, ein gebürtiger Königshütter, gleich beachtlich als Dirigent wie als Musikforscher. Er ist der Herausgeber des Glogauer Liederbuches in den Reichsdenkmälen für Musik, Band 4 und 8. Heribert Ringmann studierte in den Jahren 1920—26 Musik und Musikwissenschaft, daneben Kunst- und Literaturgeschichte sowie Philosophie. 1926 promovierte Ringmann zum Dr. phil. in Musikwissenschaft. Von 1924—27 leitete er das Collegium-Musicum an der Universität Breslau. Seit 1928 wirkt er als Dirigent des Spitzerschen Gesangvereins und des Orchesters. 1931 wurde er Dozent am Hochschulinstitut für Musikerziehung bei der Universität Breslau für Chorerziehung, Dirigieren, Instrumentation und Theorie.

Professor Dr. Wilhelm Wagner.

Von Chefarzt Dr. Schmiedt — Königshütte.

Im Chefarztgebäude des Knappschafts-krankenhauses Königshütte befindet sich ein Zimmer, in welchem der spätere Reichsärztführer Dr. Gerhard Wagner am 18. August 1888 geboren wurde. Er war das vierte und jüngste Kind des damaligen Chefarztes des Knappschafts-krankenhauses Professor Wilhelm Wagner.

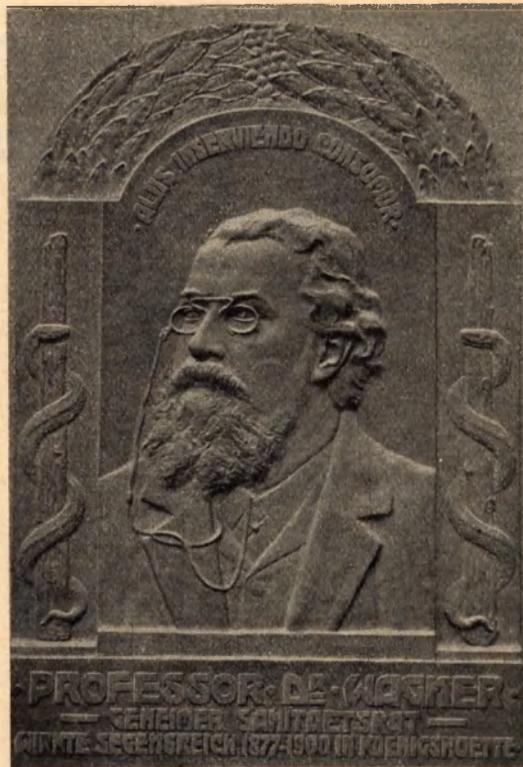
Professor Wilhelm Wagner war ein seltener Mann, eine Führernatur, von hohem Verstand, von ungewöhnlicher Arbeitskraft, Vielseitigkeit, Gewissenhaftigkeit und Güte. Er war ein Kulturpionier des Deutschen Ostens und einer der hervorragendsten Bürger der deutschen Stadt Königshütte, an den das im Jahre 1908 enthüllte Denkmal erinnert, das jetzt im Gelände des Knappschafts-krankenhauses seinen Platz gefunden hat. An ihn erinnert auch eine Strasse und eine Ortsgruppe der NSDAP., sogar die „Wagnerspitze“ in der Tatra bewahrt seinen Namen als des ehemaligen Ehrenpräsidenten des Karpatenvereins.

Wilhelm Wagner stammte aus einem hessischen Pastorenhause in dem kleinen Orte Wohnbach, wo er am 14. Januar 1848 geboren wurde. Mit 21 Jahren schon war er praktischer Arzt und Dr. med. und ging zunächst als Badearzt nach Nauheim. Aus seiner dortigen Tätigkeit riss ihn der Krieg 1870—71, an dem er als Arzt teilnahm. Nach dem Feldzug liess er sich in Friedberg in Hessen nieder, wo er seine Lebensgefährtin fand, Marie Herzberger, die ihm in fast siebenundzwanzigjähriger harmonischer und glücklichster Ehe verbunden blieb.

Obwohl er nie Assistent eines Chirurgen gewesen war, wagte er doch eine ganze Reihe von Operationen, die ihm gut gelangen und verfasste eine Menge grösserer und kleinerer Abhandlungen aus den verschiedensten Gebieten der Heilkunde für die damals noch magere deutsche medizinische Literatur.

1877 erhielt Wilhelm Wagner die Leitung des Knappschafts-lazarettes in Königshütte und siedelte damit nach Oberschlesien um. Er baute sich hier einen weit ausgedehnten ärztlichen Wirkungskreis aus, denn inzwischen war er ein bekannter und gesuchter, kühner und erfolgreicher Operateur geworden und blieb dabei ein ebenso tüchtiger Arzt für innere Krankheiten. Vor allem seine grossen menschlichen Eigenschaften bestimmten ihn zum Arzt als Helfer, dessen Name bald ganz Oberschlesien beherrschte.

Doch damit war es nicht genug. Seine zahlreichen Veröffentlichungen und Neuentdeckungen, die in seinem Hauptwerk „Verletzungen der Wirbelsäule und des Rückenmarks“ und in der von ihm erdachten „Osteoplastischen Resektion des Schädeldachs“, in seiner Schrift „Die Massage und ihr Wert für den praktischen Arzt“ und in Schriften über die verschiedensten Ge-



biete der inneren Medizin niedergelegt wurden, verschafften ihm einen ständigen Platz im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie. Weiterhin verdankt eine Lungenheilstätte ihm ihre Entstehung sowie eine für das Grenzgebiet dringend nötige deutsche Mädchenschule in Königshütte, die er als Kurator betreute. Ausserdem war er ein eifriger und zu Weltberühmtheit gelangter Botaniker, der nach allen Ländern der Erde korrespondierte und sein ungewöhnlich vollständiges Herbarium in peinlichster Vollständigkeit und Ordnung hielt. Seinen Assistenten war er ein gewissenhafter und treuer Lehrer.

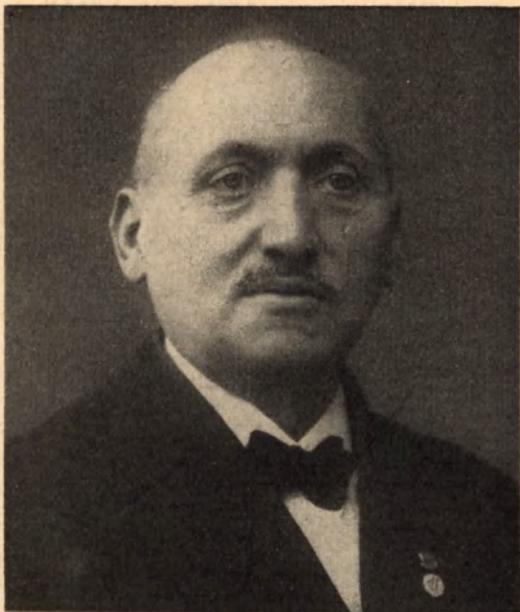
Sein Tod am 7. 8. 1900 nahm nicht nur dem Knappschaftskrankenhaus einen hervorragenden Chefarzt und der Stadt Königshütte einen ihrer grossen Mitbürger, sondern auch dem ganzen Land Oberschlesien einen treuen, gewissenhaften und unermüdlichen Arzt und Helfer und der deutschen Wissenschaft einen ihrer besten und berühmtesten Vertreter. Sein Grab befindet sich auf dem evangelischen Friedhof.

Das Denkmal im Gelände des Knappschaftskrankenhauses, das zwischen den chirurgischen und inneren Stationen errichtet wurde, trägt die Inschrift: „Aliis in serviendo consumor“. Im Knappschaftskrankenhaus sind jetzt noch Angestellte tätig, die sich des „grossen Professors“ mit Anhänglichkeit und Begeisterung erinnern und auch von der Jugend seines grossen Sohnes Gerhard Wagner, des späteren Reichsärztesführers, als ihres Jugend-Kameraden und Gespielen lebhaft und fröhliche Schilderungen geben. Ihnen verdanken wir grösstenteils auch die hier wiedergegebenen Erinnerungen und den lebendigen Rückblick auf die beiden grossen deutschen Männer, die die Stadt Königshütte mit der Entwicklung des Grossdeutschen Reiches in nahe Beziehung bringen.

Michael Münzer, der oberschlesische „Spielvater“.

Von Rektor Karl Fieber — Gleiwitz.

„Indem wir spielen, dienen wir der Heimat und dem Vaterland“, so lautete Münzers Parole, als er um die Jahrhundertwende im Stadtteil Bismarckhütte begann, die Leibeserziehung der Jugend national zu gestalten, Spiel und Sport zur Volkssitte in Oberschlesien zu machen und dann in einem mehr als 40jährigen Volkstumskampf seine bedeutsame Grenzlandmission glücklich zu erfüllen. Aus einem alten Bauerngeschlecht der Stadt Zülz stammend, am 23. September 1866 geboren und Lehrer geworden, zog Münzer 1896 nach achtjährigem Wirken als Landlehrer in den Kreisen Gross-Strehlitz und Oppeln in den Industriort Bismarckhütte ein, der für ihn Mittelpunkt seines Schaffens und für Oberschlesien die Wiege der heimatlichen Sportbewegung werden sollte. Von Bismarckhütte aus strahlten alle seine befruchtenden Anregungen, Massnahmen und Arbeiten nach Oberschlesien, ins Reich und sogar ins befreundete Ausland aus. Hier in Bismarckhütte lebte und wirkte Münzer 42 Jahre lang in opfer- und arbeitsfreudiger Weise für den nationalen Aufbau der vom Polentum schwer bedrängten Heimat. Nach kleinen geglückten Versuchen im Spiel und Sport in seiner Bismarckhütter Schule und nach gelungenen Spielfesten am Orte, suchte Münzer seine Gedanken und Ideen in seinem ungestümen Drang und Eifer auch auf benachbarte Industrieorte und ländliche Gemeinden zu übertragen und zu verwirklichen. Als er 1900 von dem Abgeordneten Emil von Schenkendorf aus Görlitz in den Arbeitsausschuss des **Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele** in Deutschland berufen wurde, begann in Oberschlesien seine organisatorische und aufbauende Tätigkeit festere Grundlagen zu erhalten. Vom Schulspiel über das Jugendspiel drang er ins Volk und entfachte in Oberschlesien eine Bewegung, wie sie in keinem anderen deutschen Landesteil ähnlich zu verzeichnen war. Nach zweijähriger Arbeit konnte er 1902 aus einzelnen Ortsgruppen und Spielvereinen die „Spielvereinigung des Oberschlesischen Industriebezirks“ und bereits 1904 den mächtigen „**Oberschlesischen Spiel- und Eislaufverband**“ schaffen, der auf dem Lande Jugend und Volk körperlich und geistig ertüchtigte, und, was noch ausschlaggebender war, für den deutschen Volkstumskampf erfolgreich schulte. Jahrzehntelang war dieser Verband mit seinen 720 Vereinen und 45 000 Mitgliedern das nationale Rückgrat der Abwehrkämpfe gegen das Grosspolentum und später gegen die Systemherrschaft. In den vier Jahrzehnten seiner Wirksamkeit hat der Verband die breiten Volksmassen zur körperlichen und sportlichen Betätigung herangezogen. Seine Idee war es, vom Dorfe, vom Landvolk aus die Spielbewegung zu gestalten und nicht durch eine Stadtkultur, auch in den Volks- und Jugendspielen, zu verderben. Münzer galt nach dieser Seite hin als bedeutender Reformator und Organisator. Die Oppelner Regierung wurde auf Münzer und seine Arbeiten aufmerksam. Der damalige Leiter der Abteilung II, Oberregierungsrat **Dr. Küster**, der 1904 ein grosszügiges „**Volkswohlfahrtsprogramm für das deutsche Grenzland Oberschlesien**“ aufstellte und in diesem u. a. zur praktischen Förderung des Deutschtums eine verstärkte und weitreichende Pflege der Jugend- und Volksspiele forderte, übertrug die Lösung dieser grossen Aufgabe dem Lehrer Michael Münzer in Bismarckhütte. Dieser hatte nun die „**Oberschlesische Spielinspektion**“ einzurichten und sie auch als „Spielinspektor“ zu leiten. Sein Hauptaugenmerk richtete Münzer in erster Linie auf die Volksschuljugend. In zahlreichen Spiellehrkursen, von denen die ersten in Bismarckhütte abgehalten wurden, bildete er einen zuverlässigen und für die Jugend begeisterten Stamm von Lehrern und Lehrerinnen aus, die befähigt wurden, als Spielleiter, Turn- und Sportlehrer die deutschen Volks- und Jugendspiele in den Volksschulen einzuführen und planmässig zu pflegen. **Schlagball wurde das Hauptschulspiel, dazu kam im Winter der Eislauf.** Der planmässige Spiel- und Sportbetrieb führte nach einigen Jahren zur Einrichtung des besonderen Spielnachmittags, sodass in Oberschlesien für ganz Deutschland vorbildlich in den Volksschulen neben den 2 planmässigen Turnstunden 4 besondere Spielstunden abgehalten wurden, also Münzer schon vor 30 Jahren die Forderung nach der täglichen Turnstunde bezw. Vermehrung der Leibesübungen verwirklicht hat. Der Sportbetrieb war so stark angestiegen, dass 1913 80 % der Schuljugend im freiwilligen Spiel erfasst und von 2 500 ausgebildeten Lehrern geleitet worden war. Die Regierung förderte diese Bewegung durch Massnahmen und Anordnungen auf



„Spielvater“ Michael Münzer

über 556 Vereine zählte. Der Verband wurde zur grössten oberschlesischen Organisation für Leibesübungen, Jugendpflege und Volksbildung und damit zu einem ausschlaggebenden Faktor in der oberschlesischen Heimatpflege und Kulturarbeit. In den 4 Jahrzehnten zielbewusster Verbandsführung und erfolgreicher Grenzlandarbeit hat Spielinспекtor Münzer von Bismarckhütte aus für Oberschlesien rühmenswerte Leistungen vollbracht. Er hat die Leibesübungen zur Volkssitte gemacht, in Oberschlesien eine gesunde, starke und tapfere Generation deutscher Volksgenossen erzogen und im gefährdeten Grenzland deutsches Volkstum erhalten, gestützt, gefestigt, also seine 1900 aufgenommene Grenzlandmission voll erfüllt.

Als sichtbares Zeichen des Dankes hat Michael Münzer von höchsten Stellen des Reiches und der Heimat in den letzten Jahren aussergewöhnliche **Ehrungen und Anerkennungen** erfahren. Reichsminister Rust ehrte ihn für hervorragende Verdienste auf dem Gebiete der Jugenderziehung durch Auszeichnung mit der „Adolf-Hitler-Plakette“, Landeshauptmann Adams liess durch den Bildhauer Breitenbach eine Bronze-Büste Münzers schaffen und im Landeshaus in Breslau aufstellen, der Oberschlesische Spiel- und Eislaufverband hat seinem Gründer und Führer am Stammhaus in Zülz eine Marmor-Gedenktafel anbringen lassen, die nicht vergessen lässt, dass „Aus diesem Hause Spielvater Michael Münzer stammt, der Schöpfer der oberschlesischen Spielbewegung und Organisator deutscher Volks- und Jugendspiele in Schulen und Vereinen“. Diesem oberschlesischen Volkstumskämpfer, der von 1896 bis 1938 in Königshütte-Bismarck gelebt, gewirkt und geschaffen hat, bis er, von den Polen verfolgt, ins Gefängnis geworfen und schliesslich ausgewiesen wurde, hat nun auch Königshütte ein Denkmal gesetzt, indem die Teschener Strasse in „Michael-Münzer-Strasse“ umbenannt worden ist. Die Stadt hat dadurch nicht nur einen verdienstvollen Mann geehrt, sondern auch sein oberschlesisches Lebenswerk würdig anerkannt und der Nachwelt in dankenswerter Erinnerung erhalten.

dem Gebiete der Spielplatzbeschaffung, Bewilligung von ausreichenden Beihilfen zur Pachtung der Plätze, Beschaffung von Spielgeräten, Stiftung von Wanderpreisen usw. Schon 1908 konnten in Oberschlesien **Schulmeisterschaften im Schlagball** durchgeführt werden, an denen sämtliche Kreisschulinspektionen teilgenommen haben.

Der aus der Schule entlassene sportbegeisterte Nachwuchs bildete dann die Grundlage für eine kräftige Entfaltung und gesunde Entwicklung der Spielvereine im „Oberschlesischen Spiel- und Eislaufverband“. **90 % der ländlichen Orte** hat er erfasst, und 1922 zählte der **Verband 720 Vereine mit 45 000 Mitgliedern**. Meilensteine auf dem Wege der grossen Entwicklung sind die Erfolge beim X. Deutschen Spielkongress 1909 in Gleiwitz, die Erringung des Deutschen Kampfspielmeisters im Schlagball bei den Deutschen Kampfspielen 1926 in Köln und 1930 in Breslau, die Deutschen Eiskunstlaufmeisterschaften 1929 und 1933 in Oppeln, die umfassende Mitwirkung in der Abstimmungszeit und in der Abwehr der Insurgentenaufstände. Nach der Zerreissung Oberschlesiens übernahm „Spielvater Münzer“ 1923 in Westoberschlesien nur noch 272 Vereine mit 13 000 Mitgliedern. Durch sein vorbildliches Schaffen und seinen opferfreudigen, persönlichen Einsatz baute er den Verband wieder auf, so dass er 1933 in 62 Bezirken wieder

Die alten Bau- und Kunstdenkmäler von Königshütte.

Von Ernst Koeniger. — Schlesisches Grenzlandmuseum in Beuthen O/S.

Im Rahmen einer kurzen Uebersicht über die alten Bau- und Kunstdenkmäler von Königshütte, die infolge des jugendlichen Alters der Ortsgründung nur wenige an Zahl sind, muss an erster Stelle auf die ursprünglichen Bauten jener industriellen Anlage hingewiesen werden, die der Kristallisationspunkt der heutigen Stadt geworden ist und ihr auch den Namen gegeben hat: die Königshütte. Zwar sind die alten Hochöfen, Giesshütten, Maschinenhäuser, Begichtungstürme und Schornsteine der raschen Entwicklung der Industrie zum Opfer gefallen und mussten Neubauten weichen, aber in den alten Zeichnungen und Ansichten stehen ihre architektonischen Formen noch heute vor unseren Augen. Die Entwürfe zu der auf Betreiben des Schöpfers des modernen oberschlesischen Bergbaues und der Industrie, des Grafen Friedrich Wilhelm von Reden, 1797 vom Staat gegründeten Hütte, die zunächst nur mit zwei Hochöfen geplant war, dann aber mit vierein errichtet wurde und lange Zeit als die vorbildlichste Anlage auf dem europäischen Festlande galt, stammen von dem in der Mark Brandenburg gebürtigen **Johann Friedrich Wedding**, dem bedeutendsten Architekten vieler oberschlesischer Industrieanlagen — z. B. auch der Gleiwitzer Hütte — in Zusammenarbeit mit dem schottischen Ingenieur John Baildon. Das bahnbrechend Neue und Bedeutende hieran ist die von dem technischen Zweck allein bestimmte Gesamtanlage und Zueinanderordnung der einzelnen industriellen Gebäude. Ihre klare Uebersichtlichkeit und symmetrische Anordnung bestimmt aber auch entscheidend den architektonisch-künstlerischen Ausdruck, der noch durch eine vor allem in den Proportionen sorgsam aufeinander abgestimmte Formengebung der einzelnen Bauteile gesteigert wird. Die strengen klassischen Einzelformen des ersten Entwurfes mussten dann aber auf persönlichen Wunsch des Grafen Reden in der Ausführung gotisierenden Schmuckformen, wie vor allem der Spitzbögen bei der Gestaltung der Fassaden, Giebel, Portale, Fenster mit ihrem Masswerk und den durchbrochenen Helmen der Gichttürme weichen. Der vom Technischen her bedingten Zweckmässigkeit dieser frühen Industrieanlage tat jedoch diese Abänderung, die für den beginnenden historisierenden Kunstgeschmack kennzeichnend ist, keinen wesentlichen Abbruch. Der schöne Steindruck von Knippel aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts (Siehe Seite 36) vermittelt uns ein anschauliches Bild von der für die damalige Zeit gewaltigen Werksanlage.

Die im gotischen Spitzbogen ruhenden technischen Möglichkeiten der konstruktiven Ueberdachung grosser Werkhallen wurden in der 1825 neben der Königshütte errichteten Zinkhütte Lydognia ausgenutzt. Alte fotografische Aufnahmen des heute nicht mehr stehenden Gebäudes zeigen eine weiträumige langgestreckte Halle, die aus hölzernen Bohlenbindern konstruiert ist, deren fortlaufend spitzbogiges Aufwärtstreben durch in gleichen Formen gemauerte Versteifungsbögen rhythmisch unterbrochen wird. Der auftretende leichte Seitenschub der Bögen wurde am Aussenbau von gemauerten Strebepfeilern aufgefangen. Eine auf dem Dachfirst über die ganze Länge des Gebäudes sich erstreckende Laterne sorgte für Rauchabzug und Beleuchtung zugleich. Für die aus Zweckbestimmung und Baumaterial sich ergebende klare Konstruktion einer technischen Anlage war der Bau ein Musterbeispiel in dieser frühen Zeit des oberschlesischen Industriebaues.

Von den 1799 errichteten **Wohnhäusern der alten Hüttenkolonie** stehen nur noch fünf in der Kalidestrasse, die übrigen mussten den stillosen Mietskasernen des 19. Jahrhunderts Platz machen. Es sind schlichte, anspruchslose Putzbauten, die zwar ausgeglichene Verhältnisse zeigen, aber in ihren bescheidenen Ausmassen mit nur zwei Geschossen den noch vorwiegend ländlichen Charakter der ersten Industriegemeinde erkennen lassen. An dem einfachen Eckhaus Kalidestrasse—Hindenburgstrasse mit dem durchlaufenden Gesims zwischen den beiden Geschossen und den zarten Putzrisaliten in den beiden Türachsen erinnert eine Tafel daran, dass hier am 8. Februar 1801 Theodor Kalide, einer der bedeutendsten deutschen Bildhauer des 19. Jahrhunderts, geboren wurde.

Unter den Kirchenanlagen der Stadt ist die in der Nähe der Hütte auf einer Anhöhe gelegene **Elisabeth-Kirche** die älteste, die ihren Namen nach der Königin Elisabeth, der Gemahlin



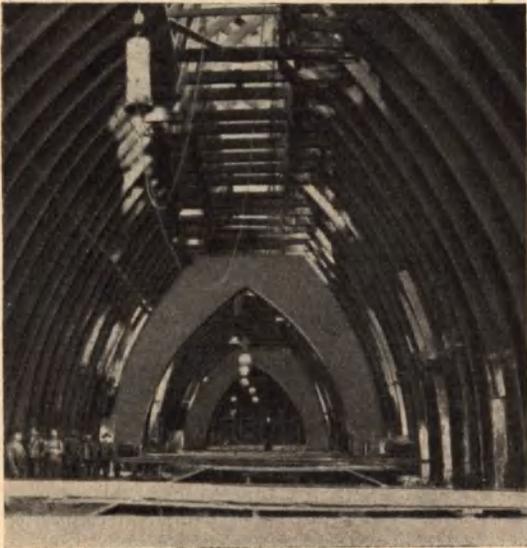
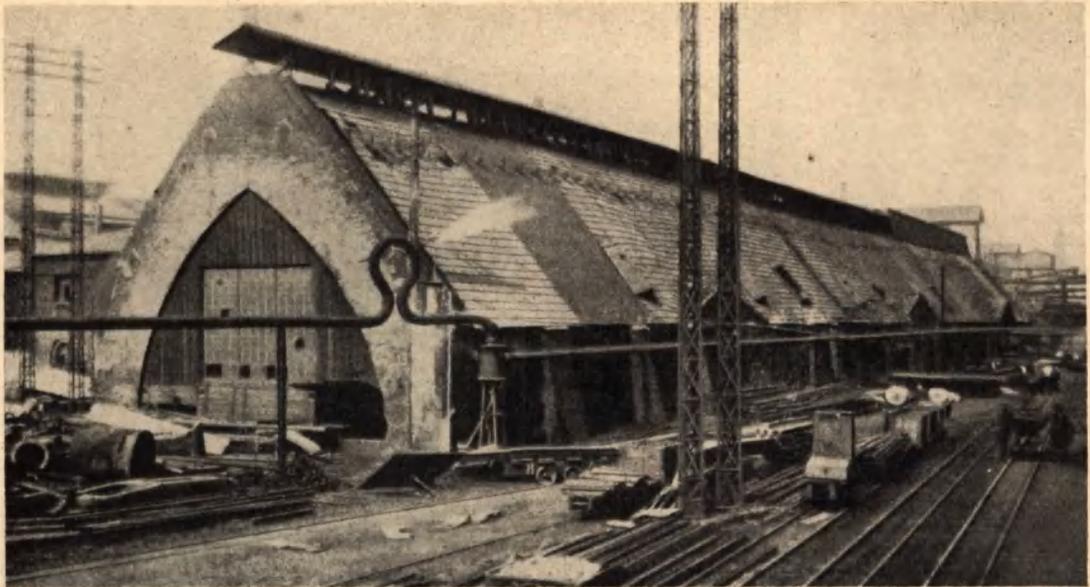
Elisabethkirche in der Beuthener Strasse.

Friedrich Wilhelm IV., erhielt. Entgegen einem Projekt des Oberbauinspektors Lehmann, einem Schüler und späteren Mitarbeiter des schon genannten Architekten Wedding, das einen Kirchenbau in gotisierenden Formen vorsah, **entwarf Karl Friedrich Schinkel**, als Oberlandsbaudirektor der höchste preussische Baubeamte und Führer des gesamten Bauwesens in den preussischen Provinzen, einen zentralisierenden Bau in der Grundrissform eines Kreuzes mit gleichlangen Armen und einem vor die Hauptfassade vorgezogenen, freistehenden Glockenturm. Die Einzelheiten, wie die rundbogigen Fenster, die Kasettierung in der Wölbung der Altarnische, die horizontal durchlaufenden Putzbänder und Gesimse im Innenraum und am Aussenbau, die campanileartige Gestaltung des Turmes mit dem stumpfen Helm lassen gewisse Anregungen von italienischen Vorbildern erkennen. Der trotzdem selbständige und eigenwillige Entwurf Schinkels kam aber infolge Widerstandes des Hüttenamtes nicht zur Ausführung, sondern der Kirchenbau wurde nach einem mehrfach abgeänderten Entwurf des Architekten **Soller** in den Jahren 1840—1844 in gotischem Stil aufgeführt. Das äussere Bild des Baues wird von der Hauptfassade mit dem Radfenster über dem spitzbogigen Portal und den beiden flankierenden Türmen bestimmt, die nur wenig mit einem Geschoss über die Giebelhöhe hinausreichen. Die Betonung dieses obersten Geschosses mit der Glockenstube durch Rahmung der Wandflächen, die mehrfache Abtrepung der grossen spitzbogigen Schallöffnungen, die zinneartigen Eckbetonungen mit der dazwischen gefügten Masswerkbrüstung, die kurzen, dünn und zierlich wirkenden Helmspitzen, die dünnlinigen Gesimse und Fensterverdachungen, alles das ist kennzeichnend für die gegenüber der Meisterschaft eines Schinkel doch künstlerisch schwächeren Anwendungsweise historisierender Architekturformen durch Soller. Der einschiffige saalartige Innenraum mit flacher Holzdecke, kleiner Apsis für den Altar und Emporen an den Langseiten erhält seinen besonderen, landschaftsentsprechenden Schmuck durch eiserne Brüstungsfüllungen an den Emporen mit gotisierenden Ornamenten und durch einen gotischen Taufstein aus Gusseisen, die in der Gleiwitzer Hütte gegossen sein dürften. Von daher stammen auch das grosse gusseiserne Kreuz vor dem Hauptportal und einige alte Grabdenkmäler aus gleichem Material auf dem die Kirche umgebenden Friedhof.

Die **Barbarakirche** und die **Hedwigskirche** rücken als Bauwerke, die erst nach der Mitte des vergangenen Jahrhunderts entstanden sind, schon fast aus dem Kreis einer historischen Betrachtung. Erstere wurde in den Jahren 1851/52 als gotischer Bau mit Querschiff und einem Turm vor der Hauptfassade (vollendet erst 1859) nach einem Plan des Königshütter Bauinspektors **Gottgetreu** aus Sandstein errichtet und in den Jahren 1894/95 nach einem Entwurf von Baurat **Jackisch** erheblich erweitert. Die Hedwigskirche, eine Basilika unter Anlehnung an romanische Stilformen, wurde erst in den Jahren 1873/74 erbaut.

Aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammt auch das **Rathaus**, dessen Grundstein am 16. Juli 1874 gelegt und das 1876 vollendet wurde. In den Jahren 1929/30 wurde es erheblich erweitert und erhielt seine heutige äussere Gestalt mit dem turmartigen Eckbau.

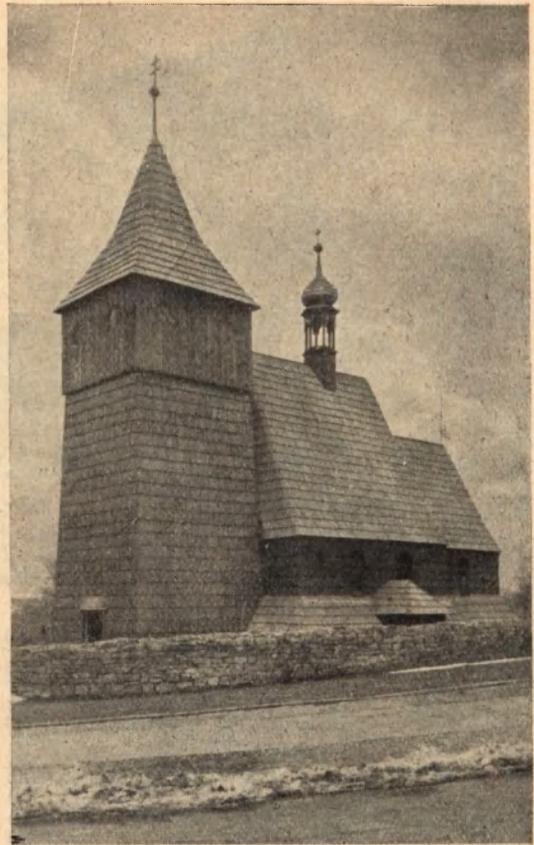
Die auf der Höhe des Redenberges gegenüber dem Redendenkmale liegende St. Laurentius-**Schrotholz**kirche ist nicht an Ort und Stelle errichtet worden, sondern wurde erst im Jahre 1938 aus dem Dorf Knurów südlich von Glewitz hierher übertragen. Ihre erste urkundliche Erwähnung geschah 1447, der Bau selbst stammt aber erst aus dem Jahre 1599. Er ist zwar aus seinem sinnvollen, ortsgebundenen Zusammenhang genommen, doch bleibt er auch hier über den rauchenden Schloten des Industriegebietes noch ein bemerkenswertes Denkmal jener, auf den Waldreichtum der oberschlesischen Landschaft beruhenden Holzbaukunst, in der sich in bodenständiger Ueberlieferung eine uralte Bauweise durch die Jahrhunderte fast unverändert weiter erhalten hat. Entgegen der polnischeiseits immer wieder erhobenen falschen Behauptung, dass der Schrotholzbau, d. h. das Bauen mit behauenen, waagrecht aufeinander gefügten und an den Ecken miteinander verbundenen Stämmen, eine ausschliesslich slawische Angelegenheit sei, genügt es, in diesem Zusammenhang schon auf die auch hier vorhandene Gliederung des Kirchenbaues in ein fast quadratisches Langhaus und einen eingezogenen, polygonal geschlossenen Chor mit der seitwärts anstossenden Sakristei hinzuweisen, eine Gliederung, die auf den mittelalterlichen deutschen Massivbau zurückgeht. Die Konstruktionsweise des vor der Kirche stehenden Turmes vollends



Zinkhütte Lydognia 1825 neben der Königshütte errichtet. Architekt wahrscheinlich Wedding. Harmonisches Zusammengehen der konstruktiven Form des Bohlenbinders mit den gotischen Bögen des Mauerwerkes, das hier die Querversteifung bildet. Etwa auftretender Seitenschub wird von den niedrigen Strebepfeilern aufgenommen. Hier findet man die durchlaufende Laterne, die gleichzeitig als Rauchabzug und Hauptlichtquelle dient und ihren konstruktiven Halt durch das Auskragen der am First überplatteten Bohlen sparren erhält.

als Ständerbau aus schräg nach innen geneigten, untereinander verstreuten Balken, die nach aussen zu verschindelt sind, ist dem slawischen Holzbau fremd und sicher von den deutschen Siedlern eingeführt. Sie entspricht trotz gewisser konstruktiver Verschiedenheiten dem nordgermanischen Mastenbau, dessen mittelalterliche Gestaltung die skandinavischen Stabkirchen darstellen. Die malerische Wirkung des Aussenbaues in seinem warmen, dunklen Holzton, wird noch verstärkt durch die tiefe Schatten werfenden Flugdächer, die Langhaus wie Chor umziehen und als Wetterchutz der Grundbalken und unteren Aussenwände dienen. Die Gestaltung der Türumrahmungen in den spätgotischen Formen des Vorhang-, Eselsrücken- und Kleeblattbogens ist kennzeichnend für das lange Nachleben der Stile in der ober-schlesischen Kunst, hier des gotischen bis gegen 1600, zu dem das lange Nachwirken des Barock bis in das 19. Jahrhundert hinein das Parallelbeispiel aus der Neuzeit bietet.

Auf der Höhe des Redenberges, der einen umfassenden Blick auf Königshütte mit seinen Industrieanlagen gewährt, steht das künstlerisch wie historisch gleich bedeutsamste Denkmal der Stadt, das **Standbild des Grafen Friedrich Wilhelm von Reden**, der als Direktor des Schlesischen Oberbergamtes der Begründer des Staatsbergbaues in Oberschlesien geworden ist. Ein Sohn der Stadt ist der Schöpfer des Werkes: **Theodor Kalide**, der, ein Schüler der Berliner Bildhauer Rauch und Schadow, zu den bedeutendsten deutschen Bildhauern aus der Zeit des Ueberganges vom Klassizismus zur realistischen Darstellungsweise zählt. Von ihm stammt auch in Königshütte die Brunnengruppe des „**Knaben mit dem Schwan**“ aus Zinkguss, in der er realistische Wirklichkeitswiedergabe mit einer gewissen klassizistischen Formenglätte und -kühle verbindet. Sie wurde zuerst im Auftrage König Friedrich Wilhelm III. für den Charlottenburger Schlosspark in Bronze ausgeführt und dann mehrfach nachgegossen. 1850 begann Kalide nicht zuletzt auf Anregung seines Schwagers, des ober-schlesischen Industriellen Franz Winckler, die Arbeit am Redendenkmal und vollendete sie 1852. Die erste Fassung sah an der Vorderseite des Sockels ein rundes Reliefmedaillon mit der Darstellung eines kleinen nackten Knaben, eines Berggenius, der eine Erzstufe emporhebt, vor. Der ausgeführte Sockel beschränkte sich aber auf die Inschrift. In meisterhafter Weise hat der Künstler das Modell zum Standbild, das in der Gleiwitzer Hütte in Bronze gegossen wurde, geschaffen. Hoch aufgerichtet und nach den Stätten seines Wirkens schauend, setzt der in malerischer Bergmannstracht Dargestellte den Fuss auf eine Erzschwelle, seine linke Hand ruht auf dem über das Knie gebreiteten Plan und die Rechte hält die Bergmannsbarte. In der idealisierenden Gesamtaufassung der Persönlichkeit, die sich neben der Haltung am stärksten im Antlitz ausspricht, und einer damit sich doch wirkungsvoll verbindenden realistischen Durch-



Schrotholzkerche St. Laurentius
auf dem Redenberge.

bildung der Einzelheiten offenbart sich eine künstlerische Leistung, die über die bildhauerische Tradition der Rauch'schen Werkstatt hinaus zu durchaus selbständiger grossartiger Lösung des Denkmalproblems gelangt. In der Inschrift des Sockels spiegelt sich neben dem besonderen Geschick des Monuments zugleich auch das ganze Schicksal des nunmehr von fremder Herrschaft befreiten Ostoberschlesien:

„1852 setzten dieses Denkmal dem Begründer des schlesischen Bergbaues die dankbaren Gruben- und Hütten-Gewerke und Knappschaften Schlesiens.

1939 stürzten es Polen in blindem Hass.

1940 richtete es nach dem Siege Grossdeutschlands das werktätige Schlesien wieder auf.“

L i t e r a t u r :

1. Hugo Mohr, Geschichte der Stadt Königshütte. Königshütte 1890.
2. Joh. Chrzaszcz, Festschrift zur 50 jährigen Jubelfeier der kathol. St. Barbara-Pfarrgemeinde in Königshütte. Königshütte 1902.
3. Martin Zawada, Bericht über die Entwicklung der ev. Kirchengemeinde Königshütte. Königshütte 1895.
4. Rudolf Carnall, Das Denkmal des Staatsministers Grafen von Reden bei der Königshütte in Oberschlesien. Berlin 1854. Sonderabdruck aus der Zeitschrift f. d. Berg-, Hütten- und Salinenwesen. Bd. 1.
5. Kurt Bimler, Die erste Fassung von Kalides Redendenkmal in Königshütte. Der Oberschlesier, Jg. 8, 1926. S. 760 ff.
6. Kurt Bimler, Die Industrieanlagen in Oberschlesien. Die neuklassische Bauschule in Schlesien. Heft 3. Breslau 1931.
7. Hans Joachim Helmigk, Oberschlesische Landbaukunst um 1800. Berlin 1937.
8. Ernst Königer, Kunst in Oberschlesien. Breslau 1938.
9. Günther Grundmann, Deutsche Kunst im befreiten Schlesien. Breslau 1941.

Wanderungen ins Grüne.

Ein Vorschlag von Dr. Franz Pfützenreiter, Direktor des Schlesischen Grenzlandmuseums
in Beuthen O/S.

„Heute wie einst ist die Natur in Wald und Feld des deutschen Volkes
Sehnsucht, Freude und Erholung.“

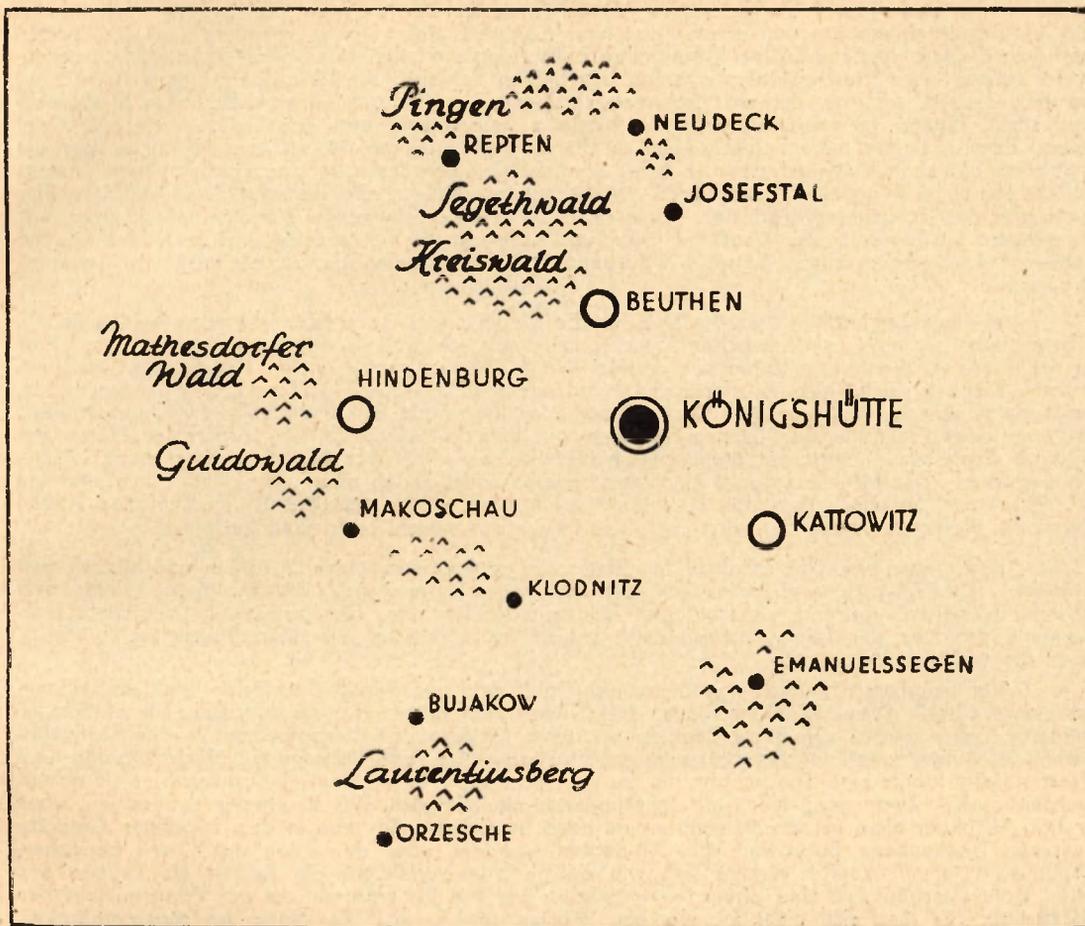
(Aus dem Vorspruch des Reichsnaturschutzgesetzes.)

Wo heute im Gleichmass der Arbeit Maschinen ächzen, Räder surren, Hämmer pochen, starre Fördertürme und spitze Schloten gen Himmel steilen, gewaltige Werksbauten sich dehnen und die Wohnungen der Menschen sich zu Steinlabyrinthen türmen, erstreckte sich bis vor 150 Jahren noch ein flachwelliges Hügelland mit rauschenden Wäldern, fruchtschweren Ackerbreiten, grünen Wiesen und glitzernden Bächen. Der Sommerwind schlug Wogen im Halmenmeer der Felder und flüsterte in den Kronen der Bäume. Vogelgezwitscher erfüllte Baum und Busch, bunte Schmetterlinge gaukelten über blumigen Rasen. Die Menschen wurden dessen kaum bewusst. Sie werkten in den Tag hinein als Bauern auf dem Felde oder als Tagelöhner im Walde. Indess stählten sich ihre Körper in Luft und Sonne.

Wenige Menschenalter haben genügt, um dieses Bild ländlichen Friedens grundlegend zu verändern. Als breiter Streifen zieht der Industriebezirk von West nach Ost durchs Land. Unter seinem versengenden Hauch erstarb die Natur. Wie ein schwerer Alb legt sich ein finsterner Schwaden über die Erde und trübt den klaren Blick der Sonne. Die kümmerlichen Reste, die vom Walde übrig blieben, siechen dahin, auf den Feldern türmen sich nackte Halden, die klaren Bäche von ehemals sind durch Abwässer verdorben, und kein Leben ist mehr in ihnen. Die Menschen ballten sich auf engstem Raume immer mehr zusammen. Sie vollbrachten Wunder der Technik, während ihnen die Wunder der Natur entschwanden. Und doch lebt in ihnen die grosse Sehnsucht nach der Natur, mehr als in den Bewohnern reizvollerer Landschaften, die sich dessen gar nicht bewusst werden. Der schmale Blumenkasten vor dem Fenster, der kleine Sänger im Käfig, der Fisch im Glasbehälter sind Ausdruck dieses Sehns, mehr noch die erfreuliche Erstarkung des Schrebergartengedankens. Die Stadtverwaltung ist sich ihrer Pflicht bewusst, dass die Hege und Pflege jedes Grünstreifens, jedes Einzelbaumes oder Strauches im Gewirr der Häuser gerade hier eine Lebensnotwendigkeit bedeutet. Sie behütet die grösste und schönste grüne Insel von Königshütte, den Redenberg, mit besonderer Liebe und Sorgfalt. Sie betrachtet es auch als eine ihrer wichtigsten Zukunftsaufgaben, für die Schaffung neuer Grünanlagen in der Stadt und rings um sie herum Sorge zu tragen.

So wichtig und so wertvoll diese künstlich gehegten und gepflegten Anlagen auch sind, so können sie doch dem tiefen Drang des schaffenden Menschen nach Entspannung, Ruhe und Frieden nicht genügen. Es zieht ihn mit allen Fasern seines Herzens nach einem Fleckchen möglichst unberührter Natur, in der sich alles Leben noch nach den alten ehernen Gesetzen in ruhigem Gleichgewicht vollzieht, wohin kein Lärm der Arbeit dringt, wo sich die Wunderwelt der Blumen im Jahreszeitenwechsel ganz von selbst erschliesst, wo das Gezweig erfüllt ist von Vogelgesang, wo sich Käfer und Falter tummeln und die frische Waldluft Herz und Lungen weitet. Noch haben wir diese Inseln des Friedens auch in erreichbarer Nähe von Königshütte, nur der Weg zu ihnen ist manchem unbekannt geworden. Deshalb soll auf die wichtigsten und lohnendsten Ausflugsziele hier kurz hingewiesen werden.

Von West nach Ost begleiten im Norden und im Süden zwei breite waldreiche Gürtel das Industrieland. Ihre schönsten Punkte sind teils zu Fuss oder zu Rad, teils mit Autobus, Strassen- oder Eisenbahn als bequeme Tagesziele erreichbar. Es ist hier nicht der Raum, und es ist auch nicht Sinn und Zweck dieser Zeilen, Wanderwege festzulegen und langatmig Einzelheiten zu beschreiben. Dem Erholungsbedürftigen sollen nur Ziele gewiesen werden. Wer dann mit offenem Herz und offenen Sinnen wandert, bedarf keines weiteren Führers mehr.



Zu den beliebtesten Ausflugszielen gehört das Waldgebiet in der Umgebung von Emanuelsthal. Machen sich auch hier in den letzten Jahrzehnten die schädigenden Einflüsse von Rauch und Abgasen der Industrie auf den Wald schon stark bemerkbar, so dass die empfindlicheren Baumarten dauernd in ihrem Bestande zurückgehen, bieten sich doch dem Naturfreunde immer noch reizvolle Bilder. Infolge der Höhenlage und den dadurch bewirkten reichlichen Niederschlägen zeigt der oberschlesische Wald einen grösseren Artenreichtum als in vielen anderen Gegenden. Neben reinen Nadelholzbeständen treffen wir Stellen, wo die Rotbuche vorherrscht, meist aber stark mit Eichen, Ebereschen, Birken, Lärchen und Weissbuchen durchsetzt ist. Im Unterholz begegnen wir dem wilden Schneeball, Pfaffenhütchen, Kreuzdorn und Pölbaum. Mit Ehrfürcht

bestaunt der Baumfreund die mächtigen Ueberhälter der Buchen, von denen sich noch Riesen mit 4—5 m Stammumfang und einem Alter von einigen hundert Jahren finden. Auf dem Boden entfalten die verschiedenartigsten Kräuter ihre Blätterteppiche mit bunten Blumenmustern. Streckenweise spinnt das Frühlingslabkraut seine zartgelben Schleier, schneeweiss leuchten die Blütentrauben des Bärenlauchs, der sich bei rücksichtslosem Zugriff durch seinen widerlichen Knoblauchduft rächt. Später im Jahre erscheint der zierliche Siebenstern, und das Waldbingelkraut bildet ganze Rasen. Immer neue Entdeckungen macht der aufmerksame Beobachter. Wenn er gar die purpurrot blühende drüsige Zahnwurz trifft, dann ist er einer der seltensten Erscheinungen unserer oberschlesischen Pflanzenwelt begegnet. Nicht minder reich ist die Tierwelt dieser Wälder. Ihre grösseren und schnelleren Vertreter, namentlich die leichtbeschwingten Vögel, fliehen zwar vor lärmenden Ausflügerscharen, aber der stille und aufmerksame Beobachter wird auch hier manche seltene Entdeckung machen. Sogar die farbenprächtige Blaurake oder Mandelkrähe ist hier noch Brutvogel.

Ehemals begleiteten ähnliche Wälder die Klodnitz und ihre Nebenbäche zu beiden Seiten. Heute bieten nur noch Teile zwischen Klodnitz und Makoschau einen reicheren Naturgenuss. Hier in der feuchten Niederung treten uns andere Waldbilder entgegen als im Hügellande. Namentlich der Frühling wartet hier mit manchen Ueberraschungen auf. Oft deckt noch Schnee den Boden, da spriest schon das Schneeglöckchen empor, das hier noch einen letzten natürlichen Standort im Industriegebiet hat. Bald darauf leuchten aus dem kahlen Geäst die purpurroten Blüten des giftigen Seidelbast. Zwischen dreilappigen Blättern entfaltet das Leberblümchen seine blauen Blütensterne. Dann folgt das ganze Heer der weniger auffallenden aber nicht minder interessanten Frühlings- und Sommerblüher des feuchten Waldbodens. Wer gewohnt ist, mit offenen Augen durch die Natur zu gehen, der wird auch hier immer auf seine Kosten kommen.

Recht anmutige Landschaftsbilder bietet die „Bujakower Schweiz“ östlich und südlich von Bujakow. Das abwechslungsreiche Gelände verlockt zu ausgiebigen Wanderungen. Kahle und bewaldete Höhen wechseln mit schattigen Tälern und Schluchten. Den schönsten Punkt der Landschaft bildet hier der Laurentiusberg dicht östlich von Orzesche mit seiner herrlichen Rundschau über die weitere Umgebung.

Vor den Toren Hindenburgs locken der Guidowald und der Mathesdorfer Wald mit seinem schönen Freibad. Diese Waldparklandschaften leiten uns hinüber auf die Nordseite des Industriegebietes. Hier wächst die Stadt Beuthen mit ihren Gruben und Häuserreihen in den Stadtwald hinein, der unvermittelt in den parkartig erschlossenen Kreiswald übergeht. Nach Norden und Westen folgt dann eine Landschaft, die zu den schönsten Winkeln im Industriegebiet gerechnet werden muss. Zwar ging hier seit Jahrhundertern der Bergbau des Beuthener Landes um, aber er hat die Natur nicht verdrängt, sondern sie noch bereichert. Ob man in dem hügeligen Gelände zwischen Trockenberg, Bobrownik und Alt-Repten wandert, oder den Weg durch den herrlichen Segethwald nimmt, überall türmen sich wie riesige Maulwurfshügel die Pingen als Zeugen des alten Galmeibergbaues. Und ebenso mannigfaltig wie die Bodenformen ist das Pflanzenkleid der Landschaft. Es lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen, was die Natur an Mannigfaltigkeit in Farben und Formen fast verschwenderisch auf diesem engen Raum zur Schau trägt. Die seltensten Vertreter unserer heimischen Pflanzenwelt treten uns hier entgegen.

Unmittelbar hinter Alt-Repten erstreckt sich der grösste Park Oberschlesiens, der 1000 Morgen grosse Reptener Tiergarten. Sein Kernstück bildet ein mit vielen fremdländischen Bäumen und Sträuchern durchsetzter Kunstpark, der mit feinem Geschmack in die herrliche natürliche Waldlandschaft eingebettet ist. Den Park durchfließt in einer reizvollen Talschlucht die junge Drama. Dicht westlich des Parkes befindet sich das Mundloch des grossen Friedrich-Stollens, durch den die Grubenanlagen zwischen Repten und Tarnowitz entwässert wurden.

Der Waldgürtel um das Industriegebiet schliesst sich dann durch die ausgedehnten Forsten Hugohütte und Ostrásnitza zwischen Tarnowitz und dem Brinitzatal. Wer die Waldeinsam-



Im Redenberg-Park

keit fernab vom Alltagslärm sucht, der findet sie hier in reichster Masse. Die Verbindung zwischen diesen stillen Forsten und den kleineren Waldpartien auf dem hohen westlichen Brinitzaufer bei Kozlowagora und Josefstal bildet der 500 Morgen grosse Park von Neudeck mit seinen herrlichen Baumriesen.

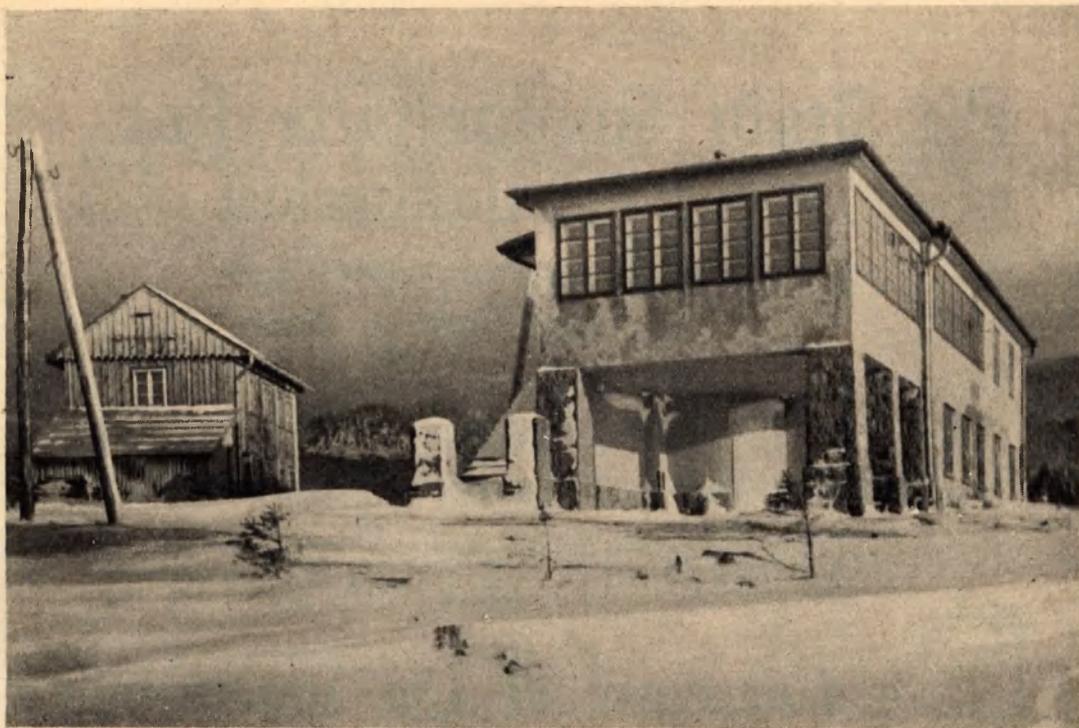
So schlingt sich ein fast ununterbrochenes grünes Band rings um die Industrielandschaft und bietet viele Möglichkeiten zu abwechslungsreichen Wanderungen. Aber wir wollen unsere Uebersicht nicht ohne ein ernstes Mahnwort schliessen. Die deutsche Landschaft ist Gemeingut unseres Volkes. Der Zweig an Baum und Strauch, die Blume am Wegesrand sind für alle da und nicht als Freibeute für den Eigensüchtigen. Die Natur in Feld und Wald bleibt nur so lange in ihrer Stille, Reinheit und unberührten Schönheit erhalten, wie jeder einzelne sich seiner Verpflichtung gegen die Volksgemeinschaft bewusst bleibt.

Königshütte und die Beskiden.

Von Heinrich Kutz — Kattowitz.

Der oberschlesische Industriebezirk und insbesondere die Umgebung von Königshütte ist arm an landschaftlichen Schönheiten. Daher ist es ein Gnadengeschenk der Natur, dass sie dem Menschen, der die schwerste Arbeit leistet, dem Berg- und Hüttenmann, ein Gebirge von aussergewöhnlicher Schönheit in der Nähe bescheert hat: Die Beskiden. Die Beskiden haben im ostdeutschen Raum in Zukunft eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Sie sind die Lunge des oberschlesischen Industriebezirkes. Die Struktur der Beskiden ist so mannigfaltig, wie dies selten bei einem anderen Gebirge der Fall ist. Von den lieblichen Höhen eines Thüringer Waldes, von den dunklen Wäldern des Schwarzwaldes und des Harzes bis zu den teilweisen alpinen Formen des Riesengebirges finden wir hier alle Charaktereigenschaften der deutschen Mittelgebirge. Ihr höchster Berg ist die Babiagora, die in wuchtiger Einsamkeit eine Höhe von 1725 m erreicht. Frühling, Sommer, Herbst und Winter sind die Beskiden die ideale Stätte, in der der schaffende Mensch aus dem Industriebezirk Erholung finden kann. Als Wintersportgebiet werden die Beskiden wohl von keinem Mittelgebirge Deutschlands übertroffen. Von aussergewöhnlicher Schönheit ist jedoch der Herbst in den Beskiden. Sind die grossen Sommerfrischen der Beskiden auch noch erst in der Erschliessung, so haben sie sich dank der zielbewussten Arbeit ihrer Verwaltungen seit der Machtübernahme einen guten Namen gemacht. Die Orte Weichsel, Schirk und Zwardon können heute schon jeden Vergleich mit deutschen Gebirgsorten aushalten. Hierzu kommen noch eine grosse Anzahl kleinerer Gemeinden inmitten schönster Lage, die einst berufen sein werden, ebenfalls dem Erholungsuchenden Unterkunft zu gewähren. Auf den Kämmen bieten die Schutzhäuser des Beskidenvereins Teschen und seiner Zweigvereine vielfache Gelegenheit zum Uebernachten. Die Wanderungen in den Beskiden werden in Zukunft unter den deutschen Bergsteigern einen Sonderruf geniessen.

Es ist selbstverständlich, dass ein Land von so aussergewöhnlicher Schönheit schon frühzeitig die Menschen zum Besuch angelockt hat. Bereits vor 50 Jahren haben sich in den Städten der Beskiden und des Vorgebietes Beskidenvereine gebildet. So besass auch die Stadt Königshütte vor dem Weltkriege einen grossen Beskidenverein, der ein sehr reges Leben führte. Nach der Abtretung der Stadt Königshütte an den polnischen Staat musste dieser Verein seine Tätigkeit einstellen. Lange blieb die Stadt ohne Betreuung ihrer Bergsteiger. Die Arbeit, die der polnische Tatra-Verein in Angriff nahm, konnte als wertvolle Arbeit nicht angesehen werden und führte zu Schädigungen des Bergsteigerwesens. Da unternahm es im Jahre 1929 der Schlesische Wintersportverein in Kattowitz, in Königshütte eine Ortsgruppe zu gründen, die in der Folge ein sehr reges Leben führte und besonders im Skisport beachtliche Leistungen aufwies. Leider war der Druck der polnischen Behörden auf die deutschen Organisationen in Polen inzwischen so stark geworden, dass sich auch hier in den letzten zwei Jahren vor der Rückgliederung schwere Schädigungen einstellten. Die Rückgliederung ins Grossdeutsche Reich hat auch hier einen grossen Wandel geschaffen. Der Schlesische Wintersportverein hat seinen Namen in „Beskiden- und Wintersportverein“ geändert. Herr Bürgermeister Dr. Killing bekleidet in diesem Verein das Amt des stellvertretenden Vereinsführers. Der Verein ist dem Beskidenverein Teschen-Hauptverein beigetreten. Er wird in Kürze in den Räumen des Verkehrsvereins der Stadt Königshütte eine eigene Geschäftsstelle finden. Das Schutzhäuser auf dem Boracza auf dem Prusow steht bereits jetzt den Königshütter Bergsteigern zur Verfügung. Ebenso die weiteren Schutzhäuser sämtlicher Beskidenvereine. Mit diesen Tatsachen ist die Gewähr für eine grosse, aufbauende Tätigkeit in der nächsten Zukunft gegeben.



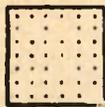
Königshütter Schutzhaus auf der Boracza auf dem Prussow.

Die Beskiden sind von Königshütte bereits in weniger als 2 Stunden zu erreichen. Als Bahnverbindung können die Strecken Königshütte—Kattowitz—Bielitz—Zwardon ferner Königshütte—Kattowitz—Bielitz—Goleschau—Weichsel sowie die Anschlussstrecken dieser beiden Linien benutzt werden. Ebenso stehen dem Touristen gute Autostrassen über Bielitz und über Skotschau zur Verfügung, die ihn in wenig mehr als einer Stunde bereits an die Berge der Beskiden führen. Ein grosszügiger Sonderverkehr der Reichsbahn, besonders am Wochenende, wird zu gegebener Zeit dem Reisenden alle Bequemlichkeit der Verbindung bieten. Soll sich die gemeinnützige Arbeit des Beskidenvereins zum grössten Nutzen des Bergsteigers und Skiläufers auswirken, so ist die Mitarbeit jedes einzelnen notwendig. Er selber trägt dabei den grössten Nutzen. Auskünfte erteilt der Verkehrsverein der Stadt Königshütte.

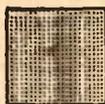
Die Stadt Königshütte hat :
3 200 ha Gesamtgebiet
1 32 000 Einwohner u. zwar



Männer 46,5% Frauen 53,5%



41 Einwohner auf 1 ha Stadtgebiet



482 Einwohner auf 1 ha bebauete Fläche

Fläche, Einwohnerzahl, Geschlechtsgruppen und Wohndichte.

Die Wohndichte in Königshütte ist unerträglich hoch. Auf dem 670 ha grossen bebauten Gelände gibt es Wohnblocks, in denen auf einem Hektar (10 000 qm) 1 300 Menschen hausen. Zum Vergleich einige Zahlen: Gross-Berlin hat eine Wohndichte von 245 auf 1 ha; Breslau von 381; Duisburg von 164; Köln von 252; Steffin von 274.

Die Stadt Königshütte hat Einwohner

im Alter unter 1 Jahr  1,8%

" " von 1-4 Jahren  7,0%

" " " 4-9 "  7,0%

" " " 10-19 "  13,2%

" " " 20-29 "  15,0%

" " " 30-39 "  20,4%

" " " 40-49 "  15,0%

" " " 50-59 "  9,5%

" " " 60-69 "  6,3%

" " " 70-79 "  2,9%

" " " 80 u. m. "  1,0%

Jede der dargestellten Figuren verkörpert 500 Einwohner

Altersgruppen.

Die Einwohner der Stadt Königshütte verteilen sich auf
 Erwerbstätige nicht Erwerbstätige



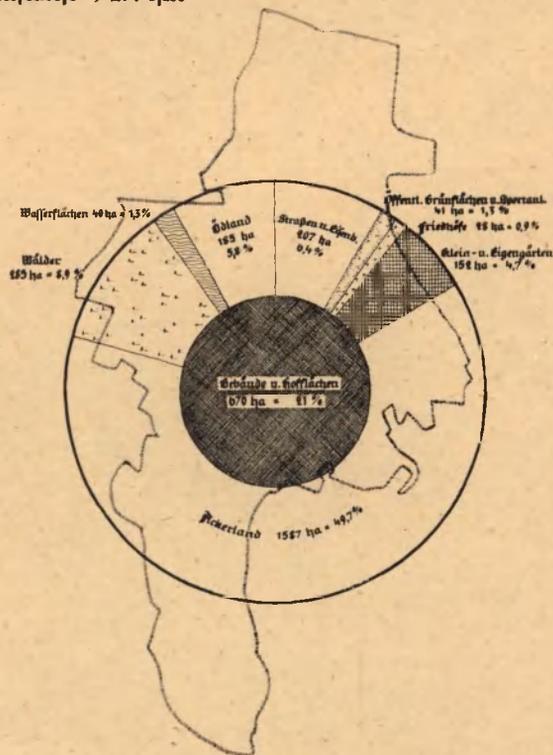
Die werktätigen Männer und Frauen gliedern sich in Berufe



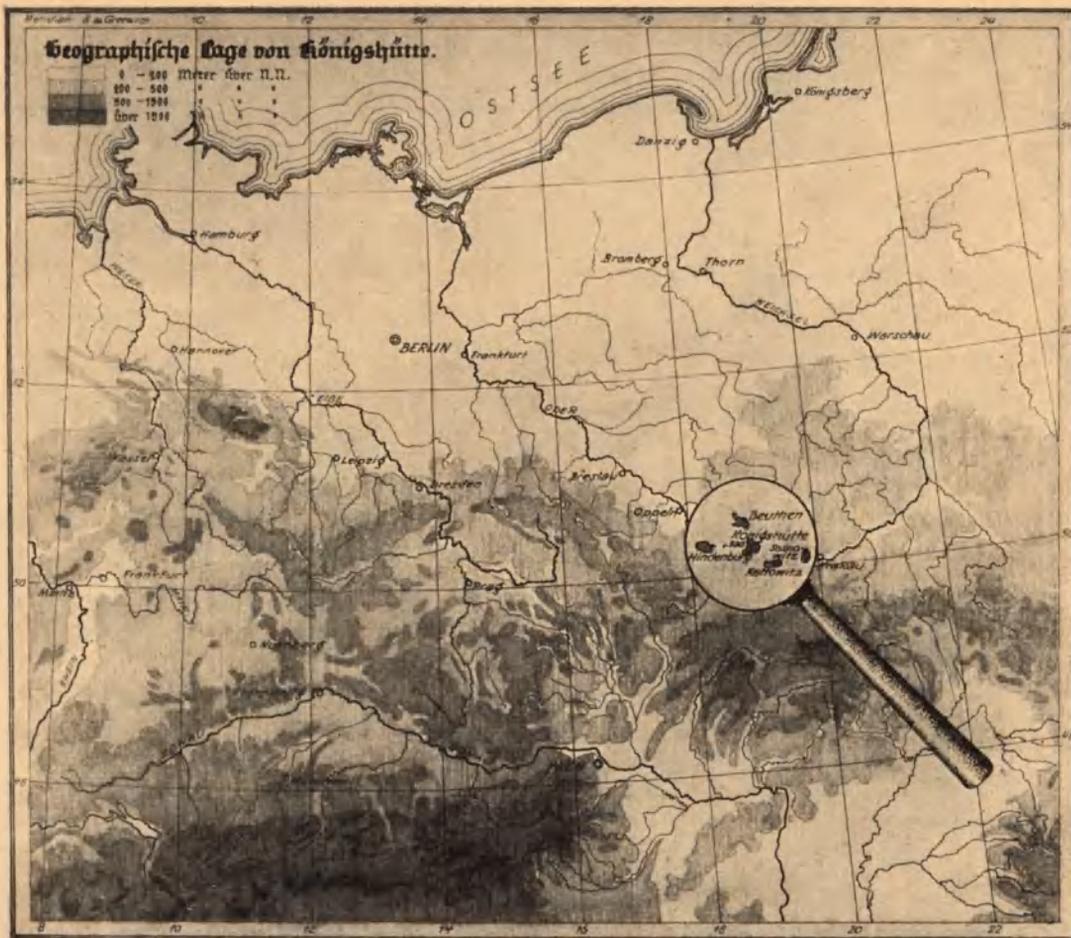
Berufsgliederung der Bevölkerung.

Stadt Königshütte: Fläche und Bodenbenutzung.

Gesamtsfläche 3 200 ha.



Die Hälfte des Stadtgebietes ist als Ackerland ausgewiesen. Das Ackerland liegt auf Grubenabbau-
gelände. Dieses wird zur Bebauung nicht freigegeben; es eignet sich höchstens zur landwirtschaft-
lichen Nutzung. Die Ackerkrume ist spärlich, der Wasserhaushalt gestört; das Wachstum wird
durch Russ und Rauch gehemmt. Viele Hektar versumpfen und veröden.



Die Stadt Königshütte Oberschlesien liegt unter $50^{\circ}18'$ n. Br. $18^{\circ}57'$ ö. L. Die höchste Erhebung ist der Redenberg mit $+ 321,78$ m.

Verzeichnis der Straßen, Wege und Plätze in Königshütte Oberschlesien.

Die arabischen Zahlen hinter der Strassenbezeichnung bedeuten die Zugehörigkeit zum zuständigen Polizeirevier.

Die römischen Zahlen hinter der Strassenbezeichnung bedeuten die Zugehörigkeit zu den einzelnen Ortsgruppen der NSDAP., DAF., NSV., BDO.

A					
Ackerstrasse	24	XX	Anhalter Weg	23	XVI
Adlerstrasse	25	XIII	Annabergplatz	23	I
Adolf-Hitler-Strasse	21/24	XXI/XII/XVII VIII/VI/XXVI	Annenstrasse	22	XXIV
Adolf-Hitler-Platz	21	XVII	Antonienhof	23	XVI
Agnetenstrasse	23	V	Arndtstrasse	25	XXV
Albrechtstrasse	22	V	Asternweg	24	VI
Am Adolf-Hitler-Platz	21	XVII	Auenweg	24	IX
Am Gaswerk	24	IX	Augustastrasse	22	XI
Am Rosengarten	24	IX	Aulockstrasse	23	IV
B					
Bahnhofplatz	21	XI	Bittkower Strasse	23	V/I
Bahnhofstrasse	21	XI	Blücherplatz	21	XVII
Bahnschachtstrasse	22	XXII/XXVII/XVI	Blücherstrasse	21	XVII/IX
Bankstrasse	21	XVII	Bochumer Strasse	25	XXIII
Barbarastrasse	22	XVIII/II	Boelkestrasse	25	XXIII
Bergfreiheitstrasse	21	XXI/XII	Bornstrasse	25	XXIII/XIII
Berggeiststrasse	24	XX	Borsigstrasse	23	I
Bergmannstrasse	22	XI	Braunauer Platz	25	XXIII
Bertold-Hildebrandt-Str.	21	XVII	Braunauer Strasse	25	XXIII
Beuthener Strasse	22	XXII/II/XVIII/III XV/XIX	Breitenbachstrasse	22	II
Bielitzer Strasse	25	X	Bromberger Strasse	24	XVI
Bismarckhütter Strasse	24/25	VIII/IX/XX/V XXIV	Brotgasse	24	XX
Bismarckplatz	22	XVIII	Brückenstrasse	21	XVII
Bismarckstrasse	22	II/III/XV/XIX	Bückebergstrasse	23	XVI
			Bülowstrasse	21	VII/XIV
			Bunsenweg	23	XVI
			C		
			22	XI/XXVII	
			D		
			Dorfstrasse	23	XVI
			Dornfelder Strasse	21	VII
			Dzierzonstrasse	21	VII
			E		
			Ernsdorfer Weg	23	I
			Erzweg	22	XV
			Essener Strasse	25	XXIII
			Erzwiesenweg	24	—

Falkenstrasse	25	XIII
Feldstrasse	22	XIX
Fliederweg	24	VIII
Fliegerplatz	25	XXIII
Florianstrasse	25	XXV
Flurstrasse	24	XVI
Förderstrasse	24	—
Freiheitsplatz	21	XVII

General-Höfer-Strasse	23	V/I
General-Roettig-Strasse	22	XXVII
Gerichtsgasse	21	XVII
Glogauer Strasse	24	XXVI
Glückaufstrasse	23	XVI
Gneisenaustrasse	21/24	VIII/VI
Godullastrasse	22	XXIV
Goethestrasse	21	VII
Gogoliner Strasse	23	V
Grabenstrasse	22	III/XV

Hagenstrasse	24	XX
Haldenweg	22	I
Hans-Schemm-Strasse	21	VIII/IX
Hans-Grimm-Strasse	25	XIII
Hardenbergstrasse	21	VIII
Heinitzstrasse	21	VII
Herbert-Norkus-Strasse	24	VI
Hermann-Göring-Platz	25	X
Hermann-Göring-Strasse	25	X/XXV
Hindenburgstrasse	22	XXII/II/XXIV

Immelmannstrasse	25	XXIII/XXV
------------------	----	-----------

Jahnstrasse	21	XVII
Johannesstrasse	22	XXIV

Kalidestrasse	22	II/XVIII/III
Kamerunstrasse	25	XIII
Kantstrasse	21	VII
Kapellenweg	24	XX
Karlstrasse	21	XXI
Kattowitzer Strasse	21	XVII/IX/XX/VII XIV
Klimsasiedlung	24	XX

Freiheitsstrasse	21	XVII
Freikorpsstrasse	23	V
Freilandkolonie	25	XXV
Freilandstrasse	25	XXV
Friedenstrasse	22	XXIV
Friedrichstrasse	21	XXI/XII
Friedrich-Karl-Strasse	25	XIII
Fröhlichstrasse	25	XXV

Gräfin-Laura-Strasse	23	I
Grenzwachtstrasse	22	XV
Grenzstrasse	25	XIII
Groschenstrasse	22	XIX
Grüner Weg	23	VII
Grünstrasse	25	X
Gudrunweg	24	XX
Gutenbergstrasse	21	VII/XIV
Gutsweg	23	XVI

Hohenbirkener Weg	23	XVI
Hohenlindener Weg	22	XIX
Hohenzollernerstrasse	25	XXV
Holteistrasse	22	—
Horst-Wessel-Strasse	21/24	XVII/VIII/VI
Hubertuskolonie	25	XXV
Hubertusstrasse	25	XXV
Humboldtstrasse	25	XXV
Hummereistrasse	22	II/XVIII/XXIV
Hüttenkolonie	25	XIII

Innstrasse	25	XXIII
------------	----	-------

Josefstrasse	22	XXIV
--------------	----	------

Knappengasse	24	XI
Kochlowitzer Weg	25	XXIII
Kohlengasse	22	XXII
Kollmannstrasse	25	XXIII/XIII
Kolonialstrasse	25	XXIII
Koppelweg	25	I
Körnerstrasse	24	VI

Koseler Strasse	22	XXVII	Kruppstrasse	25	XXIII
Kreuzstrasse	22	III/XV/XIX	Kulmer Strasse	23	IV
Kressenweg	24	VI	Kurze Strasse	22	XIX

L

Ladewigstrasse	22	XVIII/III	Lessingstrasse	25	XXV
Landsberger Strasse	25	X	Lettow-Vorbeck-Strasse	25	XIII
Lange Strasse	25	X	Liebig-Allee	23	XVI
Laurahütter Strasse	22	IV/V/I	Lindenstrasse	24	XX
Lazarettstrasse	22	XII/XXVI/XXVII	Lobestrasse	21	XXI
Legion-Condor-Strasse	25	XIII	Loslauer Weg	25	X
Lenzstrasse	25	XXV	Luisenstrasse	25	XIII
Leopoldstrasse	25	X	Lüderitzstrasse	25	XIII

M

Matthiashofer (Macziejko- witzer) Strasse	23	XVI	Memeler Strasse	24	XXVI
Marienstrasse	22	XXIV	Michael-Münzer-Strasse	25	X
Masurenstrasse	23	IV	Michalkowitzer Strasse	23	XVI
Mechtaler Strasse	22	XXII	Moltkestrasse	22	II/XVIII
Mehlgasse	24	XX	Mühlstrasse	24	XX

N

Narzissenweg	24	VI	Nikolaier Strasse	25	X
Neisser Strasse	22	XXVII	Nomiarkistrasse	22	XX
Nelkenweg	24	VI	Nordbahnstrasse	23	XV
Nibelungenstrasse	21/24	XX			

O

Oesterreicher Strasse	23	I	Ostlandweg	23	V
-----------------------	----	---	------------	----	---

P

Pasewalker Strasse	24	X	Poststrasse	21	XXI
Pisarskistrasse	23	IV	Primelweg	24	VI
Pommernweg	24	XXVI	Puddlerstrasse	22	XVIII/III
Posener Strasse	23	I			

R

Randstrasse	23	XVI	Rosenheimer Strasse	25	X
Rathausstrasse	21	XVII	Rosmarinweg	24	VI
Ratiborer Strasse	22	XXVII	Roonstrasse	22	III/XV
Redenstrasse	21	VII/XIV	Rossberger Strasse	23	XVI
Reitzensteinstrasse	25	XIII	Ruhbergstrasse	22	XV
Richthofenstrasse	25	XXIII/XIII	Rüdigerstrasse	24	XX
Robert-Koch-Strasse	21	VIII	Rüttgerstrasse	25	XXIII
Rosenstrasse	24	VI	Rybniker Strasse	22	XXVII

Sandstrasse	24	IX
Sedanstrasse	22	XIX
Seydlitzstrasse	21	IX
Siegfriedstrasse	24	XX

Schachtstrasse	22	XI
Schaffgotschstrasse	23	—
Scharnhorststrasse	21	XVII
Schenkendorfstrasse	22	III/XV
Schillstrasse	21	XVII
Schillerstrasse	21	VII
Schimmelpfennigstrasse	21	XXI
Schlachthofstrasse	22	XXII
Schlackenstrasse	22	XXII
Schlageterstrasse	23	V/I

Stahlstrasse	25	XXV
Steigerstrasse	21	XIV

Talweg	24	XX
Tannenbergplatz	23	IV
Tannenbergstrasse	21/23	IV
Teichstrasse	21	XIV

Uhlandstrasse

Viktoriastrasse	25	XIII
Von-Hülsen-Strasse	23	XVI

Walderseestrasse	25	XIII
Walter-Flex-Strasse	24	VI
Wasserstrasse	22	II/XVIII
Weimarer Weg	21	VII

Yorkstrasse

Zechenweg	23	XVI
Zeppelinstrasse	25	XXIII

S

Siemensstrasse	23	I
Sohrauer Strasse	25	X
Szceponikstrasse	25	XIII

Sch

Schlesierstrasse	23	XXIV
Schlieffenstrasse	22	XVIII
Schorfheidestrasse	25	X
Schönwälder Strasse	23	XVI
Schreberweg	24	IX
Schützenstrasse	22	XX/XI/XXVII
Schweizer Weg	23	VII
Schwertgasse	24	VI
Schwientochlowitzer Kirchweg	22	XXVII

St

Steinstrasse	24	VIII/IX
Stollengasse	22	XI

T

Tempelhofer Strasse	25	XIII
Thorner Strasse	24	XXVI
Tilsiter Strasse	24	XXVI
Tulpenweg	25	VI

U

22 XVI

V

Vorwerkstrasse	23	XVI
----------------	----	-----

W

Werkstrasse	25	XXIII
Wiesenweg	24	XX
Wilhelmstrasse	21	XXI

Y

24 VI

Z

Ziethenstrasse	21	IX
Zöcklerstrasse	21	VII



Oben: Kreisleitung der NSDAP. Unten: Jungvolk. Trommler.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gliederungen und angeschlossene Verbände im Kreisgebiet Königshütte Oberschlesien

Kreisleitung:

Kreisleiter: Wilhelm Schneider (MdR).
Dienststelle:
Königshütte, Lobestr. 5, Ruf: 421 10 u. 421 11.
Sprechstunden:
Montags und Donnerstags von 9 bis 12 Uhr.

Ämter:

Lobestrasse 5, Ruf: 421 10 und 421 11
Geschäftsführung, Propaganda-Amt, Organisationsamt, Personalamt, Schulungsamt, Rechtsamt, Amt für Kommunalpolitik, Wirtschaftsberater, Rassenpolitisches Amt.

NSV. Nationalsozialistische Volkswohlfahrt e. V.

Amt für Volkswohlfahrt der NSDAP. Kreisamtsleitung der NSV. Kreisführung des WHW. und des Kriegshilfswerkes für das Deutsche Rote Kreuz. Lobestrasse 5, Ruf: 414 60.
Sprechstunden: täglich von 9 bis 12 Uhr.

Abteilungen:

Organisation: Allgemeine Organisation, Ueberwachung der Ortsgruppen, Amtspersonaldienst, WHW.-Haus- und Strassensammlungen, Sachspenden, Kohlenversorgung, Frachtfreiheit. **Statistik:** NSV.-Statistik, WHW.-Statistik. **Finanzverwaltung:** NSV.-Finanzwesen (Buchhaltung, Kasse, Posteingang, Postausgang, Registratur, Einkauf, Betriebspersonal, Lohnbuchhaltung, Mitgliederkartei), WHW.-Finanzwesen (Buchhaltung, Kasse, WHW.-Briefmarken, Spendenmeldestelle), Revision (NSV.-Revision, WHW.-Revision). **Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe:** Allgemeine Wohlfahrtspflege (Freie Wohlfahrtspflege, Heim- und Anstaltswesen, Straffälligenfürsorge, Trinker-, Wander- und Bahnhofs-Fürsorge, Fürsorge für Blinde, Schwerhörige und Gehörlose, Wohnungsfürsorge), Familien- und Bittgesuche (Allgemeine und Mütterfürsorge, Müttererholung, wirtschaftliche Hilfe) — Kindertagesstätten — Jugendhilfe (Allgemeine Jugendwohlfahrt, Erziehungsberatungsstellen, offene Jugendhilfe, geschlossene Jugendhilfe, Patenschaften, Adoptionswesen) — Hitler-Freiplatz-Spende (Freiplatzbeschaffung, allgemeine Verschickung). Jugenderholungspflege (Kinderlandverschickung) — Heimverschickung, Ausland, Kreisgeschäftsstelle der Reichszentrale „Landaufenthalt für Stadtkinder“ — Recht (Rechtsberatung, soziale Wirtschaftsfragen, Stiftungswesen) — Schwesternwesen (NS.-Schwesternschaft, Freie Schwesternschaft der NSV., Reichsbund der freien Schwestern und Pflegerinnen) — Volksgesundheit. **Werbung und Schulung:** Presse-Propaganda-Schulung. **Ernährungs-Hilfswerk.**

NS.-Frauenschaft.

Kreisfrauenschaftsleitung Königshütte Oberschlesien. Lobestrasse 5, Ruf: 418 90.
Sprechstunden: täglich von 9 bis 12 Uhr.

Mütherschule des Deutschen Frauenwerks. Poststrasse 3.

NSBO. Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. (s. DAF.)

DAF. Deutsche Arbeitsfront.

1. Kreiswaltung Königshütte Oberschlesien der Deutschen Arbeitsfront.

Adolf-Hitler-Strasse 1, II. Stock, Ruf: 413 36

Abteilungen: Kreisobmann, Organisation, Berufserziehung, Jugend, Frauen, Soziale Selbstverantwortung, Handel und Handwerk.

Sprechstunden: vormittags von 8.30 bis 13 Uhr, nachmittags (ausser Mittwoch und Sonnabend) von 15 bis 18 Uhr.

2. Rechtsberatungsstelle der Deutschen Arbeitsfront.

Tarifrecht und Sozialfragen. Adolf-Hitler-Strasse 1, II. Stock, Zimmer 5.

Sprechstunden: für Gefolgschaftsmitglieder:

Montags, Mittwochs und Freitags von 9 bis 12 Uhr,
Dienstags und Donnerstags von 15 bis 18 Uhr.

für Betriebsführer:

Donnerstags von 10 bis 12 Uhr und von 15 bis 16 Uhr.

Eine Vertretung wird nur übernommen, wenn durch Vorlage einer Bescheinigung des Betriebsobmannes nachgewiesen wird, dass eine gütliche Einigung im Betriebe nicht erzielt worden ist.

3. Verwaltungsstelle Königshütte Oberschlesien der Deutschen Arbeitsfront.

Adolf-Hitler-Strasse 1, Laden. Ruf: 413 36

Sprechstunden: vormittags von 8.30 bis 13 Uhr, nachmittags (ausser Mittwoch und Sonnabend) von 15 bis 18 Uhr.

4. Berufserziehung und Betriebsführung der Deutschen Arbeitsfront.

Kurse für Stenographie, Schreibmaschine, Buchführung und handwerkliche Kurse; Anmeldung nur in der Kreisverwaltung, Adolf-Hitler-Strasse 1.

Uebungsstätten: Schule 2, Hindenburgstrasse 16,
Schule 16, Beuthener Strasse 12,
Schule 35, Braunauer Strasse 3.

5. KdF. NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

a) Kreisdienststelle Königshütte Oberschlesien in der Deutschen Arbeitsfront.

Adolf-Hitler-Strasse 1, I. Stock, Ruf: 409 36.

Abteilungen: Kreiswart, Feierabend, Reisen, Wandern, Urlaub, Volksbildungswerk, Sport, Kasse, KdF.-Wagen, Schönheit der Arbeit.

Sprechstunden: vormittags von 8,30 bis 13 Uhr; nachmittags (ausser Mittwochs und Sonnabends) von 15 bis 18 Uhr.

Die Ortsdienststellen der NS.-Gemeinschaft „KdF.“ stimmen mit den Ortsverwaltungen der DAF. überein. (s. Ortsgruppen).

b) Kartenverkaufsstelle der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ in der Deutschen Arbeitsfront.

Kartenverkauf für Veranstaltungen, Theater- und Konzertringe, Anmeldung für Reisen, Volksbildungswerk, KdF.-Wagen usw.

Am Adolf-Hitler-Platz 3 (Laden). Ruf: 405 15.

Sprechstunden: vormittags von 8,30 bis 13 Uhr; nachmittags (ausser Mittwochs und Sonnabends) von 15 bis 18 Uhr.

c) Volksbildungsstätte Königshütte Oberschlesien

der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ in der Deutschen Arbeitsfront.

Kurse für Deutsch und Fremdsprachen, Arbeitsgemeinschaften.

Anmeldung in der Kartenverkaufsstelle der NS.-Gemeinschaft „KdF.“.

Uebungsstätte: Schule 2, Hindenburgstrasse 16.

Amt für Technik.

Kreisverwaltung Königshütte Oberschlesien des NS-Bundes Deutscher Technik.
Braunauer Strasse 6. Ruf: 417 41.

Amt für Volksgesundheit.

Kreisamtsleitung Königshütte Oberschlesien des Amtes für Volksgesundheit der NSDAP.
Königshütte-Bismarck, Hüttenkrankenhaus, Werkstrasse 25. Ruf: 405 27.

Amt für Kriegsofer.

NSKOV. Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung e. V. Kameradschaft Königshütte
Oberschlesien. Gneisenaustrasse 38. Ruf: 401 79.

Sprechstunden: täglich (ausser Sonnabend) von 17 bis 19 Uhr.

Amt für Erzieher.

NSLB. Nationalsozialistischer Lehrerbund e. V. Kreiswaltung Königshütte Oberschlesien.
Blücherplatz 3. Ruf: 416 28.

Amt für Beamte.

RDB. Reichsbund der deutschen Beamten e. V. Kreiswaltung Königshütte Oberschlesien.
Poststrasse 4. Ruf: 422 23.

Gliederungen:

SA. der NSDAP.

Standarte Königshütte Oberschlesien. Goethestrasse 17. Ruf: 423 15.

Sprechstunden: Montags und Mittwochs von 9 bis 12 Uhr; Dienstags und Freitags von 15
bis 20 Uhr; Donnerstags und Sonnabends von 15 bis 18 Uhr.

NSKK. Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps.

Sturm 11/M. 119. Steigerstrasse. Dienststunden: Freitags von 20 bis 22 Uhr.

Sturm 12/M. 119. Bismarckschacht. Memeler Strasse. Dienststunden: Dienstags von 20 bis
22 Uhr.



Sturm V/124 und VI/124. Standort Königshütte Oberschlesien. Lobestrasse 1.

Sprechstunden: Montags und Mittwochs von 18 bis 19,30 Uhr.

NSFK. Nationalsozialistisches Fliegerkorps.

Sturm 4/34 und 5/34 Königshütte Oberschlesien.

„Haus der Flieger“. Schimmelpfennigstrasse 6. Ruf: 401 02.

Dienststunden: Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 8,30 bis 13 Uhr und 14
bis 17,30 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 8,30 bis 13 Uhr.

HJ. Hitler-Jugend. Bann Königshütte (669).

DJ. Deutsches Jungvolk in der HJ. Jungbann Königshütte (669).

BDM. Bund Deutscher Mädels in der HJ. Untergau Königshütte (669).

JM. Jungmädels in der HJ. Untergau Königshütte (669). Gneisenaustrasse 17a. Ruf: 400 05.

Dienststunden: täglich von 11 bis 13 Uhr und 16 bis 18 Uhr. Mittwoch und Sonnabend
Nachmittag geschlossen.



Oben: Kreiswart Dumke / Standartenführer Häusler. Unten: Kreisamtsleiter der NSV. Oskar Wauro.

Ortsgruppen :

Das Stadtgebiet ist in 27 Ortsgruppen eingeteilt. Die Grenzen der Ortsgruppen der NSDAP., der NSV., der DAF. usw. stimmen miteinander überein.

Im Verzeichnis der Strassen, Wege und Plätze ist bei jedem Strassen-, Wege- und Platznamen die Zugehörigkeit zu der jeweils zuständigen Ortsgruppe in römischer Ziffer angegeben.

Die Ziffern bedeuten:

- | | |
|---------------------------|---------------------|
| I. „Annaberg“ | XV. „Ludendorff“ |
| II. „Bertold Hildebrandt“ | XVI. „Memel“ |
| III. „Bismarck“ | XVII. „Mitte“ |
| IV. „Danzig“ | XVIII. „Moltke“ |
| V. „General Höfer“ | XIX. „Nord“ |
| VI. „Gneisenau“ | XX. „Ost“ |
| VII. „Graf Reden“ | XXI. „Ostmark“ |
| VIII. „Hans Schemm“ | XXII. „Puddler“ |
| IX. „Herbert Norkus“ | XXIII. „Richthofen“ |
| X. „Hermann Göring“ | XXIV. „Sudetenland“ |
| XI. „Hindenburg“ | XXV. „Süd“ |
| XII. „Horst Wessel“ | XXVI. „Dr. Wagner“ |
| XIII. „Immelmann“ | XXVII. „West“ |
| XIV. „Leo Schlageter“ | |

„Annaberg“ (I).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: General-Höfer-Strasse 37.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortswaltung: General-Höfer-Strasse 37. Ruf: 409 54.
Sprechstunden: Mittwochs von 20 bis 22 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: General-Höfer-Strasse 37.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: General-Höfer-Strasse 37. Sprechstunden: Dienstags von 9 bis 11 Uhr; Donnerstags von 15 bis 17 Uhr.

Schwesternstation: Liebigallee 2.

NS-Frauenschaft: General-Höfer-Strasse 37.
Sprechstunden: Dienstags von 17 bis 18 Uhr.

„Bertold Hildebrandt“ (II).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Hindenburgstrasse 1.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Hindenburgstrasse 1. Ruf: 415 46.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 19 bis 21 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Hindenburgstrasse 1.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Hindenburgstrasse 1. Sprechstunden: Dienstags von 17—19 Uhr; Donnerstags von 9 bis 11 Uhr.

Schwesternstation: Barbarastrasse 21.

Kindergarten: „Hindenburg“, Hindenburgstrasse 1; „Kinderland“, Beuthener Str. 25.

NS-Frauenshaft: Hindenburgstrasse 1.
Sprechstunden: Dienstags von 16 bis 18 Uhr.

„Bismarck“ (III).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Bismarckstrasse 39.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Puddlerstrasse 14a. Ruf: 417 81.
Sprechstunden: Dienstags und Sonnabends von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Puddlerstrasse 10.
Sprechstunden: Dienstags und Donnerstags von 19 bis 20,30 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Puddlerstrasse 10. Sprechstunden: Montags und Freitags von 17 bis 19 Uhr.

Schwesternstation: Kreuzstrasse 30.

Kindergarten: „Nordstadt“, Puddlerstrasse 22; „Pestalozzi“, Bismarckstrasse.

NS-Frauenshaft: Puddlerstrasse 22.
Sprechstunden: Dienstags und Sonnabends von 18 bis 20 Uhr.

„Danzig“ (IV).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Tannenberplatz 17.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Tannenberplatz 17 (Gemeindehaus).
Sprechstunden: Mittwochs von 19 bis 21 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Tannenberplatz 17.
Sprechstunden: Montags bis Freitags von 15 bis 17 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Tannenberplatz 8. Sprechstunden: Montags von 9 bis 11 Uhr; Donnerstags von 15 bis 17 Uhr.

Schwesternstation: Tannenberplatz 8.

Kindergarten: „Tannenber“, Tannenberplatz 17.

NS-Frauenshaft: Tannenberplatz 17.
Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr.

„General Höfer“ (V).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Laurahütter Strasse 57.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Laurahütter Strasse 57.
Sprechstunden: Dienstags von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Laurahütter Strasse 57.
Sprechstunden: Montags, Mittwochs und Freitags von 19 bis 20 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: General-Höfer-Strasse 2. Sprechstunden: Dienstags von 16 bis 18 Uhr; Donnerstags von 9 bis 11 Uhr.

Schwesternstation: Tannenberglplatz 8.

Kindergarten: „General Höfer“, General-Höfer-Strasse 2; „Annaberg“, Schlageterstrasse 11.

NS-Frauenschaft: Laurahütter Strasse 57.
Sprechstunden: Dienstags von 16 bis 18 Uhr.

„Gneisenau“ (VI).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Horst-Wessel-Strasse 65.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Adolf-Hitler-Strasse 77.
Sprechstunden: Dienstags von 19 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Bismarckhütter Strasse 42.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 18 bis 20 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Bismarckhütter Strasse 42. Sprechstunden: Dienstags von 9 bis 11 Uhr und Freitags von 17 bis 19 Uhr.

Schwesternstation: Bergfreiheitstrasse 42.

Kindergarten: „Herbert Norkus“ und „Gneisenau“, Herbert-Norkus-Strasse.

NS-Frauenschaft: Horst-Wessel-Strasse 54.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 19 bis 20 Uhr.

„Graf Reden“ (VII).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Kattowitzer Strasse 17.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Kattowitzer Strasse 17.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 19 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Kattowitzer Strasse 35.
Sprechstunden: Mittwochs und Freitags von 17 bis 19 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Kattowitzer Strasse 35. Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 15 bis 17 Uhr.

Schwesternstation: Kattowitzer Strasse 35.

Kindergarten: „Horst Wessel“ (Werkskindergarten). Redenstrasse 28.

NS-Frauenschaft: Kattowitzer Strasse 22.
Sprechstunden: Dienstags von 18 bis 19 Uhr.



Oben: Neugeschaffener Gefolgschaftsraum nach Richtlinien „Schönheit der Arbeit“ in einem Königshütter Kraftwerk. Unten: Aus einer Hilfsstelle „Mutter und Kind“.

„Hans Schemm“ (VIII).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Horst-Wessel-Strasse 19.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Gneisenaustrasse 10. Ruf: 339 41.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt. Horst-Wessel-Strasse 19.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 18 bis 20 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Horst-Wessel-Strasse 19. Sprechstunden: Dienstags
und Freitags von 9 bis 11 Uhr.

Schwesternstation: Bergfreiheitstrasse 12.

Kindergarten: „Eichendorff“, Gneisenaustrasse 17; „Hans Schemm“, Hans-Schemm-
Strasse 37.

NS-Frauenschaft: Horst-Wessel-Strasse 19.
Sprechstunden: Dienstags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

„Herbert Norkus“ (IX).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Steinstrasse 4.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Steinstrasse 4. Ruf: 409 51.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 19 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Bismarckhütter Strasse 33.
Sprechstunden: Montags bis Freitags von 18 bis 20 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Bismarckhütter Strasse 33. Sprechstunden: Montags
und Donnerstags von 9 bis 11 Uhr.

Schwesternstation: Bergfreiheitstrasse 42.

NS-Frauenschaft: Bismarckhütter Strasse 33.
Sprechstunden: Donnerstags von 16 bis 18 Uhr.

„Hermann Göring“ (X).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Hermann-Göring-Strasse 45.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Hermann-Göring-Platz.
Sprechstunden: Donnerstags von 18,30 bis 20,30 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Hermann-Göring-Strasse 45.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 18,30 bis 20,30 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Hermann-Göring-Strasse 11. Sprechstunden: Montags
und Donnerstags von 15 bis 17 Uhr.

Schwesternstation: Richthofenstrasse.

Kindergarten: „Friedrich Fröbel“, Hermann-Göring-Strasse; „Hermann Göring“, Rosenheimer Strasse.

NS-Frauenschaft: Hermann-Göring-Strasse 45.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 18 bis 20 Uhr.

„Hindenburg“ (XI).

- NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters:** Hindenburgstrasse 58.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- DAF. und NSBO. Ortsverwaltung:** Hindenburgstrasse 60.
Sprechstunden: Donnerstags von 19 bis 20 Uhr.
- NSV. Amt für Volkswohlfahrt:** Hindenburgstrasse 58.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 16 bis 18 Uhr.
- Hilfsstelle „Mutter und Kind“:** Hindenburgstrasse 58. Sprechstunden: Montags und
Dienstags von 16 bis 18 Uhr.
- Schwesternstation:** Barbarastrasse 21.
- NS-Frauenschaft:** Hindenburgstrasse 45.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 18 bis 20 Uhr.

„Horst Wessel“ (XII).

- NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters:** Adolf-Hitler-Strasse 45.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- DAF. und NSBO. Ortsverwaltung:** Adolf-Hitler-Strasse 45.
Sprechstunden: Dienstag und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- NSV. Amt für Volkswohlfahrt:** Bergfreiheitstrasse 42.
Sprechstunden: Dienstag und Freitag von 18 bis 20 Uhr.
- Hilfsstelle „Mutter und Kind“:** Bergfreiheitstrasse 42. Sprechstunden: Dienstag
von 9 bis 11 Uhr; Freitag von 17 bis 19 Uhr.
- Schwesternstation:** Bergfreiheitstrasse 42.
- NS-Frauenschaft:** Bergfreiheitstrasse 66.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 18 bis 20 Uhr.

„Immelmann“ (XIII).

- NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters:** Richthofenstrasse 17. (Arbeiterheim der Bismarckhütte).
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- DAF. und NSBO. Ortsverwaltung:** Arbeiterheim der Bismarckhütte, Richthofenstrasse 17,
Ruf: 419 64.
Sprechstunden: Mittwochs von 19 bis 20 Uhr.
- NSV. Amt für Volkswohlfahrt:** Richthofenstrasse 17 (Arbeiterheim).
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- Hilfsstelle „Mutter und Kind“:** Richthofenstrasse 17. (Arbeiterheim). Sprechstunden:
Dienstag von 16 bis 18 Uhr; Freitag von 9 bis 11 Uhr.
- Schwesternstation:** Richthofenstrasse 17 (Arbeiterheim).
- NS-Frauenschaft:** Richthofenstrasse 17 (Arbeiterheim).
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 16 bis 18 Uhr.

„Leo Schlageter“ (XIV).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Teichstrasse 1.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Teichstrasse 1. Ruf: 417 21.
Sprechstunden: Donnerstags von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Teichstrasse 1.
Sprechstunden: Mittwochs und Freitags von 19 bis 21 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Teichstrasse 1. Sprechstunden: Montags von 9 bis 11 Uhr und Freitags von 15 bis 17 Uhr.

Schwesternstation: Bahnhofstrasse 2.
Kindergarten: „Graf Reden“, Kattowitzer Strasse.

NS-Frauenschaft: Teichstrasse 1.
Sprechstunden: Montags und Mittwochs von 19 bis 20 Uhr.

„Ludendorff“ (XV).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Bismarckstrasse 39.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Bismarckstrasse 39. Ruf: 364 02.
Sprechstunden: Dienstags von 19 bis 21 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Kreuzstrasse 30.
Sprechstunden: Montags und Freitags von 17 bis 19 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Kreuzstrasse 30. Sprechstunden: Dienstags von 9 bis 10 Uhr; Donnerstags von 17 bis 19 Uhr.

Schwesternstation: Kreuzstrasse 30.
Kindergarten: „Ludendorff“, Godullastrasse; „Hüttenheim“, Beuthener Strasse.

NS-Frauenschaft: Bismarckstrasse 39.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 18 bis 19 Uhr.

„Memel“ (XVI).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Kantine der Stickstoffwerke.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

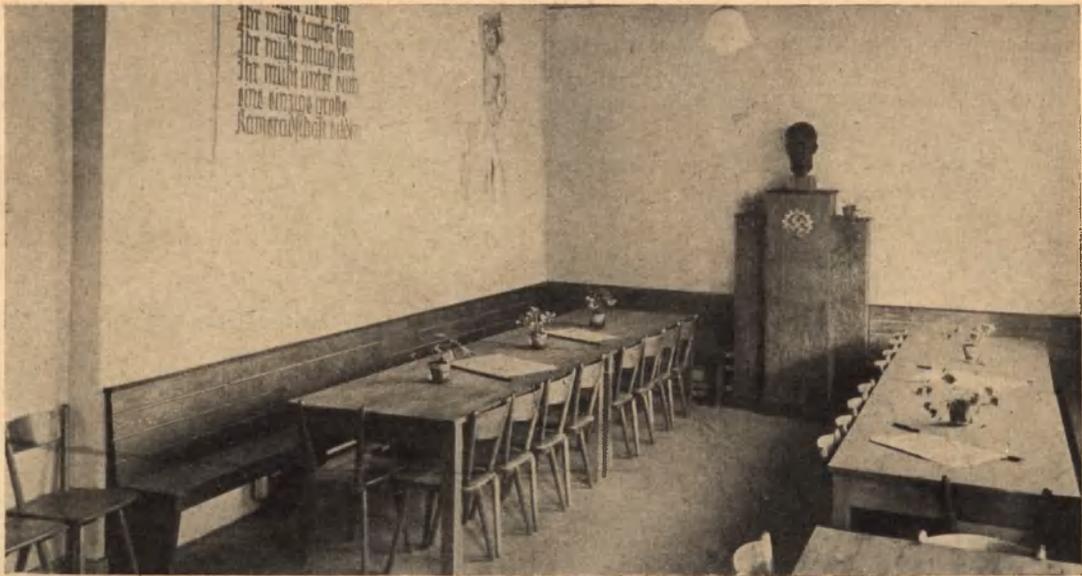
DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Kantine der Stickstoffwerke. Ruf: 417 81.
Sprechstunden: Donnerstags von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Liebigallee 5.
Sprechstunden: Montags und Freitags von 18 bis 20 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Hohenbirkener Weg 7. Sprechstunden: Montags von 15 bis 17 Uhr.

Schwesternstation: Liebigallee 2.
Kindergarten: „Theodor Loos“, Anhalterweg 5.

NS-Frauenschaft: Kantine der Stickstoffwerke.
Sprechstunden: Mittwochs von 18 bis 19 Uhr.



Oben: Speiseraum einer Lehrlingswerkstatt in Königshütte-Bismarck. Unten: Eine vorbildliche Lehrlingswerkstatt in Königshütte-Bismarck.

„Mitte“ (XVII).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Gerichtsgasse 1.

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Gerichtsgasse 1. Ruf: 415 78.

Sprechstunden: Montags von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Gerichtsgasse 1.

Sprechstunden: Dienstags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Gerichtsgasse 1. Sprechstunden: Montags von 15 bis 17 Uhr; Donnerstags von 9 bis 11 Uhr.

Schwesternstation: Bahnhofstrasse 2.

Kindergarten: „Blücher“, Kattowitzer Strasse, Ecke Blücherstrasse.

NS-Frauenschaft: Gerichtsgasse 1.

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 18 bis 19 Uhr.

„Moltke“ (XVIII).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Kalidestrasse 23.

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Kalidestrasse 23. Ruf: 409 54.

Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Beuthener Strasse 34.

Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 17 bis 19 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Beuthener Strasse 34. Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 17,30 bis 19 Uhr.

Schwesternstation: Barbarastrasse 21.

NS-Frauenschaft: Kalidestrasse 23.

Sprechstunden: jeden Mittwoch von 18 bis 20 Uhr.

„Nord“ (XIX).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Kreuzstrasse 6.

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Kreuzstrasse 6. Ruf: 419 64.

Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 18,30 bis 20,30 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Kreuzstrasse 6.

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Kreuzstrasse 6. Sprechstunden: Montags von 17 bis 19 Uhr; Freitags von 9 bis 11 Uhr.

Schwesternstation: Kreuzstrasse 6.

NS-Frauenschaft: Kreuzstrasse 6.

Sprechstunden: Freitags von 17 bis 19 Uhr.

„Ost“ (XX).

- NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters:** Emil-Stolle-Strasse 42.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- DAF. und NSBO. Ortswaltung:** Emil-Stolle-Strasse 42.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 20 Uhr.
- NSV. Amt für Volkswohlfahrt:** Emil-Stolle-Strasse 42.
Sprechstunden: Dienstags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- Hilfsstelle „Mutter und Kind“:** Avenstrasse 21. Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 14 bis 16 Uhr.
- Schwesternstation:** Kattowitzer Strasse 35.
- Kindergarten:** „Ostland“, Kapellenweg.
- NS-Frauenschaft:** Emil-Stolle-Strasse 42.
Sprechstunden: Dienstags von 17 bis 19 Uhr.

„Ostmark“ (XXI).

- NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters:** Wilhelmstrasse 4.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- DAF. und NSBO. Ortswaltung:** Bahnhofstrasse 3. Ruf: 419 64.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 19 bis 20 Uhr.
- NSV. Amt für Volkswohlfahrt:** Wilhelmstrasse 4.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- Hilfsstelle „Mutter und Kind“:** Bahnhofstrasse 2. Sprechstunden: Dienstags von 16 bis 18 Uhr; Freitags von 9 bis 11 Uhr.
- Schwesternstation:** Bahnhofstrasse 2.
- Kindergarten:** „Ostmark“, Schimmelpfennigstrasse 6.
- NS-Frauenschaft:** Wilhelmstrasse 4.
Sprechstunden: Donnerstags von 17 bis 19 Uhr.

„Puddler“ (XXII).

- NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters:** Hindenburgstrasse 6.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.
- DAF. und NSBO. Ortswaltung:** Hindenburgstrasse 53. Ruf: 417 21.
Sprechstunden: Montags und Dienstags von 18 bis 20 Uhr.
- NSV. Amt für Volkswohlfahrt:** Hindenburgstrasse 6.
Sprechstunden: Montags und Freitags von 18,30 bis 20 Uhr.
- Hilfsstelle „Mutter und Kind“:** Hindenburgstrasse 6. Sprechstunden: Montags und Freitags von 17 bis 19 Uhr.
- Schwesternstation:** Barbarastrasse 21.
- Kindergarten:** „Walter Flex“, Schützenstrasse 36; „West Kindergarten“, Bahnschachtstrasse 16.
- NS-Frauenschaft:** Hindenburgstrasse 8.
Sprechstunden: Montags von 15 bis 16 Uhr.

„Richthofen“ (XXIII).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Kasino, Stahlstrasse 15.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Stahlstrasse 15.
Sprechstunden: Donnerstags von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Stahlstrasse 15.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 18 bis 20 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Stahlstrasse 15. Sprechstunden: Dienstags von 15 bis 17 Uhr; Donnerstags von 9 bis 11 Uhr.

Schwesterstation: Richthofenstrasse 3a.

Kindergarten: „Richthofen“, Bornstrasse; „Bismarck“, Kollmannstrasse; „Hüttenkindergarten“, Richthofenstrasse.

NS-Frauenschaft: Bornstrasse (Ruhberg-Schule).
Sprechstunden: Montags und Mittwochs von 16 bis 18 Uhr.

„Sudetenland“ (XXIV).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Hindenburgstrasse 75.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Hindenburgstrasse 75. Ruf: 408 72.
Sprechstunden: Dienstags und Donnerstags von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Hindenburgstrasse 75.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

NS-Frauenschaft: Hindenburgstrasse 75.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 15 bis 17 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Hindenburgstrasse 75. Sprechstunden: Montags von 17 bis 19 Uhr; Donnerstags von 9 bis 11 Uhr.

Kindergarten: „Sudetenland“, Hindenburgstrasse; „Charlottenhof“, Friedensstrasse.

„Süd“ (XXV).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Florianstrasse 2.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Eisenbahnstrasse 3. Ruf: 417 41.
Sprechstunden: Mittwochs von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Richthofenstrasse 17 (Arbeiterheim).
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 18 bis 20 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Richthofenstrasse 17 (Arbeiterheim). Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr; Donnerstags von 9 bis 11 Uhr.

Schwesterstation: Richthofenstrasse 17.

NS-Frauenschaft: Florianstrasse 2.
Sprechstunden: Dienstags von 18 bis 19 Uhr; Mittwochs von 16 bis 18 Uhr.

„Dr. Wagner“ (XXVI).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Adolf-Hitler-Strasse 152.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Adolf-Hitler-Strasse 134.
Sprechstunden: Freitags von 19 bis 21 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Adolf-Hitler-Strasse 90.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 17 bis 19 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Adolf-Hitler-Strasse 90. Sprechstunden: Dienstags
von 9 bis 11 Uhr; Freitags von 17 bis 19 Uhr.

Schwesternstation: Bergfreiheitstrasse 42.

NS-Frauenschaft: Adolf-Hitler-Strasse 134.
Sprechstunden: Mittwochs von 19 bis 21 Uhr.

„West“ (XXVII).

NSDAP. Dienststelle des Ortsgruppenleiters: Ratiborer Strasse 2.
Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr.

DAF. und NSBO. Ortsverwaltung: Ratiborer Strasse 2.
Sprechstunden: Montags und Mittwochs von 18 bis 20 Uhr.

NSV. Amt für Volkswohlfahrt: Schützenstrasse 15.
Sprechstunden: Montags, Mittwochs und Freitags von 19 bis 21 Uhr.

Hilfsstelle „Mutter und Kind“: Charlottenstrasse 66. Sprechstunden: Montags von
15 bis 17 Uhr; Donnerstags von 9 bis 11 Uhr.

Schwesternstation: Bergfreiheitstrasse 42.

Kindergarten: „Sonnenland“, Schützenstrasse 13.

NS-Frauenschaft: Charlottenstrasse 66.
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 18 bis 19 Uhr.

Wegweiser durch die Stadtverwaltung.

„Der Oberbürgermeister der Stadt Königshütte Oberschlesien“.

Rathaus, Adolf-Hitler-Platz.
Ruf: 409 81 bis 409 87
Sprechstunden täglich von 9—12 Uhr.

Oberbürgermeister: Ernst Schröder
Bürgermeister und Stadtkämmerer: Dr. Franz Killing
Stadtbaurat: Stadtrat Regierungsbaumeister a. D. Werner Sinhuber.
Stadtrat: Wilhelm Biener.

Ehrenamtliche Beigeordnete:

1. Karl Mania, Barbarastrasse 31
2. Wilhelm Rydzy, Hindenburgstrasse 124
3. Josef Strozzyk, Redenstrasse 9
4. Max Brock, Bismarckhütter Strasse 9.

Ratsherren:

1. Felix Beiner, Beuthener Strasse 41
2. Alfons Belda, Steinstrasse 4
3. Julius Bittner, Horst-Wessel-Strasse 10
4. Georg Beyer, Hermann-Göring-Strasse 125
5. Paul Drobek, Redenstrasse 6
6. Theodor Griegel, Hindenburgstrasse
7. Johann Grabarz, Rosmarin-Weg 14
8. Ignaz Hermann, Bielitzer Strasse 8
9. Dr. Georg Hadamik, Adolf-Hitler-Strasse 47
10. Hermann Kusche, Steinstrasse 24 a
11. Georg Konietzny, Scharnhorststrasse 2
12. Fritz Lindel, Bahnhofplatz 1
13. August Lorck, Schützenstrasse 13
14. Max Muschol, Redenstrasse 9
15. Felix Otto, Eichendorffstrasse 1
16. Johann Rother, Hummereistrasse 4
17. Karl Rössner, Lettow-Vorbeck-Strasse 46
18. Adolf Smykalla, Lazarettstrasse 36 a
19. Günter Srocke, Tannenbergrasse 30
20. Franz Schega, Adolf-Hitler-Platz 14
21. Heinrich Stellmach, Gneisenastrasse 32
22. Eduard Struhler, Horst-Wessel-Strasse 12
23. Peter Wons, Glückaufstrasse 27
24. Walter Turczyk, Lobestrasse 1.

Amt für Familienunterhalt.

Dem Amt für Familienunterhalt, das die Aufgabe hat, die Angehörigen der zum Wehr- oder Arbeitsdienst einberufenen Personen in grosszügiger Weise vor Not zu schützen, kommt besonders im Kriege eine erhöhte Bedeutung zu. Die amtliche Begründung zu dem Familienunterhaltsgesetz vom 30. 3. 1936 hatte folgende Gedanken aufgestellt: „Wehrdienst und Arbeitsdienst sind Ehrendienst am deutschen Volke. Wer seiner Verpflichtung zur Dienstleistung für das Vaterland nachkommt, dem ist auch das Vaterland verpflichtet. — Die Fürsorge für die Angehörigen der zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht Einberufenen entspricht einer vom Staat zu erfüllenden Ehrenpflicht der Volks-

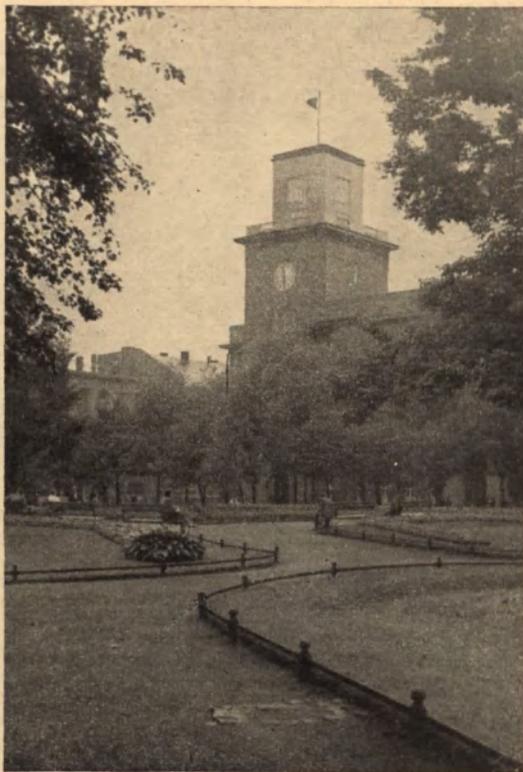
gemeinschaft“. Die dem Amt für Familienunterhalt bei seiner Arbeit dienende Richtschnur bildet das Einsatzfamilienunterhaltsgesetz vom 26. 6. 1940 und die ihm folgenden ergänzenden Vorschriften.

Nach der erfolgten Einberufung stellt der Unterhaltsberechtigte unter Vorlegung einer diesbezüglichen Bescheinigung des Wehrbezirkskommandos einen Antrag auf Gewährung von Familienunterhalt. Der formularmässige Aufnahmeantrag, dessen Fragen in allen seinen Punkten wahrheitsgemäss beantwortet werden müssen, gibt bald einen Ueberblick über die familiären und wirtschaftlichen Verhältnisse des Einberufenen, der durch Beibringung bezw. Anforderung einer Bescheinigung des Hausbesitzers über die zu entrichtende Wohnungsmiete, einer Verdienstnachweisung des Arbeitgebers u. a. ergänzt wird. Etwa noch bestehende Zweifel werden durch Ermittlungen der zuständigen Fürsorgerin beseitigt. Tritt eine Verzögerung in der Herbeischaffung der für die Familienunterhaltsberechnung notwendigen Unterlagen ein, so werden schon auf mündlichen Antrag hin Abschlagszahlungen geleistet.

Die Eltern von ledigen Einberufenen können auch die Gewährung eines laufenden Familienunterhalts beantragen, sofern sie nachweisen, dass der Sohn bis zur Einberufung zu einem wesentlichen Teil der Ernährer gewesen ist und wenn es für die Eltern als Härte bezeichnet werden müsste, wenn man ihnen zumuten wollte, allein für die Bestreitung ihres Lebensunterhalts zu sorgen. Die Ernährereigenschaft ist also hierbei von ausschlaggebender Bedeutung. Für die Bemessung des Familienunterhalts ist der Grundsatz der tatsächlichen Unterhaltsleistung massgebend. Ähnlich wird bei allen sonstigen Angehörigen verfahren, die vom Soldaten bis zu dessen Einberufung ganz oder zu einem wesentlichen Teil unterhalten worden sind.

Die Betreuung durch das Amt für Familienunterhalt beschränkt sich nicht nur auf Angehörige der zum Wehrdienst Einberufenen, sondern auch auf die Angehörigen Reichsarbeitsdienstpflichtiger. Dasselbe gilt auch für Angehörige einberufener Mitglieder des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps, des Nationalsozialistischen Fliegerkorps, des Deutschen Roten Kreuzes, des Reichsluftschutzdienstes sowie für die Angehörigen Notdienstpflichtiger (z. B. Ergänzungskräfte der Heimatomorganisationen, wie Polizei-Reserve, verstärkter Postschutz, Bahnschutz, Wasserstrassenschutz, Zollgrenzschutz, Technische Nothilfe).

Angehörige von Soldaten, die bis zu ihrer Einberufung selbständig einen Gewerbebetrieb geführt haben, erhalten, sofern die Einnahmen dieses Betriebes in ursächlichem Zusammenhang mit der Einberufung zurückgegangen sind, Wirtschaftsbeihilfe. Eine solche kann entweder zur Erhaltung oder zur Fortsetzung des Betriebes gewährt werden. Bei Hilfe in derartigen Fällen bedient sich das Amt für Familienunterhalt der gutachtlichen Äusserung der zuständigen wirtschaftlichen oder berufsständigen Vertretung (Wirtschaftskammer, Kreishandwerkerschaft usw.).



Adolf-Hitler-Platz mit Rathaus.

Amt für Handel und Gewerbe.

1. Planung und Förderung des Einzelhandels und Handwerks: Planung der zu errichtenden Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe. Förderung des Nachwuchses durch Ausschreibung von Wettbewerben. Mitwirkung bei der inneren und äusseren Ausgestaltung der Geschäfte. — 2. Genehmigung von Einzelhandels- und Handwerksbetrieben nach der Verordnung zur Sicherung des geordneten Aufbaus der Wirtschaft der einmündigen Ostgebiete vom 31. 1. 40 und des Einzelhandelschutzgesetzes. — 3. Gewerbe-An- und -Abmeldung. — 4. Erledigung aller Aufgaben, die sich aus der Gewerbeordnung ergeben: Ueberwachung der Gewerbebetriebe, Beglaubigung von Lehrzeugnissen, Genehmigung gewerblicher Anlagen. — 5. Reichswirtschafts- und Reichskredithilfe: Bearbeitung von Anträgen auf Kredit, Uebernahme von Reichsbürgerschaften und Gewährung von Zuschüssen. — 6. Bearbeitung von Wirtschaftsfragen: Errichtung von Verkehrslinien, Erledigung aller mit der Industrie- und Gewerbebestruktur zusammenhängenden Fragen, Erteilung von Auskünften usw. — 7. Plakatwesen: Verpachtung der städt. Anschlagssäulen, Ueberwachung der Plakatierung von Schaufenstern usw. — 8. Hebammenwesen: Erteilung der Niederlassungserlaubnis, Förderung des Nachwuchses in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Gesundheitsamt. — 9. Fuhrpark: Verwaltung der städtischen Personenkraftwagen. — 10. Beteiligung der Stadt an wirtschaftlichen Unternehmungen: Schlesische Autobuslinien usw. — 11. Förderung der Landwirtschaft und der Tierzucht: Massnahmen für Schadenverhütung und Seuchenbekämpfung, Anschaffung von Vartieren, Förderung der Kleintierzucht, Beihilfen an Kleintierzüchter usw.

Baupolizeiamt.

Grundlage der Arbeit des Baupolizeiamtes ist die Verordnung über die Baugestaltung vom 10. November 1936, die den Erlass von Ortsatzungen oder örtlichen Baupolizeiverordnungen ermöglicht, um das Orts- und Strassenbild vor Verunstaltungen zu schützen. So wird gefordert, dass Neubauten, Umbauten, Abputz von Häusern, Anstrich von Hausansichten, Aufstellen von Automaten und Tankstellen, Errichtung von Ueberdachungen, Anbringen von Firmenschildern oder Firmenaufschriften an Gebäuden und dgl. der Baupolizei zur Genehmigung vorgelegt werden. Auf der anderen Seite obliegt der Baupolizei die Aufrechterhaltung der baulichen Ordnung. Hierhin gehört: Die Wahrnehmung der gesundheitlichen Interessen der Wohnungsinhaber, die Ueberwachung der feuer-technischen Einrichtungen und der Feuersicherheit eines Gebäudes, die Förderung besonderer hygienischer Einrichtungen auf Grund gewerbepolizeilicher Vorschriften und von Wohlfahrtsanordnungen, Prüfung bestehender Gebäude und Bauteile zum Schutze des öffentlichen Verkehrs gegen Unfall, Regelung der Grundstücksbebauung, Kontrolle über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe, Schaffung von Luftschutzräumen.

Prüfung der Bauanträge mit den Grundriss-, Schnitt- und Ansichtszeichnungen, dem Lageplan, der Baubeschreibung. Festigkeitsberechnungen für die Tragfähigkeit der Eisen- oder Holzkonstruktionen, der Eisenbetonteile und der besonders beanspruchten Teile des Mauerwerks oder Baugrundes. Prüfung der Entwässerungs- und Kanalanlagen bei Neubauten. Ueberwachung der Bauarbeiten durch Baukontrolleure. Rohbau- und Gebrauchsabnahme von Neubauten, Umbauten, Aufstockungen, Gerüsten, Einfriedigungen, Reklameschildern, Gebäudeabbrüchen u. a. m. Baupolizeiliche Begutachtung der nicht genehmigungspflichtigen Bauten und Erteilung von Dispensen.

Bauverwaltungsamt.

Bearbeitung der allgemeinen Verwaltungsarbeiten der gesamten Stadtbauverwaltung. Veranlagung und Einziehung von Anliegerbeiträgen. Auskünfte für Beleihungen. Bearbeitung von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Führung der Unternehmerkartei für die Vergebung von Aufträgen. Bewirtschaftung der kontingentierten Baustoffe. Bearbeitung von Lieferungs- und Leistungsverträgen, von Gestattungsverträgen. Festsetzung und Erhebung von Benutzungs- und Verwaltungsgebühren. Bearbeitung von Pfändungs- und Zessionsangelegenheiten. Prüfung und Anweisung von Rechnungen. Aufstellung der Haushaltspläne der Bauverwaltung. Führung der Haushaltsüberwachungslisten.



Adolf-Hitler-Strasse

Beschaffungsamt.

Beschaffung, Verwaltung, Unterhaltung und Ausgabe von Einrichtungsgegenständen, Vor- und Nachdruck, Stempeln, Bildern, Fahnen, Schreibmaterialien, Schreib- und Büromaschinen, Verdunkelungseinrichtungen, Luftschutzgeräten, Schreibmaschinen-Reparaturen. — Anfertigung von Vor- und Nachdruck auf zwei elektrischen Vervielfältigungsmaschinen. — Buchbinderarbeiten. — Leitung und Ueberwachung der Umzüge der Dienststellen, Neueinrichtung derselben einschl. Amtszimmer der Schulleiter. — Fernsprech-Neu-Einrichtungen. — Abrechnung der Fernsprechgebühren sämtlicher Ämter. — Prüfung und Anweisung der Rechnungen über obige Lieferungen und Leistungen, Führung der Haushaltsüberwachungslisten, Aufstellung und Verteilung der Kosten des Sammelnachweises I. — Erfassung und Verwertung des Altmaterials.

Entwässerungsamt — Stadtentwässerungsamt.

Neubau, Unterhaltung und Reinigung des städtischen Kanalnetzes. Wasserpolizeiliche Aufsicht über die Schmutz- und Abwässerungsbeseitigung u. dgl. im Zusammenwirken mit dem „Rawaverband“ (s. dort).

Ernährungsamt.

Abteilung A: Beauftragter der Kreisbauernschaft Kattowitz. — Sicherstellung der Lebensmittel. Abteilung B: Regelung des Verbrauchs.

1. Verwaltung und Statistik. 2. Ausgabe der Lebensmittelkarten und Berechtigungsscheine für werdende und stillende Mütter sowie für Kranke. 3. Markenabrechnungsstelle und Ausgabe der Bezugscheine A an Lebensmittelgeschäfte, Fleischer, Bäcker, Konditoreien und Gaststätten. 4. Ausgabe der Grossbezugscheine und der Bezugscheine B an Krankenanstalten, Werksküchen, Bäckereien, Konditoreien und Gaststätten; Ausgabe der Futtermittelscheine. 5. Ausgabe der Zusatzkarten für Schwer- und Schwerstarbeiter und der Zulagekarten für Lang- und Nachtarbeiter. 6. Kontrolle und Fahndung.

Hauptstelle im Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. — Bezirksstelle I, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz 1. —

Bezirksstelle II, Kreuzstrasse 6. — Bezirksstelle III, Königshütte-Ost, Gemeindehaus, Tannenberglplatz. — Bezirksstelle IV, Königshütte-Bismarck, Hermann-Göring-Strasse 78/81.

Feuerschutzpolizei.

Rettung von Menschen und Tieren aus Gefahr. — Bekämpfung und Ablöschung von Schadenfeuer. — Hilfeleistung bei Unglücksfällen, Wassernot, Einstürzen oder Einsturzgefahr. — Beseitigung von Verkehrshindernissen. — Unfallstelle. — Krankenüberführungen. — Revisionen auf Feuersicherheit von Theatern, Lichtspielhäusern, Versammlungsräumen, Sälen, Fabriken, Geschäftshäusern und öffentlichen Gebäuden. Stellung von Sicherheitswachen.

Gartenamt.

Betreuung der gesamten öffentlichen Grünanlagen innerhalb des Stadtgebietes. Planung und Ausführung von Grünanlagen. Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der vorhandenen Grünanlagen nach neuzeitlichen Gesichtspunkten. Anzucht von Pflanzen für die Herrichtung von Anlagen und die Bepflanzung der Blumenbeete. Anpflanzung und Pflege von Strassenbäumen. Ausführung von gärtnerischen Dekorationen. Planung und Anlage von neuen Kleingärten. Beratung der Kleingärtner. Pflege der Kriegergräber und Gräber der Volksdeutschen. Bearbeitung von Angelegenheiten des Friedhofswesens, des Natur- und Vogelschutzes, von gärtnerischen Gutachten u. ä.

Grundstücksamt.

Gebäudeabteilung: Verwaltung des gesamten städtischen bebauten Grundbesitzes, der öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken dient mit Ausnahme der Schulgebäude.

Liegenschaftsabteilung: Betreuung und Nutzung des gesamten unbebauten Grundbesitzes.

Hauptamt.

Durchführung des organischen Aufbaues der gesamten Verwaltung. — Ueberwachung des Verwaltungsablaufes. — Organisation des Dienstbetriebes und der Geschäftsverteilung. Festsetzung der Dienststunden und Sprechstunden. — Erledigung allgemeiner Verwaltungsaufgaben und Zusammenarbeit mit Partei und Behörden. — Vorbereitung und Durchführung der Ratsherrensitzungen. Bearbeitung der Namengebung von Strassen und Plätzen, von Ehrungen und Auszeichnungen von Bürgern u. a. m. Durchführung des Reichsleistungsgesetzes.

Hauptkasse. Stadthauptkasse.

Die Stadthauptkasse hat alle Kassengeschäfte der Stadtverwaltung zu erledigen. Sie hat auf Grund von Annahme- und Auszahlungsanordnungen die Einnahmen (Steuern, Gebühren, sonstige Abgaben, Mieten, Pachten, Zinsen u. dgl.), notfalls im Verwaltungszwangsverfahren



Am Adolf-Hitler-Platz.

rechtzeitig einzuziehen und die Ausgaben zu leisten, die erforderlichen Bücher zu führen und die Belege zu sammeln. Durch die Buchführung werden die kassenmässigen Vorgänge festgehalten und die notwendigen Unterlagen für die Rechnungslegung, die jährlich zu erfolgen hat, gewonnen.

Hochbauamt.

Bearbeitung und Durchführung von Neubauten und Umbauten öffentlicher Gebäude, Schulen und städtischen Wohngebäuden. Bauliche Unterhaltung dieser Gebäude, sowie Unterhaltung der Installationseinrichtungen und Heizungen. — Durchführung des Volkswohnungsbaus.

Informationsdienst (Presseamt).

Seine Aufgabe ist Aufklärung der Bevölkerung über die Massnahmen der Verwaltung, Weckung des Verständnisses für die gemeindlichen Aufgaben und ihrer Durchführung, Interessierung der Bürgerschaft für alle kommunalen Angelegenheiten. Er ist das Sprachrohr der Verwaltung, Sammelstelle von Nachrichten aus der Gemeinde, Verbindungsstelle mit allen Organisationen, die das Leben der Gemeinde beeinflussen. Studium aller Informationsquellen (Personen, Schrifttum, Presse, Funk). Auskunftsdienst für die gesamte innere Verwaltung. Auswertung aller anfallenden Verwaltungsberichte und Verwaltungsvorgänge. Unterrichtung der Bevölkerung durch Presseartikel, Veröffentlichungen, Pressekonferenzen, Bekanntmachungen.

Jugendamt. (s. Wohlfahrtsamt).

Kämmerei.

Führung der städtischen Finanzverwaltung und Finanzwirtschaft: Aufstellung und Ausführung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes. Finanzausgleich mit Reich und Staat. Gemeindliche Finanzstatistiken.

Vermögens- und Schuldenverwaltung: Kapitalvermögen, Rücklagen, Sondervermögen u. dgl., Schulden und Anleihen.

Krankenhaus. Städtisches Krankenhaus.

Eichendorffstrasse 10. Ruf: 406 71.

(s. im Verzeichnis der Behörden, Aemter, Dienststellen unter „Krankenhäuser“).

Leihamt.

Königshütte-Nord, Marktplatz 4. Ruf: 409 81 bis 409 87.

Seine Aufgabe ist es, allen, besonders den minderbemittelten Volksgenossen, die in vorübergehende Geldverlegenheit geraten sind, aus der Not zu helfen. Es gewährt gegen Verpfändung von beweglichen Gebrauchs- und Wertgegenständen aller Art Darlehen ohne die Absicht einer Gewinnerzielung. Darlehen werden in jeder Höhe bis zu 75% des Wertes gegeben. Die Zinsen und Gebühren sind so gering bemessen, dass sie bei der Einhaltung der Darlehnsfrist von vier Monaten nicht ins Gewicht fallen. Die Gesamtspesen betragen 2 Rpf. monatlich für jede RM. Bei rechtzeitiger Begleichung der aufgelaufenen Kosten kann die Verfallfrist auch verlängert werden. Verfallene Pfänder werden in öffentlicher Versteigerung verkauft. Etwaige Verkaufsüberschüsse stehen ein Jahr lang zur Verfügung der Versetzer.

Leibesübungen. Stadtamt für Leibesübungen.

Pflege und Unterhaltung der städtischen Sportanlagen. Förderung der Turn- und Sportvereine. Bearbeitung der Hitler-Jugend-Angelegenheiten.

Lohn- und Gehaltsabteilung.

Vorarbeiten für die Aufstellung des Haushaltsplanes für alle Personalausgaben. Führung der Haushaltsüberwachungslisten über ausgezahlte Löhne, Gehälter, Trennungentschädigungen, Tagelöhner, Reisekosten u. s. w. Berechnung und Anweisung der Gehälter der Lehrer und Beamten, der Ruhegehälter, der Vergütungen für Angestellte und der Löhne für Arbeiter. Aufstellung der Gehalts-, Vergütungs- und Lohnlisten zu den Zahlungsterminen. Vornahme sämtlicher Abzüge. Abrechnung der einbehaltenen Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Ueberweisung der Vorschüsse bei Neueinstellungen, Zahlung der Trennungentschädigungen und Tagelöhner nach Anweisung.

Luftschutzamt.

Bearbeitung der von den verschiedenen Behörden einlaufenden Verordnungen, Verfügungen, Schriftstücke und dgl. Propagierung des Luftschutzgedankens. Durchführung von Bodenentrümpelungen. Kontrolle der Verdunkelungseinrichtungen und Verdunkelungsmassnahmen. Prüfung der Luftschutzgeräte und Luftschutzmaterialien.

Markthalle.

Beuthener Strasse 3. Ruf: 409 84.

Bis zum Jahre 1905 wurden die Jahr- und Wochenmärkte wie anderwärts auch hier auf dem Ring und den den Ring umgebenden Strassen im Freien abgehalten. Mit der in den letzten Jahren durch die rasche Vergrößerung der Industrie-Stadt erfolgten starken Vermehrung der Einwohner-



Im Vordergrund die Markthalle, im Hintergrund das Verwaltungsgebäude der Stadtwerke.

zahl trat das Bedürfnis der Herbeischaffung der erforderlichen Lebensmittel aus immer weiteren Entfernungen und hiermit die Notwendigkeit zu Tage, die für die Lebensmittelversorgung der Stadt bestehenden Einrichtungen den gesteigerten Anforderungen auch in sanitärer Hinsicht entsprechend zu verbessern. Andererseits sollte die Zufuhr von Lebensmitteln nach der Markthalle noch dadurch verstärkt werden, dass die Lebensmittel direkt mit der Bahn in den Keller der Markthalle eingeführt wurden.

Dadurch sollten die Spesen der Verkäufer geringer werden, um dann die Lebensmittel billiger zu kaufen und zu verkaufen. Auch ist unverkennbar, dass die Lebensmittel in einer gedeckten Halle sauberer bleiben, die gesundheitspolizeiliche Aufsicht besser ausgeübt werden kann, die Waren dem Verderben weniger ausgesetzt, auch die Käufer und Verkäufer dem Wetter und der Erkältung in einer gedeckten Halle nicht preisgegeben sind, wie auf dem freien Marktplatze. Hauptsächlich sollte die Halle zum Schutz der Verkaufsware vor den Einwirkungen von Sonne, Staub, Regen, Hitze und Frost dienen. Nicht weniger aber sollte durch den Bau der Markthalle das Kaufen und Verkaufen erleichtert werden, da alle Warengattungen übersichtlicher geordnet werden können, als auf dem offenen Markte.

Die Markthalle sollte überdies kein finanzielles, sondern beiden Teilen: Käufern und Verkäufern, ein gemeinnütziges Unternehmen sein. Die Markthalle besitzt einen Flächeninhalt von 3600 m². Neben 176 Kellerräumen und 93 Kühlzellen ist eine eigene Kühlanlage vorhanden, die von zwei Borsig-Kompressoren mit je 75 Kal. betrieben wird. Im Erdgeschoss befinden sich 479 Standplätze für alle Art Lebensmittel, auf der Galerie 135 Standplätze für Galanterie- und Textilwaren. Ausser der Markthalle in der Stadtmitte befinden sich je ein Marktplatz in Königshütte-Bismarck und Königshütte-Ost.

Markttag sind für Königshütte-Mitte und Königshütte-Bismarck jeden Mittwoch und Sonntag, für Königshütte-Ost an jedem Dienstag und Freitag.

Mietamt.

Festsetzung von Mieten und Pachten für Wohn- und Geschäftsräume auf Grund des Schlesischen Mieter-Schutzgesetzes vom 9. II. 1940 (Reg. Amtsblatt Kattowitz Nr. 4/40). Ueberwachung und Regelung der Preise und Entgelte für die Uebereignung, Vermietung und Verpachtung von Grundstücken auf Grund des § 2 der Verordnung über Preisbildung und Preisüberwachung im Regierungsbezirk Kattowitz (Reg. Amtsblatt Nr. 3/39).

Personalamt.

Einstellung, Anstellung und Entlassung von Beamten, Angestellten und Arbeitern. Erledigung sämtlicher Personalangelegenheiten wie: Festsetzung des Besoldungsdienstalters, Berechnung von Löhnen und Gehältern, Urlaubsfragen, Krankenscheine usw.

Planungsamt. Stadtplanungsamt.

Systematische Ueberlegung aller Möglichkeiten einer Neugestaltung des Stadtraumes. Lenkung und Durchführung der Planungsarbeiten. Planung der Verkehrslinien, der Bereitstellung und Ausweisung der Wohn- und Erholungsgebiete. Bearbeitung der Bebauungs- und Baustufenpläne, der An- und Uebersiedlung von Gewerbebetrieben und Wohngebäuden. Prüfung der Baugesuche in städtebaulicher Hinsicht. Planung der Altstadtsanierung.

Polizeiamt. Stadtpolizeiamt.

„Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde.“

Aufgaben der Gemeindepolizeiverwaltung nach dem Preussischen Normalregulativ: **Impfpolizei:** Aufstellung der Impflisten der Erst- und Wiederimpflinge, Fertigung der Impfscheine, Festsetzung der Impftermine, Durchführung der gesamten vorbereitenden Arbeiten, Zusammenarbeit mit dem Impfarzt. Strafbefugnis. — **Feld- und Forstpolizei:** Ueberwachung von Feld und Forst durch Feld- und Flurhüter, Bekämpfung der Feld- und Forstdiebstähle. Strafbefugnis. **Friedhofspolizei:** Ueberwachung der Innehaltung der Preise der Grabstätten, Grabmäler, Gitter, Einfassungen und dergl. Erledigung aller polizeilichen Angelegenheiten, die die Friedhöfe betreffen. — **Schulpolizei:** Zuführungen bei Schulversäumnissen, Bestrafungen bei unentschuldigtem und böswilligen Schulversäumnissen. — **Schornsteinfegerwesen:** Dienstaufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister mit Ausnahme der baupolizeilichen und feuerpolizeilichen Befugnisse. — **Naturschutz:** Ueberwachung des Natur- und Tierschutzgesetzes. Strafbefugnis. — **Allgemeines:** Ermittlungen für die Stadämter. Ueberwachung der Strassenhändler ausserhalb der Märkte. Umtausch von Quittungs- und Versicherungskarten. Pferde- und Bespannfahrzeuergreifung. Beglaubigung und Erteilung von Bescheinigungen, soweit sie die Gemeindepolizei betreffen.

Rechnungsprüfungsamt.

Prüfung der Jahresrechnung auf Innehaltung des Haushaltsplanes und Gesetzmässigkeit der Haushaltsführung. — Laufende Ueberwachung der Kassen der Stadt und ihrer Unternehmen sowie die Kassen- und Vorratsprüfungen. Laufende Prüfung der Wirtschaftsführung der wirtschaftlichen Unternehmen und die Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafter und Aktionär in Unter-

nehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Vorprüfung der zu vergebenden Aufträge einschliesslich Entwürfen und Kostenanschlägen. Prüfung der Verwaltung auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit. Prüfung der Endabrechnungen der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen.

Rechtsamt.

Bearbeitung aller Rechtsstreitsachen der Stadtgemeinde, die für oder gegen sie bei Gerichten anhängig werden. Rechtsauskunftserteilung an alle Stadtämter. Bearbeitung der Anträge auf Genehmigung von Grundstücksverkäufen, von Erstattungsanträgen auf Grund der Kriegssachschadenverordnung und Weiterleitung an die zuständige Feststellungsbehörde. Bearbeitung sämtlicher Privatversicherungen, wie Feuer-, Einbruchdiebstahl- und Wasserleitungsschäden, soweit die Stadt als Versicherungsnehmerin in Frage kommt. Das Rechtsamt führt die Nebenregister des Standesamtes.

Reinigungsamt. Stadtreinigungsamt.

Durchführung der öffentlichen Hygiene, insbesondere der Strassenreinigung, der Müll- und Fäkalienabfuhr; Pflege der öffentlichen Bedürfnisanstalten.

Schlachthof.

Schlachthofstrasse. Ruf: 401 94.

Verwaltungsgebäude — Wohngebäude mit Gaststätte — Wohngebäude für Angestellte und Arbeiter — Rinderschlachthallen — Schweineschlachthallen — Kälberschlachthallen — Pferdeschlachthallen — Kaldaunenhallen — Mickerhalle — Stallungen für die Unterbringung von ca 700 Schweinen — Rinderstallungen für die Unterbringung von 150 Rindern — Pferdestall für die Unterbringung von 20 Pferden — Pökelraum mit 5 fest eingebauten Pökelbottichen und Kühlräumen (479,23 qm und 1437,69 cbm).

Kesselhaus mit 2 Hochdruckkesseln mit 10 Atm. und je 80 qm Heizfläche. — Fettschmelze und Raffinerieanlage. — Kadaververbrennungsofen. — Wiegeraum mit 2 automatischen Hängewaagen je 1000 kg. — Freibank mit Verkaufsraum, Pökelraum und Arbeitsraum. — Vorkühlhalle mit Vorraum (528,53 qm u. 2748,36 cbm). — Kühlhalle mit 8 Kühlzellen, 1 Polizeizelle und 1 Wiegeraum (625,25 qm u. 3126,25 cbm), 144 Kühlzellen mit 1032 qm u. 3201 cbm. Maschinenraum mit 2 Ammoniak-Kompressoren von je 150 000 Kal. Eisgenerator mit 300 Eisformen zur Herstellung von Kunsteis. Verloaderampe von ca. 250 m Länge mit Anschlussgleis an die Reichsbahn. — Borstenwäscherei mit Trockenanlage. Eigene Schlosserei, Schmiedewerkstatt und Tischlerei. — Gefolgschaftsräume. — Häutesalzerei. — Darmschleimerei. — Blutplasmagewinnungsanlage. — Unterbringung der Fleischerei-Rohprodukten-Genossenschaft und der Fleischer-Innung.

Schulamt.

Allgemeine Schulverwaltung der höheren, mittleren und Volksschulen, der Handels- und Berufsschulen. Bearbeitung der baulichen Unterhaltung der Schulen. Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln. Ausgestaltung der Schulen mit dem nötigen Inventar. Erhebung von Schulgeldern. Vergabung von Schulräumen für ausserschulische Zwecke. Aufstellung und Ueberwachung der Haushaltspläne für die Schulen.

Stadtbildstelle.

Gneisenaustrasse 17. Ruf: 407 44.

Betreuung der Schulen mit Film und Lichtbild. Beratung bei der Anschaffung von Film- und Lichtbildgeräten. Herstellung von heimatkundlichen Bildreihen und Filmen. Verleihung von Vorführapparaten, Lichtbildern und Filmen an Parteidienststellen und Organisationen. Lichtbildtechnische



Stadtparkasse

Beratungsstelle. Ueberwachung der Lichtbildanschaffungen für Schulen im Auftrage der Landesbildstelle. Ausbildung von Vorführern an Schmalfilm- und Lichtbildgeräten.

Stadtparkasse Königshütte, Oberschlesien.

Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Gemeinnützige, mündelsichere Sparkasse.

Annahme von Spar- und Depositeneinlagen, Mündelgeldern, Ausgabe von Heimsparbüchern, Scheck-, Giro- und Kontokorrenteinlagen, Führung von Gehaltskonten, Ausstellung und Einlösung von Reisekreditbriefen, An- und Verkauf sowie Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen sowie fälligen Wertpapieren, Bogenerneuerung, Entgegennahme verschlossener Depots, Vermietung von Stahlschliessfächern, Gewährung von kurz- und langfristigen Darlehen und Krediten jeder Art, insbesondere Hypotheken-, Schuldschein-, Bürgerschafts- und Faustpfanddarlehen, Handwerkerkredite, Lieferantenkredite, Baufinanzierung, Reichsbürgerschaftskredite, Instandsetzungskredite, Diskontierung von Wechseln, Einzug von Schecks, Wechseln, Dokumenten, An- und Verkauf von Devisen und Sorten, Erledigung aller Geldgeschäfte mit dem Ausland und dem Generalgouvernement, Vermittlung von Bausparverträgen und Hypotheken, Nachttresor. Zuverlässige und vertrauliche Beratung in allen einschlägigen Angelegenheiten.

Hauptstelle: Königshütte, Adolf-Hitler-Str. 41a.
Ruf: 409 65 und 409 66.

Hauptzweigstellen: 1. Königshütte - Bismarck, Hermann-Göring-Strasse 63. 2. Königshütte-Nord, Hindenburgstrasse 2, Ecke Beuthener Strasse. 3. Königshütte-Ost, General-Höfer-Strasse 2, Ecke Laurahütter Strasse.

Stadtwerke. Elektrizitäts- und Wasser-Versorgung.

Beuthener Strasse 9. Ruf: 419 35. Verkehrsstunden: täglich 9 bis 13 Uhr.

Standesamt.

Gneisenaustrasse 5a. Ruf: 403 73.

Beurkundung von Geburten und Sterbefällen im Stadtgebiet. — Aufgebote. — Eheschliessungen. — Beglaubigung von Ahnenpässen. (s. unter Verzeichnis der Behörden, Ämter, Dienststellen).

Statistisches Amt.

Durchführung statistischer Erhebungen für alle Zwecke der Gemeindepolitik. Beschaffung zahlenmässig begründeter Unterlagen für Gemeindeforschungen, zur Beobachtung und Kontrolle von Wirkung und Erfolg bestimmter Verwaltungsmassnahmen. Feststellung von Tatbeständen auf allen Gebieten des gemeindlichen Lebens, deren Kenntnis für die Verwaltung von Wichtigkeit ist. An die Ermittlung der Zahlen schliesst sich die Ursachenforschung an, die zu einer sicheren Ein-



Kassenraum der Stadtparkasse.

sicht in den Ermittlungsgang der verschiedenen untersuchten Zustände und Vorgänge führt. Zwischenzeitliche und zwischenörtliche Vergleiche führen zu neuen Aufschlüssen oder vertiefen das vorgefundene Ergebnis. Sammlung jedweden Zahlenmaterials, das innerhalb der Verwaltung und auch bei anderen Behörden anfällt, um ein Bild von dem gesamten kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben der Gemeinde zu erhalten. Neben der Selbstverwaltungsstatistik steht die Auftragsstatistik, die in der Durchführung der grossen Reichserhebungen liegt. So ist das statistische Amt das zentrale statistische Auskunftsbüro für alle am Leben der Stadt interessierten Stellen.

Steueramt.

Berechnung und Veranlagung der gemeindlichen Steuern und Abgaben im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Zustellung der Steuerbescheide. Ueberwachung des Steuereingangs. Bearbeitung von Stundungen, Ermässigungen und Erlass von Steuern.

Realsteuern:

1. Gewerbesteuern:
 - a) Gewerbeertragssteuer,
 - b) Gewerkekapitalsteuer,
 - c) Lohnsummensteuer.
 - d) Gewerbesteuerausgleich.
2. Grundstückssteuern:
 - a) für den bebauten Grundbesitz,
 - b) für den unbebauten Grundbesitz,
3. Grundsteuer.

Personalsteuern:

4. Bürgersteuer.

Indirekte Gemeindesteuern:

5. Getränkesteuer.
6. Schankerlaubnissteuer.
7. Vergnügungssteuer.
8. Wertzuwachssteuer.
9. Hundesteuer.
10. Zuschläge zur Grunderwerbsteuer.

Gebührenerhebung:

11. Strassenreinigungsgebühren.
12. Kanalgebühren.

Auftragsangelegenheit:

13. Einziehung der Handwerkskammerbeiträge.
14. Ausfertigung der Lohnsteuerkarten auf Grund der alljährlich stattfindenden Personenstands- und Betriebsaufnahmen.

Tiefbauamt.

Bearbeitung und Durchführung von Neu-, Um- und Ausbauten, sowie die Unterhaltung von Strassen, Wegen, Plätzen, Brücken, Wasserläufen, Wasserbauten und sonstigen Tiefbauarbeiten. Ausbau und Unterhaltung der Strassenbeleuchtung. Wegepolizeiliche Aufgaben: Genehmigung von Strassen- und Brückenbauten sowie aller Anlagen unter, auf und über der Erde, einschliesslich von Leitungen und Kabeln; Aufsicht über die öffentlichen Strassen, Wege und Plätze. Verwaltung des Bauhofes.

Verkehrs- und Werbeamt.

Im Vordergrund stehen Fremdenverkehrswerbung und Fremdenverkehrswirtschaft im Rahmen des Gesetzes über den Reichsfremdenverkehrsverband. Führung des Ortsfremdenverkehrsverbandes („Verkehrsverein“). — Heranziehung von Tagungen, Kundgebungen, Lehrgängen, Ausstellungen. — Durchführung eigener und fremder Veranstaltungen. — Werbung für den Besuch der Stadt. — Werbung für Handel und Gewerbe. — Film-, Lichtbild-, Plakatwerbung. — Beschaffung und Ausgabe von Werbeschriften, Faltblättern, Stadtbüchern, Stadtplänen. — Beschickung werbender Ausstellungen. — Veröffentlichung werbender Aufsätze in Zeitschriften und in der Tagespresse. — Ueberlassung von Material für Reisehandbücher und andere Nachschlagewerke. — Mitarbeit am Einwohnerbuch. — Aufstellung von Orientierungstafeln und Stadtplänen an den Ausfallstrassen. — Betreuung der Fremden durch Nachweis und Vermittlung von Unterkunft und Verpflegung. Führung durch die Stadt und ihre nähere Umgebung. — Ausgabe von Wanderplänen und Karten. —

Zusammenarbeit mit anderen Verkehrsvereinen und Fremdenverkehrs-Werbestellen. Zusammenarbeit mit allen zentralen und übergeordneten Stellen für die Fremdenverkehrs- und Wirtschaftswerbung. Mitarbeit im Beskidenverein. Anregung zur Schaffung und zum Ausbau von Erholungsstätten, zur Anlegung von Ruhebänken. — Mitarbeit an der Entschandlung des Stadtbildes in enger Verbindung mit den amtlichen Stellen. — Verschönerung des Stadtbildes durch Blumenschmuck, Berankung kahler Hauswände, Anlegung von Schmuckplätzen, Aufstellung von Denkmälern. — Sammlung heimatkundlich und stadtgeschichtlich wertvoller Lichtbilder. — Beschaffung und Abgabe von heimatlichem künstlerischem Wandschmuck an örtliche und auswärtige Stellen. — Regelung des Veranstaltungswesens durch laufende Bearbeitung eines Veranstaltungs-Terminkalenders. — Anregung heimischer Künstler zum heimatlichen Kunstschaffen. — Kampf gegen Schund und Kitsch im Ansichtskartenwesen u. a. — Anregung zur Schaffung schöner und gediegener Gaststätten und Läden. — Werbung für praktische und geschmackvolle Heimkultur.

Vermessungsamt.

Messungen: Triangulation, Polygonisierung, Stückvermessung, Tachymetrie, Urkundsmessungen, Fortschreibungs- und Neuvermessungen (Grundstücksvermessung, Grundstücksteilung, Grenzfeststellung) und deren häusliche Bearbeitung bis zur Uebernahme ins Kataster, Absteckung von Baufuchtlinien und Höhenangaben, Nivellements (Höhenmessungen).

Berechnungen: Trigonometrische und polygonometrische Berechnungen, Flächenberechnungen, Höhenberechnungen.

Zeichnerische Arbeiten: Anfertigung von Lage- und Stadtplänen verschiedenster Art, Verkehrs- und Uebersichtsplänen, Längs- und Querprofilen, Höhenplänen, Numerierungsplänen (Hausnummern), Fluchtlinien- und Bebauungsplänen, Ergänzungen der Katasterkarten.

Verwaltungstechnische Arbeiten: Auslegung und Festsetzung von Fluchtlinien- und Bebauungsplänen. Ergänzung der Grundsteuermutter- und Gebäudesteuerrollen sowie der Flurbücher (Kataster). Vorarbeiten zur Grundstückssteuer, Strassenbau- und Strassenreinigungskosten. Ueberprüfung der Bauvorhaben hinsichtlich der Lage, des Eigentümers, der Grenzen und des unbebauten Hofraumes. Ausfertigung von Wegebescheinigungen.

Versicherungsamt.

Bearbeitung aller Aufgaben, die sich für die Stadtgemeinde aus der Sozialversicherung (Kranken- und Invalidenversicherung) ergeben. Aufnahme von Anträgen auf Gewährung der Invaliden-, Witwen- und Waisenrente und Weiterleitung an die Landesversicherungsanstalt. Bearbeitung von Anträgen auf Einleitung von Heilverfahren aus der Angestelltenversicherung und Weiterleitung an die Reichsversicherungsanstalt. — **Aufsichtsbehörde der hiesigen Krankenkassen:** Entscheidung der sich aus der Reichsversicherung ergebenden Streitfälle zwischen den Versicherten und den Kassen.

Volksbildungsamt.

Bearbeitung aller kulturellen Angelegenheiten ausser denen des Schulwesens. Förderung wissenschaftlicher Bestrebungen. Bearbeitung der städtischen Angelegenheiten des gemeinsamen Orchesters der Städte Kattowitz und Königshütte. Verwaltung der Städtischen Musikschule. Dienststelle des Städtischen Musikbeauftragten. Betreuung und Förderung von Chören und Musikgemeinschaften. Städtische Verwaltung von „Konzerttrug“- und „Theaterring“-Angelegenheiten. Bearbeitung der gemeinsamen Angelegenheiten der „Städtischen Bühnen Kattowitz und Königshütte“. Verwaltung des Stadttheaters. Förderung der bildenden Künste. Ankauf von Kunstwerken. Verwaltung des „Kunstringes XI“ im Kunstverein Schlesien e. V. Veranstaltung von Kunstausstellungen und Ausstellungen aller Art. Verwaltung der Stadtbücherei. Veranstaltung von literarischen Abenden, Dichterlesungen, Buchausstellungen, Woche des deutschen Buches u. dergl. Betreuung der Volksbildungsstätte und sonstiger Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Bearbeitung der städtischen

Angelegenheiten bei öffentlichen Feiern. Verwaltung des Stadtarchivs. Betreuung der Heimatforschung. Bearbeitung der Stadtchronik und der Ortsgeschichte. Redaktion des „Heimabuches der Stadt Königshütte“. Bearbeitung von Angelegenheiten des Natur- und Denkmalschutzes.

Wirtschaftsamt.

1. Verwaltung und Statistik. — 2. Spinnstoffversorgung. — 3. Schuhversorgung. — 4. Kraftstoffversorgung einschliesslich Petroleum, Spezial- und Testbenzin, Kraftwagen-Bereifungen (Auto und Fahrrad), Treibriemen, Altmaterial. — 5. Strafsachen, Beschwerden. (Wird gemeinsam mit dem Ernährungsamt erledigt.)

Hauptstelle: Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Bezirksstelle I: Rathaus, Adolf-Hitler-Platz 1. Bezirksstelle II: Kreuzstrasse 6. Bezirksstelle III: Altes Rathaus, Königshütte III. Bezirksstelle IV: Hermann-Göring-Strasse 79/81.

Wohnungsbaugesellschaft. „Königshütter Wohnungsbaugesellschaft m. b. H.“

Brückenstrasse 5. Ruf: 41078.

Trägerin des sozialen Wohnungsbaues und Verwalterin der wirtschaftlich genutzten Kleinwohnungen (Mietwohnungen) sowie der gewerblichen Zwecken dienenden bebauten Grundstücke. Die Gesellschaft baut und betreut Kleinwohnungen im eigenen Namen. Das Gesellschaftskapital im alleinigen Besitz der Stadt Königshütte beträgt 250 000 RM.

Wohnungsfürsorgeamt.

Brückenstrasse 5. Ruf: 41078.

Zuweisung des verfügbaren Wohnraumes an Wohnungsuchende auf Grund der Schlesischen Mieterschutzbestimmungen. Der freigewordene Wohnraum ist vom Hauseigentümer oder vom Grundstücksverwalter der Wohnungsfürsorgeabteilung zu melden. Abgeschlossene oder abzuschliessende Mietverträge bedürfen der Zustimmung der Wohnungsfürsorgeabteilung. Ohne diese Zustimmung sind die Verträge rechtsungültig und daher wirkungslos.

Wohnungs- und Siedlungsamt.

Bearbeitung aller Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens. Vermittlung von Reichszuschüssen, Darlehen und Reichsbürgschaften. Der **Wohnungspflegeabteilung** obliegt die Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege im gesamten Stadtgebiet, die Beseitigung von Wohnungsmängeln, Vermittlung von Instandsetzungsdarlehen und -zuschüssen.

Wohlfahrts- und Jugendamt.

Eichendorffstrasse 3. Ruf: 40996 und 40997. Sprechstunden: täglich von 9 bis 12 Uhr.

Die Stadt. Wohlfahrtspflege beruht hauptsächlich auf der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. 2. 1924 und den Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Mass der öffentlichen Fürsorge vom 4. 12. 1924. Die Arbeit der Städte auf wohlfahrtspflegerischem Gebiet verteilt sich seit der Uebertragung der Gesundheitsfürsorge auf die Staatlichen Gesundheitsämter, auf die Wohlfahrtsämter und auf die Jugendämter. Dabei ist aber zu beachten, dass den Gesundheitsämtern nur die ärztlichen Aufgaben übertragen sind; ihnen liegt nur die ärztliche Feststellung und die Begutachtung ob, inwieweit etwaige gesundheitliche Gefahren oder Missstände zu beheben oder sonstige Massnahmen zur Förderung der Volksgesundheit zu treffen sind. Die Durchführung der von ihnen vorgeschlagenen Massnahmen obliegt jedoch dem Wohlfahrtsamt. Das Wohlfahrtsamt setzt sich aus dem Fürsorgeamt und Jugendamt zusammen. Das Arbeitsgebiet des Fürsorgeamtes umfasst die Armenfürsorge, zu der noch die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und die ihnen auf Grund der Versorgungsgesetze Gleichstehenden getreten ist.

Hinzu kommt die Fürsorge für die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie nicht den Versicherungsträgern obliegt, die Fürsorge für die Kleinrentner und die ihnen Gleichstehenden, die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige und die Wochenfürsorge. Zur Bekämpfung besonderer Notstände sind spezialisierte Fürsorgezweige entwickelt, zur Bekämpfung der Prostitution die Gefährdetenfürsorge, zur Bekämpfung der Trunksucht die Trinkerfürsorge und zur Betreuung von Krüppeln die Krüppelfürsorge, von Obdachlosen die Obdachlosenfürsorge. Ferner ist für die Umsiedler noch die Umsiedlerkreisfürsorge zu erwähnen. Zu dem Aufgabenkreis gehören ausserdem die folgenden Fürsorgezweige:

Durchführung der Massnahmen zur Speisefettverbilligung und zum Erlass von Rundfunkgebühren,

Mitwirkung bei der Gewährung von Ehestandsdarlehen und von Kinderreichen-Beihilfen, Bearbeitung der Anträge auf Verleihung des „Ehrenkreuzes der deutschen Mutter“.

Die Fürsorgepflichtverordnung verpflichtet an sich das Wohlfahrtsamt, erst bei eingetretener Hilfsbedürftigkeit einzugreifen. Die grosse Bedeutung vorbeugender Fürsorge aber, besonders auf dem Gebiete der Gesundheits- und Arbeitsfürsorge und der Bewahrung Minderjähriger vor Störungen der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung macht dem Wohlfahrtsamt zur Pflicht, auch vorbeugende Massnahmen zu treffen. Es sind insbesondere zu erwähnen:

die Erholungsfürsorge,

die Durchführung von Kinderspeisungen,

die Einrichtung und Erhaltung der Kindergärten, -Krippen und -Horte,

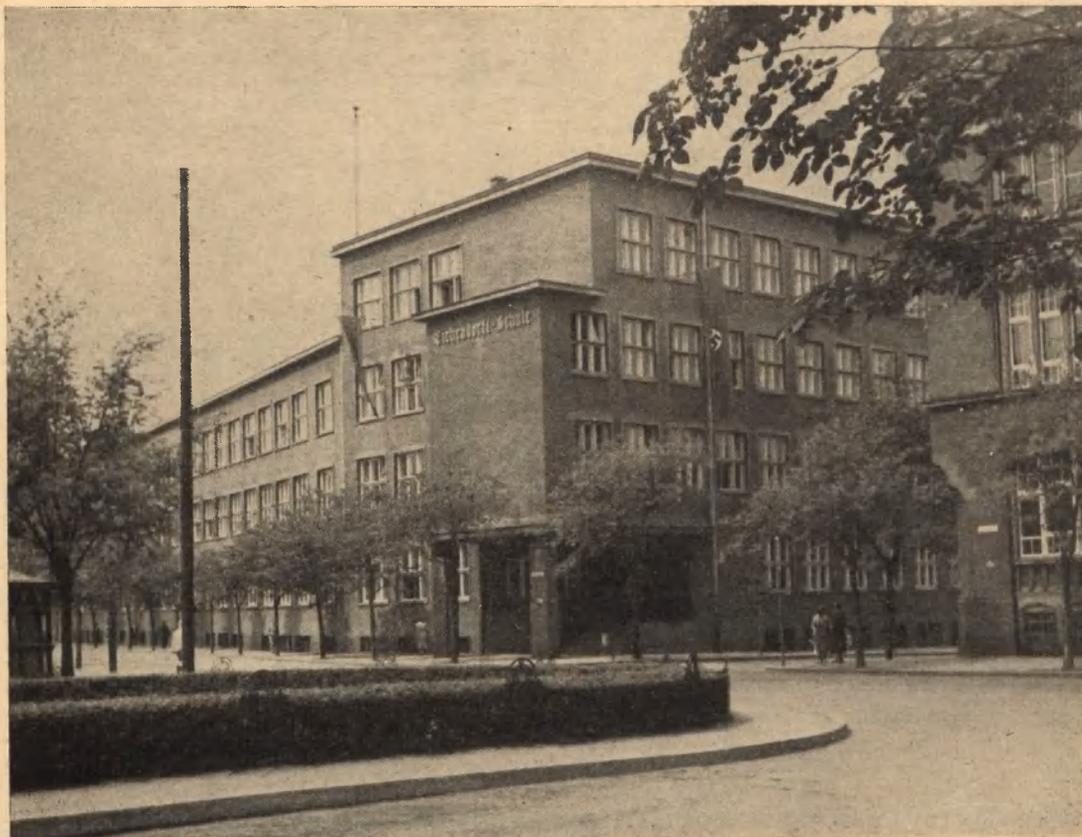
die regelmässige Betreuung gesundheitsbedrohter Gruppen, besonders der vorbeugenden Tuberkulose- und Krüppelfürsorge und die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Aufgabenkreis des **Jugendamtes** ist die Jugendwohlfahrtspflege. Rechtliche Grundlage der Jugendwohlfahrtspflege ist das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Zu den Pflichtaufgaben des Jugendamtes gehören:

Der Schutz der Pflegekinder, die Mitwirkung im Vormundschaftswesen, insbesondere die Tätigkeit im Gemeindevorstand, die Schutzaufsicht, Fürsorgeerziehung und Jugendgerichtshilfe, die Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Kinderarbeit, die Fürsorge der Kriegerwaisen und Kinder von Kriegsbeschädigten, sowie Mitarbeit der Jugendhilfe bei den Polizeibehörden. Ausserdem führt das Jugendamt die Amtsvormundschaft über alle unehelich geborenen Kinder.

Das Anstaltswesen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege wird ebenfalls vom Wohlfahrtsamt getragen, so das Städt. Altersheim, das Obdachlosenheim und in der Jugendwohlfahrtspflege das Städt. Säuglings- und Kinderheim und das Kindererholungsheim in Orzesche.

Das Schwergewicht der neuzeitlichen Wohlfahrtsarbeit liegt jedoch auf der offenen Fürsorge, die zur Familienfürsorge als der besten Form der Betreuungsarbeit entwickelt ist. Die Familienfürsorge hat die Aufgabe, vor allem den Grundsatz der Einheitlichkeit der wirtschaftlichen, gesundheitlichen und erzieherischen Fürsorge zu verwirklichen und hierbei die notwendigen Massnahmen auf das Gesamtwohl der Familien auszurichten. Die Einheitlichkeit der persönlichen Ausübung der Familienfürsorge ist durch eine Uebereinkunft mit dem Staatlichen Gesundheitsamt dadurch gewahrt, dass das Stadtgebiet in Bezirke aufgeteilt und für jeden Bezirk eine Gesundheitspflegerin oder Volkspflegerin angesetzt ist, die in ihrem Bezirk die gesamten Fürsorgeaufgaben, die gesundheitlichen, die jugendfürsorgerischen und die wirtschaftlichen, wahrnimmt.



Eichendorff-Schule

Kulturelle Einrichtungen und Anstalten

A. Schulwesen:

1. Höhere Schulen:

Oberschule für Knaben „Eichendorffschule“, Gneisenastrasse 2. Ruf: 401 50.

Oberschule für Knaben „Moltkeschule“, Moltkestrasse 7. Ruf: 405 16.

Oberschule für Mädchen „Clara-Schumann-Schule“, Eichendorffplatz. Ruf: 402 32.

2. Mittelschulen:

Städtische Mittelschule, Gneisenastrasse 17. Ruf: 402 33.

3. Berufs- und Fachschulen:

- Gewerbliche Berufsschule für Jungen, Rosenheimer Strasse 20/22. Ruf: 404 73.
Handelslehranstalt. Berufs- und Berufsfachschule. Hans-Schemm-Strasse 2. Ruf: 412 63.
Lehranstalt für Frauenberufe. Berufs- und Berufsfachschule, Hans-Schemm-Str. 2, Ruf: 422 29
und Kattowitzer Strasse 5, Ruf: 405 96.
Städtische Musikschule, Königshütte-Nord, Moltkestrasse 7. Ruf: 414 13.

4. Volksschulen:

- Moltke-Schule, Volksschule 1 für Mädchen, Moltkestrasse 9. Ruf: 414 11.
Moltke-Schule, Volksschule 1 für Knaben, Moltkestrasse 9. Ruf: 405 16.
Adolf-Menzel-Schule, Volksschule 3, Kapellenweg 2. Ruf: 408 07.
Ludendorff-Schule, Volksschule 4/15, Hindenburgstrasse. Ruf: 407 24.
Godulla-Schule, Volksschule 8/9, Godullastrasse 16. Ruf: Schule 8: 406 77; Schule 9: 406 79.
Hans-Schemm-Schule, Volksschule 10/24, Hans-Schemm-Strasse. Ruf: 406 78.
Richthofen-Schule, Volksschule 11/13, Schützenstrasse 32. Ruf: 406 74.
Graf-Reden-Schule, Volksschule 12/18, Kattowitzer Strasse 32. Ruf: 406 72.
Hindenburg-Schule, Volksschule 14/20, Hindenburgstrasse 22. Ruf: 414 85.
Gneisenau-Schule, Volksschule 17/25, Gneisenastrasse 3. Ruf: 408 52.
Berthold-Hildebrandt-Schule, Volksschule 19/22, Moltkestrasse 9a. Ruf: 414 97.
Dr. Wagner-Schule, Volksschule 26, Herbert-Norkus-Strasse 1. Ruf: 416 62.
Schlageter-Schule, Volksschule 27/31, Schlageterstrasse 1. Ruf: 401 93.
Horst-Wessel-Schule, Volksschule 28, Laurahütter Strasse 58. Ruf: 403 16.
Langemarck-Schule, Volksschule 29, Oestreicherstrasse 1. Ruf: 402 14.
Heinitz-Schule, Volksschule 30, Dorfstrasse 21. Ruf: 406 40.
Herbert-Norkus-Schule, Volksschule 32, Herbert-Norkus-Strasse 9. Ruf: 416 62.
Kalide-Schule, Volksschule 33, Schlesierstrasse.
Ruhberg-Schule, Volksschule 34, Bornstrasse 55. Ruf: 406 43.
Bismarck-Schule, Volksschule 35, Braunauer Strasse 3. Ruf: 408 11.
Hermann-Göring-Schule, Volksschule 38/39, Legion-Condor-Strasse. Ruf: Schule 38: 405 61,
Ruf: Schule 39: 414 09.
Dietrich-Eckart-Schule, Volksschule 40/41, Hermann-Göring-Strasse 12. Ruf: 404 74.
Gustav-Freytag-Schule, Volksschule 42, Bornstrasse 61. Ruf: 405 87.

B. Büchereiwesen:

Stadtbücherei:

Volksbücherei-Hauptstelle.

- Adolf-Hitler-Platz. Fernruf: 405 62.
Ausleihstunden: täglich von 11 bis 12 Uhr.
Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 16 bis 19 Uhr.
Jugendausleihe: Montag und Donnerstag von 13 bis 15 Uhr.

Volksbücherei-Nebenstelle „Bismarck“

- Königshütte-Bismarck, Richthofenstrasse 13. Fernruf: 401 72.
Ausleihstunden: Montag und Freitag von 11.30 bis 12.30 und von 16 bis 19 Uhr.
Mittwoch von 10 bis 12.30 Uhr.

Volksbücherei-Nebenstelle „Nord“

- Königshütte-Nord, Bismarckplatz 4, (Eröffnung Ende 1941).

Volksbücherei-Nebenstelle „Ost“

- Königshütte-Ost, (Eröffnung Ende 1941).

Amtsbücherei (Fachbücherei der Stadtverwaltung)

- Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Fernruf: 409 81 bis 409 87.

Musikbücherei

- Städtische Musikschule, Königshütte-Nord, Moltkestrasse 7. Fernruf: 414 13.

C. Bühnenwesen:

Stadtheater (Oper, Operette, Schauspiel).

Lobestrasse 5. Fernruf: 406 26.

(986 Sitzplätze). Spielzeit von Oktober bis April. Bespielt von den „Städtischen Bühnen Kattowitz - Königshütte“. Generalintendanz: Kattowitz, Stadtheater. Schauspieldirektion: Königshütte, Lobestrasse 5. Oertliche Verwaltung: Volksbildungsamt, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Ruf: 409 81 bis 409 87.

Theaterring der „Kulturgemeinde der Stadt Königshütte“ in der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Verwaltung: Volksbildungsamt, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Ruf: 409 81 bis 409 87 und Kreisdienststelle der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, Adolf-Hitler-Strasse 1. Ruf: 409 36.

Anmeldung in der KdF-Verkaufsstelle Am Adolf-Hitler-Platz 3. Fernruf: 405 15.

Dienststunden: von 9 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittags geschlossen.

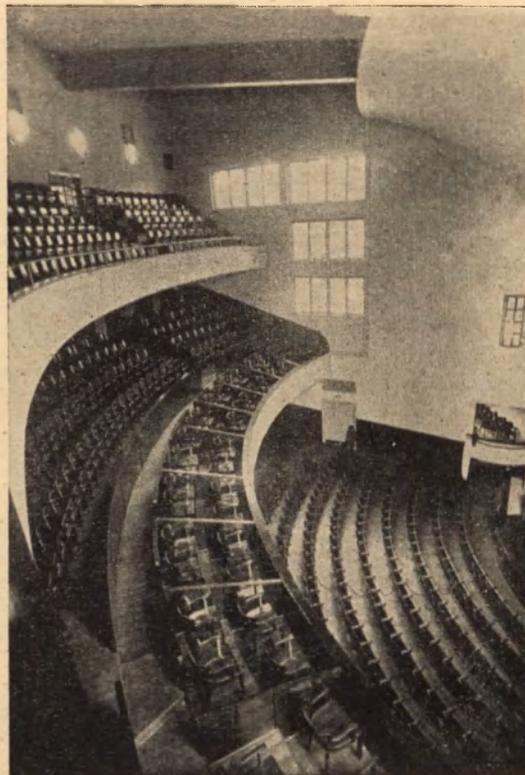
D. Musikwesen:

Orchester. „Städtisches Sinfonie-Orchester Kattowitz“ (Gemeinsames Orchester der Städte Kattowitz und Königshütte). Leitung: Generalbildungsamt, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Ruf: Kattowitz 330 60. Oertliche Verwaltung: Volksmusikdirektor Dr. Otto Wartisch. Fernruf: 409 81 bis 409 87.

Konzertring der „Kulturgemeinde der Stadt Königshütte“ in der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Verwaltung: Volksbildungsamt, Rathaus, Am Adolf-Hitler-Platz. Ruf: 409 81 bis 409 87 und Kreisdienststelle der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, Adolf-Hitler-Str. 1. Ruf: 409 36.

Anmeldung in der KdF-Verkaufsstelle Am Adolf-Hitler-Platz 3. Fernruf: 405 15. Dienststunden von 9 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittags geschlossen.

Städtische Musikschule. Die Musikschule ist die Stätte der völkischen Musikerziehung der Jugend (Jungvolk, Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel) und der Erwachsenen. Vom Singen ausgehend weckt sie das Interesse für Musik und hebt die vorhandenen Anlagen durch einen fachlich fundierten Gruppenunterricht. Ihr Ziel ist die Heranbildung ihrer Schüler zu brauchbaren Sängern und leistungsfähigen Musikanten im Dienste für Familie, Volk und Formation.



Stadtheater

Die Schule umfasst: Singklassen, Instrumentalen Gruppen- und Einzelunterricht, Lehrgänge für Singeleiter, Arbeitsgemeinschaften für Betriebschorleiter, Instrumentales Zusammenspiel, Volkstanz und Volksspiel.

Unterrichtsräume: Moltkeschule, Königshütte-Nord, Moltkestrasse 7, II. Stock.
Ruf: 41413.

Geschäftsstelle: Volksbildungsamt, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Ruf: 409 81 bis 409 87.
Leiter der Schule: Städtischer Musikbeauftragter Paul Rodewald. Wohnung: Primelweg 27. Ruf: 403 02.

Anmeldung, Auskunft und Beratung in der Musikschule, Moltkestrasse 7 (Geschäftszimmer), täglich von 16 bis 18 Uhr.

Städtischer Musikbeauftragter (Fachberatungs- und Dienststelle des Oberbürgermeisters) Volksbildungsamt, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Anschrift des Städt. Musikbeauftragten: Musiklehrer Paul Rodewald, Primelweg 27. Ruf: 403 02.

Ortsmusikerschaft in der Reichsmusikkammer. Geschäftsführer und Kassierer: Robert Hübner, Kattowitzer Strasse 67. Sprechstunden: Dienstag und Freitag von 11 bis 13 Uhr, Donnerstag von 17 bis 19 Uhr. Ruf: 406 09.

„Städtische Chorvereinigung“. Gemischter Chor und Männerchor. Vereinsführer: Oberbürgermeister Ernst Schroeder. Geschäftsführer: Büchereidirektor Richard Schmidt, Rathaus, Volksbildungsamt, Adolf-Hitler-Platz, Ruf: 409 81 bis 409 87. Wohnung: Jahnstrasse 14, Ruf: 406 59. Dirigent: Paul Rodewald, Primelweg 27, Ruf: 403 02.

Uebungsraum: Aula der Clara-Schuhmann-Schule, Eichendorffplatz.

Proben: Mittwochs ab 20 Uhr für Männer. Montags ab 20 Uhr für Frauen.

KdF.-Singgemeinschaft. Musikalischer Leiter: Georg Staniczek, Hindenburgstrasse 19 (telefonisch erreichbar unter 419 45).

Uebungsraum: Volksbildungsstätte Schule II, Hindenburgstrasse 16.

Proben: Dienstag ab 20 Uhr.

KdF.-Musikgemeinschaft (Instrumentalgruppe). Geschäftsführer: Kurt Ossyra, Horst-Wessel-Strasse 3 (telefonisch erreichbar unter 417 21). Dirigent: Alfred Gamsa, Bergfreiheitstrasse.

Uebungsraum: Volksbildungsstätte, Schule II, Hindenburgstrasse 16.

Proben: Mittwoch ab 20 Uhr.

Werkskapellen:

- a) **Werkskapelle der „Königshütte“** (24 Mann, Blas- und Streichorchester).
Kapellmeister: Alfred Gamsa. Uebungsraum: Feuerwache der Hütte.
Proben: Dienstags und Freitags von 17 bis 19 Uhr.
- b) **Werkskapelle der „Bismarckhütte“** (14 Mann. Blasorchester).
Kapellmeister: Wilhelm Meschketter. Uebungsraum: Werkskindergarten, Richthofenstr 5.
Proben: Freitags ab 19 Uhr.
- c) **Werkskapelle der „Stickstoffwerke“** (24 Mann. Blasorchester).
Kapellmeister: Josef Duda. Uebungsraum: Wirtschaftsgebäude.
Proben: Mittwochs und Sonnabends von 15 bis 16.30 Uhr.
- d) **Werkskapelle der „Sewag“** (14 Mann. Blasorchester).
Kapellmeister: Max Stolarczyk. Uebungsraum: Kraftwerk Königshütte-Ost.
Proben: Mittwochs von 14.30 bis 16.30 Uhr.

- e) Bergkapelle der Königsgrube „Westfeld“
(30 Mann. Blas- und Streichorchester)
Kapellmeister: Wrzask. Übungsraum: Zechenhaus der Königsgrube.
Proben: Mittwochs ab 17.30 Uhr.
- f) Bergkapelle der Königsgrube „Ostfeld“
(24 Mann. Blas- und Streichorchester).
Kapellmeister: Pietrowski. Übungsraum: Gefolgschaftsraum der Königsgrube.
Proben: einmal in der Woche nach Bekanntgabe durch Aushang.

E. Kunstpflege:

Kunstring XI Königshütte Oberschlesien im Kunstverein Schlesien e. V. Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der bildenden Kunst.

Oertliche Leitung: Vorsitzender: Oberbürgermeister Ernst Schroeder. Geschäftsführer: Büchereidirektor Richard Schmidt, Jahnstrasse 14. Fernruf: 409 81 bis 409 87. Wohnung: 406 59. Girokonto Nr. 683 bei der Stadtparkasse Königshütte.

F. Erwachsenenbildungswesen:

Volksbildungsstätte Königshütte Oberschlesien der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ in der Deutschen Arbeitsfront.

(Sprachkurse, Arbeitsgemeinschaften für alle Wissensgebiete, für Lebensführung und Lebensgestaltung, Weltanschauliche Schulung, Vorträge, Führungen durch Ausstellung und Museen).
Übungsstätte: Schule II in der Hindenburgstrasse 16. Anmeldung in der KdF-Verkaufsstelle, Am Adolf-Hitler-Platz 3. Ruf: 405 15.

Schachgemeinschaften in der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

Kreisschachwart: Hauptschriftleiter des „Oberschlesischen Kurier“: Erich Richter.

Zusammenkünfte:

Montags und Freitags ab 20 Uhr in der Volksbildungsstätte, Schule II, Hindenburgstrasse 16.

Dienstags und Freitags ab 19 Uhr in der Berginspektion, Adolf-Hitler-Platz.

Mittwochs ab 20 Uhr in Königshütte-Bismarck, Lokal „Hyza“, Zeppelinstrasse, Ecke Immanuelmannstrasse.

Sammlergemeinschaft in der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

Kreissammlerwart: Fotograf Malek, Adolf-Hitler-Strasse 47.

G. Heimatpflege:

Stadtarchiv. Volksbildungsamt, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Ruf: 409 81 bis 409 87.

Der Staatliche Archivpfleger für den Stadtkreis Königshütte Oberschlesien.

Dienststelle der Archivberatungsstelle des Landeshauptmanns der Provinz Schlesien.

Anschrift: Büchereidirektor Richard Schmidt, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Ruf: 409 81 bis 409 87.

Wohnung: Jahnstrasse 14. Ruf: 406 59.

Natur- und Denkmalschutz.

Volksbildungsamt, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Ruf: 409 81 bis 409 87.

Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft.

Redaktion des „Heimatbuches der Stadt Königshütte“, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz, Volksbildungsamt.

Reichsbund deutscher Amateurfotografen. Fotogruppe Königshütte.

Auskunft: Volksbildungsamt. Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Ruf: 409 81 bis 409 87. Dunkelkammer: Brückenstrasse 5.



Die Tribüne des Stadions am Redenberg.

H. Leibesübungen:

Stadtamt für Leibesübungen.

Volksertüchtigung (Sportliche Lehrgänge und Wettkämpfe, Förderung der körperlichen und beruflichen Ertüchtigung). Ausgestaltung und Unterhaltung der Sportanlagen. Förderung der allgemeinen Aufgaben der Hitler-Jugend (Unterhaltung der Gebäude, Jugendherbergen und Grundstücke der Hitler-Jugend) Adolf-Hitler-Platz, Rathaus. Ruf: 40981 bis 40987.

Reichsbund für Leibesübungen. NSRL. Bezirk XIII. Sportkreis V.

Sportkreisleiter für Königshütte Oberschlesien des NSRL.: Pg. Franz Schega.
Gerichtsgasse 1. Ruf: 419 45. Sprechstunden: Montag von 18 bis 20 Uhr.

Sport- und Turnvereine.

- 1) Fussball-Verein „Germania“, Königshütte Oberschlesien.
Vereinsführer: Gerhard Barthel, Kattowitzer Strasse 12. Ruf: 409 62.
- 2) Bismarckhütter Sport-Vereinigung 1899 e. V.
Vereinsführer: Ewald Czech, Bobrek, Bergwerkstrasse 31. Ruf: 341 07.
- 3) Sportvereinigung 1939 „Deutsche Bergknappen“, Königshütte Oberschlesien.
Vereinsführer: Erwin Mikisch, Kaufmann, Horst-Wessel-Strasse 39.
- 4) Post-Sportgemeinschaft, Königshütte Oberschlesien, Postamt.
Vereinsführer: Postamtmann Hermann Thielemann. Vertreter: Oberpostsekretär Richard Kruppa. Ruf: 421 43.
- 5) Turn- und Sportverein 1862, Königshütte Oberschlesien.
Vereinsführer: Hermann Jenke, Stud.-Assessor, Eichendorffschule. Ruf: 401 50.
Übungsstätte: Turnhalle an der Bertold-Hildebrandt-Strasse.

Stadien (Sportplätze, Tennisplätze u. a.)

- | | |
|--|-----------------------------------|
| 1) Kampfbahn an der Kattowitzer Strasse,
mit 2 Fussballplätzen, Tennisplätzen,
Schwimmbad, Eisbahn u. a. | 5) Sportplatz an der Bornstrasse. |
| 2) Kampfbahn an der Bismarckhütter Strasse. | 6) „ an der Kasernenstrasse. |
| 3) Sportplatz an der Adolf-Hitler-Strasse. | 7) „ an der Hindenburgstrasse. |
| 4) „ an der Laurahütter Strasse. | 8) „ an der Annenstrasse. |
| | 9) „ an der Bahnschachtstrasse. |
| | 10) „ an der Glück-Auf-Strasse. |

Verzeichnis der Behörden, Ämter und Dienststellen

Allgemeine Ortskrankenkasse:

Für den Stadtkreis Königshütte zuständige reichsgesetzliche Pflichtkrankenkasse. — Betreuung in Fragen der Krankenversicherung, vorbeugende Gesundheitsfürsorge (Erholungsheimwesen), Wochenhilfe. — Einzugsstelle der Beiträge für den Reichsstock für Arbeitseinsatz (Arbeitslosenversicherung). — Ausgabestelle und Umtausch der Quittungskarten für die Invaliden- und Angestelltenversicherung. — Versorgung der Kriegsverehrten im Auftrage des Reiches (Reichsversorgung).

Freiheitsstrasse 1. Ruf: Sammelnummer 417 51 bis 417 53.

Sprechstunden: Vormittags von 8 bis 12½ Uhr.

Amtsgericht Königshütte:

Justizverwaltungssachen — Vormundschafts-, Nachlass- und Jugendgericht — Arbeitsgericht — Grundbuchamt — Zwangsvollstreckungssachen — Zivilprozesssachen — Kirchenaustritte — Vereins- und Güterregister u. a. den Gerichten übertragene Angelegenheiten. Adolf-Hitler-Platz 18. Ruf: 41903 und 41904.

Sprechstunden: Vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Arbeitsamt Königshütte.

Arbeitseinsatz — Arbeitsbuch — Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung — Unterstützende Arbeitslosenhilfe — Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge — Angelegenheiten des Reichstreuhanders der Arbeit — Baustoffbewirtschaftung.

Horst-Wessel-Strasse 6. Ruf: 419 64 bis 419 67. Sprechstunden: Vormittags von 8 bis 12 Uhr. Betriebsführer haben während den Vor- und Nachmittagsdienststunden jederzeit Zutritt.

Arbeitsdienst, Reichsarbeitsdienst. Meldeamt 226.

Bearbeitung sämtlicher Einstellungs- und Entlassungsangelegenheiten von Dienstpflichtigen und Freiwilligen des Reichsarbeitsdienstes, männliche und weibliche Jugend einschliesslich Musterung.

Bergfreiheitsstrasse 4 bis 6. Ruf: 407 65.

Sprechstunden: täglich von 8 bis 16.30 Uhr, Sonnabends von 8 bis 13.30 Uhr.

Arbeitsfront (DAF.) (siehe NSDAP. Seite 240).

Banken:

Reichsbanknebenstelle.

Notenbank — Kontoführung für Behörden, Firmen und Privatpersonen — Giroverkehr — Ankauf und Einziehung von Wechseln und Schecks — Lombardverkehr — An- und Verkauf, Verwertung von Wertpapieren, Einlösung von Zinsscheinen — Devisenverkehr.

Blücherstrasse 10. Ruf: 409 41.

Geöffnet: vormittags von 8.30 bis 12.30 Uhr, nachmittags (ausser Sonnabend) von 15—16 Uhr.

Deutsche Volksbank G. m. b. H. Adolf-Hitler-Strasse 27a. Ruf: 409 46.

Dresdner Bank. Adolf-Hitler-Strasse 19. Ruf: 413 94 und 413 95.

Königshütter Vereinsbank. Rosenheimer Strasse 2. Ruf: 400 55.

Oberschlesische Diskontobank A. G. Adolf-Hitler-Strasse 29. Ruf: 413 94.



Reichsbanknebenstelle

Stadtparkasse Königshütte Oberschlesien. Körperschaft des öffentlichen Rechts. Gemeinnützige, mündelsichere Sparkasse.

Annahme von Spar- und Depositeneinlagen, Mündelgeldern, Ausgabe von Heimsparbüchern, Scheck-, Giro- und Kontokorrenteinlagen, Führung von Gehaltskonten, Ausstellung und Einlösung von Reisekreditbriefen, An- und Verkauf sowie Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen sowie fälligen Wertpapieren, Bogenerneuerung, Entgegennahme verschlossener Depots, Vermietung von Stahlschliessfächern, Gewährung von kurz- und langfristigen Darlehen und Krediten jeder Art, insbesondere Hypotheken-, Schuldschein-, Bürgschafts- und Faustpfanddarlehen, Handwerkerkredite, Lieferantenkredite, Baufinanzierung, Reichsbürgschaftskredite, Instandsetzungskredite, Diskontierung von Wechseln, Einzug von Schecks, Wechseln, Dokumenten, An- und Verkauf von Devisen und Sorten, Erledigung aller Geldgeschäfte mit dem Ausland und dem General-Gouvernement, Vermittlung von Bausparverträgen* und Hypotheken, Nachtresor. Zuverlässige und vertrauliche Beratung in allen einschlägigen Angelegenheiten.

Hauptstelle: Königshütte, Adolf-Hitler-Strasse 41a. Ruf: 409 65 und 409 66.

Zweigstellen: 1. Königshütte-Bismarck: Hermann-Göring-Strasse 63. Ruf: 416 86.

2. Königshütte-Nord: Hindenburgstrasse 2, Ecke Beuthener Strasse. Ruf: 406 60.

3. Königshütte-Ost: General-Höfer-Strasse, Ecke Laurahütter Strasse. Ruf: 415 16.

Bahnhöfe:

Bahnhof Königshütte Oberschlesien (Stadtmitte). Bahnhofsplatz. Ruf: 422 23.
Durchgehend geöffnet.

Bahnhof Königshütte-Bismarck (früher „Bismarckhütte“). Hermann-Göring-Strasse. Ruf: 411 49.
Durchgehend geöffnet.

Bahnhof Königshütte-Ost (früher „Chorzow“). Haldenweg. Ruf: 415 44.
Durchgehend geöffnet.

Betriebsbahnhof Königshütte-Bismarck der Schlesischen Kleinbahn A. G. Freilandstrasse 5.
Ruf: 406 65 und 406 76.

Betriebsbahnhof Hohenlinde der Schlesischen Kleinbahn A. G. Beuthener Strasse 27.
Ruf: 413 91.

Bergrevieramt. („Der Preussische Revierbeamte des Bergreviers Königshütte Oberschlesien“).

Bergbehördliche Betreuung, bergpolizeiliche und gewerbepolizeiliche Beaufsichtigung von 13 Gruben einschliesslich Tagesanlagen, Nebengewinnungsbetrieben und Grubenanschlussbahnen: Königshütte „Ostfeld“ (einschliesslich Brikettfabrik), Königsgrube „Westfeld“ (einschliesslich Ziegelei), Königsgrube „Nordfeld“ in Hohenlinde, „Deutschlandgrube“ in Schwientochlowitz, „Schlesiengrube“ in Schlesiengrube, „Wolfganggrube“ (einschliesslich Kokerei und Kraftwerk Nikolaus) in Ruda, „Friedensgrube“ in Friedenshütte, „Gotthardschacht“ (einschliesslich Kokerei) in Orzegow, „Paulusgrube“ in Morgenroth, „Lithandragrube“ in Friedenshütte, „Mathildegrube“ in Lipine, „Florentinegrube“ in Hohenlinde, „Gräfin Lauragrube“ in Königshütte.

Adolf-Hitler-Platz 9 bis 10. Ruf: 400 81.

Sprechstunden: vormittags von 7 bis 13 Uhr, nachmittags von 15 bis 18.30 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittag geschlossen.

Der Oberbürgermeister (siehe Wegweiser durch die Stadtverwaltung).

DAF. (s. Arbeitsfront bei NSDAP. Seite 240).

Einwohnermeldeamt. Zentralstelle. (s. Polizeiamt).

Königshütte-Bismarck, Rosenheimer Strasse 10. Ruf: 419 81

Ernährungsamt. (s. Wegweiser durch die Stadtverwaltung).

Hauptstelle: Rathaus. Adolf-Hitler-Platz 1. Ruf: 409 81 bis 409 87

Bezirksstelle I, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz 1

„ II, Kreuzstrasse 6. Ruf: 400 06

„ III, Königshütte-Ost, Gemeindehaus, Tannenberglplatz. Ruf: 408 49

„ IV, Königshütte-Bismarck, Hermann-Göring-Strasse 79/81. Ruf: 423 10.

Feuerschutzpolizei Königshütte Oberschlesien. Kommandostelle.

Rettung von Menschen und Tieren aus Gefahr — Bekämpfung und Ablöschung von Schadenfeuern — Hilfeleistung bei Unglücksfällen, Wassernot, Einstürzen oder Einsturzgefahr — Beseitigung von Verkehrshindernissen — Unfallstelle — Krankenüberführungen — Revisionen auf Feuersicherheit von Theatern, Lichtspielhäusern und öffentlichen Gebäuden — Stellung von Sicherheitswachen. Beuthener Strasse 19. Ruf: 414 44 und 422 22

Feuerwehr. Städtische Feuerwehr. Beuthener Strasse 19. Ruf: 4 14 44 und 4 22 22

Finanzämter:

Finanzamt Königshütte (für das Stadtgebiet).

Zuständig für sämtliche Reichssteuern — Bearbeitung von Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen, Einrichtungsdarlehen — Feststellung der Einheitswerte — Finanzkasse — Vollstreckungsstelle — Adrema-Dienststelle.
Bahnhofsplatz 3. Ruf: 4 09 51 und 4 09 52

Sprechstunden: vormittags von 9 bis 12 Uhr, Sonnabends geschlossen.

Finanzamt Königshütte-Bismarck

(für die Gemeinden Lipine, Schwientochlowitz, Hohenlinde, Friedenshütte, Orzegow, Schlesiengrube und Godulla-Morgenroth).

Braunauer Strasse 4. Ruf: 4 00 16 bis 4 00 18

Sprechstunden: täglich von 8 bis 12 Uhr, Sonnabend geschlossen.

Gaswerk (Königshütter Gaswerk).

Steinstrasse 23. Ruf: 4 19 25

Abteilung Ladengeschäft. Adolf-Hitler-Strasse 36. Ruf: 407 76.

Gerichtsgefängnis Königshütte.

Untersuchungshaft und Strafhäft bis unter drei Monaten. Adolf-Hitler-Platz 18. Ruf: 419 04.

Sprechstunden: täglich von 8 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr.

Sonnabend nachmittags geschlossen.

Heime:

Städtische Wohlfahrtseinrichtungen:

Altersheim. Charlottenstrasse 66. Ruf: 4 06 70.

Kindererholungsheim der Stadt Königshütte Oberschlesien in Orzesche. Laurentiusberg 27.
Ruf: 13.

Obdachlosenheim. Schützenstrasse 13b. Ruf: 4 07 66

Säuglings- und Kinderheim. Charlottenstrasse 66. Ruf: 4 06 70

Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege:

Altersheim „Lutherstift“. Kattowitzer Strasse 21. Ruf: 4 07 57

„Herz-Jesu-Stift“. Horst-Wessel-Strasse 46. Ruf: 4 12 04

Waisenhaus „Lutherstift“. Kattowitzer Strasse 21. Ruf: 4 07 57

Waisenhaus „St.-Josefs-Stift“. Moltkestrasse 26. Ruf: 4 10 07.

Gesundheitsamt. Staatliches Gesundheitsamt Königshütte Oberschlesien.

Dem Gesundheitsamt obliegt: I. Die Durchführung der ärztlichen Aufgaben der Gesundheitspolizei (Seuchenbekämpfung), der Erb- und Rassenpflege, einschliesslich der Eheberatung (Eheauglichkeitszeugnis, Ehefähigkeitszeugnis, Mitwirkung beim Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses), der gesundheitlichen Volksbelehrung, Schulgesundheitspflege, Mütter- und Kinderberatung, der Fürsorge für Tuberkulose, für Geschlechtskranke, körperlich Behinderte, Sieche und Süchtige. — II. Die ärztliche Mitwirkung bei Massnahmen zur Förderung der Körperpflege und Leibesübungen. — III. Die amts-, gerichts- und vertrauensärztliche Tätigkeit, soweit sie den Amtsärzten übertragen ist. — Vertrauensärztliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Sozialversicherung.

Gneisenaustrasse 9, Ruf: 4 20 01

Sprechstunden des Amtsarztes: werktäglich von 9 bis 12 Uhr.

Güterabfertigung. Gepäck- und Expressgüterabfertigung.

Bahnhof Königshütte Stadtmitte. Beuthener Strasse 1, Ruf: 422 23 (durchgehend geöffnet).
Bahnhof Königshütte-Bismarck. Hermann-Göring-Strasse, Ruf: 4 00 31 (durchgehend geöffnet).
Bahnhof Königshütte-Ost (Chorzow). Haldenweg, Ruf: 4 15 44 (durchgehend geöffnet).

„Kattowitzer Zeitung“.

Geschäftsstelle: Adolf-Hitler-Strasse 8, Ruf: 404 83.

KdF. NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. (s. NSDAP. Seite 241).

Kolonialbund. Reichskolonialbund. Kreisverband Königshütte Oberschlesien.

Adolf-Hitler-Strasse 19/21, 1. Stock. Ruf: 405 69.

Sprechstunden: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 16 bis 20 Uhr.

Krankenkassen:

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Königshütte Oberschlesien (s. Allgemeine Ortskrankenkasse). Freiheitstrasse 1. Ruf: 4 11 59 und 4 23 51.

Barmer-Ersatz-Krankenkasse. Teichstrasse 10. Ruf: 4 19 34.

DBK. — „Deutsche Beamten-Krankenversicherung“ V. a. G., Sitz Koblenz a. Rh.

Bezirksverwaltung Oppeln, Tuchmarkt 1a.

Zahlstelle Königshütte Oberschlesien, Rathaus, Adolf-Hitler-Platz.

Ruf: 4 09 81 bis 4 09 87.

„Nova“ Krankenversicherungsanstalt a. G. in Hamburg

Bezirksverwaltung Königshütte, Adolf-Hitler-Strasse 48. Ruf: 4 14 96

Sprechstunden: von 9 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr.

Betriebskrankenkasse der Werksgruppe Bismarckhütte

Königshütte-Bismarck, Richthofenstrasse 29. Ruf: 4 23 00.

Krankenhäuser:

Städtisches Krankenhaus.

Innere Abteilung (mit Kinderabteilung sowie röntgendiagnostischer, röntgentherapeutischer und physikalisch-therapeutischer Abteilung) — Tuberkulose-Abteilung in Königshütte-Ost.

Aerztlicher Direktor: Dozent Dr. med. habil. Hans Hanke.

Leiter der inneren Abteilung: i. V. Oberarzt Dr. Barczyk.

Eichendorffstrasse 10. Ruf: 4 06 71.

St. Hedwigs-Krankenhaus.

Chirurgische Abteilung: Aerztlicher Direktor Dr. med. habil. Hans Hanke

Innere Abteilung: z. Zt. vakant.

Geburtshilfe und gynäkologische Abteilung: Prof. Dr. Clauberg.

Röntgendiagnostische und physikalisch-therapeutische Abteilung.

Moltkestrasse 28. Ruf: 4 11 57.

Knappschafts-Krankenhaus.

Chirurgische, innere und geburtshilfliche Abteilung, Zahnklinik — Abteilungen für Röntgendiagnostik und Röntgentherapie, medikomechanische und elektrotherapeutische Behandlung, medizinische Bäder, Ambulanz.

Aerztlicher Direktor und Chefarzt der inneren Abteilung: Dr. Schmiedt.

Chefarzt der chirurgischen Abteilung: Dr. Maack.

Chefarzt der geburtshilflichen und gynäkologischen Abteilung: Prof. Dr. Clauberg.

Lazarettstrasse 11. Ruf: 4 09 31.

Hüttenkrankenhaus der Bismarckhütte. Werkstrasse 25. Ruf: 4 05 27.

Vorwiegendes Männerkrankenhaus. Belegzahl 100 Betten, davon auf der Frauenstation 15 Betten. Innere und chirurgische Station vorhanden. Aertzlicher Direktor: Dr. Martin Homagk.

Kreishandwerkerschaft

für den Stadtkreis Königshütte Oberschlesien. Reichsstand des Deutschen Handwerks.

Kreishandwerksmeister: Bruno Rattey, Königshütte, Horst-Wessel-Strasse 26

Stellvertreter: Tischlermeister Adolf-Georg Schuster, Königshütte, Kreuzstrasse 26

Geschäftsführer: Alfred Hiller, Königshütte, Horst-Wessel-Strasse 26

Geschäftsstelle: Horst-Wessel-Strasse 26. Ruf: 4 23 18.

Innungen:

1. Bäcker-Innung:
Bäckermeister Johann Völkel, Königshütte, Moltkestrasse 11.
2. Baugewerk-Innung:
Baumeister Emanuel Czech, Königshütte, Hans-Schemm-Strasse 3.
3. Damenschneider-Innung:
Damenschneidermeisterin Margarete Csakal, Königshütte, Blücherplatz 3.
4. Fleischer-Innung:
Fleischermeister Wilhelm Werner, Königshütte, Am Adolf-Hitler-Platz 4.
5. Friseur-Innung:
Friseurmeister Franz Konietzny, Königshütte, Lobestrasse 1.
6. Herrenschneider-Innung:
Schneidermeister Paul Niemietz, Königshütte, Kattowitzer Strasse 9.
7. Klempner-Innung:
Installationsmeister Ehrenfried Heiber, Königshütte, Hermann-Göring-Strasse 31.
8. Konditoren-Innung:
Konditormeister Alfred Klupsch, Königshütte, Am Adolf-Hitler-Platz 3.
9. Maler-Innung:
Malermeister Heinrich Krieger, Königshütte, Blücherplatz 4.
10. Schlosser-Innung:
Schlossermeister Wilhelm Mainka, Königshütte, Hindenburgstrasse 94.
11. Ofensetzer-Innung:
Ofensetzermeister Arthur Jonas, Königshütte, Wilhelmstrasse 9.
12. Schuhmacher-Innung:
Schuhmachermeister Karl Brylla, Königshütte, Horst-Wessel-Strasse 30.
13. Tischler-Innung:
Tischlermeister Adolf Schuster, Königshütte, Kreuzstrasse 26.

Kriegerbund. NS.-Reichskriegerbund. Gaukriegerbund Südost. Kreiskriegerverband Königshütte Oberschlesien.

Rathausstrasse 4. Ruf: 401 50. Sprechstunden: Dienstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr. Adolf-Hitler-Strasse 7 (Buchhandlung Gaertner). Ruf: 410 27. Sprechstunden: täglich während der Geschäftszeit.

„**Kurier**“ („Der Oberschlesische Kurier“), Verlag, Druckerei und Redaktion. Amtliches Veröffentlichungs- und Bekanntmachungsorgan der Stadtverwaltung.
Adolf-Hitler-Platz 14, Ruf: 4 19 45. Sprechstunden: von 9—12 Uhr, von 15—17 Uhr.

Landesversicherungsanstalt Schlesien. Zweigstelle Königshütte Oberschlesien.

Durchführung der Invalidenversicherung in den eingegliederten ostoberschlesischen Gebieten
— Beitragsüberwachung — Rentenabwicklung — Durchführung von Heilverfahren.
Gneisenastrasse 9, Ruf: 409 91 bis 409 95.

Sprechstunden: vormittags von 8 bis 13 Uhr, nachmittags (ausser Sonnabend) von
14 bis 16 Uhr.

Leihamt (siehe Wegweiser durch die Stadtverwaltung). Marktplatz 4, Ruf: 409 81 bis 409 87.

Lotterie-Einnehmer der Staatlichen Lotterien:

Franz Maibach, Adolf-Hitler-Strasse 10, Ruf: 406 28.

Bruno Gomoluch, Adolf-Hitler-Strasse 10, Ruf: 403 42.

Luftschutzbund (siehe Reichsluftschutzbund).

Markthalle (s. Wegweiser durch die Stadtverwaltung)

Beuthener Strasse 3, Ruf: 409 81 bis 409 87.

Notrufe:

Feuerwehr: Ruf: 414 44 und 422 22. **Ueberfall:** Ruf: 401 11. **Unfall:** Ruf: 423 16.

NSV. Nationalsozialistische Volkswohlfahrt e. V. (s. NSDAP. Seite 240).

Oberbürgermeister (s. Wegweiser durch die Stadtverwaltung).

Ortsbauernführer („Reichsnährstand. Der Ortsbauernführer“).

Aufsicht über das gesamte Landwirtschaftswesen im Stadtkreis. — Sachverständiger für
Landwirtschaftsfragen.

Königshütte-Ost, Annabergplatz 13. Sprechstunden: Dienstag u. Donnerstag von 8—12 Uhr.

Ortskrankenkasse (siehe Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Königshütte.

Freiheitsstrasse 1. Ruf: Sammelnummer 417 51 bis 417 53.

Sprechstunden: vormittags von 8 bis 12½ Uhr.

Polizei: (Zentralbehörde: Der Polizeipräsident des oberschlesischen Industriegebietes Kattowitz.)

Schutzpolizeiabschnittskommando III.

Adolf-Hitler-Platz 3. Ruf: 4 20 44 und 4 20 45. Sprechstunden: von 8,30 bis 12 Uhr und von
13,30 bis 17 Uhr.

Polizeiamt Königshütte.

Teil der staatlichen Polizeiverwaltung (Polizeipräsidium) Kattowitz.

Einwohnermeldewesen — Aufenthaltsbescheinigungen — polizeiliche Führungs-
zeugnisse — Konzessionierung von Gast- und Schankstätten sowie des Kleinhandels mit
Spirituosen — Wandergewerbe- und Stadthausierscheine — Lustbarkeitssachen — Theater-
und Lichtspielwesen — Sprengstoffsachen — Ein- und Ausreisegenehmigungen — Pässe —
Kennkarten — Passier- und Durchlassscheine — Staatsangehörigkeitssachen — Namensver-
änderungen — Allgemeine und Strassenverkehrsangelegenheiten — Fund- und Verlust-
sachen — Waffen-, Jagd- und Fischereischeine — Schiesssportveranstaltungen — Leichen-
pässe — Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelpolizeisachen — Polizeistrafen — Ver-
einsangelegenheiten — Amtshilfeersuche — Erfassung für Wehr- und Arbeitsdienst.

Anmerkung: Alle Kraftverkehrsangelegenheiten werden ausschliesslich im Kraftverkehrsamt des Polizeipräsidiums Kattowitz in Kattowitz, Hardenbergstrasse 9 (altes Polizeipräsidium) erledigt.

Königshütte-Bismarck, Rosenheimer Strasse 3 und 10. Ruf: 41981.

Verkehrszeiten für das Publikum: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr und von 15 bis 17 Uhr; Sonnabends von 8 bis 12 Uhr.

Zentrales Einwohnermeldeamt im Polizeiamt, Königshütte-Bismarck, Rosenheimer Strasse 10.

Oertliche Meldestellen (An- und Abmeldungen u. a.) bei den Polizeirevieren:

Polizeirevier 21: Jahnstrasse 3, Ruf: 41069. Durchgehend geöffnet.

Polizeirevier 22: Beuthener Strasse 8, Ruf: 42303. Durchgehend geöffnet.

Polizeirevier 23: Annabergrplatz 31a, Ruf: 40781. Durchgehend geöffnet.

Polizeirevier 24: Bismarckhütter Strasse 56, Ruf: 40755. Durchgehend geöffnet.

Polizeirevier 25: Rosenheimer Strasse 3, Ruf: 41981. Durchgehend geöffnet.

Polizeiposten Matthiashof: Anhalter Weg 2, Ruf: 42322.

Ortspolizeibehörde

Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde (s. Wegweiser durch die Stadtverwaltung, s. Stadtpolizeiamt), Brückenstrasse 5, Ruf: 41212.

Post. „Deutsche Reichspost“.

1. **Postamt Königshütte (Oberschlesien):**

Amtsleitung, Amtszimmer, Firmen- und Vollmachtenstelle, Bau- und Beschaffungswesen, Personalangelegenheiten, Hauptkasse, Zeitungsstelle, Störungsstelle (Ruf: 07), Rundfunkstörungsstelle (Ruf: 42107). Adolf-Hitler-Strasse 2, Ruf s. Fernsprechbuch.

Verkehrsstunden für das Publikum: werktäglich 8 bis 12½ und 15 bis 18½ Uhr.

2. **Rentenstelle und Rundfunkstelle:** Adolf-Hitler-Strasse 4, II.

3. **Postdienst:**

Annahme von Einzahlungen, Paketen, Telegrammen, Orts- und Ferngesprächen, Zeitungsbestellungen sowie aller Arten von Postsendungen, Postsparkassendienst, Zustelldienst mit Ausnahme des Ortsteils „Bismarck“.

Schaltdienststunden: werktäglich 8—12, 14—18 Uhr; sonntags 8—9 Uhr.

Für Orts- und Ferngespräche: werktäglich 7—21 Uhr; sonntags 7—13 Uhr.

Annahme von Telegrammen ununterbrochen. Nach Schalterschluss: Poststrasse (Eingangstür).

4. **Zweigpostamt Königshütte-Bismarck:**

Annahme von Einzahlungen, Paketen, Telegrammen, Orts- und Ferngesprächen, Zeitungsbestellungen sowie aller Arten von Postsendungen. Postsparkassendienst. Zustelldienst für den Ortsteil „Bismarck“, Rosenheimer Strasse 6, Ruf: 41375.

Schaltdienststunden: werktäglich von 8—12, 15—18 Uhr; sonntags von 8—9 Uhr.

Für Annahme von Telegrammen, Orts- und Ferngesprächen: werktäglich 7 bis 21 Uhr, sonntags 7—13 Uhr.

5. **Zweigpostamt 3, Königshütte-Ost.** General-Höfer-Strasse 38, Ruf: 41368.

6. **Zweigpostamt 4, Königshütte-Süd.** Adolf-Hitler-Strasse 87, Ruf: 41377.

7. **Zweigpostamt 5, Königshütte-Nord.** Bismarckplatz 4, Ruf: 41363.

Annahme von Einzahlungen, Einschreib- und Wertbriefen, Paketen, Telegrammen, Orts- und Ferngesprächen. Ein- und Auszahlungen im Postsparkassendienst.

Schaltdienststunden: werktäglich von 8—12, 15—18 Uhr.

Rathaus (siehe Wegweiser durch die Stadtverwaltung).

Rawaverband Kattowitz, Direktion Königshütte Oberschlesien.

Er hat laut Gesetz nach einheitlichem Plane Vorflut, Entwässerung und Abwässerreinigung im Rawagebiete zu regeln und die hierzu erforderlichen Anlagen — Bachübergänge, Brücken, Kläranlagen, Pumpstationen u. a. — auszuführen, zu betreiben und zu unterhalten. Er ist berechtigt, die Wasserläufe im Rawagebiet auszubauen und zu benutzen, die Einleitung von Industrie- und Hausabwässern zu genehmigen.
Emil-Stolle-Strasse 81, Ruf: 402 67. Sprechstunden: täglich von 8—12 Uhr.

Reichsbahn (s. Bahnhöfe und Güterabfertigung).

Reichsbanknebenstellen (s. Banken).

Reichsluftschutzbund. Ortsgruppe Königshütte des Reichsluftschutzbundes. Landesgruppe VIII Schlesien. Bezirksgruppe 5 Kattowitz, Königshütte, Lobestrasse 1, Ruf: 415 48. Sprechstunden: täglich von 9 bis 13 Uhr und 15 bis 18 Uhr.

Reichsnährstand.

Der Ortsbauernführer (siehe Ortsbauernführer).

Rotes Kreuz. Deutsches Rotes Kreuz.

Kreisdienststelle Königshütte Oberschlesien, Beuthener Strasse 11, Ruf: 4 06 28.

Polizei.

E./Pol.-Regt. 3. D. Polizei-Division. General-Roettig-Strasse (Kaserne), Ruf: 4 18 31 und 4 18 32. Sprechstunden: vormittags von 8 bis 10 Uhr, nachmittags von 14 bis 17 Uhr, ausser Mittwoch und Sonnabend.

Schlachthof. Schlachthofstrasse, Ruf: 401 94 (s. Wegweiser durch die Stadtverwaltung).

Schulrat. Kreisschulrat.

Schulaufsichtsbeamter der Regierung in Kattowitz für den Stadtkreis Königshütte — Ueberwachung der Ziele der Lehrpläne — Weiterbildung der Lehrkräfte — Organisation des örtlichen Schulwesens. Brückenstrasse 5, Schulamt. Ruf: 410 78.

Sektion VI der Knappschafts-Berufsgenossenschaft. Reichsunfallversicherung. Dienststelle Königshütte:

Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung für die Bergwerksbetriebe in den der Provinz Schlesien eingegliederten Ostgebieten, insbesondere Durchführung bzw. Ueberwachung des Heilverfahrens unfallverletzter Bergleute, Rentenzahlungen bei Betriebsunfällen und Berufskrankheiten an Verletzte und Hinterbliebene, berufsfürsorgerische Betreuung schwerverletzter Bergleute.
Gneisenaustrasse 9, 2. und 3. Stock, Ruf: 409 91 bis 409 95. Dienststunden: 7,30 bis 13 Uhr, 13,30 bis 16,30 Uhr. Sonnabend 7,30 bis 13 Uhr.

Sozialversicherungsanstalt, Abteilung Unfallversicherung — Abwicklungsstelle —

Ueberleitung der polnischen und tschechischen gewerblichen Unfallversicherung in den der Provinz Schlesien eingegliederten Gebieten auf die deutschen Versicherungsträger. Gneisenaustrasse 9, 2. Stock, Ruf: 409 91 bis 409 95. Dienststunden: 7,30 bis 13 Uhr, 13,30 bis 16,30 Uhr, Sonnabend 7,30 bis 13 Uhr.



Landesversicherungsanstalt

Standesamt Königshütte (Oberschles.), Gneisenaustrasse 5 a, Ruf: 4 03 73.

Das Standesamt beurkundet alle Geburten und Sterbefälle, die sich in seinem Amtsbezirk, also in Königshütte Oberschlesien, ereignen.

Merke Dir: Jede Geburt ist innerhalb **8 Tagen**, jeder Sterbetag am darauffolgenden **Werktag** anzumelden.

Zur Anzeige einer Geburt sind verpflichtet:

1. der eheliche Vater,
2. die Hebamme,
3. der Arzt,
4. jede andere Person, vorausgesetzt, dass diese bei der Geburt zugegen war,
5. die Mutter, sobald sie dazu imstande ist.

Bei der Anmeldung sind vorzulegen: die Geburtsbescheinigung der Hebamme und die Geburts- und Heiratsurkunde der Eltern des Kindes in deutscher Sprache. Bei unehelich Geborenen die Geburtsurkunde der Mutter.



Polizeiamt

Zur Anzeige eines Sterbefalles sind verpflichtet:

- a) das Familienhaupt, d. h. der Haushaltsvorstand,
- b) derjenige, in dessen Wohnung sich der Sterbefall ereignet hat,
- c) jede Person, die bei dem Tode zugegen war oder von dem Sterbefall aus eigener Wissenschaft unterrichtet ist.

Bei Anmeldung eines Sterbefalles sind vorzulegen: die Todesbescheinigung des Arztes und die Geburts- und Heiratsurkunde des Verstorbenen ebenfalls in deutscher Sprache. Die Vorlegung dieser Urkunden ist unbedingt erforderlich, **bevor** der Standesbeamte die Beurkundung des Falles vornehmen kann. Gerade hier, wo besonders die Schreibweise der Familiennamen Schwierigkeiten bereitet, kann von der Beibringung dieser Urkunden nicht abgesehen werden. Ist erst einmal bei der Beurkundung eine Unrichtigkeit unterlaufen, dann kann diese nicht einfach durch Streichen und Ueberschreiben mit richtigem Text geändert werden, sondern nur durch ein zeitraubendes gerichtliches Berichtigungsverfahren.

Führe immer einen einwandfreien, möglichst mit Lichtbild versehenen Personalweis bei Dir. Du wirst dem Standesbeamten viel Zeit und Dir dadurch viele Laufereien und Aerger ersparen.

Willst Du die Ehe schliessen, ist es am zweckmässigsten, Du gehst selbst zum Standesamt und erkundigst Dich nach den hierfür notwendigen Papieren, da dies bei fast jeder Eheschliessung verschieden ist. Du erhältst hier gern jede und erschöpfende Auskunft. Gehe aber so rechtzeitig hin, dass Du Deine Vorbereitungen für die Eheschliessung in aller Ruhe durchführen kannst. Glaub' ja nicht, „das, was ich an Papieren habe, genügt vollkommen“. In den meisten Fällen fehlt wirklich nur eine „Kleinigkeit“, die aber von so ausschlaggebender Bedeutung ist, dass der Standesbeamte die Entgegennahme des Aufgebotes ablehnen muss. Der Enderfolg ist für gewöhnlich ein grosses Tränenmeer. Das gilt auch insbesondere für die im Volksmund als „Kriegstrauung“ bezeichneten Eheschliessungen. Hier wird vielfach angenommen, dass man einfach zum Standesbeamten geht, mit freundlichem Lächeln sagt: „Wir sind da und wollen getraut werden“. So geht das nicht. Die hierfür ergangenen Bestimmungen müssen unbedingt beachtet werden; es ist daher in allen Eheschliessungsangelegenheiten empfehlenswert, sich vorher beim Standesamt über die Erfordernisse zu erkundigen.

Du erhältst beim Standesamt Königshütte Oberschl. jede Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunde über den Fall, der in den zum Standesamtsbezirk Königshütte Oberschl. zusammengelegten Standesamtsbezirken vom 1. Oktober 1874 ab beurkundet wurde. Also der Ortsteile: Königshütte Oberschl. Nord und Süd, Neu-Heiduk, Chorzow und Bismarckhütte. Vor diesem Tage wurden alle Personenstandsfälle bei den Kirchengemeinden beurkundet und Du musst daher die Urkunden bei dem zuständigen Pfarramt anfordern. Es liegt im Interesse aller, wenn Du Dich im Kreise Deiner Angehörigen nach näheren Daten erkundigst. Nur so ist ein Auffinden der Beurkundung für den Standesbeamten überhaupt möglich. Für jede beim Standesamt bestellte Urkunde ist eine Gebühr von 0,60 RM. zu entrichten. Bei schriftlicher Bestellung füge die Gebühr in Briefmarken gleich bei und vergiss nicht, das Rückporto beizulegen.

Ferner erfolgt beim Standesamt auch die Beglaubigung von Ahnenpässen. Auch hier vermeidest Du Kosten und manchen Aerger, wenn Du Dir die in den Ahnenpässen vorn eingedruckten Anweisungen vor Ausfüllung desselben genau durchliest. Verwende zur Aufstellung des Ahnenpasses nur Urkunden neueren Datums und halte Dich genau an die Anweisung. Du sparst dadurch das Geld für ein neues Exemplar.

Wenn Du vorstehende Ausführungen beachtest, wirst Du erstaunt sein, wie schnell Du Deine Besorgungen beim Standesamt erledigt hast.

Stadtbildstelle.

(siehe Wegweiser durch die Stadtverwaltung). Gneisenastrasse 17, Ruf: 4 07 44.

Stadtparkasse. (siehe Banken).

Stadtwerke Königshütte Oberschlesien.

Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Beuthener Strasse 9, Ruf: 4 19 35. Verkehrsstunden täglich von 9 bis 13 Uhr.

Standortältester Königshütte. (siehe Wehrbezirkskommando).

TN. = Technische Nothilfe.

Ortsgruppe 131/VIII, Kattowitzer Strasse 20, Ruf: 4 05 22 und 4 05 47.

Telegrafengebäude. Bezirk Königshütte Oberschlesien. Poststrasse 1, Ruf: 4 12 42.

Treuhandstelle. Grundstücksgesellschaft.

Haupttreuhandstelle-Ost, Kattowitz. Zweigstelle Königshütte Oberschlesien. Am Adolf-Hitler-Platz 3, Ruf: 41473. Sprechstunden: von 9 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr.

Ueberfallkommando.

Bei unmittelbarer Gefahr für Leben, Gesundheit und Eigentum, bei Ueberfällen, schweren Verkehrsunfällen, Bränden und in sonstigen Fällen, die polizeiliches Einschreiten unaufschiebbar erscheinen lassen, in Anspruch nehmen.
Brückenstrasse 5, Ruf: 40111. Dienststunden: Durchgehend.

Verkehrs- und Werbeamt

der Stadt Königshütte Oberschlesien (s. Wegweiser durch die Stadtverwaltung). Rathaus, Adolf-Hitler-Platz. Ruf: 40981 bis 40987.

Verkehrsinspektion Königshütte der Schlesischen Elektrizitätswerke AG.

An und Ab- und Ummeldung elektrischer Kleinanlagen. — Entgegennahme von Meldungen über Störungen an elektrischen Messgeräten. Entgegennahme von Zahlungen für elektrische Energie (ausser für die Nord- und Südstadt Königshütte. Hierfür s. Stadtwerke).
Adolf-Hitler-Strasse 3. Ruf: 40011. Ruf für Störungen an Freileitungen im Versorgungsgebiet (ausser Königshütte Nord- und Südstadt): 41956 und 40954. Sprechstunden: täglich von 7½ bis 12½ Uhr.

Vertrauensärztliche Dienststelle Königshütte der Landesversicherungsanstalt Schlesien, Abteilung Krankenversicherung.

Der Dienststelle Königshütte obliegen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben die Nachuntersuchungen für die Mitglieder der Ortskrankenkasse, der Betriebs- und Ersatzkassen im Stadtkreise Königshütte.
Freiheitsstrasse 1, II. Stock, Ruf: 42268. Sprechstunden: vormittags von 8 bis 13 Uhr.

Wehrbezirkskommando Königshütte Oberschlesien. (Zugleich: Standortältester).

Jahnstrasse 8. Ruf: 41910 und 41911. Sprechstunden: täglich von 8 bis 16 Uhr, Sonnabend von 8 bis 13 Uhr.

Wehrmeldeamt Königshütte Oberschlesien.

(Wehrüberwachung für Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes)
Berthold-Hildebrandt-Strasse 3. Ruf: 41910 und 41911. Sprechstunden: täglich von 8 bis 12 und von 14 bis 16 Uhr, Sonnabend von 8 bis 12 Uhr.

Wirtschaftsamt (s. Wegweiser durch die Stadtverwaltung)

Hauptstelle: Rathaus, Adolf-Hitler-Platz 1. Ruf: 40981 bis 40987.

Bezirksstelle I: Rathaus, Adolf-Hitler-Platz 1.

„ II: Kreuzstrasse 6. Ruf: 40006.

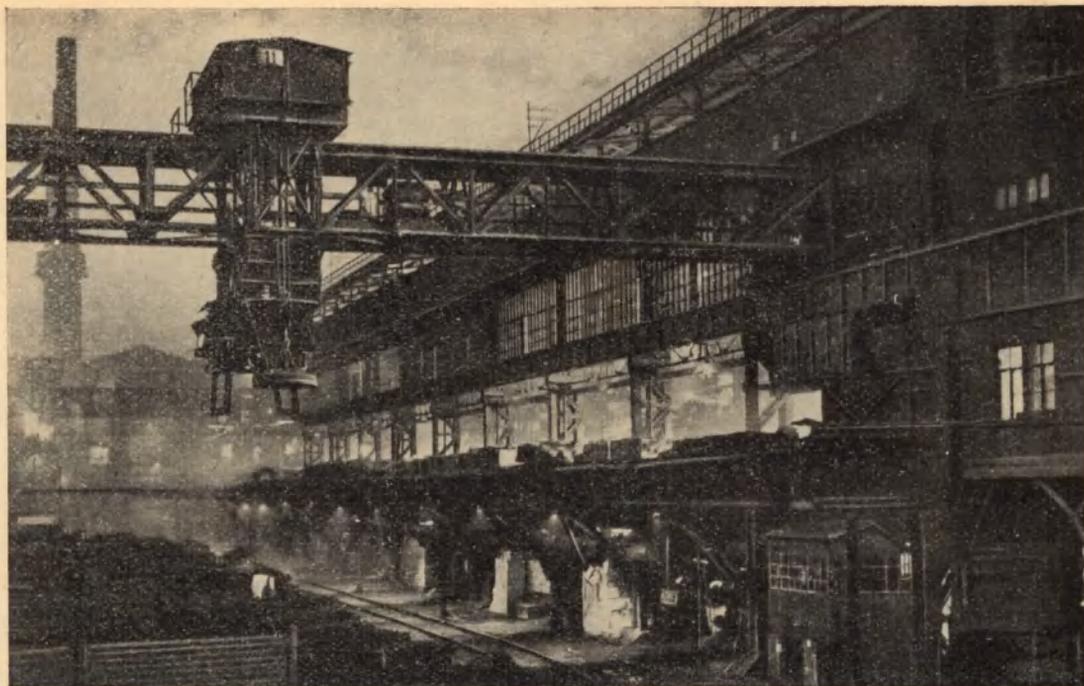
„ III: Altes Rathaus, Königshütte-Ost, Tannenberglplatz. Ruf: 40849.

„ IV: Hermann-Göring-Strasse 79/81. Ruf: 42310.

Wohlfahrtsamt (s. Wegweiser durch die Stadtverwaltung)

Eichendorffstrasse 3. Ruf: 40996 und 40997. Sprechstunden: täglich von 9 bis 12 Uhr.

Zeitungen (s. „Kurier“ und „Kattowitzer Zeitung“).



Bemerkenswerte Industrien.

Bismarckhütte.

Königshütte-Bismarck. Verwaltung: Braunauer Platz. Ruf: 417 41 und 417 51.

Die Bismarckhütte gehört zur Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Teschen.

Die Betriebsgruppe **produziert**: Koks, Roheisen, Rohstahl, Edelstahl, Schnelldrahtstahl, Grob- und Metallbleche, Qualitätsfeinbleche, nahtlose Röhren, Stabeisen und Stabstahl, kaltgewalztes Bandeisener, Press- und Schmiedestücke, Stahlguss, Hufeisen, Emaille- und Blechwaren.

Die „Betriebsgruppe Bismarckhütte“ umfasst:

Werk **„Bismarckhütte“** in Königshütte-Bismarck mit: Stahlwerk, Hammerwerk und mechanische Werkstatt, Gusstahlschmelze, Stahlwalzwerk, Vergüterei, Zieherei, Feinblechwalzwerk, Rohrwerk, Zentralgeneratoren.

Werk **„Falsvahütte“** in Schwientochlowitz mit: Kokerei, Hochöfen, Stahlwerk, Kaltwalzwerk, Hufeisenfabrik.

Werk **„Hubertushütte“** in Hohenlinde mit: Stahlgießerei und Bearbeitungswerkstatt.

Werk **„Silesiahütte“** in Paruschowitz-Rybnik mit: Feinblechwalzwerk, Emaillierwerk, Blechwarenfabrik.

Dampfsäge- und Hobelwerke W. Sternberg.

Schnittmaterialien und Verkauf von Grubenholz. Schlackenstrasse 37. Ruf: 419 41.

Fabrik technischer Öle und Fette Max Thomas.

Maschinenfette, Spritzfette, Heizlagerfette, Wagenfette, Autofette, Bohrröle, Treibriemenwachs und Desinfektionsöle. Königshütte-Bismarck, Michael-Münzer-Strasse 7. Ruf: 412 33.

Fabriken für Eisen- und Metallverarbeitung Paul Sonsalla.

Mechanische Werkstätten. Dreh-, Fräs-, Hobel-, Bohr-, Schleif- und Polierarbeiten, Eisen- und Blechkonstruktionen, Transformatorenkästen, Behälterbau, Förderwagen, Auftrags-, Montage- und Reparaturschweissungen, Metallarmaturen in Giesche-Qualitätszink, Messing, Rotguss für Wasser, Gas, Heizungen, Dampf bis 2" Metallguss, Umguss in Sand und Kokillen roh und bearbeitet, Kunstguss roh und bearbeitet. Schützenstrasse 16. Ruf: 401 55.

„Famak“, G. m. b. H.

Sämtliche Maschinenreparaturen, Weichenbau, Grau- und Metallgiessereien, Eisenkonstruktionen aller Art, Zahnradfräserei, Bau von Kühltürmen. Kattowitzer Strasse 20. Ruf: 405 47.

Feilenfabrik Oskar Lüdke (Inhaber: Martin Lüdke). Hindenburgstrasse 36. Ruf: 408 72.

Kokereivereinigung, G. m. b. H.

Teerprodukte: Pech, Naphthalin, Teeröle und Benzole. Stahlstrasse 16. Ruf: 409 23.

Königsgrube. Gruppe III der Bergwerksverwaltung Oberschlesien G. m. b. H. der Reichswerke Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“.

Gruppenverwaltung III der Bergwerksverwaltung Oberschlesien G. m. b. H. der Reichswerke „Hermann Göring“. Königshütte Oberschlesien, Adolf-Hitler-Platz 9—13. Ruf: 409 01.

Königsgrube „Ostfeld“, Steigerstrasse 28. Ruf: 419 94 und 419 95.

Königsgrube „Westfeld“, Bahnschachtstrasse. Ruf: 419 92 und 419 93.

„Florentinegrube“, Hohenlinde. Ruf: 417 66.

„Gräfin-Laura-Grube“, Bahnschachtanlage. Ruf: 406 69.

„Maxgrube“, Michalkowitz. Ruf: 233 71 und 233 72.

Königsgrube „Nordfeld“, Beuthener Strasse. Ruf: 417 78.

Königshütter Gaswerk A. G.

Stadtgas und Nebenprodukte, welche bei der Steinkohlenvergasung anfallen. Steinstrasse 23. Ruf: 419 25.

Königshütte.

Werksverwaltung: Freiheitstrasse 11. Ruf: 417 21 bis 417 30. Telegrammadresse: Königslaura. Sprechstunden: tägl. vorm. von 7.30 bis 13 Uhr, nachm. (ausser Sonnabend) von 14.30 bis 17.30. Die Königshütte gehört zur Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Teschen.

Die Königshütte produziert:

Roheisen, Stahlblöcke, Formeisen, Stabeisen, Draht, Kleineisen, Schienen, Bandagen, Radscheiben, Weichen, Trag- und Winkelfedern, Blechpressteile, Güter-, D-Zug-, Personen-, Strassenbahn- und Grubenwagen, Untergestelle für Automobile, Pressteile für Güterwagen, Brücken jeder Grösse und Spannweite, Gittermaste, Eiserne Hallen- und Geländekonstruktionen, Radsätze für Lokomotiven, Schmiedestücke, Fahrwerk- und Eisenbahnwagenachsen, Beschlagteile für Waggons, Grubengezähe u. a. m.

Die hiesige Betriebsgruppe umfasst:

„Hüttenwerk Königshütte“ in Königshütte Oberschlesien mit Kokerei, Hochöfen, Eisen-, Stahl- und Eisenwalzwerke. **Produktion:** Koks, Roheisen, Siemens-Martin-Stahl, Form-, Stab- und Bandeisen, Walzdraht, Eisenbahnoberbaustoffe, Radsatzteile und Schmiedestücke.

„Werkstätten Königshütte“ in Königshütte Oberschlesien mit Brückenbauanstalt, Waggon-Weichen-, Radsatz- und Federnfabrik. **Produktion:** Brücken- und Stahlbauten, Waggons und Fahrzeuge für Haupt- und Klein- und Grubenbahnen, Weichen und Weichenteile, Blechpressteile, Radsätze, Federn, Gesenkschmiede.



„**Hüttenwerk Laurahütte** in Laurahütte O/S. mit Hochöfen, Martinwerk, Stahlwerk, Röhrenwalzwerk, Verzinkerei. **Produktion:** Roheisen, Siemens - Martin - Stahl, nahtlose und geschweisste Röhren, Rohrverbindungsstücke, verzinkte Bleche und Eisenmaterialien, Eisenfässer, Blechtrommeln, Wetterlütten, Schüttelrutschen, Grubenausbaustoffe, Wellbleche und Wellblechbauten, leichte Eisenkonstruktion.

Ledertreibriemenfabrik und technische Lederartikel.

August Botzek und Söhne.

Kernledertreibriemen, Spezialtreibriemen, Leder-Rundschnüre, Chrom-Cordelschnüre, Näh- und Bänderriemen, Treibriemenleim, Riemenverbinder jeder Art, technische Leder jeder Art, Ledermanschetten in jeder Form und Grösse, Rohhautritzel und Rohhautblöcke, Ventilklappen, Dichtungsringe, Lederbolzen, Lederhülsen, Koeppel-Scheibeneinlagen, Membranen, Grubenhelme, Lederschürzen, Schweisserhandschuhe, Handleder, Ledergamaschen, Sicherheitsgurte u. s. w.

Brückenstrasse 4. Ruf: 412 36.

Oberschlesische Furnier- und Sperrholz-Grosshandlung. Eduard Werner.

Grosses sortiertes Lager in sämtlichen in- und überseeischen Furnieren, Sperrplatten, Bau- und Möbelbeschläge, Spezialgeschäft für Tischlerbedarf, Lacke, Leimen, Beizen, Stühle und Tische u. s. w.

Zentrale: Königshütte Oberschlesien, Hindenburgstrasse 6. Ruf: 4 18 33.

Filiale: Kattowitz, Ludendorffstrasse 20, Martahütte. Ruf: 3 42 63.

Oberschlesische Kettenfabrik. Inhaber: Alfred Seidel.

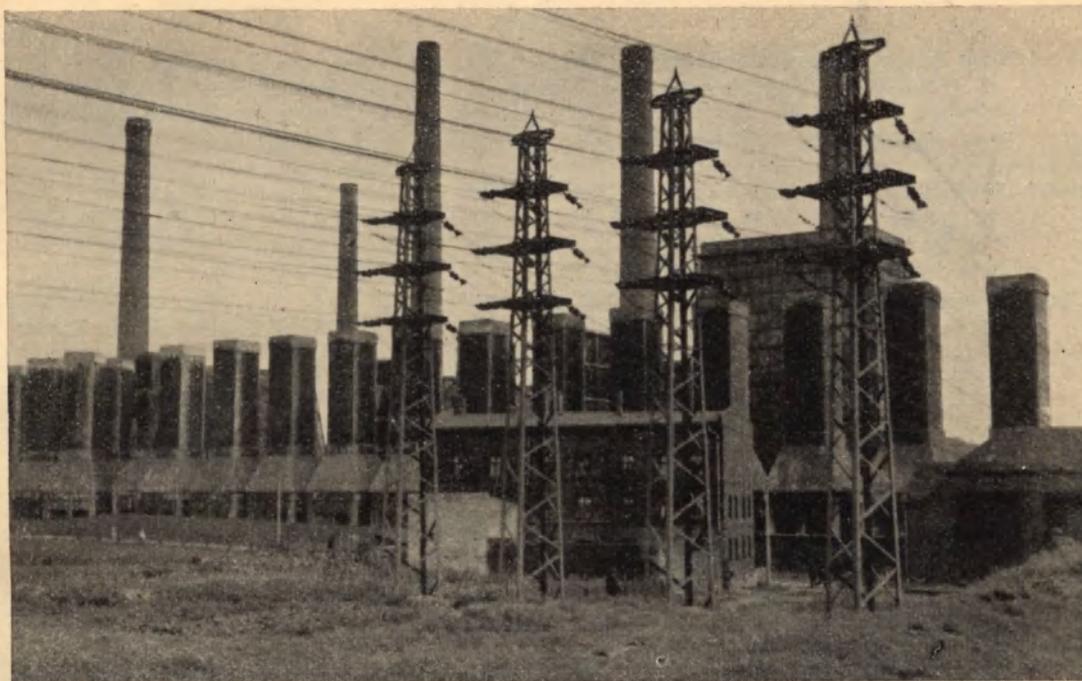
Fabrikation von Ketten und mechanische Werkstätte. Eigene hydraulische Prüfstation. **Liefert:** Ketten, elektrisch geschweisst und im Gesenk geschmiedet, unkalibriert und kalibriert nach Zeichnungen, Muster und Kettenräder, Treibketten, Gallsche-, Transmissions-, Rollen-, Fleyerketten, Transportanlagen, Ewarts- und Stahlbolzenketten.

Hindenburgstrasse 81/83. Ruf: 402 11

Oberschlesische Stickstoffwerke A. G.

Königshütte-Ost. Ruf: 417 81.

Erwerb, Bau und Betrieb von elektrochemischen und chemischen Fabriken. Handel mit chemischen Erzeugnissen aller Art, insbesondere mit stickstoffhaltigen Düngemitteln.



„Sewag“. Schlesische Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft.

1. **Hauptverwaltung:** Kattowitz, Grundmannstrasse 9. Ruf: 319 41

2. **Kraftwerk Königshütte-Ost.**

Erzeugung elektrischer Energie für das oberschlesische Industrievier.
Betriebsleitung Königshütte, Siemensstrasse 3. Ruf: 409 54

3. **Leitungsinspektion Königshütte-Ost.**

Bau und Unterhaltung der Hoch- und Niederspannungs-Leitungsnetze sowie der Umspannerstationen. Entgegennahme von Störungsmeldungen am Leitungsnetz im Versorgungsgebiet (ausser Königshütte-Nord und Königshütte Bismarck. Hierfür s. Stadtwerke). Königshütte-Ost. Ruf: 419 56.

4. **Verkehrsinspektion Königshütte** der Schlesischen Elektrizitätswerke A. G.

(An-, Ab- und Ummeldung elektrischer Kleinanlagen. — Entgegennahme von Meldungen über Störungen an elektrischen Messgeräten. — Entgegennahme von Zahlungen für elektrische Energie (ausser für die Nord- und Süd-Stadt Königshütte. Hierfür s. Stadtwerke).

Adolf-Hitler-Strasse 3. Ruf: 400 11. Ruf für Störungen an Freileitungen im Versorgungsgebiet (ausser Königshütte Nord- und Südstadt): 419 56 und 409 54.
Sprechstunden: täglich von 7,30 bis 15 Uhr. Sonnabend von 7,30 bis 14,30 Uhr.

Waagen- und Maschinenfabrik. Wilhelm Mainka.

Waagenfabrik, Fleischereimaschinen, Eisenkonstruktion und Schlosserarbeiten.
Hindenburgstrasse 94/96. Ruf: 408 81.

Hotels

Hotel „Graf Reden“, Kattowitzer Strasse 7. Ruf: 421 35.

41 Betten, davon 23 Einbettzimmer. Uebernachtungspreis: 3,— bis 4,— RM. 9 Zweibettzimmer. Uebernachtungspreis: 5,— bis 7,— RM. Jedes Zimmer mit fliessendem kalten und warmen Wasser, Bad im Hause, Zentralheizung. Volle Pension in der Gaststätte des Hotels.

Hotel „Reichshof“, Adolf-Hitler-Strasse 27. Ruf: 405 55.

28 Betten, davon 10 Einbettzimmer. Uebernachtungspreis: 3,50 RM. und 15%; 7 Zweibettzimmer. Uebernachtungspreis: 3,50, 2,50, 2,— RM und 15% — mit fliessendem kalten und warmen Wasser, Bad im Hause, Zentralheizung, volle Pension.

„Bahnhofshotel“, Bahnhofstrasse 4. Ruf: 400 67.

18 Betten, davon 9 Einbettzimmer (Uebernachtungspreis 2,75 RM), 5 Zweibettzimmer (Uebernachtungspreis 5,50 RM). Bad im Hause (Benutzungsgebühr 0,75 RM). Ofenheizung. Frühstückspreis 1,00 RM. Volle Pension in der Gaststätte.

Gaststätten

Königshütte-Mitte:

Bahnhofshotel, Bahnhofstrasse 4, Ruf: 400 67. Gaststättenruhetag: jeden Freitag.

Bahnhofswirtschaft, Poststrasse 6, Ruf: 408 36; ohne Ruhetag.

Bierhaus „Zur Glocke“, Horst-Wessel-Strasse 18, Ruf: 411 03. Gaststättenruhetag: jeden Donnerstag.

Cafe Delta, Horst-Wessel-Strasse 1, Ruf: 413 93. Gaststättenruhetag: jeden Freitag.

Deutsche Bierstuben, Adolf-Hitler-Strasse 41, Ruf: 414 82. Gaststättenruhetag: jeden Freitag.

Gaststätte „Graf Reden“, Kattowitzer Str. 7, Ruf: 410 65. Gaststättenruhetag: jeden Dienstag.

Gaststätte „Zum Schützenhaus“, Kattowitzer Strasse 67, Ruf: 406 09. Gaststättenruhetag: jeden Sonnabend.

Karwiner Bierstuben, Adolf-Hitler-Platz 8, Ruf: 404 52. Gaststättenruhetag: jeden Freitag.

Kleingarten-Gaststätte „Graf Reden“, Bismarckhütter Strasse 62, Ruf: 405 39. Gaststättenruhetag: jeden Montag.

„Reichsecke“, Adolf-Hitler-Strasse 43, Ruf: 416 69. Gaststättenruhetag: jeden Montag.

Teschner Bierstuben, Adolf-Hitler-Str. 40, Ruf: 411 16. Gaststättenruhetag: jeden Sonnabend.

Tichauer Bierstuben, Adolf-Hitler-Platz 16, Ruf: 401 65. Gaststättenruhetag: jeden Dienstag.

Vereinshaus, Adolf-Hitler-Strasse 47, Ruf: 400 43. Gaststättenruhetag: jeden Dienstag.

„Zum Fass“, Adolf-Hitler-Platz 7, Ruf: 412 64. Gaststättenruhetag: jeden Montag.

„Zum Rathaus“, Adolf-Hitler-Platz 3, Ruf: 402 38. Gaststättenruhetag: jeden Freitag.

„Zum Schwarzen Adler“, Adolf-Hitler-Str. 11, Ruf 411 04. Gaststättenruhetag: jeden Mittwoch.

„Zur Deutschen Schmiede“, Bertold-Hildebrandt-Strasse 21, Ruf: 401 83. Gaststättenruhetag: jeden Montag.

Königshütte-Nord:

Gaststätte „Deutsche Flotte“, Hindenburgstrasse 2, Ruf: 414 51. Gaststättenruhetag: jeden Dienstag.

Gaststätte Leo Klossowski, Hindenburgstrasse 10. Gaststättenruhetag: jeden Freitag.

Königshütte-Ost:

Vereinshaus, Laurahütter Strasse 57, Ruf: 422 49. Gaststättenruhetag: jeden Freitag.
Redenberg Gaststätte, Tannenbergrasse 34, Ruf: 401 78. Ruhetag entfällt.

Königshütte-Bismarck:

Bahnhofswirtschaft, Hermann-Göring-Strasse 46, Ruf: 402 62. Ruhetag entfällt.
„Eiserner Kanzler“, Rudolf-Hess-Strasse 1, Ruf: 404 84. Gaststättenruhetag: jeden Dienstag.
Vereinshaus, Richthofenstrasse 6, Ruf: 415 75. Gaststättenruhetag: jeden Montag.

Kaffees

Kaffee Delta, Horst-Wessel-Strasse 1, Ruf: 413 93.
Kaffee Klupsch, Am Adolf-Hitler-Platz 3, Ruf: 401 22.
Kaffee Kubina, Rathausstrasse 7, Ruf: 406 10.
Kaffee Kubina, Adolf-Hitler-Strasse 38, Ruf: 406 56.
Kaffee Obersteiger, Adolf-Hitler-Strasse 34, Ruf: 406 97.
Kaffee Sczasny, Adolf-Hitler-Strasse 17, Ruf: 404 24.
Kaffee Scharek, Hermann-Göring-Strasse 63, Ruf: 406 83.

Lichtspieltheater

- „**Apollo**“, Adolf-Hitler-Strasse 19/21. Ruf: 412 28.
(1400 Plätze. Anfangszeiten: wochentags 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Sonntags: 14.00, 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Programmwechsel: Freitags).
- „**Colosseum**“, Adolf-Hitler-Strasse 48. Ruf: 408 54.
(680 Plätze. Anfangszeiten: wochentags 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Sonntags: 14.00, 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Programmwechsel: Freitags).
- „**Delta**“, Horst-Wessel-Strasse 1. Ruf: 400 38.
(860 Plätze. Anfangszeiten: wochentags 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Sonntags: 14.00, 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Programmwechsel: Dienstags und Freitags).
- „**Roxy**“, Adolf-Hitler-Strasse 19/21. Ruf: 412 28.
(1000 Plätze. Anfangszeiten: wochentags 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Sonntags: 14.00, 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Programmwechsel: Freitags).
- „**Schauburg**“, Königshütte-Bismarck, Hermann-Göring-Strasse 55. Ruf: 400 89.
(600 Plätze. Anfangszeiten: wochentags 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Sonntags: 14.00, 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Programmwechsel: Freitags und Dienstags).
- „**Rialto**“, Königshütte-Bismarck, Richthofenstrasse.
(300 Plätze. Anfangszeiten: wochentags 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Sonntags: 14.00, 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Programmwechsel: Dienstags und Freitags).

Der Aufbau beginnt.

Von Oberbürgermeister Ernst Schroeder.

Als der Genfer Spruch im Juni 1922 vollzogen wurde, ist das oberschlesische Industriegebiet, ein einheitlicher, bei allem Reichtum an Bodenschätzen empfindlicher Wirtschaftsraum, rücksichtslos zerschnitten worden. Königshütte, damals eine Stadt von etwa 75 000 Einwohnern, die bei der Abstimmung 1921 mit 75% deutscher Stimmen das stärkste Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt hatte, fiel an Polen. Mit grimmigem Zorn mussten auch die Königshütter 17 Jahre lang zusehen, wie die Polen sich in ihrer von deutschem Fleiss, deutscher Arbeit und deutschem Unternehmergeist geschaffenen Stadt ausbreiteten und polnischer Geist und polnische Willkür allmählich die Uebermacht gewannen. Mancher hat die Fäuste in der Tasche geballt und geschworen, sich niemals mit diesem Raub und der mannigfachen Vergewaltigung abzufinden, sondern auszuharren, bis die Stunde der Befreiung schlagen würde. Das Schicksal dieser Getreuen war oft Arbeitslosigkeit und bittere Not. Viele mussten dem polnischen Druck weichen. Es ist schwer, das Leid zu ermessen, das Tausende allein ihres Deutschseins wegen auch seelisch getragen haben. Denn der Kampf ging ja nicht um Brot und Existenz allein, sondern auch um die deutsche Seele.

Solange das Deutsche Reich ohnmächtig war und in politischen Kämpfen und wirtschaftlichen Krisen unter der Last der Tributzahlungen und einer immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit dem gänzlichen Verfall unaufhaltsam entgegenzugehen schien, war der polnische Druck auf das Deutschtum, rein äusserlich gesehen, noch erträglich. Die Polen arbeiteten auf lange Sicht; sie brauchten noch die deutsche Intelligenz und die deutschen Fachkräfte, und glaubten Zeit zu haben, da die Entwicklung in Deutschland ihren kühnsten Zukunftserwartungen die Erfüllung zu versprechen schien. Denn sie waren ja mit dem bisher Erreichten längst noch nicht zufrieden; ihre Begehrlichkeit griff noch weit in den einstweilen deutsch gebliebenen ost-deutschen Raum hinein.

Das änderte sich schlagartig, als Adolf Hitler die Führung des Reiches in seine starken Hände nahm, als das grosse Wunder des nationalsozialistischen Umbruchs sich durchsetzte, als im Reich das Gespenst der Arbeitslosigkeit in wenigen Jahren verschleht wurde und als schliesslich auch die deutsche Wehrmacht nach dem Geheiss des Führers ihre Wiedergeburt und einen Aufbau erlebte, von dessen Gründlichkeit und Stärke allerdings die Polen, überhaupt das feindliche Ausland, nicht die entfernteste Vorstellung hatten. Jetzt begann der rücksichtslose Kampf mit dem Ziel der Ausrottung des Deutschtums, wie überall in Polen, so auch in Königshütte. Immer mehr bis dahin noch in Stellung verbliebene Deutsche wurden rücksichtslos entlassen, die Stellen mit Kongresspolen und ihrem jüdischen Anhang besetzt. Aber auch der deutsche Arbeiter wurde in zunehmendem Masse brotlos gemacht, selbstverständlich um so rücksichtsloser, je mehr er an seinem Deutschtum festhielt. Jüdisch-polnische Cliquenwirtschaft und Korruption breiteten sich in erschreckender Weise aus, und die gesamte Wirtschaft, insbesondere auch Bergbau und Schwerindustrie, drohte mehr und mehr zu verahrlosen. Die Polen waren nach Ausschaltung der deutschen Fachkräfte gar nicht in der Lage, die hochwertige Industriegewirtschaft weiter zu entwickeln. Sie begnügten sich mit einer rücksichtslos kapitalistischen Ausbeutung der Bodenschätze, indem sie Bergwerke und Industrieunternehmen an ausländische Konsortien verpachteten. Dass sie dabei selbst von ihren mehr oder weniger jüdischen Beratern und Geldgebern schamlos betrogen wurden, sei nur am Rande erwähnt. Und wenn seit 1933 auch das kämpferische Deutschtum im festen Glauben an Adolf Hitler und die nationalsozialistische Wiedergeburt Deutschlands den Deutschtumskampf in den härtesten Formen aufnahm: Der Ausgang dieses Kampfes konnte nicht zweifelhaft sein, wenn nicht bald Hilfe von aussen, vom Reich her kam. Jedes Jahr brachte zunehmende Verluste des Deutschtums; jedes Jahr brachte aber auch die Wirtschaft Oberschlesiens dem Zusammenbruch, der Erschöpfung, näher.

Unvorstellbar war daher auch in Königshütte das Glück und der Jubel, als die Befreiungsstunde schlug, als die stolze deutsche Wehrmacht antrat zur Abrechnung mit den hasserfüllten Polen. Als dann dank der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Truppen, dank der Genialität

der Führung und der Wucht ihrer militärischen Operationen das ganze ostoberschlesische Revier von den Polen Hals über Kopf geräumt wurde, ohne dass irgendwelche nennenswerten Zerstörungen und Verwüstungen angerichtet werden konnten, und als es sich herausstellte, dass auch die Opfer unter der Bevölkerung durch den polnischen Terror hier verhältnismässig gering gewesen waren, kannte die Dankbarkeit und die Begeisterung der Oberschlesier keine Grenzen.

Und nun trat zutage, dass Königshütte trotz der 17jährigen Polenherrschaft eine deutsche Stadt geblieben war. Kongresspolen und fast alle mit ihnen zugezogenen Juden hatten Hals über Kopf die Stadt verlassen. Die polnische Sprache verschwand von Strassen- und Firmenschildern und im wesentlichen auch aus dem Gebrauch der Bevölkerung, wenn auch gerade viele Kinder und Jugendliche durch die zielbewusste und immer rücksichtsloser durchgeführte polnische Schul- und Sprachpolitik des Gebrauchs der deutschen Sprache entwöhnt waren.

So war die Polenherrlichkeit fast über Nacht wie ein böser Spuk verfliegen. Aber ihre Auswirkungen waren doch sowohl auf politisch-völkischem Gebiet wie auf dem Gebiet der Wirtschaft und des sozialen Lebens schlimmer als es äusserlich den Anschein hatte. Mit Anspannung aller Kräfte an Menschen und Mitteln musste daher an den Wiederaufbau herangegangen werden. Unverzüglich nahm die Partei unter Führung des als kommissarischer Kreisleiter berufenen, im schärfsten Volkstumskampf bewährten Volksdeutschen Wilhelm Schneider ihre Arbeit auf. Was er mit seinen Mitarbeitern in den ersten zwei Jahren im Aufbau der Parteiorganisation und der politischen Erfassung, Schulung und Führung der Bevölkerung geleistet und geschaffen hat, muss einer späteren zusammenfassenden Darstellung von berufener Stelle vorbehalten bleiben. Mein Bericht will den Versuch machen, den Verwaltungsaufbau in der Stadt Königshütte und die dabei zu lösenden Probleme wenigstens in den Hauptpunkten darzustellen.

Der Verwaltungsaufbau begann fast aus dem Nichts, mehr oder weniger unter dem Einfluss der noch in Gang befindlichen oder soeben beendeten kämpferischen Aktionen mit einem lächerlichen Mindestmass von geschulten Verwaltungskräften, die den in wirrem Durcheinander anstürmenden Ansprüchen des Tages, den primitivsten Bedürfnissen der kommunalen Gemeinschaft gerecht werden mussten. Diese erste Aufbauarbeit stand unter der Leitung meines Amtsvorgängers in Königshütte, des Oberbürgermeisters Dr. Delius-Wesermünde. Sie ist von ihm in zwei Aufsätzen: „Kommunale Aufbauarbeit im befreiten Ostoberschlesien“ (Reichsverwaltungsblatt 1940, Heft 1) und „Polnische Wirtschaft und deutscher Aufbau im Osten“ (NS.-Gemeinde 8. Jahrgang, Folge 4) in ausserordentlich lebendiger und plastischer Weise geschildert worden. Was dort über die Zustände in der vorgefundenen Verwaltung, über leere Kassen und verschleppte und unbrauchbar gemachte Gemeindeeinrichtungen, über die ersten Massnahmen zur Inangasetzung der Verwaltung, über die in wildem Durcheinander an die Verwaltung getretenen Forderungen des Tages, über Versorgungsschwierigkeiten und Publikumsansturm, über kindliches Zutrauen der deutschen Bevölkerung zur deutschen Verwaltung, aber auch über übles Denunziantentum und Konjunkturritter gesagt ist, kann als Beispiel für die erste Anlaufzeit einer deutschen Kommunalverwaltung in den besetzten Ostgebieten überhaupt gelten, soll hier aber nicht wiederholt werden.

Gerade in dieser ersten Zeit ist aber erstaunliche Arbeit geleistet worden. Als der Verfasser Anfang Dezember 1939 die Leitung der Stadtverwaltung übernahm — Oberbürgermeister Dr. Delius war bereits Mitte Oktober 1939 nach Wesermünde zurückberufen worden; in seiner Vertretung leitete als Bürgermeister der bisherige Stadtkämmerer von Hindenburg, Dr. Killing, die Verwaltung — fand er nicht nur das wesentliche Gefüge einer deutschen Gemeindeverwaltung in anerkannter Schlagkraft vor; es waren vielmehr auch schon auf den verschiedensten Gebieten wirksamste Massnahmen für die Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in Durchführung begriffen. Schlachthof, Markthalle, Müllabfuhr und Strassenreinigung waren in vollem Betrieb. Das Wirtschafts- und Ernährungsamt war nach reichsdeutschem Muster aufgezo-gen und konnte schon in den Wintermonaten die volle Bewirtschaftung allen lebenswichtigen Bedarfs nach den reichsdeutschen Bestimmungen durchführen. Eine Anzahl deutscher Volksschulen hatte den Lehrbetrieb aufgenommen; die Stadtbücherei war eröffnet und wurde lebhaft in Anspruch genommen. Ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm war aufgezo-gen und in vielen Teilen schon in der Durchführung begriffen. Das Wohlfahrtsamt hatte die unterstützungsbedürftigen Volksgenossen im wesentlichen erfasst, im Benehmen mit der Landesversicherungsanstalt umfang-

reiche Rentenauszahlungen durchgeführt und im Verein mit der NSV. sogar eine Anzahl Kindergärten eingerichtet. Im Oktober schon fand die erste deutsche Theateraufführung durch das Beuthener Oberschlesische Landestheater im notdürftig hergerichteten Königshütter Stadttheater statt, und schon am 15. Januar 1940 konnte der volksdeutsche Professor Fritz Lubrich aus Kattowitz mit dem Beuthener Orchester des Oberschlesischen Landestheaters, dem Meister'schen Gesangsverein Kattowitz und der Königshütter Chorvereinigung die unsterbliche Neunte Symphonie von Beethoven vor einem begeisterten Publikum im vollbesetzten Saale des Hotels „Graf Reden“ zur Aufführung bringen. Ja, selbst die Steuerverwaltung war schon lebhaft an der Arbeit und sorgte mit deutscher Gründlichkeit dafür, dass die eigenen Einnahmen des Gemeinwesens, wenn vorerst auch noch auf Grund der polnischen Gesetze, zu fließen begannen. Als daher am 1. Januar 1940 die Deutsche Gemeindeordnung und die Gemeindehaushaltsverordnung in den früher deutschen Kreisen des Regierungsbezirks Kattowitz eingeführt wurde, war auch in Königshütte alles so weit vorbereitet, dass der eigentliche Aufbau des Gemeinwesens nach deutschen Gesetzen und nach den Weisungen der zentralen und mittleren Verwaltungsinstanzen in nationalsozialistischem Geist und Tempo in Angriff genommen werden konnte.

Eine Aufbauarbeit von zwei Jahren liegt hinter uns. Bevor ich in grossen Zügen darlege, was auf den verschiedenen Gebieten des gemeindlichen Wesens bisher geleistet werden konnte und was für die Zukunft angestrebt wird, muss ich kurz auf die wirtschaftliche und soziale Struktur der Stadt und ihre Stellung und Aufgabe im ober-schlesischen Raum eingehen. Dazu muss ich mit dem ober-schlesischen Raum selbst anfangen.

Die durch preussisches Gesetz vom 20. 12. 1940 geschaffene Provinz Oberschlesien, die seit dem Frühjahr 1941 auch innerhalb des Parteibereiches einen eigenen Gau bildet, umfasst mit den Regierungsbezirken Oppeln und Kattowitz ein Wirtschaftsgebiet von überragender Bedeutung. Zu diesem Gau gehört nicht nur das wiedervereinte sogenannte ober-schlesische Zentralrevier, sondern auch das Karwiner Kohlenbecken mit der stark entwickelten Teschener Eisenindustrie und das sogenannte Dombrowaer Kohlenrevier in den früher russisch-polnischen Ostgebieten des Gaus. Die Kohlenvorräte des Gesamtgebietes können einstweilen noch als unerschöpflich angesehen werden, die starke Hütten- und Eisenindustrie geht einer grundsätzlichen Neuorganisation und einem starken Ausbau entgegen, und gewaltige neue, auf der Kohle basierende chemische Industrien sind im Aufbau begriffen.

Das Herzstück dieses grossen und bedeutungsvollen Wirtschaftsraumes bildet jedenfalls zur Zeit noch das sogenannte ober-schlesische Zentralrevier, das sich von Gleiwitz im Westen bis Sosnowitz im Südosten hinzieht und durch seine besonders mächtigen und ertragreichen Kohlenvorkommen den Ansatzpunkt einer gewaltig gehäuften Schwerindustrie gebildet hat. Und im Zentrum dieses Zentralreviers liegt die Stadt Königshütte. Die früher preussisch-staatliche Königshütte, die berühmte Königshütte, die nicht minder bekannte Bismarckhütte, ein gewaltiges Elektrizitätswerk, ein Reichsstickstoffwerk und ein weiteres chemisches Werk sowie einige Mittelindustriunternehmen mit insgesamt etwa 26 000 Industrievollarbeitern bilden das starke Rückgrat der Wirtschaft unserer Stadt und machen sie zur ausgesprochenen Stadt der Arbeit in Gruben und Hütten.

Königshütte ist keine schöne Stadt. Meister der Städtebaukunst haben bei ihrer Geburt und ihrem Wachstum nicht Pate gestanden. Zusammengewachsen aus ursprünglichen Arbeiter- und Angestelltenkolonien der Königsgrube und Königshütte, ist sie in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts in zeitweise amerikanischem Tempo aufgebaut und in der polnischen Zeit durch Eingemeindung der Nachbargemeinden Bismarckhütte, Neuheiduk und Chorzow auf 132 000 Einwohner vergrössert. Sie bietet jetzt bei ihrer unorganischen Anlage und der nüchternen, unschönen Zweckbauweise ihrer Häuser einen für deutsche Begriffe unerfreulichen Anblick.

Aber in diesem unorganischen Stadtbild und in den baulichen Mängeln als solchen, die zweifellos die Stadtplanung und den Städtebau auf Jahrzehnte vor schwierigste Aufgaben stellen, liegen nicht die Hauptprobleme, die hier zu lösen sind. Königshütte ist mitten im Gebiet der sogenannten Sattelflöze im wahrsten Sinne des Wortes auf der dicksten Kohle erstanden. Die geschlossenen Wohnviertel, die grossen Eisenhütten- und Industriewerke, die Strassen- und Eisenbahnanlagen stehen auf sogenannten Kohlenfeilern, d. h. der Bergbau hat auf den Abbau der Kohlen unter den erwähnten Gebieten verzichtet und die Kohle stehen lassen. Was das vom

Standpunkt der Kohlenwirtschaft aus bedeutet, kann man nur erlauben, wenn man weiss, dass im Königshütter Revier die Sattelflöze Mächtigkeiten bis zu 12 m und darüber aufweisen, und dass sich unter diesen Flözen in grösserer Tiefe noch andere weniger starke, aber durchaus abbauwürdige Flöze befinden. Die durch oberirdische Bauwerke und Anlagen der Gewinnung entzogenen Kohlenmengen werden auf sehr viele Millionen Tonnen geschätzt. Da der Bergbau aber im Königshütter Revier bereits 150 Jahre umgeht und die Förderung durch Modernisierung der Anlagen und der Abbaumethoden stark gesteigert ist bzw. wird, kann man den Zeitpunkt, in dem in diesem Revier die vorhandenen Kohlenbestände erschöpft sein werden, immerhin schon voraussehen. Der Bergbau wehrt sich daher aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen und auch mit Rücksicht auf seine nun einmal vorhandenen, in den Schächten und Förderanlagen investierten Millionenwerte mit aller Entschiedenheit dagegen, weiteres noch nicht abgebautes Gelände für städtebauliche Zwecke freizugeben, was er zunächst mit Erfolg insofern tun kann, als er Besitzer des grössten Teiles des noch unbebauten Stadtgebietes ist. Es kommen also für oberirdische Bebauungszwecke nur vorhandene Baulücken und Freiflächen in den auf Kohlenpfeilern stehenden alten Kerngebieten oder solche Grundstücke in Frage, unter denen die Kohle bereits abgebaut ist. In den Kerngebieten ist die Wohndichte aber bereits so stark — in einigen Teilen kommen fast 2 600 Menschen auf den ha —, dass ein weiteres Zubauen der wenigen vorhandenen Baulücken und Freiflächen kaum verantwortet werden kann. Die wenigen Gebiete, unter denen der Bergbau erledigt ist, haben ihre besonderen Tücken und Unannehmlichkeiten mit Rücksicht darauf, dass der Abbau gerade der mächtigen Sattelflöze ohne Versatz im Bruchverfahren erfolgt, sodass noch lange nach erfolgtem Abbau ausserordentlich starke und leider sehr unregelmässige Erdbewegungen und Absenkungen an der Oberfläche entstehen. Wann solche Bruchfelder endgültig zur Ruhe kommen und eine sichere Bebauung zulassen, lässt sich schwer bestimmen, so dass der Bergbau, ehe er solche Gebiete zur Bebauung freigibt, sich gegen Geltendmachung von Bergschäden sichert. Der hier übliche Bruchbau hat auch sonst viele für den Städtebauer höchst unerfreuliche Begleiterscheinungen. So ändern sich infolge der starken Senkungen der Erdoberfläche dauernd die Vorflutverhältnisse. Es bilden sich an völlig unberechenbaren Stellen Wasseransammlungen, die vielleicht nach Jahren wieder verschwinden, vielleicht aber auch als Teiche bestehen bleiben.

Diese sich für die Stadtplanung und Siedlung innerhalb des eigentlichen Stadtgebietes ergebenden grossen Schwierigkeiten legen den Gedanken einer Ausweitung des Stadtgebietes nahe. Eine solche Ausweitung nach der Peripherie der Stadt hin und Geländegewinn durch etwaige Eingemeindungen sind aber in Königshütte kaum möglich. Im Norden der Stadt ist Beuthen von Stadtmitte zu Stadtmitte nur 5 km entfernt. Im Süden gilt das gleiche für Kattowitz. Im Westen ist der Raum bis zu dem 11 km entfernten Hindenburg ausgefüllt von kleineren Industriegemeinden und -städten, wie Schwientochlowitz, Friedenshütte, Eintrachthütte, Ruda Godullahütte, Morgenroth usw., durchweg Industriegemeinden zwischen 10 000 und 30 000 Einwohnern. Im Osten der Stadt geht noch auf lange Sicht der Bergbau um. Wirklicher Siedlungsraum ist erst ausserhalb des Bergbaues in einer Entfernung von wenigstens 20 bis 30 km zu erreichen. Demgegenüber haben die sorgfältigsten Ermittlungen ergeben, dass wenigstens 15 000 Wohnungen neu gebaut werden müssten, um die jetzige Bevölkerung einigermaßen deutschen Verhältnissen entsprechend unterzubringen und Wohnbaracken und Notwohnungen zu beseitigen, von dem Geländebedarf für Bevölkerungszuwachs und unbedingt notwendige Verwaltungsbauten, Schulen, Krankenhäuser, HJ.-Heime und dergl. ganz zu schweigen.

Kurz zusammengefasst, das Problem für den Wiederaufbau der Stadt Königshütte liegt nicht nur in den Sünden der Vergangenheit, auch nicht nur in dem, was in der Polenzeit vernachlässigt und zerstört ist, sondern darin, dass einerseits für eine schwerstarbeitende Industriebevölkerung, die mit an wichtigster Stelle der deutschen Wirtschaft eingesetzt ist, die Wohn- und Lebensbedingungen geschaffen werden müssen, die sie als deutsche Menschen beanspruchen können und deren sie zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft und Lebensfreude bedürfen, andererseits aber zugleich Rücksicht genommen werden muss auf die ungeheuer wertvollen Kohlenschätze, die noch im Stadtgebiet unter der Erde liegen, und auf deren Ausbeute nicht verzichtet werden kann.

Es werden alle Wege beschritten werden müssen, um schnell und gründlich zum Ziel zu kommen. Der Bergbau, der selbst an einer menschenwürdigen Unterbringung seiner Gefolgschaft lebhaft interessiert ist, wird zu gewissen Kompromissen geneigt sein. Die Bebauung der am längsten abgebauten Gebiete wird mit den nötigen technischen Vorsichtsmaßnahmen in Angriff genommen werden, wenn sich auch unangenehme Erhöhungen der Baukosten daraus ergeben. In den auf Kohlenpfeilern stehenden alten Stadtteilen werden durch Abbruch minderwertiger Wohnhäuser und Hintergebäude Baugelände bereitgestellt und erschlossen werden, auf denen durch zweckmässige Ausnutzung mehr Wohnraum geschaffen werden kann, als jetzt vorhanden ist. Man wird vielleicht in gewissem Umfange auch eine vielstöckige Bebauung wählen müssen, weil gut geplante und belichtete Wohnungen im Hochgeschossbau immer noch besser sind als gar keine. Man wird aber zweifellos auch nicht darum herumkommen, ausserhalb des Bergbaugesbietes reine Wohngebiete zur Entlastung auch unseres Stadtgebietes zu schaffen und diese mit den alten Industriezentren durch moderne Schnellverkehrsmittel zu verbinden. Das kann aber nicht, oder nur in sehr seltenen Fällen, von einer einzelnen Stadt aus geschehen. Die Planung dazu wird in den Grundzügen bezüglich der Auswahl der in Frage kommenden Gebiete und in der Führung der Verkehrswege von zentraler Stelle aus erfolgen müssen. Andererseits werden dabei so wesentliche Interessen der Städte im Revier selbst berührt, dass sie sich bei dieser Frage keinesfalls ausschalten lassen dürfen. Hier werden Interessengemeinschaften, gegebenenfalls Zweckverbände jeweils mehrerer Gemeinden evtl. auch von Landkreisen ins Leben gerufen werden müssen, die leistungsfähiger als die Einzelgemeinden, die Lösung solcher Aufgaben übernehmen können.

Ueberhaupt führt, und darin liegt eine weitere Problemstellung für unsere Kommunalpolitik, die zusammengedrängte Lage der sechs oberschlesischen Grosstädte Gleiwitz, Hindenburg, Beuthen, Königshütte, Kattowitz und Sosnowitz in einem verhältnismässig begrenzten Raum, die Gleichartigkeit ihrer Struktur und der zu lösenden kommunalen Aufgaben, aber auch die Gleichartigkeit der ihrer Entwicklung hemmend entgegenstehenden Kräfte zwangsläufig zu einer weitgehenden Zusammenarbeit, oft auch zur Notwendigkeit der gemeinsamen Erfüllung kommunaler Aufgaben.

Für Königshütte ist, was an dieser Stelle nur kurz erwähnt sein mag, zunächst auf kulturellem Gebiet die Konsequenz aus dieser Lage bereits gezogen, indem Königshütte und Kattowitz gemeinsame Theater und ein gemeinsames Symphonie-Orchester gegründet haben, um mit vereinten Kräften einen von vornherein qualitativ und quantitativ leistungsfähigen Spielkörper aufbauen und der Bevölkerung beider Städte hochwertige Kunst und bessere Leistungen bieten zu können, als es möglich gewesen wäre, wenn jede Stadt solche Kunstinstitute für sich selbst hätte ins Leben rufen wollen. Auch auf anderen kulturellen Gebieten, etwa im Schul- und Krankenhauswesen, werden gemeinschaftliche Planungen und Lösungen gefunden werden, die eine Zersplitterung der Kräfte vermeiden und die Möglichkeit einer höheren Zielsetzung bei Erfüllung kommunaler Aufgaben ermöglichen. Dringend erforderlich ist eine solche Zusammenarbeit und die Zusammenfassung der Kräfte auch auf dem Gebiet der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser und auf dem Gebiet des Nahverkehrs. Auch auf diesem Gebiet ist die Verwaltung der Stadt vor besonders gelagerte Verhältnisse gestellt. Die Licht-, Kraft- und Wasserversorgung des so überaus wichtigen oberschlesischen Wirtschaftsgebietes muss durch eine einheitlich gelenkte Grossraumversorgung unter sinnvollster Ausnutzung aller Kraftquellen sichergestellt werden. Es wäre daher verfehlt und nach Lage der Dinge auch aussichtslos, wollte jede der sechs Grosstädte ihre eigenen selbständigen Versorgungsbetriebe aufziehen. Andererseits ist der jetzt bestehende Zustand, dass diese für das Wohlergehen der Bevölkerung so wichtigen Einrichtungen überwiegend von privater Hand bewirtschaftet werden und dem kommunalen Einfluss in weitestem Umfange entzogen sind, unerträglich. Auch hierfür muss und wird eine Interessengemeinschaft der Grosstädte und der in Frage kommenden Landkreise geschaffen werden, die den notwendigen Einfluss der kommunalen Hand erkämpfen und von sich aus die Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Wärme und Wasser unter eigener Verantwortung übernehmen wird. Aehnlich liegen die Dinge im Nahverkehr. Auch hier einerseits die Notwendigkeit einer über den Raum der einzelnen Gemeinden hinausgreifenden, die Belange des ganzen Zentralreviers umfassenden Lösung, andererseits das Bedürfnis, den kommunalen Einfluss im Interesse der Bevölkerung zu sichern. Auch auf

diesem Gebiet wird die einzelne Gemeinde, zumal das Strassenbahnwesen fast ausschliesslich sich in den Händen von zwei Privatgesellschaften befindet, deren Zusammenschluss bevorsteht, nicht in der Lage sein, einen entscheidenden Einfluss auf die Geschäftsführung, insbesondere auf die Linienführung und die Tarifgestaltung zu gewinnen. Es wird vielmehr ein gemeinsames Vorgehen der Grossgemeinden und der Landkreise erforderlich sein, weil es ja auch sehr erheblicher Mittel bedarf, um den entscheidenden Einfluss auch durch Kapitalbeteiligung zu sichern.

Wir stehen in Königshütte nicht nur vor der Notwendigkeit, die Fehler und Versäumnisse einer nach heutigen Ansichten planlosen städtebaulichen Entwicklung der Jahrzehnte vor dem Weltkrieg und die verheerenden Auswirkungen der Polenzeit zu beseitigen und wieder gutzumachen, sondern müssen darüber hinaus noch die ungeheure Fortentwicklung der Gemeinden im Altreich seit dem Weltkrieg, insbesondere seit der Machtübernahme auf allen Gebieten des kommunalen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens in möglichst kurzer Zeit und möglichst gründlich aufholen. Das heisst: wir müssen also das nachholen, was in Altreichstädten etwa in den letzten 30 Jahren, davon 9 Jahre nationalsozialistische Aufbauwirtschaft, geschaffen worden ist. Dabei können wir, wie schon dargelegt ist, in unserem Gemeinderaum nicht frei planen und schaffen, sondern müssen weitgehendst auf die wertvollen Kohlenvorräte unter dem Stadtgebiet Rücksicht nehmen, um deren Gewinnung nicht durch oberirdische Bauwerke und Anlagen zu stören oder unmöglich zu machen. Wir sind darüber hinaus im Stadtgebiet in allen unseren Planungen und Vorhaben weitgehend abhängig von der gesamten Planung des Gaues, zum mindesten aber des oberschlesischen Zentralreviers; wir müssen endlich ständig um eine verständnisvolle, von den gemeinsamen Interessen und Aufgaben getragene Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstädten und -kreisen bemüht sein. Nicht nur der Kommunalfachmann wird erkennen, dass hier eine Vielzahl von Problemen gelöst und aufeinander abgestimmt werden muss, und dass es gerade jetzt beim Beginn der Aufbauarbeit sorgfältigster Ueberlegung, Planung und Prüfung bedarf, damit nicht falsche Wege eingeschlagen werden, damit Doppelarbeit und jedes Gegeneinanderarbeiten vermieden wird, damit vielmehr mit dem geringsten Einsatz von Arbeitskraft, Geld und Material der denkbar grösste Nutzererfolg erzielt wird.

Wenn dementsprechend auch gerade die leitenden Beamten der Verwaltung viel Mühe und Arbeit, und vor allem Zeit mit der vorbereitenden Planung, der Aufnahme des Bestandes in jeder Beziehung, mit Beratungen und Fühlungen mit anderen Verwaltungen, zum Bergbau und zur Industrie aufwenden mussten, so ist doch auch schon manches Positive geleistet worden, hat jeder Verwaltungszweig seine Aufgaben in Angriff genommen und trotz der mannigfachen Hemmungen der Kriegszeit auch sichtbare Werke und Werte geschaffen. Wenn in Nachstehendem ein Ueberblick über das Geleistete gegeben wird, so geschieht das nur, um Geschehnisse für spätere Zeiten festzuhalten, nicht um irgendwie ein Verdienst in Anspruch zu nehmen. Jeder hat nur nach besten Kräften seine Pflicht getan in dem stolzen Bewusstsein, mitarbeiten zu dürfen an dem Wiederaufbau eines für die künftige Wirtschafts- und Wehrkraft des Grossdeutschen Reiches überaus wichtigen Gebietes, und mit dazu berufen zu sein, einer durch ein böses politisches Schicksal schwer geprüften Bevölkerung so sicher und schnell wie möglich die volle Teilnahme an dem deutschen Geschehen, an deutscher Kultur und deutscher Arbeit zu ermöglichen. Dabei ist niemals über das Mass der zu leistenden Arbeit, über die Fülle der in Angriff zu nehmenden Aufgaben ein Wort zu verlieren, sondern höchstens darüber zu klagen, dass die vom Kriege bedingten Hemmungen wirtschaftlicher Art, z. T. auch die enge Verflechtung der örtlichen mit den überörtlichen Problemen dem Schaffensdrang und der Inangriffnahme vieler an sich ausführungsfähiger Pläne z. Zt. unüberwindliche Schranken setzen.

Der Aufbau der Verwaltung selbst ist seit etwa Jahresfrist so weit durchgeführt, wie es während der Dauer des Krieges beabsichtigt und tunlich war. Von den rd. 800 Beamten und Angestellten der früheren polnischen Stadtverwaltung konnten ihrer politischen und fachlichen Eignung nach nur 141 Angestellte endgültig in die neue Verwaltung übernommen werden. Das tragende Gerippe für den Wiederaufbau der neuen Verwaltung gaben 178 reichsdeutsche Beamte und Angestellte ab, mit denen die wichtigsten Stellen in den einzelnen Stadtämtern besetzt wurden. 165 davon sind bereits endgültig in den Dienst der Stadt Königshütte übergetreten, die übrigen werden z. Zt. noch als von ihren Heimatbehörden abkommandiert geführt. Dazu

sind etwa 360 männliche und weibliche Volksdeutsche neu eingestellt worden, die, obwohl sie zum Teil ohne fachliche Vorbildung waren, doch verhältnismässig schnell zu brauchbaren Kräften herangebildet werden konnten. Durch Sonderkurse für Sekretäre und Inspektoren ist einer Reihe dieser Volksdeutschen die Möglichkeit gegeben worden, als Beamte des mittleren und gehobenen Bürodienstes angestellt zu werden. Es wurde entscheidender Wert darauf gelegt, möglichst viel geeignete einheimische deutsche Kräfte in die Verwaltung einzubauen, um einerseits ihre Kenntnis der örtlichen Verhältnisse für die Verwaltungsarbeit zu nutzen, anderseits die Verbundenheit zwischen Verwaltung und Bevölkerung so schnell und gründlich wie möglich herzustellen. Die endgültige Besetzung einer grossen Anzahl von Beamtenstellen insbesondere des mittleren und gehobenen Dienstes ist und wird auch weiterhin bis nach Kriegsende aufgeschoben, um auch in unserer Verwaltung die rückkehrenden Frontkämpfer berücksichtigen zu können. An Beigeordnetenstellen sind aus demselben Grunde neben der des allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters nur zwei besetzt worden. Neben dem bereits erwähnten Bürgermeister Dr. Killing sind seit Anfang des Jahres 1940 Stadtbaurat Sinhuber und Stadtrat Dr. Biener, beide von der Stadtverwaltung Rheydt im Rheinland, bei uns tätig. Bei dieser Gelegenheit soll auch des Städtischen Baurats Pfennig aus Ratibor anerkennend gedacht werden, der, bereits im September 1939 zu unserer Verwaltung abkommandiert, als damals einziger höherer Baubeamter das städtische Bauwesen im Zustande völliger Auflösung übernommen, durchorganisiert und gerade in der schwierigsten Anlaufzeit mit bestem Erfolg geleitet hat. Aus Gesundheitsrücksichten musste er im Frühjahr 1940 den doch recht aufreibenden Dienst im Wiederaufbaugbiet aufgeben. Im Frühjahr 1940 wurden der seit dem 1. 1. 1940 in Kraft getretenen Deutschen Gemeindeordnung entsprechend 24 Ratsherren durch den damaligen Hoheitsträger im Sinne der §§ 48 ff der Deutschen Gemeindeordnung, Gauamtsleiter Schramm, in ihr Amt eingeführt und zugleich 4 ehrenamtliche Ratsherren berufen. Die Namen der Ratsherren und ehrenamtlichen Beigeordneten sind auf Seite 256 dieses Buches wiedergegeben. Seit dem 9. 11. 40 ist Kreisleiter Schneider als solcher endgültig bestätigt und damit für unsere Stadtverwaltung Beauftragter der NSDAP. im Sinne des § 33 der Deutschen Gemeindeordnung geworden.

So ist die Verwaltung im grossen ganzen nach den Anforderungen der Deutschen Gemeindeordnung aufgebaut und zur Erfüllung der einer deutschen Gemeinde obliegenden Selbstverwaltungsaufgaben bereit. Und wenn nach dem harten Gesetz des Krieges uns jetzt wieder ein nicht geringer Teil der mühsam herangeholten und ausgebildeten Gefolgschaftsmitglieder verlassen hat bzw. verlassen wird, um dem Vaterlande mit der Waffe in der Hand zu dienen, so wird das vielleicht einige weitere Schwierigkeiten und Sorgen bereiten; die Verwaltung wird aber die ihr in der Kriegszeit obliegenden Aufgaben erfüllen und darüber hinaus ein stets bereit Instrument bleiben, um mit vollem Einsatz an den grossen Auf- und Umbau unseres Gemeinwesens heranzugehen, wenn der Sieg errungen ist und die segensreiche Friedensarbeit beginnen kann.

In den einzelnen Zweigen der städtischen Verwaltung galt es, nach Ueberwindung der ersten Einrichtungen- und Anlaufschwierigkeiten die städtischen Anstalten und gemeindlichen Einrichtungen auf einen ordentlichen, deutschen Begriffen wenigstens einigermassen entsprechenden Stand zu bringen. Auf die nun folgende Darstellung, die notwendigerweise ins einzelne gehen muss, kann nicht verzichtet werden, um wenigstens an einer Anzahl von Beispielen zu zeigen, wie sehr fast auf allen Gebieten ein Neuaufbau vom Grunde aus erfolgen musste.

Die schon im Jahre 1908 in Königshütte begründete Berufsfeuerwehr war bei Beginn des deutsch-polnischen Krieges 26 Mann stark. Nach dem Einrücken der deutschen Truppen fanden sich nur 5 volksdeutsche Mitglieder vor; alle übrigen waren zum polnischen Heeresdienst eingezogen oder geflüchtet. An Fahrzeugen waren bei der Berufsfeuerwehr eine überaltete Kraftfahrtspritze aus dem Jahre 1914 und eine Kraftfahrdrehleiter aus dem Jahre 1925 vorhanden. Die sollmässig 120 Köpfe starke Freiwillige Feuerwehr war ebenfalls durch Flucht und Einberufung zum polnischen Heeresdienst auf weniger als die Hälfte zusammengeschnitten. Sie verfügte über wenige wahrhaft vorsintflutliche Geräte und Fahrzeuge. Unter der Oberleitung des im November 1939 aus Berlin hierher abkommandierten Oberbaurats d. FSchpol. Meusser, später des OberstLt. d. FSchpol. Meier, dem zugleich die Feuerschutzpolizei der Städte Kattowitz und Sosnowitz unterstanden, hat der aus der Nachbarstadt Hindenburg übernommene BezLt. d. FSchpol.

Forster eine neue Truppe von 42 Mann aufgestellt und gründlich durchgebildet. $\frac{1}{3}$ dieser Truppe ist bereits wieder zur Wehrmacht einberufen. Der Wachtm. d. FSchpol. Fernys hat am 9. August 1941 vor Petersburg den Heldenot gefunden. Die Freiwillige Feuerwehr ist im völligen Neuaufbau begriffen, und eine Feuerwehrschar der HJ. ist in Stärke von 24 Köpfen ausgebildet worden. Obwohl der Erneuerung des Geräteparkes wehrwirtschaftliche Notwendigkeiten hinderlich im Wege standen, ist es mit dankenswerter Hilfe des Reichsführers // doch gelungen, eine neue grosse Kraftfahrspitze, eine leichte Kraftfahrdrehleiter, ein leichtes Löschgruppenfahrzeug, einen Lastkraftwagen als Mannschafts-, Hilfsgeräte- und Schläuchewagen und einen Personenwagen zu beschaffen. Der unzureichende Schlauchbestand konnte aus den Beständen des neu gewonnenen Gebietes ergänzt werden, und auch eine neuzeitliche Nachrichtenzentrale mit 4 Schleifen ist im Ausbau begriffen. Der noch aus deutscher Zeit stammende Bau der Hauptfeuerwache, der in der Polenzeit unverständlicherweise durch Einbau von Wohnungen seiner Bestimmung zum grossen Teil entzogen war, ist mit einem Kostenaufwand von rd. 70 000 RM. wieder brauchbar gemacht, mit Warmwasserheizung, Tages- und Schlafräumen und Wasch- und Dusch-einrichtungen ausgestattet. Kurz, wenn auch noch längst ein Idealzustand nicht erreicht ist, ein für normale Fälle ausreichender Feuerschutz ist personell und gerätemässig gesichert. — Das Krankentransportwesen wird auch bei uns wie in vielen deutschen Städten von der Feuerschutz-polizei betreut und verfügt jetzt an Stelle eines vorgefundenen pferdebespannten Wagens über zwei Motorkrankenwagen neuester Bauart.

Zur polnischen Zeit waren der Feuerwehr auch Strassenreinigung, Müll- und Fäkalien-abfuhr zur technischen Durchführung übertragen, während diese Einrichtungen verwaltungsmässig zum Teil im — Schulbüro! betreut wurden. Das musste natürlich geändert werden. Unter dem Leiter des städtischen Tiefbauamtes, Oberbaurat Gerlach aus Kassel, sind diese Einrichtungen zu einer selbständigen Verwaltung „Städtische Reinigungsbetriebe“ zusammengefasst und, soweit es die materiellen Mittel gestatteten, neu organisiert worden.

Der vorgefundene Bestand war bei der Strassenreinigung folgender: 2 Motorsprengwagen (davon einer verschleppt und erst nach Monaten mit vieler Mühe wieder zurückgeholt und instand gesetzt), 4 pferdebespannte Sprengwagen (die Pferde natürlich nicht vorhanden), 2 Wasserräcker, 1 Motorkehrwalze, 1 Handsprenghwagen, 12 Kehrlichthandwagen; alles in reichlich verfallenen Zustand. Hier konnte im wesentlichen nur alles in einigermaßen brauchbaren Zustand versetzt werden. 46 Kehrlichthandwagen sind neu beschafft worden und einige hölzerne Schneepflüge, weil es an Einrichtungen zur Schneeabfuhr völlig fehlte, was in den letzten schneereichen Wintern zu bösen Verlegenheiten führte. Da bei der jetzigen Ausstattung des Strassenreinigungswesens die Sauberkeit der Strassen nur mit einem verhältnismässig starken Menscheneinsatz aufrecht zu erhalten ist und ein solcher starker Menscheneinsatz sich nicht nur jetzt in der Kriegszeit, sondern voraussichtlich auch nach dem Kriege angesichts des zu erwartenden Mangels an menschlichen Arbeitskräften verbietet, ist eine gründliche Mechanisierung des Betriebes in Aussicht genommen, unter Einsatz neuzeitlich erprobter Spezialmaschinen.

Noch schlimmer lagen die Verhältnisse bei der Müllabfuhr. Einerseits wurden bisher nur etwa 50% der städtischen Grundstücke erfasst, bei den übrigen die Beseitigung der Abfallstoffe der privaten Initiative der Bewohner überlassen. Andererseits erfolgte die städtische Müllabfuhr theoretisch nach zwei Systemen: zum Teil in offener Abfuhr mit Kastenwagen, zum Teil nach dem staubfreien deutschen Es-Em-System mit Umleertonnen. Tatsächlich erfolgte aber die gesamte Abfuhr durch offene Wagen, und zwar unter Einsatz von Arbeitslosen, die dabei ihre Unterstützung abarbeiten sollten, da die s. Zt. beschafften Spezialwagen unbrauchbar geworden und nicht einsatzfähig waren. Polnische Wirtschaft! Bei der Uebernahme durch die deutsche Verwaltung kam es daher darauf an, die Müllabfuhr neu zu organisieren, die staubfreie Müllabfuhr wieder zu gewährleisten und sie auf das ganze Stadtgebiet auszudehnen. Wie schon erwähnt, wurde sie aus der bisherigen verwaltungsmässigen und betrieblichen Bindung mit Feuerwehr und Schulverwaltung gelöst und mit Strassenreinigung, Fäkalienbeseitigung und öffentlichen Bedürfnisanstalten in einem selbständigen Amt zusammengefasst. Der Personalbestand wurde auf das zunächst erforderliche Mass ergänzt. Die vorgefundenen 2 motorisierten Müllwagen für das Es-Em-System sind instand gesetzt und 3 pferdebespannte Müllwagen des gleichen

Systems auf Grund schon von den Polen getätigter Vorbestellung beschafft. Dadurch ist zunächst die geschlossene staubfreie Müllabfuhr gesichert. — Um den Forderungen der Rohstoffwirtschaft gerecht zu werden, wurde von Frühjahr 1941 ab eine Abfallgewinnung eingerichtet, die bis zum 31. Dezember 1941 eine Gesamtstoffmenge von 72 Tonnen erbrachte. Das Aufbauprogramm wurde sofort in Angriff genommen. Zwei neuzeitlich motorisierte Faun-Rolltrommel-Müllwagen sind bestellt und sollen im Jahre 1942 zur Ablieferung kommen. Im Endziel ist der Ersatz der noch laufenden pferdebespannten Wagen durch weitere motorisierte Spezialwagen vorgesehen. Geplant ist weiter, Müllabfuhr, Strassenreinigung und städtischen Fuhrpark in einem eigenen Betriebs- und Verwaltungsneubau unterzubringen, für den das Gelände bereits ausgewählt und die ersten Vorentwürfe gefertigt sind. Die bisherigen Uebergangsmassnahmen bei Strassenreinigung und Müllabfuhr haben bereits einen Aufwand von 200 000 RM. erfordert.

Die städtische Markthalle (Errichtungsjahr 1904) hatte infolge mangelnder Unterhaltung in den letzten 20 Jahren schwersten Schaden gelitten. Sie war im Innern verschmutzt und verkommen, der Tonplattenbelag des Fussbodens vielfach zertrümmert, die Eisenkonstruktion des Hallendaches, der Emporen, der Treppen sowie der Fensterumrahmungen infolge unterlassener Pflege vom Rost aufs schwerste bedroht. Eine eingehende Untersuchung ergab drohende Einsturzgefahr. Jetzt sind alle schadhaften Eisenkonstruktionsteile ausgebessert, z. T. ersetzt und mit neuem Schutzanstrich versehen, das Innere der Halle gründlich gesäubert und hell gestrichen, die völlig ausge- tretenen Treppenstufen zu den Emporen mit neuem Holzbelag und Gummikanten versehen, der Fussboden teilweise erneuert, die Marktstände verbessert und neue Fischbehälter aufgestellt. Es sind saubere und luftige Gefolgschaftsräume, Umkleide- und Waschgelegenheiten geschaffen, die Abortanlagen für die Hallenbesucher neu hergerichtet und vor allem eine gründliche Entwässerung des ganzen Gebäudekomplexes durchgeführt, weil infolge Vernachlässigung der Abzugskanäle die gesamten Vorratskeller einem dauernden Rückstau ausgesetzt waren. Mit einem Aufwand von rd. 70 000 RM. ist also vorläufig die Brauchbarkeit auch dieser kommunalen Anlage gesichert. Die dringend notwendige Verbesserung der Hallengaststätte, die Schaffung einer getrennten Fischverkaufsabteilung und vor allem der dringend erforderliche Neubau einer Grossmarkthalle müssen der Zukunft nach Beendigung des Krieges vorbehalten bleiben.

Auch der vor etwa 40 Jahren, also in deutscher Zeit erbaute, von den Polen insbesondere durch Einbau umfangreicher Kühlanlagen erweiterte, aber ebenfalls böse vernachlässigte Schlachthof musste einem gründlichen Grossreinemachen und durchgreifender Instandsetzung unterzogen werden. Auch hier ist mit einem Kostenaufwand von einigen 80 000 RM. ein Zwischenzustand geschaffen, der die Aufrechterhaltung des Betriebes und die notwendigen hygienischen und veterinärpolizeilichen Erfordernisse gewährleistet. Die endgültige Herrichtung des Schlachthofes zu einer modernen, deutschen Ansprüchen genügenden Anlage wird aber noch einen Aufwand von 500 000—600 000 RM. erfordern.

Ganz böse sah es mit den städtischen Krankenanstalten bei Uebernahme in die deutsche Verwaltung aus. Wie schlimm es war, ergibt sich allein aus dem Umstande, dass eine zweimalige Entwesung erforderlich war, um der herrschenden Wanzenplage Herr zu werden. Die Gebäude waren bei an sich nicht schlechtem baulichen Zustand in allen Teilen verwahrlost, das ärztliche Inventar unzureichend und ungepflegt. Die Badeeinrichtungen im Keller des Hauptgebäudes erinnerten an ähnliche Einrichtungen in den jüdischen Ghettos östlicher Städte. Auch hier sind die schlimmsten Misstände, soweit es ohne starke Eingriffe in die bauliche Substanz möglich war, abgestellt. Das ärztliche Instrumentarium ist weitgehend ergänzt, die vorsintfluthlichen Röntgenanlagen durch moderne Röntgen-Diagnostik- und Therapieapparate ersetzt und somit, allerdings mit einem Aufwand, der die 100 000 RM.-Grenze schon übersteigt, die notwendigste Voraussetzung für eine sachgemässe klinische Betreuung der Bevölkerung geschaffen. Die Planung haben wir auf diesem Gebiet mit besonderem Nachdruck betrieben. Die Pläne für den Umbau des vorhandenen Haupthauses in eine moderne medizinische Klinik sind fix und fertig, der Umbau in den einzelnen Teilen begonnen. Die Pläne eines Chirurgischen Neubaus, eines Infektionshauses, eines Kinderkrankenhauses und eines Pathologischen Institutes werden bearbeitet. Die Stadt sieht es als ihre Ehrenpflicht an, für ihre schwerarbeitende Bevölkerung eine muster-gültige Krankenanstalt in möglichst kurzer Frist bereitzustellen. In Dr. med. habil. H a n k e von

der Universitätsklinik Freiburg ist bereits im Frühjahr 1940 der Chefarzt und Chefchirurg für die städtischen Krankenanstalten geworden. Er muss allerdings seine chirurgische Tätigkeit z. Zt. noch in dem charitativen St. Hedwigskrankenhaus ausüben, bis der Neubau des chirurgischen Hauses möglich sein wird. Auch für die medizinische Abteilung ist bereits ein Chefarzt in Professor Dr. Schöne von der Universität in Würzburg gewonnen, der allerdings z. Zt. noch zur Wehrmacht einberufen ist und hier nicht eingesetzt werden konnte. Die innere Abteilung leitet in seiner Vertretung seit Sommer 1941 der Facharzt für innere Medizin Dr. Stephan aus Frankfurt a. M.

Ein gewaltiges Stück sächlicher Aufbauarbeit konnte auf dem Gebiet des Schulwesens geleistet werden, und hier besonders im Volks- und Mittelschulwesen, während der bauliche Zustand und auch der Einrichtungsbestand der beiden höheren Schulen, insbesondere der vom Deutschen Schulverein gebauten und unterhaltenen Eichendorffschule (Deutsche Oberschule für Jungen), die Oberstudiendirektor Max Muschol ein Jahrzehnt bereits durch alle Schwierigkeiten hindurch führte, ein verhältnismässig erfreulicher war. Von 31 Schulzwecken dienenden Gebäuden konnten in den Jahren 1940 und 1941 bereits 20 Gebäude mit einem Kostenaufwand von rd. $\frac{1}{2}$ Million RM. gründlich überholt werden. Im wesentlichen waren es immer die gleichen Arbeiten: nahezu gänzliche Erneuerung der Oefen bzw. Instandsetzung der Zentralheizungen, Ausbesserung und teilweise Neueinbau von Fussböden, Fenstern und Türen, gänzlicher Neuanstrich der Wände, der Decken und des Holzwerkes und vor allem auch Dachreparaturen. In 16 Schulen mussten grundlegende Verbesserungen in den Be- und Entwässerungsanlagen vorgenommen werden. Wasch- und Brauseanlagen wurden eingebaut und die oftmals noch gänzlich unzureichenden, auf den Schulhöfen untergebrachten Abortanlagen in die Schulgebäude verlegt. Die in fast sämtlichen Schulen fehlenden Luftschutzräume sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, betriebsfertig hergerichtet worden, wodurch naturgemäss weitere sehr erhebliche Kosten entstanden. Neben den Volks- und Mittelschulen ist das Gebäude der Frauenberufs- und Haushaltungsschule mit einem Kostenaufwand von vorläufig 60 000 RM. ausgebaut und für die Clara-Schumann-Schule (Mädchenoberschule) und einem Nebengebäude einer hauswirtschaftlichen Abteilung mit einem Aufwand von rd. 20 000 RM. eingerichtet worden. Bei 11 Schulgebäuden steht die gründliche erstmalige Ueberholung noch bevor. Aber auch die Notwendigkeit von Neubauten tritt immer deutlicher hervor. Als Wichtigstes ist der Neubau einer Gewerblichen Berufsschule anzusehen, während die Kaufmännische Berufs- und Handelsschule in einem von den Polen recht aufwändig errichteten Neubau gut untergebracht ist. In grösstem Umfange sind auch Neubauten von Turnhallen erforderlich.

Neben den baulichen Instandsetzungen der Schulgebäude, zu denen wir dankenswerterweise erhebliche ministerielle Beihilfen bekamen, waren wir auch in der Lage, die Ausstattung der Schulen mit Inventar, Lehr- und Lernmitteln in weitestem Umfange zu ergänzen und neu zu beschaffen. Das war selbstverständlich besonders dringend, weil die vorhandenen Lehr- und Lernmittel und Anschauungsbilder und Bücher natürlich polnisch waren, also sofort restlos entfernt werden mussten. Es muss an dieser Stelle dankbar anerkannt werden, dass gerade auf dem Gebiete des Schulwesens die Stadt von Regierung und Ministerium in grosszügiger und völlig unbürokratischer Weise unterstützt und mit denjenigen Mitteln ausgestattet worden ist, die erforderlich waren, um gerade die für die Wiedereindeutschung des Gebietes überaus wichtige Schularbeit in vollem Umfange und wirkungsvoll aufnehmen zu können. Auf die schulische Arbeit als solche komme ich in einem späteren Abschnitt über das Kulturwesen noch zurück.

Es ist selbstverständlich, dass auf dem Gebiete des Hochbaues, der seit November 1940 vom Oberbaurat Howe aus Schneidemühl betreut wird, angesichts der kriegsbedingten Einschränkungen, abgesehen von den z. T. schon erwähnten mehr oder weniger gründlichen Instandsetzungen städtischer Gebäude und Einrichtungen, kaum Neues geschaffen werden konnte. Immerhin ergab sich nach zwei Richtungen die unbedingte Notwendigkeit und auch einige Möglichkeiten einer stärkeren Aktivität; einmal bezüglich der Entschandlung des Stadtbildes, sodann und vordringlichst auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Die Baupolizei und die ihr angegliederte Stadtbauberatungsstelle haben nicht nur in verhältnismässig kurzer Zeit die Beseitigung der polnischen und jüdischen Firmenbezeichnungen, der schlimmsten Auswüchse geschmackloser Reklame

und übler Fassadengestaltung erreicht, sie haben durch Beratung und Auflagen und durch Herabgabe von Darlehen und Beihilfen in vielen 100 Fällen eine deutschen Begriffen entsprechende Neugestaltung von Firmenbezeichnungen, Fassaden- und Schaufensterbeschriftung durchgesetzt. Einige recht ansprechende Entwürfe für eine einheitliche Neugestaltung einiger hervorragender Platzwände und Strassenfronten müssen leider mit ihrer Ausführung auf die Zeit nach Friedensschluss warten.

Wenn in einigen Ausführungen die Probleme des Aufbaues der neuen deutschen Stadtverwaltung wenigstens in groben Zügen aufgedeckt werden, so müsste dem Problem der Wohnungsschaffung der grösste Raum und der bevorzugteste Platz eingeräumt werden. Die Wohnungsverhältnisse in Königshütte sind erschütternd. Die weiter oben geschilderten bergbaulichen Bedingungen haben zwangsläufig zu einer überaus dichten Bebauung des vom Bergbau ungenutzten und sehr knapp für die städtische Bebauung ausgesparten Geländes geführt. Mangelnde Baugesinnung, Unternehmerspekulation auf der einen und primitivste Bedürfnislosigkeit der als Mieter in Frage kommenden Arbeiterbevölkerung auf der anderen Seite haben ein Wohnungselend entstehen lassen, das im Altreich wohl nicht mehr vorzufinden ist. Mit 482 Einwohnern auf den Hektar bebauter Stadtfläche steht Königshütte wohl bei weitem am schlechtesten unter den deutschen Grosstädten da. Die Vergleichszahl für Berlin ist 245, für Duisburg 164, für die als besonders dicht bebaut bekannte Hauptstadt Schlesiens, Breslau, 387. In einzelnen Siedlungsbezirken beträgt die Wohndichte 2600 auf 1 Hektar bebauter Fläche. Dass dabei 70% der Wohnungen noch nicht an die Kanalisation angeschlossen sind, und dass ca. 63% aller Wohnungen 1—2-Raumwohnungen sind, sei nur zur besseren Illustration am Rande erwähnt. Es ist selbstverständlich, dass die neue Verwaltung von vornherein dem Problem der Wohnungsschaffung die grösste Wichtigkeit beimass. Von den aus der Polenzeit vorgefundenen Rohbauten sind 95% beendet und damit etwa 170 Neuwohnungen bezugsfertig hergestellt worden. Wir haben nicht nur für die Instandsetzung von Wohnungen im Bereiche des städtischen Besitzes erhebliche Mittel aufgewendet, sondern mehrere 100 000 RM. an Darlehen und Beihilfen an private Hausbesitzer für die Instandsetzung und Teilung von Wohnungen hingegeben. Es ist die strikte Anordnung ergangen, dass jeder auch noch so dürftige Wohnraum zu erhalten ist, auch wenn dabei verhältnismässig grosse Mittel aufgewendet werden müssen. Schon im Sommer 1940 hatten wir Projekte für 520 Neubauwohnungen fertig zum Baubeginn vorbereitet. Im Sommer v. Js. konnten wir mit dem Bau von 210 Volkswohnungen beginnen, bei denen Gauleiter Bracht den ersten Spatenstich vollzog und mit grösstem Nachdruck die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Schaffung gesunder, guter Wohnungen für den deutschen Werktätigen als eine der vordringlichsten Aufgaben im Aufbau Oberschlesiens herausstellte. Schliesslich konnten auch 26 Beamtenwohnungen im Herbst 1941 im Rohbau begonnen werden.

Selbstverständlich ist, dass das, was auf dem Gebiet des Wohnungswesens an Positivem geschaffen werden konnte, nur gering ist für eine Stadt von 132 000 Einwohnern; ein Tropfen auf den heissen Stein angesichts der schon jetzt herrschenden Wohnungsnot, die vermutlich bei der ungeheuren wirtschaftlichen Aktivität des Gebietes in Zukunft noch viel dringender werden wird. Wir sind uns völlig darüber klar, dass die vorerwähnten Ausführungen des Gauleiters über die Vordringlichkeit der Schaffung von gesundem Wohnraum für die werktätige Bevölkerung gerade für die kommunale Arbeit in Königshütte ganz besonders Geltung haben. Wir werden, sobald es die Kriegsverhältnisse erlauben, an diese Aufgabe mit allen Kräften und in stärkstem Ausmass und Tempo herangehen. Die Vorbereitungen sind in Beachtung der vom Führer selbst herausgegebenen Richtlinien so weit getroffen, dass jede für den Wohnungsbau zur Verfügung stehende Kapazität an Baukräften und Baustoff jederzeit bei fertig ausgearbeiteten Wohnungsvorhaben angesetzt werden kann. Erst wenn wir eine Reihe von Jahren hindurch 1500 bis 2000 Wohnungen jährlich fertigstellen werden, kann mit einer fühlbaren Erleichterung in dieser für das Wohlbefinden, die Arbeitskraft und Gesundheit unserer Bevölkerung so wichtigen Angelegenheit gerechnet werden.

In dem verständlichen Bestreben, den Wiederaufbau und die Neugestaltung unserer Stadt nach Beendigung des Krieges so schnell und so richtig wie möglich in Angriff nehmen zu können, ist auch die Stadtplanung aufgenommen und ein gutes Stück vorwärtsgetrieben worden. Unter

Leitung des aus Trier kommenden Stadtbaumeisters Bucksch wurde ein vorläufiger Wirtschaftsplan fertiggestellt, einige Stadtteile, vor allem das wertvolle Baugelände zwischen dem Redenpark und der Kattowitzer Strasse sind bereits einer Spezialplanung unterzogen worden, notwendige Strassendurchbrüche und Verkehrsentlastungsstrassen sind ermittelt und auch die Schaffung eines unserer Stadt fehlenden Stadtzentrums im Gelände zwischen Hauptbahnhof und Rathaus in Aussicht genommen. Nachdem aber gerade auch unsere technischen Mitarbeiter teilweise bereits zur Wehrmacht einberufen sind, teilweise demnächst einberufen oder zu sonstigen Aufgaben im Osten abgestellt werden, müssen diese Dinge ruhen, bis der siegreiche Friede auch uns die volle Aufnahme unseres in Königshütte zu leistenden Aufbauwerkes gestattet.

Wenn ich weiter oben erwähnt habe, dass Königshütte als Stadtgebilde besonders unschön ist, so wird dieser Eindruck noch dadurch verstärkt, dass es an Grünanlagen in der Stadt sehr mangelt und dass die Natur ausserhalb der Stadt durch die Einwirkung des Bergbaues und der Industrie entstellt und allen natürlichen Schmuckes beraubt ist. Das städtische Gartenamt, zunächst unter Leitung des Gartendirektors Barkenowitz aus Saarbrücken, dann des Gartenbaudirektors Treutner aus Wanne-Eickel hatte daher eine besonders wichtige Aufgabe zu erfüllen. In den vergangenen zwei Jahren sind zunächst die Grünanlagen der Stadt durchgearbeitet und deutschen Begriffen angepasst worden. Die hervorragendsten von ihnen, der mitten in der Stadt gelegene Hüttenpark und der im Südosten zum Sportstadion sich erstreckende Redenpark werden schon in diesem Sommer einen gepflegten und auch für deutsche Ansprüche erfreulichen Eindruck machen. Wohl $\frac{1}{2}$ Dutzend Kinderspielplätze sind in den verschiedensten Teilen der Stadt neu angelegt und durch Grünpflanzungen gegen Staub und Lärm der Strasse abgedeckt worden. Die Planung greift aber auch hier schon weiter. Die Verbindung der in der Stadt befindlichen Grünanlagen durch Grünwege und mindestens Baumpflanzungen in den verbindenden Strassen ist vorgesehen. Im Süden der Stadt wird sich eine grosse Grünanlage unter Ausnutzung natürlicher Teichbildungen von dem jetzigen Rosengarten nach Südosten zum Redenpark hinüberziehen, und vom Redenpark selbst wird durch gepflegte Spazierwege über Bauernfelder hinweg die Verbindung nach dem Schweizer Grund und der dahinter liegenden Anhöhe geschaffen werden, wo ein Gelände von 90 Hektar im Pachtwege erworben ist, das zu einem Stadtwald aufgeforstet und durchgestaltet werden soll. Wir fühlen die Verpflichtung in uns, gerade in unserer Stadt der Schwerindustrie, die immer unter dem Russ und den Abdämpfen der Fabriken zu leiden haben wird, alles zu tun, um der Bevölkerung nahe erreichbare Grünflächen und schattige Spaziergänge bereitzustellen. Wenn auch später die Verkehrsmittel nach den Beskiden und dem Altavatergebirge wesentlich besser ausgebaut und verbilligt sein werden, so wird es dem berufstätigen Menschen doch nur ab und an möglich sein, diese 100 km und mehr entfernten Gebirgsgegenden aufzusuchen. So ist es notwendig, in der nächsten Umgebung der Stadt für Erholungsflächen zu sorgen und insbesondere die im Südwesten der Stadt gelegenen Waldungen durch gute, schattige Spazierwege für die Bevölkerung im Fussmarsch erreichbar zu machen.

Wenn unsere Aufbauarbeit in den letzten 2 Jahren notwendigerweise gehemmt war durch den Mangel an materiellen Einsatzmitteln und an Arbeitskräften, wenn wir daher unsere kommunalen Einrichtungen nur einigermassen instandsetzen und die grössten äusseren Unschönheiten beseitigen konnten, und wenn wir auf wirkliches Neuschaffen materieller Art in weitestem Umfange verzichten mussten, so hielten wir uns für verpflichtet, auf dem Gebiete der Kultur unsere ganze Kraft und auch grosse geldliche Mittel einzusetzen, um den durch zwei Jahrzehnte von dem deutschen Gemeinschaftsleben abgetrennten, dem Hass, der Verfolgung und der Verführung fremden Volkstums ausgesetzten deutschen Volksgenossen die Werte deutscher Kultur möglichst schnell und in möglichst eindringlicher und hochstehender Form nahezubringen. Ich habe weiter oben schon erwähnt, dass wir mit der Nachbarstadt Kattowitz gemeinsame städtische Bühnen aufgezogen haben. Nachdem wir bereits im Winter 1939/40 und auch im Winter 1940/41 ausgezeichnete und von der Bevölkerung dankbar empfundene Vorstellungen des Beuthener Landestheaters unter Intendant Huber und Musikdarbietungen des Landesorchesters unter seinem Dirigenten Peter erleben durften, ist unter Leitung des Generalmusikdirektors Pg. Dr. Wartisch im Jahre 1941 ein Symphonie-Orchester ins Leben gerufen, das bereits im Winter 1940/41 in beiden Städten eine Reihe gediegender Symphoniekonzerte zur Durchführung brachte. Seit dem

Herbst 1941 werden beide Städte durch Oper, Operette und Schauspiel wöchentlich sechsmal bespielt, und der die Erwartungen weit übertreffende und sich immer noch steigende Besuch dieser Kulturdarbietungen, insbesondere die dauernd sich steigende Beanspruchung durch Betriebsringe der vielen grossen Industriebetriebe unserer Städte beweisen, dass wir mit dieser Kulturart den Weg zum Herzen der Bevölkerung gefunden haben.

Die Bespielung des Königshütter Stadttheaters war für die Intendanz des Oberschlesischen Landestheaters keine leichte Aufgabe, denn das Haus, in dem sich das Stadttheater befindet, ist kurz vor Beginn des Krieges fertiggestellt worden. So ging das Grundstück mit allen Mängeln in die deutsche Verwaltung über und diese Mängel zeigten sich in Fülle, als die erste Spielzeit im Herbst 1939 begann. Die Dächer waren schlecht gedeckt und undicht, dass bedeutende Schäden entstanden; die Heizungsanlage zeigte technische Fehler, die sich erheblich störend bemerkbar machten; die Bühnenanlage erwies sich als unzweckmässig und unzulänglich; auch die Beleuchtungsanlage war unzulänglich und entsprach weder bühnentechnischen noch baupolizeilichen Vorschriften; die akustischen Verhältnisse und die Klimaanlage bedurften einer gründlichen Verbesserung. Ueberdies zeigte es sich, dass die zum Bau verwendeten Stoffe ebenso wie die Einrichtung minderwertig und recht nachlässig verarbeitet waren. So fielen Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten an, die trotz der zeitbedingten Schwierigkeiten weitestgehend durchgeführt werden konnten. Von einem einwandfreien spielfertigen Hause kann allerdings auch heute noch nicht die Rede sein, so dass Intendant Dr. Wartisch dem Bühnenpersonal und den Künstlern mancherlei bühnentechnische, bühnenbildnerische und regiemässige Einschränkungen aufgeben muss. Wenn es trotzdem gelang, durchaus der Kritik standhaltende Aufführungen von Oper, Operette, Ballet und Schauspiel herauszubringen, so ist dies eine anerkennenswerte Leistung.

Die Stadt besitzt im Saale des Hotels „Graf Reden“ einen weit und breit einzigartig dastehenden Fest- und Konzertsaal. Es gelang, diesen Saal mit Reichsmitteln neu herzurichten und zu einer repräsentativen Festtagsstätte umzubauen. Mit seiner Wiedereröffnung wird im Sommer 1942 gerechnet.

Bei der seit jeher bekannten grossen Liebe des Oberschlesiers zur Musik galt es auch, die Pflege des deutschen Liedes, des volkstümlichen und des klassischen Chorgesanges zu fördern und in den Vordergrund zu stellen. Die Königshütter Chorvereinigung, die sich gerade in der Polenzeit als starker Hort bewussten Deutschtums bewährt hatte, ist zu einem städtischen Chor umgewandelt worden, der unter der Führung des Leiters unseres Arbeitsamtes, Regierungsrat M i e s s n e r, und der Stabführung des volksdeutschen Chordirigenten, Studienrat R o d e w a l d, eine erfreuliche Entwicklung genommen hat und bereits in diesem Winter mit Werken deutscher Klassiker an die Oeffentlichkeit treten konnte. Um die Musikliebe und Musikfreude in breiteste Schichten des Volkes zu tragen, ist eine Jugendmusikschule gegründet worden, an der unter Leitung des Studienrats Rodewald Musikerzieher nach neuzeitlichen Grundsätzen Musikunterricht und Gemeinschaftssingen und Gemeinschaftsmusik durchzuführen. Die stattliche Besucherzahl von 350 Schülern beweist, dass diese Einrichtung einem inneren Bedürfnis der Bevölkerung entsprochen hat.

In Erkenntnis der hohen kulturellen Bedeutung des deutschen Buches haben wir ab 1. Januar 1940 die bisher vom Verband Deutscher Büchereien in Polen geführte Volksbücherei, die schon damals von der Bibliothekarin Fräulein Fels geleitet wurde, übernommen und zu einer schon jetzt recht ansehnlichen Stadtbücherei ausgebaut. Neben der Hauptstelle am Adolf-Hitler-Platz sind Nebenstellen in drei Stadtteilen eingerichtet bzw. in der Einrichtung begriffen. Durch grosszügige Beihilfen der Regierung sind wir in die Lage versetzt worden, sehr erhebliche Neuanschaffungen durchzuführen, um dem in erstaunlichem Umfange vorhandenen Lesebedürfnis aller Bevölkerungsschichten zu entsprechen. Dem Leiter unserer Stadtbücherei, Direktor Schmidt aus Siegburg, zugleich Sachbearbeiter für alle Kulturangelegenheiten ausserhalb des Schulwesens, habe ich schon im Jahre 1940 anlässlich der Woche des Deutschen Buches den Auftrag gegeben, in unserer Stadt ein vorbildliches Büchereiwesen aufzuziehen, eine Anzahl Zweigstellen der Bücherei einzurichten und nach Möglichkeit geräumige und behagliche Lesesäle mit diesen Zweigstellen zu verbinden, um den leider sehr zahlreichen Volksgenossen, die in kümmerlichen Wohnungsverhältnissen kaum eine eigene Schlafstatt, geschweige denn ein einigermaßen ungestörtes Plätzchen zum Lesen und Studieren haben, diese Möglichkeit in allen Stadtteilen bequem erreichbar

bar zu verschaffen. Ein gewisser Anfang ist mit der Einrichtung von drei Zweigstellen gemacht worden.

Wie alle Kulturarbeit in unserer von der verhassten Polenherrschaft befreiten Stadt, galt die Arbeit der Schulen vor allem und in erster Linie der schnellen und gründlichen Wiedereindeutschung der Bevölkerung, insbesondere derjenigen jungen Volksgenossen, die trotz einwandfrei deutscher Abstammung durch polnische Zwangsmassnahmen oder auch Lockungen irgendwelcher Art der deutschen Sprache entfremdet waren. Hier hatte der zur Betreuung unserer Volks- und Mittelschulen zunächst kommissarisch, dann als Kreisschulrat eingesetzte volksdeutsche Lehrer Wallek, dem in polnischer Zeit die Leitung der deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien anvertraut war, eine besonders wichtige und schwierige Aufgabe zu erfüllen, die dadurch noch erschwert wurde, dass für diese Aufgabe kaum $\frac{1}{3}$ der der Schüler- bzw. Klassenzahl entsprechenden Lehrerstellen mit Fachkräften besetzt werden konnten. Zunächst konnte nur ein Teil der Volksschulen mit vollem deutschen Lehrplan nach Altreichsmuster eröffnet werden. Im übrigen wurden Uebergangsschulen eingerichtet, in denen nach besonderen Methoden in allererster Linie der Gebrauch der deutschen Sprache gelehrt wurde. Der übrige Unterrichtsstoff musste dementsprechend stark eingeschränkt werden. Die bis heute schon erzielten Erfolge sind, zumal die Eltern die Arbeit der Schule im allgemeinen sehr verständnisvoll unterstützen und nur in seltenen Fällen versteckten Widerstand leisten, hochehrföulich. Es konnten fortgesetzt und in immer steigendem Umfange Kinder dem vollen deutschen Unterricht zugeführt werden, sodass die sogenannten „Uebergangsschulen“ bald der Vergangenheit angehören werden.

Diese schulische Arbeit wurde durch entsprechende Beeinflussung der noch nicht oder nicht mehr Schulpflichtigen unterstützt und ergänzt. In Verbindung mit der NSV. sind nunmehr an die 40 Kindergärten — wir hoffen auf 60 zu kommen — eingerichtet, in denen die noch nicht schulpflichtigen Kinder mit ihrem kindlichen Alter entsprechenden Methoden zum deutschen Sprechen und Singen angehalten werden. Dass sie dabei zugleich an deutsche Ordnung und Sauberkeit gewöhnt werden, ist selbstverständlich. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit, dass die Zusammenarbeit zwischen NSV. und Stadtverwaltung, insbesondere mit dem Stadtwohlfahrtsamt bei uns besonders eng und wirksam dadurch gestaltet ist, dass der Kreisamtsleiter Wauro zum Stadtverwaltungsrat ernannt und zum hauptamtlichen Leiter des städtischen Wohlfahrtsamtes bestellt ist. Diese Personalunion hat bereits auf den verschiedensten Gebieten der Volkswohlfahrtspflege durchaus günstige Auswirkungen gezeitigt.

Auch über das Volks- und Mittelschulwesen hinaus ist auf dem Gebiet der Schule hocherfreuliche Aufbauarbeit geleistet worden. In der Eichendorffschule und der Clara-Schumann-Schule stehen zwei deutsche Oberschulen für Knaben und Mädchen zur Verfügung, während ein humanistisches Gymnasium fehlt, aber in dem nur 6 km entfernten Kattowitz mit der Elektrischen Bahn in erträglicher Wegzeit zu erreichen ist. Eine kaufmännische Berufsschule in Verbindung mit einer Handelsschule und Höheren Handelsschule ist räumlich besonders günstig untergebracht, die gewerbliche Berufsschule in einer grossen Volksschule in einem Provisorium, das baldmöglichst durch einen neuzeitlichen deutschen Begriffen entsprechenden Neubau beendet werden muss. Auch eine Haushaltungs- und Frauenberufsschule stehen schon jetzt, wenn auch provisorisch eingerichtet, so doch voll arbeitsfähig zur Verfügung.

Wenn auf das gerade für unsere zurückgewonnenen oberschlesischen Gebiete so überaus wichtige Schulwesen nur verhältnismässig kurz eingegangen wird, so deshalb, weil die eigentliche schulische Arbeit und der gesamte Neuaufbau bei allen Schulgattungen ausschliesslich von der Schulabteilung der Regierung nicht nur gelenkt, sondern ohne Mitwirkung der Gemeinden durchgeführt wird. Daran soll nicht etwa Kritik geübt werden, zumal diese grossartige zentrale Aufgabe in den Händen des als Deutschumskämpfer weit über Oberschlesien und den deutschen Osten hinaus bekannten und geachteten Ministerialrat Dr. h. c. Ulitz bestens aufgehoben ist. Für die Zukunft sei aber dem Kommunalmann der Wunsch gestattet, dass den Gemeinden, insbesondere den grösseren Städten, die den berechtigten Ehrgeiz haben, Träger einer geschlossenen, umfassenden Kulturarbeit in ihrem Hoheitsbezirk zu sein, wieder ein wirklicher Einfluss auf die schulische Aufgabe als solche eingeräumt wird und dass sie nicht darauf beschränkt bleiben, die Schul-

gebäude und Einrichtungen bereit zu stellen und einen mehr oder weniger hohen Beitrag zu den Kosten der Lehrerbesoldung zu leisten.

Wenn man von dem beginnenden Aufbau einer grossen Stadtgemeinde spricht, müsste es als Unterlassung erscheinen, wenn man dabei die finanziellen Möglichkeiten, die eigene Wirtschaftskraft und die etwa notwendige Hilfe von aussen nicht erwähnen würde. Dies könnte doppelt befremdlich erscheinen, wenn ich eine solche Unterlassung begehen würde, der ich 7 Jahre lang Stadtkämmerer einer deutschen Grosstadt gewesen bin. Und doch ist es nicht ganz unbedenklich, auf diese Frage heute schon einzugehen, denn der Wahrheit entsprechend muss festgestellt werden, dass die Schuldenlast unserer Stadt sehr gering ist, nicht, weil die Polen so gut gewirtschaftet hatten, sondern weil sie alles unterlassen haben, was an Einrichtungen und Vorhaltungen nach deutschen Begriffen in einer Grosstadt hätte geschaffen werden müssen. Auch bei Betrachtung der Entwicklung der Einnahmen der Stadt, schon in den ersten 2½ Jahren, könnte zu einer zu günstigen Beurteilung führen, denn die steuerlichen Einnahmen haben sich tatsächlich so gestaltet, dass der Zeitpunkt ihrer Angleichung an die Einnahmen der gleichgelagerten westoberschlesischen Städte nicht mehr in allzu grosser Ferne liegt. Leider würde es ein Trugschluss sein, daraus die Folgerung zu ziehen, dass unsere Stadt Königshütte aus eigener Kraft diejenigen Einrichtungen, Bauwerke und Vorhaltungen schaffen könnte, die ihren kulturellen und sozialen Status auch nur einigermaßen gleichgrossen reichsdeutschen Städten anpassen könnten. Es ist ja auch aus den vorstehenden Ausführungen deutlich zu ersehen, dass wir auf allen Gebieten nur gerade die grössten Mängel und Unzulänglichkeiten unseres Gemeindegewesens haben beseitigen und ausräumen können, dass wir auf allen Gebieten von Grund aus mit dem primitivsten Aufbau anfangen müssen und eigentlich nur auf kulturellem Gebiete schon einem Zustand nahegekommen sind, der einen einigermaßen befriedigenden Erfolg auf längere Sicht gewährleisten könnte. Wir haben nicht die Absicht und auch gar nicht die Möglichkeiten, unsere Stadt im wesentlichen abzureissen und in grossartiger Weise neu aufzubauen, ja, wir werden es uns mit Rücksicht auf die weiter oben geschilderten, vom Bergbau beherrschten wirtschaftlichen Verhältnisse sogar versagen müssen, mit wirklich befreienden Durchbrüchen und Neuschaffung von Strassenzügen zu arbeiten. Aber welche Fülle der Aufgaben ist schon heute als unbedingt notwendig erkennbar! Um mit dem Primitivsten anzufangen: die Stadtentwässerung bedarf eigentlich einer völligen Neuschaffung. Kaum 25% der Wohnungen sind an eine Halbkanalisation angeschlossen, insofern für jedes Haus noch Klärgruben dem öffentlichen Kanal vorgeschaltet sind. Ganze Stadtteile entbehren auch dieser Teilentwässerung völlig. Der Aufwand für diese soziale Einrichtung wird sich auf 3—4 Millionen RM belaufen. Dass Schlachthof und Markthalle einer gründlichen Erneuerung bedürfen, ist schon erwähnt. Der Neubau der Gewerblichen Berufsschule ist eine Notwendigkeit, die angesichts der Wirtschaftsstruktur unserer Stadt keinen Aufschub verträgt. Hierfür und für den Um- und Neubau der städtischen Krankenanstalten werden 4—5 Millionen RM bestimmt aufgewandt werden müssen. Das Strassennetz bedarf einer grundsätzlichen Erneuerung, um den modernen Verkehr auch nur einigermaßen reibungslos sich abwickeln zu lassen. Sozialhygienische Einrichtungen fehlen völlig. Mindestens zwei Freischwimmbäder und ein grosses Hallenschwimmbad müssen geschaffen werden. Volksschulneubauten werden ebenfalls nicht entbehrt werden können; mindestens ein Dutzend Turnhallen sind zu schaffen, wenn nur ein geregelter Turnbetrieb der Schulen durchgeführt werden soll. HJ.-Heime fehlen naturgemäss ganz; ihre baldige Erstellung ist politisch vordringliche Aufgabe der Stadtgemeinde. Unsere beiden Grosssportanlagen am Redenberg und in Bismarckhütte sind zwar von den Polen verhältnismässig grosszügig, fast könnte man sagen, grossartig geplant, lassen aber bezüglich ihrer Ausrüstung, Gliederung und Ausstattung nicht mehr als alles zu wünschen übrig. Dazu müssen dezentralisierte kleinere Übungsportplätze notwendigerweise geschaffen werden, und wenn man alle übrigen dringenden Bedürfnisse einer lebensnahen nationalsozialistischen Stadtverwaltung nicht mehr einzeln aufführen will, so kann man die eine riesige Aufgabe des sozialen Wohnungsbaues nicht genug betonen. Schon der jetzt erkennbare Fehlbedarf von 12—15 000 Wohnungen für den berufstätigen Menschen werden eine in viele Millionen gehende Kapitalinvestition von seiten der Stadt bzw. einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft notwendig machen.

Wir haben ein unbegrenztes Vertrauen zu der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unseres Gemeindegewesens. Es wäre aber leichtfertig, wollte man aber auch nur einen Augenblick

sich der Hoffnung hingeben, dass die gewaltige Aufgabe, die in wenigen Jahren hier gelöst und erfüllt werden muss, um der schwer und fleissig arbeitenden Königshütter Bevölkerung diejenigen wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen zu schaffen, auf die sie als Glied der grossdeutschen Volksgemeinschaft Anspruch hat, aus eigener Finanzkraft der Gemeinde geleistet werden könnte. Es wird notwendig sein, noch auf eine Reihe von Jahren den grösseren Teil der Ausgaben, die gemeinhin über den ausserordentlichen Haushalt aus Rücklagen und Anleihen finanziert zu werden pflegen, unserem Gemeinwesen aus Reichsmitteln zur Verfügung zu stellen. Erst wenn wenigstens bei den notwendigsten kommunalen Anstalten und Einrichtungen der allergrösste Rückstand gegenüber den Städten des Altreichs aufgeholt sein wird, mag man auch unsere Stadt sich selbst überlassen. Es wird dann der Stolz unserer Stadt Königshütte sein, nach alter Tradition einer gesunden Selbstverwaltung ihren sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben aus eigener Kraft gerecht zu werden und in keiner Beziehung hinter den anderen Städten Deutschlands zurückzubleiben, die schon lange Jahrzehnte oder meist Jahrhunderte das Glück haben, unangefochten dem Verbands der deutschen Gemeinschaft anzugehören.

Schlußwort.

Wenn auch die Stadt Königshütte der Einwohnerzahl nach die grösste Stadt des neuen Gaues Oberschlesien ist, so ist sie doch weit weniger bekannt, als einige der Nachbarstädte. Das hat seine Gründe. Die liegen u. a. in der unruhigen Entwicklung der letzten Jahrzehnte; sie liegen auch darin, dass Königshütte eine reine Industriestadt ist; sie liegen nicht minder in der weitverbreiteten Unwissenheit über das oberschlesische Land überhaupt. Vom Reisebericht des in diplomatischen Geschäften von Rom nach Warschau reisenden apostolischen Protonotars Lukas Holstenius im Jahre 1630, der sich in Oberschlesien „ausserhalb aller menschlichen Kultur zu befinden“ glaubte, über Goethes (Tarnowitzer) Epigramm „Fern von gebildeten Menschen, am Ende des Reiches...“ bis zur Koloniallandauffassung der jüngsten Gegenwart zieht sich durch die Jahrhunderte eine falsche Meinung über unsere wiedergewonnene Heimat, deren Schicksal, verkanntes Land zu sein, nun unter nationalsozialistischer Führung endgültig vorbei ist.

Besonders im Westen des Reiches, wo man eines älteren und, wie man vielfach glaubt, auch höheren und vornehmeren Kulturzustandes sich zu rühmen pflegt, ist die Kenntnis von der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leistung Oberschlesiens himmelschreiend schlecht. Das ist bequem, dumm und gewissenlos! „O/S. ist kein Sibirien“, schrieb kürzlich Arnold Ulitz im „Reich“ und widmete „einige ungeschminkte Worte“ denen, die die Ostlandaufgabe immer noch nicht begriffen haben. Wer zum Osten kommt, darf nicht für eine kurze Amtswaltung kommen; er darf den Osten nicht als Sprungbrett benutzen oder gar als „Goldgräber“ ausnutzen. Für solche Leute ist unser Land zu schade, für sie ist, nach den Worten des stellvertretenden Gauleiters Albert Hoffmann, kein Platz. Die Arbeit in Oberschlesien will als Lebensaufgabe angesehen werden. Mit heissem, bereitem Herzen gilt es, von Generation zu Generation stärker mitzuarbeiten an der geschichtlichen grossen Aufgabe, Oberschlesien endgültig einzudeutschen und Lebensstandard und Leistungshöhe den allgemein deutschen Ansprüchen anzugleichen.

Königshütte vor allem hat wie keine andere Stadt des oberschlesischen Industriebezirkes das Schicksal, dass über seine Vergangenheit und Gegenwart, über die Grundzüge seines Lebens und Wirkens wenig Zutreffendes bei den Fernerstehenden, aber auch bei den Einheimischen verbreitet ist.

Wie oft erreichen uns heute noch Postsendungen, die in ihrer Anschrift erkennen lassen, dass der Absender keine blasse Ahnung von den Grenzen des Reiches hat, dass die Ereignisse der jüngsten Zeit spurlos an ihm vorübergingen. Königshütte ist schon seit 1869 kein Dorf mehr bei Kattowitz. Das Ortsbuch für das Deutsche Reich zählt freilich eine Reihe Orte mit dem Namen „Königshütte“ auf; so: Königshütte (Baden), Königshütte (Oberpf.), Königshütte (Brandenburg), Königshütte (Hannover), Königshütte (Harz) und unser Königshütte Oberschlesien.

Oft wurden mir Briefumschläge vorgelegt mit Anschriften an die Bürgermeister von Gemeinden, die bereits seit 1869 in der Stadt Königshütte aufgegangen sind. Dass „Bismarckhütte“ und „Chorzow“ heut Stadtteile von Königshütte sind, kann freilich im Reich nicht jeder wissen, da diese Eingemeindungen kurz vor dem Kriege erfolgten. Aber die Königshütter selber müssten das schon längst gemerkt haben.

Ein Grund der Unkenntnis über Königshütte liegt aber auch darin, dass bis heute eine zweckmässige Aufklärung und moderne Stadtwerbung unterlassen wurden. Der Oberbürgermeister dieser Stadt hat mit dem Beginn der allgemeinen Aufbauarbeit auch die Notwendigkeit einer planvollen Stadtwerbung bejaht. Dieser werbenden Aufklärung stehen mancherlei Mittel und Wege zu Gebote, die alle zu gegebener Zeit angewandt und gegangen werden sollen. Im Augenblick schien es zweckmässig, vom Werden und Wirken der Stadt der Arbeit in Gruben und Hütten einmal einen Ueberblick zu geben, weil dieses Jahr für die Stadt eine besondere Bedeutung hat. Denn am 7. Mai 1941 sind es 150 Jahre her, seitdem hier der Staatsbergbau begann, der das Schicksal der Stadt Königshütte geworden ist. Alle die alten und neuen Bürger dieser Stadt und viele Volksgenossen von nah und fern werden eine kurze Stadtgeschichte gewiss begrüßen. Darüber hinaus bedeutet die Heimkehr ins Reich einen so bemerkenswerten Einschnitt in der Entwicklung der Stadt, dass die Herausgabe einer Schrift, die den gegenwärtigen Stand, die augenblickliche Lage festhält, als erwünscht erscheint. Denn die nächsten Jahre werden das Gesicht der Stadt, ihr wirtschaftliches, soziales, kulturelles Leben so grundlegend ändern und neu gestalten, dass vom „alten“ Königshütte nur schwer noch etwas zu erkennen sein wird.

Das „Kleine Stadtbuch“ strebt nicht Vollständigkeit an. Es ist auch nicht darauf angelegt, Königshütte nur zu loben, und erst recht will es keinen Nachbarn in den Hintergrund treten lassen. Es will nur eins: es will unser so oft verkanntes und darum so oft missverstandenes und verlästertes Königshütte in seinen Grundzügen zeigen. Gleichzeitig wird dabei das Werden und Werken einer oberschlesischen Industrie-Grosstadt festgehalten.

Der Zweckbestimmung dieses „Kleinen Stadtbuches“ entspricht es, wenn jedweder Aufsatz nur einen „Auszug“, einen „Ueberblick“ über das angeschnittene Sachgebiet bringt. Notwendigerweise wird dies und jenes zu kurz kommen, einiges wird sogar fehlen, anderes wird gewiss ergänzt oder verbessert werden müssen. Es säume darum niemand, den Herausgeber auf Fehlendes, auf Ergänzungs- oder Verbesserungsbedürftiges aufmerksam zu machen. Ein jeder suche und sammle, was immer an heimatkundlichem Material vorhanden ist und stelle es dem Stadtarchiv zur Verfügung. Wir brauchen zu einer künftigen umfassenden Stadtgeschichte: Münzen, Briefe, Familienurkunden, Katasterblätter, Verkaufs- und Erwerbssurkunden von Grundstücken, Innungsbücher, Vereinsgeschichten, Geschäftsberichte, Verwaltungsberichte, Erlebnisberichte, Protokolle, Postkarten, Photographien, Zeichnungen, Jahrgänge und Einzelnummern der in Königshütte erschienenen Zeitungen, Zeitschriften, Bücher; auch Zeitungsausschnitte über Königshütter Ereignisse sind erwünscht, Plakate, Flugzettel und was da noch alles genannt werden könnte. Was aus irgendeinem Grunde nicht abgegeben werden kann, gebe man zur Einsichtnahme oder zur Abschrift. In der „**Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft**“ wollen wir alle zusammenführen, die an der Sammlung, Erforschung und Darstellung des stadtgeschichtlichen Materials mitarbeiten. Wenn alle mittun, werden wir nicht nur das „Kleine Stadtbuch“ bei neuen Auflagen immer besser machen, sondern auch den Plan der Herausgabe eines „**Heimatbuches der Stadt Königshütte**“ auf umfassender Quellensammlung alsbald durchführen können.

Als ich an die Bearbeitung des „Kleinen Stadtbuches“ Mitte Januar 1941 heranging und den immer konkreter werdenden Plan den interessierten Stellen vortrug, fand ich überall nicht nur Zustimmung, sondern auch bereitwilligste Unterstützung bei der Sammlung des erforderlichen Materials. Den Behördenleitern bin ich zu Dank verpflichtet, nicht minder den Industrieführern, vor allem bei der „Hermann-Göring-Kohle“. Besonderer Dank gilt den Autoren der verschiedenen Aufsätze, die sich gerne in den Dienst der Stadtwerbung stellten. Auch den Dienstleitern des Stadtvermessungs- und Stadtplanungsamtes gebührt der Dank für die Anfertigung der Pläne und statistischen Schaubilder. Ich möchte nicht vergessen, auch den engsten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der mir anvertrauten Stadtämter Dank zu sagen für manche ausserdienstliche Arbeitsleistung, ohne die

das Manuskript so schnell nicht fertig geworden wäre. Der Leiter des Verlages, Herr P. Schmidt, der das „Kleine Stadtbuch“ in seine Obhut nahm, hat die grosszügige Ausstattung des Buches mit Bildern, Karten, Plänen gerne ermöglicht; ihm dafür zu danken, ist mir Bedürfnis. Denn die Ergänzung und Belegung der Texte durch eine grosse Zahl von Bildern ist immer ein Vorzug von Schriften dieser Art und Bestimmung. Der Leser wird in diesem Buche viele historische Bilder finden; er findet auch viele Bilder aus der Gründungszeit der Stadt und der Zeit vor dem Weltkriege, die deutlich erkennen lassen, dass die heutigen Züge im Antlitz der Stadt schon lange Jahrzehnte unverändert geblieben sind. Die Auswahl der Bilder möge allen Amateurfotografen Hinweis und Anregung sein, was alles in der Stadt zu „knipsen“ ist. Jeder, der einen Fotoapparat besitzt, ist aufgerufen zur Mitarbeit im „Reichsbund Deutscher Amateurfotografen“, der sich gerade auch die planvolle Schaffung heimatlicher Lichtbildreihen zum Ziele setzt.

Noch einen Dank habe ich zu sagen: dem Kreisleiter und dem Oberbürgermeister. Beide haben das Zustandekommen des „Kleinen Stadtbuches“ gutgeheissen und gefördert. Dank ihrer Initiative gelang es, innerhalb eines kurzen Zeitraumes ein Büchlein entstehen zu lassen, das für die Stadt Königshütte längst fällig geworden ist.

Wenn die Fertigstellung aber erst fast ein Jahr nach dem ursprünglichen Erscheinungstermin gelang, so weiss heute jeder, dass die kriegsbedingten Personal- und Material-Schwierigkeiten die Herausgabe einer solchen Schrift erheblich behindern.

Nun geht das „Kleine Stadtbuch“ hinaus. Möge es innerhalb der Stadt, aber auch ausserhalb offene und vielleicht manchmal staunende Augen finden und gleichzeitig für künftige Geschlechter ein Stück Gegenwart festhalten. Drinnen im Reich werden viele durch das „Stadtbuch“ Königshütte kennen lernen und dann hoffentlich gern und willig zu uns nach Oberschlesien kommen. An uns allen aber liegt es jetzt, dass jeder, der zu uns kommt, auch eine freundliche, gepflegte und gastliche Stadt vorfindet. Damit dies planvoll, schnell und umfassend geschieht, schaffen wir einen **Verkehrsverein**. Seine Aufgaben sind im „Wegweiser durch die Stadtverwaltung“ beim „Verkehrs- und Werbeeamt“ kurz dargestellt. Wer wollte da nicht mitun, wenn es gilt, aus Königshütte eine leistungsfähige, wohnliche, schöne, lebensfrohe Industriestadt zu machen! Wir dienen damit nicht nur den Fremden, wir dienen damit ja auch uns selber und unserer Jugend. Darum tretet dem Verkehrsverein bei. Er dient der Heimatstadt.

Wer später einmal nach Königshütte kommt, soll von ihr den Eindruck haben, dass sie eine grosse oberschlesische Industriestadt ist, deren Arbeitstempo jeden Besucher ebenso stark beeindruckt, wie der überraschende Reiz ihrer Wohnviertel und Erholungsbezirke. Wir Gegenwärtigen aber haben die Aufgabe, in dieser Stadt eine Industrieheimat für deutsche Menschen zu schaffen.

R. Schmidt.

Verzeichnis der Bilder, Pläne und Skizzen.

	Seite		Seite
Rathaus am Adolf-Hitler-Platz (Postkarte Boronowski)	5	Bahnschacht (Gaertner)	30
Oberbürgermeister Ernst Schroeder (privat)	6	Eintragung des Grafen Reden in das Fahrbuch der Königshütte (Archiv)	32
Kreisleiter Wilhelm Schneider (privat)	7	Wilhelm Knippel: „Die Kokerei der Königshütte“. Lithographie um 1860 (Archiv)	34
Gesamtansicht von Königshütte (Schlensog)	9	Friedrich Anton Frhr. von Heinitz (Plakette) (Archiv)	35
Vor Ort in einer oberschlesischen Steinkohlengrube. Aus: Friedrich Heiss „Das Schlesienbuch“	12	Wilhelm Knippel: „Gesamtansicht der Königshütte“ (Lithographie um 1860) (Archiv)	36
In einer oberschlesischen Steinkohlengrube (Archiv)	14	Plan der „Kolonie Königshütte“	38
Graf-Reden-Plakette (Archiv)	18	Die Königshütte um 1820. Lithographie von Mondro (Archiv)	39
Oberberghauptmann-Gerhard-Plakette (Archiv)	18	Entwurf der Hochofenanlage der Königshütte 1798. Ansicht von Norden (Archiv)	41
Die Friedrichsgrube in Tarnowitz um das Jahr 1800 (Archiv)	20	Entwurf der Hochofenanlage der Königshütte 1797. Ansicht von Süden (Archiv)	42
Eintragung Goethes in das Tarnowitzer Gästebuch (Verlag)	22	Johann Friedrich Wedding (Archiv)	43
Maschinenbau-Direktor Holtzhausen (Archiv)	23		
Gebälzmaschine für die Königshütte 1802 (Archiv)	23		
Flözkarte (Archiv)	26		
Pferdegöpel und Handgöpel (Archiv)	28		

	Seite		Seite
Oberg- und Hüttenrat C. J. B. Karsten (Archiv)	44	Bescheinigung über die Beauftragung Oskar Wauros mit dem	
Hütteninspektor Eck (Archiv)	45	Aufbau der NSV. (privat)	169
Oberhütteninspektor Mentzel (Archiv)	45	Die NSV. versorgt die Bevölkerung mit Essen (NSV.)	170
Königshütte vom Redenberg um 1860. Nach einem alten		Essenausgabe (NSV.)	171
Stich (Archiv)	47	Der Leiter der NSV.-Küche, Lehrer Würbel, mit seinem	
Obergberghauptmann Krug von Nidda (Archiv)	49	Mitarbeiterstab (NSV.)	173
Dampfkesselanlage für die Königshütte 1802 (Archiv)	50	Beauftragung Fröhlichs und Joschkos mit der Sicherstellung	
Längendurchschnitt von der Königshütte 1802 (Archiv)	51	leichtverderblicher Lebensmittel (privat)	174
Ausschnitt aus der Homannschen Karte (Archiv)	53	Kopf des Kalidischen Redenstandbildes (Peter Lipp)	186
Die Königshütte im Jahre 1810. Nach einem alten Stich		Das wieder aufgerichtete Redendenkmal (Feld)	190
(Archiv)	55	Geburtshaus Theodor Erdmann Kalides. Ecke Hindenburg-	
Barbarikirche in der Hindenburgstrasse (Postkarte Geyer)	57	und Kalidestrasse (RDAF.)	193
Situationsplan von Königshütte und Umgebung 1866 (Archiv)	60	Theodor Erdmann Kalide. Nach einer Plakette im Gleiwitzer	
Totalansicht der Königshütte um 1870. Nach einer Skizze		Museum (Museumsaufnahme)	194
von H. M. Littmann (Archiv)	61	Bacchantin auf dem Panther (National-Galerie, Berlin)	195
Die Eisenwalzwerke der Königshütte um 1870. Nach einer		Adolf v. Menzel: „Das Eisenwalzwerk“ (Verlag F. Bruck-	
Skizze von H. M. Littmann (Archiv)	62	mann, München)	197 ^a
Das im Jahre 1869 verliehene Stadtwappen	66	Johann Drobek: „Der Annaberg“ (NS.-Gauverlag Schlesien)	199
Bauernhäuser in Königshütte-Ost (Chorzow) (Boidol)	68	Erich Zabel: „An den Halden“ (Zabel)	200
Königshütte am Abend. Oelgemälde von Rudolf Kober (Kober)	72	Rudolf Mislwietz: „Meine Heimat“ (Mislwietz)	201
Ubersichtsplan der städt. Feldmark Königshütte im Kreise		Rudolf Mislwietz: „Der Ziegenjunge“ (Mislwietz)	202
Beuthen OS. im Jahre 1866 (Archiv)	75	Heinrich Sladkowsky: „Oderlandschaft“ (Archiv)	203
Kraftwerk in Königshütte-Ost (Boidol)	77	Ludwig Peter Kowalski: „Schönheit der Arbeit“ (Kowalski)	204
Industrielandschaft in Königshütte-Ost (Schlensog)	81	Rudolf Kober: „Hüttenteich“ (Kober)	205
Industrielandschaft in Königshütte (Schlensog)	83	Günter Bialas (privat)	209
Gymnasium (heute Arbeitsamt) in der damaligen Tempel-		Notensatz Günter Bialas' „Bergmann Glückauf!“ (Archiv)	210
strasse (Gaertner)	85	Dr. Heribert Ringmann (nach einem Gemälde von Hayduck)	212
Das frühere Lyzeum am Eichendorffplatz. Heute: „Clara		Wagner-Gedenktafel im Knappschaftslazarett (Archiv)	214
Schumann-Schule“ (Deutsche Oberschule für Mädchen)		„Spielvater“ Michael Münzer (privat)	217
(Archiv)	87	Elisabethkirche in der Beuthener Strasse (Archiv)	219
Hotel „Graf Reden“ (RdAF.)	91	Lydogonia-Zinkhütte (Aus: Helmigk: „Deutsche Landbau-	
Hüttenpark (Postkarte Geyer)	95	kunst in Oberschlesien“)	221
Neubau des Städt. Krankenhauses im Jahre 1904 (Archiv)	96	Schrotholzkirche St. Laurentius auf dem Redenberg (Archiv)	222
Das alte Rathaus am Ring (Gaertner)	97	Skizze der Ausflugsorte (Willy Heier)	225
Eingang zum Städt. Schlachthof (Archiv)	99	Im Redenberg-Park (Treutner)	227
Markttag auf dem Ring (heute Adolf-Hitler-Platz) 1905		Königshütter Schutzhäuser auf der Boracza auf dem Prussow	
(Archiv - Steckel)	100	(Gladisch)	229
Markttags-Verkaufsstände auf dem Ring um 1905 (Archiv)	101	Kreisleitung der NSDAP. (Postkarte Boronowski)	239
Die erste oberschlesische Markthalle im Jahre 1905 (Gaertner)	103	Jungvolk. Trommler (Archiv)	239
Bahnhof Königshütte Oberschlesien im Jahre 1903 (Gaertner)	105	Kreiswart Dumke (privat)	243
Industrieanlagen in Königshütte-Ost (Schlensog)	109	Standartenführer Häusler (privat)	243
Ein Modehaus in der Adolf-Hitler-Strasse (Zuber)	110	Kreisamtsleiter der NSV. Oskar Wauro (privat)	243
An der Rawa (Kober)	113	Aus einer Hilfsstelle „Mutter und Kind“ (NSV.)	247
Plan der Stadt Königshütte OS. (Woerls Reisehandbücher —		Neugeschaffener Gefolgschaftsraum nach Richtlinien „Schön-	
Archiv)	115	heit der Arbeit“ in einem Königshütter Kraftwerk (KdF.)	247
Freibad am Redenberg (RdAF.)	117	Eine vorbildliche Lehrlingswerkstatt (KdF.)	251
Schigelände im Stadtwalde (Kober)	119	Speiseraum einer Bismarckhütter Lehrlingswerkstatt (KdF.)	251
Aufruf der deutschen Parteien und Gewerkschaften von		Adolf-Hitler-Platz mit Rathaus (Schlensog)	257
Königshütte OS. im „Oberschlesischen Kurier“ vom		Adolf-Hitler-Strasse (Postkarte Geyer)	259
23. 10. 1921	128	Am Adolf-Hitler-Platz (Schlensog)	261
Der damalige Führer der JdP. in Königshütte Alfons Belda		Markthalle und Stadwerke (RDAF.)	263
(privat)	141	Stadtparkasse (Postkarte Boronowski)	266
Ein „Wadowitzer“. Ernst Mücke nach der Rückkehr von		Kassenraum der Stadtparkasse (Stadtparkasse)	267
der Verschleppung (privat)	142	Eichendorffschule (Schlensog)	272
Der Führer des Freikorps nach dem Tode Pisarskis — Karl		Stadttheater (Archiv)	274
Mania (privat)	143	Die Tribüne des Stadions am Redenberg (Archiv und Post-	
Urkunde des Korps - Kommandos XVIII betr. Karl Mania		karte Geyer)	277
(privat)	144	Reichsbanknebenstelle (Reichsbank)	280
Begräbnis von Berthold Hildebrandt (privat)	146	Landesversicherungsanstalt (Boidol)	288
Plakat über die Verhängung des Standrechtes (Archiv)	153	Polizeiamt (Archiv)	289
Komm. Oberbürgermeister Verlagsdirektor Josef Strozyk		Hüttenwerk (Postkarte Geyer)	295
(privat)	154	Hochöfen (Postkarte Geyer)	297
Bescheinigung über den Geldtransport (Archiv)	166	Kraftwerk (Schlensog)	298

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Geleitwort des Kreisleiters Wilhelm Schneider und des Oberbürgermeisters Ernst Schroeder	6—7
2. Aus der Geschichte der Stadt Königshütte Oberschlesien. — Bearbeitet von Büchereidirektor Richard Schmidt	9—12
I. Von der Eigenart der Stadtgründung	9—10
II. Das Königshütter Land in der gesamtschlesischen Geschichte	11—13
III. Friedrich der Grosse nimmt Besitz von Schlesien: Errichtung der Schlesischen Kriegs- und Domänenkammer in Breslau. — Erlass einer neuen Bergordnung. — Aus dem Inhalt der „Revidierten Bergordnung“. — Sozialpolitische Massnahmen Friedrichs für die Bergleute. — Pläne Friedrichs für eine staatliche Wirtschaftslenkung in Oberschlesien	14—17
IV. Von den Anfängen ober-schlesischer Industrie: Was eine Immediatkommission auf einer Reise nach Oberschlesien feststellte. — Heinitz und Reden in Oberschlesien. — Reden wird Direktor des Schlesischen Oberbergamtes und plant die Errichtung von staatlichen Musterbetrieben im Bergbau und Hüttenwesen. — Wiederaufnahme des Bleierzbergbaues auf der Tarnowitzer „Friedrichsgrube“. — Die erste „Feuermaschine“ des Kontinents wird in Tarnowitz aufgestellt. — Goethe in Tarnowitz. — Holzhausen baut die ersten deutschen Dampfmaschinen. — Kohle statt Holz. — Versuche zur Anwendung der Kokse aus ober-schlesischer Steinkohle zur Roheisengewinnung. — Der erste Kokshochofen des europäischen Festlandes	18—24
V. Aus der Geschichte der Königsgrube: Reden plant den Aufbau einer Hüttenindustrie in der Nähe der Steinkohlengruben. — Von den drei Gruppen ober-schlesischer Steinkohlenbergwerke. — Im Raume von Königshütte beginnen die Schürfversuche. — Der erste Schacht. — Von den Flözen im Stadtgebiet. — Wachsende Wasserzuflüsse lähmen den weiteren Bergbau. — Der Hauptschlüssel-Erbstollen wird eröffnet. — Eine Dampfmaschine zur Wasserhaltung wird aufgestellt. — Der steigende Bedarf an Steinkohle führt zur Anlage von Pferdegöpeln zur Schachtförderung und zur Pferdeförderung innerhalb der Grube. — Die erste Fördermaschine wird aufgestellt. Begrenzung des Abbaufeldes der Königsgrube. — Neue Schachtanlagen werden gebaut	25—31
VI. Aus der Geschichte der Königshütte: Die Hütte ist die erste mit Dampfkraft betriebene Kokshochofenanlage des europäischen Festlandes. — Das Eisenhüttenwesen in Oberschlesien zur Zeit Friedrichs des Grossen. — Das „Premomoria“ Redens vom Jahre 1786. — Die Kohle verdrängt das Holz. — Die Wahl des Hüttenstandortes. — Arbeiter- und Siedlungsfragen für die neue Hütte. — Die erste Kolonie wird gebaut. — Wedding baut die „Königshütte“. — Von ober-schlesischen Erzlagerstätten. — Erzanfuhr und Roh-eisenabfuhr. — Kronprinzenstrasse und Klodnitzkanal. — Wedding, Kalide, Holzhausen, Abt. — Der erste Hochofen wird angeblasen. — C. Joh. Bernhard Karsten. — Hüttenmeister Eck. — Die Königshütte in der napoleonischen Zeit. — Martini baut Gasflamöfen. — Eisenbahnschienen werden gewalzt. — Karl Rudolf Mentzel. — Die „Alvenslebenhütte“ wird gebaut. — Um- und Erweiterungsbau der Königshütte. — Schwierigkeiten der Hütte. — Die Bereinigung der Kommunalverhältnisse wird notwendig. — Die Königshütte geht in Privatbesitz über	32—52

VII. Die Gründung der Stadt:

Das Königshütter Land vor Beginn des Bergbaues. — Die ersten Siedlungen. — Man schürft nach Kohlen. — Das Oberbergamt erwirbt Grund und Boden auf Chorzower Gelände. — Die Kolonie „Königshütte“ entsteht. — An der „Kohlenstrasse“ werden neue Arbeitersiedlungen gebaut. — Ober-Lagiewniker- und Schwientochlowitzer Bergfreiheit. — Kolonie „Charlottenhof“. — Neu-Charlottenhof. — Pniaki. — Erdmannswille. — Nomiarki. — Nieder-Heiduk. — Klimswiese. — Von den verschiedenen Siedlungsgruppen um die Königshütte. — Von den Bemühungen zur Ordnung der eigenartigen Siedlungs- und Kommunalverhältnisse. — Landgemeinde Königshütte. — Polizeibezirk. — Der Fiskus und die Stadtgründung. — Die Stadtgründung ist das Werk des Landrats Hugo Solger. — Die Stadtgründungsurkunde. — Das Wappen der Stadt. — Königshütte wird selbständiger Stadtkreis. — Eingemeindung von Chorzow und Neuheiduk. — Maczejkowitz wird nach Chorzow eingemeindet. — Ueber die Geschichte des Dorfes Chorzow von Dr. P. H ü b n e r. — Eingemeindung von Bismarckhütte. — Schwientochlowitz wehrt sich gegen eine Eingemeindung

53—71

VIII. Aus der Geschichte der Stadt von 1869 bis zum Verluste an Polen:

Von den Schwierigkeiten der jungen Stadtgemeinde. — Aus der „Denkschrift betreffend die Begründung der Stadt Königshütte, ihre Bedeutung im öffentlichen Interesse und ihre Entwicklung, namentlich in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung innerhalb der ersten 18 Jahre ihres Bestehens“. — Petition der Bürgerschaft um Staatshilfe. — Schulverhältnisse vor der Stadtgründung. — Vom Aufbau des Volksschulwesens. — Betreuung der Jugend ausserhalb der Schule. — Fortbildungsschulen. — Fachschulen. — Von der „Familienvereinsschule“ zum Staatlichen Gymnasium, zur Oberrealschule und zum „Lyzeum“. — Förderung von Volksbildungseinrichtungen. — Musikpflege. — Das Oberschlesische Volkstheater. — Hotel „Graf Reden“. — Volksbüchereien. — Jugend- und Volksspiele. — Wohnungsfragen. — Park- und Grünanlagen. — Krankenhäuser. — Rathausbau. — Schlachthof. — Wochenmärkte und Markthalle. — Oeffentliche Einrichtungen. — Behördenbauten. — Post. — Die Eisenbahn kommt nach Königshütte. — Die Bahnhoffrage. — Strassenbau. — Strassenreinigung und Müllabfuhr. — Grubenbrüche. — Strassenbeleuchtung. — Strassenbahn. — Die Trink- und Wirtschaftswasserfrage. — Schmutz- und Abwässerprobleme. — „Schwarzer Graben“, „Suezkanal“ und „Rawa“. — Arbeiterunruhen. — Epidemien. — Vereinswesen 1912. — Königshütter Zeitungen

72—121

3. **Und im Unglück — nun erst recht!** Die deutsche Stadt Königshütte in der Zeit der Fremdherrschaft 1919—1939. — Von Schriftleiter Kurt M a n d e l, Königshütte 122—136
Königshütte im Jahre von Versailles (1919). — Vorbereitungen zur Volksabstimmung. — Das deutsche Bekenntnis vom 20. März 1921. — Die Leiden während der Polenzeit von 1922 bis 1939. — Trotz Terror blühendes deutsches Gemeinschaftsleben.
4. **Zwischen Kriegsbeginn und Neuaufbau.** — Nach Berichten zusammengestellt von Büchereidirektor Richard S c h m i d t, Königshütte 137—183
Die Unruhe wächst. — Die Jagd auf die Deutschen beginnt. — Die ersten Verhaftungen. — Das deutsche Gewerkschaftshaus wird das Hauptquartier der Aufständischen. — Die Führer des Königshütter Deutschtums werden verhaftet. — Im Myslowitzer Isolierungsgefängnis. — Die Rettung. — Die Liste der „Myslowitzer“. — Wie es den „Wadowitzern“ erging. — Der Kampf des Freikorps Ebbinghaus unter Pisanski und Mania auf der Maxgrube. — Blutzegen der Befreiung werden zu Grabe getragen. — Bertold Hildebrandt's Tod und Begräbnis. — Die kritischen Tage. — Die Flucht der Juden und

Polen beginnt. — Bismarckhütte erlebt die letzten Stunden der polnischen Herrschaft und den Einzug der deutschen Truppen. — Was die Bewohner der Stadtmitte und der Nordstadt in den ersten Septembertagen erlebten. — Die Befreiungsfeier am 6. September. — Der Ortskommandant beginnt mit der Arbeit. — Heckenschützen veranlassen die Verhängung des Standrechts. — Josef Strozky wird komm. Bürgermeister und bestellt die ersten Ratsherren. — Dr. Delius und Dr. Killing übernehmen die Stadtführung. — Die ersten reichsdeutschen Beamten und Angestellten. — Was die Stadtverwaltung nicht mehr vorfand und wie die polnische Verwaltung aussah. — Der Aufbau des Personalkörpers. — Die Neugestaltung der Verwaltungsorganisation. — Der Grenzverkehr. — Die Industrie arbeitet wieder. — Die Arbeitslosenfrage. — Der Aufbau der öffentlichen Fürsorge. — Das Finanzierungsproblem. — Folgen der Währungsregelung. — Die „Evakuierung“ der Stadthauptkasse. — Erfassung der leerstehenden Wohnungen. — Behörden ziehen ein. — Alkoholverbot. — Die Eisenbahn fährt wieder. — Die SA. zieht ein. — Die NSV. beginnt mit ihrer Arbeit. — NSV.-Küchen. — Lebensmittelversorgung. — Die Frage der Einzelhandelsgeschäfte. — Die Flüchtlinge kehren heim. — Regelung des Polizeiwesens. — Strassennamen werden verdeutscht. — Die Lage des deutschen Schulwesens zur Polenzeit und beim Neuaufbau. — Kindergärten werden eröffnet. — Das deutsche Theater spielt wieder. — Leben und Treiben in der Stadt normalisiert sich.

- | | |
|---|---------|
| 5. Friedrich Wilhelm Graf von Reden — Neuschöpfer des oberschlesischen Bergbaues. — Von Schriftleiter Kurt Mandel, Königshütte | 184—191 |
| 6. Theodor Kalide — Königshüttes berühmtester Sohn. — Von Schriftleiter Kurt Mandel, Königshütte | 192—196 |
| 7. Königshütter Malerei. — Von Studienrat Dr. Arnold Wienicke, Kattowitz | 197—207 |
| 8. Königshütter Musiker: Bialas und Ringmann. — Von Dr. Walther Vetter | 208—213 |
| 9. Professor Dr. Wilhelm Wagner. — Von Chefarzt Dr. Schmiedt, Königshütte | 214—215 |
| 10. Michael Münzer, der oberschlesische „Spielvater“. — Von Rektor Karl Fieber, Gleiwitz | 216—217 |
| 11. Die alten Bau- und Kunstdenkmäler von Königshütte. — Von Ernst Koeniger, Schlesisches Grenzlandmuseum in Beuthen O/S. | 218—223 |
| 12. Wanderungen ins Grüne. — Ein Vorschlag von Dr. Franz Pfützenreiter, Direktor des Schlesischen Grenzlandmuseums Beuthen O/S. | 224—227 |
| 13. Königshütte und die Beskiden. — Von Heinrich Kutz, Kattowitz | 228—229 |

Bildtafeln

- | | |
|--|-----|
| a) Fläche, Einwohnerzahl, Geschlechtsgruppen und Wohndichte. — Eine Bildtafel, gezeichnet von Stadtplaner Bucksch | 230 |
| b) Altersgruppen. — Eine Bildtafel, gezeichnet von Stadtplaner Bucksch | 231 |
| c) Berufsgliederung der Bevölkerung. — Eine Bildtafel, gezeichnet von Stadtplaner Bucksch | 232 |
| d) Fläche und Bodenbenutzung. — Eine Bildtafel, gezeichnet von Stadtplaner Bucksch | 233 |
| e) Geographische Lage. — Eine Bildtafel, gezeichnet von Stadtplaner Bucksch | 234 |

Nachweise

	Seite
1. Verzeichnis der Strassen, Wege und Plätze in Königshütte Oberschlesien	235—238
2. NSDAP. Kreisleitung Königshütte Oberschlesien	240—255
3. Wegweiser durch die Stadtverwaltung	256—271
4. Kulturelle Einrichtungen und Anstalten	272—278
5. Verzeichnis der Behörden, Aemter und Dienststellen	279—291
6. Bemerkenswerte Industrien	292—295
7. Hotels	296
8. Gaststätten	296—297
9. Kaffees	297
10. Lichtspieltheater	297
Der Aufbau beginnt. — Von Oberbürgermeister Ernst Schroeder	298—313
Schlusswort des Herausgebers	313—315
Verzeichnis der Bilder, Pläne und Skizzen	315—316
Inhaltsverzeichnis	317—320

Beilagen: 1. Plan der Stadt Königshütte Oberschlesien. Masstab 1 : 15 000. Mehrfarbendruck. Bearbeitet vom Stadtvermessungsamt.
2. Erdprofile
3. Königshütte im Verkehrsnetz des oberschlesischen Industriegebietes mit Verzeichnis der Strassenbahnlinien.
Eine Bildtafel, gezeichnet von Vermessungsinspektor Blokisch.

Berichtigung.

Buchstabenauslassungen, Satzzeichen und einige orthographische Fehler blieben unberücksichtigt. Ebenfalls konnten Aenderungen von Anschriften, Telefonnummern, Namen u. a., die seit der Drucklegung bis zur Fertigstellung eintraten, nicht berichtigt werden.

Seite 18: seit 1748 nicht seit 1718.

Seite 19: 6. Zeile von unten: **Henckelsche** statt Henkelsche

Seite 22ff: **Holtzhausen** statt Holzhausen

Seite 43ff: **Ruberg** statt Ruhberg

Seite 70: **Neuheiduk** nicht Heuheiduk

Seite 88: 2. Zeile von oben: **1884** statt 1874

Seite 133ff: **Bertold Hildebrandt** statt Berthold

Seite 274: Bei **Orchester** die Zeilen vertauschen.



Schwartzblowitz



Nachweis

1. Abschnitt der ersten, zweiten und dritten Abtheilung der Verhandlung	1
2. Abschnitt der ersten Abtheilung der Verhandlung	1
3. Abschnitt der zweiten Abtheilung der Verhandlung	1
4. Abschnitt der dritten Abtheilung der Verhandlung	1
5. Abschnitt der vierten Abtheilung der Verhandlung	1
6. Abschnitt der fünften Abtheilung der Verhandlung	1
7. Abschnitt der sechsten Abtheilung der Verhandlung	1
8. Abschnitt der siebenten Abtheilung der Verhandlung	1
9. Abschnitt der achten Abtheilung der Verhandlung	1
10. Abschnitt der neunten Abtheilung der Verhandlung	1
11. Abschnitt der zehnten Abtheilung der Verhandlung	1
12. Abschnitt der elften Abtheilung der Verhandlung	1
13. Abschnitt der zwölften Abtheilung der Verhandlung	1
14. Abschnitt der dreizehnten Abtheilung der Verhandlung	1
15. Abschnitt der vierzehnten Abtheilung der Verhandlung	1
16. Abschnitt der fünfzehnten Abtheilung der Verhandlung	1
17. Abschnitt der sechzehnten Abtheilung der Verhandlung	1
18. Abschnitt der siebenzehnten Abtheilung der Verhandlung	1
19. Abschnitt der achtzehnten Abtheilung der Verhandlung	1
20. Abschnitt der neunzehnten Abtheilung der Verhandlung	1
21. Abschnitt der zwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
22. Abschnitt der einundzwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
23. Abschnitt der zweiundzwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
24. Abschnitt der dreiundzwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
25. Abschnitt der vierundzwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
26. Abschnitt der fünfundzwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
27. Abschnitt der sechsundzwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
28. Abschnitt der siebenundzwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
29. Abschnitt der achtundzwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
30. Abschnitt der neunundzwanzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
31. Abschnitt der dreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
32. Abschnitt der einunddreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
33. Abschnitt der zweiunddreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
34. Abschnitt der dreiunddreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
35. Abschnitt der vierunddreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
36. Abschnitt der fünfunddreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
37. Abschnitt der sechsunddreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
38. Abschnitt der siebenunddreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
39. Abschnitt der achtunddreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
40. Abschnitt der neununddreißigsten Abtheilung der Verhandlung	1
41. Abschnitt der vierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
42. Abschnitt der einundvierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
43. Abschnitt der zweiundvierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
44. Abschnitt der dreiundvierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
45. Abschnitt der vierundvierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
46. Abschnitt der fünfundvierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
47. Abschnitt der sechsundvierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
48. Abschnitt der siebenundvierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
49. Abschnitt der achtundvierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
50. Abschnitt der neunundvierzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
51. Abschnitt der fünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
52. Abschnitt der einundfünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
53. Abschnitt der zweiundfünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
54. Abschnitt der dreiundfünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
55. Abschnitt der vierundfünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
56. Abschnitt der fünfundfünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
57. Abschnitt der sechsundfünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
58. Abschnitt der siebenundfünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
59. Abschnitt der achtundfünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
60. Abschnitt der neunundfünfzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
61. Abschnitt der sechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
62. Abschnitt der einundsechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
63. Abschnitt der zweiundsechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
64. Abschnitt der dreiundsechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
65. Abschnitt der vierundsechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
66. Abschnitt der fünfundsechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
67. Abschnitt der sechsundsechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
68. Abschnitt der siebenundsechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
69. Abschnitt der achtundsechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
70. Abschnitt der neunundsechzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
71. Abschnitt der siebenzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
72. Abschnitt der einundsiebzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
73. Abschnitt der zweiundsiebzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
74. Abschnitt der dreiundsiebzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
75. Abschnitt der vierundsiebzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
76. Abschnitt der fünfundsiebzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
77. Abschnitt der sechsundsiebzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
78. Abschnitt der siebenundsiebzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
79. Abschnitt der achtundsiebzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
80. Abschnitt der neunundsiebzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
81. Abschnitt der achtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
82. Abschnitt der einundachtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
83. Abschnitt der zweiundachtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
84. Abschnitt der dreiundachtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
85. Abschnitt der vierundachtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
86. Abschnitt der fünfundachtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
87. Abschnitt der sechsundachtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
88. Abschnitt der siebenundachtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
89. Abschnitt der achtundachtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
90. Abschnitt der neunundachtzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
91. Abschnitt der neunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
92. Abschnitt der einundneunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
93. Abschnitt der zweiundneunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
94. Abschnitt der dreiundneunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
95. Abschnitt der vierundneunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
96. Abschnitt der fünfundneunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
97. Abschnitt der sechsundneunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
98. Abschnitt der siebenundneunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
99. Abschnitt der achtundneunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
100. Abschnitt der neunundneunzigsten Abtheilung der Verhandlung	1
101. Abschnitt der hundertsten Abtheilung der Verhandlung	1

Berichtigung.

Die in der ersten Abtheilung der Verhandlung enthaltenen Angaben über die Zahl der Verhandlungen sind in der ersten Abtheilung der Verhandlung nicht zu finden.

Seite 17. - 18. 1744 und 1745

Seite 18. - 19. 1744 und 1745

Seite 20. - 21. 1744 und 1745

Seite 22. - 23. 1744 und 1745

Seite 24. - 25. 1744 und 1745

Seite 26. - 27. 1744 und 1745

Seite 28. - 29. 1744 und 1745

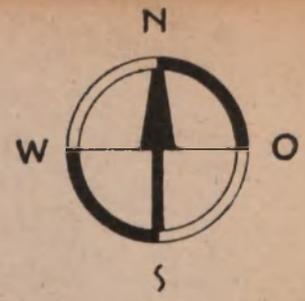
Seite 30. - 31. 1744 und 1745



KÖNIGSHÜTTE

IM VERKEHRSNETZ DES OBERSCHLESISCHEN INDUSTRIEGEBIETS.

UNGEFÄHRER MASZTAB 1:100 000



- Stadtkreisgrenze
- == Eisenbahn (Hauptstrecke)
- == Eisenbahn (Nebenstrecke)
- == Reichsautobahn
- Verkehrsstraße mit Straßenbahn



Straßenbahnlinien.

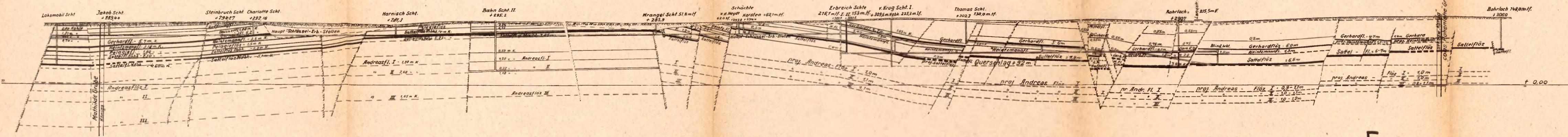
- Linie 15: Königshütte (Adolf-Hitler-Platz) — Königshütte-Bismarck — Kattowitz — Schoppinitz — Sosnowitz.
- Linie 4: Königshütte (Markthalle) — Piasniki — Hindenburg — Gleiwitz.
- Linie 12: Königshütte (Markthalle) — Königshütte-Ost — Wenzlowitz — Lauraöhütte.
- Linie 6: Kattowitz — Domb — Königshütte — Beuthen.
- Linie 7: Myslowitz — Schoppinitz — Kattowitz — Königshütte-Bismarck — Schwientochlowitz — Beuthen.
- Linie 9: Königshütte (Adolf-Hitler-Platz) — Schwientochlowitz — Antonienhütte.
- Linie 10: Königshütte (Adolf-Hitler-Platz) — Schwientochlowitz — Anschluss nach Antonienhütte mit Linie 11.
- Linie 11: Kattowitz — Königshütte-Bismarck — Antonienhütte.
- Linie 14: Königshütte (Adolf-Hitler-Platz) — Königshütte-Bismarck — Schwientochlowitz — Piasniki.
- Linie 13: Königshütte (Markthalle) — Lipine — Morgenroth — Antonienhütte.
- Linie F: Eilzug: Beuthen — Piasniki — Schwientochlowitz — Königshütte-Bismarck — Kattowitz.

Profil A-B

1:10 000.

Westen

Osten



Profil D-E

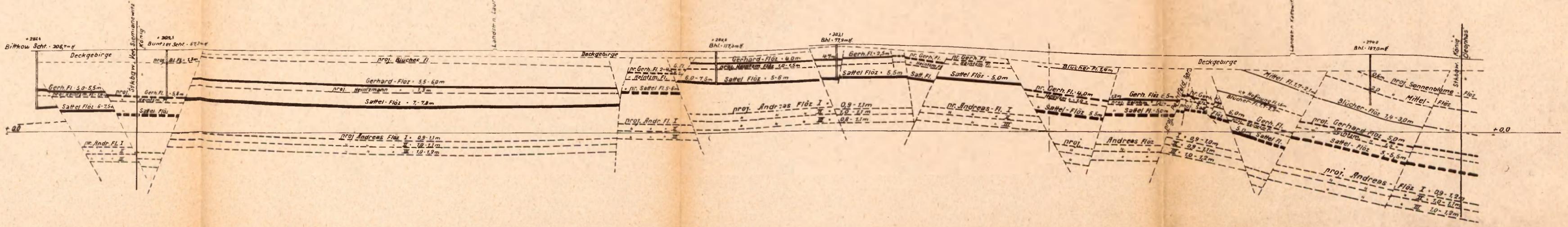
1:10 000.

D

Norden

Süden

E



KÖNIGSHÜTTE

OBERSCHLESIEIEN

Maßstab 1 : 15 000

500 0 500 1000m

Bearbeitet u. herausgegeben vom Städt. Vermessungsamt 1941

Zeichenerklärung:

- Stadtgrenze
- Hauptbahn
- Straßenbahn
- Denkmal

Nachdruck und Vervielfältigung werden auf Grund des Urheberrechtsgesetzes gerichtlich verfolgt

Schlesiengrube

Nord

Matthiashof

Michalkowitz

Ost

Mitte

Schwientochlowitz

Kattowitz

Bismarck

Öffentliche Gebäude, Anstalten und andere		Verzeichnis der Straßen und Plätze	
I Auskunt:	Städt. Verkehrs- u. Werbeamt, Adolf-Hitler-Platz (Rathaus) D3	Ackerstraße	F3, 4
II Behörden und Dienststellen:	Allgemeine Ortskrankenkasse, Freiheitsstraße 1 D3	Adlerstraße	G1, 2
	Arbeitsamt, Adolf-Hitler-Platz 18 D3	Adolf-Hitler-Straße	D3, E3, 2
	Bergveriamt, Adolf-Hitler-Platz 9/10 D3	Adolf-Hitler-Platz	D3
	Landesversicherungsanstalt Schlesien, Zweiganstalt, Gneisenaustraße 9 E3	Agnesenstraße	D6
	NSDAP:	Albrechtstraße	C3
	DAF, Kreisleitung, Lobestraße 5 D3	Am Adolf-Hitler-Platz	D3
	DAF, Adolf-Hitler-Straße 1 D3	Am Gaswerk	E3
	NSV, Lobestraße 5 D3	Am Rosengarten	E3
	HJ-Bann, Gneisenaustraße 17a E3	Anhalter Weg	A5
	SA-Standarte, Goethestraße 17 E4	Annabergplatz	C4
		Annestraße	C2
		Arnoldstraße	G2
		Asterweg	E2, 3
		Auenstraße	F3
		Auguststraße	D2
		Aulockstraße	C4, D4
		Bahnhofplatz	D3
		Bahnhofstraße	D3
		Bahnschachstraße	D2, 3
		Bankstraße	D3
		Barnstraße	C3
		Bergfreihofsstraße	D2, 3
		Bergstraße	F3
		Bergmannstraße	D2
		Bertold-Hildebrandt-Straße	D3
		Beuthener Straße	B3, C3, D3
		Beitzer Straße	D3
		Bismarckhütter Str.	E2, 3, F3
		Bismarckplatz	C3
		Bismarckstraße	B2, 3, C3
		Bitkower Straße	C5
		Blücherplatz	D3
		Blücherstraße	D3
		Boelkestraße	F2
		Bornstraße	F1, 2, G1
		Börzigstraße	C4
		Braunauer Platz	F2, G2
		Braunauer Straße	G2
		Breitenbachstraße	C3
		Brotpassage	F4
		Bückenstraße	D3
		Bückebergstraße	A4, 5
		Bulowstraße	D3, 4
		Bunsweg	B4
		Charlottenstraße	D2
		Dahlweg	E2, 3, F2
		Danziger Straße	E2
		Dr.-Wagner-Straße	E2
		Dietrich-Eckart-Straße	D3
		Dorfstraße	A4, 5
		Dorfelder Straße	D3
		Dzierzonstraße	D3, E3
		Eckertstraße	F3, G3
		Eichendorffplatz	E3
		Eichendorffstraße	D3
		Eisenbahnstraße	F3, G3
		Emil-Stolle-Straße	E3, F3, 4
		Ermsdorfer Weg	A5
		Erzweg	B3, C3
		Essener Straße	F2
		Falkenstraße	G2
		Feldstraße	B2, 3
		Fliegerweg	F2
		Fliegerplatz	E3
		Florianstraße	F3, G3
		Flurstraße	F3
		Förderstraße	D2
		Freiheitsbrücke	D3
		Freiheitsplatz	D3
		Freiheitsstraße	D3
		Freilandkolonie	G3
		Freilandstraße	G3
		Friedensstraße	C1
		Friedrich-Karl-Straße	D2, 3
		Friedrich-Karl-Straße	F2, G2
		Frönichstraße	F2
		General-Hoefer-Straße	C4, 5
		General-Roettig-Straße	E2
		Gerichtsgasse	D3
		Glogauer Straße	E2
		Glückaufstraße	B3, 4, C4
		Gneisenaustraße	E2, 3
		Godullastraße	B2, C2
		Goethestraße	D4, E4
		Gogoliner Straße	C4
		Grabenstraße	C2, 3
		Gräfin-Laura-Straße	C4
		Grenzwachstraße	C3
		Groschenstraße	B3
		Grüner Weg	D4
		Gudrunweg	F3
		Guttenbergstraße	D3
		Gutsweg	A5
		Hagenstraße	E4
		Haldenweg	C3, 4
		Hans-Grimm-Straße	G2
		Hans-Schemm-Straße	E3
		Hardenbergstraße	E3
		Heinitzstraße	D3
		Herbert-Norkus-Straße	E2
		Hermann-Göning-Platz	F2
		Hermann-Göning-Str.	F2, 3, G3
		Hindenburgstraße	C1, 2, 3
		Hohenbirkener Weg	A5
		Hohenlinder Weg	B1, 2, 3
		Hohenzollerstraße	F3
		Holteistraße	C2
		Horst-Wessel-Straße	D3, E3, 2
		Hubertuskolonie	G2, 3
		Hubertusstraße	F2, G3
		Humboldtstraße	G3
		Hummerstraße	C2
		Immelmannstraße	F2
		Innstraße	G2
		Jahnstraße	D3
		Johannesstraße	C1, 2
		Josefstraße	C1, 2
		Kalderstraße	B3, C3
		Kamerunstraße	G2
		Kantstraße	D4
		Kapellenweg	F3
		Karlstraße	D2, 3
		Kattowitzer Str.	D3, E3, 4, F4, 5
		Klimasiedlung	F4
		Kochlitzweg	D2
		Kohlengasse	F1
		Kollmannstraße	F1, 2
		Kolonialstraße	G2
		Koppweg	C4
		Körnerstraße	E3
		Koseler Straße	D2, E2
		Kreuzstraße	C2, 3
		Kruppsweg	F2
		Kulmer Straße	D4
		Kurze Straße	B3
		Ladewigstraße	C2
		Landsberger Straße	F3
		Lange Straße	F3
		Laurahütter Str.	C3, 4, 5, D5, 6
		Lazarettstraße	E2
		Legion-Condor-Straße	G2
		Lenzstraße	G2
		Leopoldstraße	D3
		Lessingstraße	G3
		Lettow-Vorbeck-Straße	G2
		Liebigallee	B4
		Lindenstraße	E3
		Loberstraße	D3
		Loslauer Weg	F3
		Lüderstraße	G2
		Luisenstraße	G2
		Matthiashofer Straße	B5, C5
		Marienstraße	B1, 2, C2
		Masurenstraße	C4, D4
		Mechtaler Straße	C3, D3
		Mehlgasse	F3, 4
		Memeler Straße	E2
		Michael-Münzer-Straße	F3
		Michael-Kocher Str.	A5, 6, B5
		Molkestraße	C2, 3
		Mühlstraße	F3, 4
		Narvisenweg	E2
		Neißer Straße	D2, E2
		Nelkenweg	E2, 3
		Nibelungenstraße	E4
		Nikolaier Straße	G3
		Nomiarkstraße	E2
		Nordbahnstraße	B3, C3
		Oesterreicherstraße	C5
		Ostlandweg	D6
		Pasewalker Straße	F3
		Pisarskistraße	C4, D4
		Pommernweg	E2
		Posener Straße	D3
		Poststraße	E3
		Priedelweg	E3, F3
		Puddlerstraße	C2, 3
		Randstraße	A3, 4, B4, 5
		Rathausstraße	D3
		Ratiborer Straße	D2, E2
		Redenstraße	D3, 4
		Reichenstraße	F2, G2
		Robert-Koch-Straße	E3
		Rosenheimer Straße	F2, 3
		Rosmarinweg	E2, 3, F2
		Roonstraße	C2
		Robbinger Weg	A4
		Rudolf-Hildebrandt-Straße	E3, F3, 3
		Ruhbergstraße	C3, 4
		Rüdigstraße	E4
		Rüttgenstraße	F2
		Rybniker Straße	E2
		Sandstraße	E3
		Sedanstraße	B2, C2
		Segiditzstraße	D3, E3
		Siegfriedstraße	E4
		Siemensstraße	D2, 3
		Schauer Straße	F3, G3
		Schwenkstraße	G2
		Schachtstraße	D2
		Schafgölichstraße	C4
		Scharnhorststraße	C3
		Schenkendorferstraße	D2
		Schillstraße	D3, E3
		Schillerstraße	D4, E4
		Schmellennigstraße	D3
		Schlichthofstraße	D3
		Schlackenstraße	C2, D2, 3
		Schlageterstraße	C4
		Schlesierstraße	C1
		Schlieffenstraße	C2
		Schorheidestraße	F3
		Schönwälder Weg	A4
		Schraferweg	F3
		Schützenstraße	D2
		Schweizer Weg	D5, E5
		Schwiergasse	E2, 3
		Schwientochlowitzer Kirchweg	D2
		Stahlstraße	F2
		Steigerstraße	C4, D3, 4
		Steinstraße	E3
		Stollengasse	D3
		Taiweg	E3, F3
		Tannenberglplatz	D4
		Tannenbergrstraße	D3, 4
		Teichstraße	G3
		Tempelhofer Straße	D2
		Thorer Straße	E2
		Tilsiter Straße	E2
		Tulpenweg	E2, F2, 3
		Uhlandstraße	C2
		Viktoriastraße	G2
		Von-Hülse-Straße	B5
		Vorwerkstraße	A4
		Waldseestraße	F2, G2
		Walter-Flex-Straße	E2
		Wasserstraße	C3
		Weimarer Weg	E4
		Werksstraße	F2, G2
		Wieserstraße	E3
		Wilhelmstraße	D3
		Yorkstraße	E2, 3
		Zechenweg	A3, B3, 4
		Zepelinstraße	G2
		Zietenstraße	D3, E3
		Zöcklerstraße	D3, E3

KÖNIGSHÜTTE

OBERSCHLESISCH

1870

Verlag von C. Neumann, Neudamm

Preis 1 Mark

Verlag von C. Neumann, Neudamm

Biblioteka Śląska w Katowicach

Id: 0030000754848



II 53950

SL